

# HUBERTUS KNABE TAG DER BEFREIUNG?

*Das Kriegsende in Ostdeutschland*



List



*»Ein provozierender Beitrag zur Diskussion um die deutschen Opfer.« Die Zeit*

Keine Frage, das Ende des verbrecherischen NS-Regimes war für Europa eine Befreiung. Aber die Hälfte Europas – und eben auch die Hälfte Deutschlands – kam vom Regen in die Traufe: Auf die nationalsozialistische Gewaltherrschaft folgte die kommunistische Diktatur. Hubertus Knabe ruft diese oft vernachlässigte Seite des Kriegsendes und das damit verbundene Leid der deutschen Bevölkerung eindringlich in Erinnerung.

*Mit zahlreichen Abbildungen*

ISBN 978-3-548-60759-7

2



€ [D] 12,95

€ [A] 13,40

List

www.list-taschenbuch.de

## Das Buch

Für Millionen von Deutschen bedeutete die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht im Mai 1945 das Ende einer zwölfjährigen Schreckensherrschaft. Für die Menschen im Osten Deutschlands hingegen ging die Befreiung vom NS-Regime nahtlos über in eine neue Gewaltherrschaft seitens der sowjetischen Besatzungsmacht, gefolgt von der vier Jahrzehnte währenden kommunistischen Diktatur der SED. Schon beim Vormarsch der Sowjetsoldaten waren Liquidierungen, Vergewaltigungen und Plünderungen an der Tagesordnung. Den Rotarmisten folgten die Truppen der sowjetischen Geheimpolizei, die Hunderttausende Zivilisten, darunter viele Frauen und Alte, in Zwangsarbeitslager deportierten oder in die von den Nationalsozialisten übernommenen Gefängnisse und Speziallager sperrten. Erst der Terror der unmittelbaren Nachkriegszeit schuf die Voraussetzungen für die SED-Diktatur. Der Historiker Hubertus Knabe, einer der besten Kenner der politischen Unterdrückung in Ostdeutschland, schildert auf eindringliche Weise das «andere» Kriegsende in diesem Teil unseres Landes. Anlässlich des sechzigsten Jahrestages will sein schonungsloser Bericht diese dunkle Seite unserer gemeinsamen Nachkriegsgeschichte und die zahllosen Opfer unter der ostdeutschen Bevölkerung ins Gedächtnis rufen. Der «Tag der Befreiung» kam für die Ostdeutschen erst Jahrzehnte später, als das SED-Regime gestürzt wurde.

## Der Autor

Hubertus Knabe, geboren 1959, ist Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen im ehemaligen zentralen Untersuchungsgefängnis des DDR-Staatssicherheitsdienstes. Von 1992 bis 2000 war er in der Forschungsabteilung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (Gauck-Behörde) tätig. Er gehört zu den profiliertesten Historikern der Bundesrepublik, die sich der Aufarbeitung der SED-Diktatur widmen. In unserem Hause sind ausserdem erschienen: *17. Juni 1953* (2004), *Gefangen in Hohenschönhausen* (2007), *Die Täter sind unter uns* (2007), *Die vergessenen Opfer der Mauer* (2009).

Hubertus Knabe

# **Tag der Befreiung?**

**Das Kriegsende in Ostdeutschland**

List Taschenbuch

Besuchen Sie uns im Internet:  
[www.ullstein-taschenbuch.de](http://www.ullstein-taschenbuch.de)



Mix

Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten  
Wäldern und anderen kontrollierten Herkünften  
[www.fsc.org](http://www.fsc.org) Zert.-Nr. GFA-COC-001223  
© 1996 Forest Stewardship Council

Dieses Taschenbuch wurde auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.  
FSC (Forest Stewardship Council) ist eine nichtstaatliche, gemeinnützige  
Organisation, die sich für eine ökologische und sozialverantwortliche  
Nutzung der Wälder unserer Erde einsetzt.

Ungekürzte Ausgabe im List Taschenbuch  
List ist ein Verlag der Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin  
1. Auflage Februar 2008  
2. Auflage 2009  
© Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2005 / Propyläen Verlag  
Umschlaggestaltung: RME – Roland Eschlbeck und Kornelia Bunkofer  
(nach einer Vorlage von Morian & Bayer-Eynck, Coesfeld)  
Titelabbildung: © Stefan Falke  
Satz: LVD GmbH, Berlin  
Gesetzt aus der Minion  
Papier: Munkenprint von Arctic Paper Munkedals AB, Schweden  
Druck und Bindearbeiten: CPI – Clausen & Bosse, Leck  
Printed in Germany  
ISBN 978-3-548-60759-7

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

## INHALT

<b>Vorwort</b>	9
<b>Zerstört, besiegt – befreit?</b>	15
<b>Die Schrecken der Eroberung</b>	38
Gewalt gegen Flüchtlinge	41
Der Einmarsch der Roten Armee	45
Plünderungen und Zerstörungen	47
Massenvergewaltigungen	51
Liquidierungen	57
Ursachen der Gewalt	63
Das Kriegsende in Berlin	76
Schrecken ohne Ende?	86
Das Los der Kriegsgefangenen	94
Im Archipel GUPWI	108
Sowjetische Opfer	131
<b>Die Säuberung der Ostgebiete</b>	150
Der Terror in Osteuropa	151
Massenverhaftungen von Königsberg bis Breslau	157
Verschleppungen in die Sowjetunion	170
Polnische Gewalttaten	189

<b>Der Weg in die SED-Diktatur</b>	197
Festnahmen zwischen Oder und Elbe	200
Der NKWD-Apparat in Deutschland	210
Einweisungen in Speziallager	221
Der Fall Heinrich George	230
Die vergessenen Häftlinge	240
Urteile durch Sowjetische Militärtribunale	252
Terror gegen Andersdenkende	266
Deutsche im Archipel GULag	288
Schweigelager in Deutschland	295
Das grosse Sterben	307
Freilassung auf Raten	320
Eine Form der Entnazifizierung?	337
<b>Nachwort</b>	350
<b>Danksagung</b>	353
<b>Anmerkungen</b>	354
<b>Bibliographie</b>	369
<b>Abkürzungen</b>	380
<b>Personenregister</b>	382
<b>Ortsregister</b>	386
<b>Bildnachweis</b>	390

«Doch ich konnte mich nicht entschliessen, dieser Art unseres eigenen Faschismus offen entgegenzutreten, ich versuchte es nicht einmal. Davon jetzt, Jahrzehnte später, zu schreiben, ist peinigend und beschämend, aber unvermeidlich.»

*Lew Kopelew*



## VORWORT

Am 8. Mai 1945 unterschrieb das Oberkommando der Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches. Der Zweite Weltkrieg war beendet und damit einer der blutigsten Abschnitte der europäischen Geschichte. Vierzig Jahre später erklärte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker vor dem Deutschen Bundestag: «Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.»<sup>1</sup> Doch war der 8. Mai auch für den Osten Deutschlands ein Tag der Befreiung?

Als die Rote Armee die östliche Reichsgrenze überschritt, hatte sie nicht im Sinn, den Deutschen die Freiheit zu bringen. Ziel war es, einen gefährlichen Gegner zu zerschlagen, der die Sowjetmacht beinahe zum Einsturz gebracht hätte. Nach mehr als 1'300 Kampftagen rief man die kriegsmüden sowjetischen Soldaten zu gnadenloser Rache auf. Zehntausende Zivilisten wurden beim Vormarsch der Truppen in Ostdeutschland liquidiert, schätzungsweise zwei Millionen Frauen und Mädchen vergewaltigt, ein Grossteil der Gebäude geplündert und verwüstet.

Gleich hinter den kämpfenden Rotarmisten kamen die Einheiten der sowjetischen Geheimpolizei. Sie beschlagnahmten die nationalsozialistischen Gefängnisse und füllten sie mit neuen Häftlin-

gen. Hunderttausende Deutsche, vor allem Frauen, Jugendliche und Alte, wurden in Viehwaggons zur Zwangsarbeit in die UdSSR deportiert. Über drei Millionen Kriegsgefangene kamen in sowjetische Arbeitslager, wo ein Drittel von ihnen starb. Auch in Deutschland verhungerten Zehntausende in den neuen sowjetischen Konzentrationslagern, die – wie Buchenwald, Jamlitz oder Sachsenhausen – oft die alten waren. Insgesamt kamen in dem von der Roten Armee eroberten Territorium etwa 2,5 Millionen Deutsche durch Flucht, Vertreibung oder Verschleppung ums Leben.

Der sowjetische Terror der Nachkriegszeit bildete die Voraussetzung für die Etablierung der SED-Diktatur. Das wirtschaftliche und politische Leben in Ostdeutschland wurde gleichgeschaltet, Widerstand brutal erstickt. Während die Bevölkerung in Angst und Unsicherheit verharrte, übernahmen die aus Moskau eingeflogenen kommunistischen Kader schrittweise die Macht. Unter dem Vorwand der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, wie die Funktionäre die Phase bis zur Gründung der DDR titulierten, entstand auf den Ruinen des Hitler-Regimes eine neue Diktatur, deren Existenz in den kommenden vierzig Jahren von bis zu 500'000 Sowjetsoldaten garantiert wurde. Nicht der 8. Mai 1945 brachte den Ostdeutschen die Freiheit, sondern der 9. November 1989, als in Berlin die Mauer fiel und das Regime der SED zusammenbrach.

Sechzig Jahre nach Kriegsende tut es Not, sich den damaligen Ereignissen noch einmal zuzuwenden. In der Erinnerung der später Geborenen sind die Schrecken der Nachkriegszeit verblasst. Die Geschichte verkürzt sich zunehmend auf den gemeinsamen Kampf der Alliierten, die den Nationalsozialismus unter gewaltigen Opfern zerschlugen. Doch die Sowjetunion war damals selber eine blutige Diktatur, die in den ersten beiden Kriegsjahren sogar im Bündnis mit Deutschland gestanden hatte. Und ihr Führer Josef Stalin war kein Freiheitskämpfer, sondern ein grausamer Tyrann, der seinen Sieg über Hitler nur dazu nutzte, halb Europa seinem eigenen Terrorregime zu unterwerfen.

Dass das Kriegsende den Menschen im Osten nicht die Freiheit brachte, droht aus verschiedenen Gründen aus dem Blick zu geraten. In der DDR haben die Machthaber jahrzehntelang ein propagandistisch verzerrtes Bild der Geschichte gezeichnet, das bis heute nachwirkt. Inzwischen kommen nostalgische Verklärungen der Vergangenheit hinzu, die die alten Denkmuster neu belebt haben. Insbesondere die entmachteten Kader der SED und die aus ihr hervorgegangene PDS stellen den 8. Mai 1945 auch für Ostdeutschland als Tag der Befreiung dar, um der untergegangenen DDR rückwirkend moralische Legitimität zu verleihen.

In Westdeutschland spielen andere Gründe eine Rolle: Die Sowjetunion wird hier vor allem als Opfer des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges wahrgenommen. Über den stalinistischen Terror ist hingegen wenig bekannt. Der Schock über die Verbrechen Hitlers hat viele blind werden lassen für die Untaten Stalins, über die zu reden oft bereits als Relativierung deutscher Schuld angesehen wird. Seit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik besteht zudem die Gefahr, dass das westliche Geschichtsbild unbedacht auf das gesamte Deutschland übertragen wird. Wenn Politiker und Journalisten von der Befreiung vom Nationalsozialismus sprechen, vergessen sie oft hinzuzufügen, dass Freiheit und Demokratie damals nur im Westen Einzug hielten. Ohne sich dessen bewusst zu sein, nehmen sie damit auch Stalin mit in den Kreis der Befreier auf. Seitdem rechtsradikale Parteien versuchen, aus der Geschichte Kapital zu schlagen, ist eine differenzierte Debatte über das Kriegsende in Deutschland noch schwieriger geworden.

Dieses Buch macht deutlich, warum dem Kriegsende für Ostdeutschland eine andere Bedeutung zukommt als für die alte Bundesrepublik. Im ersten Teil dokumentiert es die Schrecken der Eroberung beim Vormarsch der Roten Armee. Es beschreibt das Ausmass der Übergriffe auf die Zivilbevölkerung und schildert das Schicksal der in die Sowjetunion deportierten Kriegsgefangenen. Es lenkt zugleich den Blick auf die oft vergessenen sowjetischen

Opfer von Stalins Sieg über Hitler. Der zweite Teil skizziert die brutale Säuberung der deutschen Ostgebiete, der Hunderttausende Zivilisten zum Opfer fielen: Sie wurden verhaftet, in Lager gesperrt und zur Zwangsarbeit herangezogen, die viele nicht überlebten. Der dritte Teil beschreibt den Weg in die SED-Diktatur: Wie Stalin die besiegten Deutschen nach dem Ende des Krieges mit willkürlichen Massenverhaftungen in Angst und Schrecken versetzte; wie sich seine gefürchtete Geheimpolizei in der Sowjetischen Besatzungszone flächendeckend festsetzte; wie so genannte Militärtribunale eine neue Terrorjustiz gegen Andersdenkende entfalteten. Die Folterkeller der Besatzungsmacht und das Massensterben in ihren Lagern werden ebenso beschrieben wie das Schicksal der in den Archipel GULag Deportierten. Das Buch will keine allgemeine Darstellung der sowjetischen Besatzungspolitik nach 1945 liefern, sondern aufzeigen, wie sehr die Zerschlagung des Nationalsozialismus und die Errichtung einer neuen Diktatur Hand in Hand gingen.

Während das Kriegsende in Ostdeutschland früher fast ausschliesslich anhand von Augenzeugenberichten erforscht werden konnte, ist mittlerweile vieles durch Dokumente belegbar. Deutsche und russische Historiker haben seit Beginn der neunziger Jahre Berge sowjetischer Akten ausgewertet. Eine Fülle von Detailstudien erlaubt es, viele Aspekte umfassender und differenzierter als früher zu behandeln. Nach vierzigjährigem verordneten Schweigen haben sich zudem auch in den neuen Bundesländern viele Menschen mit ihren Erinnerungen zu Wort gemeldet.

Woran es bislang mangelt, ist, diese Erkenntnisse auch im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Die intensive Forschung hat das Geschichtsbild der Deutschen kaum beeinflusst. Spricht man in der Bundesrepublik etwa über Buchenwald, denken die meisten bis heute nur an den Nationalsozialismus und nicht an die Zeit der sowjetischen Besatzung, obwohl die Chancen, in dem Lager zu überleben, nach 1945 geringer waren als davor. Dasselbe gilt für

Sachsenhausen, dessen Nachkriegsgeschichte den wenigsten bekannt ist, obwohl dort auch unter dem stalinistischen Regime etwa 60'000 Menschen gefangen waren, von denen 12'000 ums Leben kamen. Dieser ungleichen Wahrnehmung entgegenzuwirken ist Anliegen des vorliegenden Buches.

Bei einem Thema wie diesem muss man in Deutschland zu Beginn eine Klarstellung vornehmen: Es geht nicht darum, die Schuld Hitlers am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zu relativieren – wenn es auch eine Reihe ernst zu nehmender Anhaltspunkte dafür gibt, dass die Politik Stalins für das Geschehen zumindest mitverantwortlich war. Es sollen auch nicht Verbrechen und Tote gegeneinander aufgerechnet werden, um Deutschland von seiner historischen Verantwortung zu entlasten – denn die eine Untat wird durch die andere nicht geringer, sondern beide addieren sich. Schon gar nicht ist die kritische Auseinandersetzung mit der sowjetischen Nachkriegspolitik von antirussischen Gefühlen getragen – im Gegenteil: Nur so kann in Erinnerung gerufen werden, dass zu den Opfern des Sowjetkommunismus auch und vor allem die eigenen Landsleute gehörten. Denn nicht nur Deutsche, sondern auch Hunderttausende Russen und Ukrainer – Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene, Wehrmachtangehörige, Emigranten – wurden nach Stalins Sieg über Hitler in Deutschland festgenommen und in sowjetische Arbeitslager gesperrt, wo viele von ihnen elendig zugrunde gingen. Auch an ihr Schicksal will dieses Buch erinnern.

## ZERSTÖRT, BESIEGT – BEFREIT?

Das Ende des Zweiten Weltkrieges verspätete sich um eine Viertelstunde: Am 9. Mai 1945 um 0.16 Uhr unterschrieb das Oberkommando der Wehrmacht in einem Offizierskasino in Berlin-Karlshorst die bedingungslose Kapitulation aller deutschen Streitkräfte. Da die kurze Zeremonie ursprünglich eher beginnen sollte, stand auf der Urkunde das Datum des Vorabends. Die Deutschen halten seitdem den 8. Mai für den Tag des Kriegsendes, während die Russen, deren Uhren in Moskau schon 2.16 Uhr zeigten, ihren Sieg erst einen Tag später feiern.

In Wahrheit stimmt weder das eine noch das andere Datum. Im Auftrag der deutschen Reichsregierung unterschrieb Generaloberst Alfred Jodl schon am frühen Morgen des 7. Mai im amerikanischen Lager von Reims im Beisein der Alliierten die Kapitulationsurkunde. Nur weil Stalin darauf bestand, den triumphalen Akt im Hauptquartier der sowjetischen Siegermacht noch einmal durchzuführen, wurde die Zeremonie am nächsten Tag in Berlin wiederholt.

Das historische Ereignis besiegelte nicht nur das Ende des Krieges, sondern auch das der zwölfjährigen Diktatur der Nationalsozialisten in Deutschland. Der mörderischste Abschnitt der europäischen Geschichte war mit einer Unterschrift beendet worden. Über Nacht hörten die allmächtige NSDAP und die anderen nationalso-

zialistischen Organisationen auf zu existieren, sämtliche Regierungsgewalt in Deutschland ging auf die Besatzungsmächte über. Für viele war der 8. Mai 1945 deshalb ein Tag der Befreiung.

Formal betrachtet, handelte es sich nur um eine militärische Kapitulationserklärung. Ein Friedensvertrag mit Deutschland ist damals nie zustande gekommen. In der schriftlichen Deklaration verpflichteten sich die obersten Befehlshaber der deutschen Truppen, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff und Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg: «Wir, die hier Unterzeichneten, die wir im Auftrage der Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht handeln, übergeben hiermit bedingungslos dem Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionstreitkräfte und gleichzeitig dem Oberkommando der Roten Armee alle gegenwärtig unter deutschem Befehl stehenden Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft.»<sup>1</sup> Ihren Soldaten erteilten sie die Anweisung, alle Kampfhandlungen um 23.01 Uhr mitteleuropäischer Zeit einzustellen. Sie sollten in ihren Stellungen bleiben und sich vollständig entwaffnen.

Doch nicht nur das Militär hatte kapituliert. Auch das Land lag zerstört am Boden. Etwa jeder zehnte Deutsche hatte sein Leben verloren. Ein Drittel des deutschen Volksvermögens war vernichtet. Fünfzig Prozent aller Wohnungen und Schulen, vierzig Prozent aller Verkehrsanlagen und zwanzig Prozent aller gewerblichen Bauten hatte der Krieg ruiniert. Die grossen Städte waren nahezu ausnahmslos in Schutt und Asche gelegt.

In Deutschland wusste man lange Zeit nicht, als was man den 8. Mai bezeichnen sollte. Die brutale, menschenverachtende Diktatur der Nazis hatte damals ihr Ende gefunden. Das schreckliche Morden in den Vernichtungslagern wurde endlich gestoppt, die Überlebenden der Konzentrationslager und Gefängnisse kamen frei. Auch das sinnlose Töten auf den Schlachtfeldern Europas war beendet, und die Bombenangriffe der Alliierten, bei denen so viele Zivilisten ums Leben gekommen waren, hörten auf. Unverhofft

bot sich den Deutschen die Chance zu einem politischen Neubeginn, den sie allein nicht zustande gebracht hatten.

Auf der anderen Seite erlebten die Menschen nun die Schrecken der Niederlage. Der Einmarsch der Roten Armee in Deutschland bedeutete für die Frauen unermessliche Qualen durch massenhafte Vergewaltigungen. Millionen Wehrmachtssoldaten kamen in Kriegsgefangenenlager oder wurden zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert. Fremde Staaten annektierten ein Drittel des früheren deutschen Reichsgebietes. Nahezu die gesamte deutschsprachige Bevölkerung ausserhalb des verbliebenen Territoriums wurde eingesperrt, deportiert oder vertrieben. Millionen kamen so ums Leben, *obwohl* der Krieg zu Ende war. Auf den Bajonetten der sowjetischen Besatzer entstand schliesslich eine neue Diktatur, die Millionen zur Flucht veranlasste. Bald hatte sie auch noch die Teilung des restlichen Landes in zwei einander feindlich gegenüberstehende Staaten zur Folge.

Zur Bezeichnung dieser widersprüchlichen Gemengelage behalf man sich in der alten Bundesrepublik lange Zeit mit dem quasi amtlichen Begriff der Kapitulation. Häufig sprach man auch vom Zusammenbruch, von der Stunde Null oder einfach nur vom Kriegsende. Von «Befreiung» mochte hingegen kaum einer reden. Flüchtlinge aus dem Osten benutzten den Begriff höchstens im entgegengesetzten Sinne: Wenn sie beschrieben, wie die Wehrmacht sie im letzten Moment aus der Umklammerung durch die Rote Armee herausgekämpft und ihnen so die Flucht nach Westen ermöglicht hatte.

In dem Masse, wie sich die von den westlichen Alliierten verordnete Demokratie in der Bundesrepublik stabilisierte und auf den Ruinen des Krieges ein neuer Wohlstand erblühte, wuchs freilich die Erkenntnis, dass der Tag den Deutschen mehr Vor- als Nachteile gebracht hatte. Vor allem das Bewusstsein, in Freiheit zu leben und dabei gleichberechtigt mit anderen Völkern zusammenarbeiten zu können, führte zu einer allmählichen Umbewertung der Niederlage. Je kritischer sich die nachwachsenden Gene-



rationen mit der Zeit des Nationalsozialismus auseinander setzten, umso positiver erschien sein von aussen herbeigeführtes Ende. 1985 erklärte dann Richard von Weizsäcker, das bundesdeutsche Staatsoberhaupt, in seiner Rede zum vierzigsten Jahrestag des Kriegsendes den 8. Mai gleichsam offiziell zum Tag der Befreiung.

Gemeint war damit vor allem der Westen Deutschlands, denn die DDR war zu diesem Zeitpunkt aus dem Blickfeld der bundesdeutschen Politik gerückt. Doch indirekt veränderte die Neubewertung des Kriegsendes auch die Sicht auf den Ostteil des Landes. Wenn die militärische Niederlage des Nationalsozialismus eine Befreiung war, konnte der Beitrag der UdSSR dazu schlecht völlig ausgeklammert werden. Schliesslich hatte sie von allen Staaten den grössten Blutzoll im Zweiten Weltkrieg entrichtet. Nach und nach wurden auch die von Deutschen begangenen Verbrechen an sowjetischen Soldaten und Zivilisten bekannt; sie rückten die Berichte über die Untaten der Roten Armee in ein anderes Licht. Bei vielen Bundesbürgern regte sich ein Schamgefühl, das es zu verbieten schien, weiterhin lautstark auf sowjetisches Unrecht zu verweisen. Kausalketten wurden gebildet, denen zufolge die Gewalttaten im Osten nur eine Folge des deutschen Vernichtungskrieges gewesen seien und die Deutschen mit der Teilung ihres Landes die Strafe für das zuvor begangene Unrecht erhalten hätten. Im so genannten Historikerstreit, in dem es unter anderem darum ging, ob der anhaltende Widerstand der Wehrmacht gegen die Rote Armee moralisch gerechtfertigt war, fand diese Lesart in den späten achtziger Jahren auch in den Feuilletons weite Verbreitung.

Die traumatischen Erlebnisse, die mit dem Verlauf des Krieges und der Nachkriegszeit im Osten Deutschlands verbunden waren, wurden im Zuge dieser Entwicklung allmählich in den Hintergrund gedrängt. Die Gewalttaten der Sowjets und die brutale Durchsetzung der kommunistischen Diktatur in der DDR waren immer seltener ein Thema. Die Flüchtlinge und Vertriebenen galten im Westen bald als Ewiggestrige und konnten ihre Leidenser-

fahrungen nur noch in der geschlossenen Welt ihrer Verbände zur Sprache bringen. Im öffentlichen Diskurs machte sich die Überzeugung breit, dass die Verbrechen der Nationalsozialisten relativiert würden, wenn man über Ereignisse spreche, bei denen Deutsche nicht Täter, sondern Opfer gewesen waren.

Im Osten Deutschlands nahm die Entwicklung dagegen in gewisser Weise einen umgekehrten Verlauf. Die Machthaber in der DDR hatten die deutsche Kapitulation frühzeitig als Befreiung deklariert. Schon 1950 wurde der 8. Mai zum staatlichen Feiertag erhoben und hinfert mit grossem Propagandaaufwand zelebriert. Schulklassen in Pionier- oder FDJ-Uniform fuhren am «Tag der Befreiung» auf sowjetische Soldatenfriedhöfe und hörten sich vor den dort errichteten Denkmälern feierliche Reden an. Fahnen und Transparente schmückten Geschäfte und Bürogebäude, pathetische Artikel würdigten das Ereignis auf den Titelseiten der Zeitungen. Die Dankbarkeit gegenüber den sowjetischen – nicht den amerikanischen oder britischen – Befreier wurde den Menschen in der DDR bereits von Kindesbeinen an eingetrichtert. Erst 1969 wurde der Feiertag, der der Niederlage Deutschlands gewidmet war, wieder abgeschafft.

Die Feststellung, die Ostdeutschen seien am 8. Mai 1945 befreit worden, bildete lange Zeit die wichtigste Legitimationsgrundlage der SED-Diktatur. Während die hehren sozialistischen Ziele oder der Alltag im «Arbeiter- und Bauernstaat» wenig geeignet waren, die Bevölkerung mit den ungeliebten Machthabern zu versöhnen, vermochte das Regime aus der vorangegangenen Geschichte durchaus moralischen Kredit zu ziehen. An dem verabscheuungswürdigen Charakter des Hitler-Staates konnte es angesichts der Leichenberge, die er hinterlassen hatte, keinen Zweifel geben. Besiegt und zerschlagen worden war er ganz wesentlich von der Sowjetunion, die dabei die meisten Opfer hatte hinnehmen müssen. Wenn die Soldaten der Roten Armee die Deutschen befreit hatten, mussten sie ihnen doch letztlich auch die Freiheit gebracht haben

– dieser Logik liess sich nur schwer etwas entgegensetzen. Der in ihrer Besatzungszone gegründete Staat grenzte sich zudem demonstrativ vom Nationalsozialismus ab, während ehemalige Nazis in der Bundesrepublik erneut wichtige Positionen bekleideten. Die Befreiung durch die Rote Armee wurde zum Gründungsmythos der DDR – auch wenn das neue Regime dem alten in vielem ähnelte.

Im Gegensatz zum Westen Deutschlands, wo es tatsächlich gelang, demokratische Verhältnisse zu schaffen, konnte davon in der Sowjetischen Besatzungszone nicht die Rede sein. Der Begriff stand in scharfem Kontrast zur Wirklichkeit, wie sie die Mehrheit der Menschen erlebte. In die Parteihäuser der NSDAP zog vielfach die neue Staatspartei, die SED, ein. Wo vorher Pimpfe und Hitlerjugend feierliche Schwüre auf die Machthaber geleistet hatten, taten dies nun Junge Pioniere und Freie Deutsche Jugend. Statt vor der Gestapo fürchtete man sich vor dem Staatssicherheitsdienst. Massenaufmärsche, Fackelzüge, plumpe Propaganda auf den Strassen und in den Medien – all das kannte man noch gut von dem gerade untergegangenen Hitler-Regime, so dass der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher die Kommunisten bald als «rot lakkierte Nazis» bezeichnete. Wie in George Orwells Roman «1984», in dem die Machthaber den Sinn der Worte ins Gegenteil verkehren, wurden die Menschen nichtsdestotrotz gezwungen, den Zustand der Unfreiheit als Folge einer Befreiung zu bezeichnen. «Befreiung?», so raunte man sich in der DDR sarkastisch zu, «ja – von Uhren und Fahrrädern!»

Zum Mythos der Befreiung gehörte das Verdikt, die Wirklichkeit des sowjetischen Einmarsches in Deutschland zu vertuschen und zu verklären. Über die Gewalttaten der Roten Armee zu sprechen war bis zuletzt ein strenges Tabu in der DDR. Selbst das offenkundige Kulturgefälle zwischen Deutschland und der UdSSR, wie es sich 1945 zeigte, musste beschwiegen werden. Es hätte die viel beschworene Überlegenheit des «ersten Arbeiter- und Bauernstaates» und «Vaterlandes aller Werktätigen» in Frage stellen kön-

nen. Nur im engsten Familienkreis erinnerte man sich daran, wie Sowjetsoldaten deutsche Wasserklosetts als Waschbecken benutzt oder über «Wasser aus Wand» und «Licht aus Decke» gestaunt hatten.

Vor allem die Intellektuellen in der DDR liessen sich bis zuletzt immer wieder einschüchtern, wenn die SED den Mythos der Befreiung ins Spiel brachte. Ein vielsagendes Beispiel dafür liefert der Schauspieler Manfred Krug in seinem Buch «Abgehauen», in dem er ein Gespräch zwischen dem obersten Kulturverantwortlichen der DDR, Werner Lamberz, und prominenten ostdeutschen Schriftstellern dokumentiert. Bei dem Treffen, das 1976 in Krugs Berliner Wohnung stattfand, versuchte Lamberz die Autoren davon zu überzeugen, ihren Protest gegen die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann zurückzunehmen. Eines seiner gewichtigsten Argumente war eine Zeile Biermanns, in der es angeblich geheissen hatte, die Rote Armee habe den Deutschen einen Sozialismus serviert, der halb Menschenbild, halb Tierreich gewesen sei. Tatsächlich war das Gedicht vor allem eine Lobeshymne auf die Rote Armee; nur an einer Stelle hiess es, dass der Sozialismus 1945 «noch ein Krüppel war/Ein widerlicher Zwitter: Halb Menschenbild, halb wildes Tier / Halb Freiheit und halb Gitter».<sup>2</sup>

Allein die Erwähnung dieser Zeile führte jedoch dazu, dass die Künstler bald eingeschüchtert zurücksteckten. «Wer behauptet, die Rote Armee hat uns einen Sozialismus ‚serviert‘, der halb Tierreich war – das haben die Sowjet-Soldaten nicht verdient», hielt ihnen Lamberz voller Empörung entgegen. «Da gibt es ein Prinzip, ein eisernes Prinzip! Man kann Witze machen über zum Teufel welche Geschichten, aber doch nicht mit so’ner Sache.» Die Schriftstellerin Christa Wolf beteuerte daraufhin, dass sich die Unterzeichner der Protestresolution keineswegs mit allem, was Biermann sage und tue, identifizieren würden. Heiner Müller und Klaus Schlesinger erklärten, sie hätten die Zeile ganz anders verstanden. Nur Krug fand den Mut, dem SED-Funktionär, der wie ein Monarch über das Kulturleben der DDR herrschte, zu wider-

sprechen – obwohl auch er seinen Satz nicht zu Ende brachte: «Ich hab doch den Einmarsch erlebt 1945, als Kind zwar noch, die Angst ist mir noch heute ...»<sup>3</sup>

Dass die Durchsetzung des propagandistischen Geschichtsbildes überhaupt funktionieren konnte, lag vor allem daran, dass für die Ostdeutschen auch eine Entlastung damit verbunden war. Sie lebten in einem Staat, der sich als «antifaschistisch» definierte und dessen Begründer erklärten, mit den Nationalsozialisten nicht das Geringste gemein zu haben – sie brauchten sich demnach für den Nationalsozialismus auch nicht verantwortlich zu fühlen. Unter DDR-Deutschen machte sich zunehmend die Vorstellung breit, dass es Nazis eigentlich nur in Westdeutschland gegeben habe, während sie selbst schon immer auf der Seite der Befreier gestanden hätten.

Erst nach dem Ende der SED-Diktatur, als man offen über die Vergangenheit sprechen konnte, geriet dieses Selbstbild ins Wanken. Zum ersten Mal berichteten die ostdeutschen Medien über die Gewalttaten der Roten Armee in der Nachkriegszeit. In der Umgebung früherer sowjetischer Gefangenenlager, über die in der DDR jahrzehntelang hatte geschwiegen werden müssen, legte man verborgene Massengräber frei. Mit vierzigjähriger Verspätung informierte die Moskauer Führung im September 1990 – eine Woche vor dem Ende des ostdeutschen Staates – die DDR-Regierung, dass mehr als ein Drittel der damaligen Lagerinsassen ums Leben gekommen sei. Von Befreiung sprachen jetzt nur noch die entmachteten Kader des untergegangenen SED-Staates, die für ihr Regime einen Rest an Legitimität zu erhalten suchten. Die Mehrheit der Bevölkerung legte den Begriff schnellstens ad acta, weil er sich, wie so viele andere, als Propagandafloskel erwiesen hatte.

Im vereinigten Deutschland ist die Wahrnehmung des Kriegsendes inzwischen unübersichtlicher geworden. Unrecht und Gewalt beim Vormarsch der Roten Armee sind keine Tabuthemen mehr, Bücher und Fernsehfilme widmen sich ausführlich der Geschichte von Flucht und Vertreibung im Osten. Doch die in Jahrzehnten ge-

wachsenen Geschichtsbilder stehen sich bis heute vielfach unvermittelt gegenüber.

Im Westen Deutschlands hat sich die Meinung weitgehend durchgesetzt, dass der 8. Mai 1945 eine Befreiung gewesen sei. Der Tag war schliesslich die Geburtsstunde der bundesrepublikanischen Demokratie. In Politikerreden und Fernsehdokumentationen wird diese Sicht der Geschichte zuweilen dermassen beschworen, als habe man Angst, die Bevölkerung könnte daran noch Zweifel hegen. Nur bei jenen, die aus dem Osten vertrieben wurden oder aus der DDR geflüchtet sind, herrscht teilweise immer noch eine andere Auffassung. Hier finden sich nach wie vor wenige, die das Kriegsende uneingeschränkt als Befreiung deklarieren würden.

In den neuen Bundesländern ist die Einschätzung weniger eindeutig. Den meisten ist bewusst, dass Freiheit und Demokratie in diesem Teil Deutschlands erst nach der friedlichen Revolution im Herbst 1989 Einzug hielten. Eine Minderheit der Gesellschaft – meist jene, die vom alten Regime privilegiert wurden – beharrt dagegen auf dem Anspruch, dass die Sowjetsoldaten das Land befreit hätten. Frühere Mitarbeiter des DDR-Staats Sicherheitsdienstes und ehemalige SED-Funktionäre verteidigen ihn besonders verbissen, weil er ihrem öffentlich geschmähten Handeln im Nachhinein moralische Legitimität verleiht. Einige Ideologen sehen im Untergang des SED-Staates sogar eine Revision der Ergebnisse des 8. Mai 1945 – wie die Nachfolgeorganisation des kommunistischen Jugendverbandes FDJ, die in einem Aufruf zum 56. Jahrestag des Kriegsendes erklärte: «Mit der Vernichtung des besseren deutschen Staates, seiner antifaschistischen Tradition und seiner Kultur wurde die Befreiung vom Faschismus rückgängig gemacht.»<sup>4</sup> Auch die PDS hält entschlossen am Mythos der Befreiung fest, weil er die Diktatur der SED in einem milderen Licht erscheinen lässt. Ausgerechnet sie beruft sich deshalb inzwischen auf die Rede des christdemokratischen Bundespräsidenten von 1985 und wirft den anderen Parteien vor, hinter dessen Einsichten zurückzufallen.

Die Frage, wie das Ende des Krieges politisch einzuordnen ist, entzweit nicht nur die Deutschen. Auch in Europa blicken die Völker und Regierungen aus unterschiedlicher Perspektive auf das Jahr 1945. Seit der Erweiterung der Europäischen Union im Mai 2004 kommt den Erfahrungen der ost- und mitteleuropäischen Völker ein neuer Stellenwert zu. Sie bringen in das Geschichtsbild Europas eine andere Sichtweise ein. Während der Sieg über Hitler-Deutschland in Frankreich oder England bislang wie selbstverständlich als Befreiung interpretiert wurde, sehen die Ungarn oder Letten darin vor allem den Beginn sowjetischer Fremdherrschaft. Als die lettische Aussenministerin Sandra Kalniete, die als Kind deportierter Eltern in Sibirien geboren wurde, im Frühjahr 2004 auf der Leipziger Buchmesse erklärte, Nationalsozialismus und Kommunismus seien gleichermaßen kriminell gewesen, kam es zu einem öffentlichen Eklat. Selbst in Polen, das wie kein anderer Staat unter dem Krieg gelitten hat, deklariert man den 8. Mai 1945 keineswegs als Befreiung. Auch im europäischen Kontext kommen die Deutschen deshalb nicht umhin, über ihre Geschichte noch einmal nachzudenken.

Wenn man in Deutschland über den Zweiten Weltkrieg spricht, wird oft vergessen, dass die Sowjetunion in diesem Konflikt nicht nur Opfer war. In der Rückschau stellt sich die Geschichte für viele als blosser Serie deutscher Aggressionshandlungen dar: Der Anschluss Österreichs und des Sudetenlandes 1938, die Besetzung Prags und die Zerschlagung der Tschechoslowakei im Frühjahr 1939, der Angriff auf Polen im selben Jahr, die Besetzung Norwegens, Dänemarks, Hollands, Belgiens, Luxemburgs und Frankreichs 1940, schliesslich der Krieg gegen Griechenland und Jugoslawien sowie der Überfall auf die UdSSR im Jahr 1941. Die von Deutschland angegriffenen oder bedrohten Staaten haben sich nach dieser Lesart schliesslich verbündet und in einer gewaltigen Kraftanstrengung die deutsche Wehrmacht niedergedrungen.

Tatsächlich trug die Sowjetunion jedoch erhebliche Mitverantwortung für Ausbruch und Verlauf des Krieges. Ohne den deutsch-

sowjetischen Nichtangriffspakt vom August 1939 hätte Hitler den Überfall auf Polen kaum wagen können. So aber wusste er, dass er sich bei einer Kriegserklärung durch Polens Verbündete Frankreich und England ganz auf die Westfront konzentrieren konnte. Nach der Unterzeichnung des Vertrages in der Nacht vom 23. zum 24. August war Stalin so euphorisch, dass er spontan den Trinkspruch ausbrachte: «Ich weiss, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt, ich möchte deshalb auf seine Gesundheit trinken.»<sup>5</sup> Das Bündnis mit Hitler wurde nicht von ihm gelöst, sondern zerbrach erst, als die Wehrmacht am 22. Juni 1941 in die Sowjetunion einmarschierte. Es war so innig, dass die UdSSR sogar vor den Nazis geflohene Kommunisten wie die Publizistin Margarete Buber-Neumann bereitwillig an Deutschland auslieferte. Zuvor hatte Stalin im Zuge seiner Säuberungen mehr führende KPD-Funktionäre ermorden lassen, als es Hitler je vermochte. Nur unter dem Zwang des deutschen Vormarsches verbündete sich Stalin schliesslich mit den Westmächten, die bis dahin seine erklärten Feinde gewesen waren – und es nach Kriegsende bald wieder wurden.

Zeitgleich mit Hitlers frühen Eroberungen fiel auch Stalin in diverse Staaten ein. Sein erstes Opfer wurde Polen, das der Moskauer Aussenminister Wjatscheslaw Molotow in der *Prawda* am 1. September 1939 als «Missgeburt» des Versailler Vertrages bezeichnete. Zwei Wochen nach dem Beginn des deutschen Angriffs marschierten sowjetische Truppen auch von Osten her in das Land ein. An zwei Fronten griffen am 17. September über eine Million Rotarmisten – trotz eines gültigen Nichtangriffsvertrages – die völlig überraschte polnische Armee an. Derart in die Zange genommen und ohne einen Rückzugsraum für die eigenen Soldaten, war Polen bereits Anfang Oktober militärisch geschlagen und besetzt. Stalin eignete sich mehr als fünfzig Prozent des polnischen Staatsgebietes an. Um den Sieg zu feiern, nahmen Panzergeneral Heinz Guderian und der sowjetische Brigadekommandeur Semjon Kriwoschein wenig später in Brest gemeinsam eine Parade ab.



Im November 1939 rückten Truppen der UdSSR auch in das südliche Finnland vor, im Juni 1940 besetzten sie die baltischen Staaten, im Juli Bessarabien und die Bukowina. Grundlage für diese Annexionen war das geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt sowie der anschliessend vereinbarte Grenz- und Freundschaftsvertrag mit Deutschland. Das Zusatzprotokoll, in dem die Einflusszonen beider Länder abgegrenzt wurden, war der UdSSR später so unangenehm, dass sie seine Existenz bis in die Gorbatschow-Ära leugnete.

Für die betroffenen Länder waren diese Kriege mit grossen Opfern verbunden. Allein beim Einmarsch in Polen töteten die sowjetischen Truppen 6'000 bis 7'000 Polen, annähernd 10'000 wurden verwundet. Grosse Teile der polnischen Streitkräfte gerieten in Gefangenschaft. Nicht nur Deutschland nahm fast 420'000 Mann fest; auch die Sowjetunion inhaftierte mehr als 230'000 Soldaten, von denen im Sommer 1941 gerade einmal noch 82'000 am Leben waren. Zehntausende waren während der Transporte und in den Lagern des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) ums Leben gekommen. Die Offiziere, die nationale Elite des Landes, hatte Stalin zum grossen Teil gezielt erschiessen lassen. Im März 1940 deportierte man dann auch noch deren Familienmitglieder aus dem zerschlagenen Polen. Die damals okkupierten Staaten erlangten erst vor wenigen Jahren, nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums, ihre Unabhängigkeit zurück.

Auch für die verheerenden Kriegsfolgen in der UdSSR trägt Stalin zumindest eine Mitverantwortung. Ohne das bis zuletzt beschworene Bündnis mit Deutschland und den Terror gegen das eigene Volk wäre die Wehrmacht im so genannten Russlandfeldzug kaum dermassen rasch vorangekommen. Zu den Fehlern, die Stalin später von seinem Nachfolger Nikita Chruschtschow vorgehalten werden sollten, gehörte, dass er alle Warnungen vor dem deutschen Angriff ignorierte und die Rüstungsproduktion nicht rechtzeitig in Gang brachte. Er lehnte es nicht nur ab, eine entsprechende Verteidigung zu organisieren, sondern befahl sogar, das

deutsche Feuer nicht zu erwidern, weil er es für eine Provokation undisziplinierter Einheiten hielt. «Das Ergebnis war», so Chruschtschow, «dass der Feind bereits in den ersten Stunden und Tagen des Krieges grosse Teile unserer Luftstreitkräfte, Artillerie und anderer Waffen in den Grenzgebieten zerstört hatte; er vernichtete eine grosse Zahl unserer militärischen Kader und desorganisierte unsere militärische Führung; infolgedessen konnten wir nicht verhindern, dass der Feind tief in unser Land eindrang.»<sup>6</sup>

Hinzu kam, dass die Rote Armee vor dem Angriff durch Stalin selbst enthauptet worden war, indem er einen Grossteil ihrer militärischen Führer hatte ermorden lassen. Ungefähr 30'000 höhere Offiziere wurden in der Zeit des Grossen Terrors zwischen 1936 und 1938 verhaftet. In nur zwei Jahren fielen drei von fünf Marschällen, dreizehn von fünfzehn Armeegenerälen, acht von neun Admirälen und fünfzig von siebenundfünfzig Kommandierenden Generälen den Säuberungen zum Opfer. Die Massenrepressalien bewirkten, dass die sowjetischen Truppen in den ersten Kriegsmonaten fast kampfunfähig waren. Hunderttausende Rotarmisten liefen freiwillig zu den Deutschen über. Auch die ideologisch motivierte Trennung zwischen politischer und militärischer Befehlsgewalt trug massgeblich zu den Niederlagen bei.

Der Terror gegen die eigenen Streitkräfte nahm auch nach dem deutschen Überfall kein Ende. Insbesondere der militärische Abwehrdienst, der später den martialischen Namen «Tod den Spionen» (SMERSCH) erhielt, tyrannisierte die Rote Armee in extremer Weise und liess Tausende liquidieren. So starben 1941/42 genauso viele sowjetische Generäle durch eigene Repressalien wie durch militärische Massnahmen der Deutschen. So genannte Blockadeeinheiten erschossen reihenweise fliehende Soldaten der eigenen Truppe. Noch verheerender wirkte sich aus, dass Stalin, wie Chruschtschow später feststellte, sich laufend in die militärischen Operationen einmischte, obwohl er nicht das geringste Verständnis für die tatsächliche Lage besass und während des ganzen Krieges

nicht ein einziges Mal einen Frontabschnitt besuchte. Hunderttausende Soldaten verlor die Rote Armee demnach allein bei der Einkreisung von Charkow, auf der Stalin trotz aller Warnungen bestanden hatte. «Die Taktik, auf deren Durchführung Stalin ohne die elementarsten Kenntnisse der Kriegführung bestand, kostete uns viel Blut, bis wir den Gegner zum Stehen gebracht hatten und selbst zur Offensive übergehen konnten», so Chruschtschows vernichtendes Urteil.<sup>7</sup>

Die berechnete Scham vieler Deutscher über die Verbrechen der NS-Zeit hat dazu geführt, dass auch die Nachkriegsentwicklung im Osten oft nur als blosse Folge von Hitlers Kriegspolitik dargestellt wird. So mahnte zum Beispiel Richard von Weizsäcker 1985, nicht im Ende, sondern im Anfang des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit zu sehen. Auch heute noch heben die meisten Veröffentlichungen darauf ab, dass es ohne den deutschen Angriff auf die Sowjetunion nicht zu den Gräueltaten der Roten Armee gekommen wäre. Wie leicht daraus eine unzulässige Entlastung der Sowjetdiktatur erwachsen kann, verdeutlicht ein kürzlich erschienenen Buch über die Vertreibungen im Osten, dessen Untertitel die Betroffenen als «Hitlers letzte Opfer» bezeichnet – obwohl nicht Hitler, sondern Stalin die Befehle dafür gab.<sup>8</sup>

Dass das Geschichtsbild aus dieser Perspektive in eine problematische Schiefelage geraten kann, zeigt das Beispiel des Schriftstellers Ralph Giordano, der zu einem Büchlein über das sowjetische Massaker im ostpreussischen Nemmersdorf ein Nachwort lieferte. Der Autor – sonst ein entschiedener Kritiker auch der Sowjetdiktatur – wiederholt darin nicht nur, dass für das, was beim Vorstoss der Roten Armee über die deutschen Ostgrenzen geschah, «selbstverständlich [...] Hitler und seine Anhänger, die grossen wie die kleinen, die Primärverantwortung» trügen. Er erklärt die Verbrechen sogar für zwangsläufig, indem er die «furchtbare Wahrheit» postuliert, «dass nämlich ein so barbarisches System wie das nationalsozialistische nur durch ein anderes barbari-

sches System entscheidend geschlagen werden konnte».<sup>9</sup> Obwohl er, wie er schreibt, am 4. Mai 1945 in Hamburg von der 8. Britischen Armee befreit wurde, rechnet er das nicht den westlichen Alliierten, sondern der Roten Armee als Verdienst zu, die der Wehrmacht unter ungeheuren Opfern die entscheidenden Schläge zugefügt habe.

Wer sich näher mit dem Kriegsende beschäftigt, wird freilich feststellen, dass Stalins barbarisches System keineswegs erfolgreicher gegen Hitler operierte. Während die Westalliierten beim Vormarsch in Deutschland auf verhältnismässig geringen Widerstand stiessen und oft selber erstaunt waren, wie offen die Bevölkerung ihnen gegenübertrat, stärkte das brutale Vorgehen der Sowjets entscheidend den Kampfeswillen der Wehrmacht. Trotz erheblicher militärischer Überlegenheit sah sich die Rote Armee einer verbissenen Abwehr gegenüber, die zahlreiche Soldaten das Leben kostete und das Kriegsende unnötig hinauszögerte. Auch die sowjetischen Armeeführer kamen deshalb später zu der Überzeugung, dass es ein Fehler war, Zivilisten und gefangene Soldaten beim Einmarsch in Deutschland so gnadenlos zu behandeln.

So richtig es ist, dass ohne Hitlers kriegerische Politik Deutschland niemals von fremden Mächten besetzt worden wäre, so sehr liegt in dieser Feststellung auch die Gefahr, die Geschichte monokausal zu verkürzen. Die Nachkriegsverbrechen im Osten Deutschlands wurden *nicht* durch die nationalsozialistischen, sondern durch die kommunistischen Machthaber begangen. Zwar ermöglichte erst der deutsche Angriff auf die Sowjetunion die Ausdehnung ihres Machtbereichs bis zur Elbe, doch die anschliessend in Ost- und Mitteleuropa errichteten Diktaturen gehen zweifellos auf das Konto Stalins. Die Art und Weise, wie in Deutschland über das Kriegsende gesprochen wird, entlastet dagegen fast immer das sowjetische Regime von seiner politischen Verantwortung. Dabei sind sich die meisten Historiker darüber einig, dass die Diktatur Stalins ausserhalb des Krieges mehr Opfer kostete als diejenige Hitlers – insgesamt etwa zwanzig Millionen Tote.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Rede Richard von Weizsäckers noch einmal neu zu bewerten. In der Rückschau zeigt sich, dass der Bundespräsident 1985 ein ziemlich verschwommenes Bild der Geschichte zeichnete – so unklar, dass man manche Passagen mehrmals lesen muss, um zu verstehen, was gemeint ist. Mit blumigen Formulierungen überdeckte er vor allem, dass es östlich der Elbe 1945 eine wirkliche Befreiung nicht gegeben hatte. Dem damaligen Zeitgeist entsprechend, legte er den Deutschen gleichzeitig nahe, sich damit abzufinden: «Die Willkür der Zuteilung unterschiedlicher Schicksale ertragen zu lernen, war die erste Aufgabe im Geistigen, die sich neben der Aufgabe des materiellen Wiederaufbaus stellte. An ihr musste sich die menschliche Kraft erproben, die Lasten anderer zu erkennen, an ihnen dauerhaft mitzutragen, sie nicht zu vergessen. In ihr musste die Fähigkeit zum Frieden und die Bereitschaft zur Versöhnung nach innen und aussen wachsen, die nicht nur andere von uns forderten, sondern nach denen es uns selbst am allermeisten verlangte.»<sup>10</sup> Die friedliche Revolution vom Herbst 1989 war in dieser Perspektive nicht vorgesehen.

Das Kriegsende in Ostdeutschland führt auch deshalb oft zu unterschiedlichen Einschätzungen, weil die Übergänge zwischen dem militärischen Geschehen, der Beseitigung nationalsozialistischer Machtstrukturen und der Errichtung der neuen Diktatur so fließend waren. Für die einen ist das Leid der Nachkriegszeit noch eine Folge des von Deutschland ausgelösten Zweiten Weltkrieges. Auch der Terror gegen die deutsche Zivilbevölkerung findet in dieser Sichtweise eine Rechtfertigung – als Folge der notwendigen Entnazifizierung, als kollektive Strafe für das zuvor begangene Unrecht oder, wie bei Giordano, als notwendige Skrupellosigkeit, ohne die das NS-System nicht zu überwinden gewesen wäre. Für die anderen liegt die Ursache der Massenrepressalien dagegen im kommunistischen System selbst, das, wie das nationalsozialistische, auf die gewaltsame Errichtung totalitärer Strukturen zielte und durch den Kriegsverlauf die Chance zur geographischen Ex-

pansion bekam. Die antifaschistischen Parolen dienten aus dieser Perspektive nur der besseren Rechtfertigung der kommunistischen Diktatur.

Mehrdeutig ist auch der Begriff der Befreiung, der deshalb oft zu Missverständnissen führt und für politische Manipulationen besonders geeignet ist: Auf der einen Seite bringt er, abstrakt formuliert, zum Ausdruck, dass ein Zustand der Unfreiheit von aussen beendet wird – was 1945 zweifellos der Fall war. Zugleich erweckt er aber auch den Eindruck, dass der darauffolgende Zustand von Freiheit geprägt ist – was 1945 in Deutschland nur partiell und im Osten überhaupt nicht der Fall war. Zudem vermengt er individuelle und gesellschaftliche Dimensionen, weil er offen lässt, ob sich die Befreiung auf das Schicksal einzelner Personengruppen oder auf den Zustand der gesamten Nation bezieht. Seiner Herkunft nach ist er kein analytischer Begriff, sondern stammt aus dem Arsenal der politischen Propaganda.

Niemand wird bestreiten, dass der Sieg der Alliierten über Deutschland in einem unmittelbaren Sinn für viele Menschen eine Befreiung darstellte. Die Inhaftierten in den Lagern und Gefängnissen bekamen ihre Freiheit zurück, die Ermordung der aus rassischen oder anderen Gründen Verfolgten hörte auf. Das Kriegsende war dabei nicht nur für die konkret Befreiten eine Erlösung, sondern auch für diejenigen, die sich noch versteckt hielten oder aus anderen Gründen mit Verfolgung rechnen mussten.

Durch den Zusammenbruch des NS-Regimes endeten aber auch dessen Zwang und Terror gegenüber allen anderen Deutschen. Soldaten, die den Krieg verloren gaben und desertierten, wurden nicht mehr erschossen oder aufgehängt, Jugendliche und Alte nicht mehr dazu gezwungen, ihr Leben in einem sinnlosen Verteidigungskampf zu opfern. Niemand musste mehr in eine verlorene Schlacht ziehen. Auch Alltagsdelikte wie das Abhören von so genannten Feindsendern oder defätistische Äusserungen wurden nicht länger mit dem Tode bestraft, wie dies bis in die letzten Kriegstage der

Fall gewesen war. Insofern kann man auch in einem weiteren Sinne mit Recht von einer Befreiung sprechen.

Als Erleichterung empfanden die Menschen schliesslich auch die Einstellung der Kampfhandlungen. Vor allem das Ende der Bombenangriffe nahmen viele als eine Erlösung aus monatelanger Todesangst wahr. In zahlreichen Erinnerungen wird hervorgehoben, wie in den zerstörten Städten plötzlich eine wundersame Ruhe einkehrte, wie man sich aus Bunkern und Kellern herauswagte und langsam wieder zu einem normalen menschlichen Leben zurückfand. Auch in diesem Sinne war das Kriegsende eine Befreiung – obwohl die Alliierten die Deutschen so gesehen nur von den eigenen militärischen Handlungen befreiten.

Auf der anderen Seite bedeutete das Ende von Krieg und Nationalsozialismus aber keineswegs den Beginn eines Lebens in Freiheit – im Gegenteil: Elf Millionen deutsche Soldaten kamen damals in Gefangenschaft, Hunderttausende Zivilisten wurden festgenommen und in Lager eingewiesen. Vor allem im sowjetischen Machtbereich gerieten häufig völlig Unschuldige in Haft, von denen viele ihr Leben verloren. Manche, zum Beispiel Parteigänger der SPD, fanden sich zuweilen im selben Lager wieder, in dem sie schon während der NS-Zeit gesessen hatten. Auch Hunderttausende Sowjetbürger, die die Rote Armee aus deutscher Hand befreit hatte, wurden erneut festgesetzt und in sowjetische Arbeitslager deportiert. Sie alle haben das Kriegsende nicht als Befreiung erlebt.

Von Befreiung konnte aber auch in einem allgemeineren Sinne nicht die Rede sein. Die Alliierten kämpften nicht, um den Menschen die Freiheit zu bringen – sondern um Deutschland zu besiegen und den nationalsozialistischen Staat zu zerschlagen. Das Deutsche Reich wurde gezwungen, bedingungslos zu kapitulieren. Sein weiteres Schicksal lag ausschliesslich in den Händen der Sieger. Das Land hatte nicht nur das Recht verloren, über seine Zukunft selbst zu befinden, sondern war auch vollständig von fremden Truppen besetzt. Für die Deutschen wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker ausser Kraft gesetzt. Selbst nach der Direk-

tive für die amerikanische Militärregierung JCS (Joint Chief of Staff) 1067, die Präsident Harry S. Truman am 10. Mai 1945 billigte, war Deutschland «nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat».<sup>11</sup> In allen Fragen übten die militärischen Oberbefehlshaber der Alliierten folgerichtig die alleinige Entscheidungsgewalt aus. Auch jede politische Betätigung musste genehmigt werden. Vor diesem Hintergrund ähnelte die Situation im Frühjahr 1945 eher einer von ausländischen Mächten errichteten Militärdiktatur als einem demokratischen Neubeginn. Im Bewusstsein, dass Deutschland ein geschlagenes Land war, hat deshalb damals auch die Mehrheit der Deutschen den 8. Mai 1945 nicht als Befreiung empfunden.

Unter Umständen kann man freilich auch die militärische Besetzung eines Landes als eine Befreiung betrachten, wenn sie erst nach einem längeren Übergangsprozess in ein demokratisches System mündet. Die Menschen werden in diesem Falle nicht sofort, sondern erst nach und nach in die Freiheit entlassen. So haben die USA den Krieg gegen den Irak bekanntlich als Befreiung von einem grausamen Diktator gerechtfertigt, selbst wenn die Bevölkerung dies womöglich gar nicht so wollte und die Macht danach in die Hände der Besatzungstruppen überging. Aus diesem Blickwinkel ist der 8. Mai 1945 für den Westen Deutschlands schliesslich doch noch eine Befreiung gewesen, weil mit der Gründung der Bundesrepublik eine parlamentarische Demokratie an die Stelle der Diktatur trat. Für den Osten Deutschlands ist der Begriff unter diesem Gesichtspunkt hingegen ungeeignet, da auf das Regime der NSDAP die Herrschaft der SED folgte.

Gegen den Begriff der Befreiung spricht aber noch ein anderer Aspekt: Er suggeriert, dass ein unterdrücktes Volk aus den Händen eines Tyrannen freigekämpft wurde. Auch wenn man nicht der Ansicht ist, dass die Deutschen Hitlers willige Vollstrecker gewesen sind, so steht doch fest, dass die Herrschaft der Nationalsozialisten nicht nur auf Gewalt und Unterdrückung beruhte. Bei den letzten



freien Wahlen im November 1932 vereinigte die NSDAP ein Drittel aller Stimmen auf sich, wenig später kam Adolf Hitler auf legalem Wege an die Macht. Auch nach der Zerschlagung von Rechtsstaat und Parlamentarismus konnten sich die Nationalsozialisten in der Bevölkerung auf eine grosse Zustimmung stützen. Allein die Tatsache, dass die NSDAP 1945 rund 8,5 Millionen Mitglieder hatte, lässt es fragwürdig erscheinen, davon zu sprechen, dass die Deutschen vom Nationalsozialismus «befreit» wurden. Auch der Krieg und der Terror wären ohne die Unterstützung von Millionen nicht möglich gewesen. Vielleicht ist der Begriff in Deutschland auch deshalb so populär, weil er aus Tätern und Mitläufern plötzlich Opfer und Gefangene macht.

Vor diesem Hintergrund erscheint das Wort Befreiung letztlich wenig geeignet, das Kriegsende in Deutschland angemessen zu bezeichnen. Für den Osten Deutschlands ist es mit Sicherheit problematisch, da es den falschen Eindruck erweckt, die Zerschlagung des Nationalsozialismus habe auch dort zu einem freiheitlichen System geführt. Schon wegen seines jahrzehntelangen Missbrauchs zur Rechtfertigung der SED-Diktatur sollte man heute präzisere Begrifflichkeiten benutzen – zum Beispiel «Kriegsende» oder «Zerschlagung des Nationalsozialismus».

Dabei geht es um mehr als nur um die Bezeichnung eines Tages in der Geschichte. Wer die Begriffe prägt, beherrscht auch die Erinnerung. Setzt sich das Wort von der Befreiung im vereinigten Deutschland durch, ist für die Opfer des anderen totalitären Regimes im historischen Gedächtnis im Grunde kein Platz mehr. Denn wenn der 8. Mai 1945 einen Tag der Befreiung darstellte, war auch Stalin ein Befreier. An einem einfachen Wort entscheidet sich, wie die später Geborenen die Nachkriegsgeschichte Deutschlands und Europas lesen werden.

Bislang ist es jedenfalls nicht gelungen, das Ausmass des sowjetischen Terrors so weit im öffentlichen Geschichtsbild zu verankern, dass auch den nachwachsenden Generationen das unterschiedliche Kriegsende in Ost und West deutlich vor Augen steht.

Dabei hat darüber gerade in den letzten Jahren eine intensive Forschung eingesetzt, so dass vieles präziser dargestellt werden kann als in der Frühzeit der Bundesrepublik, als das Bewusstsein für die Verbrechen des Kommunismus in Deutschland noch grösser war. Obgleich die Forschungslücken damit noch lange nicht geschlossen sind, liegen die historischen Vorgänge von 1945 heute so klar zutage wie nie.

Von grosser Bedeutung sind dabei immer noch die frühen Bemühungen in Westdeutschland, den Ablauf der Geschehnisse im Osten durch die Befragung von Augenzeugen zu rekonstruieren. Nur dem Engagement vieler Historiker und Archivare sowie dem politischen Willen der damaligen Bundesregierungen ist es zu verdanken, dass die Erlebnisse Tausender Betroffener aufgezeichnet, gesammelt und ausgewertet wurden. Für die Erinnerung an den Verlauf der Besetzung Deutschlands durch die Rote Armee sind vor allem die Anfang der fünfziger Jahre im Auftrag des Bundesministeriums für Vertriebene zusammengetragenen Berichte von unschätzbarem Wert. Ihre Bedeutung liegt insbesondere darin, dass die Ereignisse damals noch frisch im Gedächtnis waren und nicht durch spätere Erlebnisse oder Einsichten überlagert wurden. Da man im Chaos des Kriegsgeschehens kaum andere Aufzeichnungen vorgenommen hat, ist die riesige Ost-Dokumentation des Bundesarchivs für die Untersuchung des Kriegsendes in Ostdeutschland nach wie vor der wichtigste Quellenbestand.

In den damals gesammelten Berichten von Flüchtlingen, Vertriebenen und Heimkehrern finden sich nicht nur die sowjetischen Gewalttaten beim Einmarsch in allen Einzelheiten beschrieben, sondern auch die anschliessenden Inhaftierungen und Verschleppungen in die Sowjetunion. Obwohl Betroffene bis in unsere Tage immer wieder Schilderungen ihrer Haftzeit in den Lagern des GULag veröffentlichen, sind die frühen Berichte auch bei diesem Thema besonders anschaulich und von grosser Aussagekraft. Ergänzt werden sie mittlerweile durch Forschungsarbeiten, die sich auf die um-

fangreichen sowjetischen Quellen zu den Säuberungen und Deportationen in Ostdeutschland stützen und so erstmals einen Blick in das Innere des Terrorapparates ermöglichen. Obwohl insbesondere beim russischen Inlandsgeheimdienst viele der damals angelegten Dokumente nach wie vor unter Verschluss sind, kann das Handeln der sowjetischen Führung und das amtliche Gebaren der beteiligten Institutionen inzwischen ungleich genauer ausgeleuchtet werden als früher. Wie manche Veröffentlichung zeigt, bergen diese Quellen allerdings auch die Gefahr in sich, dass man die Sichtweise der sowjetischen Verfolgungsbehörden übernimmt und die Realität des Grauens aus den Augen verliert.

In ähnlicher Weise gilt das Gesagte auch für das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Lange Zeit konnte dieses Thema nur anhand von Heimkehrerberichten und Erkenntnissen des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes erforscht werden. Bahnbrechend war hier vor allem das in den sechziger Jahren erschienene Werk zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, von dem sieben Bände sich allein der Sowjetunion widmeten. Diese Arbeit beruhte ebenfalls hauptsächlich auf Erlebnisberichten und Unterlagen deutscher Hilfsdienste, von denen mehr als 20'000 Eingang darin fanden. Erst in den letzten Jahren haben Historiker auch hier die sowjetische Gegendokumentation erforschen können, so dass Strukturen und Vorgehensweisen, aber auch Krankenzahlen und Todesursachen klarer als früher erkennbar werden.

Gerade die Zahlenangaben über Gefangene, Verletzte, Kranke oder Tote sind aufgrund der disparaten Quellenlage allerdings extrem uneinheitlich. Generell wurden nach deutschen Berechnungen sehr viel mehr Menschen inhaftiert und getötet als nach sowjetischen, ohne dass diese Differenzen bislang in befriedigender Weise geklärt werden konnten; im Text wird an verschiedenen Stellen darauf hingewiesen. Zu den Gewalttaten beim Vormarsch der Roten Armee liegen ohnehin nur ungenaue Daten vor, da man die zahlreichen Exekutionen, Körperverletzungen oder Vergewal-

tigungen weder auf sowjetischer noch auf deutscher Seite systematisch zählte. Ein Grossteil der Fälle wurde nicht einmal gemeldet, so dass von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden muss. Im Fall der deutschen Ostgebiete, wo die Übergriffe am schlimmsten waren, kommt hinzu, dass kaum amtliche Aufzeichnungen existieren, da sich die deutschen Verwaltungsstrukturen rasch aufzulösen begannen. Aus diesem Grund ist man in diesem Bereich bis heute auf Schätzungen und Hochrechnungen angewiesen.

Unsicherheiten gibt es aber auch bei anderen Zahlen. So weichen die deutschen und die sowjetischen Angaben über die eigenen und die gegnerischen Kriegsgefangenen stark voneinander ab. Politische Intentionen, die Zahlen höher oder tiefer anzugeben, spielen dabei ebenso eine Rolle wie unterschiedliche Definitionen und Zählweisen. Selbst innerhalb der sowjetischen Statistiken finden sich erhebliche Widersprüche und Abweichungen, die im Nachhinein kaum mehr zu klären sind. Bevölkerungsstatistiker kommen vor allem bei den Toten zu weit höheren Zahlen, als die seinerzeit verantwortlichen sowjetischen Stellen gezählt haben, was vermuten lässt, dass viele Todesfälle nicht erfasst wurden.

Die Auseinandersetzung mit all diesen Fragen ist kein Selbstzweck. Nur wenn das Ausmass der Verbrechen bekannt ist, kann man auch über Ursachen und Verantwortlichkeiten nachdenken. In der Zeit des sowjetischen Besatzungsregimes wurden in Ostdeutschland mehr Menschen inhaftiert oder getötet als in den darauffolgenden vierzig Jahren der DDR; nie wieder gab es so viele Flüchtlinge wie in der unmittelbaren Nachkriegsphase. Der Terror dieser Zeit führte direkt in die Diktatur der SED, und seine Opfer zahlten den Preis für die Durchsetzung des kommunistischen Systems. Wer aus der Geschichte des Kriegsendes etwas lernen will, sollte diese Bilanz immer in Erinnerung behalten.

## DIE SCHRECKEN DER EROBERUNG

Es war am Morgen des 20. Oktober 1944, als der Landrat des ostpreussischen Kreises Angerapp die Nachricht erhielt, dass die Rote Armee in das nahe gelegene Dörfchen Nemmersdorf eingerückt sei. «Irgendein Widerstand konnte nicht geleistet werden, da bis auf einige Batterien keine nennenswerten Kräfte nicht vorhanden waren», gab er später in der für den Landstrich typischen doppelten Verneinung zu Protokoll.<sup>1</sup> Zum ersten Mal seit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 waren russische Truppen auf Reichsgebiet vorgestossen.

Als eine Abteilung der so genannten Führerbegleitbrigade das Dorf am nächsten Tag zurückeroberte, bot sich ihr ein Bild des Grauens: Vor den Häusern und in den Höfen lagen massenhaft tote Zivilisten, ein Flüchtlingstreck war von Panzern regelrecht überrollt worden. Nationalsozialistische Zeitungen veröffentlichten wenig später bestialische Einzelheiten über das Massaker, das die Menschen in ganz Deutschland schockierte. Eine internationale Ärztekommision erstellte eine ausführliche Dokumentation. Sogar Fotografen und Vertreter ausländischer Zeitungen durften den Ort besichtigen, um über die Bluttat zu berichten. War es das, was die Deutschen von der Roten Armee zu erwarten hatten?

Nach dem Krieg bestätigten Augenzeugen die zeitgenössischen

Schilderungen der Gräueltaten von Nemmersdorf. Der Chef einer Kompanie, die am deutschen Gegenangriff beteiligt war, erinnerte sich, dass am Strassenrand eine alte Frau gesessen habe, die durch einen Genickschuss getötet worden sei. «Nicht weit davon lag ein mehrere Monate alter Säugling, der durch einen Nahschuss durch die Stirn (stark verbrannter Einschuss, faustgrosser Ausschuss am Hinterkopf) ermordet war.»<sup>2</sup> Ein anderer Zeuge, der das Dorf am Morgen des 23. Oktober betreten hatte, erklärte, dass er schon am Ortsrand auf mehrere Leichen gestossen sei, darunter drei Kinder, die alle Kopfverletzungen aufgewiesen hätten. «Eine erschossene Frau hockte auf den Knien am Strassenrand neben einem Fahrzeug und hatte die Hände vor dem Gesicht. An der Brücke neben einem Haus lagen eine ältere und eine jüngere Frau und ein Kind auf der Strasse.»<sup>3</sup> Ein dritter Beobachter, der zu Aufräumarbeiten eingesetzt war, berichtete: «An dem ersten Gehöft, links von dieser Strasse, stand ein Leiterwagen. An diesem waren vier nackte Frauen in gekreuzigter Stellung durch die Hände genagelt. [...] Weiter fanden wir dann in den Wohnungen insgesamt 72 Frauen, einschliesslich Kinder und einen alten Mann von 74 Jahren, die sämtlich tot waren, fast ausschliesslich bestialisch ermordet.»<sup>4</sup>

Nemmersdorf wurde zum Symbol für die brutale Vergeltungspolitik der Sowjetunion bei der Besetzung Ostdeutschlands. Kaum ein anderes sowjetisches Kriegsverbrechen ist so gut dokumentiert wie dieses. Doch die Tatsache, dass es von der nationalsozialistischen Propaganda schamlos benutzt worden war, um den Durchhaltewillen der Deutschen zu stärken, führte immer wieder auch zu Zweifeln am Wahrheitsgehalt der Berichte. In einer 1997 erschienenen Monographie wird zum Beispiel darauf hingewiesen, dass die gekreuzigten Frauen nicht einmal vom *Völkischen Beobachter* erwähnt worden seien.<sup>5</sup> Und ZDF-Historiker Guido Knopp präsentierte eine Überlebende, die erzählte, dass man ihr zwar in den Kopf geschossen, sie aber nicht vergewaltigt habe – für ihn ein Beleg, dass die Ereignisse von der NS-Propaganda künstlich

aufgebauscht worden seien. Was auch immer man von diesen Einwänden halten mag, feststeht, dass die Soldaten der Roten Armee damals Dutzende wehrloser Dorfbewohner – in der Mehrzahl Frauen und Kinder – töteten.

Die Vorgänge von Nemmersdorf gaben nur einen ersten Eindruck dessen, was beim Vorstoss der Roten Armee bis zur Elbe folgen sollte. Als die sowjetischen Soldaten im Januar 1945 ein zweites Mal die Grenze zu Ostpreussen überschritten, begingen sie bald auch an zahlreichen anderen Orten entsetzliche Verbrechen. Vergewaltigungen, Plünderungen, Deportationen und die willkürliche Tötung von Zivilisten waren vielfach die erste Erfahrung der Deutschen mit den neuen Machthabern. In jedem Dorf, in jeder Strasse, in zahllosen Häusern spielten sich schreckliche Szenen ab, die sich tief ins Bewusstsein der Menschen einbrannten. Kein Chronist wird je in der Lage sein, die am Ende des Krieges von Sowjetsoldaten verübten Gewalttaten vollständig darzustellen.

Am stärksten von den Exzessen betroffen waren jene deutschen Gebiete, die heute zu Polen und zu Russland gehören. Im Zuge einer Grossoffensive hatte die Rote Armee im Januar 1945 die Landverbindungen Ostpreussens zum Reich abgeschnürt und war gleichzeitig innerhalb von vierzehn Tagen bis zur Oder vorgedrungen. Von den rund zehn Millionen Deutschen, die damals noch in diesem Teil des Reiches wohnten, kamen in der Folgezeit etwa 1,6 Millionen ums Leben – ohne Gefallene, Kriegsgefangene und Opfer von Bombenangriffen. Noch höher war der Anteil der Toten unter den etwa zwei Millionen Deutschen, die in Danzig, im Memelland und in Polen, also ausserhalb des alten Reichsgebietes, lebten. Von ihnen wurde fast ein Viertel getötet. Insgesamt starben in der Folge des sowjetischen Vormarsches an die Elbe etwa 2,5 Millionen Deutsche durch Flucht, Vertreibung oder Verschleppung.

## *Gewalt gegen Flüchtlinge*

Grauenhafte Ereignisse prägten zunächst die Flucht vor der Roten Armee. Obwohl bekannt war, dass die sowjetischen Truppen den deutschen mehrfach überlegen waren, wurde ein grosser Teil der Zivilbevölkerung in den Gebieten westlich der Front entweder nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht evakuiert. Der Gauleiter der NSDAP in Ostpreussen, Erich Koch, verbot bis zuletzt jeden Fluchtversuch. Vor der heranstürmenden Roten Armee setzten sich die Menschen deshalb oft erst in letzter Minute und auf eigene Faust in Marsch. In der Mehrheit handelte es sich dabei um Frauen, Kinder und Alte, da die wehrdiensttauglichen Männer in der Regel eingezogen waren.

Der grösste Teil der Flüchtlinge machte sich in grossen Trecks auf den Weg. Nur wenige erreichten noch einen der letzten Eisenbahntransporte. Da die Menschen meist mit voll gepackten Pferdewagen, oft genug sogar zu Fuss und mit Handkarren unterwegs waren, bewegten sie sich ungleich langsamer vorwärts als die rasch nach Westen vorstossenden sowjetischen Panzerkolonnen. In gespenstischen Zügen irrten zwischen Januar und März 1945 Millionen Zivilisten bei klirrender Kälte durch die deutschen Ostgebiete und suchten, sich in Sicherheit zu bringen. Kinder stapften tagelang über schneebedeckte Wege, Alte erfroren auf festgefahrenen Pferdewagen, riesige Kolonnen standen fest, weil die Strassen dem Andrang nicht gewachsen waren und die Wehrmacht auf ihnen Vorrang hatte.

Trotz der furchtbaren Umstände bedeutete die Flucht im Vergleich zu dem, was die Zurückgebliebenen erlebten, immer noch das kleinere Übel. Schon das erste Zusammentreffen mit der Roten Armee war für die meisten Flüchtlinge eine traumatische Erfahrung, die lebenslang fortwirkte. Die Medizinstudentin Josefine Schleiter aus Ostpreussen berichtete zum Beispiel, wie ihr Treck vor Preussisch Holland von sowjetischen Truppen eingeholt worden war. Panzergeschosse flogen über sie hinweg und schlugen



kurz darauf mit einem furchtbaren Dröhnen ein. Die Flüchtlinge legten sich auf den Boden, bis der Beschuss aufhörte und die Kettenfahrzeuge heranrollten. «Die Panzer rasten durch die Wagenreihen. Wagen wurden in Gräben geschleudert, die Pferdeleiber lagen verendet im Graben, Männer, Frauen und Kinder kämpften mit dem Tode, Verwundete schrien um Hilfe», erinnerte sich die Frau später. Ein berittener russischer Offizier, dem eine Gruppe deutscher Soldaten vorgeführt wurde, liquidierte diese vor den Augen der Flüchtlinge per Kopfschuss.<sup>6</sup>

Das sowjetische Militär nahm keinerlei Rücksicht auf die fliehenden Zivilisten. Zehntausende verloren dadurch ihr Leben, andere wurden schwer verletzt, ohne eine Möglichkeit der medizinischen Versorgung. An zahlreichen Orten überrollten Panzer die Trecks; zerstörte Fuhrwerke, getötete Tiere und verletzte Menschen blieben unbeachtet am Wegesrand liegen. Wiederholt beschossen Tiefflieger die Kolonnen mit Bordwaffen oder warfen Bomben auf sie ab. Ohne triftige militärische Gründe feuerte die Rote Armee zudem auf Eisenbahnzüge und Schiffe, die mit Flüchtlingen beladen Richtung Westen fuhren. Allein beim Untergang der «Wilhelm Gustloff», die am 30. Januar 1945 von einem sowjetischen U-Boot in der Ostsee versenkt wurde, starben über 9'000 Menschen; es war die grösste Schiffskatastrophe der Welt. Als geschütztes Seekriegsgrab liegt das Wrack bis heute tief auf dem Meeresgrund. Die Sowjetunion rechtfertigte ihr Vorgehen später damit, dass auf den Schiffen auch Soldaten und Geschütze gewesen seien und es sich somit um militärische Ziele gehandelt habe.

Von den über elf Millionen Deutschen, die Anfang 1945 östlich von Oder und Neisse lebten, hatte sich ein Grossteil auf die Flucht gemacht. Doch weniger als die Hälfte erreichte, meist unter Lebensgefahr und nach schwersten Strapazen, das Gebiet der heutigen Bundesrepublik. Im Norden konnten die Menschen bald nur noch über das Meer fliehen, im Westen war der Übergang über die Oder in weiten Abschnitten nach kurzer Zeit verbaut. Nur im südlichen Schlesien, in dem fast fünf Millionen Deutsche wohnten,

blieb der Weg nach Böhmen und Mähren längere Zeit offen, so dass ein erheblicher Teil der dort befindlichen Bevölkerung zunächst entkommen konnte. Die übrigen etwa sechs Millionen wurden von der Roten Armee auf der Flucht eingeholt oder blieben stecken, weil ihnen sowjetische Truppen den Weg verlegten. Ohne den hinhaltenden Widerstand der Wehrmacht, über dessen moralische Bewertung es im erwähnten Historikerstreit Jahrzehnte später zu einer heftigen Kontroverse kam, wären es zweifellos noch sehr viel mehr gewesen.

Nachdem die Rote Armee den Durchgang nach Westen abgeschnürt hatte, ergoss sich der Strom der Flüchtlinge im Norden vorrangig zur Ostseeküste. Viele hatten die Hoffnung, noch auf dem Seeweg aus der sowjetischen Umklammerung herauszukommen. In Städten wie Königsberg, Pillau, Danzig oder Kolberg, die weiterhin in deutscher Hand waren, drängten sich Hunderttausende und warteten auf einen Platz auf einem der überfüllten Schiffe, die von den Behörden zur Evakuierung der Bevölkerung eingesetzt wurden. Tatsächlich gelang auf diesem Wege über zwei Millionen Menschen die Flucht – solange die abgeschnittenen Wehrmachtsverbände der Roten Armee Widerstand leisteten.

Voraussetzung dafür war allerdings, dass die Flüchtlinge über das zugefrorene Frische Haff auf ein vorgelagertes Dünenband, die so genannte Nehrung, gelangten, die von deutschen Truppen zäh verteidigt wurde. Von dort führte eine Strasse nach Pillau und Danzig, deren Häfen erst Ende April beziehungsweise Ende März fielen. Bei Schneegestöber und Temperaturen von bis zu fünfundzwanzig Grad minus zogen Tausende Pferdewagen kilometerweit über das Eis – ein lebensgefährlicher Marsch, der vielen den Tod brachte. Wegen der grossen Kälte erfroren immer wieder Flüchtlinge in den unbeheizten Fahrzeugen. Manche Mutter, so berichteten Augenzeugen, hielt noch stundenlang ihr totes Kind im Arm. Ende Februar setzte Tauwetter ein, und der Westwind drückte immer mehr Wasser auf die Eisfläche, teilweise reichte es bis zu den

Achsen. Durch das Meerwasser und das Gewicht der Fahrzeuge wurde das Eis zunehmend mürbe. Trotz eines strengen Sicherheitsabstands brachen immer wieder einzelne Wagen ein und versanken in der Ostsee. Vor allem aber wurden die Trecks, die auf der glatten Fläche bei klarem Wetter gut auszumachen waren, von sowjetischen Fliegern angegriffen, ohne dass es irgendeine Möglichkeit gab, in Deckung zu gehen. «Die Geschosse krachten auf das Blechdach des Wagens. Schiessen, Schreien und Gekreische durchbrach die Stille der Nacht», erinnerte sich eine Frau aus dem ostpreussischen Heiligenbeil an einen solchen Bordwaffenbeschuss. «Im Morgengrauen kam nun erst der fürchterlichste Anblick: Leichen über Leichen, Menschen und Pferde. Oft stachen nur noch die Wagendeichseln aus dem Eis.»<sup>7</sup>

Ähnliche Erfahrungen machten Flüchtlinge überall, wenn sie im Osten Deutschlands mit der Roten Armee in Berührung kamen. Statt die fliehenden Zivilisten aus den Kriegshandlungen herauszuhalten, nahmen die Sowjets sie vielfach gerade zum Ziel militärischer Angriffe, um den Abzug der Deutschen zu verhindern. So beschossen beispielsweise sowjetische Panzer Anfang Februar 1945 in Ostbrandenburg einen Treck, in dem sich ein Grossteil der Einwohner von Drossen befand. Bei dem Massaker kamen etwa 200 Menschen ums Leben. Bei Rackitt in Pommern stoppten die Truppen Anfang März einen riesigen Flüchtlingszug, der anschliessend von Tieffliegern beschossen wurde. Da es kaum Möglichkeiten zur Deckung gab, brachen zahllose Menschen und Pferde unter den Salven zusammen. Bei Stolpmünde an der Ostsee feuerten sowjetische U-Boote in der Nacht vom 16. zum 17. April mehrere Torpedos auf den Passagierdampfer «Goya», der auf der Halbinsel Heia über 5'000 Flüchtlinge und verletzte Soldaten aufgenommen hatte. Nach zwei Volltreffern füllte sich der Schiffsrumpf mit Wasser, die meisten Menschen ertranken.

## *Der Einmarsch der Roten Armee*

Die grössten Leiden für die Zivilbevölkerung begannen freilich erst *nach* dem sowjetischen Einmarsch in Ostdeutschland. Vor allem die ersten Wochen der Besatzung waren für die Deutschen eine Zeit blanken Entsetzens. An vielen Orten waren sie dabei nicht nur den Rotarmisten ausgeliefert, sondern auch noch den in ihrem Schutz agierenden Polen, die sich für die vorangegangene Unterdrückung rächen wollten. Von den mehr als zwei Millionen Deutschen, die die Okkupation der Gebiete östlich von Oder und Neisse nicht überlebten, starben über drei Viertel erst im Anschluss an die Eroberung. Da knapp die Hälfte der ursprünglichen Bevölkerung die Flucht in den Westen geschafft hatte, nehmen sich die Todeszahlen sogar noch dramatischer aus: Fast jeder Dritte überlebte die Besatzung nicht.

Schon der Einzug der Roten Armee in die Dörfer und Städte ging mit zahlreichen Gewalttaten einher. Von einem Akt der Befreiung konnte nicht die Rede sein. Die eigentliche militärische Einnahme lief dabei in der Regel noch vergleichsweise geordnet ab. Wenn die Wehrmacht keinen Widerstand mehr leistete, rollten sowjetische Panzer in die Orte. Infanteristen stürmten von Haus zu Haus, um festzustellen, ob sich darin noch versprengte deutsche Soldaten aufhielten oder Waffen befanden. Anschliessend rückten grössere Truppenkontingente auf Panjewagen oder altertümlichen LKW nach. Bewaffnete Rotarmisten in abgerissenen, verschmutzten Uniformen drangen in die Wohnungen und Häuser ein, um den verängstigten Deutschen Uhren, Trauringe und andere Wertsachen abzunehmen.

Erst danach begann die Zeit der furchtbaren Übergriffe. Nachschubverbände rückten in die Ortschaften ein und richteten ungeheure Verwüstungen an. Die oftmals angetrunkenen Soldaten zogen plündernd durch die Strassen und demolierten systematisch die Wohnungseinrichtungen. Sie erschossen wahllos Zivilisten

und vergewaltigten fast alle Frauen und Mädchen. Am Ende setzten sie Höfe, Häuser und Stallungen in Brand und vernichteten dadurch vielfach die Lebensgrundlage der zurückgebliebenen Menschen.

Der wütenden Soldateska folgte meist der sowjetische Stab, der sich zwar deutlich gesitteter verhielt, aber in der Regel keine Anstalten machte, die Mannschaften zur Disziplin zu rufen. Wenn er in einem eroberten Ort Quartier nahm, besetzte er eines der besseren Anwesen und verpflichtete einzelne Frauen zu Hauswirtschaftsarbeiten. Für die Betroffenen war dies nicht unbedingt von Nachteil, weil sich die höheren Offiziere nur selten an ihnen vergingen und die einfachen Rotarmisten in ihrem Beisein grössere Zurückhaltung wahrten. Manchmal fand sich auch eine Möglichkeit, etwas Essen abzuzweigen, bevor das Kommando weiterzog. Ein oder zwei Tage nach der Besetzung begann dann eine andere Form des Terrors – wenn die Truppen des Volkskommissariates für Innere Angelegenheiten (NKWD) in die Ortschaften kamen und angingen, gezielte Verhaftungen durchzuführen.

Eine anschauliche Schilderung seiner ersten Begegnung mit der Roten Armee hat der ostpreussische Arzt Hans Graf von Lehndorff hinterlassen, der den Einmarsch in einem Krankenhaus in Königsberg erlebte. In seinem später veröffentlichten Tagebuch beschrieb er ausführlich die Einnahme der bis auf die Grundfesten zerstörten Stadt. Als die ersten sowjetischen Soldaten am 9. April 1945 in dem Hospital erschienen, in dem er freiwillig Dienst tat, spielten sich geradezu ungläubliche Szenen ab: Die völlig unansprechbaren Rotarmisten tobten durch die Räume, fuchtelten mit ihren Waffen herum und rissen die Verletzten aus ihren Betten, um ihnen die Uhren abzunehmen. Eine Russin, die in dem Krankenhaus arbeitete und der Meute entgegentrat, wurde kurzerhand zu Boden geschlagen. Was die Soldaten nicht sofort mitnehmen konnten, fiel ihrer sinnlosen Zerstörungswut zum Opfer. Entsetzt hielt von Lehndorff in seinem Tagebuch etwa fest, wie die Rotarmisten die mühsam aufgesparten Lebensmittelvorräte unbrauchbar machten:

«In der Mitte des Hauptraums türmt sich ein Haufen zerschlagener Gläser und aufgerissener Büchsen. Säcke über Säcke mit Mehl, Zucker, Kaffee werden darauf entleert. Daneben, halb eingedeckt, liegt ein Toter. Darüber turnen die Russen, Soldaten und Zivilisten, immer neue Stapel von hochwertigen Vorräten von den Regalen herunterscharrend. Dazwischen wird geschossen, gegrölt, gestossen.»<sup>8</sup>

Die Situation verschlimmerte sich noch, als die Soldaten in einer benachbarten Likörfabrik mehrere Tausend Liter Alkohol fanden. Völlig entfesselt machten sie sich nun über die Frauen her. Schwestern, Ärztinnen und Patientinnen wurden immer wieder brutal vergewaltigt. Am 11. April notierte von Lehdorff: «Bald hatte keine von den Frauen mehr Kraft zum Widerstand. Innerhalb weniger Stunden ging eine Veränderung mit ihnen vor sich, ihre Seele starb, man hörte hysterisches Gelächter, das die Russen nur noch wilder machte.»<sup>9</sup> Und am Folgetag heisst es: «Die Frauen wimmern oder schimpfen und werden unter Zuhilfenahme der Polen mitgeschleppt. Diese Teufelei wird wohl nie aufhören. ‚Davai suda! Frau komm! ‘ [...] Es stört sie gar nicht, dass sie halbe Leichen vor sich haben.»<sup>10</sup>

### *Plünderungen und Zerstörungen*

Von den Plünderungen beim Einmarsch der Roten Armee war die gesamte ostdeutsche Bevölkerung betroffen. Wohnungen und Häuser, aber auch Planwagen und Handkarren wurden systematisch ausgeraubt – unabhängig davon, wie deren Besitzer zum NS-Regime gestanden hatten. Auch erklärte Gegner der Nazis, einschliesslich der wenigen Kommunisten, die die Sowjets als Befreier begrüsst, erfuhren keine bessere Behandlung.

Zu den bevorzugten Raubobjekten gehörten nicht nur die sprich-

wörtlichen Uhren und Fahrräder. Gefragt war alles, was irgendwie von Wert erschien und abtransportiert werden konnte. Die meisten Deutschen in den Ostgebieten verloren auf diese Weise nahezu ihre gesamte Habe. Selbst Kleidungsstücke, die sie auf dem Leibe trugen, wurden ihnen zum Teil abgenommen, und wenn sie keinen Ersatz fanden, waren sie bald schutzlos der kalten Witterung ausgesetzt. Häufig mussten sie etwa ihre Stiefel hergeben und, wenn der requirierende Rotarmist seine Filzstiefel nicht zurückliess, barfuss oder in Fusslappen weiterlaufen. Auch die Vorräte an Lebensmitteln und Medikamenten wurden entweder beschlagnahmt oder zerstört, weshalb sich bald eine furchtbare Hungersnot ausbreitete und schwere Krankheiten ausbrachen. Da ständig weitere Rotarmisten nachrückten, wurden die Menschen immer wieder ausgeplündert, so dass sie am Ende oft buchstäblich ihr letztes Hemd verloren.

Nur wenigen gelang es, das eine oder andere zu vergraben oder zu verbergen. Wie von Lehndorff berichtet, entwickelten die sowjetischen Soldaten bald ein zunehmendes Geschick, auch diese Verstecke aufzuspüren. In Königsberg war der Hunger so gross, dass Berichten zufolge zeitweise sogar Menschenfleisch zum Verkauf angeboten wurde. Bis zum Sommer 1947 soll mehr als die Hälfte der zurückgebliebenen 70'000 Deutschen an Unterernährung und Epidemien gestorben sein. In anderen Städten, zum Beispiel im pommerschen Treptow und Stolp, kam während des Sommers und Herbstes 1945 rund ein Drittel aller Einwohner ums Leben.

Wie in Königsberg waren die Plünderungen meist mit einer regelrechten Zerstörungswut verbunden. Geschockt mussten die Menschen mit ansehen, wie die sowjetischen Soldaten praktisch alle mühsam geschaffenen Werte kurz und klein schlugen. Radios und Telefonapparate wurden als angebliche Spionagewerkzeuge zerstört, Schränke, Geschirr oder Federbetten bewusst unbrauchbar gemacht, Lebensmittel und Papiere kreuz und quer auf dem Fussboden verstreut. Selbst Türen und Fenster wurden trotz win-

terlicher Temperaturen vielfach eingeschlagen oder herausgerissen. Die sinnlosen Verwüstungen brachten nicht nur materiellen Schaden, sondern hatten, ebenso wie die Plünderungen, lebensbedrohende Konsequenzen für die Bevölkerung: Ohne Nahrungsmittel, Medikamente und beheizbare Unterkünfte blieben vor allem den Schwächeren – Alten, Kranken und Kindern – kaum Überlebenschancen. Sie starben nach und nach an Hunger, Infektionen und den Folgen der Kälte.

Der pensionierte Gendarmeriebeamte Friedrich Paetzold aus Kurzig in Ostbrandenburg hat eine ausführliche Schilderung hinterlassen, wie am 1. Februar 1945 vier Rotarmisten mit Maschinenpistolen in sein Haus stürmten. Sie schossen in die Fenster, durchsuchten die anwesenden Männer und nahmen ihnen die Uhren ab. Anschliessend schlugen sie mit den Kolben ihrer Karabiner die Schränke ein, zogen die Schubkästen heraus und warfen sie samt Inhalt auf den Boden. «Das Zerstören wurde genau und schematisch ausgeführt, man merkte, dass dies alles angeordnet war», erinnerte er sich.<sup>11</sup> Ähnlich beschrieb eine Frau aus Danzig das Verhalten der Sowjetsoldaten: «Unzählige Horden von Russen zogen raubend, plündernd, singend durch die Keller, alle waren sie betrunken, sinnlos warfen sie Eingemachtes von den Regalen herunter, zerschnitten sie Betten, Wäsche, Kleider, zerschlugen sie Kisten, Koffer und Schränke. Was ihnen gefiel, schlepten sie auf ihre Wagen, alles andere wurde zertreten, zerrissen, verwüstet.»<sup>12</sup>

Auch die Flüchtlinge, die nach Wochen des Umherziehens ohnehin meist kaum mehr etwas besaßen, verloren ihre letzten Habseligkeiten, wenn ihr Treck mit sowjetischen Truppen zusammenstiess. Ein Landwirt berichtete von der Begegnung mit der Roten Armee in Pommern Mitte März 1945: «Der russische Offizier gab seinen Mannschaften die Erlaubnis zum Plündern. Die russischen Soldaten schlugen die Kisten und Kasten mit ihren Bajonetten und Gewehrkolben auf, warfen alles von den Wagen und plünderten und raubten alles, was ihnen mitnehmerswert erschien.»<sup>13</sup>



Nur wenige Wochen nach dem Einmarsch der Roten Armee bot der Osten Deutschlands ein erbarmungswürdiges Bild. Obwohl die Gebiete jenseits der Oder kaum westliche Bombardements erfahren hatten, waren Städte und Dörfer grösstenteils zerstört. Die Mehrheit der Gebäude war total verwüstet, so dass sogar die Besatzer oft nur noch unzureichend Unterkunft fanden. Überall irrte herrenloses Vieh brüllend umher, das von niemandem gefüttert und gemolken wurde. Die reiche ostdeutsche Landwirtschaft, die für das geschundene Russland eigentlich eine lebenswichtige Kriegsbeute bildete, war binnen weniger Wochen ruiniert worden. «Vier scheue Tauben und die Katzen waren noch da», erinnerte sich ein Bauer aus Oberstruse bei Breslau, der Mitte Mai auf seinen Hof zurückgekehrt war, «alles andere Vieh weg, in den Stuben die Möbel zerschlagen oder standen auf dem Kopf, kein Stück unbeschädigt; die Keller bis oben hin voll Unrat, zerbrochenes Geschirr, Hausrat, Kleidung vermischt mit Asche, Heu, Stroh, Kartoffelschalen, überall in Ställen Misthaufen bis an die Decke, vermischt mit allem Möglichen, die Zäune umgelegt oder ganz verschwunden.»<sup>14</sup>

Paradoxerweise waren gerade die wohlhabenderen Höfe – gleichsam als tätiger Ausdruck des Klassenkampfes – von der Roten Armee besonders stark malträtiiert worden. Die Gutsbesitzerin Lottka von Vegesack berichtete zum Beispiel, wie sie Mitte Mai nach Obsendorf in Niederschlesien heimkehrte und ihr Gutshaus vollkommen zerstört vorfand. «Der aufgedunsene Leib eines toten Pferdes begrüsst mich vor meiner Haustür, eine Schreibmaschine lag auf dem Misthaufen, Bücher, Bilder, Möbel, Spiegel, Porzellan, kurz und gut, alles lag im Park, auf dem Hof und in den Zimmern rum.»<sup>15</sup> Das Parkett hatte man eigens mit Sirup bestrichen und anschliessend mit Bettfedern bestreut. Häufig wurden die Häuser nach der Plünderung auch noch in Brand gesetzt. Da niemand das Feuer löschte, gingen vor allem in grösseren Orten ganze Strassenzüge in Flammen auf. Viele Güter, Dörfer und Städte im Osten Deutschlands wurden auf diese Weise ganz oder teilweise

zerstört – weit mehr, als zuvor durch Bombenangriffe oder Kampfhandlungen in Mitleidenschaft gezogen worden waren.

Einem solchen Feuer soll damals auch das berühmte Bernsteinzimmer zum Opfer gefallen sein, das der preussische König Friedrich Wilhelm I. dem russischen Zaren Peter dem Grossen geschenkt hatte. Nachdem es von der Wehrmacht 1941 aus Leningrad nach Königsberg verschleppt worden war, verloren sich dort 1945 seine Spuren. Nach dem Krieg avancierte es dann in der sowjetischen Propaganda zum Symbol für die Barbarei der deutschen Besatzungsherrschaft. Mit dem Verlust des Zimmers, das wegen seiner Pracht auch als «achtes Weltwunder» bezeichnet wurde, begründete die sowjetische, später russische Regierung zudem ihre Weigerung, in Deutschland erbeutete Kunstschatze wie das Schliemann-Gold oder die Sammlungen der Bremer Kunsthalle zurückzugeben. Tatsächlich waren es offenbar jedoch die eigenen Soldaten, die das Zimmer vernichteten. Wie der international ausgezeichnete Journalist Adrian Levy in einem 2004 erschienenen Buch darlegt, wurde das zerlegte und in Holzkisten verpackte Bernsteinzimmer im Rittersaal des Königsberger Schlosses aufbewahrt, wo es einem geheimen sowjetischen Untersuchungsbericht zufolge im April 1945 verbrannte.<sup>16</sup>

### *Massenvergewaltigungen*

Zu den Ritualen der Eroberung gehörte es, dass ein Grossteil der deutschen Frauen, die den sowjetischen Soldaten in die Hände fielen, brutal vergewaltigt wurde. Selbst junge Mädchen und Greisinnen, Schwangere, Nonnen oder Krankenschwestern blieben nicht verschont. Zahllose Augenzeugen – darunter auch ausländische Kriegsgefangene – haben darüber schockierende Berichte hinterlassen. Oftmals fanden demzufolge regelrechte Razzien statt, um der weiblichen Bevölkerung habhaft zu werden. Viele wurden

nicht nur einmal, sondern immer wieder, manchmal mehrfach am Tag, zuweilen bis zu zwanzig oder mehr Mal missbraucht. Die Übergriffe vollzogen sich häufig in aller Öffentlichkeit und unter Anwendung rohester Gewalt. Zahllose Frauen trugen nicht nur seelische Schäden und Geschlechtskrankheiten davon, sondern wurden auch körperlich schwer verletzt. Wer sich wehrte, wurde oft mit der Waffe oder brutaler Körperkraft überwältigt, nicht selten sogar getötet. Dasselbe Schicksal erlitten Ehemänner, Brüder oder Väter, wenn sie ihren Ehefrauen, Schwestern oder Töchtern zur Hilfe kommen wollten. Viele Frauen und Mädchen verfielen aufgrund dieser Erfahrungen in Depressionen oder versuchten, Selbstmord zu begehen. Andere versteckten sich wochenlang im Wald, auf Dachböden oder im Stroh, um den Vergewaltigungen zu entgehen.

Die Berichte der Betroffenen lassen noch heute den Schrecken erahnen, den der Einmarsch der Roten Armee für sie bedeutete. In Danzig zum Beispiel, erinnerte sich eine ältere Einwohnerin, erschienen die sowjetischen Soldaten in Gruppen von fünf bis zehn Mann und riefen «Uri, Uri» sowie «Frau, komm!». Vor den Augen der Männer, die man mit der Maschinenpistole in Schach hielt, wurden die anwesenden Frauen vergewaltigt. Als sie sich anschliessend vor weiteren Rotarmisten zu verstecken suchten, wurden sie bald erneut aufgestöbert. «Ein vielleicht 18-19-jähriger hatte es auf mich abgesehen. Mit einer Flasche Wein bewaffnet, zwang er mich in die Telefonzelle. Ich sagte: ‚Alte Grossmama ganz schrumpelig.‘ Nun rief er immer: ‚Grossmama muss –‘.»<sup>17</sup> Noch schlimmer erging es einer jungen Mutter dreier Kinder, die, als sie in einen Keller flüchten wollte, von einer Gruppe Soldaten überwältigt wurde. Eine Augenzeugin erinnerte sich später voller Entsetzen: «Die Kinder riefen: ‚Mutti, Muttilein!‘ Da nahm der eine Russe die Kinder und schlug sie an die Mauer. Das Knirschen vergesse ich mein Leben lang nicht. Dann nahm der nächste die Frau vor.»<sup>18</sup> Hunderte Berichte geben von ähnlichen Brutalitäten Auskunft.

Den Frauen, die in Flüchtlingstrecks unterwegs waren, erging es nicht besser. Die meisten von ihnen hatten nicht einmal eine Möglichkeit, sich zu verstecken. Eine ältere Frau, die in Pommern ein Stück auf dem Pferdewagen eines Bauern mitfahren durfte, erzählte später von den Geschehnissen, die sich während der Fahrt zugezogen hatten: Sowjetische Soldaten schossen der Tochter des Bauern brutal in den Rücken, als sie sich gegen die wiederholten Vergewaltigungen zu wehren versuchte. Der Mutter, die ihrer Tochter zu Hilfe kommen wollte, feuerte man in die Hand. Auch die übrigen Mitreisenden blieben nicht verschont. «Meine Schwiegertochter und die Frau eines Danziger Kaufmanns, die sich uns angeschlossen hatte», so heisst es in der Schilderung, «wurden während der Fahrt von aufspringenden jungen russischen Soldaten mehrfach vergewaltigt und das in Gegenwart der sterbenden jungen Frau, der erwachsenen Tochter der älteren Danziger Dame und der anderen Personen.» Als die Flüchtlinge endlich Quartier in einer Försterei fanden, gingen die Quälereien auch dort weiter: «Die Russen erschienen jeden Abend, holten sich mehrfach eine Anzahl Frauen und Mädchen bis zu den jüngsten herunter, die mehrfach täglich geschändet wurden.»<sup>19</sup> Als eine sowjetische Patrouille schliesslich vier versprengte deutsche Soldaten entdeckte, die in der Försterei nach Lebensmitteln suchten, gerieten die Rotarmisten so ausser Rand und Band, dass ein Teil der jungen Frauen aus Angst vor neuen Übergriffen Selbstmord beging.

Die Vergewaltigungen beschränkten sich nicht auf die ersten Tage des Einmarsches. In zahlreichen Orten drangen sowjetische Soldaten noch wochen-, manchmal sogar monatelang Nacht für Nacht in die Unterkünfte ein und holten sich – häufig nachdem sie getrunken hatten – Frauen, um sie anschliessend zu missbrauchen. Eine Betroffene, die aus Westpreussen geflüchtet war, berichtete etwa, wie sie in einem Lager in der Nähe von Danzig zusammen mit anderen Frauen die Wäsche der Rotarmisten reinigen musste. Drei Wochen fand sie dort keinen Schlaf, weil jede Nacht Soldaten

kamen, denen sie rettungslos ausgeliefert war. «Nie werde ich das Wehgeschrei einer jungen Lehrersfrau vergessen, die unterwegs ihr erstes Kind geboren [hatte] und an der Brust operiert [worden] war. Immer wieder rissen ihr die Russen den Verband ab, da sie Tarnung vermuteten, trotzdem die Schwiegermutter kniefällig um Gnade bat.» Ein Bauer aus Ostpreussen, dessen Frau unterwegs gestorben war, so geht der Bericht weiter, wurde kurzerhand verschleppt oder liquidiert, weil er sich mehrfach den Soldaten entgegengeworfen hatte, um seine drei Töchter zu schützen. «Die Frauen wurden besinnungslos geschlagen, um sie gefügig zu machen, sogar alte Frauen über 80 Jahre waren dabei. Eines Nachts kamen 30 Mongolen, total betrunken – es ist nicht wiederzugeben, was sich da abspielte.»<sup>20</sup>

Für die Männer war es eine traumatische Erfahrung, dass sie die Frauen in ihrer Umgebung nicht schützen konnten. Ihre Hilflosigkeit geht zum Beispiel aus den Erinnerungen des Bürgermeisters von Woldenburg in Pommern hervor, der nichts dagegen unternehmen konnte, dass seine Nichte im Nebenzimmer von vierzehn russischen Offizieren vergewaltigt wurde. Auch seine Gattin konnte er nicht verteidigen, wie er weiter berichtet: «Meine Frau wurde von einem Russen in die Scheune geschleppt und ebenfalls vergewaltigt. Nachdem wurde sie in einen Reitstall gesperrt und am nächsten Morgen 5 Uhr mit vorgehaltener Pistole nochmals vergewaltigt.» Eine weitere Szene, die der Bürgermeister schildert, legt sogar den Schluss nahe, dass die deutschen Männer zu Mittätern gemacht wurden. Ein Soldat hatte sich eine Dreizehnjährige ausgesucht. Als sie sich sträubte mitzugehen, drohte er mit der Pistole, die Anwesenden zu erschiessen, wenn sie das Mädchen nicht binnen fünf Minuten ins Nebenzimmer brächten, und offenbar kamen sie daraufhin diesem Wunsch nach. Wenig später vergewaltigte der Rotarmist auch noch die schwangere Mutter des Mädchens.<sup>21</sup>

In ihrem Buch «Ostpreussisches Mosaik» hat Hildegard Rauschenbach beschrieben, wie Eltern und Kinder in diesen Wochen in furchtbare Konflikte gestürzt wurden. Versuchten die jungen

Mädchen, sich den Soldaten zu verweigern, griffen diese meist zur Waffe, um sie mit Gewalt zum Geschlechtsverkehr zu zwingen. Stellten sich die Eltern schützend vor ihre Töchter, wurden sie beiseite gestossen oder erschossen. Nur manchmal liess sich ein Aufschub erwirken, wenn sich die Mutter an Stelle ihres Kindes anbot. Oft wurden die Mädchen aber auch von ihren Angehörigen gedrängt, sich freiwillig zur Verfügung zu stellen, um Schaden von den Familienangehörigen abzuwenden. Als Hildegard Rauschenbach, die auf der Flucht aus Ostpreussen in der Nähe von Danzig von der Roten Armee eingeholt worden war, sich nach tagelangen Vergewaltigungen lieber erschiessen lassen wollte, als erneut missbraucht zu werden, flehte ihre Mutter sie an: «Hildchen! Hildchen! Mach uns nicht noch mehr unglücklich, einmal wird alles vorbei sein, wenn es noch einen Gott gib. Bitte, bitte, geh!»<sup>22</sup>

Zu besonders schlimmen Exzessen kam es immer dann, wenn die sowjetischen Soldaten betrunken waren. Da niemand die Plünderer kontrollierte, fanden – trotz der anhaltenden Kämpfe mit deutschen Truppen – regelmässig Saufgelage statt, bei denen grosse Mengen hochprozentiger Alkoholika getrunken wurden. Anschliessend stürzten sich die entfesselten Soldaten auf Frauen und Mädchen. So berichtete ein Pfarrer aus dem pommerschen Lauenburg, was geschah, nachdem Rotarmisten die örtliche Spirituosenhandlung ausgeraubt hatten: «In Rudeln standen sie vor jedem Haus, bis zu 45 vergewaltigten sie *eine* deutsche Frau, ohne Rücksicht, ob sie schliesslich im Sterben lag. 78-jährige Frauen, 9-jährige Kinder fielen ihnen zum Opfer – es ist zu verstehen, warum in jener schrecklichen Nacht etwa 600 Einwohner freiwillig in den Tod gingen.»<sup>23</sup>

Die geschilderten Ereignisse waren keine Einzelfälle, sondern typisch für das Kriegsende im Osten Deutschlands. Selbst die eigenen Landsleute – sowjetische Frauen, die von den Deutschen verschleppt worden waren – fielen den Soldaten zuweilen zum Opfer, denen die brutalen Vergewaltigungen bald zur Gewohnheit

wurden. So terrorisierten Rotarmisten der Kommandantur in Bunzlau (heute: Boleslawiec) im Februar 1945 tagelang etwa hundert Zwangsarbeiterinnen, die in einer Herberge auf ihre Rückführung in die UdSSR warteten. Nachts drangen die Männer in ihr Quartier ein und vergewaltigten sie. «Tag und Nacht habe ich gewartet, dass die Rote Armee kommt und uns befreit», hiess es in einer von mehreren Beschwerden der betroffenen Frauen. «Und jetzt werden wir von unseren eigenen Soldaten schlimmer behandelt als von den Deutschen. Am liebsten wäre ich tot.»<sup>24</sup> Zu ähnlichen Vorfällen kam es auch in der Kommandantur Öls (heute: Olesnica), wo Rotarmisten im Februar 1945, teilweise unter Wafeneinsatz, zahlreiche Zwangsarbeiterinnen missbrauchten, die von den Deutschen in der Landwirtschaft eingesetzt worden waren. «Wegen dieses wilden und schamlosen Benehmens der Soldaten», war in einem internen Bericht zu lesen, «glauben viele befreite sowjetische Frauen und Mädchen, dass man sie in der Roten Armee und zu Hause nicht für Sowjetmensen hält und dass man daher mit ihnen tun könne, was man wolle – erschiessen, vergewaltigen, verprügeln oder nicht in die Heimat zurücklassen.»<sup>25</sup>

Niemand weiss genau, wie viele Frauen beim Einmarsch der Roten Armee vergewaltigt wurden, und schon gar nicht, wie oft sie die Brutalitäten jeweils über sich ergehen lassen mussten. Nachträglichen Berechnungen zufolge sollen allein in den deutschen Gebieten jenseits von Oder und Neisse 1,4 Millionen Mädchen und Frauen missbraucht worden sein, 180'000 von ihnen starben dabei oder an den Folgen. Insgesamt wird die Zahl der Vergewaltigten im sowjetisch besetzten Teil des Reiches auf zwei Millionen veranschlagt. Rund zwanzig Prozent der betroffenen Frauen wurden schwanger. Trotz zahlreicher Selbstmorde und illegaler Abtreibungen kamen in Deutschland vermutlich mehr als 290'000 Kinder sowjetischer Väter zur Welt.

## *Liquidierungen*

In vielen Fällen blieb es nicht bei Plünderungen und körperlichen Misshandlungen. Oft erschossen Rotarmisten die Deutschen, auf die sie bei der Besetzung des Reiches stiessen. Vor allem Männer liquidierte man zu Tausenden. Allein im Zuge des Einmarsches in die Gebiete östlich von Oder und Neisse wurden vermutlich 75'000 bis 100'000 Menschen umgebracht.

Zu den Opfern zählten nicht nur versprengte Soldaten der Wehrmacht, die sich vor der Roten Armee versteckten, sondern auch zahlreiche Zivilisten. Bei geringsten Verdachtsmomenten – wenn etwa im Haus eine Waffe gefunden wurde, wenn jemand Radio hörte oder telefonierte – machte man rücksichtslos von der Waffe Gebrauch. Erst recht galt dies bei aktivem Widerstand, zum Beispiel gegen Vergewaltigungen. Manchmal wurde sogar schon geschossen, wenn ein Deutscher nur die Dorfstrasse überquerte, weil die Benutzung der Fahrbahn den Sowjetsoldaten vorbehalten war. Oft genug feuerten die misstrauischen und reizbaren Rotarmisten auch bloss aus einer Laune heraus oder weil sie zu viel getrunken hatten.

Zielgerichtet wurden in den ersten Tagen vor allem Funktionsträger wie Bürgermeister, Gemeindevorsteher, Kreisbauernführer oder Ortsgruppenleiter liquidiert. Auch Eisenbahner, die aufgrund ihrer Uniform verdächtig erschienen, waren akut gefährdet. Manchmal traf es auch die Ehefrauen kleiner Funktionäre oder einfache Parteimitglieder. Zum Abschuss freigegeben waren zudem Personen, die man wegen ihrer Kleidung oder eines grossen Hauses für «Kapitalisten» hielt. So wurden nahezu sämtliche Gutsbesitzer, die auf ihren Höfen angetroffen wurden, von Soldaten umgebracht. Vielen Bauern oder Gewerbetreibenden wurde zum Verhängnis, dass Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiter erklärten, von ihnen schlecht behandelt worden zu sein – ohne dass jemand die Vorwürfe ernsthaft nachprüfte.

Über die Zahl der Liquidierungen beim Einmarsch der Roten Ar-



mee liegen keine genauen Angaben vor. In sowjetischen Unterlagen sind diese Toten in der Regel nicht verzeichnet, und die deutschen Behörden funktionierten meist nicht mehr. Zahlreiche Augenzeugenberichte lassen allerdings keinen Zweifel daran, dass es sich hier nicht um Einzelfälle, sondern um massenhaft begangene Kriegsverbrechen handelte. Beispielhaft dafür ist die Schilderung einer Bäuerin aus Pommern, die festhielt, wie sie in ihrem Heimatdorf Eichfier am Tag nach der Besetzung Ende Januar 1945 überall auf Tote stiess. Ein Mädchen, das sich seiner Vergewaltigung widersetzt hatte, war erschossen worden. Eine andere Frau hatte sich aus Angst vor einem ähnlichen Schicksal vergiftet. Siebzehn weitere Personen waren in einem Haus verbrannt, nachdem Soldaten es in Brand gesteckt hatten. «Auch den etwas schwachsinnigen Arbeiter des Bauern G. Redemann, Paul Krause, fand man im Kuhstall unter der Kuhkrippe tot mit aufgeschnittenem Bauch», heisst es weiter.<sup>26</sup>

Liest man die Berichte der Überlebenden, ist man immer wieder schockiert von der Gefühllosigkeit der sowjetischen Soldaten. Eine Frau aus Luggewiese in Pommern beschrieb etwa, wie ihre fünfundzwanzigjährige Schwester auf scheussliche Weise liquidiert wurde. Im Nachbarort Gross Damerkow hatten die beiden Anfang März mit dreissig weiteren Personen in einem Zimmer auf die Ankunft der Roten Armee gewartet. Die ersten Sowjetsoldaten, die hereinkamen, nahmen den verängstigten Deutschen Uhren, Ringe und Lebensmittel ab, die nächsten versuchten vergeblich, zwei Frauen an den Händen herauszuziehen. Unmittelbar darauf betrat ein gross gewachsener Rotarmist den Raum; er schaute sich schweigend um, ging bis ganz nach hinten durch, wo die jungen Mädchen und Frauen sassen, und deutete mit dem Finger auf die Schwester. Als diese nicht sofort aufstand, trat er dicht vor sie hin und hielt ihr seine Maschinenpistole gegen das Kinn. Die Anwesenden schrien laut auf, doch die junge Frau sass nur stumm da und rührte sich nicht. «Da krachte auch schon der Schuss. Ihr Kopf fiel auf die Seite, und das Blut rann in Strömen. Sie war sofort tot,

war sofort tot, ohne nur einen Laut von sich zu geben. Der Schuss war vom Kinn aus bis zum Gehirn gegangen, die Schädeldecke war völlig zertrümmert. Der Russe guckte uns alle an und verliess, ohne ein Wort zu sagen, das Zimmer.»<sup>27</sup>

Die Anlässe für derartige Taten waren meist vollkommen unbedeutend. Im pommerschen Polzin wurde eine Familie erschossen, weil man dem Vater, einem Arzt, vorwarf, er habe bei der Behandlung der Kranken Deutsche bevorzugt. Ein anderer Mann musste sterben, weil er nachts angeblich heimlich Radio im Keller gehört hatte. Verantwortliche für die Verbrechen des NS-Staates waren hingegen nur selten betroffen, weil sie sich meist längst aus dem Staub gemacht hatten.

In besonderer Weise entlud sich der Hass auf die Deutschen in den ethnisch gemischten Gebieten des damaligen Westpolens. Erschossen wurden hier nicht nur Amtsträger wie Bürgermeister oder deren Stellvertreter, sondern auch Personen, die lediglich bei einer deutschen Dienststelle beschäftigt waren. Viele vermögendere Deutsche fielen ebenfalls den Racheakten zum Opfer. Manchmal reichte schon allein die Nationalität aus, wie dieser Bericht einer Bäuerin aus Posen deutlich macht: «Mein Mann stand bei unserem Wagen, wollte mir die Kleine abnehmen, da wir von der Strasse aufs Land flüchten wollten. Da kam auch schon ein Russe, sprang vor ihn und sagte: ‚Deutsch, polnisch/ Auf mein Mann sein Wort ‚deutsch‘ [sic], schoss er ihn vor unseren Augen durch die Brust. Sein Tod trat auf der Stelle ein.»<sup>28</sup>

Anders als das spätere Propagandabild vom freundlichen Rotarmisten vermittelte, konnten auch Kinder in dieser Zeit nur selten mit Mitleid oder Unterstützung rechnen. Noch unbarmherziger verhielten sich allerdings viele polnische Milizionäre, denen sogar sowjetische Soldaten wiederholt Einhalt geboten. Ein Gruselerregender Bericht ist zum Beispiel vom Zusammentreffen eines Flüchtlingstrecks mit Panzern und Partisanen bei Schroda im westlichen Polen überliefert. Ein sowjetischer General fragte demnach zuerst nach deutschen Offizieren, und alle einschlägig Verdächti-

gen wurden sofort liquidiert. Anschliessend flogen Nebelbomben, so dass eine entsetzliche Panik entstand. «In diesem künstlichen Nebel begann nun ein allgemeines Abschlagen, Plündern, Vergewaltigen. Man hörte die Schreie der Erschlagenen, Schiessen, das Kreischen der geschändeten Frauen, die Hilferufe der Kinder und alten Leute.»<sup>29</sup> Als Soldaten mehrere schreiende Frauen mit ihren Kindern auf einen LKW stiessen, habe eine auf der Ladefläche sitzende Frau die Kleinen gegriffen, sie mit dem Kopf auf die Kante des LKW geschlagen und dabei laut «Engelchen!» gerufen.

Dass es sich bei diesen Schilderungen nicht um Gräuelpropaganda oder nachträgliche Übertreibungen handelt, geht schon aus der hohen Zahl und der grossen inhaltlichen Übereinstimmung der Berichte hervor. In einem breit angelegten Forschungs- und Dokumentationsprojekt haben Historiker der Bundesrepublik bereits Anfang der fünfziger Jahre umfangreiche Erhebungen unter den Betroffenen durchgeführt. Man veröffentlichte damals ausschliesslich solche Zeugnisse, die durch andere bekräftigt wurden oder aufgrund ihrer Sachlichkeit besonders glaubwürdig erschienen.<sup>30</sup> Spätere Studien – vor allem solche, die nach dem Zusammenbruch des Kommunismus erstellt wurden – haben die Ergebnisse der frühen Untersuchungen grösstenteils bestätigt.

Die Aussagen der Opfer werden aber auch durch sowjetische Quellen untermauert, auch wenn die meisten Erinnerungen russischer Veteranen diese Seite des Krieges fast vollständig ausblenden. Einer der prominentesten Augenzeugen, der das Vorgehen der Roten Armee aus sowjetischer Perspektive verfolgte, ist der Schriftsteller und spätere Dissident Alexander Solschenizyn. Als Hauptmann war er am Einmarsch in Ostpreussen beteiligt und sah dort unter anderem die brennende Kleinstadt Neidenburg (heute: Nidzica). Seine Eindrücke brachte er später im Straflager zu Papier. In seinem langen Poem «Ostpreussische Nächte» beschrieb er unter anderem eine stöhnende Mutter, die von einer Kompanie Soldaten vergewaltigt worden war, nachdem man ihre noch im

Kindesalter befindliche Tochter getötet hatte. Ein deutscher Kommunist, der die Rote Armee mit Brot und Salz begrüßte, wurde als vermeintlicher Spion abgeführt. Eine andere Frau, die den Soldaten etwas zu essen brachte, wurde niedergeschossen, anschliessend feuerte man auf ihren bettlägerigen Mann. Eine blonde Frau starb im Kugelhagel, nachdem in ihrer Tasche das Foto eines Mannes gefunden worden war, der eine Hakenkreuzbinde trug. Wörtlich heisst es in dem Gedicht: «Alles schlicht nach der Parole:/Nichts vergessen! Nichts verzeih'n! / Blut für Blut! – und Zahn für Zahn. / Wer noch Jungfrau, wird zum Weibe, / und die Weiber – Leichen bald.»<sup>31</sup>

Noch ausführlicher hat der Germanist Lew Kopelew, der wegen seiner Deutschkenntnisse an vorderster Front eingesetzt war, die Eroberung Ostpreussens geschildert. In seinem Buch «Aufbewahren für alle Zeit» berichtet er, wie er im Januar 1945 durch die ersten deutschen Dörfer – Gross-Koslau und Klein-Koslau – fuhr und beinahe in seinem LKW verbrannte, weil die Häuser rechts und links der Strasse allesamt in Flammen standen. Als sich herausstellte, dass die Brände nicht durch Kriegshandlungen verursacht, sondern von der Roten Armee gelegt worden waren, erklärte ihm ein russischer Soldat: «Es heisst eben: hier ist Deutschland. Also: schlägt alles kaputt, verbrennt alles! Übt Rache!»<sup>32</sup>

Auch das nächste Dorf, das Kopelew passierte, brannte lichterloh. Eine Herde herrenloser Kühe stand brüllend an der Landstrasse. In Neidenburg wurde er dann selber Zeuge, wie die Rotarmisten brandschatzten, plünderten und töteten. Ganze Strassenzüge standen in Flammen, Soldaten durchsuchten die noch nicht vom Feuer erfassten Gebäude nach Brauchbarem. In einer Seitenstrasse lag an der Zierhecke eines Hauses die Leiche einer alten Frau. «Ihr Kleid war zerrissen, zwischen ihren mageren Schenkeln stand ein Telefonapparat, der Hörer war ihr, so gut es ging, in die Scheide gestossen», so Kopelew. «Auf den Strassen streunten Soldaten herum. Gemächlich schlenderten sie von Haus zu Haus, einige hatten Bündel oder Koffer bei sich. Einer von ihnen erklärte

redselig, die Deutsche da sei eine Spionin gewesen; sie hatten sie beim Telefon erwischt, da liess man sie nicht erst lange kreischen.»<sup>33</sup> Wenig später erschoss ein Mann aus Kopelews Erkundungstrupp eine Passantin, die verzweifelt nach ihrer Tochter und ihren Enkeln suchte. Wegen ihres verwirrten und verängstigten Verhaltens hatte sein Vorgesetzter kurz entschlossen den Befehl gegeben: «Die ist Spionin. Erschiessen, los! Verdammt noch mal!»<sup>34</sup>

In Allenstein (Olsztyn), das bei der Eroberung kaum beschädigt worden war, hatte Kopelew ähnliche Erlebnisse. Sowjetische Soldaten steckten das vierstöckige Kaufhaus mitsamt den darin befindlichen Waren in Brand, so dass es vollkommen zerstört wurde. Zwei betrunkene Panzergrenadiere versuchten, eine blonde Polin zu vergewaltigen, die sie für eine Deutsche hielten, und konnten von Kopelew nur mühsam davon abgebracht werden. Am Bahnhof standen Berge von Plünderungsgut herum, dazwischen lagen Tote, darunter eine mehrfach vergewaltigte Frau, deren Beine auseinander gerissen waren. In einer anderen Strasse sah er die Leiche eines Pfarrers, der in vollem Ornat getötet worden war. Vor dem Postamt traf er eine Frau mit zerzausten Haaren und blutendem Kopf, die an ihrer Hand ein verweintes dreizehnjähriges Mädchen mit blutigen Strümpfen hielt. Sie berichteten ihm, wie Rotarmisten sie geschlagen und missbraucht hatten. Im sowjetischen Stab erfuhr er schliesslich, dass sogar eine befreite russische Zwangsarbeiterin getötet worden war. Ein paar angetrunkene Soldaten hatten ihr mit der Maschinenpistole quer über den Rücken geschossen, weil sie wegen ihrer blonden Haare für eine «Fritzin» gehalten wurde.

## *Ursachen der Gewalt*

Für die Brutalität der sowjetischen Soldaten wurden später unterschiedliche Erklärungen gegeben. In vielen Veröffentlichungen wird darauf hingewiesen, dass es den Rotarmisten um Vergeltung gegangen sei, weil sie beim Einmarsch deutscher Truppen in ihre Heimat ähnliche Erfahrungen gemacht und nun aus einem verständlichen Rachebedürfnis heraus gehandelt hätten. Andere wiederum führen die Gewalttaten auf eine allgemeine Brutalisierung durch den Krieg zurück. Manche behaupten auch, es sei der extreme Kontrast zwischen dem entbehrensreichen Soldatenalltag und dem für sowjetische Verhältnisse überwältigenden Wohlstand in den eroberten Gebieten gewesen, der eine regelrechte Zerstörungswut zur Folge gehabt habe. In Bezug auf die Vergewaltigungen wird zudem ins Feld geführt, dass die Soldaten über Jahre keinen Kontakt zu Frauen gehabt und sich deshalb in einer Art sexuellem Notstand befunden hätten.

All diese Erklärungsversuche blenden freilich aus, dass es sich nicht um vereinzelte Exzesse undisziplinierter Soldaten handelte. Das brutale Vorgehen beschränkte sich auch nicht auf die ersten Tage der Besetzung. Vielmehr entsprach das Verhalten der Rotarmisten exakt der sowjetischen Kriegsideologie und den lange Zeit bestehenden Vorgaben ihrer politischen und militärischen Führer.

Die Verrohung der Soldaten durch den Krieg, das geringe Bildungsniveau und das junge Alter vieler Rotarmisten könnten durchaus eine Erklärung für einzelne Gewalttaten während des Vormarsches bilden. Auch der Schmerz über den Verlust von Verwandten und Freunden hat den einen oder anderen vielleicht tatsächlich zu Racheakten veranlasst. Wäre dies jedoch die ausschlaggebende Ursache gewesen, hätte man die Soldaten in der streng geführten Roten Armee rasch wieder diszipliniert. Die Befehlshaber hätten rigoros durchgegriffen, um eine Wiederholung auszuschließen. Stattdessen geschah jedoch das genaue Gegenteil:

Jene Armeeingehörigen, die Übergriffe auf die Zivilbevölkerung verhindern wollten, wurden wegen «Mitleids mit dem Feind» zur Rede gestellt und oft sogar bestraft.

Viele Rotarmisten hätten durchaus Anlass gehabt, Vergeltung für die deutsche Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion zu üben. Doch entscheidend war, dass ihre Rachegefühle vor dem Einmarsch durch eine blutrünstige Propaganda regelrecht herangezüchtet worden waren. Jahrelang waren die Deutschen von Stalin nur als «Hitlergeschmeiss» oder «faschistische Unmenschen», als «Schufte», «Horden» oder «Bestien» bezeichnet worden; von «Befreiung» keine Rede. In ihrem extremen Deutschenhass trugen die politischen Aufrufe geradezu rassistische Züge. Liest man die Agitation dieser Zeit, könnte man dem amerikanischen Historiker Norman M. Naimark zufolge sogar zu dem Glauben gelangen, die Bestrafung der deutschen Bevölkerung sei den Sowjets genauso wichtig gewesen wie der Sieg über die Wehrmacht.

Insbesondere der russische Schriftsteller Ilja Ehrenburg, der Anfang der zwanziger Jahre in Deutschland gelebt hatte und nach dem heute im Ostteil Berlins ein Café benannt ist, schrieb damals laufend Texte für die Front, in denen die Soldaten unverblümt zum Abschlichten des Feindes aufgefordert wurden: «Wenn du nicht im Laufe eines Tages wenigstens einen Deutschen getötet hast, so ist es für dich ein verlorener Tag gewesen», heisst es in einem seiner rund 3'000 Aufrufe und Artikel aus der Zeit des Krieges. Und weiter: «Wenn du den Deutschen nicht tötest, so tötet er dich. Er wird die Deinigen festnehmen und sie in seinem verfluchten Deutschland foltern.» Der geschickt komponierte Text kulminiert am Ende in einem regelrechten Vernichtungsgesang: «Wenn Du einen Deutschen getötet hast, töte einen zweiten – es gibt nichts Lustigeres als deutsche Leichen. Zähle nicht die Tage. Zähle nicht die Kilometer. Zähle nur eines: die von dir getöteten Deutschen! Töte den Deutschen! – dieses bittet dich deine greise Mutter. Töte den Deutschen! – dieses bitten dich deine Kinder. Töte den Deut-

schen! – so ruft die Heimaterde. Versäume nichts! Versieh dich nicht! Töte!»<sup>35</sup>

Andere sowjetische Autoren wie Alexej Tolstoi oder Konstantin Simonow verfassten ähnliche Aufrufe für die Frontpropaganda. In Soldatenzeitungen und Flugblättern, Rundfunksendungen und Agitationsveranstaltungen wurde den Truppen der Gedanke der Vergeltung systematisch eingepflanzt. Die Politische Hauptverwaltung der Roten Armee veröffentlichte im vierzehntäglich erscheinenden *Notizblock des Propagandisten* regelmässig Artikel, die laut vorgelesen werden sollten. Dazu gehörte ein Aufruf Ehrenburgs vom November 1943, in dem es hiess: «Es genügt nicht, die Deutschen nach Westen zu treiben. Die Deutschen müssen ins Grab hineingejagt werden! Gewiss ist ein geschlagener Fritz besser als ein unverschämter. Von allen Fritzchen aber sind die toten die besten.»<sup>36</sup> Bei einem Gegenangriff im Februar 1945 fanden die Deutschen in einem Regimentsgeschäftszimmer der Roten Armee umfangreiches Material, aus dem hervorging, wie die Soldaten auch zur Vergewaltigung deutscher Frauen ermuntert wurden.

Ehrenburgs Appelle wurden so oft den Soldaten vorgelesen und in Frontzeitungen nachgedruckt, dass sie sich zu regelrechten Schlachtliedern entwickelten. Darüber hinaus hielt man den Rotarmisten in den letzten Kriegsmonaten die Schrecken deutscher Konzentrationslager vor Augen, wobei die dort Ermordeten in der Regel nicht als Juden, sondern nur als Sowjetbürger dargestellt wurden. Da die Soldaten keinen Zugang zu unabhängigen Informationsquellen hatten, wirkte die offizielle Propaganda umso mehr. Die offenkundige Tatsache, dass Frauen, Kinder und Alte mit den in der Sowjetunion und anderswo verübten Verbrechen des NS-Regimes nichts zu tun hatten, wurde auf diese Weise weitgehend überdeckt.

In dieselbe Richtung zielten die militärischen Direktiven. «Wehe dem Land des Mörders», schrieb zum Beispiel der Befehlshaber der 1. Weissrussischen Front, Marschall Georgi Schukow, in seinem Tagesbefehl vor dem Einmarsch in Polen. «Wir werden uns grausam rächen für alles.»<sup>37</sup> Und die letzte Direktive der Poli-



tischen Hauptverwaltung der Roten Armee vor der Besetzung Ostpreussens schärfte den Truppen ein, «dass es auf deutschem Boden nur einen Herrn gibt: den Sowjetsoldaten, dass er sowohl Richter wie Henker für die von seinen Vätern und Müttern erlittenen Qualen, für die zerstörten Dörfer ist. [...] Denkt daran, dass das dort nicht eure Freunde sind, sondern die Verwandten der Mörder und Unterdrücker.»<sup>38</sup> Marschall Tschernjakowski, der den Angriff auf Ostpreussen leitete, befahl zuvor seinen Soldaten am 12. Januar 1945: «Zweitausend Kilometer sind wir marschiert und haben die Vernichtung all dessen gesehen, was wir in zwanzig Jahren aufgebaut haben. Nun stehen wir vor der Höhle, aus der heraus die faschistischen Angreifer uns angegriffen haben. Wir bleiben erst stehen, nachdem wir sie gesäubert haben. Gnade gibt es nicht – für niemanden, wie es auch keine Gnade für uns gegeben hat. [...] Das Land der Faschisten muss zur Wüste werden.»<sup>39</sup>

Wenn die Rote Armee ein neues Gebiet erobert hatte, riefen die sowjetischen Agitatoren die nachrückenden Soldaten schon am Strassenrand zur Vergeltung auf. An der einstigen Reichsgrenze war auf Schildern zu lesen: «Rotarmist: Du stehst jetzt auf deutschem Boden – die Stunde der Rache hat geschlagen!»<sup>40</sup> Beim Vorstoss über die Weichsel nach Schlesien und Pommern waren die Routen der Marschkolonnen mit Parolen gesäumt wie: «Soldat: Du bist in Deutschland, nimm Rache an den Faschisten.»<sup>41</sup> Auch die Losungen an den Toren der deutschen Hauptstadt verhießen wenig Gutes für die in den Luftschutzkellern wartenden Zivilisten: «Hier ist sie, die Höhle der Faschisten – Berlin!»<sup>42</sup>

Die Wirkung der Agitation hat eine Bauersfrau aus Ostpreussen festgehalten, die eine Gruppe von Rotarmisten bekochen musste und zunächst durchaus freundlich behandelt wurde – bis sich die Stimmung plötzlich änderte: «Als die Russen satt sind, kommt der Schnaps heran und man merkt, wie sie systematisch aufgehetzt sind zum Hass und Sadismus gegen uns: Sie zeigen nämlich Bilder

herum, wie deutsche Soldaten auf viehische Art in Russland russische Frauen und Mädchen ermordet haben.»<sup>43</sup> Was folgte, so der Bericht der Bäuerin, war eine Nacht brutaler Vergewaltigungen. Ein anderer Zeitzeuge machte bei einem Massaker in Pommern eine ähnliche Erfahrung. Rotarmisten nahmen hier fünfzig bis sechzig Frauen, Kinder und Männer mit Maschinengewehren unter Beschuss, als diese aus einer brennenden Scheune flüchteten. «Ich sagte zu den Russen, warum sie das machen, die sagten nur, deutsche Soldaten auch unsre Frauen und Kinder totgeschossen.»<sup>44</sup>

Denselben Mechanismus beschrieb 1990 ein ehemaliger Sowjetsoldat, der in einem Lazarett folgende Geschichte gehört hatte: «Ein Fritz, ein Deutscher, versteckte sein Mädchen im Keller, damit ihm niemand etwas zu Leide tue. Nach einem Monat ist sie ausgerissen und mit dem Fahrrad zu den Nachbarn gefahren. Da haben wir sie uns geschnappt, und natürlich hat sie der gesamte Männergesangsverein vergewaltigt.» Die Rotarmisten, so heisst es in seinem Bericht weiter, fanden diesen Vorgang damals ungeheuer komisch. Er selbst und der gesamte Krankensaal hätten vor Lachen gewiehert. Fünfundvierzig Jahre später erklärte der ehemalige Soldat sein Verhalten so: «Hatten die Deutschen unsere Frauen nicht vergewaltigt? Doch, es war uns aus der Presse bekannt. Der Mechanismus funktionierte reibungslos. Also Blut um Blut. Wenn die es getan haben, tun wir jetzt das gleiche.»<sup>45</sup>

Mit den Racheappellen verfolgte die sowjetische Führung einen klaren Zweck: Der Kampfgeist der Soldaten sollte mit allen Mitteln gestärkt werden. Sie zog damit vor allem die Lehren aus dem militärischen Desaster beim Einmarsch der Wehrmacht in die UdSSR 1941, als die Rote Armee kaum Widerstand geleistet hatte. Viele sowjetische Soldaten ergaben sich damals freiwillig den deutschen Truppen, so dass bis Jahresende nach deutschen Angaben mehr als 3,3 Millionen Menschen in Gefangenschaft geraten waren. Nicht wenige hatten die Ankunft der Wehrmacht nach den Jahren des stalinistischen Terrors sogar begrüsst.

Eine Frontpropaganda, die im üblichen ideologischen Kauderwelsch nur den Sieg des Sozialismus versprach, konnte hier nicht viel bewirken. Im weiteren Verlauf des Krieges appellierte man deshalb vor allem an die nationalen Gefühle der Soldaten und rückte die Verteidigung der Heimat in den Vordergrund: Mütterchen Russland und die Frauen und Kinder zu Hause mussten vor den brandschatzenden und mordenden Truppen aus Deutschland geschützt werden. Als die Wehrmacht nach zweieinhalb Jahren aus der UdSSR zurückgedrängt worden war und Stalin den Vormarsch nach Berlin plante, bedurfte es eines neuen Ziels, um die abgekämpften Sowjetsoldaten zur Fortsetzung des Krieges zu motivieren. «Treibt die faschistischen Tiere aus ihrem Bau!», lautete nun die Parole, mit der die Rotarmisten hinfort angefeuert wurden. Deutschland sollte nicht befreit werden, sondern Stalin verkündete der Armee: «Die Höhle der faschistischen Armee ist von allen Seiten umstellt, und keine List des Feindes wird ihn vor der unausbleiblichen vollständigen Vernichtung retten.»<sup>46</sup>

Die Hasspropaganda innerhalb der Armee hinderte Stalin allerdings nicht daran, den Deutschen öffentlich eine ganz andere politische Perspektive zu eröffnen. Im Sommer 1943 liess er das Nationalkomitee Freies Deutschland gründen, das sich überwiegend aus Kriegsgefangenen der Wehrmacht zusammensetzte und den Deutschen für den Fall der Kapitulation eine Zukunft in Freiheit verhies. Auch bei der Belagerung ostdeutscher Städte wie Königsberg oder Danzig versprach die Rote Armee der Zivilbevölkerung und den deutschen Soldaten auf Flugblättern und über Lautsprecher Schutz und Freiheit. Wenn die Deutschen dann tatsächlich den Widerstand aufgaben, erwartete sie freilich ein ganz anderes Schicksal.

Der nahe liegende Gedanke, es könnte einen direkten Zusammenhang zwischen der Intensität der Kämpfe und den nachfolgenden Gewalttaten gegeben haben, wird von Augenzeugen nicht bestätigt. Oft verhielten sich die Sowjetsoldaten gerade dort besonders grausam, wo es keinen oder nur geringen militärischen Wi-

derstand gegeben hatte und deshalb viele Zivilisten zurückgeblieben waren. Zudem taten sich, wie bereits dargelegt, in der Regel nicht die kämpfenden Einheiten an der Spitze, sondern die nachrückenden Verbände durch systematische Plünderungen und Vergewaltigungen hervor. Gegen die These einer unmittelbaren Reaktion auf die vorangegangene deutsche Besatzungspolitik spricht auch, dass es nicht nur in Deutschland zu derartigen Verbrechen kam. Auch in Budapest verübten die sowjetischen Truppen grauenhafte Vergewaltigungen und Tötungen von Zivilisten, obwohl Ungarn im Krieg gegen die Sowjetunion nur eine untergeordnete Rolle gespielt hatte. Selbst in Ländern, die, wie Polen, selber Opfer der Kriegsgeschehnisse geworden waren, ging die Sowjetunion bald mit grosser Brutalität gegen alle unabhängigen politischen Kräfte vor. Ein auch nur annähernd vergleichbares Ausmass an Gewaltverbrechen durch befreite sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Deutschland, die ebensolchen Grund zur Rache gehabt hätten, gab es dagegen nicht.

Bei den Berichten über den Einmarsch der Roten Armee fällt auch ins Auge, dass sich sowjetische Soldaten, deren Heimatorte *nicht* vom Krieg berührt worden waren, oft besonders brutal verhielten. Zahlreiche Zeitzeugen haben zu Protokoll gegeben, dass die Rotarmisten aus dem asiatischen Teil der Sowjetunion vielfach die schlimmsten Gewalttaten begingen. «Junge mongolische Soldaten waren die rüdesten (etwa im Alter von 18-19 Jahren)», berichtete zum Beispiel ein Pfarrer aus Pommern. «Sie liessen uns strammstehen, stiessen mit Knien vor den Bauch, durchsuchten die Taschen, steckten das Gefallende ein und warfen das andere im Bogen aus dem Fenster, zertrümmerten die Bilder an den Wänden mit dem Pistolenlauf und stiessen die Menschen mit dem Gewehr-  
lauf zu Boden.»<sup>47</sup> Ähnliche Erfahrungen machte eine Frau aus Schlesien, die sich mit Schrecken daran erinnerte, wie Wochen nach der Kapitulation jede Nacht «Mongolen» in ihre Unterkunft gekommen seien. Sie «überfielen die armen Frauen, prügelten und vergewaltigten sie. Verstecken nutzte überhaupt nichts, sie finden

jede. Die schrillen Angstschreie hörte man aus grossen Entfernungen.»<sup>48</sup>

Die Exzesse entsprachen auch insofern der Frontpropaganda, als sie sich nicht gegen alle Zivilisten, sondern speziell gegen Deutsche und andere als feindlich eingestufte Nationalitäten richteten. Wo immer sich die Rotarmisten aufhielten, hing ihr Verhalten wesentlich davon ab, ob sie sich als Befreier eines unterdrückten Volkes oder als Eroberer von Feindesland sahen, wobei Deutschland selbstverständlich zur zweiten Kategorie gehörte. Viele Zeitzeugen haben später berichtet, dass trotz der massiven Spannungen zwischen Russen und Polen Letztere in der Regel zunächst völlig unbelästigt blieben. Die polnische Bevölkerung und Milizionäre wurden von der Roten Armee anfangs sogar ermutigt, sich an den Plünderungen und Übergriffen zu beteiligen. Gewalttaten wie in Deutschland gab es hingegen auch in Rumänien, Ungarn, Jugoslawien und der Slowakei, während sich die sowjetischen Soldaten in Bulgarien, mit dem sich Russland traditionell verbunden fühlte, im Allgemeinen diszipliniert verhielten.

Legt man all diese Indizien zusammen, zeigt sich, dass die Gewalttaten nicht spontan und naturwüchsig erfolgten, sondern von politischen Gesichtspunkten abhängig waren. Entscheidend war zunächst vor allem die nationale Herkunft der Betroffenen. Zahlreiche Augenzeugen haben festgehalten, dass in den multiethnischen Gebieten Ost- und Mitteleuropas die Rotarmisten in der Regel zuerst feststellten, welcher Nationalität ein Zivilist war, um ihn dann entsprechend zu behandeln. In den ausschliesslich von Deutschen besiedelten Regionen war ohnehin meist klar, dass es sich nur um Angehörige der Feindesnation handeln konnte. Die Hasspropaganda und die Rachebefehle zeigten also Wirkung.

Ob sich die Gewalt auch darauf zurückführen lässt, dass man die Deutschen gezielt vernichten oder vertreiben wollte, um Platz für neu anzusiedelnde Volksgruppen zu schaffen, ist bis heute nicht abschliessend geklärt. Angesichts der hohen Zahl von Toten trugen die Ereignisse aber Züge eines Genozids, durch den die deut-

sche Bevölkerung östlich von Oder und Neisse erheblich dezimiert wurde. Möglicherweise war der Umgang mit dem Feind in dieser frühen Phase der Eroberung aber auch nur noch nicht von längerfristigen strategischen Erwägungen beeinflusst, so dass die Sowjetsoldaten stärker freie Hand hatten als in den später besetzten Gebieten.

Ein weiteres politisches Kriterium für das Verhalten der Rotarmisten war der soziale Status der Betroffenen. Die Ideologie eines unversöhnlichen Klassenkampfes, wie sie von Lenin und Stalin jahrzehntelang propagiert worden war, liess es den Angehörigen der sowjetischen Armee völlig legitim erscheinen, rücksichtslos gegen Guts- oder Fabrikbesitzer vorzugehen. Vielfach wurden Zivilisten nur wegen ihrer vermuteten Zugehörigkeit zu einer als feindlich deklarierten sozialen Gruppe gequält oder getötet. In der Wahrnehmung der Soldaten war es nicht nur erlaubt, sondern sogar erwünscht, die wirklichen oder vermeintlichen Vertreter der besitzenden Schichten zu liquidieren. Nicht individuelle Racheakte, sondern Völkerhass und Klassenhass kennzeichneten in erster Linie die Übergriffe beim Vormarsch der Roten Armee nach Deutschland.

Auslöser der Gewalt waren aber nicht nur militärische Direktiven und aufputschende Kriegspropaganda. Hinzu kam, dass die Armeeführung die Exzesse durch bewusste Duldung auch praktisch legalisierte. Als amtliche Aufforderung zum Plündern wurde insbesondere verstanden, dass der sowjetische Volkskommissar für Verteidigung kurz vor Beginn der Januar-Offensive eine weitgehende Paketerlaubnis erteilte. Alle Rotarmisten durften danach jeden Monat ein oder zwei Sendungen mit bis zu acht Kilo Gewicht nach Hause schicken, Offiziere sogar doppelt so viel. Jedem war dabei klar, dass es an der Front ausser Kriegsbeute nichts gab, was man der Heimat zukommen lassen konnte. «Pakete schicken ist doch erlaubt», zitiert Kopelew einen Rotarmisten, den er wütend zur Rede stellte, weil dieser einer Frau das Fahrrad und ihre letzten Kleidungsstücke abgenommen hatte. «Unser Chef hat ge-

sagt: Man darf Pakete schicken.»<sup>49</sup> Auch hohe sowjetische Offiziere beteiligten sich an den Plünderungen, liessen ganze Ladungen an Wertgegenständen von Militärlastwagen abtransportieren und legten umfangreiche Warenlager für den eigenen Bedarf an. Ohne Rückendeckung durch die Armeeführung wäre ein solches Vorgehen nicht möglich gewesen. Die nur indirekt gegebene Erlaubnis zum Plündern, die vielfach in extremer Weise zur individuellen Bereicherung ausgenutzt wurde, bot später zugleich die Möglichkeit, in Ungnade gefallene Offiziere bei Bedarf als «Marodeure» zu verhaften.

Einen Freibrief hatten die Sowjetsoldaten auch bei den Vergewaltigungen. Gefangene Rotarmisten erklärten schon vor dem Ende des Krieges bei Befragungen durch die Deutschen, dass ihnen ihre Politoffiziere schrankenlose Handlungsfreiheit gegenüber Frauen und Mädchen in Deutschland versprochen hätten.<sup>50</sup> Berichte zahlloser Betroffener über Vergewaltigungen im Beisein von Vorgesetzten oder Kameraden deuten in eine ähnliche Richtung. Eine Frau aus der Nähe von Insterburg beschrieb zum Beispiel, wie man sie als Sechzehnjährige mit anderen Frauen und Mädchen in eine Dorfschule trieb, wo sie in einem Nebenraum nacheinander von Armeeangehörigen missbraucht wurden. «Ein Offizier war anwesend», so erinnerte sie sich an die Situation, «der hielt sich selbst zurück, unterband aber das Vergewaltigen der weiblichen Flüchtlinge nicht.»<sup>51</sup>

Zahlreiche Augenzeugen gaben ferner übereinstimmend an, dass die Vergewaltigungen und Plünderungen nach einigen Wochen verboten wurden – demnach also vorher erlaubt waren. Offensichtlich konnten die Kommandanten sich unterschiedlich lange Zeit lassen, die militärische Disziplin wiederherzustellen. In einigen Orten waren die Vergewaltigungen schon nach einigen Tagen vorbei, doch meistens durften sich die Rotarmisten zwei, drei oder mehr Wochen an den Besitztümern des Feindes befriedigen, ohne dass ihre Vorgesetzten dagegen einschritten.

Die militärische Führung hielt dieses Vorgehen offensichtlich

für völlig legitim. Das kann man unter anderem den Äusserungen von Marschall Wassili Sokolowski entnehmen, der seine Männer im Juni 1945 in einem Interview sogar öffentlich in Schutz nahm: «Jeder unserer Soldaten hat Dutzende seiner Kameraden verloren. Jeder von ihnen hat seine persönliche Rechnung mit den Deutschen zu begleichen, und im ersten Rausch des Sieges empfanden unsere Soldaten eine gewisse Genugtuung, wenn sie es den Frauen dieses ‚Herrenvolks‘ zeigen konnten.» Statt Mitgefühl mit den Opfern oder zumindest Besorgnis über den politischen Schaden für die Besatzungsmacht zu äussern, zeigte sich Sokolowski zu diesem Zeitpunkt nur wegen der negativen Auswirkungen auf die Truppe beunruhigt: «Unsere Hauptsorge ist das erschreckende Ansteigen der Syphilis bei unseren Soldaten.»<sup>52</sup>

Das Einverständnis mit den Vergewaltigungen reichte bis in die Spitze des Staates. Von Josef Stalin ist gleich mehrfach überliefert, dass er, wenn er darauf angesprochen wurde, nur mit zynischer Gleichgültigkeit reagierte. So berichtete der jugoslawische KP-Funktionär Milovan Djilas, Stalin habe in einem Gespräch die Gewalttaten auf dem Balkan mit den Worten kommentiert: «Kann er es nicht verstehen, wenn ein Soldat, der Tausende von Kilometern durch Blut und Feuer und Tod gegangen ist, an einer Frau seine Freude hat oder eine Kleinigkeit mitgehen lässt?» Anschliessend küsste er demonstrativ Djilas' Frau und sagte, er mache diese Geste der Zuneigung auch auf die Gefahr hin, dass man ihn nun der Vergewaltigung beschuldige.<sup>53</sup> Auch der frühere KPD-Funktionär Wolfgang Leonhard hat festgehalten, wie Stalin seinen Vertretern in Deutschland ins Wort fiel, als diese bei ihm auf das Thema zu sprechen kamen: «Ich dulde nicht, dass jemand die Ehre der Roten Armee in den Schmutz zieht.»<sup>54</sup>

Dass sich die Soldaten, wie man ebenfalls vermutet hat, aus purer Entbehrung der Frauen des Feindes bemächtigten, ist wenig wahrscheinlich. Bis auf einige begrenzte Exzesse durch Marokkaner im französisch besetzten Teil Deutschlands kamen bei den westlichen Alliierten, die sich in einer ähnlichen Situation befanden



den, vergleichbare Übergriffe nicht vor. Zudem diente in der Roten Armee bis zu ihrer Demobilisierung Ende Juni 1945 eine erhebliche Anzahl von Frauen, zu denen die männlichen Soldaten in den letzten Kriegsjahren auch geschlechtliche Beziehungen unterhalten durften. Die Tatsache, dass das Verbot der Vergewaltigung später bei den sowjetischen Besatzungstruppen strikt durchgesetzt wurde, zeigt zudem, dass es sehr wohl Möglichkeiten gab, die Soldaten zu disziplinieren.

Der Freibrief für die Rotarmisten erstreckte sich auch auf die Tötung von Zivilisten, zumindest in der ersten Zeit nach dem Einmarsch in Deutschland. Nicht nur die kämpfende Truppe hatte das Recht, feindliche Personen nach Gutdünken zu erschiessen. Auch die nachrückenden Soldaten konnten in den ersten Tagen und Wochen praktisch jederzeit Liquidierungen vornehmen, ohne dass dies Konsequenzen hatte. Die Grundlage dafür bildeten nicht nur allgemein gehaltene Bestimmungen wie die erwähnte Direktive, die jeden Rotarmisten als «Richter wie Henker für die von seinen Vätern und Müttern erlittenen Qualen» bezeichnete, sondern auch explizite Befehle wie der Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees Nr. 7467ss vom 3. Februar 1945, in dem es hiess: «Durch gnadenlose Liquidierung an Ort und Stelle ist schonungslos mit Personen abzurechnen, die terroristischer Diversionsakte überführt sind.»<sup>55</sup>

Auch der streng geheime NKWD-Befehl Nr. 0061 vom 6. Februar 1945 bekräftigte diese Linie: «Mit Personen, die überführt sind, Terror- und Diversionsakte verübt zu haben, ist hart abzurechnen, indem diese Personen am Ort des Verbrechens erbarmslos liquidiert werden.»<sup>56</sup> Was darunter im Einzelnen zu verstehen war, wurde nicht weiter ausgeführt. Aus der extrem ideologisierten Perspektive der sowjetischen Soldaten standen deutsche Zivilisten jedoch generell im Verdacht, Spione, Diversanten oder gefährliche Kapitalisten zu sein. Allein die Tatsache, dass sie vom Feind hinter der Front «zurückgelassen» worden waren, liess sie suspekt erscheinen.

Im Zweifelsfall war es allemal sicherer, sie zu liquidieren, als sie am Leben zu lassen.

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang, wie mit jenen Angehörigen der Roten Armee verfahren wurde, die sich für eine menschlichere Behandlung der Zivilbevölkerung aussprachen oder sogar persönlich gegen die Gewalttaten vorzugehen versuchten. Wie Zeitzeugen berichten, verhielten sich vor allem höhere russische Offiziere durchaus gesittet oder hilfsbereit. Einer von ihnen erklärte einer Gruppe verängstigter Deutscher zum Beispiel ausdrücklich, Russland führe keinen Krieg gegen Zivilisten, sondern nur gegen den Faschismus.<sup>57</sup> Auch Lew Kopelew schildert mehrere Situationen, in denen er Übergriffe verhindern wollte und das Vorgehen seiner Waffenbrüder verurteilte. General Okorokow, Chef der Politverwaltung im Stab der 2. Weissrussischen Front, belehrte ihn allerdings schon kurz nach dem Einmarsch in Ostpreussen im Beisein eines Moskauer Abgesandten, dass keinerlei Anlass bestehe, Deutsche zu bemitleiden. «Soll es ihnen eine Lehre sein», wurde Kopelew in dem Gespräch knapp beschieden.<sup>58</sup> Wenig später verwahrte sich auch sein Vorgesetzter Oberstleutnant Milja Sabaschtanski gegen «alle Arten von Humanitätsduselei» und machte ihm klar, dass es nicht seine Aufgabe sei, Polizei zu spielen und Marodeure zu fangen.<sup>59</sup> Anfang April 1945 wurde Kopelew sogar verhaftet und, nach einjährigem Aufenthalt in verschiedenen Lagern und Gefängnissen, wegen «Propagierung des bürgerlichen Humanismus» und «Mitleid mit dem Feind» zu drei Jahren Arbeitslager verurteilt. Weil er kritische Briefe von der Front geschrieben hatte, wurde auch Alexander Solschenizyn inhaftiert und für acht Jahre in ein Straflager verbannt. Doch nicht einmal Kopelew oder Solschenizyn verstanden sich beim Einmarsch in Deutschland als Befreier. Für sie war es schlichtweg ein Gebot der Menschlichkeit, nicht – wie die «Faschisten» – unschuldige Zivilisten zu quälen oder zu töten.

## *Das Kriegsende in Berlin*

Rational betrachtet, war das brutale Vorgehen gegen die deutsche Zivilbevölkerung keineswegs vorteilhaft für die Sowjetunion. In militärischer Hinsicht erhöhte die Angst vor den sich schnell herumsprechenden und von der nationalsozialistischen Presse herausgestellten Exzessen den Widerstandswillen der Deutschen, statt sie zum baldigen Aufgeben zu bewegen. Während die Alliierten im Westen leicht vorankamen und schliesslich die vereinbarte Demarkationslinie weit hinter sich liessen, stiess die Rote Armee im Osten trotz ihrer Überlegenheit an Panzern und Soldaten auf zähe Gegenwehr. Tausende Sowjetsoldaten – und Wehrmachtangehörige – fielen diesen Kämpfen unnötigerweise zum Opfer.

Angesichts der darniederliegenden sowjetischen Wirtschaft war es auch ökonomisch widersinnig, Dörfer niederzubrennen oder Gutsbesitzer, die sich um ihren Hof kümmerten, zu erschiessen, zumal den Kommandanten beim Einmarsch in die deutschen Ostgebiete bekannt war, dass dieses Territorium dauerhaft der Sowjetunion und Polen zufallen sollte. Statt die vorgefundenen Werte zu sichern und der notleidenden sowjetischen Bevölkerung oder der Roten Armee zukommen zu lassen, schafften die Soldaten sie beiseite oder vernichteten sie. Zumindest auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland (SBZ) konnte es auch politisch nicht im Interesse Moskaus liegen, die Bewohner durch sinnlosen Terror auf Jahre gegen sich aufzubringen.

Tatsächlich relativierte die sowjetische Führung mit dem weiteren Vordringen der Roten Armee die pauschale Verdammung der Deutschen. Je näher der militärische Sieg rückte, desto wichtiger wurden strategische Überlegungen für die Zukunft. Wie Lew Koplew berichtet, wurde im Stab seines Armeekorps schon wenige Tage nach dem Einmarsch ein Befehl Marschall Konstantin Rokossowskis verlesen, der für Plünderungen, Vergewaltigungen, Raub und die Ermordung von Zivilpersonen die standrechtliche

Erschiessung androhte. Die Agitatoren entsannen sich eines Satzes, mit dem Stalin schon 1942 seine guten Absichten gegenüber Deutschland beteuert hatte: «Es wäre lächerlich, Hitlers Clique mit dem deutschen Volk, dem deutschen Staat gleichsetzen zu wollen. Die geschichtliche Erfahrung zeigt, dass die Hitler kommen und gehen; das deutsche Volk, der deutsche Staat aber bleiben bestehen.»<sup>60</sup>

So wie die Hasspropaganda per Knopfdruck begonnen hatte, wurde sie jetzt wieder eingestellt. Statt zur Vergeltung rief man die Soldaten nun zur Disziplin auf. So forderte Marschall Schukow in einem Flugblatt, das Morden, Brandschatzen und Vergewaltigen zu unterlassen und die Fabrikeinrichtungen nicht anzutasten. Das Flugblatt bezeichnete derartige Aktionen sogar als Sabotage und endete mit dem zynischen Satz: «Soldaten, gebt acht, dass Ihr nicht wegen der Schürze eines deutschen Mädchens vergesst, warum Euch das Vaterland gerufen hat!»<sup>61</sup> Am 11. April 1945, kurz vor der Eroberung Berlins, wies der Chef der Propaganda-Abteilung der sowjetischen Kommunistischen Partei, Georgi Alexandrow, die Vernichtungsparolen auf Stalins Anweisung auch in der *Prawda*, dem Zentralorgan der Partei, zurück. «Wollte man sich Ehrenburgs Standpunkt anschliessen», so lautete jetzt die offizielle Linie, «müsste man daraus schliessen, dass die gesamte Bevölkerung Deutschlands das Schicksal der Hitlerclique teilen soll.»<sup>62</sup> Auch Stalin erklärte den Soldaten in einer Botschaft, dass «die grausame Behandlung der deutschen Bevölkerung nicht nützlich für uns ist, weil sie den Widerstandsgeist der deutschen Wehrmacht stärkt».<sup>63</sup>

Am 20. April 1945, kurz vor dem Angriff auf Berlin, sah sich das sowjetische Oberkommando schliesslich genötigt, den Befehlshabern an den Fronten klipp und klar Weisung zu geben, die Gewalttaten gegenüber Kriegsgefangenen und Zivilisten einzudämmen. «Fordern Sie, die Haltung gegenüber den Deutschen zu ändern», hiess es in der entsprechenden Direktive. «Die harte Behandlung der Deutschen ruft bei ihnen Furcht hervor und zwingt sie, hartnäckigen Widerstand zu leisten, statt sich gefangen zu ge-

ben.» Für die Rote Armee sei dies ungünstig, während ein humaneres Auftreten die Kampfführung erleichtere und die Entschlossenheit der Deutschen bei der Verteidigung mindere. Ausdrücklich wurden die Oberbefehlshaber angewiesen: «Einfache Mitglieder der nationalsozialistischen Partei sind, wenn sie sich loyal gegenüber der Roten Armee verhalten, nicht anzurühren, sondern festzunehmen sind nur die Anführer, wenn sie es nicht geschafft haben, sich aus dem Staub zu machen.»<sup>64</sup>

Der neue Kurs zeigte freilich wenig Wirkungen. Offenbar hatte sich bei den Soldaten eine Art Gewohnheitsrecht herausgebildet. In der Praxis hielten sie sich kaum an die Bestimmungen. Auch die Vorgesetzten drückten weiterhin beide Augen zu. Bis zum Ende des Krieges liessen sie die Soldaten in den ersten Wochen nach der Eroberung neuer Territorien nach wie vor mehr oder weniger frei gewähren. Von einer Befreiung der Deutschen war nirgendwo die Rede. Das Ausmass der Übergriffe nahm zwar ab, doch im März und April wurden immer noch ähnliche Gräueltaten begangen wie im Januar in Ostpreussen. In den Gebieten, die erst im Mai besetzt wurden, verhielten sich die Truppen den Berichten nach zwar disziplinierter, weil Ausschreitungen jetzt auch entgegengetreten wurde. Aber im Sudetenland und in anderen Regionen kam es selbst nach der Kapitulation noch zu systematischen Plünderungen und Vergewaltigungen. Sogar in Thüringen, das die Amerikaner erst Anfang Juli der Roten Armee überliessen, verlief der Einmarsch nicht ohne neuerliche Gewaltakte.

In Berlin, das die Rote Armee nach schweren Kämpfen erst am 2. Mai 1945 vollständig erobert hatte, waren die Frauen in den folgenden Wochen praktisch Freiwild der Besatzer. Vor allem in den Tagen bis zur Kapitulation fanden schreckliche Exzesse statt. Obwohl eine Reihe sowjetischer Kommandanten den neu gebildeten deutschen Verwaltungen Abhilfe versprach und verschiedenen Berichten zufolge sogar standrechtliche Erschiessungen vornehmen liess, wurde die Ordnung nur sehr langsam wiederhergestellt. Wenigstens bis Anfang Juli, als die westlichen Alliierten die Kon-

trolle über den Westteil der Stadt übernahmen, hatten die Soldaten weitgehend freie Hand. Hinzu kamen vereinzelt Übergriffe und Plünderungen durch freigelassene Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, die nach dem Ende der Kämpfe in Berlin und anderswo ihr Unwesen trieben. Bei Beschwerden redeten sich die neuen Machthaber deshalb gerne damit heraus, dass kriminelle Elemente lediglich sowjetische Uniformen benutzt hätten.

Augenzeugenberichte sprechen freilich eine andere Sprache. So hielt die Journalistin Margret Boveri in ihrem Tagebuch beklemmende Einzelheiten über das Kriegsende in Berlin fest. Am 3. Mai besuchte sie eine Freundin, die vielen Juden das Leben gerettet hatte, und erkannte sie kaum wieder: «Es kam mir eine alte Frau entgegen, mit blutunterlaufenen Augen und schwarzen Flecken im Gesicht und einem Loch im Schädel in der Stirn. Nach zwei Sekunden wusste ich: das ist die Elsbeth. Die Vorderzähne sind ihr eingeschlagen. Es stehen nur noch ausgezackte Stümpfe wie bei einer uralten Bauernfrau.» Wie sich herausstellte, war die Freundin mehrmals vergewaltigt und später, nachdem sie einen sowjetischen Offizier zu Hilfe geholt hatte, brutal zusammengeschlagen worden. Auch ihr Haus hatte man völlig verwüstet. Aus den Schränken hatten die Soldaten alles herausgerissen, das meiste war geplündert, der Rest zertrampelt, das kostbare Cello in Stücke geschlagen. Und Nacht für Nacht kamen neue Plünderer. Wie Margret Boveri weiter erfuhr, war es der Nachbarin aber noch schlimmer ergangen: Sie hing, mitsamt ihren vier Töchtern und einer weiteren Frau mit Kind, aufgeknüpft im Keller ihres Hauses, während ein schnarchender Soldat dazwischen lag. «Die Frauen», so notierte die Journalistin entsetzt, «waren aber nicht durch das Erhängen getötet worden, sondern vorher vergewaltigt und übel zugerichtet worden, wohl Lustmord; die Leichen schleiften am Boden – die vier Mädchen zwischen 8 und 14 Jahren hatte ich zuletzt beim Ostereiersuchen gesehen, da waren sie so vergnügt und lebenslustig.»<sup>65</sup>

Ein erschütterndes Dokument dieser Zeit ist auch das anonyme Tagebuch einer Berliner, das erstmals Ende der fünfziger Jahre erschien und von Hans Magnus Enzensberger neu aufgelegt wurde. Emotionslos, fast wie eine Unbeteiligte, beschreibt die Autorin ihre Erlebnisse zwischen dem 20. April und dem 22. Juni 1945. Am 27. April, als Sowjetsoldaten zum ersten Mal den Luftschuttkeller ihres Hauses betraten, wurde sie sofort von zwei Rotarmisten brutal vergewaltigt. Als sie sich daraufhin mit anderen betroffenen Frauen beim Kommandanten zu beschweren versuchte, gab dieser nur zur Antwort: «Ach was, es hat Ihnen bestimmt nicht geschadet. Unsere Männer sind alle gesund.»<sup>66</sup> Am Abend wurde sie erneut missbraucht, von einem Soldaten aus Sibirien, desgleichen die alte Frau, bei der sie Unterschlupf gefunden hatte, sowie ein geflüchtetes Mädchen aus Ostpreussen. Als sie am nächsten Tag von einem betrunkenen Soldaten auf widerwärtige Weise ein weiteres Mal geschändet wurde, wusste sie sich, wie viele Frauen in dieser Zeit, nur noch einen Rat: sich einem höherstehenden Offizier als Sexualobjekt zur Verfügung zu stellen. Sie hoffte, hinfort unter seinem Schutz zu stehen und auf diese Weise anderen, brutaleren Vergewaltigern zu entgehen.

Besonders schockiert über das Verhalten der sowjetischen Truppen zeigten sich jene, die die Rote Armee als Befreier von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sehnlichst herbeigewünscht hatten. Inge Deutschkron etwa hatte sich als junges Mädchen wegen ihrer jüdischen Herkunft in Berlin zweieinhalb Jahre verstecken müssen – um gleich zu Beginn der Besatzung die Erfahrung zu machen, wie ein Soldat sie mit vorgehaltener Pistole zwingen wollte, sich ihm hinzugeben. Nach einem schrecklichen Handgemenge beschlossen sie und ihre Mutter daraufhin, sich erneut zu verbergen. «Wir fingen wieder an zu fliehen», erinnerte sie sich Anfang der neunziger Jahre in einem Film über die Vergewaltigungen dieser Zeit. «Wir sprangen über Hecken und Büsche und suchten Verstecke und taten all das, was man tut, eben um sich zu retten, vor diesen Horden, die da plötzlich auf uns zukamen.»

Binnen weniger Stunden war die Freude über das Ende der Verfolgung dem Gefühl neuerlicher Bedrohung gewichen, wie Inge Deutchkron sich noch Jahrzehnte später genau erinnerte: «Ich war wirklich so unendlich glücklich. Ich habe bis zum heutigen Tag den Ton des einfahrenden russischen Panzers im Ohr. Und plötzlich war alles ganz anders. Das Glück war einfach wie weggeschnitten.»<sup>67</sup>

Bei den Berliner Behörden gingen damals zahlreiche Beschwerden wegen Übergriffen sowjetischer Soldaten ein. Im Stadtteil Spandau nahm man am 6. Mai 1945 den Bericht über einen nächtlichen Einbruch dreier Soldaten auf, die die Mieter eines Mehrparteienhauses gezwungen hatten, sämtliche Wohnungstüren zu öffnen. Nachdem sie, angeblich auf Befehl der Kommandantur, die Zimmer durchsucht hatten, vergewaltigten sie zwei vierundzwanzigjährige Frauen, von denen eine ein sechs Monate altes Baby neben sich liegen hatte. «Sie drohten in dem Augenblick, wo die beiden Frauen schreien wollten, mit der Pistole», heisst es in der Aktennotiz.<sup>68</sup> Noch Schlimmeres widerfuhr einer Frau aus dem Stadtteil Reinickendorf, die in einer Eingabe schilderte, wie zwei betrunkene Soldaten sie in der Nacht vom 4. zum 5. Mai 1945 in ihrer Wohnung überfielen: «Dabei wurde ich als Ehefrau, 62 Jahre alt, von beiden geschändet und mein Ehemann, 66 Jahre alt, ohne Grund erschossen. Dann kam nach einer halben Stunde ein dritter Russe hinzu, nachdem die andern beiden fortgegangen waren, und ich wurde nochmals gebraucht und dieser Akt vollzog sich in der Wohnung eines Mieters, die mich inzwischen aufgenommen hatten [sic] .»<sup>69</sup>

Derartige Vorkommnisse waren keine Einzelfälle. Der erste Nachkriegsbürgermeister des Berliner Bezirks Charlottenburg, Walter Killian, berichtete später über die Ereignisse in der Reichshauptstadt: «Am Anfang plünderten die Russen in grossem Stil; sie beraubten Einzelpersonen, Kaufhäuser, Geschäfte, Wohnungen. Täglich ereigneten sich unzählige Vergewaltigungen. Keine Frau konnte der Vergewaltigung entgehen, es sei denn, sie blieb in



einem Versteck und rührte sich nicht. [...] Es fällt schwer, sich die Vergewaltigungen in ihrem ganzen Ausmass vorzustellen.»<sup>70</sup>

Schreckliche Szenen hielt auch der Schweizer Journalist Max Schnetzer in seinem Tagebuch fest: «Da ist ein Vater, der sein Kind, ein junges Mädchen, schützen will. Mongolen stossen ihm das dreikantige Bajonett in den Leib. Die Russen stehen dutzendweise Schlange vor den einzelnen Frauen. In ihrer Gier merken sie nicht, dass diese schon im Sterben liegen, weil sie Gift geschluckt haben oder an zerrissenen Organen verbluten. Manche Frauen beißen und kratzen, um sich zu schützen, aber sie werden mit Kolben über den Kopf geschlagen. Männer werfen sich auf die Soldaten und werden im Nu über den Haufen geschossen. Frauen und Mädchen werden in Gärten und Strassen gejagt und auf die Dächer verfolgt, und die Gehetzten stürzen sich hinab. Die Frauen werden in grossen Zimmern zusammengetrieben, Soldaten reissen ihre Mäuler auf und schütten Schnaps in die Kehlen.»<sup>71</sup>

Der amerikanische Botschafter Robert Murphy berichtete Mitte Juli 1945 aus Berlin, dass «die Mehrheit der in Frage kommenden weiblichen Bevölkerung» vergewaltigt worden sei.<sup>72</sup> In ähnlicher Weise schilderte auch der Vertreter des Vatikans die Situation. Selbst Nonnen seien missbraucht worden. Viele Frauen hätten wochenlang auf Hausdächern leben müssen, um den russischen Gewalttaten zu entgehen.<sup>73</sup> Sogar eine Gruppe kommunistischer Aktivisten in einer Siedlergemeinschaft in Berlin-Tegel beklagte sich über die sowjetischen Soldaten. In einem Schreiben an die KPD-Führung bezeichnete sie die Besatzer als «Landplage» und bat um die Aushändigung von Waffen, um sich besser gegen die nächtlichen Überfälle schützen zu können.<sup>74</sup>

Die Möglichkeiten dazu waren in der Tat begrenzt. Viele Frauen suchten verzweifelt nach sicheren Verstecken. Einige verbargen sich wochenlang auf Dach- oder Hängeböden, in Gärten oder Kleiderschränken und sogar unter Kohlebergen. Andere schwärzten sich die Gesichter mit Russ, täuschten Krankheiten vor oder

schnitten sich, wie Hildegard Knef, die Haare ab und zogen Männerkleidung an. Manche hofften darauf, dass sich die meist bäuerlichen Soldaten vor den hohen Berliner Häusern fürchten würden, und suchten nach einem Schlupfwinkel in den oberen Etagen.

Die brutalen Umstände bei den Vergewaltigungen trugen dazu bei, dass die Frauen unter den Folgen oft schwer zu leiden hatten. Tagelange körperliche Schmerzen gehörten ebenso dazu wie langfristige Traumatisierungen, die ein normales Sexualleben unmöglich machten. Viele Frauen erlitten innere Verletzungen, oft blieb für längere Zeit die Regelblutung aus, so dass Gesundheitspolitiker bereits vor einer zurückgehenden Fruchtbarkeit warnten. Weil eine Entfernung des Fötus nach deutschem Recht verboten war, kam es zu zahlreichen illegalen Abtreibungen. Während selbst Kirchenvertreter in dieser Zeit bereit waren, das Verbot des Schwangerschaftsabbruchs vorübergehend hintanzustellen, wandte sich der führende Mann der SED, Walter Ulbricht, entschieden gegen eine Lockerung der gesetzlichen Bestimmungen. Zu den Konsequenzen dieser Politik gehörte es, dass allein in Berlin jährlich etwa 6'000 Todesfälle wegen misslungener Abtreibungsversuche gezählt wurden.

Nicht weniger gravierend war das Problem der Geschlechtskrankheiten. Seit dem Einmarsch der Roten Armee breiteten sich diese epidemieartig in Deutschland aus. Zehntausende Frauen infizierten sich damals an sowjetischen Soldaten – und umgekehrt. Anfangs stand kaum Penicillin zur Verfügung, daher waren die Erkrankungen nur schwer zu behandeln. Weil diese Entwicklung auch die Sicherheitsinteressen der Besatzungsmacht berührte, griff man bald zu drastischen Massnahmen. Frauen und Mädchen bestimmter Berufe mussten sich zwangsweise untersuchen lassen. Razzien in Bars und anderen einschlägigen Orten dienten demselben Zweck. In Berlin drohten die Alliierten den Frauen – nicht den Soldaten! – hohe Strafen für den Fall an, dass Armeeingehörige angesteckt wurden. In Potsdam richtete man für infizierte Frauen sogar ein spezielles Isolationslager ein, in das sie zwangsweise ein

gewiesen werden konnten. Auch geschlechtskranke Rotarmisten wurden in gesonderten Einheiten zusammengefasst und in eigene Lager gesperrt, etwa in Luckenwalde bei Berlin. Dort entwickelte sich allerdings bald ein neuer Krankheitsherd, da die sowjetischen Soldaten regelmässig ausbrachen und dem Kommandanten aus der Umgebung täglich bis zu fünfzehn Vergewaltigungen gemeldet wurden.

Hochrechnungen zufolge wurden in Berlin zwischen April und Juni 1945 mindestens 100'000 Frauen und Mädchen vergewaltigt, über vierzig Prozent von ihnen mehrfach. Die Zahl der Sexualdelikte war auch hier erheblich höher als die der Opfer. Bei 450'000 Rotarmisten und etwa 1,4 Millionen Frauen, die sich zu dieser Zeit in der Stadt aufhielten, dürfte es zu mehreren hunderttausend Vergewaltigungen gekommen sein. Schätzungsweise 10'000 Frauen kamen bei den Übergriffen oder in deren Folge ums Leben. Insgesamt wurden 65'000 gewaltsame Todesfälle von Mai bis Dezember 1945 registriert – mehr als in den ersten vier Monaten des Jahres, als Bombenangriffe und Häuserkämpfe das Geschehen in Berlin bestimmten. Etwa 10'000 Frauen wurden durch Vergewaltigung schwanger, jede zehnte brachte ein Kind zur Welt. Rund fünf Prozent aller Neugeborenen in der ersten Hälfte des Jahres 1946 waren so genannte Russenkinder.

In anderen Städten und Regionen sah es kaum besser aus. Insgesamt dürften auf dem Gebiet der späteren DDR eine halbe Million Frauen und Mädchen von Rotarmisten missbraucht worden sein. In Rostock zum Beispiel begann nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen eine nicht enden wollende Kette von Plünderungen und Vergewaltigungen. Auch hier wurden Frauen und Mädchen in Gegenwart ihrer Männer oder Väter sexuell gequält, die, wenn sie sich den Soldaten entgegenstellten, oftmals getötet wurden. Ähnliches geschah im Raum Dresden oder in der Chemiestadt Bitterfeld. Auf dem Lande, vor allem in Mecklenburg und Brandenburg, waren erneut die Gutsbesitzer am stärksten von den Gewalttaten betroffen. Sie konnten sich glücklich schätzen,

wenn sie mit dem Leben davonkamen. Nur rund um Magdeburg soll die Lage besser gewesen sein, da hier der zuständige Kommandant seinen Soldaten gegenüber härter durchgriff.

Vor allem die zuerst eroberten Gebiete traf die ungezügelte Gewalt der sowjetischen Soldateska. In Mühlberg an der Elbe etwa erschossen Rotarmisten am 23. April 1945 den Bürgermeister, den Fleischer, den Bäcker, den Kaufmann, eine Krankenschwester, einen Landarbeiter, einen Schiffer sowie eine Frau und ihre Tochter; ein siebenjähriges Mädchen erwürgte man. Auch in der Umgebung wurden zahlreiche Zivilisten erschossen oder auf andere Weise umgebracht, viele Frauen und Mädchen begingen Selbstmord. Die Häuser wurden geplündert und verwüstet, alle Vorräte beschlagnahmt, das Vieh transportierte man ab oder schlachtete es. Mehr als zwanzig Neugeborene überlebten die nächsten Monate nicht. Doch auch in den später besetzten Teilen gehörten die Übergriffe zum Alltag. So beklagte sich der kommunistische Bürgermeister im thüringischen Zerbst, in das die Rote Armee erst Anfang Juli 1945 einzog: «Vergewaltigungen, Überfälle, Morde Schlag auf Schlag. Über hundert vergewaltigte Frauen wurden allein in unserer Schule betreut. Diese Frauen waren von den Russen in schrecklichster, tierischer Weise misshandelt worden.»<sup>75</sup>

Neben den unkoordinierten Plünderungen der ersten Tage und Wochen führte die Rote Armee in ihrer Zone bald auch systematische Beuteaktionen durch. Spezielle Einheiten von mehreren zehntausend Mann beschlagnahmten alles, was ihnen wertvoll erschien, und liessen es in die Sowjetunion transportieren – ohne dass dies später bei der Abrechnung der Reparationen Berücksichtigung fand. Zu den requirierten Objekten gehörten nicht nur Lebensmittel, Möbel oder technische Güter, sondern auch zahlreiche Kunstschätze, Bibliotheken und museale Sammlungen. Bis August 1945 verliessen auf diese Weise 1,28 Millionen Tonnen «Materialien» und 3,5 Millionen Tonnen «Ausrüstungen» die Sowjetische Besatzungszone. Insgesamt fuhren 1945 über 400'000 Eisenbahnwaggons mit Kriegsbeute in die UdSSR. Zum Ladegut gehörten unter

anderem mehr als 450'000 Radios, über 60'000 Klaviere und über 940'000 Möbelstücke. Obwohl die Sowjetunion der DDR ab 1955 drei Fünftel der geraubten Kunstschatze zurückgab, befinden sich nach Angaben der Bundesregierung noch heute über eine Million Kunstgegenstände, 4,6 Millionen Bücher sowie drei Regalkilometer Archivgut in Russland. Die organisierten Beutezüge stiessen sogar bei der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) auf Widerstand, da sie es nahezu unmöglich machten, eine zivile Produktion in Gang zu setzen.

### *Schrecken ohne Ende?*

Zermürbend für die Menschen war vor allem, dass die Schrecken kein Ende nehmen wollten. Hatten sie anfangs gehofft, die Gewalttaten seien eine vorübergehende Erscheinung des Krieges, so mussten sie bald feststellen, dass die Exzesse nach dem Ende der Kämpfe weitergingen. Noch Anfang 1946 begingen Armeeangehörige, trotz offizieller Verbote, in der SBZ regelmässig Vergewaltigungen, Raubüberfälle und Morde. «Am 13.2.1946 gegen 21.30 Uhr», hiess es zum Beispiel in einem Monatsbericht der Thüringischen Kriminalpolizei, «läutete ein Mann in russischer Uniform bei [...], Weimar, Watzdorfer Str. 29 und bat um Einlass. Als sie ihm dies nicht gleich gewährte, trat er die Haustür ein und kam in ihre Wohnung. Trotz Bitten verliess er die Wohnung nicht und vergewaltigte sie unter Waffenbedrohung. Gegen 5 Uhr morgens verliess er endlich die Wohnung.» Ein anderer in dem Bericht geschilderter Vorfall nahm sogar einen noch schlimmeren Verlauf: «Am 1.2.1946 gegen 22.00 Uhr wurde der Betriebsleiter [...] auf dem Nachhauseweg zur Wohnung, Schubertstrasse 8, von Personen in russischer Uniform überfallen. Mit einer Maschinenpistole

wurden ihm schwere Schädelverletzungen beigebracht, an denen er am 6.2.46 im Krankenhaus verstarb.»<sup>76</sup>

Insbesondere wenn Truppenteile nachrückten oder verlegt wurden, aber auch nach offiziellen Feierlichkeiten und den damit verbundenen Saufgelagen kam es regelmässig zu gewaltsamen Übergriffen. Daneben grassierte die Angst vor der sowjetischen Geheimpolizei, die in den ersten Nachkriegsmonaten Zehntausende Deutsche verhaftete und in Lagern und Gefängnissen verschwinden liess. Die Belastungen überstiegen zunehmend die psychischen und physischen Kräfte der ohnehin gebeutelten Menschen.

Ablesbar ist dies unter anderem am damaligen Massensexodus Richtung Westen, dessen Ausmass alle späteren Fluchtwellen übertraf. Allein in die britische Zone flohen aus dem sowjetisch besetzten Teil Deutschlands zwischen Oktober 1945 und Juni 1946 über 1,5 Millionen Einwohner, so dass die UdSSR im Alliierten Kontrollrat schliesslich die Sperrung der Demarkationslinie durchsetzte. Ein anderer Indikator für Angst und Verzweiflung ist die extrem hohe Zahl von Selbstmorden in den von der Roten Armee eroberten Gebieten. Während sich in den Westzonen überwiegend NS-Funktionäre umbrachten, muss man im sowjetisch okkupierten Teil geradezu von einem Massenphänomen sprechen. In Wien verdreifachte sich 1945 die Suizidrate, in Dresden und Magdeburg vervierfachte sie sich, in Rostock stieg sie noch stärker an. In Berlin schnellte die Zahl der Selbstmorde von 238 im März auf 3881 im April und lag auch im Mai noch bei annähernd 1'000. Vor allem in kleineren Städten, etwa in Güstrow oder Demmin, kam es nach dem Einmarsch der Sowjets zu regelrechten Massensuiziden, bei denen innerhalb weniger Tage Hunderte von Toten zu beklagen waren. Lediglich in Halle, das erst im Sommer von der Roten Armee besetzt wurde, stieg die Selbstmordrate 1945 «nur» um vierzig Prozent, was man als Hinweis auf ein weniger grausames Kriegsende interpretieren kann.

In den Regionen östlich von Oder und Neisse kam diese Entwicklung den Interessen Moskaus durchaus entgegen, weil sie die

praktische Einverleibung der Gebiete durch Polen und die Sowjetunion erleichterte. In der SBZ hingegen stellten die Erfahrungen mit der Roten Armee ein massives politisches Problem dar, da sie der Besatzungsmacht und den mit ihr verbundenen Kommunisten direkt angelastet wurden. Dass die SED bei den Landtagswahlen 1946 – trotz Liquidierung der SPD und vielfältiger Bevorteilung durch die Sowjets – nirgendwo die absolute Mehrheit erhielt, hatte hierin eine gewichtige Ursache. Vor allem in Berlin, wo die SPD noch nicht von den Stimmzetteln verbannt worden war, entschieden sich die Frauen reihenweise gegen die SED.

In ostdeutschen Archiven finden sich zahlreiche Beschwerden örtlicher Verantwortlicher, die die Besatzungsmacht verzweifelt baten, die Übergriffe abzustellen. Der Polizeichef von Merseburg etwa beklagte sich Anfang Juni 1946 beim lokalen Kommandanten über zahlreiche Gewalttaten sowjetischer Soldaten. Diese hätten allein in den ersten vier Monaten des Jahres im Raum Halle/Merseburg 34 Morde, 345 Einbrüche, 328 Raubüberfälle, 212 Körperverletzungen und 162 Vergewaltigungen begangen. «Die weiblichen Bewohner werden ohne Rücksicht auf ihr Alter nach schwersten Misshandlungen im Anschluss an die Ausplünderung [ihrer Wohnungen] vergewaltigt», berichtete der Polizeichef. «Auch am Tage werden in städtischen Anlagen immer gleich auch von mehreren Soldaten einzeln gehende Frauen nach Zerreißen ihrer Bekleidungsstücke 5-6mal hintereinander vergewaltigt.»<sup>77</sup>

Bei diesen Petitionen war eine schwierige Gratwanderung zu absolvieren, weil die sich selbst inzwischen als Befreier bezeichnenden Machthaber auf die Beschwerden oft gereizt und abweisend reagierten. Die Täter wurden deshalb vielfach nicht beim Namen genannt, sondern durch Begriffe wie «Männer in Uniformen der Roten Armee» umschrieben. Weniger rücksichtsvoll berichteten dagegen die aus der SBZ Geflüchteten, wenn sie in den Aufnahmelagern im Westen von amerikanischen oder britischen Geheimdiensten befragt wurden. Dass die Gewalttaten nicht naturgege-

ben, sondern durchaus einzudämmen waren, zeigt die Tatsache, dass ihr Ausmass von Region zu Region differierte. Insbesondere in den deutschen Ostgebieten, aber auch in Leipzig, Chemnitz, Rostock, Wismar oder Frankfurt an der Oder blieb das Problem der Vergewaltigungen und Diebstähle noch jahrelang virulent.

Anders als in der Sowjetischen Besatzungszone, wo der Militäradministration an einer raschen Normalisierung der Verhältnisse lag, war die Situation östlich von Oder und Neisse auch Monate nach dem Einmarsch noch äusserst deprimierend. Aus Königsberg etwa berichtete der von der Roten Armee eingesetzte kommunistische Bezirksbürgermeister Hermann Matzkowski, dass es für die Frauen kaum möglich sei, das für die hungernde Bevölkerung ausgegebene Pferdefleisch in Empfang zu nehmen. Regelmässig würden sie auf dem Weg dorthin vergewaltigt. Zu regelrechten Exzessen sei es am 6. und 7. November – dem wichtigsten Feiertag in der Sowjetunion – gekommen, als die Soldaten offenbar auch offiziell freie Hand bekommen hätten: «Die Männer wurden geprügel, die meisten Frauen vergewaltigt, so auch meine 71 Jahre alte Mutter, die zu Weihnachten starb», so der Bürgermeister.<sup>78</sup> Auch 1946 gehörten die Vergewaltigungen noch zum Alltag. So notierte Hans Graf von Lehndorff über einen abendlichen Fussmarsch im sowjetisch kontrollierten Teil Ostpreussens: «Es war schon fast dunkel, als wir kurz vor Brausen von zwei berittenen Russen angefallen wurden. Sie schlugen mir über den Schädel und rissen Frau L. mit sich fort. Es folgte Schreckliches.»<sup>79</sup>

In den Polen zugeschlagenen Gebieten sah sich die deutsche Bevölkerung nicht nur von der Roten Armee, sondern zudem von polnischer Seite verfolgt: Die kommunistischen Machthaber, denen man die Verwaltung übertragen hatte, agierten mindestens genauso brutal. Vor allem Milizionäre, aber auch Zivilisten legten gegenüber den Deutschen einen regelrechten Sadismus an den Tag, worauf später noch näher eingegangen werden soll. «Bei Militärangehörigen der 1. Polnischen Armee ist ein besonders grausames Verhalten gegenüber den Deutschen zu vermerken», hiess



es in einem internen Bericht an den sowjetischen Innenminister Lawrenti Berija. «Es gibt viele Fälle, wo die gefangen genommenen Soldaten und Offiziere nicht zu den Sammelpunkten gebracht, sondern unterwegs erschossen werden.»<sup>80</sup> Ähnliche Erfahrungen mussten die Deutschen auch in Böhmen und Mähren machen, wo sich Teile der tschechischen Bevölkerung für die deutsche Besatzung brutal rächten.

Auch in der SBZ sollte es noch lange dauern, bis die Gewalttaten ein Ende fanden. Bei den sowjetischen Soldaten hatte sich offensichtlich die Vorstellung verfestigt, dass insbesondere die Vergewaltigung deutscher Frauen sowie die Aneignung von Uhren, Fahrrädern und anderen Wertgegenständen ihr gutes Recht sei. Ab Herbst 1945 gingen die Kommandanten der Roten Armee dazu über, Vergewaltiger zu bestrafen, im schlimmsten Fall – wenn die Frau ums Leben gekommen war – sogar durch standrechtliche Erschiessung. Doch in den seltensten Fällen gelang es, die Täter tatsächlich dingfest zu machen. Selbst deutsche Polizisten, die inzwischen auf den Strassen für Sicherheit sorgen sollten, hatten ihnen gegenüber kaum eine Handhabe. Da die Ordnungshüter gegen Angehörige der Besatzungsmacht ihre Schusswaffen nicht benutzen durften, liefen sie bei einem Handgemenge Gefahr, selber zu Tode zu kommen. Auch wenn es ihnen gelang, einen bewaffneten Rotarmisten zu überwältigen, konnten sie ihn anschliessend nur den sowjetischen Organen übergeben, die vielfach keine einschneidenden Sanktionen verhängten. Die Gewalttaten hörten deshalb nicht auf, sondern verlagerten sich nur in den Schutz der Dunkelheit. In vielen Orten waren sie noch im Sommer 1946 an der Tagesordnung, in Garnisonsstädten wie Frankfurt an der Oder reichten sie bis weit ins Jahr 1947.

Typisch für den damaligen Besatzungsalltag ist ein Vorfall, der in einer Berliner Polizeiakte festgehalten ist. Demzufolge kontrollierten am 12. Februar 1946 zwei Männer in russischer Uniform einen Polizeianwärter aus dem Bezirk Friedrichshain und fragten ihn nach seinem Waffenschein. Nachdem er diesen widerstrebend

vorgezeigt hatte, wollten sie auch die Pistole sehen, angeblich um deren Nummer mit der auf dem Schein zu vergleichen. Als er sich weigerte, seine Dienstwaffe auszuhändigen, zogen die Männer plötzlich ihre eigenen Pistolen, riefen «Hände hoch!» und nahmen dem Polizisten seine Waffe ab. Die Gewissensbisse, in die der Mann dadurch gestürzt wurde, schildert der Bericht so: «Leitzke war sich nicht im Klaren, ob er im vorliegenden Falle von der Schusswaffe Gebrauch machen konnte, da die Unbekannten russische Uniformen trugen und für ihn die Vermutung bestand, dass es sich eventuell um Angehörige der Roten Armee handeln könnte. Ihm war durch Befehl bekannt gemacht, dass er die Besatzungsmächte niemals mit der Waffe bedrohen darf.»<sup>81</sup>

Erst ab Sommer 1947 unternahmen die Sowjets ernsthafte Anstrengungen, die Disziplin in der Roten Armee wiederherzustellen, und erliessen einschneidende Befehle. Dabei ging es allerdings weniger um den Schutz der deutschen Bevölkerung als darum, unkontrollierte Einflüsse auf die Sowjetsoldaten zurückzudrängen. Die zunehmenden Spannungen zwischen Ost und West hatten bei der Moskauer Führung eine panische Furcht vor Spionen und westlicher Unterwanderung ausgelöst. Bald durften sich die Rotarmisten nur noch mit Genehmigung ausserhalb ihrer Standorte aufhalten. Im Januar 1948 verbot man ihnen inoffizielle Kontakte zu Ausländern ganz. Ein Jahr später wurden die Strafen für Vergewaltigungen in der Sowjetunion massiv angehoben und die in Deutschland stationierten Soldaten ausdrücklich davon in Kenntnis gesetzt, dass das Gesetz auch auf sie angewendet würde. Erst danach wurde das Leben auf den ostdeutschen Strassen wieder einigermaßen sicher.

Die frühen Erfahrungen mit der Roten Armee prägten die Einstellung der Deutschen zur sowjetischen Besatzungsmacht wie kaum ein anderer Faktor. Trotz der schwülstigen Propaganda, mit der die SED die Sowjetarmee als Befreier rühmte und den «Bruderbund» mit der siegreichen UdSSR besang, blieb das Bild vom brutalen Eroberer tief im kollektiven Gedächtnis verankert. Drei

Jahre nach Kriegsende stellte der aus dem Exil zurückgekehrte Bertolt Brecht ernüchtert fest, dass wegen der Plünderungen und Vergewaltigungen unter den Arbeitern immer noch die Panik nachzitterte, «in den arbeitervierteln hatte man die befreier mit verzweifelter freude erwartet, die arme waren ausgestreckt», notierte er 1948 in sein Arbeitsjournal, «aber die begegnung wurde zum überfall, der die siebzijährigen und zwölfjährigen nicht schonte und in aller Öffentlichkeit vor sich ging.» Die russischen Soldaten hätten zwar noch während der Kämpfe die Hungrigen aus den Kellern in die Bäckereien geleitet und geholfen, die unter Trümmern Verschütteten zu bergen, «aber nach dem kampf durchzogen betrunkene horden die Wohnungen, holten die ff auen, schossen die widerstand leistenden männer und ff auen nieder, vergewaltigten vor den augen der kinder, standen in schlangen an vor den häusern.»<sup>82</sup>

Noch in den fünfziger Jahren erinnerten in der DDR zahlreiche Witze an das Verhalten der Sowjetsoldaten. Es war zu einem prägenden Teil des Alltags geworden. So erzählte man sich beispielsweise, wie SED-Chef Walter Ulbricht aus seinem Fenster im Zentralkomitee den Pförtner mit einem Passanten streiten sah, weil dieser vor dem Gebäude sein Fahrrad abstellen wollte. Nachdem der Pförtner mehrfach erklärt hatte, dass in Kürze eine sowjetische Delegation erwartet werde, schaltete sich Ulbricht schliesslich selber ein und stellte in feinstem Sächsisch fest: «Nu, da muss er es eben anschliessen!» Die Stimmungslage dieser Zeit bringt auch ein anderer Witz zum Ausdruck, bei dem ein Rotarmist bedauernd auf seinen Arm voller Armbanduhren schaut, von denen eine nicht mehr funktioniert. Als ein Mann sie zu reparieren versucht und dabei unter dem Glas eine tote Laus entdeckt, stellt der Soldat mit sachkundiger Miene fest: «Aha – Maschinist kapuut!»

Anders als Briten, Amerikaner und Franzosen, die sich in den Augen der Deutschen bald von Eroberern zu Verbündeten wandelten, wurden «die Russen» in der DDR bis zuletzt mit Misstrauen und Furcht betrachtet. «Vergeblich ist es später immer gewesen,

russischen Freunden unsere Angst vor ihren Soldaten verständlich zu machen», schrieb der Schriftsteller Günter de Bruyn nach dem Zusammenbruch der SED-Herrschaft in seinen Erinnerungen. «Noch jahrelang fuhr man vor Schreck zusammen, wenn auch nur russische Stimmen zu hören waren, und der Abbau der Angst ging nur langsam vonstatten, weil man die Russen nur als verhaftende, beschlagnahmende, demontierende und kontrollierende Besatzungssoldaten erlebte und man über die schlimmen Erlebnisse bei Kriegsende nicht reden und schreiben durfte.»<sup>83</sup>

Viele der vergewaltigten Frauen haben das ihnen Zugefugte später aus Scham verschwiegen oder verdrängt. Waren diese Erfahrungen für sich genommen schon schwer genug zu verkraften, zumal in einer von strengen moralischen Normen geprägten Gesellschaft, kam häufig noch der Vorwurf der Männer hinzu, dass ihre Frauen durch den Gewaltakt «entehrt» worden seien. Zudem erschien es in der DDR und zunehmend auch in der Bundesrepublik politisch nicht opportun, über das Thema zu reden. Die Betroffenen mussten meist alleine sehen, wie sie mit ihren Erlebnissen fertig wurden.

Das Beschweigen der Vergewaltigungen wurde auch dadurch befördert, dass denen, die sich nicht daranhielten, oft niedere Motive unterstellt wurden. «Wenn man schon den Sowjets daraus, dass sie den Krieg gewonnen hatten, keinen Vorwurf machen konnte – aus der Tatsache, dass einige Zehntausend von ihnen Vergewaltigungen begangen haben, liess sich ein moralischer Aufstand inszenieren», wandte sich etwa der Publizist Erich Kuby Mitte der sechziger Jahre gegen jene, die über die Gewalttaten sprechen wollten.<sup>84</sup> Auch später wurde der Spiess oft umgedreht, indem die Thematisierung der Massenvergewaltigungen zu einem Akt der Verdrängung erklärt wurde: «Im Vergewaltigungssyndrom verbirgt sich das Alibi deutscher Männer, eigene Gewalttaten und Grausamkeiten gegen Frauen der ehemals eroberten Völker zu verdrängen», heisst es zum Beispiel in einem Buch der Filmemacherin Helke Sander aus dem Jahr 1992.<sup>85</sup> Zwei ostdeutsche

Historiker kamen in einer Publikation über die Geschichte der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland noch im Jahr 2001 zu dem Schluss: «Das schlechte Gewissen vieler Deutscher wird dazu beigetragen haben, dass sie dankbar nach dem Topos von der Vergewaltigung deutscher Frauen griffen, um eigene Schuld zu verdrängen.»<sup>86</sup>

Unter diesen Umständen wundert es nicht, dass auch die Forschung das Thema lange Zeit ignoriert oder als Randerscheinung abgetan hat. Erst Jahrzehnte später, nach dem Ende der DDR und der Ost-West-Konfrontation, gab es Bemühungen, den Umfang der Verbrechen genauer zu bestimmen. Eine umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung steht freilich bis heute aus. Erst recht fehlt es an einer angemessenen gesellschaftlichen Würdigung der Opfer. Während den so genannten Trümmerfrauen auf vielfältige Weise Respekt bekundet wird, stehen jene, die die Rache der Sieger als Erste zu spüren bekamen, bis heute im Schatten der Geschichte. Nur in der privaten Erinnerung der Familien sind die Gewalttaten der Roten Armee präsent geblieben – verschüttet unter moralischen Tabus und politischen Denkverboten.

### *Das Los der Kriegsgefangenen*

Zu den traumatischen Erfahrungen mit der Sowjetunion gehörte auch die Behandlung, die den geschlagenen deutschen Streitkräften zuteil wurde. Schon in den letzten Wochen des Krieges hatten die meisten Soldaten versucht, wenn irgend möglich in den Einflussbereich der westlichen Alliierten zu gelangen. Nahezu keiner wäre auf die Idee gekommen, die Rote Armee als Befreier Deutschlands zu begrüßen. Viele fürchteten sogar nichts so sehr, wie in ihre Hände zu fallen.

Einer von ihnen war der neunzehnjährige Hans Laubsch, der als junger Soldat in Österreich die Kapitulation erlebte. Zusammen

mit anderen Kameraden schlug er sich auf das Gebiet der Amerikaner durch, wo er alsbald festgenommen wurde. Doch die US-Armee übergab ihn und zahlreiche weitere Kriegsgefangene wenig später den in der Nähe befindlichen sowjetischen Truppen. Denn die Alliierten hatten vereinbart, dass sich die Soldaten dort ergeben sollten, wo sie zuvor gekämpft hatten. Die Reaktion auf die geplante Übergabe schilderte Laubsch später so: «Es sprach sich herum, dass uns die Amerikaner den Russen ausliefern würden. Da brach Panik unter den Soldaten aus. In ihrem Schrecken versuchten einige, in die umstehenden Häuser zu flüchten. Die amerikanischen Soldaten schossen auf sie, viele blieben im Strassengraben liegen.»<sup>87</sup> Hans Laubsch und seine Mitgefangenen landeten alleamt in sowjetischen Arbeitslagern.

Bei den Beratungen der Alliierten über die Kapitulationsbedingungen hatte die UdSSR bereits 1944 die Forderung erhoben, die gesamte deutsche Armee gefangen zu nehmen, ein einmaliger Vorgang in der neueren Geschichte. Etwa elf Millionen Soldaten gerieten schliesslich in Gefangenschaft, die meisten in der Schlussphase des Krieges oder erst nach der Kapitulation. Ihr Schicksal lag nun ausschliesslich in der Hand der Siegermächte, denn durch die Auflösung der Reichsregierung verfügten sie – im Gegensatz zu anderen Kriegsgefangenen – über keine staatliche Schutzmacht mehr. Wie man mit ihnen umging, hing jedoch nicht in erster Linie davon ab, was sie während des Krieges getan hatten, sondern davon, in welchem Teil Europas sie in Gefangenschaft gerieten. Die von den Westalliierten arretierten Soldaten erhielten vielfach schon nach wenigen Monaten die Freiheit zurück. Ihre Zahl verringerte sich deshalb bis Ende 1946 um mehr als fünf Millionen – von 7,7 auf 2,6 Millionen. Die mehr als 3,1 Millionen Gefangenen, die die Rote Armee festgesetzt hatte, wurden hingegen zum grössten Teil zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt. Viele von ihnen kamen nie mehr zurück. Für die im Osten ergriffenen Soldaten war das Kriegsende alles andere als ein Tag der Befreiung.

Dem Völkerrecht zufolge hätten eigentlich alle Kriegsgefangenen menschlich behandelt werden müssen. Die Haager Landkriegsordnung von 1907 schrieb vor, dass sie nicht schlechter als die eigenen Truppen versorgt und zu keinen übermässigen Arbeiten eingesetzt werden durften. Sie hatten Anspruch auf eine normale Bezahlung, und mit dem verdienten Geld sollten sie ihre eigene Lage verbessern können. Fluchtversuche durften nur mit Disziplinarstrafen geahndet werden, und wenn sie vorübergehend gelangen, überhaupt nicht. Auch Hilfsorganisationen war jede Erleichterung zu gewähren, eine staatliche Auskunftsstelle sollte alle Anfragen zum Schicksal der Gefangenen beantworten. Vor allem aber war festgelegt, Kriegsgefangene nach dem Friedensschluss binnen kürzester Frist wieder in ihre Heimat zu entlassen. Nach diesen auch vom zaristischen Russland unterzeichneten Bestimmungen hätte die Sowjetunion ihre mehr als vier Millionen Gefangenen aus unterschiedlichen Ländern eigentlich bald nach dem 8. Mai 1945 freilassen müssen.

Die Wirklichkeit sah jedoch anders aus. Ob die UdSSR als Nachfolgestaat des Zarenreiches überhaupt an die Haager Landkriegsordnung gebunden war oder sich daran gebunden hatte, blieb immer unklar und umstritten. Nach der Machtergreifung der Bolschewik! im November 1917 ignorierten diese die von Russland eingegangenen internationalen Verpflichtungen. Das Genfer Abkommen zur Behandlung von Kriegsgefangenen, mit dem die Haager Bestimmungen 1929 fortgeschrieben und konkretisiert wurden, hatte die Sowjetunion ausdrücklich nicht unterzeichnet. Es enthielt unter anderem das Verbot, die Gefangenen zu unerträglichen oder gefährlichen Arbeiten heranzuziehen, und schrieb vor, Schwerkranke in ihre Heimat zurückzuschicken.

Alle Versuche, die völkerrechtlichen Bestimmungen dennoch zur Anwendung zu bringen, scheiterten am Unwillen beider Seiten. Nach dem Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 wandte sich Deutschland an das Internationale Rote Kreuz (IRK), um eine Regelung für die Kriegsgefangenen zu treffen. Es übergab eine Li-

ste mit 300 Namen sowjetischer Gefangener, und das Rote Kreuz durfte ein Lager besichtigen. Als die deutsche Regierung zu Weihnachten 1941 vorschlug, auf Basis der Gegenseitigkeit weitere 500'000 Namen bekannt zu geben, reagierte die Sowjetunion nicht. Sowohl beim Austausch von Gefangenenlisten als auch bei der Inspektion von Lagern lehnte sie jede Zusammenarbeit ab. Für Stalin waren die arretierten Rotarmisten, zu denen bald auch sein eigener Sohn zählte, schlichtweg Vaterlandsverräter. «Es gibt keine russischen Kriegsgefangenen», soll er auf ein Gesuch Deutschlands, einen Postdienst für die Gefangenen einzurichten, geantwortet haben. «Der russische Soldat kämpft bis zum Tod. Wenn er sich stattdessen gefangen nehmen lässt, ist er automatisch aus der russischen Gemeinschaft ausgeschlossen.»<sup>88</sup>

Auch Deutschland hatte die Genfer Konvention wenige Tage vor dem Angriff auf die Sowjetunion in wichtigen Punkten ausser Kraft gesetzt. Der so genannte Kommissarbefehl vom 6. Juni 1941 wies die Truppen an, die Politoffiziere der Roten Armee, «wenn im Kampf oder bei Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit Waffen zu erledigen».<sup>89</sup> Als die UdSSR im Juli 1941 kurzzeitig anbot, dass sie sich an die Haager Bestimmungen halten werde, wenn das Reich dies ebenfalls tue, ignorierte Deutschland die Offerte. Hitler und das Oberkommando der Wehrmacht wollten den Feldzug im Osten lieber ohne Rücksichten auf das Kriegsvölkerrecht führen.

Der Verzicht auf die Vereinbarung konkreter Schutzvorschriften hatte für die Kriegsgefangenen fatale Folgen. Während im Kampf mit den westlichen Staaten die völkerrechtlichen Bestimmungen weitgehend eingehalten wurden, gingen die kriegführenden Parteien im Osten mit den gefangenen Soldaten der Gegenseite extrem unmenschlich um. Leidtragende waren anfangs vor allem sowjetische Kriegsgefangene – später traf es dann die deutschen.

Der stalinistische Terror und die militärischen Erfolge der Wehrmacht hatten dazu geführt, dass sich in den ersten Kriegsmonaten



Hunderttausende Rotarmisten ergaben. Über drei Millionen sowjetische Soldaten kamen nach deutschen Angaben allein 1941 in Gefangenschaft – eine gigantische Zahl, die sich bis zum Ende des Krieges auf 5,2 Millionen steigerte. Im Gegensatz zu den Kriegsgefangenen aus anderen Staaten wurden sie auf Anordnung Hitlers zunächst ausserhalb des Reichs gebiets untergebracht und mussten in improvisierten Lagern unter freiem Himmel campieren. **Im Winter 1941/42 verhungerten und erfroren etwa zwei Millionen von ihnen;** ☹️ Juden und die so genannten politischen Kommissare wurden gezielt ermordet.

Erst im weiteren Verlauf des Krieges setzte man die Gefangenen zunehmend als Zwangsarbeiter in Deutschland oder als «Hilfswilige» der Wehrmacht ein. Seit 1944 bildeten 10'000 Soldaten und 2'000 «Hiwis» jeweils eine deutsche Infanteriedivision. Dies führte, so zynisch es klingen mag, zu einem Rückgang der extrem hohen Sterblichkeit. Insgesamt kamen in der Gefangenschaft etwa 2,5 Millionen oder mindestens fünfzig Prozent der Rotarmisten ums Leben, wobei ein geringer Teil von ihnen auch im Zuge alliierter Bombardements von Fabrikanlagen getötet wurde. Diese Zahlen geben jedoch nur eine ungefähre Orientierung. Russische Historiker gehen nämlich von weniger Gefangennahmen und Toden, allerdings von ähnlich hohen Todesraten aus. Auch die für manche Kriegsgefangenenlager auf Gedenksteinen angegebenen Opferzahlen haben sich mittlerweile als überhöht herausgestellt. So starben im Stammlager (Stalag) XIC (311) in Bergen-Belsen nicht 50'000, sondern knapp 20'000 Rotarmisten – eine Zahl, die freilich immer noch schrecklich genug ist.

Die Sowjetunion ging mit den deutschen Kriegsgefangenen nicht viel besser um. Ein Erlass vom Juli 1941 über ihre Behandlung orientierte sich zwar an den Genfer Bestimmungen, blieb aber im Hinblick auf Ernährung, Bekleidung und Unterbringung unverbindlich. Zu keinem Zeitpunkt durfte das IRK die Lager in der UdSSR besuchen. Die Sowjetunion teilte auch keine Namen mit, so dass die Angehörigen der Gefangenen über deren Schicksal

lange Zeit im Ungewissen blieben. Vor allem aber hielt sie die deutschen Kriegsgefangenen – darunter auch zahlreiche kranke und arbeitsunfähige – weit länger fest, als dies militärisch, wirtschaftlich oder politisch begründet war. Dabei setzte sie sich über die international festgeschriebenen und in eigenen Verordnungen anerkannten Fristen ungeniert hinweg. Wenn sie dennoch einige völkerrechtliche Prinzipien wie die privilegierte Behandlung von Offizieren einhielt, dann deshalb, um den Anschein einer rechtmässigen Behandlung zu erwecken.

Die Chancen, in sowjetischer Kriegsgefangenschaft zu überleben, waren in der Anfangszeit noch geringer als in deutscher. Seit Winter 1941/42 nahm die Rote Armee jeden Monat etwa 10'000 deutsche Soldaten gefangen, von denen über neunzig Prozent ums Leben kamen. Folterungen, Verstümmelungen und Morde waren an der Tagesordnung. Die Todesrate lag so hoch, dass die absolute Zahl der Gefangenen trotz laufender Neuzugänge bis Ende 1942 sogar zurückging. Schon im Februar 1942 sah sich Stalin deshalb bemüssigt, in einem Befehl an seine Truppen zu beteuern: «Die Rote Armee nimmt deutsche Soldaten und Offiziere, wenn sie sich ergeben, gefangen und schont ihr Leben.»<sup>90</sup> Der grausame Umgang mit den Kriegsgefangenen konnte der Bereitschaft von Wehrmachtsangehörigen, sich freiwillig zu ergeben, nur abträglich sein. Die sowjetische Frontpropaganda versprach ihnen denn auch auf Flugblättern, dass sie gut behandelt würden und nach dem Krieg bald nach Hause zurückkehren dürften – eine Zusage, die freilich niemals eingelöst wurde.

Erst nach der Schlacht um Stalingrad im Januar 1943 stieg die Zahl deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion wieder an. Durch die Einkesselung einer ganzen Armee wurden mehr als 90'000 Soldaten festgesetzt. Allerdings blieb die Todesrate nach wie vor extrem hoch. So kehrten von den gefangen genommenen «Stalingradern» später nicht einmal sieben Prozent in ihre Heimat zurück. Russischen Historikern zufolge war von den Kriegsgefangenen des Jahres 1943 etwa die Hälfte gestorben, schon bevor sie

die stationären Lager im Hinterland erreichten. Die meisten von ihnen erfroren, verhungerten oder gingen an ihren kriegsbedingten Verletzungen zugrunde. Wie viele unterwegs erschossen wurden, ist nicht bekannt.

Mit dem Vormarsch der Roten Armee nach Westen erhöhte sich die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen. Nach den militärischen Erfolgen der Sowjetunion im Sommer 1944 stieg sie erstmals auf über 500'000. In den Sammellagern und bei den Transporten starben damals allerdings erneut etwa 150'000 Menschen. Als die Rote Armee schliesslich im Januar 1945 in Deutschland einmarschierte, schnellte die Zahl der Gefangenen regelrecht in die Höhe und erreichte zur Jahresmitte den Höchststand von zwei Millionen.

Wie viele Soldaten insgesamt in sowjetische Gefangenschaft gerieten, ist bis heute nicht abschliessend geklärt. Während die Wehrmacht Verluste von 3,1 Millionen verzeichnete, registrierte das Moskauer Innenministerium in seinen Lagern «nur» rund 2,4 Millionen deutsche Kriegsgefangene. Etwa 700'000 Menschen sind also statistisch zwischen Gefangennahme und Einlieferung «verschwunden». Eine Erklärung könnte sein, dass bestimmte Personen möglicherweise anderen Kategorien zugeordnet und daher nicht mitgezählt wurden. Vieles deutet aber daraufhin, dass ein grosser Teil der Soldaten bereits bei der Gefangennahme erschossen wurde oder bei den anschliessenden Transporten ums Leben kam – und *deshalb* keinen Eingang in die sowjetische Statistik fand.

Bei der Zahl der Toten weichen die Angaben noch stärker voneinander ab. Den sowjetischen Lagerstatistiken zufolge starben insgesamt fast 360'000 Kriegsgefangene. Mit über fünfzig Prozent war die Sterberate demzufolge im Jahr 1943 am höchsten, insgesamt soll sie fünfzehn Prozent betragen haben. Nach deutschen Schätzungen, die auf Vermisstenziffern und Heimkehrerbefragungen beruhen, war die Zahl der Toten hingegen dreimal so hoch. Etwa 1,1 Millionen Soldaten, die von der Roten Armee gefangen genommen wurden, sind nicht mehr zurückgekehrt. Nach diesen

Zählungen betrug die Todesrate in den ersten beiden Kriegsjahren rund fünfundneunzig Prozent. Insgesamt soll mehr als ein Drittel aller Soldaten in der Gefangenschaft ums Leben gekommen sein. Da der Grossteil der Gefangenen erst ab 1945 im Lager sass, erhöht sich die jährliche Sterberate noch, so dass sie manchen Berechnungen zufolge sogar die der sowjetischen Kriegsgefangenen in Deutschland überstieg.

Vor diesem Hintergrund ist die Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion – anders als es manche Veröffentlichungen nahe legen – mit der bei den westlichen Alliierten in keiner Weise zu vergleichen. Selbst in den berüchtigten Rheinwiesenlagern der Amerikaner, in denen ungewöhnlich viele Gefangene zugrunde gingen, betrug die Todesquote maximal ein Prozent. Insgesamt starben in westlicher Gefangenschaft von 7,7 Millionen deutschen Soldaten höchstens 35'000.

Wie zahlreiche Augenzeugenberichte belegen, wurden bis zum Ende des Krieges viele Gefangene von Rotarmisten oft kurzerhand liquidiert. Der ehemalige Gefreite Robert Gehrman erinnerte sich zum Beispiel, wie ein Mitgefangener vor seinen Augen erschossen worden war. Anfang Februar 1945 hatte man Gehrman – an seinem achtzehnten Geburtstag – in der Nähe von Thorn ergriffen und zusammen mit anderen über Nacht in einem Bauernhof festgehalten. Ein verletzter Soldat aus seiner Gruppe versteckte sich dabei im Stroh, wo man ihn jedoch aufstöberte. «Als wir so abmarschbereit dastanden, sahen wir, wie zwei Zivilisten einen Kameraden aus dem Stall schleppten, in dem wir übernachtet hatten. [...] Auf Anweisung eines Postens trugen sie ihn zu dem Misthaufen am Stall und setzten ihn mit dem Rücken zu uns darauf. Der Posten entsicherte sein Gewehr, legte an und schoss auf ihn. Beim ersten Schuss fiel sein Käppi vom Kopf, und beim zweiten sank sein Körper nach hinten auf den Misthaufen. [...] Ohne sich zu überzeugen, ob der Mann auch wirklich tot ist, gaben die Russen den Befehl zum Abmarsch.»<sup>91</sup> Gehrman selbst kehrte erst im November

1949, nach beinahe fünfjähriger Gefangenschaft in der Sowjetunion, in seine deutsche Heimat zurück.

Vom Ort ihrer Festnahme mussten die Soldaten zu provisorischen Aufnahmepunkten marschieren. Von dort ging es zu grösseren Sammelstellen und dann über die Durchgangslager an der Front mit Güterzügen in die Sowjetunion. Oft wurden die Gefangenen auch noch zwischen verschiedenen Lagern hin und her befördert. Die Todesrate bei diesen wochenlangen Transporten war extrem hoch. Zehntausende starben an Erschöpfung, Hunger und Kälte. Kranke und Verletzte erhielten in der ersten Zeit keinerlei ärztliche Versorgung. Manchmal fuhren sogar sowjetische Panzer in die Kolonnen und zerquetschten Gefangene, die nicht rechtzeitig zur Seite sprangen. Wie Heimkehrer später berichtet haben, brachen die ausgehungerten Männer bei den Märschen reihenweise zusammen. «Anfangs bekamen sie von den Posten einen soliden Genickschuss», schilderte ein Beteiligter das sowjetische Vorgehen, wenn Gefangene nicht mehr laufen konnten. «Nachdem sich aber die Fälle mehrten, liess man sie so liegen. Es dauerte höchstens zwei bis drei Stunden, bis sie erfroren waren.»<sup>92</sup>

Die Fahrt ins Hinterland erfolgte in unbeheizten Güterwaggons. In den Berichten der Zeitzeugen wird immer wieder hervorgehoben, wie qualvoll diese Transporte waren. Je nach Wagengrösse mussten sich zwischen vierzig und neunzig Mann auf dem Boden kauern und zusammendrängen. Während der wochenlangen Fahrt erhielten sie kaum etwas zu essen und zu trinken. «Drei Tage blieben wir ohne Wasser», schilderte ein Kriegsgefangener seinen Transport von Kaluga nach Sadrinsk im Herbst 1943. «Die Zunge war geschwollen, spröde, rauh, Gaumen und Kehle ausgedörrt wie Wüstensand. Wir glaubten, verschmachten zu müssen. Lagen apathisch, die Lippen zersprungen, borkig, heiss, der Mund ein vertrockneter Brunnen.»<sup>93</sup>

Viele Soldaten erfroren, verdursteten oder verhungerten unterwegs. Krankheiten und Seuchen brachen aus, da man die Toten wegen der ihnen zustehenden Essensrationen so lange wie möglich im Wagen zu behalten versuchte. Ein Soldat, der 1944 vom Sam-

mellager Bel'cy nach Armawir transportiert worden war, erinnerte sich an das grauenvolle Massensterben in den Zügen: «Die Fahrt dauerte etwa 13 Tage, von den etwa 2'000 verladene Menschen kamen etwa 1'200-1'300 lebend nach Armawir. Verpflegt wurden wir insgesamt auf der Fahrt etwa 4-5mal. Wasser gab es 3mal. [...] In dem Wagen bei mir befanden sich 55 Mann. Davon blieben genau 16 übrig, also am Leben. 4 Mann wurden vor Durst wahnsinnig. In den anderen Wagen sah es nicht besser aus.»<sup>94</sup>

Die sowjetischen Verantwortlichen waren über diese Zustände genau informiert. Bereits Ende Dezember 1942 berichtete der Volkskommissar für Inneres, Lawrenti Berija, über die hohe Sterblichkeit bei den Transporten. Als Beispiel nannte er einen Gefangenentransport von der Don-Front in das Gebiet von Gorki, bei dem rund 800 Mann gestorben waren. Viele Soldaten, so stellte er fest, hätten schon vor ihrer Gefangennahme gehungert und würden bei den Fussmärschen zur nächsten Bahnverladestelle nicht ausreichend versorgt. Auch die sowjetische Führung hatte mittlerweile festgestellt, dass der massenhafte Tod von Kriegsgefangenen nicht in ihrem Interesse lag, da auf diese Weise Arbeitskräfte verloren gingen.

Im Januar 1943 beklagte sich auch Stalin, selbst ernannter Volkskommissar für Verteidigung, über die desaströse Abwicklung der Transporte. Die Gefangenen müssten 200 bis 300 Kilometer zu den Verladestellen marschieren und erhielten dabei «fast keine Nahrung». Die Eisenbahnwaggons, mit denen sie weitertransportiert würden, seien «für eine Personenbeförderung völlig ungeeignet». Viele Gefangene besäßen zudem keine warme Kleidung, Verwundete und Kranke würden nicht in die Frontlazarette aufgenommen. «Aus diesen Gründen wird ein beträchtlicher Teil der Kriegsgefangenen erschöpft und stirbt noch vor dem Abtransport ins Hinterland und auch unterwegs auf dem Marsch.»<sup>95</sup> Um die Soldaten «als Arbeitskräfte zu erhalten», befahl Stalin, die aufgezeigten Mängel zu beseitigen.

An der katastrophalen Behandlung der Kriegsgefangenen änder-

te sich dadurch wenig. Organisatorisches Chaos und menschliche Gleichgültigkeit bewirkten, dass die mehrfach wiederholten Befehle kaum Beachtung fanden. Auch nach dem Fall von Stalingrad mussten die völlig erschöpften Soldaten im Februar 1943 in eisiger Kälte ohne Verpflegung und Nachtquartier bis zu 100 Kilometer lange Märsche zurücklegen. Der zuständige stellvertretende Volkskommissar für Inneres, Iwan Serow, hatte es schlicht versäumt, genügend Auffanglager errichten zu lassen. Von den 91'000 Überlebenden der Schlacht starben deshalb 27'000 bereits zu Beginn der Gefangenschaft; nur etwa 6'000 kehrten lebend nach Deutschland zurück.

Auch in der Folgezeit blieb die Sterblichkeit extrem hoch. So berichtete der Kommandant des Kriegsgefangenenlagers 127 im Gebiet Saratow im Mai 1943, dass von 8'000 Gefangenen mehr als zwei Drittel gestorben seien. Die meisten seien verhungert, 1'500 schon auf dem Weg ins Lager ums Leben gekommen. Weitere 4'700 starben in den folgenden sechs Wochen. Nach sowjetischen Angaben sollen auf den Transporten insgesamt 57'000 deutsche Soldaten zu Tode gekommen sein. Höchstwahrscheinlich waren es jedoch sehr viel mehr, da zahlreiche Tote gar nicht erst gezählt wurden.

Im Unterschied zu den Westalliierten betrachtete die Sowjetunion nicht nur festgenommene reguläre Soldaten als Kriegsgefangene. Schon kurz nach Überschreiten der alten Reichsgrenze befahl Stalin, auch die Angehörigen des Volkssturms in Kriegsgefangenenlager zu überstellen. Meist handelte es sich dabei um Jugendliche oder ältere Männer, die man kurz vor Ende der Kämpfe als letztes Aufgebot mobilisiert hatte. Mitte April 1945 wurde der Kreis der Kriegsgefangenen nochmals erweitert. Auf Befehl Berijas kamen nun auch die Angehörigen von SS und SA sowie das Personal von Gefängnissen, KZs und Straf justiz in die Lager. Letzteres verstieß nicht nur gegen das Völkerrecht, sondern hatte auch zur Folge, dass die am stärksten belasteten Personen im Millionenheer der Kriegsgefangenen untergingen.

Von Anfang an hatte Stalin gegenüber den westlichen Alliierten

den Anspruch erhoben, deutsche Arbeitskräfte zum Wiederaufbau der sowjetischen Wirtschaft heranzuziehen. Eine massenhafte Nutzung gegnerischer Soldaten als Arbeitssklaven weit über das Kriegsende hinaus hatte es bis dahin nirgendwo gegeben. «Es gibt genug Gefangene», schwärmte der Diktator im Juli 1945 dem britischen Premier Winston Churchill vor und empfahl ihm, sich ebenfalls zu bedienen. «Wir bauen unsere Kohlengebiete wieder auf und verwenden dafür Gefangene», erläuterte er sein völkerrechtswidriges Vorgehen. «Sie haben 400'000 Soldaten in Norwegen sitzen. Sie sind nicht einmal entwaffnet, und man weiss nicht, worauf sie warten. Da haben Sie Arbeitskräfte.»<sup>96</sup> Die Zustimmung der Westalliierten zu dieser Zweckentfremdung gefangener Soldaten führte dazu, dass sie mitverantwortlich wurden für den Tod Hunderttausender Menschen.

Spätestens ab Frühjahr 1945 setzte die Sowjetunion zur Zwangsarbeit vorwiegend gefangene Soldaten ein. Sie standen jetzt in grosser Zahl zur Verfügung und schienen den körperlichen Strapazen eines längeren Arbeitseinsatzes am besten gewachsen zu sein. Vor diesem Hintergrund diente die Arretierung deutscher Soldaten immer weniger dem Zweck, das kriegerische Potential des Reiches auszuschalten, als vielmehr dem Bedürfnis, die Arbeitslager in der UdSSR zu füllen. Geradezu gierig wurden die Gefangenen aus allen Besatzungsgebieten zusammengetrieben. Für die oft noch sehr jungen Soldaten, die sich als Wehrpflichtige dem Dienst an der Front in der Regel nicht entziehen konnten, schlossen sich deshalb an die traumatischen Erfahrungen des Krieges vielfach mehrere Jahre Lagerhaft an.

Die Bewachung und Verwaltung der Kriegsgefangenen lag in den Händen des Volkskommissariates für Innere Angelegenheiten (NKWD). Dieses unterhielt in der Sowjetunion einen riesigen Polizei- und Geheimdienstapparat, zu dem auch die Gefängnisse und Lager des GULag gehörten – das russische Akronym für Hauptverwaltung der Lager. Bereits nach dem Überfall auf Polen im September 1939 hatte Berija eine eigene Verwaltung für die Ange-



legenheiten von Kriegsgefangenen und Internierten (UPWI) gebildet. Ihre Aufgaben wuchsen mit der Zahl festgenommener Soldaten. 1939 waren zunächst mehr als 230'000 Angehörige der polnischen Armee in sowjetische Gefangenschaft geraten, die in eilends errichtete Lager kamen. Bis 1941 starben fast zwei Drittel von ihnen, Zehntausende wurden vom NKWD kurzerhand erschossen. Nach dem Angriff auf Finnland im November 1939 machte die Sowjetunion auch dort Gefangene und sperrte sie ebenfalls ein. Ab Sommer 1941 kamen die ersten Wehrmachtsangehörigen hinzu.

Als die Rote Armee Anfang 1945 innerhalb weniger Wochen mehr als eine Million deutscher Soldaten ergriff, wurde die Kriegsgefangenenverwaltung über Nacht zur Mammutbehörde: Allein in ihrer Zentrale beschäftigte die zur Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte (GUPWI) aufgewertete Abteilung knapp 300 Mitarbeiter. Hinzu kamen Filialen in allen Republiken. Noch 1946, als ein erheblicher Teil der Lager wieder geschlossen worden war, verfügte die GUPWI über 11'000 Verwaltungsstellen.

Die GUPWI sorgte dafür, dass von den Fronten ein unablässiger Strom Gefangener ins Hinterland floss. Über die mobilen Auffang- und Durchgangslager erreichten sie nach langen Strapazen die stationären Arbeitslager. Diese Lager für Kriegsgefangene waren wie die Straflager des GULag aufgebaut. Sie befanden sich in den wichtigsten Industrieregionen des Landes, vor allem im europäischen Teil, aber auch im Ural, im Kaukasus und in Sibirien. Ihre Zahl nahm beständig zu, so dass im Mai 1945 etwa 4'000 Lager und lagerähnliche Einrichtungen existierten. Dieser «Archipel GUPWI» bildete ein eigenständiges, zweites Lagersystem, das mit zeitweise vier Millionen Gefangenen mehr Menschen verschlang als der von Alexander Solschenizyn beschriebene Archipel GULag.

Obwohl die Wehrmacht am 8. Mai 1945 bedingungslos kapituliert hatte und als militärische Formation nicht mehr existierte, nahm die UdSSR auch danach noch fortlaufend Soldaten gefan-

gen. Um den Hunger nach Zwangsarbeitern zu stillen, gingen die Transporte in die Sowjetunion nach dem Ende des Krieges unvermindert weiter. So erhielt der neu ernannte NKWD-Bevollmächtigte in Deutschland, Iwan Serow, Anfang Juli als Erstes den Auftrag, den Abtransport der Kriegsgefangenen in die UdSSR zu beaufsichtigen. Ähnliche Befehle bekamen auch die NKWD-Bevollmächtigten in Ostpreussen und Polen, das inzwischen den grössten Teil der deutschen Ostgebiete verwaltete. Die Suche nach ehemaligen Wehrmichtsangehörigen wurde sogar dann noch fortgesetzt, als man die Auffanglager in Deutschland bereits geleert und geschlossen hatte. Ab Oktober 1945 konnten frühere Soldaten in Speziallager für Zivilisten eingewiesen werden, von wo aus man sie über das Etappenlager Nr. 69 in Frankfurt an der Oder in die Sowjetunion verschleppte. Bis zum Herbst 1946 – anderthalb Jahre nach der Kapitulation – machte die UdSSR auf diese Weise in Deutschland immer noch neue «Kriegsgefangene».

Betroffen von den späten Arretierungen waren vor allem Wehrmichtsangehörige, die aus den Westzonen zurück in ihre ostdeutsche Heimat kamen und dort verhaftet wurden. So sassen im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen ab Januar 1946 etwa 5'700 Offiziere ein, die zuvor von den westlichen Alliierten gefangen genommen und bereits offiziell entlassen worden waren. Zusätzlich befanden sich im August 1946 rund 5'900 einfache Soldaten und Unteroffiziere in verschiedenen ostdeutschen Lagern; hinzu kamen mehrere Tausend Angehörige von SS, SA oder Volkssturm. Viele dieser nachträglichen Kriegsgefangenen wurden noch 1946 in die Sowjetunion deportiert. So gelangten im Sommer 4'700 deutsche Offiziere über das Durchgangslager in Frankfurt an der Oder in die UdSSR. Etwa 800 Soldaten und Unteroffiziere, die in sowjetischen Lagern verschlissene Kriegsgefangene ersetzen sollten, nahmen denselben Weg. Doch auch die, die nicht mehr abtransportiert werden konnten, blieben in Gefangenschaft. Mehrere Tausend Soldaten, die für einen Arbeitseinsatz in der UdSSR nicht in Frage kamen, weil ihre Gesundheit bereits rui-

niert war, wurden in ostdeutschen Lagern zurückgehalten. Die Sowjets wollten sie nicht freilassen, weil sie früher Kommandofunktionen innegehabt hatten, weil man sie den so genannten feindlichen Elementen zuordnete oder weil Verwandte von ihnen in den Westzonen lebten.

### *Im Archipel GUPWI*

Die meisten Kriegsgefangenen mussten nach ihrer Ankunft in der Sowjetunion schwere Zwangsarbeit leisten. Zu Beginn ihrer Lagerhaft sowie bei späteren Überprüfungen untersuchte sie ein Arzt auf ihre Arbeitsfähigkeit, in der Regel durch einen kurzen Kniff in das Gesäss. Anschliessend wurden sie in vier Gruppen eingeteilt. Kategorie 1 bedeutete, dass sie zu schwerer körperlicher Arbeit tauglich waren, Kategorie 2, dass sie körperliche Arbeit leisten konnten; Kategorie 3 besagte, dass sie nur zu leichter körperlicher Arbeit eingesetzt werden durften. Die vierte Gruppe schliesslich bestand aus Schwerkranken und Invaliden, die gänzlich arbeitsunfähig waren.

Die Arbeitstauglichen mussten in der Sowjetunion Strassen, Fabriken und Wohngebäude bauen. Andere schufteten, oft unter unvorstellbaren Bedingungen, in Bergwerken, in Steinbrüchen oder in der Holzgewinnung. Heimkehrer haben später berichtet, wie sie jahrelang in Flözen von 1,40 Meter Höhe in gebückter Haltung mit Hacke und Schaufel Kohle schlagen mussten. Manche haben beschrieben, wie sie in Sibirien bei eisigen Temperaturen täglich kilometerweit in den Wald marschierten, um mit primitiven Sägen riesige Bäume zu fällen. Wieder andere haben berichtet, dass sie in Ziegeleien bei unerträglicher Hitze Ziegel formen, brennen und anschliessend aus den Öfen holen mussten. Ein zumeist russischer Brigadier, der so genannte Natschalnik, gab dabei jeweils die Normen vor und trieb die Gefangenen zur Arbeit an.

Nur die Offiziere, beginnend mit dem Rang eines Hauptmanns, SS-Hauptsturmführers oder SA-Sturmführers, waren von der Arbeitspflicht ausgenommen – «freiwillig» wurden sie teilweise aber ebenfalls zum Einsatz herangezogen.

Das offizielle Arbeitspensum betrug täglich zehn, später acht Stunden, bei einer von Montag bis Samstag währenden Sechstage-Woche. Da die Gefangenen oft kilometerlange Fussmärsche zu ihren Arbeitsplätzen zurücklegen und ihre Werkzeuge selbst säubern und instand halten mussten, dauerte ihr Arbeitstag in Wirklichkeit meist erheblich länger; auch Sonntageinsätze waren keine Seltenheit. Insgesamt erbrachten deutsche Kriegsgefangene schätzungsweise 10,3 Milliarden Arbeitsstunden oder 1,3 Milliarden Arbeitstage. Bis zu zehn Prozent aller Leistungen des ersten Fünfjahresplanes erwirtschafteten ausländische Zwangsarbeiten Allein die deutschen und österreichischen Gefangenen schufen Arbeitswerte in Höhe von achtunddreissig Milliarden Rubel oder rund fünf Milliarden Dollar – doch bei der Abrechnung der von der Sowjetunion beanspruchten Reparationen wurde ihr Einsatz nie berücksichtigt.

Die Lebensbedingungen in den Lagern waren katastrophal. Vor allem die unzureichende Ernährung, die primitiven Unterkünfte, die extremen Temperaturen und die mangelhafte medizinische Versorgung setzten den Häftlingen zu. Ihre tägliche Verpflegung bestand in der Regel aus einem Stück stark wasserhaltigem Brot und einer Kelle Wassersuppe, in der einige Blätter Weisskohl, im Frühjahr Brennnesseln schwammen. Später, als sich die Ernährungslage besserte, gab es auch Kascha, eine Art Hirsebrei. Die offiziellen Rationen – bei hundertprozentiger Normerfüllung täglich 600 Gramm Brot sowie 900 Gramm Kartoffeln und Gemüse – wurden nur in Ausnahmefällen ausgegeben. Korruptes Personal und privilegierte Gefangene schafften regelmässig Lebensmittel beiseite, die dann anderen Häftlingen fehlten. Lediglich in den Krankenbaracken war die Verpflegung besser. «Zucker sehen wir schon gar nicht mehr», heisst es im Bericht eines Lagerinsassen, der im

August 1946 in der Nähe von Moskau inhaftiert war. «Fett wandert nur in Privattöpfe, die Butterportionen darf man nicht auf eine richtige Waage legen. Die Russen, der Lagerälteste, das Küchenpersonal und die Hunde sind die Nutzniesser.»<sup>97</sup>

Die Menge der zugeteilten Nahrung hing auch davon ab, ob die Gefangenen die in der Sowjetunion gültigen Arbeitsnormen erfüllten. Angesichts der unzureichenden Versorgung bemühten sich deshalb manche, mehr als das Verlangte zu leisten, um auf diese Weise grössere Lebensmittelrationen zu erhalten. Diese Selbstausbeutung führte jedoch dazu, dass ihre Kräfte bald rapide nachliessen; manchmal wurden auch die Leistungsanforderungen kurzerhand hochgeschraubt. «Solange die Witterung noch einigermaßen erträglich war, konnte man diese Arbeit noch aushalten», erinnerte sich ein deutscher Heimkehrer an die Folgen dieser Art von moderner Sklavenarbeit. «Als wir jedoch in völlig unterernährtem Zustand bei 15° bis 25° Kälte täglich unsere 8 Stunden im Steinbruch und noch mehrmals in der Woche im Anschluss daran bis Mitternacht zum Steineverladen auf dem Bahnhof eingesetzt waren, ging der Körperzustand vieler Kriegsgefangener in geradezu erschreckendem Masse zurück.»<sup>98</sup>

Aufgrund ihrer schlechten physischen Verfassung konnten viele Gefangene die geforderte schwere Arbeit nicht bewältigen. Ihre Nahrungsrationen wurden deshalb herabgesetzt. Ein schrecklicher Teufelskreis von Schwäche und Hunger begann, aus dem viele nicht mehr herausfanden. Verzweifelt gaben sie irgendwann auf und dümmerten ihrem Tod entgegen. Ein Kriegsgefangener, der an der Wolga fünfzig Kilo schwere Säcke ausladen und anschliessend das Flussufer hochschleppen musste, hat später berichtet, wie manche in Tränen ausbrachen, weil sie den Belastungen nicht standhielten: «Die Schwächsten unter uns warfen tatsächlich einfach den Sack vom Rücken und setzten sich, heulend vor Verzweiflung ob ihrer Hilflosigkeit, an den Rand des Weges nieder, und es bedurfte vielen Trostes und Ermunterung, um sie wieder auf die Beine zu bringen.»<sup>99</sup>

Nicht nur das überhöhte Arbeitspensum und die unzureichende Verpflegung zehrten an den Kräften der Gefangenen. Auch die sonstigen Lebensbedingungen trugen dazu bei, die Gesundheit der Zwangsarbeiter zu ruinieren. Bei ihrer Ankunft im Lager mussten sie sich ihre Unterkünfte oft noch selbst errichten. Bis die aus rohem Holz gebauten Baracken fertig waren, schliefen die Soldaten in eigenhändig ausgehobenen Erdlöchern. Danach drängten sie sich in überfüllten Quartieren, in denen es zwischen den zwei- oder dreistöckigen Pritschen an den Wänden kaum Platz gab. Auf mehreren Etagen lagen die abgemagerten Häftlinge in der Nacht auf blankem Holz und ohne Decke: Als «Menschen in Regalen» haben Heimkehrer diese Art der Unterbringung später oft bezeichnet. «Die Gefangenen lagen nebeneinander gepfercht», schilderte ein Mann ein typisches Nachtlager in einer Baracke, «auf engstem Raum wie Sardinen in der Büchse. 60 cm Platz pro Mann war das Maximum, und es ist keine Übertreibung, wenn gesagt wird, dass ein Umdrehen während des Schlafens nur gemeinsam und nur auf Kommando möglich war.»<sup>100</sup>

Viele litten an Durchfall, Blasenschwäche oder Überwässerung und mussten in der Nacht oft mehrmals aufstehen, was das Schlafen zusätzlich erschwerte. «In der schlimmen Zeit bin ich bis 16mal nachts ausgetreten aus der Baracke», erinnerte sich ein Gefangener, dem ein Arzt regelmässiges Entwässern empfohlen hatte, «laut Polizeivorschrift in Unterhosen bei minus 50 Grad – todmüde – aber doch!»<sup>101</sup> Dazu kam auch noch Ungeziefer, wie viele Zeitzeugen später berichteten. «Tausende von Wanzen mobilisierten sich des Nachts, um gierig über uns herzufallen und sich an unserem Lebenssaft vollzusaugen», beschrieb ein Heimkehrer die Folgen mangelhafter Hygiene.<sup>102</sup>

In den Baracken und Erdhütten hatten die Gefangenen keinerlei Privat- und Intimsphäre. Fast alle litten unter Kleiderläusen, die in manchen Lagern ganze Fleckfieberepidemien mit zahllosen Todesfällen auslösten. Um dem Ungeziefer entgegenzuwirken, wurde den Gefangenen regelmässig der Schädel kahlgeschoren, was ih-

nen ein uniformes, totenhaftes Aussehen gab. Seelisch zermürbend war vor allem, dass sie jahrelang keinerlei Verbindung zu ihren Angehörigen hatten und nicht wussten, ob sie jemals wieder freikämen. Für das Überleben des Einzelnen war oft entscheidend, dass er die Hoffnung nicht aufgab, die Heimat doch noch wiederzusehen.

In den Lagern herrschten strenge Verhaltensvorschriften: Tagsüber war es den Häftlingen verboten, auf der Pritsche zu liegen, nachts galt gewöhnlich ein Aufenthaltsverbot im Freien. Auf dem Lagerplatz mussten die Gefangenen regelmässig zum Appell antreten, das sowjetische Personal hatte man militärisch zu grüssen. Nadeln, Messer, Spielkarten oder Ähnliches waren verboten. Durchsuchungskommandos filzten die Baracken ohne Vorankündigung nach verdächtigen Gegenständen. Ausser ihrer zerlumpten Kleidung, einer Blechbüchse und einem Holzlöffel hatten die Häftlinge keinerlei persönlichen Besitz. Bei Verstössen gegen die Lagerordnung drohten ihnen mehrtägige Karzerstrafen bei reduzierter Verpflegung.

Die Lager waren gegen Ausbruchversuche gut gesichert. Meist schirmte ein zweireihiger, von Stacheldraht gekrönter Palisadenzaun das viereckige Areal nach aussen ab. Manchmal bestand die Umgrenzung auch aus einer Steinmauer oder lediglich mehreren Drahtzäunen. An den Aussenpunkten der Umzäunung standen Wachtürme mit Scheinwerfern und bewaffneten Posten. Im Innern des Geländes befand sich vor dem Zaun eine mehrere Meter breite «verbotene Zone», der sich kein Gefangener nähern durfte. Wer sie betrat, wurde sofort erschossen. Der Streifen wurde jeden Tag geharkt und war zusätzlich mit einem Stolperdraht versehen.

Konvoitruppen des NKWD, die in einem separaten Teil des Areals untergebracht waren, sorgten für die Bewachung. Auf zehn Gefangene kam im Durchschnitt ein Wachsoldat; in einem Lager mit 2'000 Häftlingen dienten also rund 200 Mann. Zu fliehen war unter diesen Umständen so gut wie unmöglich. Doch auch die extremen Witterungsbedingungen – Schneestürme, eisige Temperaturen – trugen dazu bei, dass Fluchtversuche nur selten unternom-

men wurden. Und selbst wenn sie gelangen, wurden die Ausgeborenen in der fremden Umgebung meist bald wieder eingefangen und anschliessend vor den Augen der Mitgefangenen brutal zusammengeschlagen oder anderweitig schwer bestraft.

An der Spitze eines jeden Lagers stand der Kommandant, der – abgesehen von den Wachmannschaften – nur über einen kleinen Apparat an Mitarbeitern verfügte. Die praktische Organisation des Lagerlebens lag in den Händen von Gefangenen, die von der sowjetischen Kommandantur ausgesucht wurden. Die so genannte innere Lagerleitung bestand aus einem Lagerleiter, mehreren Brigadiern, den Barackenältesten und diversen Zugführern. Zum Inendienst gehörten darüber hinaus die Küche, die Schneiderei, die Schusterei sowie die mit Holzknüppeln bewaffnete Lagerpolizei. Die Häftlinge, die für diese Aufgaben eingesetzt wurden, verfügten über erhebliche Privilegien: Sie mussten keine Zwangsarbeit leisten, konnten sich meist gut ernähren und besaßen bessere Kleidung. Vor allem Opportunisten drängten in diese Positionen. Wie Zeitzeugen berichteten, trat die wohlgenährte «Lagerprominenz» zum Teil in massgeschneiderten Anzügen auf. Bei den Mitgefangenen waren die «Lagerhaie» oder «Kaschaköpfe», wie die Funktionshäftlinge manchmal genannt wurden, entsprechend unbeliebt. Oft nutzten sie ihre Stellung schamlos aus, schikanierten ihre Mitgefangenen und nahmen aus egoistischen Motiven sogar deren Tod in Kauf.

In den ersten Jahren litten die meisten Kriegsgefangenen ständig unter Hunger – mit schwer wiegenden gesundheitlichen Folgen. Die Menschen magerten immer mehr ab, so dass ihr Körper nach einiger Zeit nur noch aus Haut und Knochen bestand. Die Haut wurde grau, trocken und schuppig. Auch die inneren Organe hingen schlaff herab und arbeiteten nicht mehr richtig. Bei einigen sammelte sich Wasser in den Beinen, das langsam im Körper anstieg und ihnen ein merkwürdig verquollenes Aussehen verlieh. Viele hatten die Ruhr; bei den Latrinen herrschte ein ständiges Kommen und Gehen.



Da die sowjetischen Lager niemals befreit wurden, existieren allerdings kaum Fotografien, die den erbärmlichen Zustand der Häftlinge zeigen, so dass man weitgehend auf Schilderungen von Augenzeugen angewiesen ist.

Der Hunger führte auch zu schweren Persönlichkeitsveränderungen, die teilweise für immer nachwirkten. Die Gedanken vieler Häftlinge kreisten bald nur noch um die Organisation des Überlebens; für ein Stück Brot waren manche bereit, alles zu tun. Später wurden die Hungernden zunehmend introvertiert und apathisch, nahmen seltsame Verhaltensweisen an und verloren langsam den Durchhaltewillen. Der so genannte Dystrophiker, der sich nur noch schleichend vorwärts bewegte und über kurz oder lang dem Tod geweiht war, wurde zur Massenerscheinung. Schon Anfang 1944 hätte ein Drittel aller Kriegsgefangenen nach Meinung der Zuständigen eigentlich in ein Lazarett eingeliefert werden müssen. Bei über fünfzig Prozent aller registrierten Gestorbenen war chronische Unterernährung die Todesursache.

Über das Phänomen des Hungers unter den Kriegsgefangenen hat die Historikerin Hedwig Fleischhacker bereits Mitte der sechziger Jahre erschütternde Augenzeugenberichte zusammengestellt. In allen Einzelheiten beschreiben sie die Auswirkungen auf den Körper und die Deformation der Seele, die ständigen Essensphantasien, die Strategien des Überlebens und den Kampf um einen besseren Platz in der Lagergesellschaft. Nichts hat das Leben in der Gefangenschaft so bestimmt wie der Nahrungsmangel, der bis 1949 in allen Lagern herrschte.

Die physischen und psychischen Abläufe des langsamen Verhungerns, die in der heutigen Überflussgesellschaft kaum noch nachvollziehbar sind, hat der so genannte Lagerdichter von Bezica so beschrieben: «Wenn der menschliche Körper, weil ihm kaum Nahrung zugeführt wird, sein eigenes Fett aufzehrt, selbst das Fett, in das die inneren Organe eingebettet sind, wenn er dann beginnt, das Eiweiss seiner Muskeln aufzuzehren und das dadurch freier-

dende Wasser Beine und Bauch, selbst den Kopf, unförmig anschwellen lässt, wenn jede kleinste Bewegung zur Anstrengung, jedes Sprechen zur Qual wird, er nicht mehr das Wasser halten kann und nachtblind umhertorkelt – dann ist sein Menschsein zu Ende. Er kann nicht mehr denken. Seine Erinnerung an früheres Leben verwischt sich, verblasst zu einem Schemen. Er hat kein Gedächtnis, keine Merkfähigkeit mehr, Stumpfheit lastet über seinem Körper.»<sup>103</sup>

In jedem Lager gab es ein Krankenrevier, in das man bei schweren Erkrankungen eingewiesen werden konnte. Doch ausser Kamillentee oder Jod verfügte dieses meist über keinerlei Medikamente. Nur wer das Glück hatte, in eines der so genannten Spezialspitäler eingewiesen zu werden oder den erhöhten Verpflegungssatz für Dystrophiker zu erhalten, besass eine Chance, zu Kräften zu kommen. Doch waren die Gefangenen wieder einigermaßen hergestellt, unterwarf man sie erneut dem normalen Lagerregime, und das Hungern begann von vorn. Da die Häftlinge in diesem Kreislauf zunehmend abbauten, wurden viele im Laufe der Zeit kraftlos und gleichgültig; irgendwann dösten sie dann in den Tod hinüber. Entsprechend gross war die Zahl derer, die täglich auf den Lagerfriedhöfen in Massengräbern bestattet wurden. Die Leichen wurden vorher ausgezogen, damit andere Gefangene ihre Kleidung weiterbenutzen konnten. Die meisten der Toten waren verhungert, viele erfroren, andere hatten Ruhr, Typhus und ähnliche Krankheiten dahingerafft.

In vielen Publikationen wird darauf hingewiesen, dass die Ernährungslage auch ausserhalb der Lager ausgesprochen angespannt war. Tatsächlich unterschieden sich die Verpflegungssätze der Zwangsarbeiter nicht wesentlich von denen der übrigen Bevölkerung. Auch Heimkehrer haben berichtet, dass sowjetische Zivilisten wegen der eklatanten Versorgungsmängel Kriegsgefangene um Brot angebettelt hätten. Manche Autoren ziehen daraus den Schluss, dass die deutschen Soldaten letztlich nur das Los der Sowjetbürger teilen mussten und die Folgen der von ihnen selbst ver-

ursachten Kriegszerstörungen nun am eigenen Leib zu spüren bekommen hätten.

Dabei wird jedoch übersehen, dass die Gefangenen – anders als die sowjetischen Zivilisten – keine Möglichkeit hatten, sich selbstständig mit Nahrung zu versorgen. Sie waren vollständig auf die ihnen zugeteilten Rationen angewiesen. Da die Lagerverantwortlichen einen Teil der Lebensmittel verschoben oder unter sich aufteilten, bestand zudem eine erhebliche Differenz zwischen den offiziellen und den tatsächlichen Verpflegungssätzen. Darüber hinaus war es keineswegs so, dass die gesamte sowjetische Bevölkerung zu wenig zu essen hatte; die Funktionäre blieben selbst in der grössten Hungerperiode gut versorgt. Der Nahrungsmangel in der Zivilbevölkerung kann auch nicht allein auf den Krieg zurückgeführt werden. Er hing zugleich mit dem stalinistischen System, dessen organisatorischer Unfähigkeit und menschlicher Gleichgültigkeit zusammen. Schon lange vor dem Krieg hatte dieses System, besonders wegen der Zwangskollektivierung in der Ukraine, zu furchtbaren Hungersnöten mit Millionen Toten geführt. Der Verantwortung für die eigene Bevölkerung wurde die sowjetische Führung genauso wenig gerecht wie der, die sie mit der Gefangennahme und Deportation der Soldaten übernommen hatte.

Die Situation in den Kriegsgefangenenlagern besserte sich nur ganz allmählich. Ab 1946 durften erstmals Postkarten mit bis zu fünfundzwanzig Wörtern an Angehörige geschrieben werden, ab 1947 konnte man sowjetische Zeitungen lesen, und ab 1948 gab es regelmässigen Lohn. Nach Abzug der Lagerkosten und weiterer Beträge konnten dafür Nahrungsmittel, Kleidung oder Tabak gekauft werden – ein entscheidender Vorteil gegenüber der Situation völliger Hilflosigkeit zuvor. Über das Rote Kreuz und andere Organisationen durften Verwandte aus Deutschland zudem standardisierte Hilfspakete schicken. Diese Erleichterungen waren nicht in erster Linie humanitären Erwägungen geschuldet, sondern dienten dem Ziel, die hohe Zahl der Arbeitsunfähigen abzusenken.

Eine wachsende Rolle spielte in dieser Zeit auch die politische

Indoktrination durch die «Antifaschistische Bewegung». Dabei handelte es sich um eine Abteilung der GUPWI, die für die Umerziehung der Soldaten zuständig war. Erste Ansätze dieser Schulungsorganisation gab es seit 1942. Nach den Vorstellungen von NKWD und KPD-Führung sollten die Gefangenen nach entsprechender ideologischer Unterweisung die Rote Armee bei deren Vormarsch gen Westen unterstützen und später in ihrer Heimat als zuverlässige Kader eingesetzt werden – ein Konzept, das zumindest in der DDR weitgehend aufging. Zu diesem Zweck organisierte man in den Lagern so genannte Antifa-Ausschüsse, gab Zeitschriften für die Kriegsgefangenen heraus und betrieb fast 200 politische Lehranstalten. Ein Politikommissar, der «Politruk», hielt regelmässig Vorträge. Ehemalige Wehrmachtsangehörige, die der Antifa-Bewegung beitraten, genossen im Lager erhebliche Privilegien und hatten deshalb meist einen schlechten Ruf. Später machten sie oftmals in der DDR-Armee oder beim ostdeutschen Staatssicherheitsdienst Karriere.

Im Unterschied zu westlichen Lagern sahen sich die Gefangenen in der Sowjetunion einer intensiven Überwachung ausgesetzt. In jedem Lager gab es eine Operativabteilung des Innenministeriums, die ein eigenes Spitzelsystem betrieb. Ein offenes Gespräch unter Mitgefangenen konnte fatale Konsequenzen haben. Aber auch Soldaten, die kein Soldbuch mehr besaßen und deshalb nicht nachweisen konnten, in welcher Einheit sie gedient hatten, standen unter dem Pauschalverdacht, an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen zu sein. Oft bestellte der so genannte Politoffizier die Gefangenen dann zu sich und verhörte sie so lange, bis sie ein Geständnis ablegten. Viele Häftlinge, die ihre frühere Funktion im NS-Regime verschwiegen hatten, überführte man auf diese Weise später doch noch. Andere wurden wegen antisowjetischer Äusserungen oder Verstößen gegen das Lagerregime bestraft.

In der ersten Zeit hatte man die meisten Gefangenen nur sehr oberflächlich verhört und sie stattdessen unter dem Aspekt ihres Arbeitseinsatzes beurteilt. Nur in wenigen Einzelfällen wurden zu-

vor begangene Kriegsverbrechen aufgeklärt und bestraft. So verurteilten Sowjetische Militärtribunale bis Ende 1945 lediglich zweiunddreissig Gefangene nach dem berühmten Ukas 43, der Gewalttaten gegen Sowjetbürger unter Strafe stellte; im darauffolgenden Jahr kamen gerade einmal 160 hinzu. Grössere Aufmerksamkeit begann man der Verfolgung von Kriegsverbrechern erst ab Ende 1946 zu widmen, als die Kapitulation der Wehrmacht bereits anderthalb Jahre zurücklag. Auslöser waren Beschlüsse des Alliierten Kontrollrats in Berlin, die Entnazifizierung in Deutschland voranzutreiben und die Verantwortlichen für das NS-Regime nach einheitlichen Regeln zu bestrafen.

Nachdem der Kontrollrat im Oktober 1946 seine diesbezügliche Direktive 38 erlassen hatte, ordnete auch das sowjetische Innenministerium umfangreiche Überprüfungen an. So befahl der stellvertretende Innenminister Wassili Tschernischow Anfang Dezember, unter den damals etwa anderthalb Millionen kriegsgefangenen und internierten Deutschen innerhalb von drei Monaten die an Verbrechen beteiligten Personen zu ermitteln – ein Vorhaben, das von Anfang an aussichtslos war. Wie am Fließband sollten die neu ermittelten «Hauptkriegsverbrecher» und «Verbrecher» – so die sowjetische Übertragung der Begriffe «Hauptschuldige» und «Belastete» aus der Direktive 38 – der GUPWI-Zentrale in Moskau jeden Monat gemeldet werden.<sup>104</sup>

In einer beigefügten «Orientierung» kritisierte der Leiter der Operativverwaltung, dass die bisher durchgeführten Überprüfungen bei Weitem nicht ausgereicht hätten. So habe sich der Sohn des in Nürnberg hingerichteten Kriegsverbrechers Arthur Seyss-Inquart lange Zeit im Lager Nr. 379 unter einem falschen Namen verborgen. Auch der Sohn des Industriellen Gustav Krupp von Bohlen und Halbach sowie der Wehrmachtsmajor Prinz Albrecht von Hohenzollern hätten sich im Lager Nr. 69 in Frankfurt an der Oder unter falscher Identität aufgehalten; wegen Arbeitsunfähigkeit sei der Prinz schliesslich sogar aus der Gefangenschaft entlas-

sen worden. Ein Telefonist aus Hitlers Wohnung habe sich als einfacher Soldat eines Telegrafepunktes ausgegeben – die sowjetische Geheimpolizei hatte offensichtlich einen sehr weiten Begriff von Kriegsverbrechern.

Über die Methoden bei den nunmehr verlangten Überprüfungen hiess es in der Anweisung: «Die Einbeziehung von Informanten, ohne die die gestellte Aufgabe nicht erfüllt werden kann, muss auf die übliche Weise erfolgen, so wie bisher geschehen, aber Qualität und Tempo der Überprüfung des Kriegsgefangenenkontingents müssen beträchtlich verbessert bzw. verstärkt werden.» Auch die Antifa-Ausschüsse sollten deshalb Auskunft über ihre Mitgefangenen geben und für Nachforschungen eingesetzt werden. Ebenso müssten aber die offiziellen Quellen wie die persönlichen Dokumente der Inhaftierten für die Ermittlung von Kriegsverbrechern maximal genutzt werden. «Besondere Aufmerksamkeit ist bei Verhören der Tätigkeit in Deutschland vor Kriegsbeginn zu widmen, wie auch vor der allgemeinen Mobilmachung in Deutschland und insbesondere vor Februar 1945, da zu diesem Zeitpunkt ausnahmslos alle in die deutsche Armee eingezogen wurden und irgendein einfacher Soldat der deutschen Armee jener Zeit vor seiner Mobilisierung eine angesehenere Stellung in der Nazipartei, in den Verwaltungsorganen oder in der Industrie Deutschlands innegehabt haben könnte.»<sup>105</sup>

Die personell unterbesetzten Operativgruppen in den Lagern sahen sich durch diese Anweisung einem erheblichen Erfolgsdruck ausgesetzt. Überall begannen nun Untersuchungen, die in der Regel nur durch ein Geständnis zu einem schnellen Abschluss gebracht werden konnten. Wie sonst sollte man auch aus einem Lager heraus Ermittlungen über Vorgänge anstellen, die oft fahre zurücklagen und in ganz anderen Regionen stattgefunden hatten? Viele Verdächtige wurden deshalb von den Untersuchungsführern mit brutalen Methoden dazu gezwungen, sich selbst zu belasten.

Einer von ihnen war der Wehrmachtspionier Edmund Thelen, der dem Politoffizier des Lagers aufgefallen war, weil er heimlich

einige Kartoffeln entwendet hatte. Zunächst steckte der Offizier ihn für drei Tage ohne Essen in einen zwei Kubikmeter grossen Erdbunker. Dann beschuldigte er ihn, an der Verschleppung von 1'500 russischen Zivilisten mitgewirkt zu haben; ausserdem sollte er eine Brücke gesprengt haben. In Wirklichkeit hatte der Soldat, wie er später berichtete, seine Einheit längst verloren, als die Brücke zerstört wurde; die Zivilisten hatte er seinen Angaben nach beim Transport durch ein Partisanengebiet vor Angriffen schützen sollen, als sie wegen einer Frontbegradigung zum Ernteeinsatz in die Ukraine gebracht wurden. «Das mir vorgelegte Protokoll unterschrieb ich nicht, da es einem Todesurteil gleichgekommen wäre», berichtete Thelen später. Auf seine Weigerung hin sperrte man ihn erneut in den dunklen, eiskalten Erdbunker.

Als der Soldat nach zehn Tagen die Unterschrift wieder ablehnte, wurde er von zwei deutschen Helfern schwer gefoltert: «Ich bekam weder Essen noch etwas Trinkbares noch Holz zum Heizen, sondern nur noch Schläge und sonstige Schikanen zu spüren. Wenn ich z.B. Durst hatte, erhielt ich eine Büchse Wasser mit viel Salz drin, wodurch die Zunge dick wurde und man kaum noch sprechen konnte. Das habe ich fünf Tage ausgehalten. Dann holten sie mich und stellten mich vor die Wahl: entweder das Protokoll zu unterschreiben, oder ich würde auf dem Friedhof landen. Da ich wusste, dass sie es ernst meinen, unterschrieb ich in meiner Verzweiflung.»<sup>106</sup> Im Oktober 1947 wurde er zu zwanzig Jahren Zuchthaus verurteilt, nachdem seine in dem Erdloch erfrorenen Füsse ausgeheilt waren.

In dieser Zeit kamen in der Sowjetunion Tausende Kriegsgefangene vor ein Militärgericht. Die Zahl der nach dem Ukas 43 verurteilten Soldaten stieg rapide an und erreichte 1949 den Höhepunkt von über 15'000. Insgesamt sprachen Sowjetische Militärtribunale zwischen 1941 und 1955 etwa 34'000 deutsche Kriegsgefangene schuldig; mindestens 218 wurden hingerichtet. In all den Jahren gab es nur achtundzwanzig Freisprüche. Oft hatte man die Betroffenen wie Edmund Thelen durch Folter zu Geständnissen gezwungen. Eine Möglichkeit, sich zu verteidigen, besas-

sen sie nicht. Anders als im Krieg, als man einige propagandistische Schauprozesse veranstaltet hatte, bei denen zur Abschreckung oft die Todesstrafe verhängt worden war, verurteilte man die Gefangenen jetzt im Schnellverfahren. So dauerten die auf russisch durchgeführten Verhandlungen, die allen rechtsstaatlichen Prinzipien Hohn sprachen, meist nur wenige Minuten.

Edmund Thelen berichtete über den kurzen Prozess, der ihn zum Kriegsverbrecher stempelte: «Ich wurde in ein grosses Zimmer geführt, in dem drei Politoffiziere sassen, zwei als Richter, einer als Dolmetscher. Dieser las das von mir unterschriebene Protokoll mit meinen Vergehen vor. Meine daraufhin geäusserten Einwände, dass ich schuldlos sei und nur unter hartem, gewaltsamem Druck unterschrieben hätte, waren wirkungslos. Sie bezogen sich auf meine Unterschrift, und die genügte.»<sup>107</sup>

Wissenschaftliche Untersuchungen haben inzwischen den Unrechtscharakter der damaligen Militärjustiz bestätigt. Etwa 10'000 deutsche Kriegsgefangene wurden allein wegen so genannter Lagerdelikte verurteilt. Rund die Hälfte davon waren Vermögenstatbestände wie Mundraub oder Ähnliches. Viele zogen drakonische Strafen nach sich. Ein Gefangener, der zwei Pfund Hirse gestohlen hatte, wurde zum Beispiel mit zehn Jahren Haft belegt. Ein anderer, der einige Pfund Kartoffeln beiseite geschafft hatte, erhielt fünfzehn Jahre. In einem dritten Fall, bei dem es um den Diebstahl von einem Kilogramm Getreide ging, verbunden mit dem Verkauf von Leder, lautete das Urteil sogar auf fünfundzwanzig Jahre.

Annähernd 1'000 Gefangene erhielten Strafen wegen so genannter Militärverbrechen. Dabei handelte es sich in der Regel um Verstösse gegen die Lagerordnung oder um Versuche, sich dem gnadenlosen Arbeitszwang zu entziehen. Oft fühlten sich Häftlinge zu schwach, um zu arbeiten, manchmal verstümmelten sie sich in ihrer Verzweiflung selbst, um nur in die Krankenbaracke zu kommen. Auch hierfür gab es extrem hohe Strafen. Ein kranker Gefan-



gener wurde zum Beispiel zu fünfzehn Jahren Haft verurteilt, nur weil er sich nicht in der Lage sah, zur Arbeit anzutreten.

Eine dritte Gruppe von Delikten waren so genannte konterrevolutionäre Verbrechen, die nach dem berüchtigten Paragraphen 58 des russischen Strafgesetzbuches geahndet wurden. So konnten politische Gespräche im Kreis von Mitgefangenen leicht Anklagen wegen «Propaganda zum Sturz der Sowjetherrschaft» nach sich ziehen. Gemäss derselben Bestimmung wurden aber auch kriegsbedingte Handlungen wie das «Eindringen bewaffneter Banden in das Sowjetgebiet» bestraft – was eindeutig im Widerspruch zur Haager Landkriegsordnung stand. Insgesamt kamen wegen dieser Tatbestände etwa 4'000 Gefangene vor Gericht.

Die grösste Gruppe von Häftlingen – über 20'000 Menschen – wurde nach dem erwähnten Ukas vom April 1943 verurteilt, der für die Tötung und Misshandlung von Sowjetbürgern eigentlich die Todesstrafe vorsah. Der Bestimmung nach sollten die Verurteilten sogar öffentlich aufgehängt und ihre Leichen mehrere Tage am Galgen belassen werden, «damit alle wissen, wie der bestraft wird und was für eine Vergeltung jenen erwartet, der Gewalttätigkeiten und Untaten an der zivilen Bevölkerung verübt und der sein Vaterland verrät».<sup>108</sup> Tatsächlich erhielten die meisten der auf dieser Grundlage Verurteilten jedoch «nur» eine fünfundzwanzigjährige Haftstrafe.

Es dürfte kein Zufall sein, dass die Todesstrafe in der Sowjetunion ausgerechnet in dieser Zeit – zwischen Mai 1947 und Januar 1950 – aufgehoben war, als in den Kriegsgefangenenlagern Tausende deutscher Soldaten wie in Serie abgeurteilt wurden. Nur auf diese Weise war es möglich, demonstrativ strenge Strafen auszusprechen und die Verurteilten dennoch weiterhin als Arbeitskräfte zu nutzen. Die vergleichsweise geringe Zahl von Todesurteilen in einem ansonsten mit Erschiessungen wahrlich nicht geizenden Staat kann als Indiz dafür gewertet werden, dass es der Sowjetunion bei den zu Tausenden durchgeführten Prozessen weniger um

die Bestrafung von Kriegsverbrechern als um die Verlängerung der Zwangsarbeit ging. Durch die Verurteilungen änderte sich nämlich automatisch auch der Status der Betroffenen – sie galten nun nicht mehr als Kriegsgefangene, sondern als Häftlinge im Strafvollzug. Auf diese Weise entzog sich die Sowjetunion dem wachsenden internationalen Druck, ihre Kriegsgefangenen endlich freizulassen. Die meisten Verurteilten kamen für mehrere Jahre in Straflager im Norden der Sowjetunion oder in Sibirien, wo man ihre Arbeitskraft weiterhin ungeschmälert ausbeuten konnte.

Auch bei den Verurteilungen nach dem Ukas 43 wurden viele Gefangene offensichtlich zu Unrecht schuldig gesprochen und wirkliche Kriegsverbrecher eher zufällig erfasst. Manche wurden sogar für *sowjetische* Gräueltaten exekutiert – wie die in Minsk hingerichteten Deutschen, denen man die Ermordung der polnischen Offiziere in Katyn vorwarf, die im Frühjahr 1940 vom NKWD erschossen worden waren. Die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation, die seit 1991 entsprechende Rehabilitierungsanträge entgegennimmt, stellte inzwischen fest, dass sich in den Strafakten der Betroffenen oft keinerlei Beweismittel fänden. Zahlreiche Urteile wurden deshalb inzwischen aufgehoben, mehr als 7'000 deutsche Kriegsgefangene und Zivilisten rehabilitiert.

Selbst in begründeten Fällen gelang es der sowjetischen Justiz letztlich nicht, Kriegsverbrecher aus Deutschland überzeugend zu bestrafen. Das stalinistische System hatte die Rechtsprechung so pervertiert, dass auch diese Urteile für immer mit dem Makel des Unrechts behaftet sein werden. Da man die Sachverhalte durch Zeugenbefragungen und andere Beweiserhebungen heute nicht mehr nachprüfen kann, lassen sich Schuldige und Unschuldige im Nachhinein praktisch nicht mehr voneinander trennen. Zu Recht resümieren deshalb die Autoren eines umfangreichen Forschungsprojektes zu diesem Thema, dass die stalinistische Justiz nicht in der Lage war, den von allen Alliierten vertretenen Grundgedanken, Kriegsverbrecher zu bestrafen, «in rechtsstaatlich begründeten

Verfahren und in moralisch überzeugender Weise zu vertreten und in den konkreten einzelnen Fällen umzusetzen».<sup>109</sup>

Die Hoffnung aller Gefangenen richtete sich darauf, nach einer Zeit der Normalisierung wieder nach Hause zurückkehren zu dürfen – so wie es in früheren europäischen Kriegen üblich gewesen war. In Grossbritannien und den USA hatte man schon aus arbeitsmarktpolitischen Gründen Interesse daran, die ehemaligen deutschen Soldaten bald zurückzuführen. Im Gegensatz dazu liess die Sowjetunion lange Zeit ausschliesslich solche Gefangenen frei, die nicht mehr arbeitsfähig waren und deren Unterbringung und Ernährung ihr nur noch Kosten verursachten. Erst nachdem der Archipel GUPWI sie ausgesaugt hatte, gab er sie als menschlichen Abfall wieder von sich.

Wie ein Seismograph spiegeln die Freilassungszahlen deshalb auch die Zustände in den Lagern wider. Hunderttausende verschlissene Häftlinge mussten jedes Jahr nach Hause geschickt werden. Bereits im Frühjahr 1945 kehrte eine grössere Zahl kranker und invalider Kriegsgefangener vor allem aus den Frontlagern nach Deutschland zurück. Sie gehörten alle zur Kategorie 4 und konnten nicht mehr zur Arbeit eingesetzt werden. Viele waren so geschwächt, dass sie nach ihrer Heimkehr in Krankenhäusern und Sanatorien behandelt werden mussten; nicht wenige starben bald darauf. Im Juni 1945 beschloss das Staatliche Verteidigungskomitee, erneut 225'000 Invalide, chronisch Kranke und äusserst Geschwächte in die Heimat zu entlassen. Im August musste man nochmals mehr als 700'000 arbeitsunfähige Kriegsgefangene, darunter über 400'000 Deutsche, freigeben. Da sie teilweise erst im Herbst oder Winter die Heimreise antreten durften, kamen viele aber noch während des Transportes um. «Unter den Ankömmlingen ist die Sterblichkeit hoch», berichtete im Oktober 1945 der NKWD-Beauftragte aus Frankfurt an der Oder, wo die Freigelassenen nach wochenlanger Fahrt in unbeheizten Viehwaggons ankamen. «Sie sterben während des Transports, sie sterben bei der Ankunft, sie sterben im Spezialhospital.»<sup>110</sup>

Auch in der Folgezeit machte der schnelle gesundheitliche Niedergang der Kriegsgefangenen schubweise neue Entlassungen notwendig: Im Juni 1946 wurden über 140'000 Kranke nach Hause geschickt, im Mai 1947 etwa 100'000 und im Verlauf des Jahres 1948 noch einmal 660'000. Dabei spielte es, wie das sowjetische Innenministerium später selber kritisierte, bis zum Beginn der Überprüfungen im Dezember 1946 praktisch keine Rolle, ob die Betroffenen in der SS, der SA, dem SD oder der Gestapo gedient hatten oder anderweitig belastet waren.

Ein schlechter Gesundheitszustand war allerdings auch keine Garantie für eine Entlassung. Die oberste sowjetische Führung legte vielmehr Repatriierungskontingente mit entsprechenden Höchstgrenzen fest. Offiziere und verdächtige Soldaten sowie Angehörige von SS, SA, SD und Gestapo durften ab 1947 jahrelang überhaupt nicht freigelassen werden. Wenn die Transporte zusammengestellt wurden, mussten viele deshalb enttäuscht feststellen, dass sie selbst nicht auf den Listen standen. Vor der Heimfahrt erhielten die Gefangenen meist eine mehrwöchige Erholungszeit eingeräumt, bekamen neue Kleidung und, soweit vorhanden, ihren angesparten Arbeitslohn ausbezahlt. Das Geld durfte jedoch ebenso wenig ausgeführt werden wie Aufzeichnungen oder Fotografien, die Auskunft über das Lagerregime hätten geben können.

Seit Herbst 1946 – anderthalb Jahre nach dem Ende des Krieges – drängten die USA darauf, sämtlichen deutschen Kriegsgefangenen die Rückkehr nach Hause zu ermöglichen. In der Sowjetunion befanden sich damals nach den Statistiken der GUPWI noch knapp 1,4 Millionen Soldaten. Auf der Moskauer Aussenministerkonferenz beschlossen die Alliierten im April 1947, die Repatriierung bis Ende 1948 abzuschliessen. Für Aufregung sorgte damals eine Mitteilung von Aussenminister Molotow, der zufolge die Sowjetunion bereits eine Million Mann entlassen habe und nur noch 900'000 in Gefangenschaft seien. Heute weiss man, dass er die eigenen Zahlen gefälscht hatte, wahrscheinlich um die hohe Sterblichkeit unter den Kriegsgefangenen zu kaschieren. Die deutsche

Öffentlichkeit reagierte indes geschockt, da nach dieser Rechnung eine ganze Million deutscher Soldaten «verschwunden» war.

Wie in Moskau vereinbart, kehrten bis Ende 1948 die letzten im Westen festgehaltenen Kriegsgefangenen nach Hause zurück. Nur die Sowjetunion hielt sich nicht an die Absprache; eine halbe Million Deutsche musste dort weiter Zurückbleiben. Erst auf Druck der westlichen Alliierten erklärte sich die UdSSR im Januar 1949 bereit, bis zum Jahresende – also zwölf Monate später als ursprünglich vereinbart – sämtliche Kriegsgefangenen zu entlassen. Über 370'000 Soldaten und Offiziere konnten in der Folge nach Hause fahren. Doch immer noch blieben Zehntausende in sowjetischen Arbeitslagern.

Im Vorfeld der DDR-Gründung verwandte sich deshalb auch die SED-Führung für sie und bat Stalin in einem Brief vom September 1949 um ihre Freilassung. «Da die provisorische Regierung in ihrer Erklärung zur Frage der Rückkehr der Kriegsgefangenen Stellung nehmen muss», so begründeten die Parteiführer Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht ihren späten Vorstoss, «bitten wir erklären zu dürfen, dass bis Ende 1949 alle Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion entlassen werden.»<sup>111</sup> Zwei Wochen später bestätigte das Moskauer Politbüro, dass alle inhaftierten Soldaten bis zum 1. Januar 1950 nach Deutschland zurückgebracht würden.

Allerdings enthielt dieser Beschluss eine bedeutende Einschränkung: Die von einem Militärtribunal Verurteilten sollten weiterhin zurückgehalten werden. Zu diesem Zeitpunkt waren dies mehr als 10'000 Menschen. Moskau beeilte sich jedoch in den darauffolgenden Monaten, ihre Zahl systematisch zu erhöhen. Im November und Dezember 1949 wurden binnen weniger Wochen über 13'000 weitere Kriegsgefangene in Schnellverfahren abgeurteilt; darüber hinaus stand 7'000 Gefangenen ein Schuldspruch unmittelbar bevor. In der Öffentlichkeit versuchte man hingegen, die Zahlen erneut herunterzuspielen. So erklärte die Sowjetunion im

März 1950, es gebe nur noch 14'000 deutsche Kriegsgefangene, die alle wegen Kriegsverbrechen verurteilt worden seien. Die Bundesregierung ging demgegenüber – zu Recht – von annähernd doppelt so vielen Gefangenen aus. Nach Angaben des Suchdienstes des DRK befanden sich 1952 insgesamt sogar noch über 80'000 Deutsche in der Sowjetunion.

Falsch war auch die Behauptung, die zurückgehaltenen Gefangenen seien alle wegen Kriegsverbrechen verurteilt worden. In Haft blieben vielmehr auch solche Personen, die wegen ganz anderer Tatbestände vor ein Militärtribunal gestellt worden waren, zum Beispiel wegen der erwähnten Lagerdelikte, angeblicher Spionage oder vermeintlicher Beteiligung an so genannten faschistischen Lagerorganisationen. Fast 2'000 Offiziere liess man einem internen sowjetischen Dokument zufolge auch nur deshalb nicht frei, weil sie im Falle einer Repatriierung «als Kader für die von den anglo-amerikanischen Besatzungsbehörden wieder geschaffene deutsche Armee und ihre Geheimdienste [hätten] genutzt werden» können.<sup>112</sup>

Das Thema der vermissten Kriegsgefangenen beherrschte auch in der Folgezeit die aussenpolitischen Debatten und kam 1953 sogar vor die UNO. Um der angeschlagenen DDR-Regierung nach der Niederwerfung des Volksaufstandes vom 17. Juni wieder mehr Kredit bei der Bevölkerung zu verschaffen, entliess die UdSSR im Herbst 1953 erneut 12'000 Kriegsgefangene. Doch erst zwei Jahre später, im September 1955, konnte Bundeskanzler Konrad Adenauer in Moskau die Freilassung der letzten Kriegsgefangenen durchsetzen, als er mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Nikolai Bulganin über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion verhandelte. 10'000 Häftlinge kehrten daraufhin nach Deutschland zurück, die letzten Anfang 1956, nahezu elf Jahre nach dem Ende des Krieges. Alles in allem sahen knapp zwei Millionen gefangene Soldaten noch lebend ihre Heimat wieder.

Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen führt auch heute noch zu kontroversen Diskussionen. In vielen Darstellungen wird

der Gedanke nahe gelegt, dass der unmenschliche Umgang mit ihnen eine Reaktion auf die grausame Behandlung sowjetischer Gefangener durch die Deutschen gewesen sei. Oft wird dabei unterstrichen, dass in Deutschland sowohl die Todesrate als auch die absolute Zahl der gestorbenen Häftlinge deutlich höher gewesen seien als in der UdSSR. Andere sehen in den erzwungenen Arbeitseinsätzen – im Gleichklang mit der zeitgenössischen sowjetischen Propaganda – vor allem eine Form der Wiedergutmachung nach den Zerstörungen durch deutsche Soldaten. Einige erheben auch den Vorwurf, dass aus den Tätern Opfer gemacht würden, wenn man ihr Leiden öffentlich thematisiere.

Derartige Argumentationen entspringen eher einem inneren Rechtfertigungsdruck, als dass sie den tatsächlichen historischen Vorgängen gerecht werden. So richtig es ist, quantitative und qualitative Unterschiede bei der Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland und der Sowjetunion präzise zu benennen, so falsch wäre es, daraus voreilige politische Schlüsse zu ziehen. In sowjetischen Dokumenten finden sich jedenfalls keinerlei Belege dafür, dass an den deutschen Kriegsgefangenen eine bewusste Rachepolitik betrieben worden ist. Im Vergleich zu den deportierten deutschen Zivilisten, von denen nur die Hälfte lebend zurückkehrte, hatten sie sogar eine deutlich grössere Überlebenschance. Auch Häftlinge anderer Nationalitäten, darunter Opfer des Hitler-Regimes, waren ähnlichen oder sogar schlimmeren Bedingungen ausgesetzt. Bis kurz vor Kriegsende sassen sogar die aus deutscher Gefangenschaft befreiten Rotarmisten in den Lagern der GUPWI, und viele landeten später zusammen mit den verurteilten Deutschen im Archipel GULag.

Schon zu Beginn des Zweiten Weltkrieges dienten die russischen Kriegsgefangenenlager dazu, die Massentötung polnischer Offiziere im Frühjahr 1940 vorzubereiten – die mit dem Angriff auf die Sowjetunion weiss Gott nichts zu tun hatten. Später machte die UdSSR rund zwei Millionen Gefangene, die nicht aus Deutschland oder Österreich stammten und trotzdem nicht besser behan-

delt wurden. Noch im Sommer 1945 setzte die Sowjetunion, nachdem sie Japan kurz vor der Kapitulation den Krieg erklärt hatte, mehr als eine halbe Million japanischer Soldaten fest. Die meisten dieser Arretierten kamen ebenfalls in Arbeitslager, wo sie unter denselben Bedingungen wie die Deutschen Zwangsarbeit leisten mussten. Lediglich beim Zeitpunkt ihrer Freilassung wurden die Deutschen benachteiligt – nicht um sie zu bestrafen, sondern weil Stalin sie wegen ihrer hohen Arbeitsmoral besonders schätzte.

Ein Teil der ausländischen Soldaten – 160'000 Gefangene westlicher Nationalitäten und 70'000 Japaner – kam in Arbeitssonderbataillone (ORB) des Volkskommissariates für Verteidigung, wo die Zustände sogar noch schlechter waren als in den GUPWI-Lagern: Der Arbeitstag dauerte hier bis zu vierzehn Stunden, die minimale Verpflegung wurde teilweise nur am Morgen und am Abend ausgegeben, oft mussten die Gefangenen kilometerweit zur Arbeit und zurück marschieren. Im Sommer 1945 hatte sich die Zahl der Kriegsgefangenen in den Bataillonen deshalb um rund 18'000 Personen verringert. «In vielen ORB konnten Anfang Januar 1946 nicht mehr als 23 bis 32 Prozent der Insassen zur Arbeit herangezogen werden», hiess es in einem Bericht des NKWD über den katastrophalen Gesundheitszustand der überwiegend westlichen Häftlinge. «Die Todesrate unter den Kriegsgefangenen in den ORB war fünf Mal, die Zahl der Flüchtlinge um sieben Mal höher als in den Lagern des Innenministeriums.»<sup>113</sup>

Dass die deutschen Kriegsgefangenen der sowjetischen Wirtschaft beim Wiederaufbau nach dem Krieg von Vorteil waren, wird durch die vorliegenden Dokumente ebenfalls nicht bestätigt. Wegen der geringen Arbeitsproduktivität der Häftlinge war die Gesamtbilanz der Lager sogar negativ. Unter dem Strich lagen die Ausgaben für die Gefangenen fast doppelt so hoch wie der durch sie erzielte Gewinn. Der sowjetische Staatshaushalt profitierte also nicht von der Sklavenarbeit, sondern zahlte auch noch drauf – insgesamt 4,27 Milliarden Rubel, zuzüglich einer Million Rubel für den Rücktransport.



Der Einsatz eigener, bezahlter Kräfte, etwa aus dem Kreis der demobilisierten Rotarmisten, hätte nicht nur vielen Menschen den Tod erspart, sondern wäre für die Sowjetunion auch billiger gewesen. Die Zwangsarbeit ausländischer Kriegsgefangener machte wirtschaftlich keinerlei Sinn.

So richtig es ist, die von Deutschen verübten Massenverbrechen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, so ungeeignet sind sie, das stalinistische Unrecht an den Kriegsgefangenen zu rechtfertigen. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Soldaten war für das Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener nicht verantwortlich. Dem Dienst in der Wehrmacht konnten sie sich in der Regel nicht entziehen, auf Desertion oder Befehlsverweigerung stand die Todesstrafe. Die Möglichkeiten, sich auf andere Weise dem Einsatz im Krieg zu widersetzen, waren minimal. Aus gutem Grund darf deshalb nach der Haager Landkriegsordnung die bloße Teilnahme am Krieg nicht bestraft werden. Erlaubt sind demnach – so schrecklich das klingt – selbst Tötungen, wenn sie nicht meuchlerisch, an Wehrlosen oder an Soldaten, die sich ergeben haben, ausgeführt werden. Gestattet ist auch die Zerstörung oder Wegnahme von Eigentum, sofern dies «durch die Erfordernisse des Krieges dringend erheischt wird». Ein Verbot gilt allerdings für Plünderungen. Nur in den Fällen, in denen deutsche Militäranghörige gegen diese Regeln verstießen, war ihnen daraus, jedenfalls juristisch, ein Vorwurf zu machen.

In Wirklichkeit ging es weder Hitler noch Stalin bei der Behandlung der Kriegsgefangenen um eine «Bestrafung» der gegnerischen Streitkräfte. Sie betrieben vielmehr beide eine Politik, bei der Menschenleben nicht zählten. Die meist noch sehr jungen Soldaten büssten an Stelle ihrer Führer, von denen sie, oft gegen ihren Willen, in den Krieg geschickt worden waren. Die Behauptung, die deutschen Kriegsgefangenen hätten in der Sowjetunion nur ihre mehr oder weniger gerechte Strafe bekommen, verkürzt nicht nur die historischen Zusammenhänge – sie bestraft die Opfer ein zweites Mal, indem sie ihnen auch noch das Mitgefühl für erlittenes Unrecht entzieht.

## *Sowjetische Opfer*

Bei der Diskussion über das Kriegsende wird oft vergessen, dass sich Stalins Terror nicht nur gegen Deutsche richtete. Immerhin hatten diese mit dem Angriff auf die Sowjetunion das Pendel von Krieg und Vergeltung in Bewegung gesetzt. Durch den Vormarsch der Roten Armee bis zur Elbe wurden jedoch auch Millionen Russen, Weissrussen und Ukrainer zu Opfern stalinistischer Zwangsmassnahmen.

Für die sowjetischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, deren grausame Behandlung in Deutschland erst in den letzten Jahren stärker ins Bewusstsein gerückt ist, hätte der 8. Mai 1945 eigentlich ein Tag der Befreiung sein müssen. Die schrecklichen Stamm-lager für gefangene Soldaten wurden geschlossen, Zivilarbeiter konnten die Munitionsfabriken verlassen, KZ-Häftlinge entkamen endlich den Orten ihrer Qual. Doch der Einzug der sowjetischen Truppen bedeutete keineswegs, dass sich für sie nun das Tor zur Freiheit öffnete.

Die in Deutschland Festgehaltenen galten in der UdSSR als politisch tief suspekt. Nahezu jeden, der dem Feind lebend in die Hände gefallen war, betrachtete Stalin als Überläufer. Hinzu kam seine Angst vor westlichen Einflüssen, die dazu führte, dass in der Sowjetunion sogar Briefmarkensammler und Esperantisten verfolgt wurden. Statt sich um die gesundheitliche Genesung der Befreiten zu kümmern, sie für das erlittene Unrecht zu entschädigen und ihnen öffentlich Respekt zu zollen, liess er viele von ihnen erneut in Lager sperren.

Selbst Rotarmisten, die im Gefecht gefangen genommen worden waren, sah Stalin als Vaterlandsverräter an. Nach seinen Vorstellungen durfte sich ein Sowjetsoldat nicht ergeben, sondern hatte bis zum eigenen Tod gegen den Feind zu kämpfen. Auch wer schuldlos in deutsche Hände gefallen war, galt in der Sowjetunion deshalb als Kollaborateur. Dabei hatten Stalins eigene Politik und Kriegführung entscheidend dazu beigetragen, dass überhaupt Millionen Sowjetsoldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten

konnten. In Wirklichkeit waren sie, so der Schriftsteller und Dissident Alexander Solschenizyn, keine Vaterlandsverräter, sondern vom Vaterland Verratene.

Erst recht nicht auf Mitleid hoffen konnten jene, die auf Seiten der Wehrmacht gegen die Sowjetunion gekämpft hatten. Viele hatten dies unter Zwang getan, weil es die einzige Chance zu überleben war. Andere kämpften aus politischer Überzeugung gegen die Rote Armee, weil sie sich von deren Niederlage eine Befreiung ihres Landes erhofften. Fast alle verschwanden nach dem Ende des Krieges in sowjetischen Arbeitslagern oder wurden sofort erschossen. Am schlimmsten erging es dabei den Mitgliedern der Russischen Befreiungsarmee, die aus sowjetischen Kriegsgefangenen bestand und von dem früheren Sowjetgeneral Andrej Wlassow befehligt wurde.

Als die Rote Armee im Januar 1945 die Grenzen des Deutschen Reiches überschritt, befanden sich Millionen Sowjetbürger ausserhalb des Staatsgebietes der UdSSR. Über zwei Millionen Zivilisten und 900'000 Kriegsgefangene erlebten den 8. Mai als Zwangsarbeiter in Deutschland. Hinzu kamen etwa eine Million Soldaten, die als Hilfstruppen der Wehrmacht eingesetzt waren. Hunderttausende hatte es auf andere Weise ins Ausland verschlagen: Emigranten, die wegen der Machtergreifung der Bolschewisten in den zwanziger Jahren aus der UdSSR geflüchtet waren; Kosakenverbände und Weissgardisten, die schon während des Bürgerkrieges gegen die Rote Armee gekämpft hatten und das Sowjetregime nun mit Hitlers Hilfe zu Fall bringen wollten; Flüchtlinge und Evakuierte, die, teils freiwillig, teils gezwungen, beim Rückzug der Wehrmacht ihre sowjetische oder polnische Heimat verlassen hatten – ein bunter Kosmos unterschiedlicher Gruppen, die alle durch das Kriegsende in das Einflussgebiet Stalins oder seiner Alliierten geraten waren. Viele von ihnen hatten Veranlassung, dem Sieg der Roten Armee mit Bangen entgegenzusehen.

Bereits in den ersten Monaten nach dem Angriff der Wehrmacht waren Tausende Rotarmisten, die man bei Kämpfen aus deutscher

Gefangenschaft befreit hatte oder denen die Flucht gelungen war, auf Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees in Sonderlager des NKWD eingewiesen worden. In der Anfangsphase kamen sie nahezu ausnahmslos in Haft. Im April 1943 sassen bereits 44'000 befreite Kriegsgefangene in ihrem eigenen Staat im Lager, vielfach wurden sie als Deserteure und Vaterlandsverräter zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt. Auch die über 40'000 sowjetischen Gefangenen, die Finnland der UdSSR Ende 1944 überstellte, wurden allesamt vom NKWD erneut eingesperrt.

Noch grössere Sorgen mussten sich jene machen, die sich im Laufe des Krieges gegen Stalin gestellt hatten. Vor allem die unterdrückten Nationalitäten in der Sowjetunion waren scharenweise übergelaufen, weil sie sich von den Deutschen eine Befreiung erhofft hatten. Als sich die Wehrmacht wieder zurückziehen musste, folgte ihr die Bevölkerung ganzer Landstriche. Aber auch viele Russen hatten in Hitlers Angriff eine Chance gesehen, das stalinistische System abzuschütteln. Komplette Regimenter hatten 1941 die Waffen gestreckt und sich bereit erklärt, die Seiten zu wechseln. Die Tatsache, dass die Sowjetunion – anders als die westlichen Alliierten – nicht die geringsten Anstrengungen unternahm, um das Los ihrer Soldaten in deutscher Gefangenschaft zu verbessern, war für viele ein zusätzliches Motiv, sich gegen Stalin zu wenden.

Nur so ist es zu erklären, dass sich fast eine Million Sowjetbürger zur Verfügung stellten, um auf Seiten der Wehrmacht gegen ihr eigenes Land in den Kampf zu ziehen. Ihre Motive ähnelten dabei durchaus denen der Westalliierten im Krieg gegen Hitler-Deutschland, denn auch sie hofften, ein totalitäres Regime – in diesem Fall das sowjetische – beseitigen zu können. Der Aufstellung einer Russischen Befreiungsarmee hatte Hitler nur nach langem Zögern zugestimmt. Im November 1944 durften sich 500 russische Delegierte in Prag versammeln und ein Komitee für die Befreiung der russischen Völker (KONR) gründen. In einem Manifest wurde das Ende der bolschewistischen Diktatur, die Abschaffung der

Zwangsarbeit und der Kolchosen sowie eine neue demokratische Ordnung für Russland gefordert. Im Winter 1944/45 entstanden erste selbstständige russische Militäreinheiten, die gegen die Rote Armee zu Felde zogen. Am 28. Januar 1945 wurde in Berlin bekannt gegeben, dass die von General Wlassow befehligten Soldaten nicht mehr Teil der Wehrmacht seien, sondern eine unabhängige Streitkraft bildeten.

Die Aufstellung der Armee, die den Rassevorstellungen der Nationalsozialisten zuwiderlief und deshalb immer wieder hinausgezögert worden war, erfolgte so spät, dass ein Grossteil ihrer Soldaten und Offiziere nicht mehr zum Einsatz kam. Auf den Ausgang des Krieges konnten sie keinen Einfluss mehr nehmen. Da die meisten Kämpfer 1945 in westliche Gefangenschaft gerieten, hofften sie, unter den Schutz der Genfer Konvention zu fallen und dadurch sicher vor sowjetischen Racheakten zu sein. Doch die Wirklichkeit sah anders aus.

Im Verlauf des Krieges hatte die UdSSR ihre rigide Bestrafungspolitik gegenüber ehemaligen Kriegsgefangenen aus den eigenen Streitkräften etwas korrigiert. Deren zunehmende Zahl und die grossen Verluste der Roten Armee führten bereits Anfang 1943 dazu, dass die Gefangenen nach ihrer Befreiung wieder in die kämpfende Truppe eingegliedert wurden. Statt im Lager herumzusitzen, sollten sie Dienst in Strafeinheiten der Roten Armee leisten. Bei den einzelnen Heeresgruppen schuf man deshalb so genannte Sammel- und Durchgangspunkte, in denen die Soldaten zunächst eingehend überprüft wurden. Mit Argusaugen wachte Stalin darüber, dass sie bei der Truppe keine ideologischen Aufweichungen verursachten.

Als die Rote Armee 1944 grosse Teile Osteuropas eroberte und an die Grenzen des Deutschen Reiches gelangte, stiess man erstmals auch auf eine grössere Zahl verschleppter oder geflüchteter Zivilisten aus der UdSSR. Auch bei ihnen achtete Stalin darauf, dass keiner ungeprüft in die Sowjetunion zurückkehren konnte. Im August 1944 beauftragte das von ihm geleitete Verteidigungskomitee das NKWD, so genannte Filtrations- und Überprüfungslager

einzurichten, in denen die zurückgewonnenen Sowjetbürger genau durchleuchtet werden sollten. Zwei Monate später liess Stalin sich ausführlich über den Verlauf der Überprüfungen berichten, die zunächst die aus Polen und Rumänien zurückkehrenden Menschen betrafen.

Im Oktober 1944 beschloss die sowjetische Regierung, für alle Heimkehrer eine zentrale Repatriierungsbehörde zu schaffen. Das neu gebildete Amt betrieb die Rückführung der Sowjetbürger nunmehr in grossem Stil: 51'000 Mitarbeiter verwalteten im Sommer 1945 über 150 Sammellager, in denen 1,3 Millionen Menschen untergebracht werden konnten.

Hatte Stalin die Kriegsgefangenen und verschleppten Zivilisten aus der Sowjetunion während des Krieges ungerührt ihrem Schicksal überlassen, so sorgte er jetzt dafür, dass möglichst viele Untertanen zurückkehrten. Dafür gab es gleich mehrere Gründe. Solange die Kämpfe anhielten, kam es ihm vor allem darauf an, die grossen Lücken aufzufüllen, die der Krieg in den Reihen der Roten Armee gerissen hatte. Der von ihm forcierte Griff nach Berlin, der begehrtesten Trophäe des Krieges, kostete ungeheuer viele Sowjetsoldaten das Leben – sie mussten dringend ersetzt werden. Später ging es ihm vor allem darum, die über Europa verstreuten Sowjetbürger als Arbeitskräfte zu rekrutieren, um den Wiederaufbau der zerstörten sowjetischen Wirtschaft voranzubringen. Zum dritten beabsichtigte er, die echten oder vermeintlichen Kollaborateure, die sich während des Krieges gegen die Sowjetmacht gestellt hatten, unschädlich zu machen oder zu bestrafen. Schliesslich wollte er verhindern, dass sich durch die grosse Zahl versprengter Sowjetbürger im Ausland eine neue russische Emigration formierte. Schon die alte war ihm immer ein Dorn im Auge gewesen.

Wie mit einem riesigen Kescher sammelte Stalin deshalb in ganz Europa die Menschen ein. Kaum hatte die Rote Armee im Januar 1945 die Reichsgrenze überschritten, begann sie auch in Deutschland, unterstützt von NKWD und SMERSCH, alle Sowjetbürger in Gewahrsam zu nehmen. Die Kriegsgefangenen, die die deut-

schen Lager überlebt hatten und meist noch vor dem Eintreffen der Roten Armee durch die Flucht der Wachmannschaften freigekommen waren, wurden sofort wieder festgesetzt. Im Stalag IV B in Mühlberg etwa liess sie ein Sowjetoffizier am 23. April 1945 bereits nach wenigen Stunden Freiheit geschlossen abführen. Auch die Zwangsarbeiter wurden nach ihrer Befreiung wieder arretiert und an Sammelpunkte hinter der Front gebracht. Dasselbe galt für Sowjetbürger, die auf deutscher Seite gekämpft hatten und nun der Roten Armee als Kriegsgefangene in die Hände fielen. Westliche Soldaten, die aus der Gefangenschaft befreit wurden, setzte man zumeist ebenfalls fest, um Druck auf die Westalliierten auszuüben, auch aus ihren Zonen alle Sowjetbürger auszuliefern. Parallel dazu wurden im eigenen Land die Grenzwatchen wiederhergestellt, damit niemand unkontrolliert in seine Heimat zurückkehren konnte.

Das grosse Einsammeln von Sowjetbürgern – oder denen, die Stalin dazu erklärte – beschränkte sich nicht auf das Territorium, das die Rote Armee besetzt hielt. Auch in den westlichen Zonen sowie in Frankreich, Belgien und anderen Staaten wurden nach Kriegsende weit über zwei Millionen Menschen aus der UdSSR als «Displaced Persons» (DPs) in Lagern konzentriert. Im Februar 1945 waren Engländer und Amerikaner auf der Konferenz von Jalta den Sowjets in dieser Frage weit entgegengekommen. Man hoffte, auf diese Weise auch die eigenen Soldaten, die der Roten Armee bei ihrem Vormarsch in die Hände gefallen waren, möglichst rasch und unversehrt überstellt zu bekommen. Später schlossen sich auch noch die Franzosen den Vereinbarungen an. Im weiteren Verlauf wurde die Rückführung der DPs auch deshalb unterstützt, weil man die Last ihrer Versorgung loswerden wollte. Die UdSSR genoss deshalb höchst ungewöhnliche Rechte: Sie durfte nicht nur die Verwaltung in den westlichen Lagern stellen und das Leben darin nach eigenen Gesetzen organisieren, sondern die Insassen auch gegen deren Willen in die Sowjetunion zurückbringen. Hunderttausende wurden so «Depotiert nach Hause», wie der

russische Historiker Pavel Polian sein Buch über die Repatriierung sowjetischer Kriegsgefangener betitelte.

Dass Soldaten, die auf Seiten der Wehrmacht gekämpft hatten, zwangsweise an die Sowjetunion ausgeliefert wurden, nur weil sie früher auf deren Gebiet gelebt hatten, war ein klarer Verstoss gegen das Völkerrecht. Die Moskauer Regierung erhob aber darüber hinaus den Anspruch, auch die ehemaligen Bewohner der 1939 besetzten Gebiete in Ostpolen und sogar die Angehörigen der alten antibolschewistischen Emigration zu repatriieren. Die gewaltsame Rückführung all dieser Menschen, die in der Sowjetunion vielfach der Tod erwartete, gehört zu den grossen Tragödien der Nachkriegszeit.

Die westlichen Alliierten waren sich der dramatischen Folgen für die Betroffenen voll bewusst. In einem Memorandum des Londoner Foreign Office gestand man unumwunden ein: «Wir kümmern uns nicht darum, dass sie möglicherweise erschossen oder härter bestraft werden als unter britischem Recht.»<sup>114</sup> England, Frankreich und die USA, die den Krieg gegen Hitler-Deutschland im Namen der Demokratie und der Menschenrechte geführt hatten, wurden durch ihre Auslieferungspolitik mitverantwortlich für die furchtbaren Leiden, die viele zwangsrepatriierte Sowjetbürger nun erfahren mussten.

In den westlichen Lagern kam es zu dramatischen Szenen. Aus Angst vor der Rückkehr in die Sowjetunion nahmen sich Arretierte reihenweise das Leben. Emigrantenorganisationen beschafften falsche Papiere oder vermittelten fiktive Ehepartner, um den Betroffenen die Rückführung zu ersparen. Sowjetische Repatriierungsoffiziere schüchterten im Gegenzug die Lagerinsassen ein und inhaftierten sie teilweise in speziellen Arrestzellen oder Gefangenenräumen. Gleichzeitig priesen sie auf Kundgebungen oder Propagandaplakaten die Vorzüge der Sowjetunion und ihres grossen Führers Josef Stalin.

Schreckliche Dinge spielten sich insbesondere in Österreich ab. Mehr als 50'000 Menschen, überwiegend Kosaken und Kaukasier, wurden hier Anfang Juni 1945 gewaltsam in die sowjetische Zone des Landes gebracht. Zu den Ausgelieferten gehörten nicht nur



Zehntausende bewaffneter Kämpfer, sondern auch zahlreiche Frauen und Kinder, die das NKWD anschliessend in sibirische Arbeitslager deportierte. Im Vertrauen auf das Völkerrecht und die Zusicherungen der britischen Armee hatten sich die militärischen Verbände bei Kriegsende freiwillig ergeben. Bald danach wurden sie zu den «Verratenen von Jalta», wie der britische Historiker Nikolai Tolstoy sie bezeichnet hat.

Als Erstes wurden die Offiziere durch arglistige Täuschung entwaffnet und abtransportiert, danach folgten die führerlos gewordenen Soldaten und ihre Familien. Die Angst vor den Sowjets war so gross, dass viele lieber Selbstmord begingen, als sich ausliefern zu lassen. Allein bei der gewaltsamen Repatriierung der Kosaken aus dem Lager Peggetz bei Lienz (Kärnten) kamen etwa 700 Menschen ums Leben. Einige sprangen noch am Übergabeort Judenburg von der Murbrücke in die Tiefe. Erst unter dem Eindruck dieser Ereignisse stoppten die westlichen Alliierten nach und nach die erzwungenen Rückführungen, so dass etwa 100'000 Heimkehrwillige im Westen bleiben konnten.

Manche Sowjetbürger folgten aber auch freiwillig dem Ruf in die Heimat. Mit einer gross angelegten Kampagne unter russischen Emigranten und dem Versprechen einer Amnestie versuchte Stalin, möglichst viele Menschen zur Rückkehr zu bewegen. Nach dem Sieg über Deutschland glaubten nicht wenige daran, dass in Russland nunmehr eine menschenfreundlichere Politik Platz greifen würde. In seinem Film «Ost-West – eine Liebe in Russland», der auf einer wahren Begebenheit beruht, hat der französische Regisseur Régis Wargnier nachgestellt, wie die Heimkehrer damals voller Vorfreude per Schiff über das Schwarze Meer nach Odessa fuhren – und bitter enttäuscht wurden. Viele exekutierte man schon bei der Ankunft, andere wurden in Arbeitslager deportiert. Auch die junge französische Ehefrau des Filmhelden landet schliesslich in einem Lager, weil sie das stalinistische System nicht erträgt und einem jungen Russen zur Flucht verhilft.

Der Strom der Repatriierten erreichte auf diese Weise riesige Ausmasse. Bis zum 1. Mai 1946 kamen mindestens 4,4 Millionen Menschen zurück in Stalins Machtbereich, davon 2,9 Millionen Zivilisten und 1,5 Millionen Kriegsgefangene. Anderen Unterlagen zufolge brachte man bis März 1946 sogar 5,3 Millionen Menschen in die Sowjetunion. Die Sowjetische Besatzungszone in Deutschland wurde bis auf eine Hand voll Verheirateter komplett gesäubert.

Die Heimkehrer wurden noch vor den Toren ihrer Heimat auf Herz und Nieren geprüft. Zu diesem Zweck kamen sie zunächst in so genannte Sammeldurchgangspunkte, wo sie erfasst und verhört wurden. Ein solches Durchgangslager existierte in Deutschland zum Beispiel in Chemnitz. Auch im ehemaligen Kriegsgefangenen- und späteren Speziallager in Mühlberg an der Elbe wurden eine Zeit lang Sowjetbürger filtriert. Später erfolgten die Transporte nur noch über das Zuchthaus Brandenburg, das als NKWD-Lager Nr. 226 fungierte.

Die Lebensbedingungen in diesen Lagern unterschieden sich nur unwesentlich von denen anderer sowjetischer Haftorte. Bis August 1946 herrschte das so genannte GULag-Regime. Das bedeutete, dass die Lager mit Stacheldraht eingezäunt und von Wachtürmen und Posten umgeben waren; für die Insassen bestand ein striktes Ausgehverbot. Die geschundenen Menschen mussten erneut wochen- oder monatelang in Baracken hausen, wo sie nach den kargen Normen für Soldaten gepflegt wurden. Unter den Festgehaltenen befanden sich etwa eine Million Kranke, die von der vorangegangenen Gefangenschaft schwer gezeichnet waren. Einige Tausend von ihnen starben noch in den Sammellagern.

Bei der Einlieferung nahmen Wachleute eine erste Grobsortierung vor – ohne Rücksicht, ob Familien auseinander gerissen wurden. Anschliessend begannen die Vernehmungen. Fragebögen waren auszufüllen, und immer wieder musste erklärt werden, ob man freiwillig nach Deutschland gegangen sei, ob man sich dort wie ein «Patriot» verhalten habe und welche Zeugen man dafür nennen

könne. Dreierkommissionen werteten die Vernehmungsprotokolle und Fragebögen am Ende aus und entschieden über das weitere Schicksal.

Was mit den Heimkehrern geschehen sollte, hatte Stalin genau vorbestimmt. Schon im Januar 1945 waren dazu entsprechende Festlegungen getroffen worden. Ehemalige Kriegsgefangene sowie «Ostarbeiter» im wehrpflichtigen Alter sollten nach einer Durchleuchtung durch den militärischen Abwehrdienst SMERSCH direkt an die Reserveeinheiten der Roten Armee überstellt werden. Für Offiziere, so genannte Wlassow-Leute, sowjetische Wehrmachtsangehörige und andere Verdächtige waren Sonderlager des NKWD vorgesehen. Auch die, die man bei der Filtrierung als «sozial gefährlich» eingestuft hatte, kamen ins Spezialkontingent, egal ob Hitler-Anhänger oder verschleppte Zwangsarbeiter. Alle Männer im wehrfähigen Alter und alle arbeitsfähigen Frauen mussten, wenn sie nicht an die Front kamen, in ein Arbeitsbattalion der Armee. Nur die Übrigen, vorwiegend Frauen und Alte, sollten an ihren früheren Wohnsitz entlassen werden.

Die Heimkehrer waren bereits zu diesem Zeitpunkt Gefangene ihres eigenen Staates. Wie die deutschen Kriegsgefangenen erlebten sie zunächst die Torturen des Transports. Die meisten Männer mussten, in Tagesetappen von fünfzehn Kilometern, aus den Sammelagern zu den neu geschaffenen Filtrationslagern an der (verschobenen) Westgrenze der Sowjetunion marschieren. Frauen, Kinder und Kranke fuhren in LKWs oder Eisenbahnzügen. Wie Zeitzeugen berichteten, wurden die Frauen dabei oft als «Deutsenhuren» geschmäht oder mussten andere zotige Bemerkungen über sich ergehen lassen. Vor dem Abtransport nahm man den Repatriierten sämtliche Wertgegenstände wie Uhren, Radios oder Geld ab, obwohl sie eigentlich berechtigt waren, in unbegrenzter Menge Gepäck mitzunehmen. Die Transporte und die weitere Fahrt ins Landesinnere erfolgten mit Viehwaggons, in die Dutzende Rückkehrer meist mehrere Wochen lang zusammen eingepfercht waren. Wie viele Menschen dabei ums Leben kamen, ist

bisher nicht bekannt. Die Umstände erinnerten jedoch nicht wenige an das, was sie zuvor bei den Deutschen erlebt hatten.

Ein ehemaliger Zwangsarbeiter erzählte später, wie er von Torgau aus in einer riesigen Kolonne drei Wochen lang Richtung Osten hatte marschieren müssen. In Polen liessen die Begleitsoldaten die Gefangenen antreten, um ihnen vor Augen zu führen, welche Schmach sie auf sich geladen hätten. Unter wüsten Beschimpfungen entscherten die Soldaten ihre Waffen und schossen knapp über die Köpfe und vor die Füße der verängstigten Menschen. Ein Offizier brüllte sie an: «Ihr habt eurem Vaterland Schande gemacht! Dies nehmt für den Verrat, den ihr verübt habt, indem ihr für die Faschisten gearbeitet habt.» Den Betroffenen, so berichtete der damals Zweiundzwanzigjährige, war damit ein für alle Mal klar, dass sie in der Sowjetunion kein Mitgefühl erwarten konnten. «Es hämmerte in unseren Hirnen der Satz ‚für den Verrats und die Erde schien zu erzittern. Als sie sahen, dass wir nasse Hosen hatten, lachten sie höhnisch, und der Marsch ging weiter.»<sup>115</sup>

Bereits in den Sammellagern hatte man den Insassen häufig erklärt, dass sie sich an ihrer Heimat schwer vergangen hätten und diese Schuld nur durch einen fünfjährigen Arbeitseinsatz ohne Heimaturlaub wieder gutmachen könnten. «Zwei Tage später», so berichtete eine Betroffene, «wurden wir zu je 70 Mann in Güterwaggons verladen und bei von aussen verriegelten Türen Richtung Zielort abtransportiert.»<sup>116</sup> Die Waggons wurden nur ein Mal am Tag für fünfzehn bis zwanzig Minuten geöffnet, die Verpflegung bestand lediglich aus Wasser und Brot – Bedingungen, die sich in nichts von denen der deportierten Deutschen unterschieden. Nach zweiwöchiger Fahrt erreichte der Transport ein riesiges Lager bei den Kohlebergwerken des Kusnezsk-Beckens, in dem schon viele andere Repatrianten warteten.

Das härteste Schicksal erlitten jedoch jene Sowjetbürger, die auf Seiten der Wehrmacht gekämpft hatten. Obwohl sie – genauso wie die deutschen Soldaten – eigentlich Kriegsgefangene waren, wurden sie in der UdSSR wie Schwerstverbrecher behandelt. Vor al-

lem die so genannten Wlassow-Leute, die sich in der Schlussphase des Krieges teilweise gegen die deutschen Truppen gestellt und unter anderem Prag befreit hatten, wurden von Stalin unnachgiebig verfolgt. Sämtliche Offiziers- und Mannschaftsdienstgrade der Wlassow-Armee waren laut Berijas Säuberungsbefehl vom April 1945 zu inhaftieren und in spezielle Überprüfungs- und Filtrationslager des NKWD einzuweisen. Anschliessend wurden sie in die Sowjetunion abtransportiert.

Viele von ihnen liquidierte man gleich bei der Ankunft, zum Beispiel in den Docks von Odessa, wie britische Begleiter von Repatriierungsschiffen berichteten. Andere erlitt dieses Schicksal schon bei der Gefangennahme in Deutschland oder Österreich. So erinnerte sich der bereits zitierte Hans Laubsch an die gespenstische Situation, als ihn die Amerikaner im Mai 1945 der Roten Armee übergaben: «Wir hatten ungeheure Angst, dass wir unverzüglich verladen und nach Russland deportiert würden. Zunächst jedoch verpflegten uns die Russen und suchten nach eigenen Leuten, die für Hitler in der Uniform der Wehrmacht gekämpft hatten. Diese so genannten Hilfswilligen wurden beiseite geführt und auf der Stelle erschossen. Wir konnten die Schüsse deutlich hören.»<sup>117</sup>

Mit erbarmungsloser Härte wurden insbesondere die Führer der abtrünnig gewordenen Soldaten verfolgt. Wlassow, den die USA an die Sowjetunion ausgeliefert hatten, wurde nach schweren Folterungen, zusammen mit neun seiner Generäle, im August 1946 gehängt. Sie waren des Hochverrates, der Spionage und des Terrors gegen die UdSSR angeklagt worden. Dasselbe widerfuhr den Führern der Kosaken, die im Juni 1945 von SMERSCH-Chef Viktor Abakumow persönlich verhört und Anfang 1947 hingerichtet wurden. Alle übrigen Kosaken kamen in Sonderlager des NKWD oder in die Verbannung. Die militärische und geistige Elite des legendären Kriegervolkes war damit weitgehend ausgelöscht.

Ähnlich erging es vielen Hilfswilligen der Wehrmacht, die teilweise ebenfalls vom NKWD liquidiert oder in Speziallager ge-

bracht wurden. Sogar ehemalige KZ-Insassen galten vielfach als Kollaborateure, da der Feind ihnen offensichtlich nichts angetan hatte. Wladimir Timonin zum Beispiel, der von 1943 bis 1945 im Konzentrationslager Stutthof interniert gewesen war, wurde bei seiner Rückkehr in die Sowjetunion als «Vaterlandsverräter» zu fünfzehn Jahren Lagerhaft verurteilt. Neun Jahre lang musste er als Häftling in einer Kohlegrube bei Workuta arbeiten, der berüchtigten Straflagerregion nördlich des Polarkreises. Erst 1955 kam er frei, nachdem ihn sein eigener Staat weit länger inhaftiert hatte als der deutsche. In den neunziger Jahren wurde er stellvertretender Vorsitzender von «Memorial» in Workuta, einer Organisation, die sich der Aufarbeitung der Vergangenheit widmet und in Russland immer mehr an den Rand gedrängt wird.

Im August 1945 beschloss das Staatliche Verteidigungskomitee, alle Sowjetbürger, die in der Wlassow-Armee sowie in Wehrmacht, SS oder deutscher Polizei gedient hatten, dem Innenministerium zu überstellen. Dieses sollte sie in den Gebieten der NKWD-Kombinate Norilsk und Uchta, im Petschora-Kohlebecken oder zur Holzbeschaffung am Oberlauf der Kama im Gebiet von Molotowsk ansiedeln. Als so genannte Spezialumsiedler waren sie verpflichtet, in den von der Geheimpolizei verwalteten Betrieben im äussersten Nordosten Russlands sechs Jahre lang zu arbeiten. Den Status von Spezialumsiedlern, so eine Festlegung vom April 1946, erhielten jedoch nur Personen, über die kein weiteres Material zu einer antisowjetischen Tätigkeit vorlag. Falls doch, sollten sie verhaftet und einem Gericht übergeben werden. Verschont von der Verbannung blieben nur Arbeitsunfähige und solche Personen, die später in der Roten Armee oder als Partisanen aktiv gegen die Deutschen gekämpft hatten.

Insgesamt kamen über 270'000 Menschen – nach anderen Angaben 340'000, davon 280'000 Wlassow-Leute – in Speziallager des NKWD. Die meisten von ihnen wurden bis 1946 zunächst in grenznahen Lagern festgehalten. Dort eröffnete man ihnen, dass ihr «Verrat» nach den sowjetischen Gesetzen nur mit dem Tode

bestraft werden könne. Die Regierung der UdSSR habe ihnen gegenüber jedoch Nachsicht geübt und sich darauf beschränkt, eine zeitlich befristete Spezialansiedlung zu verhängen. Tatsächlich schickte man annähernd 150'000 Personen als «Sonderumsiedler» in die Verbannung. Dort mussten sie – bei strengem Verbot, sich aus dem Siedlungsort zu entfernen – unter teilweise extremen klimatischen Bedingungen arbeiten. Die Übrigen wurden nicht etwa freigelassen, sondern hatten in dieser Zeit im Kohlebergbau und anderen Industrien unter Aufsicht des NKWD ebenfalls Zwangsarbeit zu leisten.

Auch Frauen und Kinder waren von dieser Regelung betroffen, wie Unterlagen über das Lager 525 in Kemerowo bei Tomsk in Sibirien zeigen. Unter den 808 dort verzeichneten Kosaken befand sich nur ein einziger Mann; mehr als die Hälfte war jünger als einundzwanzig Jahre. Selbst das NKWD monierte später die miserablen Lebensbedingungen in diesem Lager; die Gefangenen mussten hier in Erdhöhlen und kleinen Baracken mit extrem niedrigen Raumtemperaturen und ohne ausreichende warme Kleidung und Sanitäreinrichtungen hausen.

Die zwangsweise Umsiedlung in die entlegenen Lagerregionen der Sowjetunion kam häufig einem Todesurteil gleich. Ende 1952, als die sechsjährige Frist der Verbannung oder Zwangsarbeit abgelaufen war, zählten die Behörden nur noch 58'000 Personen, von denen obendrein 16'000 in Haft waren; nur einige hatten fliehen können. Über 200'000 Menschen waren demnach ums Leben gekommen, was einer Todesrate von nahezu achtzig Prozent entspricht. Die Überlebenden kamen erst 1955 durch eine Amnestie auf freien Fuß, die letzten sowjetischen Offiziere, die auf Seiten der Wehrmacht gekämpft hatten, sogar erst 1956.

Nur wenig besser erging es den «normalen» sowjetischen Kriegsgefangenen. Nach ihrer Befreiung durch die Rote Armee wurden viele von ihnen erneut zum Wehrdienst einberufen und nach einer Überprüfung meist an vorderster Front eingesetzt. Unter den neuen Kämpfern befand sich auch ein erheblicher Prozent-

satz an Zivilisten, die man beim Vormarsch der Truppen festgesetzt hatte, darunter auch Frauen und ehemalige KZ-Häftlinge. Insgesamt wurden auf diese Weise mindestens 800'000 Soldaten rekrutiert. Während die Propaganda den befreiten Sowjetbürgern einen tiefen Hass gegen die Deutschen und einen besonderen Kampfeswillen bescheinigte, schlug ihnen bei der Truppe in Wahrheit vielfach Misstrauen entgegen. «Nach ihrer Einberufung in die Rote Armee versuchen diese Verräter, ihre schändliche Tätigkeit fortzusetzen, indem sie falsche Gerüchte verbreiten, das Leben in Deutschland preisen und ihre Unzufriedenheit über den Dienst in der Roten Armee kundtun», hiess es zum Beispiel in einem internen Militärbericht. «Viele von ihnen wurden bereits entlarvt und von den übrigen isoliert.»<sup>118</sup>

Nach der Entlassung aus der Armee war die Leidenszeit der einstigen Kriegsgefangenen meist noch nicht zu Ende. Dem Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees vom August 1945 zufolge konnte man sie, aber auch andere Heimkehrer jederzeit einem bestimmten Industriebetrieb zuweisen. Dort sollten sie in so genannten Arbeitsbataillonen – sprich: Lagern – zusammengefasst und von Kommissionen aus NKWD, NKGB und SMERSCH überprüft werden. Die Zuweisung galt für jeden Sowjetgefangenen und Repatrianten im wehrpflichtigen Alter. Überprüfte ohne Beanstandung waren den Betrieben, in denen sie arbeiteten, als Dauerarbeitskräfte zu überweisen.

Tatsächlich wurden ab 1945 alle repatriierten Kriegsgefangenen, auch wenn keinerlei belastendes Material gegen sie vorlag, strafweise zum Dauerarbeitseinsatz in Betrieben der Kohle- und Holzindustrie in entlegenen Regionen der Sowjetunion verpflichtet. Trotz einer Amnestie vom Juli 1945 entband man lediglich solche Personen davon, die über fünfunddreissig Jahre alt waren und nicht mehr der Wehrpflicht unterlagen. Die befreiten Kriegsgefangenen teilten damit das Schicksal Hunderttausender Deutscher aus Südosteuropa und dem östlichen Reichsgebiet, die Anfang 1945 in die UdSSR deportiert wurden.



Auch viele von Deutschland verschleppte Zwangsarbeiter wurden nach dem Krieg von der sowjetischen Regierung erneut als Arbeitssklaven missbraucht. Gemäss einer Verfügung Stalins mussten viele Repatrianten in den besetzten Gebieten zunächst Demontearbeiten durchführen und den Abtransport des umfangreichen Beuteguts abwickeln. Meist handelte es sich dabei um schwere körperliche Arbeit. Bereits Ende Januar 1945 waren mehr als 300'000 sowjetische Zwangsarbeiter in Deutschland und Österreich für diverse Moskauer Ministerien tätig. Ihre Zahl reduzierte sich nur langsam und lag im März 1946 – fünf Jahre nach Kriegsbeginn und ein knappes Jahr nach Kriegsende – immer noch bei 90'000 Sowjetbürgern, die nicht in ihre Heimat zurückdurften.

Doch auch nach ihrer Rückkehr dienten Hunderttausende Repatrianten noch jahrelang als Arbeitssklaven. Ein Teil der ehemaligen Zwangsarbeiter – von Stalin während des Krieges noch als «Brüder und Schwestern» titulierte – musste nun die in Deutschland demontierten Industrieanlagen in der Sowjetunion wieder aufbauen. Andere wurden im Bergbau oder in der Holzindustrie eingesetzt. Die Lebensbedingungen in den Arbeitslagern unterschieden sich dabei kaum von denen deutscher Kriegsgefangener oder Zivilisten, die in der UdSSR Zwangsarbeit leisten mussten. Die Repatrianten waren vielfach in unbeheizten Baracken aus rohen Baumstämmen untergebracht, in denen sie auf vierstöckigen Pritschen schliefen. Die Verpflegung bestand aus Brot und Wassersuppe, die Arbeitszeit war sogar noch länger als die der deutschen Gefangenen. Während sie unter Tage zwölf Stunden täglich betrug, lag sie über Tage bei sechzehn Stunden. Die Lager waren mit Stacheldraht und Wachtürmen umgeben, Soldaten mit Maschinengewehren und Hunden hatten den Befehl, jeden Fluchtversuch zu verhindern.

In den so verfassten Arbeitsbataillonen dienten Anfang 1946 mehr als 600'000 Repatriierte. Gut die Hälfte von ihnen war zuvor in deutscher Kriegsgefangenschaft gewesen. Sogar nach ihrer offiziellen Entlassung mussten viele Heimkehrer weiterhin in den

zugewiesenen Betrieben bleiben und durften nicht in ihre angestammte Heimat zurückkehren. Das Zentralkomitee der KPdSU stellte 1956 grobe Verletzungen der sowjetischen Gesetze gegenüber Soldaten fest, die in deutsche Gefangenschaft oder Belagerung geraten waren. Demnach hatte man in vielen Fällen «Kriegsgefangene, bei deren Überprüfung unrechtmässige, provokative Methoden angewandt wurden, ungerechtfertigten Repressionen ausgesetzt, obwohl sie ihre Soldatenpflicht ehrlich erfüllt und auch in der Gefangenschaft sich nichts hatten zuschulden kommen lassen».<sup>119</sup>

Nach sowjetischer Zählung gerieten durch den Sieg über Deutschland fast eine Million Sowjetbürger in Arbeits- oder Sonderlager. Wie viele von ihnen ums Leben kamen, ist nicht bekannt. Angesichts der hohen Sterblichkeit in den Lagern – bei deutschen Kriegsgefangenen über dreissig, bei deutschen Zivilisten bis zu fünfzig Prozent – muss man jedoch davon ausgehen, dass mindestens 100'000 Menschen die Rückführung in die Sowjetunion nicht überlebt haben.

Auch die übrigen Repatriierten durften nicht einfach nach Hause fahren. Zwar konnten bis März 1946 rund 2,6 Millionen Sowjetbürger, überwiegend Frauen und Kinder, in ihre Heimat zurückkehren, doch häufig erst nach schweren Strapazen: Aus den Sammellagern in den besetzten Gebieten kamen sie zunächst in neue Lager, die entlang der Westgrenze der UdSSR errichtet wurden und die teilweise nur aus Erdhütten bestanden. Vor allem die Bewohner der grenznahen Regionen überprüfte man hier noch einmal gründlich, bis sie endlich entlassen wurden. Die Übrigen transportierte man weiter ins Landesinnere, wo zwei Drittel aller Heimkehrer erneut in primitiven Auffanglagern landeten. Von dort wurden sie erst nach einiger Zeit an ihre Bestimmungsorte gebracht.

Die Arbeits- und Lebensumstände der Rückkehrer ähnelten in vielem denen der Zwangsarbeiter: Die Mehrheit der Repatriierten bekam von den Behörden eine Tätigkeit zugewiesen, die sie nicht ablehnen konnten. Viele mussten in Unterkünften leben, die zum Teil unbeheizt, völlig überfüllt und nur mit dem Nötigsten ausge-

stattet waren. Darüber hinaus mangelte es an Kleidung und Waschmöglichkeiten, so dass sich vielfach Ungeziefer breit machte. Auch bei der Entlohnung wurden die Repatriierten benachteiligt, obwohl sie formal dieselben Rechte hatten wie andere Arbeiter. Über alle Heimkehrer wurde eine Erfassungsakte angelegt, und die geheimdienstliche Überwachung in der Heimat konnte sich bis zu zehn Jahre hinziehen. Vor allem Anfang der fünfziger Jahre, als Stalin gegen den so genannten Kosmopolitismus zu Felde zog, war der Begriff Repatriierter in der Sowjetunion beinahe ein Synonym für Volksfeind.

Erst Mitte der fünfziger Jahre wurden die rechtlichen Benachteiligungen allmählich beseitigt. Doch viele Heimkehrer sahen sich noch lange beruflichen, politischen und anderen Diskriminierungen ausgesetzt. Sie fühlten sich zeit ihres Lebens als Bürger zweiter Klasse. Noch bis Anfang der neunziger Jahre wurden die meisten der ehemaligen Ostarbeiter und Kriegsgefangenen wegen ihres Aufenthalts im Deutschen Reich diskriminiert. Wie ein Kainsmal zeichnete sie die zwangsweise in Deutschland verbrachte Zeit.

In der Bundesrepublik entsann man sich erst 1998, nach der Androhung von Entschädigungsklagen in den USA, der sowjetischen Zwangsarbeiten Nach langen Diskussionen gründete man im Jahr 2'000 die Bundesstiftung «Erinnerung, Verantwortung und Zukunft» (EVZ). Sie wurde von der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft mit fünf Milliarden Euro ausgestattet und soll in erster Linie die damals verschleppten Zivilisten entschädigen. Wer als sowjetischer Kriegsgefangener in Deutschland inhaftiert war und zur Zwangsarbeit herangezogen wurde, bekommt bis heute keine Leistungen.

Die Moskauer Regierung hat überhaupt keine Anstrengungen unternommen, um die ehemaligen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen zu unterstützen. Nach ihrer Rückkehr in die UdSSR erhielten sie keinerlei Entschädigung oder besondere Pension. Selbst die Dokumente, aus denen ihre Verschleppung nach Deutschland

hervorging, waren ihnen abgenommen worden, so dass sie heute oftmals Schwierigkeiten haben, ihre Ansprüche gegenüber dem deutschen Entschädigungsfonds zu belegen.

Vor allem aber fand ihr Leiden keinerlei gesellschaftliche Würdigung. Während die ordensgeschmückten Veteranen der Roten Armee in Russland auf vielfältige Weise geehrt wurden, blieb den Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen jede Anerkennung versagt. Stattdessen schlug ihnen häufig sogar in der engeren Umgebung Misstrauen entgegen. In dem so erzwungenen Schweigen konnten sie ihre Haftzeit in Deutschland ebenso wenig verarbeiten wie die nachfolgende Zwangsarbeit in der Sowjetunion. Viele haben die doppelte Verfolgung nicht überstanden: Von den einst in Deutschland gefangen gehaltenen Soldaten lebte 1998 nur noch etwa ein Prozent. Von den übrigen Kriegsteilnehmern waren es, trotz hoher Verluste in den Kämpfen, zehnmal so viel.

Die hierzulande meist vergessene Tragik der sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter besteht darin, dass viele von ihnen Opfer zweier Diktaturen wurden. Die Befreiung am Ende des Krieges währte für sie oft nur wenige Stunden. Danach teilten sie das Schicksal der besiegten Deutschen, die mit ihnen in die Sowjetunion verschleppt wurden. In Stalins Lagern fanden sie sich dann ausgerechnet mit jenen wieder, deren Regierung sie ihr Unglück zu verdanken hatten.

## DIE SÄUBERUNG DER OSTGEBIETE

Franziska Nowacki war dreiundzwanzig Jahre alt, als die Rote Armee im Januar 1945 in ihre Heimatstadt Allenstein einmarschierte. Soldaten stürmten in das Zimmer, in dem sie mit ihrer Mutter und ihrer Schwester sass. Die Männer rissen Schränke und Schubladen auf, schütteten die Lebensmittel in der Küche auf den Fussboden und schleppten die junge Kindergärtnerin in den Keller, wo sie ihr eine Pistole an den Kopf hielten und sie vergewaltigten. In den darauffolgenden Wochen kamen immer wieder Rotarmisten, die sie und ihre Mutter missbrauchten, insgesamt über einhundert Mal. Was danach folgte, schilderte Franziska Nowacki später so: «Am 7. Februar wurden wir von zu Hause abgeholt und zur russischen Kommandantur gebracht. Dort wurden wir verhört und später ins Gefängnis eingeliefert. [...] Einige Tage später mussten wir viele Kilometer laufen bis zum Bahnhof Zichenau. Dort stand ein Zug mit Viehwaggons, die Luftschlitze mit Stacheldraht vernagelt. [...] In diese Waggons wurden wir eingeladen. Es dauerte mehrere Tage, bis alle Waggons vollgepfert waren. Etwa am 18. Februar fuhr der Zug los in Richtung Osten.»<sup>1</sup>

Franziska Nowacki kam, wie Tausende andere deutsche Frauen, in ein sowjetisches Arbeitslager. Bei ihrer Ankunft standen dort nur Zelte, die von Stacheldraht und Wachtürmen umgeben waren,

erst später wurden Baracken aufgestellt. Die junge Frau musste schwere Zwangsarbeit leisten; sie schuftete auf Baustellen, an Eisenbahnstrecken und in Kohlebergwerken unter Tage. Wer sich weigerte, bekam nichts zu essen. «Viele Frauen konnten wegen Entkräftung nicht arbeiten, einige starben an Unterernährung», heisst es in ihrem Bericht.<sup>2</sup> Verschleppungen wie diese waren nach dem Einmarsch der Roten Armee in Deutschland an der Tagesordnung. Überall dort, wo die sowjetischen Truppen einzogen, wurden die Menschen von der Strasse weg festgenommen – zuerst die Deutschstämmigen in Südosteuropa, dann die Bewohner der deutschen Ostgebiete. 380'000 Zivilisten sassen hier Mitte April bereits in Haft. Meist waren sie von den Truppen des NKWD festgenommen worden, die im Rücken der kämpfenden Soldaten operierten und mit ihnen gen Westen marschierten.

Die Verhaftungen und Deportationen betrafen aber nicht nur Deutsche, sondern auch Einwohner aller anderen Gebiete, die von der Roten Armee im Laufe des Krieges erobert wurden. Es gehörte zu Stalins Methoden, auf diese Weise potentielle Feinde auszuschalten, neue Besitztümer zu sichern und die zahlreichen sowjetischen Arbeitslager zu füllen.

### *Der Terror in Osteuropa*

Wie eine Dampfwalze war das NKWD vor dem Einmarsch in Deutschland über weite Teile Osteuropas hinweggegangen. Gleich zu Beginn des Zweiten Weltkrieges, als die Sowjetunion im östlichen Polen, im südlichen Finnland, im Baltikum sowie in Bessarabien und in der Bukowina eingefallen war, hatten überall gross angelegte Säuberungen stattgefunden. Hunderttausende wurden damals gefangengenommen und in sowjetische Zwangsarbeitslager deportiert, um die einverlebten Territorien zu sowjetisieren. Mit Namenslisten ging Berija gezielt gegen die nationalen Füh-

rungsschichten vor. Aus Estland verschleppte das NKWD rund 60'000 Menschen, aus Litauen 40'000, aus Lettland 34'000 – viele von ihnen kamen nie zurück. Aus Polen wurden bis Juni 1941 mindestens 381'000, nach polnischen Berechnungen sogar fast eine Million Zivilisten festgenommen und deportiert. Annähernd 15'000 Offiziere und Zivilisten, die in den Lagern Ostaschkow, Kozielsk und Starobielsk festgehalten wurden, liess die sowjetische Führung im Frühjahr 1940 durch Genickschuss hinrichten. Zwischen 20'000 und 30'000 gefangene Zivilisten, die sich beim deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 an der Westgrenze in Gefängnissen des NKWD befanden, wurden auf Befehl Berijas regelrecht abgeschlachtet – abscheuliche Massensterben, die die Hamburger Wehrmachtsausstellung später fälschlicherweise als deutsche Verbrechen ausgab.

Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in die Sowjetunion richtete sich Stalins Terror vor allem gegen die eigenen Völkerschaften. Er verdächtigte sie pauschal, dass sie mit dem Feind sympathisieren würden. Als Erstes fielen die Wolgadeutschen in Ungnade. Der Oberste Sowjet bezichtigte sie in einem Erlass vom 28. August 1941 kollektiv, mit den Deutschen zu kollaborieren. Innerhalb weniger Wochen verschleppte das NKWD damals über 700'000 Deutschstämmige nach Sibirien und Mittelasien. Auch in der Roten Armee, die in kurzer Zeit bis nach Moskau zurückgeschlagen wurde und eigentlich auf jeden Mann angewiesen war, nahm man Zehntausende russlanddeutscher Soldaten fest. Entweder wurden sie deportiert oder gleich erschossen. Ein Jahr später liess Stalin alle arbeitsfähigen sowjetdeutschen Männer und Frauen in Arbeitslager einweisen. Männliche Gefangene ab fünfzehn Jahren und weibliche ab sechzehn mussten dort unter unsäglichsten Bedingungen Zwangsarbeit leisten. Alles in allem wurden etwa 900'000 Deutschstämmige verschleppt, von denen rund ein Viertel ums Leben kam.

Bald waren auch andere Völker an der Reihe. Im März 1942 liess Berija 45'000 Finnen, die man ebenfalls zu potentiellen Kol-

laborateuren erklärte, als so genannte Spezialumsiedler aus der Region Leningrad deportieren. Zwei Drittel von ihnen wurden nach Sibirien verbannt, wo viele von ihnen starben. Ein Jahr später begannen die gross angelegten Deportationen der nicht-russischen Völkerschaften. Im Oktober 1943 wurden 70'000 Karatschaier verschleppt, von denen vierzig Prozent ums Leben kamen, darunter auch zahlreiche Kinder. Ab Dezember wurden 90'000 Kalmüken abtransportiert und zwischen der Polarregion und Ostsibirien angesiedelt. Ein grosser Teil dürfte gestorben sein, denn nach den Volkszählungen von 1939 und 1953 reduzierte sich die Zahl der Kalmüken in der UdSSR in dieser Zeit um 80'000 Menschen. Ab Februar 1944 wurden dann im grossen Stil fast 500'000 Kaukasier – Inguschen, Tschetschenen und andere Völker – deportiert, von denen etwa 100'000 zu Tode kamen. Im März folgten 37'000 Balkaren, im April 165'000 Krim-Tataren, dann traf es Schlag auf Schlag Griechen, Bulgaren, Armenier und Mescheten. Vom damaligen Genozid an zahlreichen Ethnien in der Sowjetunion ist vielen Menschen heute – anders als bei Hitlers Untaten – nicht einmal der Name der Völker bekannt.

Nach der Rückeroberung der von den Deutschen okkupierten Gebiete ging eine zweite Säuberungswelle über den Osten Europas hinweg. Bis Oktober 1944 wurden aus der Ukraine etwa 140'000 Menschen deportiert, 40'000 wurden getötet, etwa ebenso viele inhaftiert. Auch im Baltikum setzten die Verschleppungen erneut ein. Allein aus Lettland wurden bis 1953 rund 120'000 Menschen deportiert, verhaftet oder getötet, aus Litauen 260'000. In Estland sassen zum Jahreswechsel 1944/45 mindestens 75'000 Menschen oder neun Prozent der Bevölkerung in Haft. Dass es dabei nicht in erster Linie um Kriegsverbrecher oder Kollaborateure ging, zeigt der Fall Polen, wo die Sowjetunion die nationale Widerstandsbewegung systematisch liquidierte. Der nach London geflüchteten Exilregierung hatte Stalin schon 1943 die Anerkennung entzogen, weil sie die Sowjetunion für die Massenmorde in Katyn verantwortlich machte – zu Recht, wie die russische Führung erst 1992 zugab.



Als die so genannte Heimatarmee, die Armia Krajowa, im Sommer 1944 den Warschauer Aufstand auslöste, wartete die Rote Armee am gegenüberliegenden Weichselufer ungerührt ab, bis die Deutschen die Erhebung niedergeworfen hatten. Im Zuge des weiteren sowjetischen Vormarsches wurden Tausende Partisanen, die unter hohen Opfern gegen die Wehrmacht gekämpft hatten, verhaftet, erschossen oder in Straflager des GULag deportiert. Ende April 1945 sassen erneut etwa 27'000 Polen in Haft. Auch Mitglieder der polnischen Exilregierung und der Chef der Heimatarmee, General Leopold Okulicki, wurden in Warschau verhaftet und in Moskau vor ein Militärtribunal gestellt. Bei der Bekämpfung der Heimatarmee kamen bis in die fünfziger Jahre rund 50'000 Menschen vor allem durch Vergeltungsaktionen ums Leben.

Nach dem Einmarsch der Roten Armee in Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien und die Tschechoslowakei wurde auch die dort ansässige Bevölkerung Opfer kollektiver Strafmassnahmen. Im November 1944 befahl Stalin, sämtliche Personen deutscher Nationalität zu erfassen, um Zwangsarbeiter für die Sowjetunion zu rekrutieren. Nur kurze Zeit später hatte Berija mehr als 550'000 Deutschstämmige registriert. Mitte Dezember präsentierte er Stalin die Ergebnisse, die genaue Angaben zu Alter, Geschlecht und territorialer Verteilung enthielten. Diejenigen mit deutscher Staatsbürgerschaft, insgesamt fast 25'000 Personen, hatte man sofort verhaftet und in Lager gebracht. Berija machte den Vorschlag, alle männlichen Bürger dieser Staaten, die deutscher Abstammung und zwischen siebzehn und fünfundvierzig Jahre alt waren, in die UdSSR zu deportieren. Die Zahl der Arbeitsfähigen schätzte er auf 70'000. Da Stalin damit nicht zufrieden war, wurden die Verschleppungen auch auf Frauen ausgedehnt, die zwischen achtzehn und dreissig Jahre alt waren. Auf diese Weise gewann man 58'000 zusätzliche Zwangsarbeiter. Das Staatliche Verteidigungskomitee beauftragte das NKWD, alle arbeitstauglichen Deutschen an Sammelpunkten zu konzentrieren und umgehend abzutransportieren. In Arbeitsbataillonen von je 1'000 Mann sollten sie, so der von

Stalin unterzeichnete Beschluss, die Bergbauindustrie im Donezbecken und die Schwarzmetallurgie im Süden wiederaufzubauen. Die Deportation an ihre künftigen Arbeitsorte war bis zum 15. Februar 1945 abzuschliessen.

In ethnisch gemischten Gebieten erfolgte die «Mobilisierung» – so die offizielle sowjetische Bezeichnung für die Verschleppungen – mittels Namenslisten. Einheimische Kommunisten oder Partisanen unterstützten die Greifkommandos bei ihrer Arbeit. Bei überwiegend deutschsprachigen Ortschaften rückten bewaffnete Einheiten an, umstellten das Dorf und trommelten die Einwohner zusammen. Den Betroffenen wurde sodann eröffnet, dass sie sich mit Winterkleidung, Schuhen, Wäsche, Bettzeug, Geschirr und Verpflegung für fünfzehn Tage zu einem befristeten Arbeitseinsatz einzufinden hätten. Ein hinzugezogener Arzt prüfte ihre Arbeitsfähigkeit. Wer der Aufforderung nicht Folge leistete, sollte vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

«Am 1. Januar 1945 wurde die Gemeinde von der GPU-Mannschaft umringt und abgesperrt», beschrieb ein Tierarzt aus dem Banat eine solche Aushebungsaktion. «Niemand konnte herein noch heraus.» Wer sich nicht gemeldet habe, sei festgenommen und mit Hinrichtung bedroht worden. So habe ein Vater seine Tochter verbergen wollen, um sie vor der Verschleppung zu retten. Doch als dies bekannt wurde, habe man ihn zur Verantwortung gezogen. «Er wurde wiederholt so lange von den Russen geschlagen, bis sich seine Tochter gemeldet hatte. Diese wurde dann auch verschleppt.» Den Deportierten sei ausdrücklich versprochen worden, dass sie in Ungarn bleiben würden, um dort in der Industrie zu arbeiten. Tatsächlich seien sie jedoch in Eisenbahnwaggons verladen und in die Sowjetunion gebracht worden. «Auf dem Transport bekamen wir von den Russen nichts zu essen», heisst es in dem Bericht des Tierarztes weiter. «Die Kälte war schrecklich. Vom 22.-30. Januar war eine Kälte von minus 40 Grad.»<sup>3</sup>

Insgesamt wurden den sowjetischen Zählungen zufolge über

110'000 Personen aus Mittel- und Südosteuropa auf diese Weise in die UdSSR verschleppt. Andere Quellen gehen sogar von über 150'000 Deportierten aus – eine Differenz, die unter anderem darauf zurückzuführen sein könnte, dass ein Teil der Zwangsarbeiter bereits auf der mehrwöchigen Fahrt ums Leben kam. Die Verschleppung von Zivilisten in die Sowjetunion war ein klarer Verstoss gegen das Völkerrecht. Sie stand zudem in Widerspruch zu den Waffenstillstandsabkommen mit Rumänien und Bulgarien. Vergeblich protestierte die Bukarester Regierung dagegen, dass Zehntausende rumänischer Staatsbürger einfach abtransportiert wurden. Mit den westlichen Alliierten waren die Deportationen ebenfalls nicht abgesprochen. Doch intern zeigten diese Verständnis dafür, dass die Sowjetunion deutsche Arbeitskräfte als eine Form der Wiedergutmachung nutzen wollte. So wies der britische Premierminister Winston Churchill im Januar 1945 seinen Außenminister Anthony Eden an, die rumänischen Proteste zu ignorieren. In Anbetracht dessen, was Russland erlitten habe, könne er nicht erkennen, dass die Russen etwas Falsches täten, wenn sie 100'000 oder 150'000 Deutsche aus Rumänien ihre Vergehen abarbeiten liessen. «Nach allem, was geschehen ist, kann ich nichts Schlimmes darin sehen, dass die Russen Rumänen gleich welcher Herkunft gefangen nehmen, damit sie in russischen Kohlerevieren arbeiten.»<sup>4</sup>

Erst Anfang Februar 1945 beschlossen die Alliierten auf der Konferenz von Jalta, dass nach dem Sieg über Deutschland auch Arbeitskräfte als Reparationen für die erlittenen Kriegsschäden verwendet werden könnten. Eine weitere Erörterung des Themas wurde auf Stalins Wunsch vertagt, obwohl – oder weil? – die Deportationen zu diesem Zeitpunkt bereits in vollem Gange waren. Wenn der Beschluss die Verschleppungen auch nicht legitimieren konnte, musste ihn Stalin doch als grundsätzliche Zustimmung der Alliierten werten. Die Westmächte machten sich auf diese Weise mitschuldig daran, dass Zehntausende Unschuldige in sowjetischen Arbeitslagern ums Leben kamen. Es entbehrte deshalb nicht

der Doppelmoral, dass die Siegermächte in den Nürnberger Prozessen die Verschleppung von Zwangsarbeitern nach Deutschland als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anklagten und den Hauptverantwortlichen Fritz Sauckel zum Tode verurteilten, während zeitgleich in der Sowjetunion Hunderttausende Deportierte unter menschenunwürdigen Bedingungen dahingevegetierten.

### *Massenverhaftungen von Königsberg bis Breslau*

Beim Einmarsch in Deutschland hatte Stalin nicht die Absicht, zurückhaltender zu verfahren als in den zuvor besetzten Gebieten – im Gegenteil: Nach dreieinhalbjährigem Kampf wollte er nicht nur die Wehrmacht militärisch besiegen, sondern auch den deutschen Militär-, Staats- und Wirtschaftsapparat zerschlagen. Die Deutschen sollten nicht befreit, sondern zu einem erheblichen Teil verhaftet, deportiert oder erschossen werden. «Unser Himmler», wie Stalin, dem langjährigen sowjetischen Aussenminister Andrej Gromyko zufolge, seinen Geheimdienstchef Berija in Jalta dem amerikanischen Präsidenten vorstellte, war auch hier ein getreuer und effizienter Helfer.<sup>5</sup>

Einen Tag bevor die Sowjetunion ihre Offensive gegen das Reichsgebiet begann, erliess Berija am 11. Januar 1945 einen streng geheimen Befehl «zur Gewährleistung der Säuberung des Hinterlandes der Roten Armee von feindlichen Elementen». Darin ordnete er wie in Polen eine umfangreiche Verhaftungswelle an. Festzunehmen waren in Deutschland alle Spione und Diversanten deutscher Geheimdienste; alle Terroristen und Mitglieder feindlicher Organisationen; alle Angehörigen von Banden und Aufständische; alle leitenden Mitarbeiter von Polizei, Gefängnissen und Konzentrationslagern; alle Militärkommandanten und Mitglieder von Kriegsgerichten; alle Staatsanwälte und Ermittlungsbeamte;

alle Bürgermeister und Leiter von Gebiets- und Kreisverwaltungen; alle Mitglieder nationalsozialistischer Organisationen und Leiter grosser Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten; alle Zeitungs- und Zeitschriftenredakteure sowie Autoren antisowjetischer Veröffentlichungen; alle Angehörigen feindlicher Armeen und sonstigen verdächtigen Elemente – am Ende blieben wenig Menschen übrig, die *nicht* verhaftet werden sollten. «Bei der Organisation der Massnahmen [...] ist zu berücksichtigen, dass der deutsche Geheimdienst zurückgelassene Agenten vor dem Rückzug sorgfältig getarnt hat», wurden die NKWD-Mitarbeiter zusätzlich zur Wachsamkeit aufgerufen.<sup>6</sup>

Der Erlass mit der Nummer 0016 gilt als zentraler Einsatzbefehl für die Massenverhaftungen in den deutschen Ostgebieten. Für seine Durchführung ernannte Berija bei jeder Heeresgruppe so genannte Frontbevollmächtigte des NKWD. Dabei handelte es sich nicht um Militärs, sondern um ranghohe sowjetische Geheimdienstleute, die im Rücken der kämpfenden Soldaten die Zwangsmassnahmen organisieren sollten. Zu ihnen gehörten unter anderem die Chefs der Geheimpolizei von Leningrad, Litauen und Weissrussland sowie der Leiter der militärischen Spionageabwehr und spätere Staatssicherheitsminister Viktor Abakumow. Sie alle waren erfahrene Terrorspezialisten, die sich bereits bei anderen Unterdrückungsaktionen praktisch bewährt hatten. Bei den meisten handelte es sich um Vertraute Stalins, der über die Grundlinien der Verfolgungen in Deutschland stets persönlich entschied.

Zum Frontbeauftragten der 1. Weissrussischen Front wurde Iwan Serow ernannt. Der stellvertretende Volkskommissar für Inneres hatte sich schon bei der blutigen Eingliederung der 1939 von der Sowjetunion annektierten Gebiete einen Namen gemacht. 1941 organisierte er dann die Deportation der Wolgadeutschen, drei Jahre später die der kaukasischen Völkerschaften. Nach der Rückeroberung der Ukraine, Polens und des Baltikums leitete er dort für das NKWD die zweite Säuberungswelle. In Warschau ist er bis heute als skrupelloser Handlanger Stalins in Erinnerung ge-

blieben, der die Führer des polnischen Widerstands nach dem Sieg über die Wehrmacht mit einem schmutzigen Trick gefangen nahm und nach Moskau brachte. Bald sollte er auch in Deutschland zur Schlüsselfigur des sowjetischen Terrors werden.

Den insgesamt sieben Frontbevollmächtigten befahl Berija, nach dem Einmarsch in Deutschland sofort mit den Säuberungen zu beginnen. Die Geheimdienstchefs wurden angewiesen, «auf dem von gegnerischen Truppen befreiten Territorium unverzüglich die notwendigen tschekistischen Massnahmen durchzuführen». Täglich hatten sie ihm über den «Erfüllungsstand» seines Befehls zu berichten.<sup>7</sup> Für die Umsetzung erhielt jeder Frontbevollmächtigte 150 «erfahrene Tschekisten» zugeteilt, sowjetische Geheimpolizisten und Verhörspezialisten, die ihre Fähigkeiten schon bei den vorangegangenen Massenrepressionen in Osteuropa bewiesen hatten. Darüber hinaus wurden ihnen annähernd 60'000 NKWD-Soldaten zur Verfügung gestellt, die die Festnahmen praktisch durchführen, die Gefangenen bewachen und schliesslich abtransportieren sollten. Allein im Frontbereich von Serow standen für diesen Zweck mehr als 11'000 Mann zur Verfügung. Das Volkskommissariat für Inneres wurde beauftragt, für die «ausgehobenen feindlichen Elemente» innerhalb von drei Tagen die nötigen Lagerunterkünfte bereitzustellen.<sup>8</sup>

Drei Wochen nach dem Beginn der Winteroffensive liess Stalin das Vorgehen in Deutschland noch einmal verschärfen. Am 3. Februar 1945 befahl das Staatliche Verteidigungskomitee den Oberbefehlshabern der Roten Armee, entschiedene Massnahmen zu ergreifen, um alle Versuche aktiver Feindtätigkeit, gleichgültig ob gegen ganze Militäreinheiten oder gegen einzelne Soldaten, zu unterbinden. «Durch gnadenlose Liquidierung an Ort und Stelle ist schonungslos mit Personen abzurechnen, die terroristischer Anschläge und Diversionsakte überführt sind», hiess es wörtlich in dem von Stalin unterzeichneten Beschluss.<sup>9</sup> Drei Tage später leitete Berija den bereits weiter oben zitierten Befehl fast wortgleich an die Frontbevollmächtigten des NKWD weiter, die nun ebenfalls

aufgefordert wurden, «schonungslos mit Personen abzurechnen, die nachweislich terroristische Anschläge und Diversionsakte begangen haben».<sup>10</sup>

Da man in Deutschland auch nach Meinung des NKWD bis dahin nur auf einige Dutzend «Terroristen» oder «Diversanten» gestossen war und auch sonst keine schwer wiegenden Vorkommnisse registriert hatte, bedeutete die Anordnung vor allem eine nachträgliche Legitimierung der zahlreichen Erschiessungen von Zivilisten und versprengten Wehrmachtsangehörigen während der ersten Wochen des Einmarsches. Zugleich wurde mit dem Befehl die Hemmschwelle der Rotarmisten und NKWD-Soldaten weiter abgesenkt. Die Folgen sollten sich schon bald bemerkbar machen: Nirgendwo sonst in Deutschland wurden so viele Menschen von den sowjetischen Eroberern liquidiert wie in den Ostgebieten.

Noch schwerer wog allerdings eine andere Festlegung des Verteidigungskomitees. Mit demselben Befehl verfügte Stalin nämlich auch, die gesamte männliche Bevölkerung in Deutschland im Alter zwischen siebzehn und fünfzig Jahren, soweit sie arbeitsfähig war, verhaften zu lassen. Alle diejenigen, die in der Wehrmacht oder dem Volkssturm gedient hatten, sollten in Kriegsgefangenenlager überstellt werden. «Von den übrigen mobilisierten Deutschen sind Arbeitsbataillone zu je 750 bis 1'200 Personen für die Arbeit in der Sowjetunion [...] zu formieren.»<sup>11</sup> Im Klartext: Sie sollten zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt werden.

Die Hintergründe dieses weitreichenden Deportationsbefehls sind bis heute nicht geklärt. Dokumente, die über die Beweggründe Stalins oder den internen Vorlauf zu dieser Entscheidung Auskunft geben, wurden bislang nicht aufgefunden. Dass es, wie es in der Präambel des Beschlusses hiess, um die «entschiedene Unterbindung aller von deutscher Seite ausgehenden Versuche zu Terror- und Diversionsakten» ging, ist ziemlich unwahrscheinlich.<sup>12</sup> Dafür waren die Massnahmen nicht nur weit überzogen, sondern auch ungeeignet. Deutsche Partisanen hätten einem Gestellungsbefehl der Sowjets sicher nicht einfach Folge geleistet,

sondern sich versteckt, um im geeigneten Moment aus dem Hinterhalt aktiv zu werden.

Wie bei den Verschleppungen der Deutschen aus Südosteuropa dürften in Wirklichkeit andere Motive ausschlaggebend gewesen sein. In erster Linie spielte wohl das massive Interesse der Sowjetunion an Arbeitskräften eine Rolle, mit deren Hilfe man die zerstörte Wirtschaft wiederaufbauen wollte. Wie aus vielen Äusserungen und Unterlagen hervorgeht, war Stalin fest entschlossen, unter den geschlagenen Deutschen eine grosse Zahl von Zwangsarbeitern zu rekrutieren. Der Sowjetunion fehlten Anfang 1945 nicht nur über 2,8 Millionen Zivilisten, die aus den von der Wehrmacht besetzten Gebieten verschleppt worden waren, sondern auch Millionen arbeitsfähiger Männer, die in der Roten Armee dienten, im Krieg gefallen oder in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten waren. Selbst in den Straflagern des GULag hatte sich die Zahl der Häftlinge im Laufe des Krieges von 2,3 auf 1,5 Millionen reduziert. Diese Lücken sollten vor allem mit gefangenen Deutschen gefüllt werden. Man hoffte, in Deutschland insgesamt bis zu 500'000 Zwangsarbeiter rekrutieren zu können.

Bei näherer Betrachtung fällt allerdings ins Auge, dass die beschlossenen Deportationen nur jene Gebiete betrafen, aus denen die Deutschen nach Stalins Vorstellungen ohnehin ausgesiedelt werden sollten. Obwohl dies in dem Befehl nicht ausdrücklich festgelegt war, wurden deutsche Zivilisten nur aus den Territorien verschleppt, die ausserhalb der vier Besatzungszonen in Deutschland lagen. So wie bereits in Ungarn, Jugoslawien und Rumänien schuf man durch den Abtransport aller arbeitsfähigen Männer auch in den deutschen Ostgebieten vollendete politische Tatsachen. Zugleich wurde auf diese Weise ein möglicher Widerstand gegen die geplante Verschiebung der deutschen Ostgrenze geschwächt. Mit der Rekrutierung von Zwangsarbeitern im Osten schlug Stalin also zwei Fliegen mit einer Klappe, indem er die geplante Vertreibung der Deutschen zu einem erheblichen Teil vorwegnahm.

Die Deportation der Ostdeutschen verlief nach demselben Sche-



ma wie in Südosteuropa. Mit der Durchführung beauftragte das Verteidigungskomitee die Oberbefehlshaber der Roten Armee an den Fronten. In enger Zusammenarbeit mit den Beauftragten des NKWD hatten sie «die Organisation von Sammelpunkten (Lagern), das Erscheinen der Mobilisierten an diesen Sammelpunkten, ihre Bewachung und ihren Abtransport an die vom NKWD der UdSSR festgelegten Punkte zu sichern».<sup>13</sup> Drei Tage nach dem entsprechenden Beschluss des Verteidigungskomitees gab Berija seinen Frontbevollmächtigten genaue Anweisungen, wie dieser umgesetzt werden sollte. Die Männer der festgelegten Altersgruppen, so teilte er mit, sollten durch den jeweiligen sowjetischen Militärkommandanten «einberufen» werden. «Im Befehl ist zu erklären, dass bei Nichterscheinen an den Sammelpunkten der Mobilisierung unterliegende Personen vor ein Kriegsgericht gestellt werden.»<sup>14</sup> Dass dies keine leere Drohung war, ergibt sich aus dem nächsten Absatz des Befehls: «Sich der Mobilisierung entziehende Deutsche sind vor ein Kriegsgericht zu stellen.»<sup>15</sup> Die einberufenen Männer, so Berija weiter, sollten Winter- und Sommerkleidung, Schuhe, Unterwäsche, einen Satz Bettwäsche, Geschirr, Besteck und Nahrungsmittel für mindestens fünfzehn Tage mitbringen. In den Sammellagern seien sie in Arbeitsbataillonen mit einer Stärke von 750 bis 1'200 Personen zusammenzufassen und bataillonsweise in die UdSSR abzutransportieren.

Mit geübter Präzision machten sich die Frontbevollmächtigten des NKWD ans Werk. Anders als bei den Exzessen der Eroberung erfolgten die Festnahmen systematisch und organisiert. Schon Ende Januar 1945, also noch vor dem offiziellen Befehl, wurden in Westpreussen die ersten Zwangsarbeiter rekrutiert. Mitte Februar, vier Wochen nach dem Überschreiten der Reichsgrenze, hatte man in Ostdeutschland bereits annähernd 75'000 Menschen verhaftet. Neben 34'000 Deutschen waren dem NKWD auch 17'000 Polen und 7'000 Sowjetbürger ins Netz gegangen; bezeichnenderweise wurden nur 138 Verhaftete als Diversanten und Terroristen eingestuft. Gleichzeitig erreichten die Deportationen

aus Südost- und Mitteleuropa ihren Höhepunkt, so dass man die ersten 75'000 Deutschen auf die sowjetische Industrie verteilen konnte. In Ostdeutschland hatten die Verschleppungen etwa vier Wochen später begonnen; sie kulminierten im März 1945.

Als Problem erwies sich allerdings, dass man in den neu eroberten Gebieten kaum arbeitsfähige Männer vorfand. Wie der NKWD-Bevollmächtigte der 1. Weissrussischen Front, Serow, am 8. März 1945 nach Moskau berichtete, war in den eingenommenen deutschen Ortschaften nur eine unbedeutende Zahl von Einwohnern verblieben, hauptsächlich Alte, Kinder und Frauen, während die anderen entweder geflohen oder eingezogen worden waren. Insbesondere galt dies für die ländlichen Regionen Ostdeutschlands. Um dennoch die hohen Deportationsquoten zu erfüllen, griffen die Aushebungsabteilungen deshalb in grossem Masse auf Personen zurück, die zu harter Arbeit völlig ungeeignet waren.

Anders als Stalin befohlen hatte, wurden – wie bereits in Südosteuropa – vor allem zahlreiche junge Frauen zur Deportation in die Sowjetunion gefangen genommen. Auch Jugendliche und Ältere kamen in Haft. Augenzeugen berichteten später, wie die Menschen wahllos aus den Häusern oder Flüchtlingstrecks herausgeholt wurden. Oft sagte man ihnen, es würde sich bloss um einen zweitägigen Arbeitseinsatz handeln, nur selten wurden sie nach ihrem Alter gefragt. Die Beliebtheit der Festnahmen erhöhte sich noch durch die Bequemlichkeit der NKWD-Truppen. Um sich die Arbeit zu erleichtern, arretierten sie in manchen Gegenden die gesamte erwachsene Bevölkerung eines Dorfes, während andere Ortschaften völlig unberührt blieben.

«Mein Vater wurde zuerst abgeführt», beschrieb ein Mann aus dem westpreussischen Kreis Kulm den Beginn der Verschleppung seiner Familie in die Sowjetunion. «Am 29. Januar abends erschienen vier Soldaten, die meine Schwester A., und eine Stunde später zwei Soldaten, die mich in die Gefangenschaft brachten. Wir kamen in ein Haus am Dorf, in dem schon eine Anzahl Deutsche, ein-

gedeutsche Polen und Nationalpolen sassen.»<sup>16</sup> Auch in Ostpreussen setzten bald darauf die Festnahmen ein, wie aus diesem Bericht eines Mannes aus Burgkampen hervorgeht: «Ich wurde mit meiner Familie und vielen anderen Leidensgenossen auf der Flucht aus Ostpreussen mit dem Treck von den Russen am 1. Februar 1945 gefangen genommen. Wir wurden zu Hunderten bis in die Gegend Rastenburg zusammengetrieben.»<sup>17</sup> Mit dem weiteren Vormarsch der Roten Armee begannen schliesslich auch in Schlesien und den anderen eroberten Regionen die Massenverhaftungen.

In dichter besiedelten Gebieten forderten Plakate alle Männer im arbeitsfähigen Alter auf, sich innerhalb von achtundvierzig Stunden bei den sowjetischen Verwaltungsstellen zu melden – zum «Arbeitseinsatz im rückwärtigen Frontgebiet», wie es hiess.<sup>18</sup> Mitzubringen waren eine Schlafdecke, warme Wäsche sowie Verpflegung für zwei Wochen. Im oberschlesischen Hindenburg hingen die roten Bekanntmachungen seit dem 10. Februar auf allen öffentlichen Plätzen und Strassen. Da hier Tausende Bergarbeiter lebten, die vom Militärdienst freigestellt worden waren, konnte das NKWD reiche Ernte einfahren. Allein die Registrierung im örtlichen Polizeiamt nahm mehr als eine Woche in Anspruch. Immer wenn 1'000 Männer zusammen waren, wurden sie im Hof zu einer Kolonne formiert und unter scharfer Bewachung abtransportiert. Zwei bis drei Wochen später holte man auch die Frauen von den Strassen und aus den Wohnungen, um sie in die UdSSR zu deportieren. In den ethnisch gemischten Gebieten bediente sich die sowjetische Geheimpolizei zudem in polnischen Lagern, in welche die neue kommunistische Miliz zeitgleich ebenfalls zahlreiche Deutsche einsperrte.

Bei den Festnahmen unterschieden die Truppen des NKWD nicht, warum sie wen verhafteten. Ob es um den Säuberungsbefehl vom Januar oder den Deportationsbefehl vom Februar ging, war den Greifkommandos bei ihrer Arbeit offensichtlich gleichgültig. Entscheidend war, eine möglichst hohe Zahl an Personen festzu-

setzen und in die Obhut des NKWD zu bringen – sortiert werden konnte später immer noch. Die Festnahmen hatten deshalb zum Teil die Form von Grossoperationen, bei denen mehrere Tausend Menschen gleichzeitig verhaftet wurden. So durchkämmten Ende März mehr als 10'000 NKWD-Soldaten der 2. Weissrussischen Front über 2'000 Siedlungen und 4'700 Quadratkilometer Wald und nahmen dabei mehr als 18'000 Menschen fest. In Königsberg, das erst am 13. April 1945 von der Roten Armee erobert wurde, verhafteten die Truppen des NKWD sogar über 60'000 Personen, nachdem man zuvor alle Fluchtwege aus der Stadt abgeriegelt hatte. In dem entsprechenden Bericht an Berija hiess es: «Nach dreitägigem Bombardement durch Luftwaffe und Artillerie, an dem auch schwere Artillerie und Raketenwerfer beteiligt waren, ist Königsberg in einen Trümmerhaufen verwandelt worden. [...] Es gibt fast keine arbeitsfähige Bevölkerung.»<sup>19</sup>

Die Festnahmen erfolgten mit grosser Rücksichtslosigkeit. In den Landgemeinden wurden die Betroffenen meist in irgendwelche Räume oder Keller gepfercht, bis genügend Menschen zusammen waren. Hilflos sah sich die deutsche Bevölkerung in einem Zustand völliger Rechtlosigkeit. «Man trieb uns unter schärfster Bewachung, sozusagen als Schwerverbrecher, in ein kleines Zimmer», erinnerte sich später eine junge Frau aus dem Kreis Elbing in Westpreussen an den Beginn ihrer über dreijährigen Lagerzeit im sowjetischen Tscheljabinsk. «Auf engstem Raum zusammengedrängt, sassen wir dort drei Tage.»<sup>20</sup> Oft spielten sich herzerreissende Szenen ab, wenn Männer von ihren Frauen oder Mütter von ihren Kindern getrennt wurden. Manchmal trieb man ganze Dorfgemeinschaften wie Vieh zusammen und brachte sie zum nächsten Sammelpunkt.

In der Regel mussten die Gefangenen vom Ort ihrer Festnahme zu grösseren Sammelpätzen marschieren. Diese lagen teilweise bis zu dreissig oder mehr Kilometer entfernt. Wachsoldaten scheuchten die Deutschen mit der Waffe im Anschlag voran und

hinderten sie an der Flucht. In Gasthöfen und Amtsstuben, Kirchen und Gutshäusern hatte das NKWD überall improvisierte Auffangstellen eingerichtet, teilweise dienten auch lokale Gefängnisse als Zwischenlager. In Zellen oder Kellern wurden die Inhaftierten dort auf knappstem Raum eingesperrt. «Der Kellerraum, der für 60 Mann ausgereicht hätte, war mit ca. 250 Mann überfüllt», erinnerte sich ein Flüchtling, der Mitte März in Pommern gefangen genommen und in das Untergeschoss eines Pfarrhauses gebracht worden war. «Aufs Engste zusammengepfropft, mussten wir stehend die Nacht zubringen. Wer zusammenbrach, wurde zertreten. [...] Die verbrauchte Luft und der Gestank waren unerträglich, und wir hatten wenig Hoffnung, am anderen Morgen noch am Leben zu sein.»<sup>21</sup> Viele Deportierte hinterliessen ähnliche Beschreibungen ihrer ersten Hafttage. Sie zeigen, wie gleichgültig den Sowjets das Leben ihrer Gefangenen war.

Erst an den Sammelpätzen begannen die NKWD-Offiziere, sich näher mit den Verhafteten zu beschäftigen. Vielfach fanden hier die ersten, unterschiedlich intensiven Verhöre statt. Während im oberschlesischen Industriegebiet ausführliche Vernehmungen durchgeführt wurden, verzichtete man in einigen ländlichen Gebieten ganz auf eine Befragung. Bei den Verhören wurden die Festgenommenen in der Regel nach ihrem Namen, ihrem Alter und ihrem Beruf gefragt. Manchmal ging es auch um Angaben über den Viehbestand, den Besitz und die Beschäftigung von Hilfskräften oder Zwangsarbeitern. Vor allem aber wollte man wissen, ob die Verhafteten der NSDAP oder einer anderen nationalsozialistischen Organisation angehört hatten.

«Die Vernehmung war einfach», schilderte eine Frau die Methoden in der NKWD-Kommandantur von Danzig, wo sie eine Zeit lang hatte arbeiten müssen. «Du bist bei der SS, SA oder BDM oder HJ gewesen. Natürlich leugnete jeder. Dann ein Schlag mit der Reitpeitsche: ‚Du lügst, Du warst PG!‘ Bei weiterem Leugnen wieder Schläge.»<sup>22</sup> Tatsächlich waren die Verhöre oft von brutaler

Gewalt begleitet. Mit allen Mitteln versuchten die Vernehmer, die Gefangenen dazu zu bringen, sich selbst zu belasten. Dabei ging es nicht darum, aus der Masse der Inhaftierten tatsächlich NS-belastete Personen herauszufiltern. Die Verhöre zielten vielmehr darauf ab, eine möglichst grosse Zahl von Menschen einer Kategorie des Säuberungsbefehls vom Januar 1945 zuordnen zu können. Wie Massenware produzierten die Offiziere die gesuchten «feindlichen Elemente», während es so gut wie keine Freilassungen gab. Nur so ist zu erklären, dass das NKWD schon nach wenigen Wochen melden konnte, Zehntausende Nationalsozialisten verhaftet zu haben, obwohl ein grosser Teil der Bevölkerung und die meisten Funktionäre des Regimes geflüchtet waren.

Über die ersten Vernehmungen der sowjetischen Geheimpolizei nach dem Einmarsch in Deutschland sind zahlreiche erschütternde Augenzeugenberichte überliefert. Eine Frau erinnerte sich zum Beispiel daran, wie sie Ende März einem jungen Kommissar gestehen sollte, Mitglied der NSDAP gewesen zu sein, was nicht zutraf. Der Kommissar rechnete allerdings auch nationalsozialistische Massenorganisationen wie die Volkswohlfahrt oder den Luftschutzbund zur Partei und versuchte, die Verhaftete mit Schlägen zu einem Geständnis zu bewegen: «Auf seine Frage ‚Frauenwerk‘, die ich verneinte, wurde er so ausfallend, dass er mich blau und grün schlug (etwa 15 Stockschläge über linken Oberarm, Rücken und Oberschenkel). Ich brach zusammen, musste wie beim ersten Verhör den Bogen unterzeichnen und wurde von einem Posten auf den Bodenraum gebracht.»<sup>23</sup>

Ähnliche Erfahrungen machte ein Mann in Pommern, der Mitte März zu einem Sammelplatz gebracht worden war: «Am anderen Tage wurden wir zum Protokoll vernommen, und jeder Gefangene, der nicht anerkennen wollte, dass er der Partei und dem Volksturm angehörte, erhielt 50 und mehr Schläge mit dem Gummiknüppel auf den nackten Körper, bis er diese Angaben anerkannte.» Im gleichen Tenor berichtete ein Lehrer aus Hindenburg in

Oberschlesien, geprägt vom Duktus seiner Zeit: «Als ich in die Verhörkammer kam, sah ich noch, wie ein junger grosser Bergmann, Konrad Liss aus dem Kreise Tranowitz, über einem Schemel lag und geprügelt wurde. Als Empfangsgruss bekam ich einen Schlag mit einem Gummikabel. Es waren zwei Kommissare, von denen der jüngere bestimmt ein Jude war, am Tisch. Das fingerstarke Gummikabel nahm er aus der Tischschublade, verschloss die Luftschutztür, und dann ging es los: ‚Du SS!‘»<sup>24</sup>

Die Offiziere des NKWD erhielten bald genauere Anweisungen, was sie mit den Gefangenen machen sollten. Am 22. Februar 1945 wurden die Frontbevollmächtigten dazu verpflichtet, die Festgenommenen verschiedenen Kategorien zuzuordnen: Angehörige von Wehrmacht, Vblkssturm, Polizei und anderen paramilitärischen Organisationen sollten, wie bereits erwähnt, in Kriegsgefangenenlager eingewiesen werden. Zivilpersonen waren in Speziallager, Sowjetbürger in die bereits erwähnten Überprüfungs- und Filtrationslager zu überstellen. Die Zwangsarbeiter hingegen sollten sofort zum Arbeitseinsatz in der Sowjetunion gelangen. Zu den Gefangenen zählten dabei auch Zehntausende Polen, die als Angehörige der Heimatarmee und anderer antikommunistischer Organisationen verhaftet worden waren oder, wie es in einem Bericht der polnischen Botschaft in Moskau hiess, «von den Sowjets zu Unrecht als Deutsche» behandelt wurden.<sup>25</sup> Polen und Deutsche, die sich bis dahin oftmals hasserfüllt gegenüberstanden hatten, fanden sich auf diese Weise manchmal gemeinsam in ein und derselben Zelle wieder.

Nach ihrer Vernehmung mussten sich die Festgenommenen zu Fuss in grosse, zentrale Sammellager begeben. Nur selten erfolgte der Transport per Bahn oder LKW. «Drei Tage wurde marschiert, alle zehn Schritt ein Russe zur Bewachung», beschrieb ein Mann aus Westpreussen seinen Weg ins Zuchthaus Graudenz. «In Scheunen oder Ställen wurden wir zur Nacht untergebracht.»<sup>26</sup> Hier fielen die Frauen vielfach Vergewaltigungen durch sowjeti-

sche Soldaten zum Opfer. Die Märsche konnten bis zu vierzehn Tage dauern; insbesondere für ältere Menschen waren sie eine Tortur. In langen Kolonnen zogen die Menschen durch das Land, manchmal umkreisten Schäferhunde den Zug.

Unterwegs erhielten die Gefangenen kaum etwas zu essen und zu trinken, so dass sie bald unter grossem Hunger und Durst litten. «Wir erhielten für sieben Marschtage ein Brot, welches viele Kameraden sofort mit Heisshunger verzehrten», berichtete ein Mann, der nach Deutsch Eylau getrieben worden war. «Wenn jemand es wagte, im Schmutzwasser des Strassengrabens seinen quälenden Durst zu stillen, so wurde er mit dem Kolben schwer geschlagen, und oft blieb er liegen.»<sup>27</sup> Ältere oder geschwächte Gefangene brachen unter diesen Umständen oft erschöpft zusammen. Die Begleitkommandos zwangen sie dann mit Kolbenschlägen zum Weitemarschieren oder erschossen sie einfach. «Wer die Strapazen nicht aushielt, wurde kurz in den Strassengraben geführt, und – ein Genickschuss war das Ende», erinnerte sich eine Frau aus Pommern an die vielen Liquidierungen.<sup>28</sup> Auch bei Fluchtversuchen wurde rigoros von der Waffe Gebrauch gemacht, wie aus diesem Augenzeugenbericht hervorgeht: «Ein junges Mädchen sprang von einer Brücke ins Wasser, die Posten schossen wie wild hinterher, ich sah sie untergehen.»<sup>29</sup>

Mitte April erstattete Berija Bericht über den Verlauf der Verhaftungen östlich von Oder und Neisse. In nur drei Monaten, so informierte er Stalin über die «Säuberung des Hinterlandes», waren insgesamt 216'000 Menschen festgenommen worden, darunter 138'000 Deutsche. 123'000 von ihnen bezeichnete Berija als «Angehörige faschistischer Organisationen», 5'000 seien «im Verlauf der Operation und auf dem Transport in die Lager» ums Leben gekommen.<sup>30</sup> Nicht in diesen Zahlen enthalten waren jene 97'000 Deutsche, die man zur Zwangsarbeit in der Sowjetunion ausgehoben hatte. Insgesamt waren damit in Ostdeutschland, den sowjetischen Aufzeichnungen zufolge, 235'000 Deutsche in Haft gekommen – ohne Angehörige von SA, SS, Volkssturm oder Wehrmacht,



die gesondert gezählt wurden. Nimmt man die anderen von der Roten Armee besetzten Gebiete hinzu, befanden sich sogar fast 380'000 deutsche Zivilisten in Lagern oder Gefängnissen, wobei man die auf den Transporten Verstorbenen noch hinzuzählen müsste. Nach einem Vierteljahr sowjetischer Besatzung hatten diese Deutschen und ihre Angehörigen keinerlei Anlass, die neuen Herren als Befreier zu betrachten.

### *Verschleppungen in die Sowjetunion*

Wie von Berija befohlen, hatten die NKWD-Bevollmächtigten in allen Frontbereichen Lager eingerichtet, um die vielen Gefangenen unterzubringen. Häufig griff man dazu auf Haftorte zurück, die bis dahin von den Nationalsozialisten genutzt worden waren, manchmal auch auf leer stehende Kasernen und ähnliche Gebäude. Für jede Häftlingskategorie gab es dabei einen eigenen Lagertyp: Kriegsgefangenenlager, Filtrationslager, Speziallager und Durchgangslager für die deutschen Zwangsarbeiten. Die meisten lagen in der Nähe einer Bahnlinie, damit man die Gefangenen leichter abtransportieren konnte, denn sie sollten ausnahmslos in die UdSSR deportiert werden. Nach kurzer Zeit war der Osten Deutschlands mit einem dichten Netz von Gefangenenlagern überzogen.

Im Unterschied zu den nationalsozialistischen KZs sind die Namen der sowjetischen Lager in Deutschland heute meist vergessen. Oft erinnert nicht einmal ein Hinweisschild an das traurige Schicksal der Gefangenen. Allein für die im Rahmen des Säuberungsbefehls inhaftierten Zivilisten gab es bei Kriegsende achtundzwanzig zentrale Haftorte, die nahezu alle östlich von Oder und Neisse lagen. Schreckliche Lager existierten unter anderem in Schneidemühl (heute: Pila), Schwiebus (Swiebodzin), Landsberg (Gorzow Wielkopolski) und Preussisch Eylau (Bagrationsk). Nicht weniger berüchtigt waren die Gefängnisse, die das NKWD in Grau-

denz (Grudziądz), Stargard (Stargard Szczecinski) oder Insterburg (Tschernjachowsk) betrieb. Die Namen dieser Orte durchziehen die Berichte der Überlebenden wie Chiffren für den sowjetischen Terror in Deutschland.

Schon die Einlieferung war für viele Gefangene ein Schock. «Auf dem Hofe des alten Zuchthauses wurden wir abgeladen, in einen grossen Raum geführt und unsere Papiere und Personalien geprüft», erinnerte sich zum Beispiel ein Bauer an seine Ankunft im Zuchthaus Insterburg, von wo die Transporte aus Ostpreussen in die Sowjetunion abgingen. «Dann wurden 45-50 Mann in eine kleine Zuchthauszelle gesteckt, in die man ein grosses Regal mit drei Etagen gebaut hatte, auf das sich einer neben den anderen legen musste, nur damit wir Platz hatten. Die Fenster waren mit Brettern vernagelt.»<sup>31</sup> Nicht viel anders schilderte eine Ende März verhaftete Frau ihren ersten Tag im Gefängnis von Graudenz, dem Verladeort für Westpreussen und Ostpommern: «Im Kellergeschoss wurden wir dann in den Zellen zu 20 Frauen eingesperrt und die Tür verschlossen. Eine Holzpritsche und eine eiserne Bettstelle waren alles, was wir vorfanden. [...] Nach drei Tagen gaben die Posten sechs Strohsäcke für uns, die wir auf dem Zementfussboden kauerten.»<sup>32</sup>

Aufgrund der grossen Zahl Festgenommener waren die eilends eingerichteten Haftorte völlig überfüllt. Wie zuvor in Polen und dem Baltikum wurden nun auch in Deutschland Tausende Gefangene auf engstem Raum zusammengepfercht. Allein im Lager Schneidemühl, das sich in der Artilleriekaserne an der Bromberger Strasse befand, waren Mitte Mai 1945 fast 4'400 Häftlinge konzentriert. Die Frauen wurden gesondert untergebracht und nachts vielfach missbraucht. Zu leiden hatten die Gefangenen nicht nur unter der bedrückenden Enge, den furchtbaren hygienischen Bedingungen und der extrem schlechten Luft, sondern auch unter der unzureichenden Ernährung. «In Insterburg», berichtete eine Frau, «war das Gefängnis dermassen überfüllt, dass wir sogar in gewaltigen Räumen unter dem Dach lagen. Mit der Verpflegung konnte

keine Übersicht mehr gehalten werden, es klappte überhaupt nicht, und wir lernten schon hier den Hunger kennen.»<sup>33</sup> In Graudenz bekamen die Häftlinge täglich nur einen Liter Wassersuppe. Für ihre Notdurft gab es einen langen, tiefen Graben, über den in Abständen Bretter gelegt waren, so dass man aufpassen musste, nicht hineinzufallen.

Unter diesen Umständen breiteten sich in den Lagern bald Ungeziefer und Krankheiten aus. Die Gefangenen wurden vor allem von Läusen und Wanzen befallen. Seuchen begannen zu grassieren, die Sterblichkeit nahm rapide zu. Typhus und andere Infektionskrankheiten, aber auch Gesichtsröten und Hautausschläge rafften bald immer mehr Menschen hinweg, wobei Ältere und Geschwächte am stärksten betroffen waren. Mit der Länge des Lageraufenthalts sanken automatisch die Überlebenschancen. «Das Lager Schwiebus fasste einige Tausend deutscher Männer und Frauen», erinnerte sich eine Frau an das zunehmende Sterben. «Die vielen dort zu Tode gequälten Menschen wurden in Massengräbern bestattet.»<sup>34</sup>

Auch im Lager Schneidemühl verscharrte man jeden Abend mehrere Tote in einem Massengrab am Waldrand, wie ein Augenzeuge festhielt: «Die Leichen wurden nackt in eine grosse Kiste geworfen, ob Kopf oben oder unten war egal. Schätzungsweise liegen dort über 1'000.»<sup>35</sup> Im Lager Tost in Oberschlesien sollen sogar weit über 3'000 Gefangene gestorben sein, genaue Zahlen gibt es nicht. Anders als bei Lagerinsassen, die in der NS-Zeit ums Leben gekommen waren und deren sterbliche Überreste nach 1945 wenigstens eine würdige Ruhestätte bekamen, machte man die Massengräber der Deutschen später bewusst unkenntlich und liess sie von Bäumen und Sträuchern überwuchern.

Zu den katastrophalen Lebensbedingungen kamen zum Teil weitere Verhöre und gezielte Quälereien durch das Wachpersonal hinzu. Vor allem in den polnischen Gebieten, wo nicht nur sowjetische Sicherheitskräfte, sondern auch lokale Milizionäre an den Internierungen mitwirkten, waren regelmässig schwere Übergriffe zu verzeichnen. Typisch ist der Bericht eines Mannes aus dem La-

ger Sikawa bei Łódź, der festhielt, wie russische und polnische Offiziere beim abendlichen Appell betrunken die Reihen der Häftlinge kontrollierten und dabei immer wieder einzelne Menschen erschossen. Einer der Russen, der angeblich nach SS-Männern fahndete, habe die Gefangenen regelmässig mit dem Stock verprügelt. «Wer ihm ein gewesener SS-Mann zu sein schien, den schlug er halb tot. Das tat er Tag für Tag, solange ich in Sikawa war.»<sup>36</sup>

Für den Abtransport in die Sowjetunion wurden die Gefangenen zum Bahnhof geführt. Dort verlud man sie in unbeheizte Güterwaggons. Junge Mädchen und alte Frauen, die erst wenige Wochen vorher aus ihrem gewohnten Leben herausgerissen worden waren, mussten schockiert erkennen, dass sie tatsächlich nach Russland gebracht werden sollten. «Bei menschenunwürdiger Behandlung wurden wir von den Posten in die Waggons gestossen», beschrieb eine Frau aus dem ostpreussischen Gerdauen ihre Verladung am Bahnhof Insterburg. «In meinem Waggon befanden sich Frauen und Mädchen im Alter von 15-60 Jahren. Weder Stroh noch Pritschen waren vorhanden, und so sassen wir, vor Kälte zitternd, auf dem Boden des Wagens.»<sup>37</sup>

Schon bei der Abfahrt wurden die Verschleppten, wie von Stalin befohlen, in Arbeitsbataillone zusammengefasst. Alles in allem kam man auf 221 Bataillone mit jeweils 750 bis 1'500 Personen. Je nach Grösse wurden in einen Waggon zwischen fünfundvierzig und neunzig Gefangene gepfercht. Manchmal war der Wagen so voll, dass man nicht einmal sitzen oder liegen konnte. «Von dem ewigen Stehen wurden die Beine schwach, es kauerte sich einer auf den anderen», erinnerte sich ein Mann, den die Sowjets von Ostpreussen in den Ural deportiert hatten. «Dieser Zustand war unerträglich.»<sup>38</sup> Zudem schikanierte das Wachpersonal die Gefangenen; es kam zu gewalttätigen Übergriffen, vereinzelt auch zu Vergewaltigungen. Bei jedem Halt klopfen die Wachen die Waggons von aussen ab, um zu prüfen, ob während der Fahrt jemand ein Brett gelöst hatte. Unter diesen Bedingungen waren die Häftlinge

zwischen drei und sechs Wochen unterwegs, ehe sie das Fahrtziel erreichten.

Die Verpflegung während der Transporte war völlig unzureichend. Nur wenn der Waggon stand, bekamen die Gefangenen einen Eimer Wassersuppe und etwas Brot ausgehändigt. Die meisten litten deshalb bald unter grossem Hunger. Noch schlimmer war jedoch der Durst, da es, falls überhaupt, nur einmal am Tag etwas zu trinken gab. Wenn der Zug stoppte und die Häftlinge an ein Gewässer geführt wurden, stürzten sie sich oft wie Vieh auf das kostbare Nass. Während der Fahrt versuchten die Gefangenen deshalb, durch Schnee oder Eis an Flüssigkeit zu gelangen. «Von dem Dunst und Hauch waren die Eisenteile des Waggons mit Reif beschlagen. Dieses haben die meisten mit verdreckten Fingern abgekratzt und gelutscht. Dadurch wurden viele krank», berichtete ein Zeitzeuge über die fatalen Folgen des Durstes.<sup>39</sup>

Nach einigen Tagen starben die ersten Gefangenen. Das Wachpersonal sammelte die Toten ein und führte sie weiter mit, vermutlich damit bei der Ankunft die Zahl der Transportierten stimmte. «Am Ende des Zuges waren zwei grosse Waggons zur Aufnahme der Toten», erinnerte sich eine Frau aus dem ostpreussischen Kreis Lötzen an die vielfach beschriebene Praxis des NKWD, «diese waren bis Moskau vollgepackt mit nackten Leichen. Jeden Morgen wurden die Verstorbenen entkleidet und in diese Waggons geschleppt.»<sup>40</sup> Als eine Kommission wegen des schlechten Zustands der Gefangenen das Begleitpersonal zur Rede gestellt habe, so berichtete die Frau weiter, habe dieses behauptet, es sei bei der Abfahrt angewiesen worden, möglichst viele unterwegs umkommen zu lassen. Sowjetische Statistiken über die Zahl der Toten bei den Transporten gibt es nicht, doch Augenzeugen haben übereinstimmend berichtet, dass bis zu zehn und mehr Prozent der Belegung eines Zuges die eisige Fahrt nicht überlebt hätten. Tausende Deportierte dürften demnach bereits in den Waggons gestorben sein.

Bei ihrem Eintreffen in der Sowjetunion boten die Gefangenen

einen erbärmlichen Anblick. «Als wir nach 24 Tagen im Ural ankamen, waren 12 Mann verhungert und verdurstet», beschrieb ein Mann aus Stuhm in Westpreussen seine Ankunft im Lager Kimpersay. «Alle waren wir so schwach, wir konnten kaum auf den Beinen stehn.»<sup>41</sup> In ähnlicher Weise schilderte die Schneiderin Anna Schwartz das Ende ihrer achtzehntägigen Fahrt von Graudenz ins westliche Sibirien: «Beim Ausladen gingen die meisten von uns in die Knie, so schwach waren wir schon. Die Kranken wurden von den Stärkeren getragen, und so wankte dieser Leidenszug die kurze Strecke ins Lager. Auf der Fahrt waren schon 200 Männer und Frauen gestorben.»<sup>42</sup> Meist musste man den Verschleppten erst einige Wochen Ruhezeit einräumen, bevor sie überhaupt zur Arbeit eingesetzt werden konnten.

Auf diese Weise rollten seit Februar 1945 Tausende Eisenbahnwaggons mit Gefangenen aus Deutschland in die Sowjetunion. Wie Berija Stalin berichtete, leisteten Mitte April bereits bis zu 25'000 Personen, die im Zuge der Säuberungen in Deutschland verhaftet worden waren, Zwangsarbeit in der UdSSR. Die meisten wurden im Kohlebergbau, in der Metallindustrie, in der Torfgewinnung und auf Baustellen eingesetzt. In den nächsten Wochen sollte ihre Zahl auf 66'000 steigen. Die 97'000 Deutschen, die nach dem Deportationsbefehl ausgehoben worden waren, warteten hingegen noch auf ihre Verteilung. Stalin höchstpersönlich entschied darüber, in welchen Branchen sie zum Einsatz kommen sollten: 38'000 mussten, einem Vorschlag Berijas folgend, in sowjetischen Kohlebergwerken arbeiten, 28'000 im Bauwesen, 13'000 in der Schwarzmetallurgie, 18'000 in diversen anderen Industrien – wie Produktionsziffern liess sich der Diktator die Verwendung der Zwangsarbeiter vorrechnen.

Die Arbeitslager, in welche die Deportierten nach ihrer Ankunft kamen, waren über die ganze UdSSR verstreut. Der grösste Teil befand sich in den Industriebezirken am Ural, im Donez- und im Don-Gebiet, manche lagen aber auch in noch entlegeneren Regionen, vom Eismeer im Norden bis zum Kaukasus im Süden. Wie

die Soldatenlager unterstanden sie der Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte (GUPWI) des NKWD, die dazu im Februar 1945 eine eigene Verwaltung für Internierte und Mobilisierte bildete. Das Lagerregime unterschied sich daher nicht wesentlich von dem der in die UdSSR verschleppten Soldaten.

In vielen Haftorten mussten die Deportierten zunächst in Zelten, Erdlöchern oder Lehmhütten auf dem Boden schlafen. In dieser Zeit bauten sie sich selbst Baracken, in denen sich anschliessend jeweils 120 bis 140 Menschen, ohne Decken und Strohsack, drängten. «Wir lagen auf kahlen Brettern so dicht nebeneinander, dass, wenn wir uns umdrehen wollten, wir die Nachbarn rechts und links wecken mussten, damit wir uns gleichzeitig umdrehen», heisst es in dem Bericht der Schneiderin aus Schönberg in Westpreussen weiter.<sup>43</sup> In der Hälfte der Bataillone bekamen die Verschleppten weder Kleidung noch Schuhwerk zur Verfügung gestellt, in siebzig Prozent der Fälle gab es keine Unterwäsche. Überall litten die Menschen unter Ungeziefer, das sich in den Baracken breit machte und sich regelrecht auf sie stürzte. «Die Wanzenplage war so gross, dass im August-September niemand in den Unterkünften schlafen konnte», berichtete später ein Lehrer aus dem oberschlesischen Hindenburg. «Sie kamen zu Tausenden, diese blutrünstigen Wanzen, und alles schlief im Freien.»<sup>44</sup> Um der Ausbreitung von Läusen entgegenzuwirken, wurde den Zwangsarbeitern meist eine Glatze rasiert, was besonders die Frauen als entwürdigend empfanden. Eine Tortur waren zudem die regelmässigen Zählappelle, bei denen die Gefangenen auch bei Kälte oder Regen stundenlang auf dem Lagerplatz Aufstellung nehmen mussten.

Die Unterkünfte der Inhaftierten wurden gut gesichert; eine Flucht war deshalb kaum möglich. «Ein grosses, viereckiges Gelände war mit einem zwei Meter hohen Stacheldraht umgeben», beschrieb die deportierte Schneiderin das Lager in Sibirien, in das sie im Mai 1945 eingeliefert worden war. «Innerhalb dieses Zaunes, in zwei Meter Entfernung von dem ersten, gab es noch einen

kleinen Stacheldrahtzaun, und in dessen Nähe durften wir nie gehen. In jeder Ecke ausserhalb des Zaunes stand ein Wachturm, der Tag und Nacht besetzt war.»<sup>45</sup> Nach Einbruch der Dunkelheit wurde das ganze Lager von Scheinwerfern erhellt.

Verschleppte, die in der Sowjetunion mit deutschen Kriegsgefangenen in Berührung kamen, haben später berichtet, dass die bunt zusammengewürfelten und unerfahrenen Zivilisten das entbehrensreiche Lagerleben oft schlechter organisieren konnten als die an Disziplin gewöhnten Soldaten. Da die Trennung nach Nationalitäten bei den Zwangsarbeitern weniger streng war und die Deutschen in der Lagerhierarchie ganz unten standen, wurden sie zusätzlich von polnischen Gefangenen schikaniert, die man oft als Brigadiere oder Abteilungsführer einsetzte.

Zur Bestrafung von kleineren Verstössen stand in jedem Lager ein eigener Karzer zur Verfügung. Manchmal handelte es sich dabei nur um ein zugedecktes Erdloch oder, besonders fatal, um den Aufbewahrungsraum für die Toten. Käthe Hildebrandt aus Gerdauen in Ostpreussen berichtete später über die Zustände in einem Lager in Turkmenien: «Wenn man nicht vollkommen und auf der Stelle den Vorgesetzten, welche zum Teil auch Deutsche waren, Folge geleistet hatte oder sonst ein kleines Vergehen begangen hatte, was oft kaum der Rede wert war, wurde man eine Nacht in die Leichenkammer mit 20-30 Toten zusammen eingesperrt. Erst als dann mehrere Todesfälle durch Leichenvergiftung eintraten, wurde dieses von ärztlicher Seite verboten, und es wurden richtige Zellen eingerichtet.»<sup>46</sup>

Die Deportierten, gleichgültig ob Männer oder Frauen, zwang man in der Sowjetunion zu harter körperlicher Arbeit. In den ersten beiden Jahren hatten manche Gefangene selbst am Sonntag nicht frei. «Wir wurden in Arbeitskommandos eingeteilt», erinnerte sich eine Frau aus Ostpreussen, «empfangen Axt und Säge, und unter Postenbewachung mussten wir in kniehohem Schnee steile Berge, die zum Wald führten, erklimmen, Bäume fällen, die Stämme zer-



sägen und stapeln. Wenn wir vor Kälte die Axt in den verklammerten Händen kaum noch imstande waren zu halten, so erlaubten die Posten oder die Brigadiere (Antreiber zur Arbeit), dass wir uns ein Feuer anzünden konnten, die Glieder zu erwärmen.»<sup>47</sup> Ähnlich zerstörerisch war die Arbeit in den Kohlegruben, zu der auch Frauen herangezogen wurden, wie Ilse Lau aus Zandersfelde in Westpreussen erzählte: «Nur der durfte aus dem finsternen Loch heraus, der seine Norm erfüllt hatte. So kam es vor, dass wir bis zu 16 Stunden unten hockten. Hatten wir unsere Arbeit mit letzter Kraftanstrengung geschafft, so durften wir nicht wie sonst üblich mit dem Fahrstuhl hinauffahren, sondern mussten die Leitern hochsteigen (138 m).»<sup>48</sup> Vor allem Alte, Frauen und Jugendliche waren diesen Strapazen oft nicht gewachsen.

Verheerender noch als die Arbeitsbedingungen wirkte sich jedoch die unzureichende Verpflegung aus. «Es wurde oft bis zu 12, ja 14 Stunden ohne Essen durchgearbeitet», berichtete etwa ein Mann aus dem westpreussischen Kulm, der im Februar 1945 in das Lager Nr. 325 südöstlich von Moskau verschleppt worden war. «Wenn man dann abends ins Lager zurückkam, erhielt man zweimal dünne Suppe (1<sup>l</sup>/ 1) und %1 Grütze und ging danach hungrig auf seine Pritsche, um am nächsten Morgen % 1 Suppe und 600 g Brot zu erhalten und sofort wieder zur Arbeit zu gehen.»<sup>49</sup> Wie bei den Kriegsgefangenen hing die Höhe der Rationen dabei von der erbrachten Arbeitsleistung ab, mit den bereits beschriebenen Folgen.

Die Lebensumstände in den Lagern führten dazu, dass die Gesundheit der Häftlinge oft schon nach kurzer Zeit ruiniert war. Um ihre Arbeitsfähigkeit zu prüfen, liess eine Kommission sie alle drei Monate antreten; jeder wurde in eine der erwähnten Tauglichkeitskategorien eingestuft. «In einem kleinen Raum mussten wir uns nackt ausziehen und einzeln in das so genannte Sprechzimmer gehen», schilderte eine Frau die primitive Prozedur. «Gott sei Dank sass unsere gute russische Ärztin da, ausser ihr noch fünf oder

sechs Offiziere. Die Letzteren machten sich lustig über unsere schamroten Gesichter und über unsere durch starke Abmagerung entstellten Figuren. Einzelne kniffen in unsere Arme und Beine, um die Festigkeit des Fleisches festzustellen.»<sup>50</sup>

Schon nach wenigen Monaten waren Zehntausende Gefangene für den vorgesehenen Arbeitseinsatz nicht mehr geeignet. Statt den Wiederaufbau der sowjetischen Wirtschaft voranzubringen, stellten sie für die Verantwortlichen zunehmend eine Last dar. Ein Jahr nach den Deportationen, im Mai 1946, wandte sich deshalb der sowjetische Innenminister Sergej Kruglow mit der Bitte an Stalin, eine grössere Zahl Verschleppter freizulassen. Er berichtete dem Diktator, dass aus den besetzten Gebieten rund 190'000 Deutsche in die Sowjetunion gebracht worden seien, davon 51'000 Frauen. Bis zu 20'000 von ihnen seien unheilbar Erkrankte, Schwangere, Invaliden oder Alte. Das bedeutete, dass gut zehn Prozent der Zwangsarbeiter nicht mehr zu gebrauchen waren. «Um die Betriebe der Unionsindustrie vom Unterhalt der Arbeitsunfähigen zu entlasten», so der Minister, hielt es das Innenministerium für zweckmässig, «die Rückführung der erwähnten 20'000 internierten Deutschen nach Deutschland zu gestatten».<sup>51</sup>

In Wirklichkeit war die Zahl der in den Lagern verschlissenen Menschen – und der Deportierten! – noch viel höher. Rund 40'000 Verschleppte mussten in den Jahren 1945 und 1946 wegen Arbeitsunfähigkeit zurücktransportiert werden, und ständig kamen neue Kranke hinzu. Zum Jahreswechsel 1946/47 gab es in der Sowjetunion nur noch 68'000 arbeitsfähige deutsche Zwangsarbeiter, weitere rund 30'000 Deportierte galten als krank. Von den Anfang 1945 verschleppten Deutschen waren damit in nicht einmal zwei Jahren drei Viertel arbeitsunfähig geworden oder gestorben.

Tatsächlich sind in den Arbeitslagern zahllose Menschen regelrecht verhungert oder von Epidemien und Krankheiten hinweggerafft worden. Häufigste Todesursache waren die Folgen der mangelhaften Ernährung, die die Menschen zuerst abmagern und später ihre Gliedmassen durch Wasser anschwellen liess. An nächster

Stelle folgten Typhus, Ruhr und Fleckfieber. In vielen Augenzeugenberichten finden sich schreckliche Details über das Massensterben in den Lagern. «Bei 1,76 m Grösse gelangte ich bei 49 kg Körpergewicht an und war damit immer noch einer der Besten», erzählte etwa der Sägewerksbesitzer Erich Gerhardt aus Christburg in Westpreussen, der im März 1945 nach Anjerka in Mittelsibirien verschleppt worden war. «Wir waren nur noch wandelnde Skeletts und mussten bei grimmiger Kälte (bis über 60° unter Null) früh um sieben zur Arbeit, machten ca. 100 Minuten Fussweg und standen beim ersten Morgengrauen kurz vor 9.00 Uhr auf den Arbeitsstellen. Viele erfroren uns bei der Arbeit bzw. wurden von uns bei Arbeitsschluss besinnungslos mitgenommen und waren einige Stunden später tot.»<sup>52</sup> Täglich gab es in seinem Lager mindestens sechs Tote, die zwei Kilometer entfernt begraben wurden. Die Leichen kippte man zunächst zusammen in eine Kuhle; später kam der Befehl, jeden Leichnam einzeln zu bestatten. Bis Ende August starben allein in diesem Lager rund 700 Menschen.

Erst ab 1946 besserten sich langsam die Lebens- und Arbeitsverhältnisse. So ging man nach und nach dazu über, die Gefangenen zu entlohnen, um sie zu grösseren Arbeitsleistungen anzuspornen. Obwohl die Lagerkosten vom Lohn einbehalten wurden, konnten viele Häftlinge nun durch kleinere Einkäufe ihre kargen Verpflegungsrationen aufbessern. Nicht wenigen Hungernden rettete dies das Leben. Zudem wurde den Zwangsarbeitern erlaubt, eine Karte mit fünfundzwanzig Wörtern nach Deutschland zu schicken. Auf diese Weise erfuhren die Familien nach anderthalbjähriger Ungewissheit erstmals vom Schicksal der Deportierten – vorausgesetzt die Karte erreichte sie, denn aus ihren alten ostdeutschen Heimatorten hatte man sie zwischenzeitlich in der Regel vertrieben. «Wir hofften, wenigstens zu Weihnachten etwas von unseren Angehörigen zu erfahren», erinnerte sich eine Frau aus Schönberg in Westpreussen. «Einzelne bekamen auch Antwort, aber die Mehrzahl musste weiter in Ungewissheit leben.

Ich selbst erhielt das erste Lebenszeichen von meiner Schwester Mitte April 1948.»<sup>53</sup>

Insgesamt kamen von den 235'000 deutschen Zivilisten, die Berija bis Mitte April in Deutschland festnehmen liess, mehr als 163'000 – das sind rund siebenzig Prozent – in sowjetische Arbeitslager. Rechnet man die verschleppten Deutschen aus den anderen von der Roten Armee besetzten Gebieten hinzu, wurden sogar fast 280'000 Zivilisten deportiert, darunter ein Viertel Frauen. In diesen Zahlen sind freilich nur solche Personen berücksichtigt, die bei ihrer Ankunft noch lebten und in der UdSSR entsprechend registriert wurden. Wie viele Menschen während der Transporte oder der anschliessenden Zeit im Lager gestorben sind, ist bis heute nicht abschliessend geklärt. Angesichts der chaotischen Verhältnisse beim Vormarsch der Roten Armee lässt sich ihre Zahl wahrscheinlich nie mehr genau feststellen.

Sowjetischen Unterlagen zufolge starben in den Lagern rund 67'000 deutsche Zivilisten, womit allerdings nur die registrierten Toten erfasst sind. Eine ähnliche Grössenordnung nennt eine NKWD-Statistik vom Juli 1950. Demnach kamen 69'000 von 71'000 verschleppten Deutschen – das wären fünfundzwanzig Prozent – in sowjetischen Arbeitslagern zu Tode. Im Vergleich dazu hatten selbst deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion deutlich höhere Überlebenschancen. Dabei unterschied sich die Sterblichkeit der beiden Gruppen deportierter Zivilisten erheblich. Während von den «Mobilisierten» knapp zwanzig Prozent ums Leben kamen, lag die Todesrate bei denen, die nach dem Säuberungsbefehl festgenommen worden waren, fast doppelt so hoch. Unter den zuletzt Genannten befanden sich besonders viele ältere Menschen, die wenig Aussicht hatten, im Lager zu überleben.

Tatsächlich war die Zahl der Toten bei den Zivilisten allerdings noch erheblich höher, als es die sowjetischen Angaben glauben machen. Über 400'000 Menschen gelten nach Angaben des Deutschen Roten Kreuzes bis heute als verschollen. Trotz Einsichtnahme in die sowjetischen Listen konnten 166'000 Schicksale nicht

geklärt werden. Deutsche Berechnungen gehen deshalb von mindestens 100'000 Toten aus. Einzelne Schätzungen reichen sogar bis zu 350'000; die Todesrate bei den Zivildeportierten wird in entsprechenden Untersuchungen mit rund fünfzig Prozent veranschlagt.

Die massenhafte Verschleppung deutscher Zivilisten in die Sowjetunion endete erst, als sich die Rote Armee anschickte, die Oder zu überschreiten. Unter Berufung auf eine Anweisung Stalins unterbreitete Berija dem Staatlichen Verteidigungskomitee am 16. April 1945 den Entwurf eines Beschlusses, die Mobilisierung von Zwangsarbeitern in Deutschland einzustellen. Auch die laufenden Transporte in die UdSSR sollten beendet werden. Am nächsten Tag – der Vormarsch auf Berlin hatte inzwischen begonnen – begab sich Berija persönlich zu Stalin und machte ihm den Vorschlag, zugleich die Verhaftungen im Rahmen des Säuberungsbefehls einzudämmen. Auf dem Entwurf eines entsprechenden Befehls vermerkte der Geheimdienstchef nach der Audienz: «Beim persönlichen Vortrag durch Genossen Stalin bestätigt.»<sup>54</sup>

Über die Gründe dieses Kurswechsels finden sich in den sowjetischen Dokumenten nur spärliche Angaben. Möglicherweise hing das Ende der Deportationen damit zusammen, dass die Rote Armee nun in jene Gebiete vorstieß, die einmal die Sowjetische Besatzungszone in Deutschland bilden sollten und die man deshalb nicht genauso entvölkern wollte wie die deutschen Ostgebiete. Vielleicht brauchte man aber auch nur die knappen Transportkapazitäten für die Demontage schlesischer Industrieanlagen, die mittlerweile auf Hochtouren lief. Ein wesentliches Moment dürfte jedoch gewesen sein, dass die Rote Armee durch die Einkesselung grosser deutscher Truppenverbände inzwischen massenhaft Kriegsgefangene gemacht hatte, die als Zwangsarbeiter weit geeigneter waren als Jugendliche, Alte und Frauen. Fast zwei Millionen deutsche Soldaten befanden sich Mitte Februar 1945 bereits in sowjetischer Gefangenschaft – und ihre Zahl stieg täglich weiter an.

Dass die verhafteten Zivilisten inzwischen eher als Belastung

denn als nützliches Arbeitskräftepotential empfunden wurden, macht der Bericht an Stalin deutlich, in dem Berija seine weitreichenden Vorschläge begründete. Ernüchert stellte er darin fest, dass von den Festgenommenen «nicht mehr als die Hälfte zu körperlichen Arbeiten eingesetzt werden kann, weil der übrige Teil aus Alten und zu körperlicher Arbeit untauglichen Personen besteht».<sup>55</sup> Darüber hinaus gab er zu, dass man vielfach Personen verhaftet habe, deren Festnahme selbst aus sowjetischer Perspektive nicht erforderlich gewesen sei.

Wahrscheinlich sollte dieser Hinweis den Diktator zusätzlich davon überzeugen, die Säuberungen einzuschränken. Die Überprüfungen des NKWD, so Berija, hätten ergeben, «dass es unter den Verhafteten eine beträchtliche Anzahl einfacher Mitglieder der verschiedenen faschistischen Organisationen (Gewerkschaften, Arbeitsorganisationen, Jugendorganisationen) gibt».<sup>56</sup> 123'000 Inhaftierte hätten lediglich der Deutschen Arbeitsfront (DAF), dem Reichsarbeitsdienst (RAD) oder der Hitlerjugend (HJ) angehört. Dagegen seien kaum mehr als 3'000 Festgenommene Mitarbeiter von Polizei, Strafjustiz und Gefängnissen gewesen; gut 2'000 klassifizierte er als Wirtschaftsführer, Verwaltungsleiter oder Journalisten. Damit man ihm aus den offenkundig völlig überzogenen Verhaftungen keinen Vorwurf machen konnte, beeilte sich Berija hinzuzufügen, dass diese «durch das Erfordernis der schnellstmöglichen Säuberung des Fronthinterlandes von feindlichen Elementen diktiert» gewesen seien.<sup>57</sup>

Mit Stalins Zustimmung konnte der NKWD-Chef am 18. April 1945 einen neuen Säuberungsbefehl erlassen.<sup>58</sup> Im Unterschied zur Anordnung vom Januar sah der Befehl mit der Nummer 00315 nicht mehr vor, sämtliche Mitglieder nationalsozialistischer Organisationen in Haft zu nehmen. Diese Festlegung hatte sich mittlerweile als zu weitgehend herausgestellt. Auch auf den dehnbaren Begriff der «sonstigen feindlichen Elemente» verzichtete man nun. Ebenfalls nicht mehr genannt wurden Bürgermeister und Leiter grosser Wirtschafts- und Verwaltungsorganisationen – vielleicht

weil man sie in der Sowjetischen Besatzungszone eher brauchte als in den deutschen Ostgebieten, die jetzt unter polnischer oder russischer Verwaltung standen. Neu aufgenommen wurden stattdessen die Angehörigen von SS und SA, die bis dahin überhaupt nicht erwähnt worden waren. Darüber hinaus schrieb man erstmals sämtliche Mitarbeiter von Gestapo, Sicherheitsdienst (SD), Justiz und Strafvollzug zur Verhaftung aus.

Fast akribisch zählte Berija nunmehr sieben Kategorien «feindlicher Elemente» auf, die von den Frontbevollmächtigten des NKWD festzunehmen seien: Spione, Diversanten und Terroristen der deutschen Geheimdienste standen an erster Stelle, gefolgt von Angehörigen aller Organisationen und Gruppen, die zur Zersetzungsarbeit zurückgelassen worden seien. An dritter Position wurden die Betreiber illegaler Funkstationen, Druckereien oder Waffenlager genannt. In Lager eingewiesen werden sollten darüber hinaus alle *aktiven* Mitglieder der NSDAP sowie die Führer nationalsozialistischer Jugendorganisationen ab der Kreisebene. Im Umkehrschluss bedeutete dies, dass Funktionäre der Deutschen Arbeitsfront und anderer NS-Massenorganisationen, aber auch untere Führer der Hitlerjugend und des Bundes Deutscher Mädel (BDM) sowie passive Mitglieder der NSDAP nicht mehr festzunehmen waren. Erst an sechster Stelle folgten die Mitarbeiter von Gestapo, SD und sonstigen deutschen Straforganen. Am Ende der Säuberungsliste standen schliesslich wie gehabt die Leiter der Gebiets-, Stadt- und Kreisverwaltungen sowie Zeitungs- und Zeitschriftenredakteure und Autoren antisowjetischer Veröffentlichungen. Personen, die nachweislich terroristische und Diversionshandlungen begangen hätten, sollten weiterhin an Ort und Stelle liquidiert werden.

Der Befehl bildete die Grundlage für alle weiteren Säuberungen in Deutschland. Er blieb bis 1954 in Kraft. Neu war, dass die Verhafteten nun nicht mehr in die Sowjetunion deportiert, sondern «an Ort und Stelle» untergebracht werden sollten. Zu diesem Zweck befahl Berija seinen Frontbevollmächtigten, in Deutschland eine ausreichende Anzahl von Gefängnissen und Lagern zu schaffen.

Innerhalb von fünf Tagen sollten sie dazu eine Liste mit Standorten vorlegen.<sup>59</sup> Was mit den Gefangenen weiter geschehen sollte, liess er offen, weil es dazu in Moskau offenbar noch keine konkreten Vorstellungen gab. Der Befehl verlangte darüber hinaus, alle Angehörigen bewaffneter Verbände -Wehrmacht, SA, SS und Volksturm – in Kriegsgefangenenlager einzuweisen. Auch das Personal von Gefängnissen, Konzentrationslagern, Militärkommandanturen, Militärstaatsanwaltschaften und Gerichten sollte dort, wie erwähnt, inhaftiert werden. Soldaten und Offiziere der Russischen Befreiungsarmee waren unverändert in gesonderte Überprüfungs- und Filtrationslager einzuliefern.

Der neue Säuberungsbefehl hatte zur Folge, dass in den Lagern plötzlich Zehntausende Menschen sassen, die dort eigentlich nicht hingehörten. Gleichwohl wurden sie nicht freigelassen. Berija ordnete vielmehr an, sie der Industrie zur Zwangsarbeit zu überstellen. Lediglich Invalide, Kranke, Arbeitsunfähige, Alte über sechzig und Frauen, die nicht unter die neuen Bestimmungen fielen, sollten auf freien Fuss gesetzt werden. Operativgruppen des NKWD und NKGB bekamen den Auftrag, alle Gefangenen zu überprüfen, damit sie in das für sie vorgesehene «richtige» Lager kamen.

Wie viele Menschen damals freigelassen wurden, ist nicht bekannt. Den sowjetischen Statistiken zufolge blieben zwar rund 88'000 Lagerinsassen von der Deportation verschont, doch bedeutete dies keineswegs, dass ihnen ein besseres Schicksal widerfuhr. Etwa 12'000 kamen im Laufe der nächsten Monate in Lager der Sowjetischen Besatzungszone, darunter viele in das ehemalige Konzentrationslager Buchenwald. Die letzten Gefangenen – rund 7'500 Menschen aus Landsberg und Graudenz – wurden im Februar 1946 in die SBZ geschafft. Rund ein Drittel von ihnen kam dort ums Leben.

Ein anderer Teil blieb in Polen und wurde dort zur Zwangsarbeit herangezogen. So arbeiteten mehrere Tausend Häftlinge seit Juli 1945 in den inzwischen polnisch verwalteten Bergwerken in Oberschlesien, und 20'000 Häftlinge führten für die Sowjets. Demonta-



gearbeiten aus. In Ostpreussen blieben rund 14'000 Festgenommene, die dort – vor allem in den Gefängnissen von Tapiaw (Gwardesjk) und Insterburg sowie im Lager Preussisch Eylau – für die neuen sowjetischen Herren schufteten mussten. Auch von ihnen haben viele die Strapazen nicht überlebt. Allein in Preussisch Eylau, wo über 10'000 Deutsche in ehemaligen Infanteriekasernen festgehalten wurden, starb bis zur Auflösung des Lagers Ende 1945 mehr als die Hälfte an Unterernährung, Erschöpfung und Typhus.<sup>60</sup>

Kein anderer Teil Deutschlands hat so sehr unter der sowjetischen Besatzung gelitten wie die Gebiete östlich von Oder und Neisse. Insbesondere die als Arbeitskräfte verschleppten Deutschen mussten Unsägliches durchmachen, ohne dass es dafür eine völkerrechtliche Rechtfertigung gab. Dennoch wird in Deutschland heute manchmal argumentiert, dass die Deportierten nicht befügt seien, sich als Opfer hinzustellen. Letztlich hätten sie nur einen kleinen Teil der Zerstörungen wieder gutmachen müssen, die von der deutschen Wehrmacht in der Sowjetunion angerichtet worden waren. Gedankengänge dieser Art zeugen nicht nur von einem erheblichen Mass an Gleichgültigkeit und Zynismus, sondern werden auch den historischen Vorgängen nicht gerecht. Die Verschleppungen aus Deutschland betrafen überwiegend Menschen, die schon aufgrund ihres Alters, ihrer Herkunft und ihrer Funktion für die Verbrechen des NS-Regimes nicht persönlich verantwortlich sein konnten. Selbst wenn man der Meinung ist, von bestimmten Bevölkerungsgruppen seien, stellvertretend für die tatsächlich Schuldigen, Aufbauarbeiten in den zerstörten Ländern zu leisten gewesen, dann hätte gerade dies in einer angemessenen organisierten und einigermaßen menschlichen Form geschehen müssen. Auch in Frankreich und anderen westlichen Staaten hatten Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg Zwangsarbeit zu leisten. Doch nur in der Sowjetunion sind so viele Menschen dabei zu Tode gekommen.

Anders als es einige Veröffentlichungen nahelegen, sind die unsäglichsten Arbeits- und Lebensbedingungen in den Lagern des

NKWD auch nicht in erster Linie auf die Verwüstungen des Krieges zurückzuführen, unter denen die deportierten Deutschen gleichsam mitgelitten hätten. Wer die umfangreiche Literatur über die sowjetischen Arbeitslager kennt, der weiss, dass das massenhafte Sterben von Zwangsarbeitern schon lange vorher unter dem Regime des GULag ständige Realität war. Die gnadenlose Ausbeutung der Gefangenen, auch um den Preis ihrer Vernichtung, kennzeichnete von Anbeginn das System des stalinistischen Terrors. Auch die später – zu spät! – ergriffenen Massnahmen, das Los der Verschleppten zu mildern, erfolgten nicht aus humanitären Erwägungen, sondern aus wirtschaftlichen Motiven, da die Arbeitskraftressourcen zu schnell dezimiert wurden.

Wie viele andere von Häftlingen realisierte Grossprojekte Stalins war der Einsatz der Deutschen nicht einmal ökonomisch sinnvoll. Wie bei den Kriegsgefangenen kostete er den sowjetischen Staat mehr, als er einbrachte. Die meisten Arbeitsbataillone erreichten nämlich die geforderten Leistungen nicht, da viele Deportierte zu krank oder zu entkräftet waren. Vielfach deckten die Einnahmen nicht einmal die Kosten für Essen, Kleidung, Schuhwerk und Wäsche. Dadurch verschlechterte sich wiederum die Versorgung der Gefangenen – ein Teufelskreis, dem Zehntausende Menschen zum Opfer fielen.

Wahrscheinlich hatte nach dem Ende des Krieges kein anderer Teil der deutschen Bevölkerung ein ähnlich schweres Schicksal zu tragen wie die verschleppten Zivilisten. Gleichwohl ist gerade diese Opfergruppe zunehmend in Vergessenheit geraten. In der alten Bundesrepublik wollte man von ihren Erfahrungen immer weniger wissen, weil sie nicht in das Bild von der Sowjetunion als Opfer des Krieges zu passen schienen. In der DDR war es generell tabu, über die Gewalttaten des grossen Bruders zu sprechen. Doch auch nach der Wiedervereinigung kamen die verschleppten Zivilisten in den Medien und der Forschung häufig nur am Rande vor. Während in Büchern und Filmen über das Kriegsende in Ostdeutschland die dramatischen Fluchtgeschichten im Vordergrund

stehen, geht es bei den Berichten über deutsche Zwangsarbeiter in der Sowjetunion in der Regel um Kriegsgefangene. Die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin Freya Klier, die in einem Buch das Schicksal von elf verschleppten Frauen beschrieben hat, beklagt deshalb zu Recht, dass die deportierten Zivilisten bis heute nicht die Würdigung erfahren haben, die ihnen zusteht.<sup>61</sup>

Doppelt bestraft wurden dabei jene deutschen Zwangsarbeiter, die nach ihrer Freilassung in die DDR zurückkehrten. Dort erhielten sie, anders als im Westen, nicht nur keinerlei Entschädigung, sondern galten wegen ihrer einschlägigen Erfahrungen in der Sowjetunion häufig auch als politisches Sicherheitsrisiko. Nach der Wiedervereinigung gingen die Betroffenen dann ein zweites Mal leer aus, weil das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz, das nun auch für ehemalige DDR-Bürger galt, 1992 gekappt wurde. Noch im Juni 2003 – achtundfünfzig Jahre nach Kriegsende – appellierten die Betroffenen vergeblich an den Bundestag, eine einmalige Entschädigung für die in die DDR Heimgekehrten zuzulassen.

Zu der Anhörung im Innenausschuss über eine entsprechende Initiative des Bundesrates war unter anderem die inzwischen zweiundachtzigjährige Franziska Nowacki geladen, die jetzt in Mecklenburg lebte. Mit brüchiger Stimme berichtete sie, was sie im ostpreussischen Allenstein erlebt hatte und wie sie von dort im Viehwaggon ins Lager Stalinogorsk gebracht worden war. Erst im August 1948 kam sie, nach dreieinhalb Jahren Zwangsarbeit, wieder frei. «Am Ende meines Lebens», so erklärte die betagte Frau vor den Abgeordneten, «erhoffe ich noch ein Zeichen von Gerechtigkeit. Mit der Entschädigung, über die heute gesprochen wird, werden wir Betroffenen keine Millionäre. Ich werde, wenn Sie sich zur Gerechtigkeit bekennen und ich eine Entschädigung erhalten sollte, einige frohe Stunden mit meinen Kindern und Freunden zubringen.»<sup>62</sup> Bis heute hat weder sie noch ein anderer Betroffener einen Haftausgleich bekommen.

## *Polnische Gewalttaten*

Selbst diejenigen, die das Glück hatten, nicht vom NKWD verhaftet zu werden, waren damit noch nicht in Sicherheit. Auch der neue polnische Staat unter seiner von den Sowjets eingesetzten «Lubliner Regierung» ging von Anfang an mit grosser Brutalität gegen die zurückgebliebenen Deutschen vor.

Aufgrund der blutigen Vorgeschichte war das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen extrem gespannt. Wie kaum ein anderes Land hatte Polen unter der deutschen Besatzung gelitten. In gut fünf Jahren waren nicht nur die meisten jüdischen Einwohner getötet, sondern auch über eine Million Nicht-Juden vertrieben oder in Arbeitslager eingewiesen worden. Allein bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes von 1944 starben 200'000 Menschen. Zuvor war die deutsche Minderheit in Polen ihrerseits Opfer gewaltsamer Übergriffe von polnischer Seite geworden. So hatte man nach dem Angriff der Wehrmacht am 1. September 1939 vorübergehend 50'000 Deutsche verschleppt und annähernd 5'000 umgebracht.

In den Gebieten, die nach Stalins Vorstellungen an Polen fallen sollten, sorgten die Sowjets gewaltsam dafür, dass umgehend neue, kommunistisch kontrollierte Machtstrukturen entstanden. Im Rücken ihrer Truppen liessen sie bewaffnete Milizen aufstellen, die als neue zivile Ordnungsmacht fungierten. Eine polnische Geheimpolizei, die vom NKWD geschaffen und kontrolliert wurde, eiferte diesem bald mit eigenen Säuberungen nach und entwickelte sich zu einem riesigen Terrorapparat. Die Zahl ihrer Mitarbeiter stieg allein zwischen Dezember 1944 und Mai 1945 von 2'500 auf über 11'000. Polnische Behörden übernahmen zudem auch dort die Verwaltungshoheit, wo bislang nur Deutsche gelebt hatten. Um den Einfluss der nationalpolnischen Bewegung zurückzudrängen, sorgte das neue, prosowjetische Regime dafür, dass sich nationalistischer Hass und Revanchegelüste ungebremsst austoben konnten.

Nach dem Einmarsch der Roten Armee mussten die Deutschen auf Geheiss der polnischen Behörden in der Öffentlichkeit vielerorts weisse Armbinden oder Hakenkreuze tragen. Erst im Mai 1945 machte man die Anordnung auf Veranlassung der sowjetischen Besatzungsmacht wieder rückgängig. Auf den Strassen wurde die deutschsprachige Bevölkerung vor allem von Jugendlichen verhöhnt und gedemütigt, oft auch bespuckt oder mit Steinen beworfen, ohne dass ihr jemand Schutz gab. Das gesamte Vermögen der Deutschen wurde enteignet; ihre völlige Rechtlosigkeit drückte sich auch darin aus, dass sie jederzeit zu unbezahlten Arbeitseinsätzen herangezogen werden konnten.

Im Vergleich zur sowjetischen Besatzungsmacht war das polnische Regime für die Deutschen sogar noch qualvoller, weil es stärker von individueller Rachsucht und zielgerichteter Grausamkeit geprägt wurde. Vor allem die Miliz, die bald in grossem Stil Verhaftungen durchführte, beging zahllose Verbrechen an unschuldigen Zivilisten und legte oft einen regelrechten Sadismus an den Tag. Die häufig aus fragwürdigem Personal zusammengestellten Einheiten waren bei den Deutschen deshalb bald noch gefürchteter als die Rotarmisten. Oft genug sahen sich sogar sowjetische Militärs genötigt einzugreifen, um den grundlosen Misshandlungen ein Ende zu machen.

Nicht besser stand es um den staatlichen Sicherheitsdienst UB (Urząd Bezpieczeństwa Publicznego). In einem Bericht vom Oktober 1945 stellte selbst das NKWD fest, dass die staatlichen Sicherheitsorgane in Polen «in starkem Masse mit Verrätern, [...] Korrumpierbaren, Marodeuren und anderen kriminellen Elementen verunreinigt sind».<sup>63</sup> Wie das NKWD requirierte auch der UB im ganzen Land Kirchen und Schulen, Keller und Wohngebäude, Polizeistationen und Gefängnisse. Zehntausende Deutsche wurden hier eingesperrt und – in der Regel unter schweren Misshandlungen – verhört. Wer einmal als so genannter «Hitlerist» verhaftet worden war, kam selten wieder frei. Meist sollten die Inhaftierten

zugeben, einer NS-Organisation angehört oder polnische Zwangsarbeiter schlecht behandelt zu haben. Anschliessend wurden sie von Sondergerichten abgeurteilt oder ohne Urteil in ein Lager eingewiesen. Die wahren Schuldigen für die an Polen und polnischen Juden verübten Verbrechen hingegen hatten sich in der Regel längst abgesetzt und gingen höchstens durch Zufall ins Netz.

«Am 25. April 1945 wurde ich in Zoppot bei Danzig – meiner Heimat – von der polnischen Miliz verhaftet», erinnerte sich eine Frau, die man in einen Keller der Geheimpolizei eingeliefert hatte. 25 Frauen und 40 Männer waren jeweils in einem kleinen Raum zusammengepfercht, in dem es weder eine Belüftung noch eine Sitzgelegenheit gab. Weil es so eng war, mussten die Männer zehn Tage lang ununterbrochen stehen. Zu essen gab es einmal täglich Kartoffelsuppe, vorausgesetzt man besass ein Gefäss, in das sie abgefüllt werden konnte. Jeden Abend kamen angetrunkene Milizbeamte in den Keller, und es begannen schreckliche Quälereien. «Die Männer mussten der Reihe nach vor unserer Tür antreten, den Hosenboden freimachen und wurden vor unseren Augen mit Gummiknüppeln bearbeitet. Wir mussten dazu singen!», fuhr die Frau in ihrem Bericht fort. Nach zehn Tagen erkannte sie ihren Mann, der ebenfalls festgenommen worden war, kaum wieder: «Verwachsen das Gesicht, total verschmutzt und geschwollen, die Augen fiebergelblich und unheimlich gross hervorquellend. Aus den Halbschuhen stachen wie Polster die geschwollenen Füsse. Er konnte kaum mehr gehen noch stehen.»<sup>64</sup> Wenige Wochen später war ihr Mann tot.

Von ähnlichen Methoden berichtete eine katholische Ordensschwester aus Bromberg, die Mitte Februar 1945 in einen polnischen Milizkeller gebracht worden war: «Oft standen wir dicht gedrängt nebeneinander, 70 Menschen, für 20 war ungefähr der Raum nur gedacht. An der einen Wand stand eine Bank, sonst war weiter keine Sitz- noch Schlafgelegenheit.» Selbst kleine, halb tote Kinder seien in den Keller gesperrt worden. Alle Augenblicke sei ein Uniformierter hereingekommen, bei dessen Erscheinen die Ge-

fangenen aufspringen und auf Polnisch «Achtung» hätten rufen müssen. «Wer nun auf dem Boden sass oder nachts gar schlief, konnte so schnell nicht aufspringen, dann gab es Fusstritte, Hiebe mit dem Gummiknüppel, mit einer Peitsche, die mehrere Riemen und am Ende Bleikugeln hatte.» Oft habe der polnische Kommandant persönlich die Häftlinge traktiert: «Wie hat er grosse starke Männer geschlagen, bis sie hinfielen, dann mit den Füßen bearbeitet, ganz gleich, wo der Schlag hintraf, die Zähne ausgeschlagen, die Augen blutig geschlagen, unbeschreiblich.»<sup>65</sup> Mehrere Gefangene habe man auf diese Weise langsam zu Tode gequält. Die Überlebenden wurden nach zehn Tagen Kellerhaft mit Gummiknüppeln in das Lager Kaltwasser getrieben.

Formale Grundlage für die Verhaftungen durch polnische Sicherheitsorgane bildete ein Dekret vom 31. August 1944 über die «Strafzumessung für faschistisch-hitleristische Verbrecher». Die Bestimmung sah vor, Personen zu bestrafen, die polnische Zivilisten oder Kriegsgefangene grausam behandelt oder unter entsprechenden Drohungen zur Arbeit gezwungen hätten. In Wirklichkeit wurden die meisten Deutschen jedoch allein aufgrund ihrer Nationalität und oft genug sogar nur wegen ihres «germanischen» Aussehens verhaftet. Darüber hinaus brachten Denunziationen und willkürliche Vorwürfe die Miliz in Aktion.

Um die Massenverhaftungen zu legitimieren, wurden die Bestimmungen des Dekrets im Dezember 1946 nachträglich ausgeweitet. Nun reichte bereits die blosser Beteiligung an «verbrecherischen Organisationen» – also die Mitgliedschaft in einem nationalsozialistischen Verband – für eine Bestrafung aus. Gemäss dieser Vorgabe wurden viele Gefangene erst zwei Jahre nach ihrer Festnahme verurteilt, wobei die bis dahin erlittene Haftzeit in der Regel nicht angerechnet wurde. Betroffen von den Repressalien waren aber auch 1,6 Millionen polnische Staatsbürger, die sich nach der Besetzung des Landes durch die Wehrmacht zur deutschen Nationalität bekannt hatten; laut einem Dekret vom Novem-

ber 1944 galten sie pauschal als «VolksVerräter». Ein weiteres Dekret vom Juni 1946 legte fest, dass polnische Staatsbürger, die ein freiwilliges Bekenntnis zum Deutschtum abgelegt hatten, mit bis zu zehn Jahren Gefängnis bestraft werden sollten.

Zur Unterbringung der Inhaftierten richteten die polnische Organe seit 1944 Gefangenenlager ein. Wie das NKWD übernahmen sie dabei oft die leerstehenden Arbeits- und Konzentrationslager der Nationalsozialisten. So wurde das ehemalige Aussenlager des KZ Stutthof in Potulitz nach seiner Befreiung praktisch unverändert weitergeführt – nur dass es jetzt nicht mehr polnische Zwangsarbeiter, sondern Deutsche fasste. In dem für etwa 10'000 Häftlinge ausgelegten Lager waren im Dezember 1947 insgesamt 24'000 Menschen zusammengepfercht, darunter 6'000 Kinder. Auch die Lager Auschwitz, Jaworzno oder Schwientochlowitz wurden vom polnischen Geheimdienst weitergeführt. Nach einigen Monaten übernahm die Warschauer Regierung zu dem die Lager des NKWD, etwa in Posen (November 1945) oder in Landsberg (Januar 1946). Besonders berüchtigt waren die Internierungs- und Zwangsarbeitslager Graudenz, Posen und Sikawa bei Łódź.

In den Lagern wurden weit über 100'000 Menschen inhaftiert, vor allem Frauen, Jugendliche, Kinder und Alte. Allein im früheren polnischen Staatsgebiet betrug die Zahl der internierten Deutschen fast 110'000. Bei der Einlieferung wurde ihnen jeder persönliche Besitz abgenommen und der gesamte Körper rasiert. Die Lebensumstände waren noch erbärmlicher als in den NKWD-Lagern, da die Gefangenen zusätzlich schwere Zwangsarbeit leisten mussten. Wie Sklaven wurden sie vom Staat an polnische Bauern oder Unternehmer für geringes Geld vermietet. Um auch die Frauen voll einsetzen zu können, trennte man sie von ihren Kindern, die in Gemeinschaftsbaracken untergebracht und später in polnische Kinderheime oder Familien gegeben wurden. Vor allem kleinere Kinder verhungerten vielfach oder starben an Seuchen und Krankheiten. Andere wurden vollständig polonisiert und fanden, wenn überhaupt, ihre Eltern erst Jahrzehnte später wieder.



Die brutale Ausbeutung der Gefangenen bei unzureichender Verpflegung, fehlender Hygiene und mangelhafter Bekleidung führte dazu, dass sie bald völlig entkräftet waren und regelrecht dahinsiechten. «Tagtäglich wurden aus diesem Lager, das ungefähr 500 Menschen fasste, zwölf bis fünfzehn Menschen tot auf einem Arbeitswagen herausgefahren und in einem Massengrab begraben», erinnerte sich eine Frau aus Oberschlesien an die Zustände im Lager Zgoda bei Schwientochlowitz in der Nähe von Kattowitz. «Als im Juni [1945] die Typhusepidemie ausbrach, starben täglich 60 bis 80 Menschen. Drei- bis viermal täglich fuhr der Arbeitswagen, von Gefangenen gezogen, auf den Friedhof.»<sup>66</sup>

Zu den miserablen äusseren Lebensumständen kam das Verhalten des Wachpersonals, das sich – trotz eines Anfang März 1945 erlassenen Verbots – geradezu einen Spass daraus machte, die Häftlinge zu quälen: «In den Nächten wurden wir aus dem Schlaf geweckt, mussten in Hemden vor ihnen tanzen, einige ganz nackt», beschrieb eine junge Frau ihre Erfahrungen im Lager Pakosc bei Hohensalza. «Die polnische Lagerpolizei war dauernd betrunken, so dass sie uns grundlos geschlagen hat. Viele Frauen wurden vergewaltigt und obendrein noch halb tot geschlagen.»<sup>67</sup> Nur mit einem Hemd bekleidet wurden sie im Winter auf den Lagerhof getrieben, wo sie sich auf Kommando in den Regenpfützen auf- und niederlegen mussten. Wer sich weigerte, wurde mit dem Gummiknüppel oder Gewehrkolben geschlagen.

Ähnliche Quälereien trugen sich auch in anderen Lagern zu, teilweise in bewusster Nachahmung nationalsozialistischer Praktiken. In Schwientochlowitz malträtierte der Lagerkommandant Solomon Morel persönlich die Häftlinge mit Gummiknüppeln, Sitzschemeln und Fäusten, nachdem er sie zuvor gezwungen hatte, das Horst-Wessel-Lied zu singen. 1993 leitete die Dortmunder Staatsanwaltschaft gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen Mordes ein, das jedoch wieder eingestellt wurde, weil er sich zwischenzeitlich nach Israel abgesetzt hatte. Der zwanzigjährige Czeslaw

Geborski, ehemaliger Leiter des Lagers Lamsdorf im Kreis Falkenberg, stand bereits 1948 wegen der Ermordung von mindestens einundsiebzig Menschen vor Gericht, darunter mehreren Kindern, die beim Milchholen erschossen worden waren. Wegen seiner angeblichen Unerfahrenheit sprach man ihn jedoch frei. Weitere Verfahren dieser Art gab es nicht in Polen.

Im Lager Potulitz war insbesondere der Arzt Isidor Cederbaum für seinen Sadismus berüchtigt. Ein Häftling berichtete später, wie Cederbaum zusammen mit dem Lagerkommandanten mehrere Frauen so lange geprügelt habe, bis diese ohnmächtig zusammengebrochen seien. «Danach wurden sie mit Wasser begossen und aufs Neue geschlagen. Im Karzer habe ich solche Misshandlungen durch die gleichen Beamten mehrfach beobachtet. In einem Fall weiss ich, dass nach einer solchen Misshandlung der Tod eintrat.» Auch ein anderer Gefangener hat diese Angaben bestätigt: «Als Sanitäter musste ich Frauen behandeln, die von Herrn Dr. C. auf der Quarantänenberacke 16 so geschlagen wurden, dass das ganze Gesäss ein einziger Bluterguss war. Diese Frauen mussten sich entkleiden und wurden dann von Herrn C. persönlich geschlagen.»<sup>68</sup>

Bei geringsten Vergehen – wenn etwa Mütter ihren abgetrennt untergebrachten Kindern etwas zu essen durch den Stacheldraht schoben – kamen die Häftlinge in zwei mal zwei Meter grosse Kellerräumen. Hier mussten sie sich ausziehen und flach auf den Bauch legen, dann wurde auf ihnen herumgeprügelt. Anschliessend hatten sie sich hinzustellen und wurden – im Winter wie im Sommer – in regelmässigen Abständen mit Wasser begossen. Ihre Notdurft mussten sie in einen Eimer verrichten. «Als eine der Bunkerinsassen ihn mal heraustragen wollte», so ein Augenzeuge, «sties Herr Cederbaum absichtlich daran, wobei der Eimer umkippte. Hierauf musste die Frau, die als ganz besondere Vergünstigung das Hemd hatte anbehalten dürfen, es ausziehen, alles aufwischen, das Hemd wieder anziehen und den Boden blank lecken.»<sup>69</sup>

Unter diesen Umständen wundert es nicht, dass die Sterblichkeit in den polnischen Lagern extrem hoch war. Zeitgenössischen

Schätzungen zufolge betragen die Verluste bis zu fünfzig Prozent, besonders unter Kindern und alten Leuten. Die genaue Zahl der Toten ist bis heute nicht bekannt, doch dürften mindestens 15'000 Menschen umgekommen sein. Allein im Zentrallager Potulitz starben dem Totenregister zufolge 3'139 von 34'932 Gefangenen. In Nebenlagern wie Kaltwasser, Hohensalza, Krone oder Thorn-Rudak war die Todesrate noch höher. Im Lager Lamsdorf kamen den Registrierungsheften zufolge achtunddreissig Prozent der insgesamt 2'050 erfassten Häftlinge ums Leben. In Schwientochlowitz fiel im Sommer 1945 die Mehrzahl der 2'500 Insassen einer Typhusepidemie zum Opfer. Auch hier sanken die Überlebenschancen mit der Dauer der Inhaftierung. Vier Jahre nach Kriegsende, als die letzten Lager geschlossen wurden, waren noch 32'000 Personen eingesperrt. Da die Toten zum Teil nicht registriert und die Massengräber bewusst unkenntlich gemacht wurden, sind exakte Untersuchungen kaum mehr möglich. Bis in die jüngste Zeit haben sich polnische Archive geweigert, deutschen Forschern die noch existierenden Lagerunterlagen zugänglich zu machen.

## DER WEG IN DIE SED-DIKTATUR

Die Eroberung der späteren DDR dauerte nur wenige Wochen. Im März 1945 hatten die sowjetischen Truppen zunächst noch an der Linie von Oder und Neisse Halt gemacht. Doch es war nur eine Frage der Zeit, bis sie zum letzten grossen Schlag gegen Hitler-Deutschland ausholen würden. Am 16. April 1945 begann die Rote Armee mit dem Vormarsch zur Elbe, bereits neun Tage später traf sie bei Torgau mit den Amerikanern zusammen. Berlin war von 2,5 Millionen Rotarmisten eingeschlossen und musste eine Woche später kapitulieren. In den darauffolgenden Tagen rückte die sowjetische Armee bis zu einer Linie zwischen Wismar im Norden und Meissen im Süden vor, so dass am 8. Mai 1945 mehr als zwei Drittel der späteren DDR unter ihrer Kontrolle standen. In die übrigen Gebiete, die die westlichen Alliierten besetzt hatten, zogen die Truppen Anfang Juli ein und räumten dafür zwölf Berliner Stadtbezirke. Bis auf den Westteil der Stadt stand damit das gesamte Gebiet zwischen Oder und Elbe unter sowjetischer Besatzung.

Wenn man den damaligen Verlautbarungen der Eroberer folgt, hätte in der sowjetischen Zone eigentlich eine mustergültige Demokratie entstehen müssen: Bereits im Juni 1945, eher als die westlichen Alliierten, räumten die Besatzer den Deutschen wieder das Recht ein, sich politisch zu organisieren. Mit seinem Befehl

Nr. 2 ordnete der neue Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), Marschall Schukow, die Bildung eines Mehrparteiensystems an. Er befahl, «die Schaffung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Reste des Faschismus und die Festigung der demokratischen Grundlagen und bürgerlichen Freiheiten in Deutschland zum Ziel setzen».<sup>1</sup> Wenige Wochen später wurden vier Parteien zugelassen, die ganz unterschiedliche Vorstellungen und Traditionen repräsentierten: KPD, SPD, CDU und die Liberal-Demokratische Partei (LDP), das Gegenstück zur westdeutschen FDP. Rein äusserlich unterschied sich das politische System im Osten damit kaum von dem, das in den Westzonen entstehen sollte.

In Wirklichkeit konnte von einem echten Pluralismus nicht die Rede sein. Bereits am 30. April 1945 hatte Stalin seinen künftigen Statthalter Walter Ulbricht und weitere KPD-Funktionäre aus Moskau nach Deutschland eingeflogen. Sofort begannen sie, das politische und staatliche Leben neu zu organisieren. Die SMAD sorgte dafür, dass sie bald überall die Fäden in der Hand hielten. Die anderen Parteien sahen sich hingegen in die Rolle von Statisten gedrängt, auf deren Meinung immer weniger Rücksicht genommen wurde. Zwar hatte die KPD in ihrem Gründungsaufruf vom Juni 1945 erklärt, dass es falsch wäre, «Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen», und sich stattdessen für die Errichtung «einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk» ausgesprochen.<sup>2</sup> Doch in der Praxis betrieben die kommunistischen Funktionäre um Wilhelm Pieck und Ulbricht genau das Gegenteil. Mit Hilfe der SMAD schalteten sie nach und nach alle konkurrierenden politischen Kräfte aus oder zwangen sie, sich unterzuordnen. Wie der Publizist und frühere KPD-Funktionär Wolfgang Leonhard berichtete, hatte Ulbricht von Anfang an seinen Genossen gegenüber die Direktive ausgegeben: «Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand behalten.»<sup>3</sup>

Entgegen dem Wunsch an der Basis, nach der Katastrophe des Nationalsozialismus frühere Feindschaften aufzugeben und die «Einheit der Arbeiterklasse» herbeizuführen, hatte die KPD auf Geheiß Stalins zunächst ihre eigene Parteiorganisation ausgebaut. Erst danach setzte sie mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht im April 1946 die Vereinigung mit der SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) durch. Die Konkurrenz im linken Lager war damit ausgeschaltet. Statt der offiziell vereinbarten Parität zwischen SPD und KPD übernahmen in der SED bald die kommunistischen Funktionäre die Vorherrschaft. 1948 wurde sie zur stalinistischen «Partei neuen Typs» umgeformt, und seit Januar 1949 galten in ihr die bolschewistischen Organisationsprinzipien – der so genannte demokratische Zentralismus. Er bedeutete nichts anderes, als dass alle wichtigen Entscheidungen von der Parteispitze getroffen wurden, der sich die übrigen Mitglieder bedingungslos unterzuordnen hatten. Die vermeintliche Einheitspartei aus Sozialdemokraten und Kommunisten verurteilte jetzt jede Art von «Sozialdemokratismus» und bekannte sich zum Marxismus-Leninismus und zur Führungsrolle der Sowjetunion.

In der Regierung und im Staatsapparat hatten sich die ostdeutschen Kommunisten anfangs nur die Schlüsselstellungen gesichert, vor allem im Bereich von Polizei und Justiz. Doch nach und nach brachten sie mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht auch die übrigen wichtigen Positionen unter ihre Kontrolle. Schon nach kurzer Zeit durften die anderen Parteien keine eigenständige Politik mehr betreiben, sondern wurden mit der SED in einen so genannten Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien gepresst, in dem eine echte politische Opposition nicht mehr möglich war. Darüber hinaus bildete die SMAD mit Hilfe deutscher Kommunisten 1948 zwei neue Parteien: die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) und die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD). Dadurch verschoben sich die Mehrheitsverhältnisse im «Demokratischen Block» weiter zugunsten der mos-

kauhörigen Kräfte. Mit ähnlichen Methoden erlangten die Kommunisten auch die Kontrolle über die ursprünglich überparteilichen Massenorganisationen wie die Freie Deutsche Jugend (FDJ) und den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB). Diese erhielten jetzt ebenfalls Sitz und Stimme im «Block», so dass sich die demokratischen Parteien in der SBZ immer mehr an den Rand gedrängt sahen.

Die Politik der schrittweisen Gleichschaltung wäre ohne die sowjetische Geheimpolizei nicht möglich gewesen. Mit ihrer Hilfe konnte die Besatzungsmacht alle Andersdenkenden von zwei Seiten unter Druck setzen: Während die SMAD die politischen Vorgaben formulierte, sorgte die Geheimpolizei für deren gewaltsame Durchsetzung. Die Sowjets kontrollierten nicht nur, wie es anfangs auch in den Westzonen geschah, alle politischen Aktivitäten, von der Zulassung der Parteien über die Sanktionierung ihres Führungspersonal bis zur Genehmigung ihrer Plakate und Schriften. Die Besatzer hatten darüber hinaus auch die Machtmittel, missliebige Politiker jederzeit aus dem Weg zu räumen. Wer den Anordnungen nicht Folge leistete, wurde aus dem Amt entfernt, verhaftet oder so in Angst und Schrecken versetzt, dass er es vorzog, nach Westdeutschland zu flüchten. Innerhalb weniger Jahre gelang es der Sowjetunion auf diese Weise, aus dem Mehrparteiensystem im Osten eine kommunistische Diktatur zu formen.

### *Festnahmen zwischen Oder und Elbe*

Der erste Schritt zur Übertragung des kommunistischen Systems auf die Sowjetische Besatzungszone waren die Säuberungen der unmittelbaren Nachkriegszeit. Anders als in den westlichen Zonen, in denen man sich erfolgreich bemühte, die nationalsozialistischen Strukturen in Staat und Gesellschaft durch eine parlamentarische Demokratie zu ersetzen und auch die notwendige Entnazifi-

zierung in rechtsstaatlichen Formen durchzuführen, entfaltete die sowjetische Okkupationsmacht von Anbeginn einen masslosen Terror. Die im April 1945 eingeleiteten Massenverhaftungen bereiteten den Boden für die schrittweise Revolution von oben, die Stalin im Verein mit den deutschen Kommunisten betrieb.

Wenn vom Kriegsende in Ostdeutschland die Rede ist, wird oft der Eindruck vermittelt, es habe sich vor allem um eine militärische Besetzung gehandelt. Demzufolge seien nach fast vierjährigem Kampf die erschöpften sowjetischen Soldaten in die deutschen Dörfer und Städte einmarschiert und hätten überall die Entscheidungsgewalt übernommen. Doch wie in den Gebieten östlich von Oder und Neisse zogen mit der Roten Armee auch in der SBZ – für die Deutschen zunächst kaum erkennbar – die sowjetischen Sicherheitsdienste ein. Mit der gleichen Systematik wie im Osten entfalteten sie auch hier binnen weniger Tage ihren geheimen Verfolgungsapparat.

Die Frontbevollmächtigten des NKWD hatten den Befehl, in der SBZ das Hinterland der Roten Armee ebenso von «feindlichen Elementen» zu säubern wie in den deutschen Ostgebieten. Die zuvor erlassenen Anordnungen, insbesondere Berijas Befehl Nummer 00315, waren weiterhin gültig. Zur Umsetzung stand den NKWD-Beauftragten derselbe Apparat zur Verfügung wie vordem in Ostpreussen, Pommern oder Schlesien. Daneben operierte auch der militärische Abwehrdienst SMERSCH, der vor allem Jagd auf Mitglieder der Russischen Befreiungsarmee sowie auf sowjetische Kriegs- und Zivilgefangene in Deutschland machte. Schliesslich agierte noch das Volkskommissariat für Staatssicherheit (NKGB) mit eigenen Mitarbeitern in Deutschland. Mobile Kommandos aller Dienste durchkämmten das Land und begannen sofort mit den Festnahmen.

Die Säuberungen liefen bereits an, als Deutschland noch gar nicht ganz erobert war. Am 28. April 1945, mitten in den Kämpfen um Berlin, verfügte der von der Roten Armee eingesetzte künftige Stadtkommandant Nikolai Bersarin in seinem ersten Befehl, dass



sich «das gesamte führende Personal aller Dienststellen der NSDAP, Gestapo, Gendarmerie, des Sicherheitsdienstes, der Gefängnisse und aller übrigen staatlichen Dienststellen» innerhalb von achtundvierzig Stunden registrieren lassen müsse. Einen Tag länger war die Frist für «alle in der Stadt Berlin verbliebenen Angehörigen der deutschen Wehrmacht, der SS und der SA».<sup>4</sup> Zuwiderhandlungen, so die unmissverständliche Drohung, würden gemäss den Kriegsgesetzen streng bestraft. In anderen Gebieten erliessen die Kommandanten der Roten Armee ähnliche Meldebefehle, und am 27. August 1945 bekräftigte die SMAD noch einmal für die gesamte Zone den Befehl zur Registrierung. Viele, die dieser Aufforderung Folge leisteten, wurden wenig später verhaftet.

Nach dem Überschreiten der Oder im April 1945 nahmen die sowjetischen Geheimdienste im Gebiet der späteren DDR innerhalb weniger Wochen Hunderttausende Menschen fest: Wehrmachtssoldaten, Volkssturm-, SA- und SS-Angehörige, ehemalige Kriegsgefangene, sowjetische Zwangsarbeiter, Russen, die auf Seiten Deutschlands gekämpft hatten, deutsche Zivilisten, die den Verhaftungskategorien von Berijas Säuberungsbefehl vom April 1945 entsprachen. Wie in den Ostgebieten wurden die Menschen nach ihrer Festnahme «sortiert» und den verschiedenen Lagern für Kriegsgefangene, Sowjetbürger und Zivilisten zugeteilt.

Bei den Zivilisten bildeten häufig blosse Verdächtigungen den Anlass der Verhaftung. Die sowjetischen Kommandanturen konnten sich auf zahllose Denunzianten in der deutschen Bevölkerung stützen, die vielfach nur von dem Motiv getrieben wurden, die eigene Lage zu verbessern oder sich mit den neuen Machthabern vorsorglich gutzustellen. Insbesondere die Angehörigen der neuen, kommunistisch kontrollierten Polizei in Ostdeutschland gaben der Besatzungsmacht häufig Tipps und wiesen den ortsunkundigen Festnahmekommandos den Weg. «Kommunisten fuhren nachts mit den Russen in einem LKW durch die Strassen und zeig-

ten ihnen, wo die Leute abgeholt werden sollten», erinnerte sich etwa ein Augenzeuge an die Vorgänge im mecklenburgischen Städtchen Bützow. «Diese Menschen verschwanden spurlos.»<sup>5</sup>

Hatten die Deutschen anfangs angenommen, die Verhaftungen würden sich nur gegen ehemalige NS-Verantwortliche richten, so mussten sie bald erkennen, dass die Säuberungen weite Kreise zogen. Je länger das NKWD in Deutschland war, desto besser kannte es sich aus. Aussagen bereits Festgenommener und beschlagnahmte Unterlagen brachten der Geheimpolizei immer neue Namen von Verdächtigen.

Ab Sommer 1945 gerieten auch zahlreiche Jugendliche ins Visier des NKWD. Sie wurden beschuldigt, Mitglieder einer geheimen nationalsozialistischen Widerstandsorganisation, des so genannten Werwolfs, zu sein. Die Verfolgung dieser angeblichen Werwölfe, die manchmal erst vierzehn oder fünfzehn Jahre alt waren, gehört zu den inhumansten Vorgängen der Nachkriegszeit in Ostdeutschland.

Die entsprechenden sowjetischen Berichte lesen sich so, als hätte es nach dem Ende des Krieges in Deutschland eine gut organisierte nazistische Partisanenbewegung gegeben. Als Kronzeuge fungierte vor allem der ehemalige Berliner Polizeipräsident Kurt Göhrum, der, wie der NKWD-Bevollmächtigte Iwan Serow im Juni 1945 nach Moskau meldete, von derartigen Vorbereitungen berichtet hatte. Auf Befehl Martin Bormanns und Joseph Goebbels' sei Anfang Februar die Weisung ergangen, eine bewaffnete Untergrundorganisation zur Durchführung von Terrorakten zu schaffen. Das NKWD, so Serow, habe bereits mehr als 600 Werwolf-Angehörige verhaftet sowie 320 Granaten und andere Waffen sichergestellt. Ein Jahr später, im Juli 1946, konnte er gar vermelden, über 800 Diversions- und Terrororganisationen liquidiert und mehr als 10'000 Mitglieder inhaftiert zu haben.

Serows Berichte nach Moskau sagen allerdings mehr über die verzerrte Wahrnehmung der Wirklichkeit durch den sowjetischen Sicherheitsapparat als über die tatsächliche Gefährdung der Besat-

zungsmacht aus. So verschwieg Serow, dass der letzte deutsche Reichskanzler, Admiral Karl Dönitz, den Werwolf am 5. Mai 1945 verboten hatte. Zudem stand das bedrohliche Bild, das der NKWD-Bevollmächtigte zeichnete, im Widerspruch zu den Fakten, die er selber schilderte: So hiess es in seiner Meldung vom Juni 1945, dass die Mehrzahl der Werwolf-Organisationen ihre feindliche Tätigkeit «noch nicht entfaltet, sondern bisher eine abwartende Haltung eingenommen» habe. Vereinzelt Angriffe von fünfzehn- bis siebzehnjährigen Jugendlichen auf Angehörige der Roten Armee seien auf «eigene Initiative», das heisst ohne Anweisung von oben verübt worden. «Gegenwärtig haben die Führer des ,Werwolf' angeblich den Beschluss gefasst, auf aktive Diversions- und Terrorakte zu verzichten und zur Flüsterpropaganda und Anwerbung neuer Mitglieder für die ,Werwolf'-Organisation überzugehen», hiess es wörtlich am Ende des Berichts.<sup>6</sup>

Vieles spricht dafür, dass das Werwolf-Phantom auch ein Synonym für den zunehmenden Widerstand Jugendlicher gegen die Sowjetisierung Ostdeutschlands war. Darauf deuten jedenfalls die wenigen konkreten Tatbestände, die Serow in seinem zweiten Bericht vom Juli 1946 aufführte: In Berlin, so hiess es da, hätten so genannte Edelweiss-Piraten Losungen und Plakate für die Vereinigung von SPD und KPD abgerissen sowie Flugblätter verbreitet, auf denen die KPD verleumdet worden sei. In Saalfeld hätten Werwölfe Plakate und Anordnungen der sowjetischen Militäradministration entfernt und Überland-Telefonleitungen durchgeschnitten; in Gotha seien Nägel auf der Strasse verstreut, Sperren auf Chausseen errichtet und gleichfalls Flugblätter hergestellt worden. Ansonsten konnte Serow nur von angeblichen Plänen berichten, sowjetische Militäranghörige zu überfallen, ohne ein einziges konkretes Beispiel zu nennen, dass dies tatsächlich geschehen war. Auch ein Führungszentrum, das dem ersten Bericht zufolge bereits im Juni 1945 gebildet werden sollte, konnte er nach wie vor nicht ausmachen.

Der Eindruck, dass das NKWD unter dem Begriff Werwolf

harmlose Delikte zu Taten einer nationalsozialistischen Partisanenbewegung hochstilisierte, deckt sich mit den Schilderungen vieler Betroffener. Diese erzählen durchgängig, ausschliesslich wegen geringfügiger Verdachtsmomente, falscher Beschuldigungen oder harmloser Unmutsbekundungen verhaftet worden zu sein. Während der Verhöre machten die Untersuchungsführer daraus gross angelegte Verschwörungen, ohne dass der Sachverhalt weiter überprüft wurde. Das auf den ständigen Kampf gegen vermeintliche Feinde abgerichtete NKWD schuf sich seine Gegner gleichsam selbst. «Von der Existenz von Werwölfen hatte ich nur über den Rundfunk gehört», berichtete die damals zwanzigjährige Anny Förster, die mit einer Gruppe von BDM-Mädchen öfters zum Flickeln von Uniformen in ein Wehertüchtigungslager in Neukirch bei Bautzen geholt worden war. Nach Kriegsende hatte ihr Bruder dort mit einigen Freunden ein paar alte Ausbildungswaffen gefunden, im Wald versteckt und unvorsichtigerweise jemandem davon erzählt. «Von dem Waffenversteck wusste ich überhaupt nichts. Aber was halfen die Beteuerungen, es war schwer, sich zu verteidigen, da man sich ja kaum richtig verständlich machen konnte.»<sup>7</sup> Die junge Frau wurde zum Tode verurteilt und später zu zehn Jahren Haft «begnadigt».

So wie die vermeintlichen Werwölfe waren sich auch die meisten anderen Festgenommenen bei ihrer Verhaftung keinerlei Schuld bewusst. In der Regel erfolgten die Festnahmen völlig unerwartet, sonst hätten die Betroffenen sich rechtzeitig in den Westen abgesetzt. In zahlreichen Fällen wirkten ostdeutsche Hilfspolizisten mit, von denen die Leute unter Vorspiegelung falscher Tatsachen mitgenommen oder einbestellt wurden. «Das ‚kurze Verhör‘ endete für mich nach 51 Monaten am 31. Januar 1950», erinnerte sich ein Mann aus der Sächsischen Schweiz an die Folgen seiner Festnahme durch einen deutschen Polizisten im Oktober 1945. «Man sagte mir, ich würde zu einer Gegenüberstellung gebraucht.»<sup>8</sup> Im Beiwagen eines Motorrads wurde er stattdessen in den Polizeigewahrsam nach Pirna gebracht und dort in eine Zelle

gesperrt. Am nächsten Tag überstellte man ihn und sechs weitere Männer zum Sitz des NKWD im Amtsgericht.

Selbst Minderjährige und offensichtlich Unschuldige lieferten die Polizisten gnadenlos dem Verderben aus – zum Beispiel den sechzehnjährigen Johannes Urban, der über seine Verhaftung berichtete: «Am 2.10.1945 wurde ich während meines Bankdienstes von unserem damaligen Antifa-Polizisten Martin H. (ich sehe ihn noch deutlich vor mir mit seiner blauen Uniform mit roter Armbinde) aufgesucht und aufgefordert, noch am Abend zu einer kurzen Befragung in die Sowjetische Kommandantur nach Löbau zu fahren. ‚Aber nimm dir vorsichtshalber eine Decke mit‘, meinte er, ‚manche mussten schon über Nacht dort bleiben.‘»<sup>9</sup> Die Befragung dauerte schliesslich 625 Tage, die der Jugendliche grösstenteils im «Gelben Elend», dem berüchtigten Zuchthaus von Bautzen, verbringen musste. Zwei mitverhaftete Jugendliche kamen überhaupt nicht mehr frei und starben während der Haft.

In manchen Fällen nahm das NKWD die Festnahme auch selber vor. Horst Wiener, der bei der Thüringer Staatsbank in Eisenach eine Banklehre absolvierte, wurde dort im Dezember 1945 von einem grünbemützten sowjetischen Offizier verhaftet. Der Geheimpolizist fragte nach dem Namen und sagte dann: «Du mitkommen, dawai.»<sup>10</sup> Anschliessend ergriff er ihn am Oberarm und schob ihn vor sich her in die Schalterhalle. Am Ausgang warteten zwei Begleiter und sicherten, die Maschinenpistolen im Anschlag, den Vorgang ab. Die Geheimpolizisten zeigten weder einen Haftbefehl noch gaben sie eine Begründung. Andere Inhaftierte haben berichtet, wie man sie unter irgendeinem Vorwand zu einer kommunalen Dienststelle beorderte und dort festnahm. Schüler wurden zum Teil aus dem Unterricht herausgeholt und im Direktorenzimmer verhaftet. Manchmal kamen die Festnahmekommandos auch in die Wohnung, um gleichzeitig eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Um Aufsehen zu vermeiden, erschienen sie dabei oft erst nach Einbruch der Dunkelheit, im Regelfall von deutschen Polizisten begleitet.

Der fünfzehnjährige Kurt Noack aus Gross-Kölzig in der Lausitz wurde am 30. Juli 1945 bei der Getreideernte verhaftet. In der letzten Phase des Dritten Reiches war er in den so genannten Volkssturm eingezogen worden, aber nicht mehr zum Einsatz gekommen. Jetzt wurde er, zusammen mit fünfzig weiteren Jugendlichen, beschuldigt, dem Werwolf anzugehören. Unter Bewachung musste er zur NKWD-Dienststelle im Nachbarort Nossdorf marschieren, wo im Keller schon andere Inhaftierte warteten. Am Abend begannen dann die Verhöre. «Ein Zelleninsasse kam mit blutigem Gesicht zurück», erinnerte sich Noack an den Beginn seiner Haftzeit. «Der polnische Bewacher verlangte von uns, ihn stehen und nicht sitzen zu lassen, wenn es uns nicht genauso ergehen solle.»<sup>11</sup>

In dieser Zeit konnten Verwandte, Freunde oder Nachbarn von einer Stunde auf die andere spurlos verschwinden. Wohnungen standen plötzlich leer, Kollegen erschienen nicht mehr zur Arbeit, niemand wusste, was mit den Betroffenen geschehen war. Bei den deutschen Behörden stapelten sich besorgte Anfragen von Angehörigen, doch die von den Sowjets eingesetzten Verwaltungen standen meist ebenso hilflos da. Sie wurden selbst nicht über die Verhaftungen und deren Gründe informiert. Erst recht hatten sie keinen Einfluss auf die Entscheidungen der Geheimpolizei. Ein Klima der Angst und Unsicherheit machte sich breit, das Hunderttausende zur Flucht in den Westen veranlasste.

Einen Eindruck davon vermittelt exemplarisch das Hilfesuch einer Frau, deren Ehemann im Januar 1946 verhaftet worden war. «Bis heute ist mir weder der Aufenthaltsort meines Mannes noch der Grund dieser Verhaftung bekannt», schrieb die Frau vier Wochen nach der Festnahme an den Zentrallausschuss der SPD. Einen Tag darauf sei ein russischer Hauptmann zur «Nachkontrolle» gekommen und habe Wäsche, Schuhe, Schreibmaschine, Uhren und Luxusgegenstände mitgenommen. Die Frau vermutete, der Anlass der Verhaftung könnte darin bestehen, dass ihr Mann, der Amts-

richter Arthur Brass aus Berlin-Weissensee, mit zwei Korruptionsfällen befasst gewesen sei. Ein darin verwickelter Polizeiinspektor habe ständig gedroht und von seinem Einfluss bei den russischen Behörden gesprochen. Obwohl ihr Mann Jude und anerkanntes Opfer des Faschismus sei, habe auch eine Intervention des Weissenseer Bürgermeisters keinen Erfolg gehabt. «Ich habe bis jetzt alles versucht, was eine Frau nur tun kann», heisst es am Ende des Schreibens. «Jedoch bin ich zur Zeit sehr krank nach allen diesen Jahren, diese jetzigen Sorgen sind mir noch unfassbarer.»<sup>12</sup>

War man erst einmal ins Räderwerk der Geheimpolizei hineingeraten, kam man selten wieder heraus. Die NKWD-Offiziere versuchten mit allen Mitteln, eine Bestätigung für ihren Verdacht zu erreichen, auch wenn die Vorwürfe überzogen oder unwahr waren. Meist setzten sie den Verhafteten so lange zu, bis diese irgendein Geständnis ablegten. Entlastende Momente oder gar Zeugen fanden keine Berücksichtigung. «Die vernehmenden Offiziere glaubten uns nicht und versuchten deswegen, die gewünschten Aussagen zu erzwingen», so heisst es in Kurt Noacks Bericht weiter. «Wir wurden geschlagen. Nur wenige blieben davon verschont.»<sup>13</sup>

Zahlreiche Zeitzeugen haben erzählt, wie sie die Anschuldigungen verzweifelt zurückwiesen. Doch je mehr sie sich wehrten, desto massiver wurden sie unter Druck gesetzt. Meist fanden die Befragungen in der Nacht statt, um den Widerstand der Festgenommenen durch systematischen Schlafentzug zu brechen. Beschimpfungen, Drohungen und Schläge gehörten zu den üblichen Verhörmethoden. «Die dichten blonden Locken eines Kameraden verleiteten den Vernehmer, hineinzugreifen und ihn mit dem Kopf mehrmals gegen die Wand zu schlagen», erinnerte sich Kurt Noack an eine typische Szene während der Vernehmungen. «Geschlagen wurde auch mit Hilfsmitteln wie mit Holzknüppeln oder mit dem Pistolenknaufl.»<sup>14</sup> Manchmal wurde den Inhaftierten auch damit gedroht, sie erschossen oder nach Sibirien abtransportieren zu lassen. Besonders Widerspenstige wurden in Dunkel- oder



- 1 Massenflucht: Ein Flüchtlingstreck zieht über das vereiste Haff, um sich vor der Roten Armee in Sicherheit zu bringen; Januar 1945 in Ostpreussen.



- 2 Ein überfülltes Flüchtlings-schiff auf der Fahrt über die Ostsee von Ostpreussen nach Westen, März 1945.





3 Überreste eines zerschossenen Flüchtlingszuges, Oktober 1944 in Ostpreussen.



4 Zivilisten aus Nemmersdorf, die von der Roten Armee ermordet und deren Leichen später von deutschen Truppen entdeckt wurden, Ostpreussen, Oktober 1944.



5 Sowjetische Panzer passieren das Brandenburger Tor in Berlin, Mai 1945.



6/7 Ein deutscher Ingenieur (links) und seine Familie nehmen sich vor dem Eintreffen der Roten Armee das Leben.



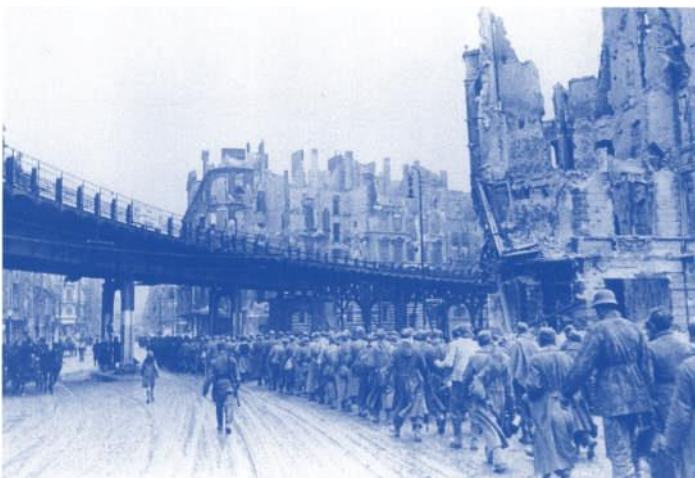
8 Der erste sowjetische Stadtkommandant von Berlin, Nikolai Bersarin, vor der Berliner Militärkommandantur, Mai 1945.



9 Zwei sowjetische Soldaten belästigen ein deutsches Mädchen, Leipzig 1948.



10 Ein Soldat der Roten Armee zieht einen deutschen Soldaten aus einem Kellerloch, Berlin, April 1945.



11 Eine Kolonne deutscher Kriegsgefangener wird von Sowjetsoldaten zum Sammelplatz geführt, Berlin, 3. Mai 1945.



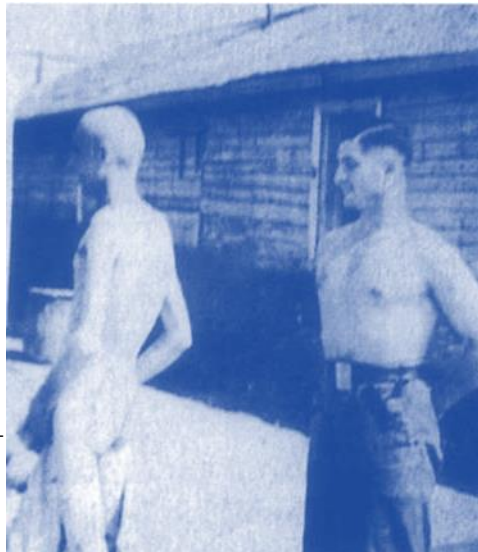
12 Deutsche Kriegsgefangene während eines kurzen Halts auf dem Weg nach Jelabuga (Sibirien), Mai 1945.



13 Deutsche Kriegsgefangene aus dem sowjetischen Lager Nr. 99 in Karaganda (Kasachstan) marschieren zum Arbeitseinsatz, vor 1945.



14 Deutsche Kriegsgefangene beim Appell in einem sowjetischen Arbeitslager.



15 Ein abgemagertes Häftling in einem sowjetischen Arbeitslager neben einem wohlgenährten Angehörigen der «Lagerprominenz».



16 Eine ehemalige russische Zwangsarbeiterin wartet in einer Sammelstelle auf ihre Rückführung, Würzburg, April 1945.



17 Ehemalige russische Kriegsgefangene in einem Repatriierungslager in Plattling (Niederbayern), Februar 1946.

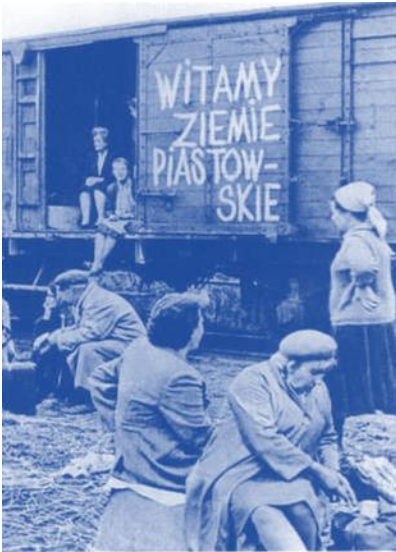


18 US-Soldaten zwingen einen sowjetischen Staatsangehörigen in einen Eisenbahnwaggon, der ihn in die Sowjetunion bringt; Plattling, Februar 1946.



19 Übergabe gefangener Kosaken durch die US-Army an die Rote Armee in Judenburg (Österreich) am 29. Mai 1945. Aus Angst vor Repressalien in der Heimat stürzen sich Einzelne in letzter Minute von der Brücke.





20 Polnische Zivilisten warten auf ihren Abtransport bei Lods, Frühjahr 1945. Mehr als eine Million Polen müssen ihre Heimat im Osten verlassen und in die ehemaligen deutschen Ostgebiete umsiedeln.



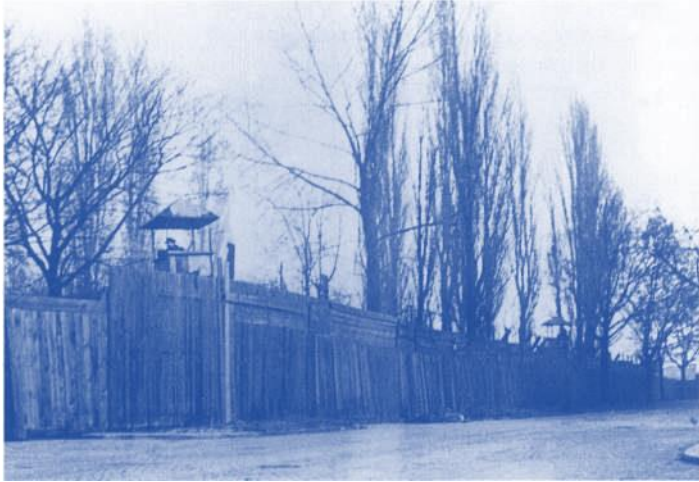
21 Ankunft eines Güterzuges in den westlichen Besatzungszonen mit deutschen Vertriebenen aus dem Osten, 1946.

- 22 Lawrenti Berija, Organisator des sowjetischen Terrors von 1938 bis 1946. Nach Stalins Tod wurde er im Dezember 1953 hingerichtet.



- 23 Iwan Serow, stellvertretender Chef der sowjetischen Militäradministration und NKWD-Bevollmächtigter in Deutschland. Er organisierte die Massenverhaftungen in der Ukraine, in Polen und in Ostdeutschland (Aufnahme von 1958).

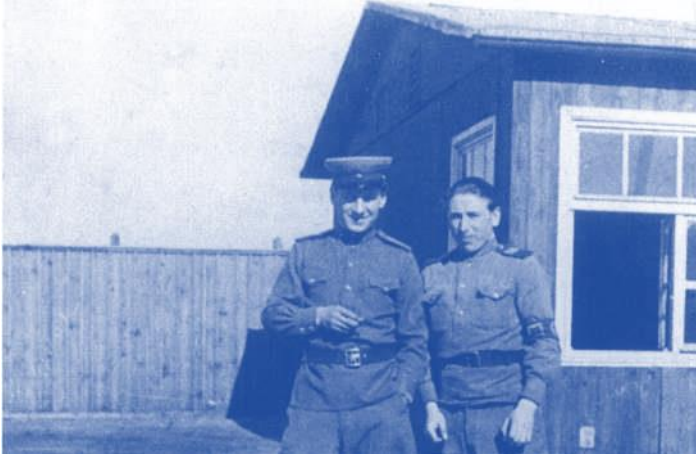




- 24 Holzzaun mit Wachtürmen im Berliner Stadtteil Hohenschönhausen.  
Im Mai 1945 erging der Befehl, hier ein sowjetisches Speziallager zu errichten.  
Seit Anfang Juli residierte hier zugleich die zentrale Verwaltung für alle Lager  
der sowjetischen Besatzungszone (Aufnahme von 1956).



- 25 Das ehemalige NS-Konzentrationslager Sachsenhausen wurde von der sowjetischen Besatzungsmacht bis 1950 als Speziallager Nr. 7 genutzt. Von 60'000 Gefangenen kamen mindestens 12'000 ums Leben (illegale Aufnahme von 1949).



26 Angehörige der sowjetischen Lagerverwaltung im Speziallager Sachsenhausen, 1946.



27 Soldaten der DDR-Volksarmee legen nach dem Fall der Mauer die sterblichen Überreste ehemaliger Gefangener des Speziallagers in Sachsenhausen frei, März 1990.



28 Das Speziallager Nr. 9 in Fünfeichen; von den mehr als 15'000 Inhaftierten starben etwa 4'800.



29 Wachturm mit Bretterzaun des Speziallagers Nr. 2 in Buchenwald; das Lager durchliefen etwa 28'500 Gefangene, von denen mindestens 7'100 starben (Aufnahme von 1951).



30 Jugendliche Opfer: Die sowjetische Geheimpolizei fertigte von jedem Inhaftierten Fotos an. Karl Kurch, Jahrgang 1928, war bei Kriegsende 17 Jahre alt; sein weiteres Schicksal ist nicht bekannt.



31 Lieselotte Hoffmann, Jahrgang 1928, NKWD-Gefangene mit unbekanntem Schicksal.



32 Ernst Zepke, Jahrgang 1933, war bei Kriegsende 12 Jahre



33 Herbert Kerwin, Jahrgang 1932, zur Zeit der Kapitulation 13 Jahre alt.



34 Arno Esch, Jurastudent aus Rostock und Mitglied der Liberalen Partei, wurde von der sowjetischen Geheimpolizei verhaftet und am 24. Juli 1951 in Moskau erschossen.



35 Erwin Köhler, Bürgermeister von Potsdam und Mitglied der CDU, wurde 1951 wegen angeblicher Spionage in der Sowjetunion hingerichtet.

Wasserzellen gesperrt. Nur wer gleich ein Geständnis ablegte, hatte Aussichten, den Misshandlungen zu entgehen.

Die Verhörmethoden waren darauf ausgerichtet, den Widerstand des Festgenommenen möglichst schnell zu brechen. «Der erste, der zur Vernehmung geholt wurde, war ein Sechzehnjähriger», erinnerte sich ein Betroffener, der 1945 als Jugendlicher zusammen mit sechs Gleichaltrigen im Schloss Rochlitz bei Leipzig in eine winzige Zelle gesperrt worden war. «Nach mehreren Stunden warf ihn ein Posten in die Zelle zurück. Unser Freund hatte ein fast bis zur Unkenntlichkeit zerschlagenes und blutendes Gesicht, blutende Schwielen auf dem Rücken und den Armen und eine um das Doppelte angeschwollene ebenfalls blutende Hand. Er wimmerte: ‚Gebt gleich alles zu, die schlagen euch sonst tot.‘<sup>15</sup> Ähnlich erschütternde Berichte haben auch viele andere Zeitzeugen hinterlassen.

Oft reichte es den sowjetischen Vernehmern aber nicht, dass die Verhafteten sich selbst belasteten. Sie versuchten, weitere Verdächtige zu ermitteln, die anschliessend ebenfalls ergriffen wurden. «Im Verhör nannte A. bis zu 20 führende Mitarbeiter», hiess es dann im entsprechenden Bericht des NKWD. «Massnahmen zur Fahndung nach ihnen und ihrer Festnahme sind eingeleitet worden.»<sup>16</sup>

Die Verhöre dauerten unterschiedlich lange. Mal waren es nur wenige Stunden, mal zogen sie sich über mehrere Tage hin. Da der NKWD-Offizier in der Regel nur russisch sprach, war zumeist ein Dolmetscher anwesend, der jedoch ebenfalls über geringe Deutschkenntnisse verfügte. Am Ende der Vernehmung wurde dem Inhaftierten das Protokoll vorgelesen, das er unterschreiben musste. Weil es in russisch abgefasst war, konnte er nicht überprüfen, was wirklich in dem Text stand. Weigerte er sich, die Richtigkeit zu bestätigen, wurde er brutal zur Unterschrift gezwungen. Nach Abschluss der Untersuchungen brachte der Geheimdienst die Verhafteten dann per LKW oder zu Fuss in das nächste sowjetische Gefangenenlager. Manchmal wurden sie auch als Spitzel angeworben.

Vier Monate nach Ende des Krieges liess sich Stalin über die



Tätigkeit der NKWD-Operativgruppen in Deutschland Bericht erstaten. Bis zum 1. September 1945 hatte seine Geheimpolizei in der Sowjetischen Besatzungszone fast 70'000 Menschen verhaftet, darunter 58'000 Deutsche. Der Bericht enthält auch Angaben darüber, warum die Betroffenen festgenommen worden waren. Die meisten – etwa 47'000 Menschen – wurden beschuldigt, «führende und aktive Mitglieder der faschistischen Partei» gewesen zu sein. Knapp 5'000 galten als Mitarbeiter von Gestapo, SD und anderen deutschen Straforganen. 2'500 wurden als Angehörige illegaler Diversions- und Terrorgruppen bezeichnet, 2'000 warf man vor, führende Verwaltungsmitarbeiter oder Journalisten gewesen zu sein. Knapp 10'000 Menschen wurden als «andere feindliche Elemente» eingestuft, entsprachen also keiner Kategorie des Säuberungsbefehls.<sup>17</sup> Wie fragwürdig diese Begründungen waren, soll später noch erörtert werden. Die Festnahmen gingen auch in der Folgezeit unvermindert weiter und flauten erst Ende 1945 ab.

### *Der NKWD-Apparat in Deutschland*

Die flächendeckenden Verhaftungen wären nicht möglich gewesen ohne einen ausgreifenden sowjetischen Polizei- und Verfolgungsapparat in Deutschland. Bereits am 2. Mai 1945 beschloss das Verteidigungskomitee in Moskau, die Frontbevollmächtigten des NKWD auch zu stellvertretenden Oberbefehlshabern der Roten Armee zu ernennen. Im Gebiet ihrer jeweiligen Heeresgruppe waren sie zuständig für «zivile Angelegenheiten». Das heisst, sie sollten Bürgermeister, Polizeichefs und Justizmitarbeiter ernennen, die Tätigkeit der örtlichen deutschen Behörden kontrollieren und «die erforderliche Arbeit leisten, um auf dem von der Roten Armee besetzten Territorium Deutschlands Spione, Diversanten,

Terroristen, Angehörige der Hitlerschen Straforgane, führende Mitglieder faschistischer Organisationen und andere aktive feindliche Elemente aufzuspüren und zu verhaften».<sup>18</sup> Zur Ausführung dieses Auftrags wurden ihnen Gruppen operativer Mitarbeiter aus allen sowjetischen Geheimdiensten unterstellt. Auch auf lokaler Ebene erhielten die Militärkommandanten entsprechende NKWD-Stellvertreter, die jeweils eine Operativgruppe aus vierundzwanzig Offizieren und Soldaten befehligten und reihenweise Verhaftungen vornahmen.

In den Gebieten, die langfristig besetzt bleiben oder vollständig in die UdSSR integriert werden sollten, richteten sich die sowjetischen Organe dauerhaft ein. Die mobile NKWD-Struktur zur Säuberung des Hinterlandes wurde zu einer territorialen umgeformt. So kommandierte Berija am 5. Mai 1945 den stellvertretenden Volkskommissar für Inneres, Arkadi Apollonow, nach Ostpreussen ab, wo dieser die «Säuberung des Territoriums» in die Hand zu nehmen hatte. Zur «bestmöglichen Organisation» sollte er Operativsektoren unter Leitung «erfahrener Tschekisten» bilden. Diese hatten jeweils lokale Ermittlungsgruppen zu bilden und ausreichend Gefängnisunterkünfte bereitzustellen. Allen Sektoren standen umfangreiche NKWD-Einheiten zur Seite; auch in den grösseren Städten sollten «geballte Kräfte» konzentriert werden.<sup>19</sup> Für Polen, dessen Territorium von Stalin bis an Oder und Neisse verschoben wurde, übernahm Generalleutnant Nikolaj Seliwa-nowski den Posten des NKDW-Bevollmächtigten. Um die Säuberungen auch hier erfolgreich durchzuführen, bekam er mit fünfzehn Regimentern einen besonders umfangreichen Apparat zur Verfügung gestellt. Zugleich erhielt er den Auftrag, das neu gegründete polnische Ministerium für Staatssicherheit anzuleiten.

Im Gebiet zwischen Oder und Elbe setzte sich der sowjetische Geheimdienst gleichermassen flächendeckend fest. Als starker Mann erwies sich hier Iwan Serow, der als NKWD-Beauftragter der 1. Weissrussischen Front zusammen mit den Truppen von Marschall Schukow in Berlin eingezogen war.

Bereits am 7. Mai 1945 forderte Serow bei Berija 200 zusätzliche Mitarbeiter für «operativ-tschechistische Massnahmen in Deutschland» an.<sup>20</sup> Ausserdem erhielt er fünfzehn hochrangige Geheimdienstkader zugeteilt, die zu NKWD-Bevollmächtigten der wichtigsten deutschen Grossstädte ernannt wurden. Nachdem Serow am 9. Juni stellvertretender Chef der neu gegründeten Militäradministration, zuständig für Fragen der Zivilverwaltung, geworden war, schlug er vor, in allen Kreisen, Städten, Bezirken und Provinzen feste Operativgruppen des NKWD einzusetzen. In einem Schreiben an Stalin unterbreitete Berija daraufhin den Vorschlag, den NKWD-Apparat in Deutschland umzuorganisieren. Serow sollte demnach zum alleinigen NKWD-Bevollmächtigten in der SBZ ernannt werden und die Arbeit der sowjetischen Geheimdienste bei der Säuberung des besetzten Territoriums beaufsichtigen; im Gegenzug würde man die NKWD-Apparate bei den einzelnen Heeresgruppen auflösen. Nach Stalins Zustimmung setzte Berija diese Änderungen am 4. Juli 1945 in Kraft.

Damit stand Serow, der in der UdSSR weiterhin den Posten eines stellvertretenden Volkskommissars für Inneres bekleidete, allein an der Spitze des Repressionsapparates in der SBZ. Kein anderer sowjetischer Geheimdienstfunktionär dürfte für den Tod so vieler Deutscher verantwortlich sein wie er. Für seine Verbrechen wurde der spätere KGB-Chef, der auch an der Niederschlagung des Ungarn-Aufstands mitwirkte, niemals zur Verantwortung gezogen. Berija beauftragte Serow, die operative Agententätigkeit in Deutschland zu organisieren und die schon früher benannten feindlichen Elemente zu liquidieren. Serow erhielt dazu nicht nur die Befehlsgewalt über die inneren Truppen des NKWD, sondern lenkte auch sämtliche Lager, Gefängnisse und die so genannten Überprüfungs- und Filtrierpunkte für gefangen genommene Sowjetbürger. Die Operativgruppen des NKGB – die bis dahin unabhängig vom NKWD und teilweise in Konkurrenz zu ihm gearbeitet hatten – wurden ihm ebenfalls unterstellt.

Serows geheimdienstlicher Apparat umfasste mehrere Tausend

Mitarbeiter. Allein das NKWD verfügte im Januar 1946 in der SBZ über mehr als 2'200 Beschäftigte, zuzüglich der Soldaten von zehn nach Deutschland entsandten NKWD-Regimentern. Hinzu kamen etwa 400 NKGB-Angestellte, denen im Januar 1946 rund 2'300 deutsche Spitzel zuarbeiteten. Das Hauptquartier des Sicherheitsapparates befand sich zunächst in Potsdam; im Frühjahr 1947 zog es nach Berlin-Karlshorst, wo in einer ehemaligen Pionierschule der Wehrmacht auch die SMAD-Zentrale residierte.

Schon kurz nach Kriegsende war die sowjetische Geheimpolizei in der gesamten Besatzungszone präsent – analog zur neuen Militärverwaltung. In allen Kreisstädten sowie zusätzlich in einigen Städten der einzelnen Kreise verfügte das NKWD über eine lokale Operativgruppe (russisch abgekürzt: «opergruppa»). Diese bestand aus drei bis zehn Offizieren, mehreren Dolmetschern und durchschnittlich zehn NKWD-Soldaten. Seit Juli 1945 war auch der Abwehrdienst SMERSCH in allen Kreisen mit Operativgruppen präsent. Grössere Operativeinheiten («operokrug») aus jeweils fünfzehn bis zwanzig Offizieren existierten in den Bezirken, zum Beispiel in Chemnitz, Cottbus, Erfurt, Frankfurt an der Oder, Gera, Gotha, Leipzig, Neubrandenburg, Rostock, Suhl, Potsdam oder Zwickau. Insgesamt verfügte das sowjetische Innenministerium 1946 in Deutschland über 170 Operativgruppen in den Kreisen und achtzehn für die Bezirke. Darüber hinaus arbeiteten in den drei Ländern Mecklenburg (-Vorpommern), Sachsen und Thüringen, in den Provinzen Brandenburg und Sachsen (-Anhalt) sowie in Berlin jeweils übergeordnete Operativsektoren («opersektor»). Diese repräsentierten die sowjetische Geheimpolizei auf Landesebene und waren deshalb von besonderer Bedeutung. Alle diese Einheiten wurden nach dem Willen Serows als Organe der SMAD getarnt und traten nach aussen auch nur als solche in Erscheinung. Rasch schufen sie ein breit angelegtes System der Überwachung und Verfolgung.

Das Personal von NKWD und SMERSCH zeichnete sich weder durch besondere Sorgfalt noch durch grössere Kenntnis der Lage

in Deutschland aus. Oft waren selbst die Dolmetscher kaum der deutschen Sprache mächtig. Die Untersuchungsführer wurden von Augenzeugen häufig als ungebildete, brutale Geheimdienstkader geschildert, denen es lediglich auf ein schnelles Geständnis ankam. Viele hatten vor allem den eigenen Vorteil und eine möglichst bequeme Erledigung ihrer Pflichten im Auge. Eine der Ursachen dafür war, dass man die NKWD-Truppen Anfang 1945 aus dem Bestand der für die Rote Armee nur bedingt Diensttauglichen aufgefüllt hatte. Auch danach kamen oft Personen zum Einsatz, die anderswo nicht gebraucht wurden. Selbst aus sowjetischer Perspektive erschienen die kraft ihres Amtes so mächtigen Geheimdienstoffiziere für ihre Aufgabe vielfach wenig geeignet. So beklagte sich etwa im September 1945 der sowjetische Politstellvertreter in Freiberg, dass in der örtlichen SMERSCH-Gruppe mehrere Soldaten und Kommandeure arbeiten würden, die wegen Diebstahls, Undiszipliniertheit und Trunkenheit abkommandiert worden seien. «Die Opergruppe hat sich durch ihre Taten und Handlungen in vielem kompromittiert. Ich glaube nicht, dass einige würdig sind, dort zu arbeiten.»<sup>21</sup> Für Unmut sorgte auch das Bewachungspersonal in diversen Haftanstalten.

1947 beschwerte sich der sowjetische Staatssicherheitsminister Abakumow sogar bei Stalin und erklärte in mehreren Briefen, die Leiter der Operativsektoren in Thüringen, Sachsen und Berlin hätten Arretierte gegen Bestechung freigelassen, fiktive Untergrund-Nazigruppen erfunden sowie in Thüringen unbegründete Festnahmen durchgeführt. In stalinistischer Manier wurden die Geheimdienstchefs daraufhin selber verhaftet und abgeurteilt. So kam der Leiter des Berliner Operativsektors, Alexej Sidnew, 1948 als «Maraudeur» vor Gericht, nachdem in seiner Leningrader Wohnung grosse Mengen Schmuck und andere Wertgegenstände gefunden worden waren, die er in Deutschland beschlagnahmt hatte.

Um die vielen Festgenommenen aufnehmen zu können, schuf das NKWD ein dichtes Netz kleiner und grosser Haftorte. In den Städten, Landkreisen und Bezirken besetzten die örtlichen Opera-

tivgruppen nicht nur die lokalen Gefängnisse, sondern beschlagnahmten auch zahlreiche Villen, Pfarrhäuser, Polizeidienststellen, Gehöfte und andere Gebäude, in deren Kellern, Schuppen oder Garagen sie provisorische Hafträume einrichteten. Die so genannten Untersuchungshaftzellen – russisch «kamera predwaritelnogo sakljutschenija» (KPS) – wurden in der Bevölkerung bald als die gefürchteten «GPU-Keller» bekannt. «Sehr schnell kursierten Gerüchte, dass man tunlichst die Lindenstrasse meiden sollte», erinnerte sich ein Augenzeuge an die unmittelbare Nachkriegszeit in Potsdam, «denn in dem ehemaligen Stadtgefängnis wütete das NKWD. Abgegrenzt durch einen Lattenzaun und dem Verbot [sic], die Strassenseite vor dem Gefängnis zu benutzen, wurde offensichtlich, dass hier die Sowjets Menschen eingesperrt hielten.»<sup>22</sup> Auch die Villa Ingenheim in der Zeppelinstrasse und die Villa Rütten und Loening in der Viktoriastrasse wurden dem Bericht zufolge von der Bevölkerung gemieden, weil Nachbarn dort immer wieder Schreie von Misshandelten hörten. Wie viele solcher lokalen Haftorte es gegeben hat, ist bis heute unbekannt, doch dürfte ihre Zahl in die Hunderte gegangen sein.

Zu trauriger Berühmtheit gelangten auch die grossen sowjetischen Untersuchungsgefängnisse. Sie unterstanden den sechs Operativsektoren des NKWD und wurden als «innere Gefängnisse» bezeichnet. Oft hatten sie schon die Nationalsozialisten benutzt, um Regimegegner zu inhaftieren, später verwendete sie dann der DDR-Staatssicherheitsdienst für seine Zwecke. In Schwerin zum Beispiel handelte es sich um das Gerichtsgefängnis am Demmlerplatz, das im Juli 1945 vom NKWD beschlagnahmt wurde. In dem dazugehörigen Justizgebäude residierte das für Mecklenburg zuständige Sowjetische Militärtribunal, das Tausende Menschen zu hohen Freiheitsstrafen, langjähriger Zwangsarbeit oder zum Tode verurteilte. In Dresden hatte die Geheimpolizei den ehemaligen Heidehof in der Bautzener Strasse und das Landgericht am Münchner Platz requiriert. Das Gerichtsgebäude war in der NS-Zeit Sitz

des örtlichen Volksgerichtshofes gewesen und diente später der DDR als zentrale Hinrichtungsstätte.

In Halle setzte sich das NKWD im berühmten Zuchthaus «Roter Ochse» fest, in Potsdam im Gerichtsgefängnis in der Lindenstrasse. Weitere Untersuchungsgefängnisse gab es unter anderem in Brandenburg, Chemnitz, Cottbus, Dessau, Eberswalde, Gotha, Greifswald, Leipzig, Magdeburg, Merseburg, Rostock, Waren, Weimar und Zwickau. Im September 1945 existierten insgesamt einundzwanzig innere Gefängnisse. Später kamen noch weitere hinzu, darunter die zentrale Untersuchungsanstalt des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes in Berlin-Hohenschönhausen sowie das Gefängnis in der SMAD-Zentrale in Berlin-Karlshorst. Der Abwehrdienst SMERSCH brachte seine Gefangenen in ein umgebautes Pfarrhaus in der Potsdamer Leistikowstrasse.

Die Zustände in den Untersuchungsgefängnissen waren für die Häftlinge ausgesprochen qualvoll. Meist wurden die Gefangenen in Zellen gesperrt, in die kaum Tageslicht drang. Teils lagen die Räume unter der Erde, teils waren die Fenster mit Blech, Eisenplatten oder Brettern abgedichtet worden. Die Einrichtung bestand, wenn überhaupt, aus einer Pritsche, einer trüben Lampe und einem offenen Kübel für die Notdurft. Der Eimer, der mit Chlorkalk gelöscht und nur einmal am Tag geleert wurde, verbreitete einen beissenden Gestank in der Zelle. Die tägliche Verpflegung bestand aus Wassersuppe, Tee oder einem kaffeeähnlichen Getränk und dem üblichen wasserhaltigen Stück Brot. Oft waren die Zellen so überbelegt, dass Häftlinge auf dem kalten Steinfußboden schlafen mussten und nicht genügend Luft zum Atmen hatten. «Wir sassen zu acht in einer Ein-Mann-Zelle von etwa zwei mal vier Metern», erinnerte sich Hubert Polus an das Untersuchungsgefängnis in der Potsdamer Lindenstrasse, in das er 1946 im Alter von sechzehn Jahren eingeliefert worden war. «Sieben Gefangene schliefen auf dem Betonfußboden, der Älteste bekam die Klappritsche. Unser Abtrittkübel lief ständig über, es gab weder Ausgang noch eine richtige Waschgelegenheit.

Dafür waren Schikanen wie stundenlanges Knien auf dem nackten Boden nicht selten.»<sup>23</sup>

Wie in der Sowjetunion verfügten die Untersuchungsgefängnisse auch über spezielle Folterzellen. In Stehzellen konnten sich die Häftlinge weder setzen noch hinlegen, so dass sie nach einiger Zeit erschöpft zusammenbrachen. In Wasserzellen mussten sie in kaltem Wasser stehen. Das Zentralkomitee der sowjetischen Kommunisten hatte dem NKWD schon in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre erlaubt, gegen «Feinde des Volkes» Foltermethoden anzuwenden. Zu den legalen Untersuchungsmethoden gehörte es, die Inhaftierten zu schlagen, sie systematisch am Schlafen zu hindern, sie tagelang mit verdrehten Armen zu fesseln oder sie nackt in einen Kältekarzer einzuschliessen.

Im ehemaligen Potsdamer SMERSCH-Gefängnis, das 1994 von der russischen Armee geräumt wurde, kann man noch heute die düsteren Kellerzellen mit den eingebauten Holzpritschen sehen. Auch eine fünfzig mal fünfzig Zentimeter grosse Stehzelle, in der die Häftlinge mit Hilfe einer speziellen Vorrichtung aufrecht an die Wand gekettet wurden, ist erhalten geblieben. In der Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen existierte unter einer Kellertreppe eine Hockzelle, in der die Gefangenen auf dem kalten Steinfussboden nur kauern konnten. Ausserdem gab es Kammern mit erhöhter Türschwelle, in denen man aus Eimern mit Wasser übergossen wurde. Erst 1953, nach Stalins Tod, wurden diese und weitere Foltermethoden untersagt.

All die genannten Haftorte waren aber nur Durchgangsstationen auf dem Weg in eines der zentralen Lager oder Gefängnisse, die die sowjetische Besatzungsmacht nach Kriegsende im Osten Deutschlands einrichtete. Hier sollten die Inhaftierten dauerhaft eingesperrt werden. Zusätzlich zu den beim Vormarsch der Roten Armee geschaffenen Lagern östlich von Oder und Neisse stampfte das NKWD bald auch in der SBZ solche zentralen Haftorte aus dem Boden. Diese «Aussenposten des Archipel GULag» (Her-



mann Weber) bildeten ein grossmaschiges Netz, das sich über die ganze SBZ erstreckte. Verwaltet wurden sie von einer speziellen NKWD-Abteilung, die ihren Sitz zunächst in Fürstenwalde und dann in Berlin-Hohenschönhausen hatte. Leiter dieses ostdeutschen Haftsystems wurde Oberst Michail Swiridow, der zuvor schon bei der 1. Weissrussischen Front für den Lageraufbau zuständig gewesen war. Ihm unterstanden dazu zwanzig Offiziere und vierzig Angehörige der Wachtruppen. Im Juni 1947 wurde er von Nikolai Zikljajew abgelöst, auf den im April 1949 Wladimir Sokolow folgte.

Die ersten sowjetischen Lager auf dem Gebiet der späteren DDR entstanden in Brandenburg. Bereits Ende April 1945 liess der NKWD-Bevollmächtigte Serow in Ketschendorf bei Fürstenwalde eine ehemalige Arbeitersiedlung der Deutschen Kabelwerke requirieren, um darin bis zu 10'000 Gefangene unterzubringen. Um die Häuser wurde zunächst ein Stacheldrahtzaun gezogen, der später durch eine drei Meter hohe Bretterwand mit Scheinwerfern und Wachtürmen verstärkt wurde. Baracken, ein Karzer und ein Leichenbunker, in dem die Toten gesammelt wurden, ergänzten die Einrichtung. Auf diese Weise ähnelte das Gelände, das bis zum Februar 1947 als Lager Nr. 5 in Betrieb war, bald einem sibirischen Straflager.

Etwa zeitgleich entstand ein provisorisches Lager in Weesow, einem Dorf nordöstlich von Berlin. Auf einem Feldflughafen im nahe gelegenen Werneuchen hielt das NKWD bei Kriegsende unter freiem Himmel eine grössere Zahl von Wehrmachtssoldaten, Zivilisten und Angehörigen der Russischen Befreiungsarmee fest. Noch im Mai beschlagnahmte die sowjetische Geheimpolizei dann in Weesow fünf verlassene Bauernhöfe und sperrte die Gefangenen dort in Scheunen, Schuppen und Ställe. Das Lager, das man mit Stacheldraht und Holztürmen sicherte, diente bald als Sammelstelle für Personen, die in und um Berlin verhaftet worden waren. In den völlig überfüllten Unterkünften, die die Inhaftierten im Regelfall nicht verlassen durften, befanden sich durchschnittlich 6'000 Menschen. Im August 1945, als die Wachmannschaft in das

ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen umzog, wurde der Haftort Weesow wieder geschlossen.

Noch im Mai 1945 kamen weitere Lager hinzu. In Fünfeichen bei Neubrandenburg wurde das bisherige Kriegsgefangenenlager Stalag IIA reaktiviert und mit etwa 10'000 Häftlingen belegt. In Berlin-Hohenschönhausen beschlagnahmte das NKWD eine ehemalige Grossküche der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), zäunte sie ein und brachte darin zeitweise über 4'000 Häftlinge unter. In Frankfurt an der Oder nahm das NKWD die Siedlung an der Wachsbleiche in Beschlag und hielt hier in acht Wohnhäusern bis September 1945 rund 5'000 Menschen gefangen, die Hälfte von ihnen Sowjetbürger. Ende Mai verlegte die 1. Ukrainische Front ihr Sammelgefängnis aus Rawitsch (Rawicz) in das sächsische Zuchthaus Bautzen, das im Laufe der nächsten Jahre über 27'000 Häftlinge durchliefen.

Zur Unterbringung der Gefangenen bediente sich das NKWD häufig ehemaliger Lager der Nationalsozialisten, die bereits über eine entsprechende «Infrastruktur» verfügten. Die Konzentrationslager Sachsenhausen und Jamlitz bei Lieberose – ein Straflager der SS und so genanntes Juden-KZ – wurden nach ihrer Schliessung vom NKWD erneut mit Insassen belegt. Auch das berühmte Wehrmachtsgefängnis Fort Zinna in Torgau nutzte das NKWD als Straflager. Nach dem Rückzug der Westalliierten aus Thüringen und Sachsen-Anhalt kamen das KZ Buchenwald und das ehemalige Kriegsgefangenenlager Stalag IV B in Mühlberg bei Riesa dazu. «Auf dem besetzten Territorium Deutschlands», so meldete Serow Anfang November zufrieden nach Moskau, «gibt es ausser den inneren Gefängnissen und Zellen bei den operativen Sektoren und Gruppen 9 Speziallager und 3 Gefängnisse mit einer Gesamtkapazität von bis zu 100'000 Personen.»<sup>24</sup>

Insgesamt existierten in der SBZ zwölf verschiedene Lagerstandorte, die alle streng vor der Öffentlichkeit abgeschirmt wurden. Die sowjetische Nummerierung zählte allerdings nur zehn Standorte, da die Lager in Weesow und Frankfurt an der Oder nach

einigen Monaten nach Sachsenhausen und Jamlitz verlegt wurden. Die Abteilung Speziallager verfügte zudem über Gefängnisse in Strelitz, Frankfurt an der Oder und Berlin-Lichtenberg neben der späteren Stasi-Zentrale; im Januar 1946 wurden ihr noch fünfzehn weitere Haftanstalten unterstellt. Mindestens 9'000 Festgenommene aus der SBZ wurden anfangs auch nach Posen und Landsberg an der Warthe gebracht. Nach der Potsdamer Konferenz vom Sommer 1945 trat das NKWD jedoch, wie erwähnt, seine östlich gelegenen Lager schrittweise an den polnischen Sicherheitsdienst ab. Ganze Hafteinrichtungen wanderten damals von Ost nach West und nahmen – wie das Lager Schneidemühl, dessen Leitungskader nach Torgau versetzt wurden – zum Teil ihre amtliche Nummerierung (hier Nr. 8) mit. Auch die Verwaltung des Speziallagers in Rembertów/Warschau gelangte im Sommer 1945 über Schwiebus bis nach Mühlberg.

Der Begriff «Speziallager» ist in Deutschland nicht unumstritten. Im Jargon des NKWD wurden die Lager für die im Zuge der Säuberungen Verhafteten seit Ende Mai 1945 als «Spezlager» bezeichnet, die darin Festgehaltenen als «Spezkontingent». Mit der Vorsilbe «Spez» wurde auf ihren besonderen Status hingewiesen, da sie weder zum Straflagersystem des GULag noch zum Lagerkomplex der GUPWI für Kriegsgefangene und Internierte gehörten. Russische Stellen haben den Begriff «Spezlager» als Sonderlager übersetzt. Einige deutsche Historiker lehnen eine solche Bezeichnung hingegen ab, weil sie zu sehr an die gleichnamigen Sonderlager der Nationalsozialisten erinnere. Stattdessen haben sie den Begriff «Speziallager» eingeführt, der von vielen Betroffenen jedoch für unzureichend gehalten wird, weil er die eigentliche Funktion der Lager im Dunkeln lässt und an eine irgendwie gehobene Unterbringung denken lässt.

Im Mittelpunkt der Kontroverse stehen aber weniger Übersetzungsprobleme. Die Bezeichnung der Lager stößt in Deutschland noch auf andere Sensibilitäten. So wurden die Haftorte, nicht zuletzt wegen ihrer räumlichen Kontinuität, im Westdeutschland der

fünfziger Jahre oft als sowjetische Konzentrationslager bezeichnet, zugespitzt auch als «rote KZs». Der renommierte Mannheimer DDR-Forscher Hermann Weber sprach von «Konzentrationslagern» mit «politischen Gefangenen».<sup>25</sup> Einige Historiker sehen hierin eine unzulässige Gleichsetzung mit nationalsozialistischen Lagern und lehnen den Begriff deshalb ab. Erst recht umstritten ist die Auffassung mancher ehemaliger Häftlinge, dass es sich um Todes- oder Vernichtungslager gehandelt habe, da ein erheblicher Teil der Lagerinsassen ums Leben gekommen und ihr Tod von vornherein einkalkuliert gewesen sei. In vielen Veröffentlichungen ist deshalb von Internierungslagern die Rede, was freilich ebenfalls zu falschen Analogien führt und die Realität der Haftorte verharmlost. Denn Internierungslager, die normalerweise nur den Zweck haben, bestimmte Personengruppen vorübergehend zu sichern, gab es auch im Westen Deutschlands, und der Ausdruck diente der SED später als politischer Rechtfertigungsbegriff. Wie auch immer man die Lager bezeichnen mag – vergessen sollte man dabei nicht, dass die Chance, in ihnen zu überleben, geringer war als in manchem nationalsozialistischen KZ.

### *Einweisungen in Speziallager*

Nach dem Ende des Krieges konnte man von der sowjetischen Geheimpolizei mit einer simplen Verfügung in ein Lager eingeliefert werden – ohne Haftbefehl, ohne Einschaltung eines Staatsanwaltes, ohne Gerichtsverhandlung. Keiner der Internierten erhielt eine Anklageschrift oder ein Urteil; eine Möglichkeit, sich zu verteidigen, gab es nicht. Der ermittelnde NKWD-Offizier musste lediglich die Anordnung treffen: einzuweisen in ein Sonderlager.

Diese Allmacht trug dazu bei, dass die Befehle zur Lagerhaft wie

am Fließband ergingen. Die Geheimpolizei musste nur konstatieren, dass eine Person unter eine der sieben Kategorien von Berijas Säuberungsbefehl fiel – im Jargon des NKWD die «Färbung». War die Färbung des Betroffenen festgestellt, erfolgte sein Abtransport ins Lager. Oft reichte schon der bloße Verdacht aus, dass eine Kategorie zutreffen könnte. Beweise ausser den unter Zwang gemachten Aussagen erhob man nicht. In vielen Fällen wurde nicht einmal die Vernehmung des Inhaftierten protokolliert – geschweige denn überprüft, ob er sich tatsächlich etwas hatte zuschulden kommen lassen.

«Am zweiten Oktober 1945 stand ich mit etwa 30 Leidensgefährten vor dem Tor des Konzentrationslagers Buchenwald», beschrieb der Jenaer Studienrat Ernst-Emil Klotz seine Ankunft im Speziallager Nr. 2 auf dem Ettersberg bei Weimar. «Keiner von uns konnte der niederschmetternden Eindrücke Herr werden, so dass wir uns nur flüsternd unterhielten und kaum noch ein Wort sprachen.» Es war ein kalter, nebliger Morgen. Kahlköpfige Soldaten, herausgeputzte Offiziere und Frauen in Stiefeln warteten vor dem Eingang. Eine Gruppe von Häftlingen schob langsam einen Wagen vor sich her, keiner wagte den Kopf zu heben. «Das also waren Buchenwaldhäftlinge. Das war das Bild dessen, was wir werden sollten. [...] Im schnellen Getriebenwerden durch das Tor nahm ich trotz aller Befangenheit noch die Torinschrift auf: Jedem das Seine!»<sup>26</sup>

In regelrechten Schüben lieferte die sowjetische Geheimpolizei während der ersten Nachkriegsmonate die in den Gefängnissen gesammelten Häftlinge an den Lagertoren ab. Die Aufzeichnungen der damaligen Lagerverwaltungen dokumentieren, wie die Verhafteten in ganzen Hundertschaften eintrafen. Am 14. Juni 1945, so vermerkte man zum Beispiel im Speziallager Bautzen, übergab der Operative SMERSCH-Bevollmächtigte der 13. Armee dem Gefängnischef 898 Zivilisten, die allein zwischen dem 16. April und dem 26. Mai zwischen Spreewald und Elbe verhaftet worden

waren. Ähnlich hohe Kontingente verzeichneten auch die anderen Lager. So wurden ins Sonderlager Ketschendorf im Mai 1945 fast 3'000 Häftlinge eingeliefert. Binnen eines halben Jahres stieg ihre Zahl auf über 9'000, obwohl mehrere tausend Gefangene an andere Lager, etwa in Posen oder Schneidemühl, abgegeben wurden. Das seit August 1945 wieder in Funktion befindliche Lager Buchenwald nahm allein bis Jahresende annähernd 7'000 Menschen aus sowjetischen Untersuchungsgefängnissen in Thüringen auf. Über achtzig Prozent von ihnen hatte das NKWD verhaftet, die Übrigen der militärische Abwehrdienst SMERSCH.

Schon der Weg ins Lager war beschwerlich. Vielfach mussten die Gefangenen zu Fuss gehen. Die kilometerlangen Märsche bedeuteten vor allem für ältere Menschen eine Strapaze. Zu Anfang hatte man überwiegend Männer über fünfundvierzig von der Strasse weg verhaftet. Der Jahreszeit entsprechend waren sie nur unzureichend gekleidet. Darüber hinaus hatten sie unter den brutalen Verhören und den grauenhaften Lebensumständen in der Untersuchungshaft gelitten. Oft kamen sie schon halb verhungert im Lager an. Sogar der NKWD-Bevollmächtigte Serow beschwerte sich im September 1945 bei den Chefs der Operativen Sektoren über den Zustand der Häftlinge. Er konstatierte eine «stark ausgeprägte Abmagerung», «auf Vitaminmangel zurückzuführende Erkrankungen» und «akute Magenverstimungen», die Folge «einer unzureichenden Ernährung» seien.<sup>27</sup> Manchem Eingewiesenen kam das Lager deshalb zunächst wie eine Erleichterung vor.

Später wurden die Häftlinge oft mit LKWs herangeschafft. Dicht gedrängt hatten sie sich dann mit gespreizten Beinen hintereinander auf die offene Ladefläche zu setzen, damit sich niemand während der Fahrt aufrichten konnte. Manchmal mussten sie auch stehen oder hocken. Bei der Verlegung grösserer Häftlingskontingente kamen – wie bei den Deportationen in die Sowjetunion – Viehwaggons zum Einsatz. Soldaten mit Maschinenpistolen bewachten all diese Transporte, die besonders in der kalten Jahreszeit

für viele eine schwere Belastung waren und oftmals erste Erkältungskrankheiten nach sich zogen.

Für die Übergabe am Lagerort bedurfte es nur weniger Formalitäten. Eine Kommission, die vom Kommandanten oder seinem Stellvertreter geleitet wurde, nahm die Gefangenen entgegen. Man überreichte eine Transportliste, auf der die Namen aller Häftlinge und der jeweilige Einweisungsgrund notiert waren. Für jeden wurde zudem eine so genannte Registrierkontrollakte ausgehändigt, die aus einigen wenigen amtlichen Unterlagen bestand: einem Haftbefehl, einem Vermerk über die Durchsuchung des Gefangenen, einem Vernehmungsprotokoll und schliesslich dem Einweisungsbeschluss der Geheimpolizei – mehr brauchte der schmale Hefter nicht zu enthalten.<sup>28</sup> Für die Untersuchungsorgane war der Vorgang damit abgeschlossen.

Selbst dieses – seit Juli 1945 obligatorische – Minimum an Unterlagen fehlte allerdings oftmals. Nach Kriegsende wurde nicht gross gefragt, warum das NKWD einen Festgenommenen ins Lager steckte. Erst recht gab es in den Akten keine objektiven Beweismittel, die den Inhaftierungsgrund hätten belegen können. So musste der Leiter der Lagerabteilung, Michail Swiridow, zugeben, als er im Juli 1947 seinen Chef Iwan Serow über den Zustand der Häftlingsunterlagen informierte: «Eine Durchsicht der Registrierkontrollakten des nicht verurteilten Kontingents hat ergeben, dass in allen Akten mit Ausnahme einer Haftbescheinigung oder eines Haftbefehls und bestenfalls eines Vernehmungsprotokolls anderes Untersuchungsmaterial fehlt, das die Zugehörigkeit der Inhaftierten zu nazistischen Organisationen und ihre praktische Tätigkeit belegt.»<sup>29</sup>

Auf diese Weise fanden sich bald Tausende Festgenommene in Lagern wieder. Anfang 1946 sassen in der Sowjetischen Besatzungszone bereits 75'000 Menschen in Haft. Lediglich 1'500 waren von einem sowjetischen Militärgericht verurteilt worden, die anderen hatte die Geheimpolizei ohne weitere Prüfung eingewiesen. Da der Säuberungsbefehl keinerlei Bestimmungen über das

weitere Schicksal der Gefangenen enthielt, war die Dauer ihres Lageraufenthaltes nicht begrenzt. Sie befanden sich weder in Untersuchungshaft noch im Strafvollzug, sondern waren einfach aus dem Verkehr gezogen. Die meisten von ihnen kamen erst Jahre später wieder frei – vorausgesetzt, dass sie die Haft überlebten.

Die Kommandanten waren verpflichtet, über die eingelieferten Häftlinge genau Buch zu führen. Zu diesem Zweck gab es in jedem Lager eine Registratur mit mehreren Mitarbeitern. «Für alle Gefangenen, die in das Lager kommen, werden eine Registrierkarte Formblatt Nr. 1 und eine Karte mit Fingerabdrücken ausgefertigt», hiess es in der Lagerordnung, die in ihrem amtlichen Perfektionismus den entsprechenden Vorschriften der Nationalsozialisten nicht nachstand. «Die Registrierkarte Formblatt Nr. 1 wird in drei Exemplaren ausgefertigt, wobei alle Rubriken ausgefüllt werden. Es ist Tinte zu verwenden und deutlich zu schreiben. Die Karte mit den Fingerabdrücken wird zweifach ausgefertigt. [...] Der Leiter der Registraturgruppe überprüft täglich die Anwesenheit der Gefangenen, die in den Dokumenten aufgeführt sind, und vergleicht diese mit dem tatsächlichen Bestand des Lagers im Zusammenhang mit dem Wachwechsel der Diensthabenden.»<sup>30</sup>

Auf der Basis dieser Registrierungen hatten die Lager die Anzahl der Häftlinge, aufgeschlüsselt gemäss Kategorie und Nationalität, nach Berlin zu melden. Alle fünf Tage, beginnend mit dem 15. Mai 1945, mussten die Kommandanten diese Angaben erstellen. Die zentrale Abteilung Speziallager rechnete sie zusammen und schickte die Zahlenkolonnen nach Moskau – eine Statistik des Schreckens, in der die Menschen nur noch als Ziffern auftauchten.

Warum die Verhafteten ins Lager kamen und vor allem wie lange sie dort bleiben sollten, wurde ihnen nicht mitgeteilt. Bestenfalls konnten sie versuchen, Rückschlüsse aus den vorangegangenen Verhören zu ziehen. Auch ihre Angehörigen bekamen keinerlei Nachricht. Sie wussten nicht einmal, wo sich die Inhaftierten befanden. Ernst-Emil Klotz, der Studienrat aus Jena, berichtete,



wie die Gefangenen sich immer wieder die Frage gestellt hätten: «Warum sind wir hier und worauf will das hinaus?» Sogar eine eigene Lagerstatistik hätten sie angefertigt – nur um die Logik der Einweisungen zu verstehen.

Schon die regionale Zusammensetzung war von verwirrender Vielfalt, wie Klotz über das Lager Buchenwald schrieb: Bahnbedienstete, die man Anfang 1945 beim Rückzug der Wehrmacht noch weit im Osten verhaftet hatte; umgesiedelte deutschstämmige Bauern aus Rumänien, die dem Vormarsch der Roten Armee zum Opfer gefallen waren; Kaufleute, Zahnärzte und Apotheker aus den baltischen Ländern; so genannte Gummideutsche, die russisch sprachen, aber der Eindeutschungspolitik der SS gefolgt waren; Flüchtlinge, die aus Königsberg entkommen, aber an der pommerschen oder mecklenburgischen Küste gefasst worden waren; evakuierte Schlesier, die die Rote Armee erst in Thüringen eingeholt hatte; ein Kontingent von über 1'000 Sachsen, die über die Lager Jamnitz und Mühlberg nach Buchenwald gekommen waren; schliesslich Tausende Thüringer, deren Mischung keinerlei Systematik erkennen liess.

Kopferbrechen bereitete den Häftlingen, so Klotz, auch die soziale Zusammensetzung des Lagers. In Buchenwald befanden sich viele Bauern, Handwerker sowie Vertreter des kleinen und mittleren Bürgertums. Nur unter den aus Landsberg verlegten Personen gab es einige wenige Grosskopfeten, darunter ein Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Bank und der Organisator der Olympischen Winterspiele von 1936, Karl Ritter von Halt. In Scharen traf Klotz hingegen auf niedrige Post- und Bahnangestellte, auf Arbeiter der Zeiss- und Schott-Werke in Jena, auf Textilarbeiter aus Gera und auf Kumpel aus dem Braunkohlebergbau. Unter den Akademikern, die nur ein Zehntel der Lagerinsassen stellten, dominierten Lehrer und Juristen. Schliesslich gab es auch noch auffällig viele Drucker, Setzer und Druckereibesitzer, die in Thüringen – offensichtlich aufgrund einer entsprechenden Passage in Berijas Säuberungsbefehl – ausnahmslos verhaftet worden seien.

Über diese zusammengewürfelte Häftlingsgesellschaft notierte Klotz nicht ohne Bitterkeit: «Buchenwald war das Lager der kleinen Leute. Die proletarische Armee hatte fast nichts anderes zu verhaften gewusst als Arbeiter und Bauern. Was irgendwie durch wirtschaftlichen Einfluss oder Reichtum bedeutend gewesen war, die gesamte höhere Verwaltung des Landes, die in der Stadt Goethes in prunkender Parteiuniform stolziert hatte, die Landräte, die Oberbürgermeister der grossen Städte, das alles fehlte im Lager, weil es vor dem Russeneinmarsch ausgewichen war. Warum setzte man nun die kleinen Leute fest? Warum statuierte man an ihnen ein Exempel? Warum liess man sie für Handlungen büssen, die sie nicht begangen hatten? Wir wurden nicht müde, diese Fragen zu stellen.»<sup>31</sup>

Die Häftlinge in Buchenwald unterhielten einen Kontakt zur Lagerregistratur. Dort wurden die Insassen nach insgesamt fünfundzwanzig Berufsgruppen erfasst. Danach stammten dreissig Prozent der Gefangenen aus der Landwirtschaft, fünfundzwanzig Prozent aus Verwaltung, Justiz und Polizei sowie zwanzig Prozent aus Handel und Industrie. Weitere fünfzehn Prozent waren Handwerker. Die heute im Moskauer Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) aufbewahrten Statistiken bestätigen diese Angaben weitgehend, nur die Landwirte haben hier geringeres Gewicht. Als man im Frühjahr 1948 eine Überprüfung aller Lager vornahm, waren von den 43'000 durchgesehenen Fällen 22'000 Angestellte, 13'000 Arbeiter, 4'600 Bauern und 3'100 Selbstständige. Einige Hundert waren Hausfrauen, Studenten oder Ähnliches.<sup>32</sup> Auch dieser Befund zeigt, dass die abhängig Beschäftigten – und nicht die Eliten des NS-Regimes – die Lagergesellschaft dominierten.

Unter den Gefangenen befanden sich überdurchschnittlich viele ältere Menschen. Nach einer Information des Leiters der Lagerabteilung vom Oktober 1946 hatten von den damals 76'000 Häftlingen in der SBZ fast sechzig Prozent das fünfundvierzigste Lebensjahr überschritten; 4'000 waren Frauen. Auch in Buchenwald fiel das hohe Durchschnittsalter auf.

Überall sah man durchfurchte Gesichter und graue Haare. Dem Studienrat zufolge gaben gerade die älteren Lagerinsassen ein klägliches Bild ab. Oft hatten sie Schwierigkeiten, sich anzupassen, und die jugendlichen Häftlinge verloren häufig jeden Respekt vor ihnen. Auch die Altersstruktur gab den Analytikern in Buchenwald Rätsel auf, wie Klotz notierte: «Für das Ringen um den Sinn der ganzen Sache war das hohe Durchschnittsalter eine harte Nuss. Was konnte es schon für einen politischen oder militärischen Sinn haben, die nicht mehr dienstfähige, die mit den Beschwerden des Alters, mit den Narben des Ersten Weltkrieges und den Nachwirkungen seiner Wunden geplagte Generation in ein Lager zu bringen!»<sup>33</sup> Weil die Älteren schneller als die Jüngeren starben, verjüngte sich das Lager jedoch bald.

Einen gemeinsamen Nenner meinten die Buchenwald-Häftlinge schliesslich darin zu erkennen, dass ein grosser Teil von ihnen Mitglied der NSDAP gewesen war. Im Dezember 1945 machte man in dem Lager etwas über 5'000 ehemalige Parteigenossen aus, bei einer Gesamtbelegung von rund 6'000 Gefangenen. Doch insgesamt hatte es in Thüringen mehr als 100'000 Parteimitglieder gegeben, so dass sich ein schreiendes Missverhältnis zwischen der Anzahl innerhalb und ausserhalb des Lagers ergab. Betroffene fragten sich, warum gerade sie ausgewählt worden waren und weshalb es in Buchenwald zugleich eine erhebliche Zahl von Menschen gab, die nicht der NSDAP angehört hatten. Man grübelte: «Da war z.B. ein Dorf im Eisenacher Kreis, aus dem sämtliche Blockleiter fein säuberlich verhaftet und nach Buchenwald gebracht worden waren. Da schien sich das Prinzip anzudeuten. Aber gleich wurden 10 oder 20 Dörfer aufgezählt, sowohl aus der nächsten Nachbarschaft als auch aus den entferntesten Teilen Thüringens, aus denen nicht ein einziger Amtsträger verhaftet worden war.»

Zellen- und Ortsgruppenleiter aus der Stadt Eisenach hatte man in grosser Zahl eingeliefert, aus dem benachbarten Meiningen fehlten sie fast ganz. Von den dreizehn Ortsgruppenleitern Jenas

war nicht ein einziger in die Hände des NKWD gefallen, von den vierundzwanzig Kreisleitern Thüringens gerade einer, der von Arnstadt. Wie Klotz berichtet, fragten sich die Häftlinge: «Wo war überhaupt die höhere Parteiführung Thüringens? Wo waren die Mitarbeiter in den Stäben? Die höheren SA- und SS-Führer? Die Sachbearbeiter der Gauleitung? Sie befanden sich im Westen des Reiches und meist in Freiheit. So war denn Buchenwald nicht nur das Lager der Fünfzigjährigen und das Lager der kleinen Leute. Es war auch zugleich das Lager der Blockleiter, der Kassierer, der Helfer und der kleinen Parteigenossen. Das alles gab eine sehr merkwürdige Stellvertretung. Der Eindruck war so grotesk, dass lange Zeit sich das Gerücht hielt, es werde nach einem Vierteljahr ausgewechselt.»<sup>34</sup>

Sowjetische Lagerstatistiken bestätigen diese Beobachtungen der Häftlinge. Im Februar 1946 meldete Serow nach Moskau, dass sich unter den 74'000 Gefangenen – 67'000 davon waren Deutsche – über 42'000 «führende und aktive NSDAP-Mitglieder» befänden.<sup>35</sup> Mit dieser Kennzeichnung übertrieb der NKWD-Bevollmächtigte allerdings masslos. In Wirklichkeit waren die meisten so genannte Block- oder Zellenleiter der NSDAP gewesen, denen im NS-System nur eine völlig untergeordnete Funktion zukam. Ein Blockleiter war für vierzig bis sechzig Haushalte zuständig, ein Zellenleiter für vier bis acht Blöcke. In den westlichen Zonen setzten die Internierungen deshalb überhaupt erst auf der Ebene der Ortsgruppenleiter ein. Vor diesem Hintergrund erscheinen auch die anderen Angaben der Aufstellung fragwürdig. Serow schrieb, dass über 10'000 Inhaftierte Mitarbeiter der Gestapo, des SD und anderer deutscher Straforgane gewesen seien, 4'000 hätten illegalen Diversions- und Terrororganisationen wie dem Werwolf angehört. Bei der Gestapo waren jedoch für ganz Europa kaum mehr als 31'000 Personen tätig gewesen, von denen sich ein Grossteil in den Westzonen befand, und wie man Werwölfe «produzierte», wurde bereits dargelegt. Dass in wachsender Masse demokratisch motivierte Gegner des Sowjetkommunismus ins Lager kamen,

verschwiegen die Statistik hingegen. Es ist nur insofern zu erahnen, als über 7'000 Verhaftete als «Sonstige» ausgewiesen wurden.

Etwas genaueren Aufschluss über die Zusammensetzung der Lager gibt eine Statistik vom Oktober 1946. Von 76'000 Inhaftierten wurden jetzt 39'000 als «aktive Mitglieder der NSDAP» deklariert – die anderen waren in der Zwischenzeit vermutlich gestorben.<sup>36</sup> Mehr als die Hälfte – rund 20'000 – waren demzufolge Blockleiter gewesen, weitere 8'000 Zellenleiter. Bei knapp 5'000 Gefangenen handelte es sich um ehemalige Ortsgruppenleiter, nur 2'800 hatten als Kreisleiter oder deren Mitarbeiter gewirkt. Hohe NS-Funktionäre gab es – anders als in den Westzonen – überhaupt keine. SS- und SA-Mitglieder sowie Angehörige von Gefängnis- oder KZ-Personal, die in westlichen Internierungslagern das Hauptkontingent bildeten, befanden sich gar nicht oder nur vorübergehend hier, weil sie, wie dargelegt, in Kriegsgefangenenlager überführt werden mussten. Mehr als 3'000 Häftlinge waren in der NS-Zeit Leiter von Gebiets-, Stadt- oder Kreisverwaltungen oder aber Journalisten gewesen. 12'000 Verhaftete galten als Mitarbeiter deutscher Straforgane, 3'000 als Spione, Diversanten und Terroristen der deutschen Geheimdienste – was immer man darunter zu verstehen hat. Knapp 13'000 fielen überhaupt nicht unter Berijas Säuberungsbefehl, sondern wurden als «Sonstige» eingestuft. Das also waren die «feindlichen Elemente», die man verhaften zu müssen meinte, um das Hinterland der Roten Armee zu sichern.

### *Der Fall Heinrich George*

Ein Beispiel für die erste Welle der Lagereinweisungen ist der Schauspieler Heinrich George, der Vater des Schimanski-Darstellers Götz George. Mit seinem Fall hatte sich die sowjetische Ge-

heimpolizei ungewöhnlich lange beschäftigt. Er ist deshalb aufschlussreich, weil der russische Inlandsgeheimdienst FSB die Akte des Schauspielers – eine seltene Ausnahme – in den neunziger Jahren zugänglich machte. Auch mehrere Briefe sind erhalten geblieben, die er aus dem Lager herausschmuggeln konnte.

George, der im Speziallager Nr. 3 in Berlin-Hohenschönhausen inhaftiert war, hatte bis Kriegsende zu den führenden Bühnen- und Filmdarstellern der Reichshauptstadt gehört. Durch die urwüchsige, dämonische Art, mit der er den Götz von Berlichingen oder den Franz Biberkopf in dem Film «Berlin Alexanderplatz» spielte, war er zu einem der populärsten Schauspieler der zwanziger und dreissiger Jahre geworden. Seine Karriere führte ihn vom Deutschen Theater unter Max Reinhardt über Erwin Piscators Volksbühne bis zum Preussischen Staatstheater.

Als die Nationalsozialisten an die Macht kamen, brauchten sie nicht lange, um das Film- und Theaterleben in Deutschland gleichzuschalten. Oberster Regisseur des Reiches war jetzt Joseph Goebbels, der auch das Schauspiel in den Dienst der «nationalen Erhebung» stellte. Ebenso wie Adolf Hitler war er von den Fähigkeiten Georges tief beeindruckt. Nach anfänglicher Diskriminierung als Star linker Theatermacher ernannten sie ihn 1937 zum «Staatschauspieler», ein Jahr später zum Intendanten des Berliner Schiller-Theaters. Heinrich George wurde – wie Gustaf Gründgens, Marika Röck, Heinz Rühmann und viele andere – zu einer festen Größe im nationalsozialistischen Kulturbetrieb.

Doch George, ein dickleibiger Lebemensch und genialer Künstler, war zugleich ein Intendant, der sich durch ungewöhnliche Menschlichkeit auszeichnete. Als die Nazis alles Jüdische aus den Theatern verbannten, beschaffte er den betroffenen Schauspielern Sondergenehmigungen und sorgte dafür, dass sie nicht den Judenstern tragen mussten. Parteigenossen hielt er ebenso aus seinem Theater fern wie politische Propaganda; einige seiner Schauspieler beteiligten sich am Widerstand. Als die Wehrmacht ihr

letztes Aufgebot mobilisierte, erklärte er die Mitglieder seines Ensembles für unabkömmlich und bewahrte sie so vor dem Fronteinsatz.

Fünf Tage nach der deutschen Kapitulation wurde George von den sowjetischen Sicherheitsorganen verhaftet. Man verhörte ihn einen Tag und eine Nacht, setzte ihn anschliessend aber wieder auf freien Fuss. Eine Woche später wurde er erneut vernommen und über Nacht dabegehalten. Am 26. Mai erfolgte die dritte Festnahme, diesmal für fünf Tage. Ein Nachbar, der den kulturinteressierten Stadtkommandanten Nikolai Bersarin kannte, besorgte ihm daraufhin eine schützende Bescheinigung. Doch als Bersarin wenig später bei einem Motorradunfall ums Leben kam, konnte dies George nicht mehr helfen. Am 18. Juni 1945 – wenige Tage bevor amerikanische Truppen in Berlin einzogen und sich auch in seinem Haus im Westteil der Stadt einquartierten – wurde er ins Polizeipräsidium in der Elsasser Strasse gebracht. Jetzt liess man ihn nicht mehr frei.

Das NKWD, das die Untersuchungen führte, hatte schon länger Belastungsmaterial gegen ihn gesammelt. Zuständig für die Ermittlungen war die 2. Abteilung der zentralen Operativgruppe Berlin. Die damals angelegte Akte – ein dünner Hefter von siebenundzwanzig Seiten – liegt noch immer in Moskau; hier kann man nachlesen, wie sich die Schlinge um George langsam zuzog. Es handelt sich dabei nicht um die erwähnte Registrierkontrollakte, sondern um den Ermittlungsvorgang des NKWD. Die Akte beginnt mit einer Denunziation: In einer von fünf Personen unterzeichneten Erklärung wird der Intendant als einer der grössten Nazi-Schauspieler bezeichnet. «Unsere Meinung ist, wenn man George auf irgendeine deutsche Bühne stellte, er gelyncht werden würde.»<sup>37</sup> Eine weitere Anschwärzung ist ohne Unterschrift. In Deutschland hatten Denunziationen damals Hochkonjunktur.

In dem Ordner finden sich Georges Ausweis, ein Notizbuch, eine Zeugenaussage und Ergebnisadressen an mehrere NS-Grössen. In einem Umschlag stecken einige Fotos, auf denen er in

Gesellschaft Hitlers und anderer Nazi-Führer zu sehen ist. Beim Verhör bekam er diese Unterlagen vorgehalten. Ausserdem enthält die Untersuchungsakte Georges Fingerabdrücke und einen erst Wochen nach der Festnahme ausgestellten Haftbefehl. Schliesslich gibt es ein Verhörprotokoll, das auf den 10. Juli 1945 datiert ist. Geschrieben wurde es vom Vernehmer des Schauspielers, dem NKWD-Major Pyrin. Per Unterschrift musste George bestätigen, dass ein Übersetzer ihm den russischen Text in deutscher Sprache vorgelesen habe und seine Äusserungen wortgetreu wiedergegeben worden seien. Zumindest das Letztere war, wie man an den offiziellen sowjetischen Formulierungen erkennen kann, offensichtlich eine Lüge. Da George selbst nicht mehr darüber berichten konnte, weiss niemand, wie die Aussagen zustande kamen, in denen er wie in einem Schauprozess Reue übte.

Laut Protokoll wurde der Schauspieler vom Vernehmer aufgefordert, seine politische Laufbahn darzustellen. George berichtete daraufhin von seinen früheren Verbindungen zu linken Schriftstellern wie Bertolt Brecht, Johannes R. Becher und Ernst Toller. Dann seien die Nationalsozialisten an die Macht gekommen: «Ich wurde vernommen und verlor meine Stellung. Ich hatte die Wahl, entweder auf meine Karriere zu verzichten und möglicherweise ins Gefängnis zu kommen oder mich irgendwie mit dem faschistischen Regime zu arrangieren.» Darauf der Vernehmer: «Und Sie haben sich arrangiert. [...] Erzählen Sie von Ihren Kontakten zu den faschistischen Machthabern.» George räumte ein, dass er mit Hitler und Goebbels persönlich bekannt war. Letzterer habe ihn häufig zu sich eingeladen.

Dann sollte er über seine «politischen Auftritte» während des Krieges Auskunft geben. George antwortete, dass es keine politischen Auftritte gewesen seien, räumte aber ein, sich zu Neujahr mit einem Durchhalteappell an das deutsche Volk gewandt zu haben. Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 habe er diesem ein Telegramm geschickt. Schliesslich hielt man ihm einen Propagandaartikel aus dem *Völkischen Beobachter* vor, in dem er von



der barbarischen Zerstörungswut der sowjetischen Truppen gesprochen hatte. Der NKWD-Offizier: «Möchten Sie Ihren Aussagen noch etwas hinzufügen?» George: «Nein, ich habe alles gesagt, was ich konnte. Wenn ich ein Verbrechen begangen haben sollte, so war ich mir dessen nicht bewusst, sondern es geschah in dem Glauben, richtig zu handeln.»<sup>38</sup>

Ein ehemaliger Mitarbeiter Georges, der Schauspieler Ernst Stahl-Nachbaur, gab darüber hinaus eine lange Stellungnahme für das NKWD ab. Georges Bemühungen, so erklärte er in einem Brief, sei es mit zuzuschreiben gewesen, dass er, obwohl «Mischling», am Theater eine Spielerlaubnis erhalten habe. Auch für andere jüdische Schauspieler habe George sich eingesetzt. Auf der anderen Seite könne aber sein begeistertes öffentliches Auftreten für die Nazis und insbesondere für Hitler nicht vergessen werden. Stahl-Nachbaur's Schlussfolgerung: «Im Ganzen, glaube ich, ist zu sagen, dass eine so durch und durch komödiantische Natur wie George dauernd auch im Leben ‚Rollen‘ spielte und immer weit weniger das wirklich ‚war‘, was er nur schien! So griff er während der Zeit des Nazismus – getrieben durch seinen Ehrgeiz und seine Eitelkeit – bar jeden Taktes nach seiner Glanzrolle im ‚3. Reich‘ und fand und spielte sie mit Emphase.»<sup>39</sup>

Der sowjetische Untersuchungsführer, Oberleutnant Bibier, hatte für solch feinsinnige Interpretationen nichts übrig. Stahl-Nachbaur's Aussage galt als schwere Belastung. George selbst bekam sie nicht zu sehen, sondern erfuhr erst im Lager davon. In einem seiner Briefe heisst es: «Ich kenne sein Protokoll nicht, aber da man keine Entlastungszeugen zulässt beim russischen NKWD-Gericht, kann es nur anklagend sein, was er ausgesagt hat.»<sup>40</sup> Am 25. August 1945 wurden die Vorwürfe gegen George in einem abschliessenden Bericht noch einmal aufgelistet: Seine Abkehr vom Kommunismus und seine Unterstützung des Hitler-Regimes; seine Rolle in dem Propagandafilm «Jud Süß» und seine Ernennung zum Intendanten «auf persönliche Weisung Hitlers»; sein «abscheuliches und fanatisches Gebaren» während Goebbels' Sport-

palastrede zum «Totalen Krieg» und sein Artikel im *Völkischen Beobachter*, mit dem er kurz vor der Kapitulation noch zum Widerstand aufgerufen habe.

Heute weiss man, dass die Vorwürfe nicht nur schlampig recherchiert, sondern grösstenteils auch unberechtigt waren: George hatte in den zwanziger Jahren zwar bei Piscator gespielt, war aber kein Kommunist gewesen. Selbst wenn, so hätte dies sicherlich keinen Verhaftungsgrund abgeben können. Gegen die Übernahme einer Rolle in dem antisemitischen Streifen «Jud Süß» hatte er sich monatelang gesträubt, bei einer kategorischen Weigerung hätte ihm ein Berufsverbot gedroht. Zur Kundgebung im Sportpalast war er – wie andere Teilnehmer auch – von einem Wagen des Ministeriums abgeholt worden, ohne zu wissen, worum es gehen würde. Die später gezeigten Filmaufnahmen des klatschenden George hatte man nachträglich zusammenmontiert. Auf ähnliche Weise war auch der schwülstige Durchhalteappell Georges vom April 1945 entstanden. Die Tatsache, dass er vielen jüdischen Künstlerkollegen geholfen hatte, blieb dagegen ebenso unberücksichtigt wie die ungewöhnlich grossen politischen Freiheiten am Schiller-Theater. Vor allem aber: Entgegen seiner Einstufung als «NSDAP-Aktivist» war George niemals Mitglied der Partei gewesen und hatte auch sonst zu keinem Zeitpunkt ein offizielles politisches Amt bekleidet.

Ebendeshalb war sich Heinrich George beim Zusammenbruch des Nationalsozialismus auch keiner Schuld bewusst. Statt vor den russischen Truppen zu fliehen, blieb er in Berlin und hoffte, bald wieder auf der Bühne stehen zu können. Möglicherweise war diese Vorstellung naiv, vielleicht widerstrebte ihm, wie 1933, auch einfach nur der Gedanke an Flucht – ein Wesenszug, der ihn jetzt teuer zu stehen kommen sollte.

Als der Abschlussbericht geschrieben wurde, sass George schon lange im Lager Berlin-Hohenschönhausen. Unter Berufung auf Berijas nicht mehr gültigen Säuberungsbefehl vom Januar 1945

hatte der Gardehauptmann Schmyrajew am 27. Juli 1945 verfügt: «George, Heinrich, wird in das Spezlager des NKWD überstellt.»<sup>41</sup>

Die Kassiber, die der Schauspieler aus dem Lager an seine Frau schrieb, machen deutlich, wie sehr ihn die dortigen Lebensbedingungen belasteten. Im Gebäude der ehemaligen Grossküche hatte man über 4'000 Häftlinge zusammengepfercht. Der jüngste von ihnen war gerade dreizehn Jahre alt. Die Inhaftierten litten unter Hunger, Kälte und Krankheiten, viele von ihnen starben. Nachts wurden die Leichen auf einen Fleischerwagen geworfen und in der Umgebung des Lagers in Bombentrichtern verscharrt. Nach sowjetischen Zählungen kamen hier allein zwischen Juli 1945 und Oktober 1946 fast 900 Menschen ums Leben.

Für George bedeutete die Einlieferung einen jähen Absturz. An die Stelle des Intendantenlebens in einer Villa am Kleinen Wannsee trat der quälende Lageralltag. In den ersten Wochen arbeitete er in einer zugigen Maschinenfabrik, in der Häftlinge sowjetische Lastwagen reparieren mussten. Seine Aufgabe war es, eine Küche mit Speise-, Schlaf- und Duschräumen einzurichten. Zusammen mit einem Schiffskoch sollte er Hunderte von Menschen verköstigen. Seine Lage verbesserte sich erst, als er zum Lagertheater stiess, für das er im Keller der Grossküche Goethes Urfaust inszenierte. Seine Frau, die Schauspielerin Berta Drews, durfte ihm aus diesem Grunde mehrfach Textbücher und Noten bringen.

In seinen Briefen schwankte George zwischen Verzweiflung, Büssfertigkeit und schwarzem Humor. So schrieb er seiner Frau am 6. August 1945: «Bist Du auch schon einem Amerikaner oder Russen verfallen?»<sup>42</sup> Und mit bitterer Ironie vermerkte er, dass nun auch er wieder Chancen bei ihr haben werde, denn so schlank wie jetzt sei er in den letzten zehn Jahren nicht gewesen.

Georges Briefe, die von der Liebe zu Berta Drews und seinen beiden Kindern Jan und Götz zeugen, gehören zu den anrührendsten Dokumenten der Lagerliteratur. All seine Hoffnungen richtete

ten sich auf die kurzen Augenblicke, in denen er – ein ausserordentliches Privileg des prominenten Häftlings – seine Frau für wenige Minuten am Lagertor sehen konnte. Boris, ein sowjetischer Oberleutnant und Bewunderer Georges, führte ihn dann zum Eingang und drückte sogar ein Auge zu, wenn die beiden einander etwas zusteckten. Nach dem ersten Wiedersehen schrieb der Schauspieler seiner Frau: «Mein liebster Mensch, wie qualvoll es ist, unfrei zu sein, wenn man einer der freiesten und gelösesten Menschen war, die es gegeben hat, haben wir beide heute zu spüren bekommen. Und trotz allem gehören die 20 Minuten unseres heutigen Beisammenseins nach so langer Zeit, 3 Monaten, zu den schönsten der letzten Monate, die schwer, sehr schwer waren. Lass Dir danken. Jetzt weiss ich wieder, dass wir weiterleben müssen, selbst wenn man uns die schwersten Fesseln anlegen sollte.»<sup>43</sup>

Vom Keller der Grossküche eilte George immer wieder zur Ausstertreppe, um nach seiner Frau Ausschau zu halten – in halber Höhe, denn er durfte dabei nicht gesehen werden. Aus demselben Grund brachte er zahllose Toilettenkübel über den Hof zur Latrine oder stand stundenlang am Fenster des stinkenden Aborts. Einmal kletterte er sogar aufs Dach der Fabrik – und spielte kurz mit dem Gedanken, sich hinunterzustürzen. Ein anderes Mal brach es in einem Brief wie ein Stossgebet aus ihm heraus: «Herrgott, lass mich bald heraus aus diesem Käfig. Ich sehne mich so nach Dir und den Kindern.»<sup>44</sup>

Die väterliche Sorge für seine Umgebung, die George im Schiller-Theater ausgezeichnet hatte, verliess ihn auch im Lager nicht. Mehr als sein eigenes Schicksal beschäftigte ihn das seiner Familie. «Habt Ihr zu essen? Hast Du genug Geld? Wie gerne würde ich statt der 4'000 für uns vier kochen», schrieb er an seine Frau.<sup>45</sup> Für seine Familie schmuggelte er sogar Brot aus dem Lager. Doch tatsächlich war er es, der Hilfe brauchte. Bald bat er seine Frau um wärmere Kleidung.

Wie nebenbei berichtete George ihr von den zahlreichen Krankheiten, die im Lager Hohenschönhausen grassierten. Von ihm sei

nicht viel zu schreiben, erfuhr sie am 6. August 1945 – nur, dass er zum zweiten Mal einen Ruhranfall gehabt habe und unter starken Zahnschmerzen leide; ein Weisheitszahn sei ihm gezogen worden. Zwei Wochen später erwähnte er einen schweren Angina- und Bronchitisanfall, den er der kalten Fabrikhalle zu verdanken hatte. Ebenso quälend war für ihn aber auch die völlige Ungewissheit über sein weiteres Schicksal.

Der Leidensdruck schlug sich in einer tiefen Zerrissenheit nieder. Mal träumte er in seinen Briefen von einem abgeschiedenen Leben auf dem Lande, mal erklärte er, lieber in der Kunst als in den halb zerstörten Reparaturwerkstätten aufbauen zu wollen. Dann wieder stellte er resignierend fest: «Na schön, so bin ich eben Kriegsverbrecher und werde mit allen in einen Topf geschmissen.» Schliesslich brach der Schmerz aus ihm heraus: «Die Umschulung ist doch etwas zu radikal und gewaltsam. Aber auch dieses *grand pissoir* wird vorübergehen – dann aber nischt wie weg von der Menschheit.»<sup>46</sup> Inzwischen wusste er aber auch, dass es anderen Häftlingen im Lager noch schlechter ging als ihm.

Im Winter 1945/46 verschärften sich die Haftbedingungen. Die Kurzbesuche am Lagertor waren nicht mehr erlaubt. Am 6. Dezember 1945 sahen sich Heinrich George und Berta Drews deshalb das letzte Mal. Nach langer, umständlicher Fahrt durch das zerbombte Berlin stand die Ehefrau vor den Absperrungen aus Stacheldraht und den Wachtürmen aus Holz. An die Szene vor dem Lagertor erinnerte sie sich später: «Vor uns liegt im Nebel ein grosser Fabrikkomplex, umgeben von einem hohen Eisenzaun. Am Eingang rechts und links Bretterbuden, davor russische Posten. Eine Gruppe wartender Frauen steht etwas entfernt, fröstelnd zusammengedrängt. Als sie mich erkennen, kommen sie mir entgegen, begrüssen mich und fragen, ob ich Hoffnung hätte, meinen Mann zu sehen – und ob ich ein Zettelchen, ein Päckchen oder ein Kleidungsstück an ihn weitergeben könne.»<sup>47</sup>

Wie aus einer Vorahnung heraus brachte Berta Drews dieses

Mal ihren siebenjährigen Sohn Götz mit. Es dunkelte bereits, und man konnte nicht zehn Meter weit sehen. Der Junge zitterte und war aufgeregt, weil er nach langer Zeit seinen Vater wieder treffen sollte, der im Juni das Haus verlassen hatte und nicht zurückgekommen war. Berta Drews schreibt über die letzte Begegnung zwischen Götz und Heinrich George: «Ich habe ihn nie zum Lager mitgenommen, sein Vater wollte es so. Warum aber heute? Da – wie aus dem Erdboden taucht er auf. Mit weit ausholendem Schritt kommt er auf uns zu. Der Kleine fliegt an seinen Hals. – In fünf Minuten sagen wir uns das Wichtigste und wechseln unsere Briefe. Wir kümmern uns um die Wünsche der Frauen, die uns umdrängen. Dann ein Händedruck, und er geht zurück. Ich komme nicht von der Stelle.»<sup>48</sup>

Im Februar 1946 konnte George seiner Frau noch einmal einen Brief überbringen lassen. Körperlich schwer gezeichnet – er hatte inzwischen dreiundachtzig Pfund abgenommen –, schrieb er ihr: «Ich habe meine Bewährung mit 9 Monaten, glaube ich, hinter mir, es waren nicht die leichtesten meines Lebens, und ich habe es mir nie leicht gemacht. [...] Seelisch bin ich noch stark und zu jedem Aufbau fähig und bereit, körperlich weniger.»<sup>49</sup>

Freunde und Kollegen setzten sich für die Freilassung des Künstlers ein. Die Witwe des Schauspielers Albert Steinrück bezeugte, wie George sie und ihre jüdische Mutter vor der Verfolgung durch die Nazis bewahrt habe. Der Darsteller Robert Müller, der wegen seiner Ehe mit einer Jüdin als «Volljude» galt, erklärte, dass George ihn vor den Folgen der Nürnberger Gesetze gerettet habe. Ehemals führende Mitarbeiter des Schiller-Theaters, unter ihnen der Dramaturg Walter Felsenstein, schickten an die Besatzungsbehörde eine sechsstufige Zeugenaussage, in der sie Georges Verdienste hervorhoben: die antinazistische Grundstimmung in seinem Ensemble, die Verpflichtung von rassistisch verfolgten und politisch links stehenden Schauspielern, das Engagement von Günther Weisenborn, der der «Roten Kapelle» angehörte, die Befreiung des Bruders eines Dramatikers aus dem Konzentrations-

lager, die finanzielle Hilfe für Opfer der nationalsozialistischen Diktatur. In die Untersuchungsakte des NKWD fand keines dieser Zeugnisse Eingang.

Im Juli 1946 wurde Heinrich George ins Speziallager Nr. 7 in Sachsenhausen überführt. **Zwischen 1945 und 1950 kamen in dem ehemaligen Konzentrationslager etwa 12'000 Menschen ums Leben.** Auch der körperlich inzwischen stark angeschlagene George überstand die Haft nicht: Am 25. September 1946 starb er dort im Alter von zweiundfünfzig Jahren nach einer Blinddarmoperation an Lungenentzündung und Herzschwäche. Ein Theaterliebhaber aus dem sowjetischen Personal setzte sich dafür ein, dass George – als einziger Häftling des Speziallagers – nicht in einem Massengrab beigesetzt wurde, so dass seine sterblichen Überreste 1994 ausfindig gemacht und auf einen Berliner Friedhof überführt werden konnten.

Als George starb, war ein anderer von den Nationalsozialisten protegiertes Intendant längst wieder auf freiem Fuß: Gustaf Gründgens, bis Kriegsende Chef des Berliner Schauspielhauses, Preussischer Staatsrat und Liebling Hermann Görings, dessen politischen Opportunismus Klaus Mann in seinem Roman «Mephisto» angeprangert hat. Nach der Kapitulation war Gründgens im Sonderlager Jamlitz inhaftiert worden, doch einflussreiche Antifaschisten setzten sich für ihn ein, so dass er bald wieder in Freiheit kam. Heinrich George hingegen wurde erst ein halbes Jahrhundert später, im Mai 1998, von den russischen Behörden posthum rehabilitiert.

### *Die vergessenen Häftlinge*

Die Einweisungen in Speziallager, für die der Fall Georges exemplarisch steht, gingen erst 1946 zurück. Weil die Zahl der willkürlichen Verhaftungen abnahm, blieb auch der Nachschub aus. Seit Ende Januar durften die Lager- und Gefängnischefs auf Anwei-

sung Serows keine ehemaligen Block- und Zellenleiter der NS-DAP mehr aufnehmen. Seit Mitte Oktober sollten sie auch Kriegsgefangene abweisen, wenn diese nicht gleichzeitig noch einer Verhaftungskategorie aus Berijas Säuberungsbefehl entsprachen. Dafür kam eine wachsende Zahl neuer «feindlicher Elemente» in Haft: Demokraten, die sich der politischen Gleichschaltung in der SBZ widersetzen. Obwohl das Kriegsende über ein Jahr zurücklag, durfte die sowjetische Geheimpolizei auch sie zur «Säuberung des Hinterlandes der Roten Armee» jederzeit mit einer einfachen Verfügung ins Lager sperren.

«Wir mochten etwa eine Stunde gefahren sein, als der Wagen hielt», erinnerte sich Heinz-Joachim Schmidtchen an seine Einlieferung ins Speziallager Berlin-Hohenschönhausen im Juni 1946. Er war verhaftet worden, weil er sich an einer Plakataktion gegen die Vereinigung von SPD und KPD zur SED beteiligt hatte. «Die Plane wurde geöffnet, und ich musste absteigen. Wir standen vor einem Tor. Ich sah, wie mein Posten einen Umschlag übergab, der Posten unterschrieb, und ich musste durch das Tor eintreten.» Unter Schreien und Stossen führte ihn ein Wachmann an dem Steinbau der Grossküche vorbei zu einer eingezäunten Quarantänebaracke, in die man damals alle Neuankömmlinge steckte, um die Ausbreitung von Krankheiten zu verhindern. Nach zwei Tagen wurde er in eine grosse Halle verlegt, in der die übrigen Häftlinge eingesperrt waren. In vier Reihen standen dort dreistöckige Pritschen, auf denen er seinen Platz zugewiesen bekam. «Rechts von mir lag ein Lehrer aus Brieselang bei Berlin, links ein 17-Jähriger vom Friedrichshain. Beide waren nur noch Skelette. Die Körper voller Skorbutbeulen.»<sup>50</sup>

Erst im Herbst 1946 bemühte sich die sowjetische Besatzungsmacht, die Praxis der administrativen Lagereinweisungen zu beenden. Der Anstoss dafür kam, wie bei der Überprüfung der Kriegsgefangenen, von den westlichen Alliierten, die auf ein gemeinsames Vorgehen bei der Entnazifizierung drängten. Nachdem das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal im Oktober 1946 seine Ur-



teile gegen führende Verantwortliche der NS-Diktatur gefällt hatte, erliess der Alliierte Kontrollrat detaillierte Richtlinien für die Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten, Industriellen und so genannten Militaristen. «Der Zweck dieser Direktive ist es, für ganz Deutschland gemeinsame Richtlinien zu schaffen», hiess es zu Beginn des Dokuments, das auch der sowjetische Divisionsgeneral Pawel Kurotschkin unterzeichnet hatte.<sup>51</sup>

Anders als Berijas Säuberungsbefehl behandelte die Direktive Nr. 38 nicht alle verdächtigen Deutschen gleich. Sie unterschied vielmehr zwischen unterschiedlich stark belasteten Personengruppen. Ausserdem sah sie die Einrichtung von Spruchkammern vor, die die Betroffenen anhören und darüber befinden sollten, wie sie einzustufen waren: als Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete oder Mitläufer. Für jede dieser Kategorien galten andere Sanktionen. Nur wer zu den ersten beiden Gruppen gehörte, sollte überhaupt in Haft genommen werden. Konnte ein Verdächtiger die Vorwürfe widerlegen, galt er offiziell als entlastet. Allein in der amerikanischen Besatzungszone, in der die Spruchkammern im März 1946 gesetzlich eingeführt wurden, strengte man in der Folge fast eine Million Verfahren an; in den sowjetischen Lagern kam die Direktive nie zur Anwendung.

Immerhin enthielt die neue, am 20. Oktober 1946 in Kraft gesetzte Lagerordnung erstmals eine Einschränkung der Einweisungsbefugnisse. Voraussetzung für die Aufnahme eines Gefangenen war nun ein Beschluss mit «der unbedingten Sanktionierung durch den Staatsanwalt».<sup>52</sup> Im Klartext bedeutete dies, dass die Einweisung ins Lager nur noch dann möglich sein sollte, wenn ein sowjetischer Staatsanwalt seine Zustimmung erteilt hatte. Tatsächlich weigerten sich die Lagerkommandanten jetzt immer häufiger, Häftlinge aufzunehmen, wenn die Geheimpolizei sie wie bisher einfach nur abliefern wollte.

Das sowjetische Ministerium für Staatssicherheit (MGB) – die Volkskommissariate hiessen seit März 1946 Ministerien – leistete

heftigen Widerstand gegen diese Änderung. Dabei spielten auch Konflikte zwischen den beteiligten Apparaten und Personen eine Rolle. Der ehemalige SMERSCH-Chef Viktor Abakumow war im Mai 1946 zum Minister für Staatssicherheit aufgestiegen, und sein bisheriger Apparat wurde in das Ministerium eingegliedert. Der Bevollmächtigte des Moskauer Innenministeriums in Deutschland, Iwan Serow, verlor hingegen an Einfluss und musste im November aufgrund eines im Sommer ergangenen Politbürobeschlusses die Aufsicht über die operative Arbeit in der Besatzungszone abgeben. Statt Serow kontrollierte nun Abakumow den Apparat der Geheimpolizei einschliesslich der von ihr verwalteten Untersuchungsgefängnisse. Der Staatssicherheitschef war damit allein dafür verantwortlich, wer in Deutschland verhaftet wurde. Serow durfte sich nur noch um die Unterbringung und Bewachung der vom MGB gelieferten Lagerinsassen kümmern. Die Animositäten zwischen den beiden Apparaten steigerten sich so sehr, dass Abakumow zum Jahreswechsel 1947/48 sogar mehrere enge Mitarbeiter Serows festnehmen liess. Dieser beklagte sich daraufhin bitterlich bei Stalin: «Eine solche Zeit der Feindschaft gab es in der Geschichte der Organe noch nie.»<sup>53</sup>

Die gereizte Stimmung spiegelt ein Schreiben Abakumows wider, mit dem er sich im März 1947 bei Innenminister Kruglow beschwerte, dass die Speziallager «aus unverständlichen Gründen» das bisherige Aufnahmeverfahren geändert hätten. Statt die Inhaftierten wie früher von den operativen Gruppen einfach zu übernehmen, werde nun eine Sanktionierung der Lagereinweisung durch den Staatsanwalt gefordert, beklagte er sich. «Im Ergebnis dieser durch nichts begründeten Einschränkungen ist die Einweisung des Spezkontingents in die Lager fast zum Erliegen gekommen.» Offenbar blieb der sowjetische Staatssicherheitsdienst auf seinen Gefangenen regelrecht sitzen, wie aus dem Schreiben weiter hervorgeht. «In den Gefängnissen der operativen Sektoren des MGB haben sich mehr als 850 Häftlinge angestaut, von denen die meisten schon länger als 3 Monate in Haft sind.»<sup>54</sup> Da die Überlastung der

Gefängnisse erhebliche Schwierigkeiten verursache, forderte Abakumow kategorisch, zur früheren Praxis zurückzukehren.

Der Minister bekam dabei Unterstützung von der sowjetischen Justiz. Während Kruglow den Einweisungsstopp damit begründete, dass die sowjetische Militärstaatsanwaltschaft in Deutschland dies so verlange, schickte diese bald darauf ein heftiges Dementi. Sie erklärte, die verlangte Sanktionierung durch einen Staatsanwalt sei ihr sogar per Gesetz verboten, wenn nicht innerhalb von vierzehn Tagen Anklage erhoben werde.

Mit seiner Forderung, zur alten Einweisungspraxis zurückzukehren, konnte sich Abakumow aber nicht durchsetzen. Stattdessen einigte man sich auf einen Kompromiss. Die Lager durften nur noch solche Personen nach dem bisherigen Verfahren aufnehmen, die vor dem 1. Januar 1947 verhaftet worden waren. Alle später Festgenommenen mussten einem Staatsanwalt und einem Militärgericht vorgeführt werden. Dabei hat möglicherweise eine Rolle gespielt, dass die Bestrafung von NS-Verantwortlichen inzwischen auf höchster Ebene verhandelt wurde. Die Aussenministerkonferenz, die im Dezember 1946 in New York zu Ende gegangen war, hatte den Alliierten Kontrollrat angewiesen, zur nächsten Konferenz einen Bericht über den Stand der Entnazifizierung vorzulegen. Auf dem Moskauer Treffen im Frühjahr 1947 bemühte sich die UdSSR dann, den Eindruck zu erwecken, dass in der SBZ nur noch solche Personen in Haft seien, deren Schuld «nach einer sorgfältigen Untersuchung und Überprüfung der Unterlagen durch ein Gericht» bewiesen worden sei.<sup>55</sup>

Trotz der Verschärfung der Bestimmungen verhaftete die sowjetische Geheimpolizei allerdings auch weiterhin jedes Jahr Tausende Deutsche. Allein 1947 kamen etwa 4'300 Menschen in Gewahrsam. Manchmal nahmen die Sicherheitskräfte bei Kontrollen auf einen Schlag mehr als 10'000 Personen fest, die anschliessend genau überprüft wurden. So arretierte man Ende April 1948 bei einer Grossaktion fast 20'000 Menschen, von denen 1'600 in Haft

blieben oder der deutschen Polizei übergeben wurden. Auch in der Folgezeit blieb die Zahl der jährlich Verhafteten im Wesentlichen gleich hoch.

Wie bei früheren Korrekturen der sowjetischen Haftpolitik änderte sich für die früher eingelieferten Gefangenen durch die neuen Festlegungen nichts. Sie sassen weiter hinter Stacheldraht und sahen einer ungewissen Zukunft entgegen. Eine Entnazifizierung wie im Westen fand nicht statt. Selbst Vorschläge der sowjetischen Besatzungsmacht in Deutschland, wenigstens einen Teil von ihnen auf freien Fuss zu setzen, fanden in Moskau kein Gehör. Die Zahl der Gefangenen reduzierte sich in dieser Zeit, sieht man von einigen wenigen Entlassungen ab, nur dadurch, dass Tausende verhungerten.

Der erste Vorstoss, eine grössere Zahl von Lagerinsassen auf freien Fuss zu setzen, datiert vom Dezember 1946. In einem Schreiben an Stalin und Berija baten SMAD-Chef Sokolowski und sein Stellvertreter Serow darum, alle früheren Angehörigen des Volkssturms sowie einfache Mitglieder und untere Funktionäre der NSDAP entlassen zu dürfen – insgesamt 35'000 Personen. Ausdrücklich beriefen sie sich dabei auf die Festlegungen des Alliierten Kontrollrates, weniger schwer Belastete in Freiheit zu lassen und ihnen lediglich bestimmte Auflagen zu erteilen. Möglicherweise war dies aber nur ein vorgeschobenes Argument, da die grosse Zahl von Gefangenen zu diesem Zeitpunkt vor allem praktische Probleme verursachte: Man hatte schlichtweg zu wenig Nahrungsmittel für sie. Im Winter 1946/47 kam es deshalb zu einer schrecklichen Hungersnot in den Lagern, die aufgrund der regelmässigen Meldungen über die Belegungszahlen den Verantwortlichen nicht verborgen bleiben konnte. Auf diesen Handlungsdruck deutet auch ein Satz in dem Schreiben an Stalin und Berija hin: «Wir nehmen an, dass keine Notwendigkeit besteht, diese Kategorie von Gefangenen in den Lagern festzuhalten und nutzlos zu ernähren, zumal ihr Verbleib in Freiheit für uns keine Gefahr darstellt.»<sup>56</sup>

Der Vorschlag der sowjetischen Vertreter in Deutschland stiess

in Moskau jedoch auf Ablehnung. Die sowjetische Regierung wollte die Lager stattdessen auf andere Weise leeren: Mehr als 27'000 Männer, so ein kurz darauf gefasster Beschluss, sollten nach Sibirien deportiert werden, um dort arbeitsunfähige Kriegsgefangene zu ersetzen. Das Vorhaben konnte aber nur zum Teil realisiert werden, da eine Untersuchungskommission nicht einmal 5'000 Lagerinsassen fand, die den Strapazen eines solchen Arbeitseinsatzes noch gewachsen waren. Obwohl die Häftlinge massenhaft starben, wurde niemand auf freien Fuss gesetzt.

Die lange Haft der Eingewiesenen entwickelte sich in dieser Zeit auch immer mehr zu einem politischen Problem. Nicht nur im Westen wies man auf die «roten KZs» hin, auch in der SBZ häuften sich die besorgten Anfragen von Politikern und Angehörigen. Während des ganzen Jahres 1947 gab es deshalb immer wieder Vorstösse sowjetischer Verantwortlicher, die Häftlinge entweder freizulassen oder aber vor ein Gericht zu stellen.

Anders als bei den Kriegsgefangenen und den in der UdSSR internierten Zivilisten zeigten die sowjetischen Behörden in Deutschland keinerlei Bemühungen, zwei Jahre nach Einrichtung der Lager die Belasteten von den Unbelasteten zu trennen. Damit ignorierte man nicht nur die erwähnten Vereinbarungen mit den Westalliierten, sondern versties auch gegen grundlegende sowjetische Rechtsnormen. Für eine längere Haft schrieben diese ein wie auch immer zustande gekommenes Urteil zwingend vor. In mehreren Petitionen wurde ferner darauf hingewiesen, dass die «Verbrecher» in den Lagern unentdeckt blieben, falls ihre Fälle nicht endlich untersucht würden. Wenn die Gefangenen schon so lange in Haft sassen, wollte man sie wenigstens verurteilen.

Die Überprüfung einer so grossen Zahl von Lagerinsassen war jedoch leichter gesagt als getan. Im Juni 1947 wandte sich Serow an seinen neuen Vorgesetzten, Innenminister Kruglow, und berichtete ihm über die praktischen Schwierigkeiten. Die Operativgruppen in den Lagern hätten nicht genügend Personal. Für mehr

als 10'000 Gefangene stünden jeweils nur vier Geheimdienstmitarbeiter zur Verfügung. Wie sollten sie all die Fälle durcharbeiten? Serow schlug deshalb vor, sowjetische Operativgruppen nach Deutschland zu entsenden, die drei Monate lang gezielt ermitteln sollten. Dies würde «für die Sowjetunion zweifellos viel Wertvolles ergeben», versuchte er die Moskauer Instanzen zu locken.<sup>57</sup> Nach einer bereits fertig ausgearbeiteten Dienstvorschrift sollten die Ermittlungsgruppen Spione, Diversanten und Terroristen in den Lagern ausfindig machen und anschliessend einem Militärtribunal überantworten. Der Vorschlag stiess in Moskau jedoch auf taube Ohren.

Im Juli 1947 wandte sich der Leiter der sowjetischen Militäradministration in Sachsen-Anhalt, Schljachtenko, an SMAD-Chef Sokolowski. In drastischen Worten beklagte er sich über die Zustände im Lager Mühlberg, in dem mehr als 13'000 Menschen, zum grössten Teil bereits seit 1945, untergebracht seien. Unter ihnen befänden sich auch etwa 1'500 Frauen sowie eine Anzahl Jugendlicher und Kinder. «Die Haltung der deutschen demokratischen Politiker und ihre Äusserungen über das genannte Lager sind Ihnen bekannt», deutete der oberste sowjetische Vertreter in Sachsen-Anhalt die politischen Implikationen der mittlerweile seit zwei Jahren andauernden Gefangenschaft ohne irgendeine Rechtsgrundlage an. Schljachtenko kritisierte, dass die juristische Aufarbeitung in einem so erbärmlichen Tempo durchgeführt werde, als wäre sie auf viele Jahrzehnte angelegt.

Wie Serow hielt er es deshalb für notwendig, unverzüglich eine starke Gruppe erfahrener Operativmitarbeiter und Juristen nach Mühlberg zu entsenden, um die einzelnen Fälle zu überprüfen. Kriegs- oder andere Verbrecher müssten durch ein Militärtribunal verurteilt, einfache Nazis, Block- und Ortsgruppenleiter sowie Jugendliche hingegen entlassen werden. Auch er warb für seinen Vorstoss mit dem Argument, dass die «Verbrecher» wegen der schleppenden Bearbeitung im Grunde unbestraft blieben. Soko-

lowski, dem diese Zustände aus ähnlichen Petitionen längst bekannt waren, notierte unter dem Schreiben: «Zehntausende Gefangene sitzen in der Zone, ihre Fälle werden nicht bearbeitet.»<sup>58</sup>

Im August 1947 wies der Leiter der SMAD-Verwaltung für Inneres, Pawel Malkow, in einem umfangreichen Bericht über den Zustand der Speziallager erneut auf das Problem hin. «Die operativen Sektoren», so das ernüchternde Urteil des Generalmajors, «haben für das Spezkontingent keine Untersuchungs- oder Überprüfungstätigkeit geleistet und leisten sie gegenwärtig nicht. Der vorhandene Operativapparat in den Speziallagern mit je 2 Mitarbeitern ist ausserstande, diese Arbeit zu erledigen.»<sup>59</sup> Auch Malkows Vorschlag lautete, in den Lagern schnellstens Ermittlungsgruppen zu schaffen und spezielle Gerichte über das Strafmass für die Inhaftierten entscheiden zu lassen.

Die Zustände in den Lagern waren mittlerweile so skandalös, dass sich der Ton der Petitionen verschärfte. Allein im ersten Halbjahr 1947 waren fast 14'000 Häftlinge ums Leben gekommen, die meisten von ihnen an Unterernährung. Weitere 23'000 litten an Dystrophie, so dass es nur eine Frage der Zeit war, bis sie ebenfalls sterben würden. Im November 1947 wandte sich der Chef der sowjetischen Militäradministration in Thüringen, Iwan Kolesnitschenko, vor diesem Hintergrund sogar hilfeschend an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei in Moskau. Nicht nur Verwandte, sondern auch Politiker und Bezirksorganisationen der SED hätten sich in zahlreichen Gesuchen für die Freilassung verhafteter Deutscher eingesetzt. Dies zeuge davon, «dass man sowohl in der breiten Masse der Deutschen als auch im fortschrittlichen Teil der deutschen Bevölkerung das Vorgehen unserer Sicherheitsorgane missbilligt; ganz zu schweigen davon, dass diese Methoden der antisowjetischen Propaganda sowohl in unserer Zone als auch im übrigen Deutschland Nahrung geben».<sup>60</sup> Deutlicher konnte unter den Bedingungen der stalinistischen Despotie eine Kritik kaum ausfallen.

Der sowjetische Staatssicherheitsminister Abakumow trug das

Problem im November 1947 schliesslich Stalin persönlich vor. Er berichtete ihm, dass SMAD-Chef Sokolowski mehrfach «die Frage» aufgeworfen habe, alle in den Lagern befindlichen Deutschen zu überprüfen. Die etwa 60'000 Insassen, die zu diesem Zeitpunkt noch am Leben waren, seien, wie er sich ausdrückte, «in der Endphase des Krieges in einem vereinfachten Verfahren» festgenommen worden. «Unter diesen Gefangenen befinden sich Alte, Frauen mit Kindern, Jugendliche und einfache Mitglieder faschistischer Organisationen, für deren praktische verbrecherische Tätigkeit es keine Belege gibt.»<sup>61</sup> Sokolowski halte es deshalb für notwendig, die ehemals einfachen, nicht aktiven Mitglieder nationalsozialistischer Organisationen, für die keine Verbrechen belegt seien, zu entlassen. Abakumow schlug dem sowjetischen Diktator vor, den gesamten Bestand an Häftlingen zu überprüfen und maximal 20'000 von ihnen auf freien Fuss zu setzen. Auch dieser Vorstoss blieb erfolglos.

Währenddessen wuchs der Handlungsdruck in Deutschland: Bei politischen Diskussionen wurde immer häufiger nach den verschwundenen Menschen gefragt. Zweieinhalb Jahre nach dem Ende des Krieges betrachtete man die Lager als Beweis für Willkür und politisches Unrecht in der SBZ. Die Zahl der Petitionen nahm weiter zu. So sah sich auch der sowjetische Generalstaatsanwalt Konstantin Gorschenin im Dezember 1947 genötigt, beim stellvertretenden Ministerratsvorsitzenden der UdSSR, Wjatscheslaw Molotow, vorstellig zu werden und ihn in einem Brief zu informieren: «In der letzten Zeit gingen bei der Militärstaatsanwaltschaft massenweise mündliche und schriftliche Eingaben von Deutschen mit der Bitte ein, ihnen mitzuteilen, wofür und wie lange ihre Verwandten inhaftiert sind.»<sup>62</sup>

Die Organe der Staatsanwaltschaft, so der Chefankläger weiter, seien nicht befugt und hätten keine Möglichkeit, darauf zu antworten. Eine bedeutende Anzahl von Deutschen sei bereits seit 1945 von den Sicherheitsorganen «auf aussergerichtlichem Wege und ohne Sanktion durch Staatsanwälte» isoliert worden.<sup>63</sup> Die lang an-



dauernde Haft so vieler Deutscher ohne jedes Ermittlungs- und Gerichtsverfahren werde von einigen Elementen in verschiedenen Formen für antisowjetische Ziele ausgenutzt. Der Generalstaatsanwalt schlug deshalb vor, eine Kommission einzusetzen, die den Sachverhalt prüfen und der sowjetischen Regierung Lösungsvorschläge unterbreiten sollte.

All diese Initiativen führten in Moskau jedoch zu keinerlei Reaktion. Selbst als das Politbüro der Kommunistischen Partei im Juli 1947 beschloss, wie die Kontrollratsdirektive Nr. 38 im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands anzuwenden sei, ergab sich für die Lagerhäftlinge keinerlei Veränderung. Sie wurden weder freigelassen noch – wie von den Alliierten vorgesehen – einer Spruchkammer zugeführt. Dabei hatte das Politbüro in seinem Beschluss ausdrücklich postuliert: «Eine allgemeine gerichtliche Belangung durchweg aller ehemaligen nominellen, nicht aktiven Mitglieder der faschistischen Partei schadet lediglich der Sache des demokratischen Aufbaus Deutschlands und trägt dazu bei, die Positionen von Überresten der faschistischen und militaristischen Reaktion zu stärken.»<sup>64</sup> Obwohl der stellvertretende sowjetische Außenminister Andrej Wyschinski den Politbürobeschluss in Form eines Befehls an SMAD-Chef Sokolowski übersandte, blieben die Eingewiesenen unverändert in Haft. In Sokolowskis Befehl Nr. 201 zum beschleunigten Abschluss der Entnazifizierung wurden sie nicht einmal erwähnt.

Im Februar 1948 verkündete die SMAD mit ihrem Befehl Nr. 35 das Ende der Entnazifizierung in Deutschland. Von den Lagerhäftlingen war immer noch mit keinem Wort die Rede. Die Situation trug geradezu groteske Züge: Offiziell erklärten die sowjetischen Besatzer die Entnazifizierung in ihrer Zone für abgeschlossen, aber Zehntausende Deutsche, die man 1945 meist als ehemalige Nationalsozialisten verhaftet hatte, sassen weiterhin in Haft. Sollten sie womöglich für immer in den Lagern bleiben und dort langsam zugrunde gehen? Sollten sie stellvertretend für die vielen an-

deren Deutschen büssen, auf die sich das NS-Regime gestützt hatte und die nun an den Aufbau einer neuen Karriere gehen konnten?

Die Ursachen dieser Blockade sind bis heute nicht abschliessend geklärt. Manche Historiker machen schlichtweg die Schwerfälligkeit der Moskauer Bürokratie dafür verantwortlich, dass Zehntausende von Inhaftierten den Tod fanden. Offensichtlich stellte es ein beinahe unlösbares Problem dar, über die Freilassung von Häftlingen zu entscheiden, die der Staatssicherheitsdienst eingewiesen hatte, die das Innenministerium verwaltete und die sich in einem besetzten Land befanden, das in die Kompetenz des Ausenministeriums fiel. Letztlich bedurfte es aber zu jeder wie auch immer gearteten Lösung der Zustimmung Stalins. Und dieser zeigte kein Interesse daran, die Gefangenen in Deutschland freizulassen. Erst im März 1948 erinnerte man sich in Moskau der «vergessenen» Lagerinsassen in der Ferne und beschloss, ihre Fälle zu überprüfen.

Die Lagereinweisungen nach dem Krieg stellten die grösste Massenverhaftung in der kommunistischen Geschichte Ostdeutschlands dar. Man mag möglicherweise der Ansicht sein, dass es ein legitimes Recht der sowjetischen Eroberer gewesen sei, Zehntausende als feindlich betrachtete Deutsche einzusperren. Man mag sogar so weit gehen und konzedieren, dass angesichts der Brutalität der NS-Diktatur auch vage Anhaltspunkte, willkürliche Denunziationen und erpresste Geständnisse die Internierungen rechtfertigen konnten. Man mag schliesslich zu guter Letzt auch noch zugestehen, dass eine so grosse Zahl von Gefangenen nicht gleich nach der Festnahme genauer zu überprüfen war. Keinerlei Verständnis kann man jedoch dafür aufbringen, dass die Besatzer die Festgenommenen über drei Jahre lang wegsperren, ihnen das Notwendigste zum Überleben vorenthielten und sich noch nicht einmal darum kümmerten, was aus den Menschen werden sollte.

### *Urteile durch Sowjetische Militärtribunale*

Ob die Gefangenen allerdings gerechter behandelt worden wären, wenn man sie – wie seit Januar 1947 vorgeschrieben – einem Staatsanwalt oder einem Gericht vorgeführt hätte, ist fraglich. Bereits seit Sommer 1945 gab es nämlich in der Sowjetischen Besatzungszone noch einen anderen Weg, ins Lager zu kommen: zur Verbüßung einer Haftstrafe, die ein Sowjetisches Militärtribunal (SMT) verhängt hatte.

Dabei handelte es sich um Schnellgerichte, die eigentlich für sowjetische Militärangehörige geschaffen worden waren. Sie existierten in allen Einheiten der Roten Armee ab Divisionsstärke. Im Juni 1941, einen Tag nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, wurde ihre Zuständigkeit ausgeweitet. Jetzt waren sie in Gebieten, in denen der Kriegszustand herrschte, auch für alle anderen die Sicherheit des Staates berührenden Verfahren zuständig.

Bis zum Ende des Krieges verurteilten Sowjetische Militärtribunale zunächst nur einige Hundert deutsche Soldaten in der Gefangenschaft. Nach dem Einmarsch in Deutschland dehnten sie ihre Tätigkeit jedoch auch auf Zivilisten aus – ohne dass es dafür eine sowjetische Rechtsgrundlage gab. Östlich der Elbe entstand dadurch eine parallele Gerichtsbarkeit, die dem deutschen Einfluss vollständig entzogen war. Zehn Jahre lang sprachen sowjetische Richter nach stalinistischen Grundsätzen in Deutschland Recht. Insgesamt bestraften sie bis 1955 rund 35'000 Zivilisten. Zusammen mit den Kriegsgefangenen und Zivildepotierten, die in der UdSSR verurteilt wurden, gerieten sogar über 70'000 Deutsche in die Mühlen der sowjetischen Justiz.

Mit ihrer Hilfe nahm die Repression nach dem wilden Terror der Eroberung und den nachfolgenden Säuberungen geordnetere Formen an. «In dem Masse, wie die Hauptaufgabe des Staates nicht militärische Unterdrückung, sondern Verwaltung wird», hatte Sta-

lin den Methodenwechsel umschrieben, «wird der typische Ausdruck der Unterdrückung und des Zwanges nicht Erschiessen auf der Stelle, sondern gerichtliche Aburteilung sein.»<sup>65</sup> Getreu diesem Konzept übernahmen es die Militärtribunale, die Massnahmen der Geheimpolizei juristisch zu sanktionieren.

Militärgerichte gab es in der gesamten Besatzungszone. Anfang 1947 installierte man dann in den Hauptstädten der neu gebildeten Länder jeweils ein zentrales Militärtribunal. In Berlin, Dresden, Halle, Potsdam, Schwerin und Weimar verurteilten diese in der Folge Tausende Unschuldige zu drakonischen Strafen. Daneben fällten aber auch die Gerichte einzelner Truppenteile weiterhin Urteile, zum Beispiel nach der Niederschlagung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Insgesamt wurden über sechzig verschiedene Militärtribunale bekannt, die Sanktionen gegen Deutsche verhängten. Auf dem Höhepunkt ihrer Tätigkeit, 1948, sprachen sie schätzungsweise ein Viertel aller Verurteilungen in der SBZ aus. 1950 – die DDR war inzwischen ein souveräner Staat, dessen Verfassung es verbot, die eigenen Bürger an eine fremde Macht auszuliefern – waren es immer noch dreizehn Prozent.

In besonderen Fällen wurden Deutsche auch per Fernurteil aus Moskau schuldig gesprochen. Eine Sonderkommission des sowjetischen Innenministeriums, kurz OSO genannt, hatte bis zum Sommer 1953 das Recht, Verhaftete auf dem Verwaltungsweg abzuurteilen. Dieses Verfahren kam vor allem dann zum Tragen, wenn der Geheimdienst bestimmte Informationen selbst vor der Militärjustiz geheimhalten wollte. Nahezu 1'200 derartige Verurteilungen sind bislang bekannt geworden, 500 davon stammen allein aus dem Jahr 1950.

Im Unterschied zu den Westzonen, wo selbst bei Verhandlungen gegen Massenmörder peinlich genau auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze geachtet wurde, hatten die Prozesse in der SBZ mit einem normalen Strafverfahren nicht das Geringste gemein. Schon das Zustandekommen der Anklage beruhte auf groben Menschenrechtsverletzungen. Ermittelt wurde nicht durch

Staatsanwälte, sondern durch die sowjetische Geheimpolizei. In wochenlangen Verhören malträtierten so genannte Untersuchungsführer die Festgenommenen so lange, bis sie die ihnen vorgeworfenen Taten zugaben – auch wenn sie diese nie begangen hatten.

«Ein alter Schreibtisch quer im Raum, dahinter ein gepolsterter niedriger Sessel, davor ein derber Holzschemel», beschrieb Horst Wiener die Ausstattung des Vernehmungszimmers im Untersuchungsgefängnis von Weimar, in das er nach seiner Verhaftung im Dezember 1945 geschleppt worden war. «Gleich bei meinem Eintritt richtete der Offizier sich aus seinem Sessel auf und belegte mich mit einer russischen Wortkanonade aus seinem schnauzbärtigen Mund, in der mehrmals das Wort ‚Faschist‘ vorkam, das einzige, was ich verstehen konnte. [...] Was er aber eigentlich wollte, blieb mir noch eine geraume Zeit verborgen. Dann aber half der Aufseher nach und schlug mir seine Lederpeitsche über den Rücken. Sie war mehrfach durch Knoten verdickt und damit in ihrer Schlagwirkung verstärkt. Das Peitschenende traf mich am Hals und verursachte einen heissen Schmerz.»<sup>66</sup>

Im sowjetischen Strafprozessrecht firmierten derartige Vernehmungen als «Voruntersuchung». In Wahrheit handelte es sich um eine zeitlich unbegrenzte Folge brutaler Verhöre zum Zwecke der Geständnisproduktion. In allen bekannt gewordenen Untersuchungsverfahren kam ein ausgeklügeltes System aus Drohungen, Folter und wochenlangem Schlafentzug zum Einsatz. Zur Methodik gehörte es, dass die Untersuchungsgefangenen fast immer nachts verhört wurden, während es ihnen am Tage verboten war, sich auf die Pritsche zu legen. Bei den Vernehmungen setzten die Untersuchungsführer die völlig übermüdeten Häftlinge dann massiv unter Druck, indem sie sie anschrien, beschimpften, bedrohten und körperlich misshandelten. Faustschläge und Tritte gehörten ebenso dazu wie Peitschenhiebe oder Schläge mit dem Stahllineal. Besonders Widerspenstige kamen in Wasser-, Kälteoder Stehzellen. Manche wurden auch durch Scheinhinrichtungen an den Rand der Verzweigung getrieben. Bei dieser Vorgehensweise handelte

es sich nicht etwa um punktuelle Exzesse einzelner Offiziere, sondern um eine systematisch angewandte und in der UdSSR vielfach erprobte Verhörtechnik. Mit ihrer Hilfe hatte man schon im Moskau der dreissiger Jahre erreicht, dass sich sogar Mitstreiter Lenins vor Gericht als Faschisten, Verschwörer und Agenten bekamen.

Horst Wiener, der bei seiner Verhaftung siebzehn Jahre alt war, sah sich bei den Vernehmungen drei kräftigen Männern ausgeliefert: einem Offizier, einem kaum verständlichen Dolmetscher und einem hinter ihm stehenden Wachmann. Dass er schuldig war, stand für diese von Anfang an fest. Nur sein Geständnis fehlte ihnen noch. Die ganze Zeit über musste er sich auf die äusserste Spitze des hölzernen Schemels setzen, so dass bald sein ganzer Körper schmerzte – eine Methode, die später auch das Ministerium für Staatssicherheit übernahm. War der Offizier mit Wieners Antworten nicht zufrieden, schlug ihm der Aufseher mit der Peitsche über Rücken, Schultern und Arme. Ein Fusstritt gegen den Schemel bewirkte, dass er der Länge nach zu Boden fiel. «Du Faschist!», brüllte der Dolmetscher den völlig verängstigten Jugendlichen immer wieder an, «Du Werwolfe, sagen du Werwolfe.»<sup>67</sup>

Der Schriftsteller Horst Bienek, der 1951 wegen angeblicher Spionage und antisowjetischer Propaganda zu fünfundzwanzig Jahren Arbeitslager verurteilt wurde, hat in seinem Roman «Die Zelle» die verzweifelte Situation eines Häftlings geschildert, der darauf wartet, verhört zu werden. Wie Josef K. in Kafkas Roman «Der Prozess» reflektiert er pausenlos die eigene Ohnmacht – nur dass die anonymen Kräfte, denen er ausgeliefert ist, nicht fiktiv, sondern real sind. «Lautlos fielen die Stunden über mich her, erdrückten mich in der Zelle, und wenn ich manchmal aufschrie, war die einzige Veränderung das Geräusch des zurückklappenden Spions an der Zellentür», heisst es in dem Buch, das wie kein anderes literarisches Werk den Haftalltag in einem sowjetischen Untersuchungsgefängnis beschreibt.<sup>68</sup>

Während bei den Lagereinweisungen die Vernehmungen meist

relativ schnell abgeschlossen waren, zogen sie sich bei den Militärgerichtsprozessen vielfach in die Länge. Da die Geheimpolizei nicht mehr allein über die Anordnung der Haft entschied, musste sie ihre Anschuldigungen besser belegen. Zweck der Verhöre war es, dass der Inhaftierte ein ausführliches Protokoll unterzeichnete, in dem er sich selber massiv belastete. Dieses war später nicht mehr korrigierbar und bildete die wichtigste Grundlage für die Verurteilung. Hatte der Untersuchungsführer dieses Ziel erreicht, war der Fall für ihn abgeschlossen.

Bei Horst Wiener bewirkte der tagelange Schlafentzug, dass er bald nur noch das Bedürfnis hatte, sich endlich hinlegen zu dürfen. Doch auch in der Zelle fand er keine Ruhe. Wachleute schlugen ihm regelmässig mit den Fäusten ins Gesicht und in den Bauch. Wenn er gegen drei Uhr nachts vom Verhör zurückkam, tat ihm alles weh. Die Auswirkungen der sowjetischen Untersuchungsmethoden auf Körper und Geist beschrieb er später so: «Der Verstand, die Aufmerksamkeit, die Wachsamkeit hatten keinen Wert mehr. Es wurde gar nicht erwartet, dass man folgerichtig dachte, logisch, systematisch. Nein, systematisch wurde alles das zusammengeknüppelt. Eine stiere Mattigkeit mischte sich mit Hunger und Ekel, ja, auch Selbstekel, der sich nicht recht fassen liess, sondern unterschwellig aufkeimte und sich als Gleichgültigkeit und Schicksalsergebenheit breit machte, als eine weite, aschgraue Fläche von Fatalismus, ja, Fatalismus, das war es, was mich vollends einnahm.»<sup>69</sup> Nach drei Wochen gab Wiener auf und unterschrieb das vorbereitete – falsche – Geständnis. Was genau er unterzeichnete, wusste er nicht, da der Text auf Russisch abgefasst war.

Ähnliche Erfahrungen machte auch Benno Priess, ein gleichaltriger Junge aus Bützow in Mecklenburg. Sowjetische Geheimdienstoffiziere verhafteten ihn am 5. Mai 1946 und brachten ihn zwei Tage später ins NKWD-Gefängnis Güstrow. Dort wurde er mit Fusstritten empfangen und in einen kleinen Kellerraum gesperrt. Einige Tage später holte man ihn zum ersten nächtlichen

Verhör. Der Untersuchungsführer begann mit einer Vernehmungsmethode, die später auch der DDR-Staatssicherheitsdienst übernahm: Er beobachtete den Inhaftierten minutenlang, ohne irgendetwas zu sagen. Dann fragte er ihn, warum er hier sei. Was nun folgte, schilderte Priess später so: «Ich sagte, dass ich es nicht wusste. Der Offizier fing an zu brüllen, stand auf und trat mich mit dem Stiefel in den Bauch und schlug mir mit der Faust voll ins Gesicht.»<sup>70</sup> Blutüberströmt wurde er vom Posten zurück in seinen Kellerverschlag gebracht.

Die nächsten Wochen brachten für Benno Priess furchtbare Torturen. Noch zweimal fragte ihn der Untersuchungsführer nach dem Grund seiner Verhaftung und schlug ihn anschliessend blutig. Mehrfach bekam er tagelang nichts zu essen. Als er einmal nach mehreren durchwachten Nächten in der engen Zelle verbotenerweise am Tage auf die Pritsche getaumelt war, musste er zur Strafe drei Stunden auf dem harten Steinfussboden knien. Ein anderes Mal hatte er sich auszuziehen und stundenlang nackt in der Zelle zu stehen, nachdem er zuvor mit kaltem Wasser übergossen worden war. Als er bei einer Gegenüberstellung mit einem anderen Jugendlichen erklärte, dass dieser ihn zu Unrecht beschuldige, wurde er schrecklich zusammengeschlagen und kam in eine der bertüchtigten Wasserfolterzellen. «Ein Posten holte mich, und ich musste mit der ganzen Bekleidung bis zur Brust ins kalte Wasser. Ich fror und hielt mich an einem Wasserrohr fest. Nach 3-4 Stunden verliessen mich meine Kräfte, ich hatte in meinem Körper kein Gefühl mehr. Zwei Posten zogen mich aus dem Wasserloch.»<sup>71</sup> Auch Priess unterschrieb das verlangte Geständnis.

Zeitzeugenberichte dieser Art sind zu Hunderten überliefert. Sie zeigen die Brutalität und Menschenverachtung, die die sowjetische Geheimpolizei auch bei einem «geordneten» Strafverfahren an den Tag legte. Besonders erschütternd sind dabei die Zeugnisse jugendlicher Inhaftierter, die der Frontalangriff der Untersuchungsführer völlig unerwartet und ungefestigt traf. Auf den Fotografien,



die damals von ihnen gemacht wurden, kann man noch heute den Schrecken ablesen, den die Verhaftung bei ihnen auslöste. Über 6'300 Verurteilte – mehr als ein Viertel aller bekannt gewordenen Fälle – waren 1945 zwischen fünfzehn und neunzehn Jahre alt. Einige kamen nur deshalb ins Gefängnis, weil sie gegen die Einführung des obligatorischen Russischunterrichts protestiert hatten. Andere hatten überhaupt nichts getan.

Erst in den letzten Jahren haben einige der damals Verurteilten öffentlich über ihre Haftzeit berichtet. Horst Wiener zum Beispiel, der zu DDR-Zeiten in der Nähe von Dresden lebte, durfte erst 1991, fast ein halbes Jahrhundert später, davon schreiben. Seinen Schilderungen ist noch heute die Verstörung über die Vorgänge anzumerken. Benno Priess war nach seiner Freilassung in den Westen geflüchtet und sah sich seit dem Beginn der Entspannungspolitik auch hier einer Mauer des Schweigens gegenüber. Nach dem Zusammenbruch der DDR machte er sich auf die Suche nach den Namen der über 3'000 Jugendlichen, die in den Lagern der sowjetischen Besatzungsmacht ums Leben gekommen waren.

Zu den damals Abgeurteilten gehörte auch Erika Riemann, die fünfzig Jahre lang über ihre Erlebnisse schwieg. Erst kürzlich hat sie in einem bewegenden Buch über ihre traumatischen Erfahrungen berichtet. Als vierzehnjähriges Mädchen war sie im thüringischen Mühlhausen ins Visier der Militärjustiz geraten, weil sie in ihrer Schule ein Stalin-Bild mit einer roten Schleife bemalt hatte. Zudem hatte sie in dem Friseursalon, in dem sie arbeitete, eine Rotarmistin wieder weggeschickt, weil deren Haare völlig verlaust waren. Wenig später wurde Erika Riemann verhaftet und nach quälenden Verhören von einem Sowjetischen Militärtribunal wegen Beleidigung der Roten Armee und Werwolf­tätigkeit zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt. Anschliessend begann eine achtjährige Odyssee durch die Lager Bautzen und Sachsenhausen sowie das Frauengefängnis Hoheneck. Albträume und ein gestörtes Sexualleben begleiteten sie noch jahrelang nach ihrer Freilassung.

Auch andere Fälle zeigen, dass die Gewalt der Vernehmer selbst vor Frauen und Mädchen nicht Halt machte. Die Journalistin Annerose Matz-Donath, die im Mai 1948 vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet und wegen angeblicher Spionage zu fünfundzwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war, sammelte mehr als hundert Schilderungen von Betroffenen. «Um mich kirre zu kriegen», berichtete ihr zum Beispiel eine sorbische Landarbeiterin, «haben sie mich runter in den Keller geschafft. Den russischen Schliesser dort unten nannten alle den Schläger, weil er immer zuschlug. [...] Auf einmal schliesst er die Türe auf – da war zugemauert bis zu den Knien und Wasser drinne – und Ratten schwammen drin rum! Sagt er: ‚Ausziehen, ganz nackisch ausziehen!‘ Mich ausgezogen, reingestiegen – da kamen sie auch schon auf mich zu, die Ratten. Die fressen mich ja tot, habe ich geschrien.»<sup>72</sup> Kurz darauf zog der Posten die Frau wieder aus dem Wasser.

Die meisten Häftlinge hielten dem so ausgeübten Druck nicht lange stand. Sie unterschrieben nach einiger Zeit die verlangten Geständnisse. Bei anderen wurde die Unterschrift kurzerhand gefälscht oder man verzichtete auf sie. Anschliessend wurde der Fall der Militärstaatsanwaltschaft übergeben, die vor dem Militärgericht Anklage erhob.

Die Verurteilung war lediglich eine Formsache. Im sowjetischen Justizsystem – wie in dem der DDR – befanden de facto die Ermittlungsorgane über die Schuld des Angeklagten. Das Tribunal, das sich zumeist aus einem Militärrichter und zwei Beisitzern zusammensetzte, hatte die Strafen nur noch zu bestätigen. Im Prozess besass der Angeklagte keinerlei Rechte. Die Anklageschrift bekam er kurz vor der Verhandlung oder gar nicht zu Gesicht. Er durfte keine Beweisanträge stellen, einen Verteidiger gab es nicht. Die Vernehmungsprotokolle konnten dagegen ohne erneute Erörterung im Urteil berücksichtigt werden. Belastungszeugen, auf die sich die Anklage zuweilen stützte, wurden ebenfalls nicht neu gehört. Unter diesen Umständen dauerten die Verfahren in vielen Fällen nur wenige Minuten.

Horst Wieners Verurteilung fand in der Nacht vom 7. zum 8. Januar 1946 statt. Ausser ihm waren noch zwei Dutzend andere Jugendliche angeklagt. In einem kahlen, schmucklosen Raum sass ein Protokollführer an einem Schreibtisch, davor waren zwei Reihen mit Stühlen aufgebaut. Im Hintergrund standen vier oder fünf russische Posten. «Nach kurzer Zeit kommen aus einem Nachbarraum zwei Offiziere herein», beschrieb er die pseudojuristische Prozedur, die nun folgte: «„Aufstähn“, brüllt der uns führende Offizier uns an, salutiert dann und meldet irgendetwas.»<sup>73</sup> Anschliessend wurden die Namen der Inhaftierten einzeln aufgerufen. Sodann verlas der Verhandlungsführer die vorgefertigte Anklage – so schnell, dass der Dolmetscher bald das Übersetzen aufgab. Drei Minuten später wurde das Urteil verkündet: Sämtliche Angeklagten erhielten die Todesstrafe. Erst Wochen später wurde Horst Wiener aus der Todeszelle herausgeholt und zu fünfundzwanzig Jahren Strafarbeitslager «begnadigt».

Wenig anders sah die Verhandlung von Benno Priess aus. Im August 1946 wurde er dem Militärtribunal in Güstrow vorgeführt. Mitangeklagt waren noch acht weitere Jugendliche im Alter von fünfzehn bis achtzehn Jahren. «Man brachte mich oben in einen grossen Saal», beschrieb er den wenige Minuten dauernden Prozess. «Darin stand ein langer Tisch mit rotem Tischtuch, und an der Wand hing ein grosses Bild von Stalin.»<sup>74</sup> Nachdem einige Offiziere hinter dem Tisch Platz genommen hatten, verlas ein Militärstaatsanwalt auf Russisch die Anklage. Kurz darauf gab der Dolmetscher die Urteile bekannt. Wegen Werwolf-Zugehörigkeit und antisowjetischer Propaganda wurde Priess zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt, ein älterer Angeklagter erhielt die Todesstrafe. Drei der verurteilten Jugendlichen kamen später im Lager ums Leben.

Prozesse dieser Art fanden in der Sowjetischen Besatzungszone zu Tausenden statt. Die unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführten Schnellverfahren endeten praktisch nie mit einem Freispruch. Oft wurden in den auf Russisch geführten Verhandlungen ganze Gruppen abgeurteilt. Die Urteilsgründe teilte man den Be-

troffenen nicht mit. Als Rechtsmittel stand ihnen nur die Kassationsbeschwerde zur Verfügung, über die nach Aktenlage, das heisst ohne weitere Verhandlung entschieden wurde. Diese Möglichkeit bestand allerdings nur theoretisch, denn in der Praxis erfuhren die Verurteilten nichts davon. Lediglich bei Todesurteilen wurden sie manchmal darauf aufmerksam gemacht, dass sie ein Gnadengesuch einreichen könnten. Wurde diesem stattgegeben, konnte das Urteil, wie bei Horst Wiener, in eine fünfundzwanzigjährige Haftstrafe umgewandelt werden. Ansonsten wurde es nach drei Tagen vollstreckt.

Die Militärtribunale fällten ihre Urteile nicht nach deutschem, sondern nach sowjetischem Recht. Manchmal nahm man auch auf Gesetze des Alliierten Kontrollrates Bezug. Am häufigsten kam Artikel 58 des russischen Strafgesetzbuches zur Anwendung, der mit drastischen Formulierungen so genannte konterrevolutionäre Verbrechen unter Strafe stellte. Die «Unterhaltung von Beziehungen zu einem ausländischen Staat oder zu einzelnen Vertretern desselben in gegen-revolutionärer Absicht» war demnach genauso strafbar wie «Propaganda oder Agitation, die zu Sturz, Unterhöhung oder Schwächung der Sowjetherrschaft oder zur Begehung einzelner gegenrevolutionärer Verbrechen auffordern».<sup>75</sup> Auch Artikel 59, der besonders gefährliche Verbrechen gegen die Verwaltungsordnung der UdSSR betraf, wurde in vielen Fällen angewendet. Die Gummiparagraphen des Strafgesetzbuches waren dabei so weit gefasst, dass bereits die Unterstellung einer konterrevolutionären Absicht für eine Verurteilung ausreichte.

Das von Militärtribunalen verhängte Strafmass war masslos überzogen. In der Regel entsprach es in keiner Weise der Schwere der angeklagten Taten. Nach einer Untersuchung des Dresdener Hannah-Ahrendt-Instituts, bei der 25'000 SMT-Verurteilungen ausgewertet wurden, lautete die Strafe bei mehr als einem Drittel auf fünfundzwanzig Jahre Arbeitslager. Fast genauso viele Inhaftierte erhielten zehn und nur 3,4 Prozent weniger als sechs Jahre.

Ihre Reaktion auf die Entscheidung des Militärgerichts, einen harmlosen Mädchenstreich mit zehn Jahren Lager zu bestrafen, schilderte Erika Riemann später so: «Mein Verstand umkreist dieses Urteil viele Male, kann aber den Sinn nicht entschlüsseln. Zehn Jahre Zwangsarbeit in Sibirien, das ist einfach nicht real. Genauso gut hätte man mich dazu verurteilen können, auf dem Mond Zwiebeln zu ernten. Um zu fühlen, dass ich überhaupt noch am Leben bin, nehme ich endlose Wanderungen durch meinen kleinen Versuchslag auf. Fünf Schritte hin, fünf Schritte zurück. Gedichte fallen mir ein. Ich sage eines nach dem anderen auf, froh, wenigstens meine eigene Stimme zu hören.»<sup>76</sup>

Zu den dunkelsten Kapiteln der sowjetischen Militärjustiz in Deutschland zählen die zahlreich verhängten Todesurteile. Fast 2'000 Menschen oder 7,8 Prozent aller Verurteilten erhielten der Dresdener Untersuchung zufolge die Höchststrafe, mindestens 1'200 wurden tatsächlich hingerichtet. Da die Todesstrafe zwischen Mai 1947 und Januar 1950 aufgehoben war, so dass ersatzweise «nur» fünfundzwanzig Jahre Haft auferlegt werden konnten, lag die Bereitschaft der Tribunale, dieses Strafmass zu verhängen, in Wirklichkeit noch viel höher. Vor allem in den frühen fünfziger Jahren erliessen sowjetische Militärgerichte reihenweise Todesurteile. So wurde 1951 über ein Viertel aller Verurteilten hingerichtet, im darauffolgenden Jahr waren es sogar fast dreissig Prozent.

Nach den sowjetischen Lagerstatistiken erschoss man in den Gefängnissen der Abteilung Speziallager insgesamt 756 Deutsche. Die Übrigen dürften zum grössten Teil in der Sowjetunion hingerichtet worden sein. Allein auf dem Moskauer Friedhof Donskoje, wo etwa 7'000 Opfer des stalinistischen Terrors anonym bestattet wurden, liegen die sterblichen Überreste von mehr als 1'000 von Militärgerichten zum Tode verurteilten Deutschen. Ihre Leichen wurden sofort verbrannt, die Asche verscharrt man irgendwo auf dem Friedhofsgelände.

Der Militärjustiz fielen aber nicht nur Deutsche zum Opfer. Auch zahllose Rotarmisten wurden wegen Desertion, Befehlsver-

weigerung, antisowjetischer Propaganda und ähnlicher Delikte bestraft. Bislang liegt diese Seite der Militärjustiz noch weitgehend im Dunkeln. Zu den wenigen bekannt gewordenen Einzelfällen gehört Georgi Richter, ein Russlanddeutscher, der 1938 im Zuge des Grossen Terrors verhaftet und als «sozial gefährliches Element» zu fünf Jahren Lager verurteilt wurde. Während der Kriegswirren floh er im November 1941 im Gebiet von Saratow mit falschen Papieren aus der Haft und trat wenig später in die Rote Armee ein. Nach Kriegsende übernahm er die Leitung des sowjetischen Militärhospitals in Potsdam. Dort wurde Richter im August 1949 festgenommen, weil man seine falsche Identität aufgedeckt hatte. Ein Jahr später verurteilte ihn die Militärstaatsanwaltschaft ein zweites Mal zu fünf Jahren Lagerhaft und erkannte ihm seinen militärischen Rang ab. Erst kurz nach Stalins Tod kam er aufgrund einer Amnestie im Mai 1953 wieder frei. «Wegen Fehlen eines Tatbestandes», so der russische Geheimdienst FSB in einer Auskunft, hob man beide Urteile Ende der fünfziger Jahre auf.<sup>77</sup>

Wie die administrativen Einweisungen in Speziallager waren auch die Bestrafungen durch Sowjetische Militärtribunale ein Instrument des Terrors, das Stalins Geheimpolizei die Möglichkeit bot, jede beliebige Person in Deutschland aus dem Verkehr zu ziehen. Ausschlaggebend für die Verurteilungen waren nicht objektive Tatbestände, sondern zufällige Denunziationen, willkürliche Verhaftungen und erpresste Geständnisse. Das völlig überzogene Sicherheitsdenken der Untersuchungsführer und ihr extrem ideologisiertes Denken machten dabei selbst aus belanglosen Ereignissen oder geringfügigen Vergehen hochgefährliche politische Vorgänge. Um sich die eigenen vorgefassten Meinungen bestätigen zu lassen oder ein bestimmtes Quantum an entlarvten Feinden zu erzielen, zwangen sie die Verhafteten vielfach zu fiktiven Geständnissen.

Die Ermittler vermengten dabei ihre Feindbilder meist zu einer bedrohlichen Mixtur, so dass ein beliebiges Delikt nicht nur als konterrevolutionäre Handlung, sondern auch als faschistisch inspi-

riert und von anglo-amerikanischen Imperialisten gesteuert interpretiert wurde. Typisch für diese Sichtweise ist die Lagebeurteilung, die der stellvertretende Kommandeur des 83. Schützenregiments des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes, Gawrikow, im Sommer 1947 abgab. Darin hiess es: «Die Verstärkung der Tätigkeit faschistischer Untergrundorganisationen auf dem Gebiet der sowjetischen Zone drückt sich in Diversion, Terror, antisowjetischer Agitation und Sabotage in den Unternehmen, die auf Reparationsrechnung für die Sowjetunion arbeiten, aus, und geht in der Hauptsache auf Rechnung des sich immer mehr verstärkenden Einflusses des faschistischen Untergrunds der anglo-amerikanischen Besatzungszonen und der Tätigkeit der anglo-amerikanischen Aufklärungsdienste.»<sup>78</sup> Gawrikow meinte damit offenbar die Kritik ostdeutscher Arbeiter, dass die von ihnen produzierten Waren zum grossen Teil ohne Bezahlung als Reparationen in die UdSSR gingen. Nicht in den Sinn kam dem Geheimpolizisten, dass die Unzufriedenheit eine Folge der eigenen Besatzungspolitik war. Erst nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 verzichtete die Moskauer Regierung auf die kostenlosen Warenlieferungen aus der DDR.

Die sowjetische Geheimpolizei übertrug damit die in der UdSSR herrschenden Methoden des Terrors, der nicht mehr tatsächliche Gefährdungen der politischen Ordnung, sondern vor allem selbst fabrizierte Feinde bekämpfte. Wenn in einem Keller oder auf einem Dachboden eine alte Pistole oder ein Gewehr gefunden wurde, deutete man dies zu einer konterrevolutionären Verschwörung oder Sabotage um. Einen harmlosen Kontakt zu einem Westdeutschen, erst recht zu einem Amerikaner oder Engländer, interpretierten die Untersuchungsführer als Spionage. Wenn Frauen mit einem Angehörigen der Roten Armee befreundet waren, hatte dies denselben Vorwurf zur Folge. Jugendliche wie Benno Priess, die durch kritische Bemerkungen über das Besatzungsregime aufgefallen waren und der Hitler-Jugend angehört hatten, wurden als Werwölfe abgeurteilt. Ein heimlich weitergegebenes Flugblatt aus

dem Westen galt nicht nur als konterrevolutionäre Propaganda, sondern gleich als versuchte Machtergreifung. Wie in der Sowjetunion wurde die Gesellschaft durch den überzogenen Verfolgungsdruck permanent in Angst und Unsicherheit gehalten – obwohl die konkreten Meldungen des Staatssicherheitsdienstes auch in Deutschland nur eine geringe Intensität des Widerstandes zeigten.

Die reihenweise Aburteilung von Zivilisten durch Militärtribunale stiess allerdings bei den sowjetischen Verantwortlichen in Deutschland auf ein gewisses Unbehagen. Nach Gründung der DDR stand dieses Vorgehen in allzu offenkundigem Gegensatz zur Fiktion eines unabhängigen ostdeutschen Staates sowie zu grundlegenden Prinzipien des deutschen Rechts. 1950 regte die Sowjetische Kontrollkommission (SKK), wie sich die Besatzungsbehörde inzwischen nannte, deshalb in Moskau an, die Aburteilung bestimmter Delikte einheimischen Gerichten zu übertragen. Über illegalen Waffenbesitz oder unerlaubtes Passieren der Grenzen sollten, so der Vorschlag, hinfort deutsche Richter befinden. Stalin und sein Politbüro lehnten jedoch ab.

Im November 1951 gab es einen erneuten Vorstoss, die Zuständigkeit der Militärtribunale in Deutschland einzuschränken. Die Angeklagten sollten zudem – wie sowjetische Bürger – nicht mehr nach dem Kriegsrecht, sondern nach den Gesetzen der Friedenszeit abgeurteilt werden. Das hätte vor allem die Möglichkeit zur Berufung eröffnet. «Auf Bitten von Verwandten inhaftierter deutscher Bürger», so sollte der Ministerrat darüber hinaus beschliessen, «müssen mündliche Auskünfte zu den Ergebnissen der Ermittlung oder der Gerichtsverhandlung erteilt werden.»<sup>79</sup> Auf die besorgten Anfragen von Angehörigen hatte man bis dahin nicht einmal geantwortet. Auch diese Initiative scheiterte im Politbüro.

Ende 1952, als sich bereits mehrere Tausend Gnadengesuche für deutsche Gefangene angestaut hatten, bat man in Moskau ein drittes Mal um eine Überprüfung der Verurteilungspraxis – doch wieder ohne Erfolg. Erst nach Stalins Tod im März 1953 kam Bewe-



gung in die Sache: Plötzlich ging die Zahl der Verfahren zurück, und ab Juli 1954 durfte nur noch über Spionagedelikte geurteilt werden. Der letzte Prozess eines Sowjetischen Militärtribunals in Deutschland fand im Oktober 1955 statt – inzwischen brauchte man die Besatzungsjustiz nicht mehr, denn ihre Funktion hatten die von der SED kontrollierten DDR-Gerichte übernommen.

### *Terror gegen Andersdenkende*

Bei der Gleichschaltung des politischen Lebens in der Sowjetischen Besatzungszone kam der Militärjustiz eine Schlüsselrolle zu. Im Gegensatz zu den Darstellungen früherer kommunistischer Funktionäre, die die ersten Nachkriegsjahre oft als Zeit des demokratischen Neubeginns schildern, voller Enthusiasmus und Aufbauwillen, waren die Verfolgungen gerade in dieser Phase besonders unerbittlich. In der Entstehungszeit der SED-Diktatur, zwischen 1946 und 1950, verurteilten Sowjetische Militärtribunale aus politischen Gründen jährlich Tausende Menschen zu hohen Haftstrafen. Meist wurden sie kurzerhand der Spionage beschuldigt. Zahlreiche aufrechte Demokraten, die sich für einen Neuanfang in Deutschland einsetzten und oftmals schon von den Nationalsozialisten verfolgt worden waren, wurden so zu Opfern des stalinistischen Terrors. Was die Besatzer von Freiheit, Recht und Demokratie hielten, konnte man schon daran erkennen, dass auch die parlamentarische Immunität als Abgeordneter nicht davor schützte, von einem Tag zum anderen ins Gefängnis geworfen zu werden.

Eine der Parteien, die damals von den Sowjets auf brutale Weise gleichgeschaltet wurde, war die Christlich-Demokratische Union (CDU). Wie im Westen erfreute sie sich auch im Osten Deutschlands nach dem Krieg grossen Zulaufs: Schon kurz nach der Zulas-

sung im Juli 1945 waren ihr über 100'000 Menschen beigetreten. Bis Ende 1947 stieg ihre Mitgliederzahl auf mehr als 200'000. Trotz massiver Bevorteilung der SED erreichte sie bei den Landtagswahlen im Oktober 1946 mehr als dreiundzwanzig Prozent der Stimmen.

Bereits 1945/46 wurden einzelne Mitglieder und Mandatsträger der CDU festgenommen. Vor allem im Zusammenhang mit den Kommunal- und Landtagswahlen im Herbst 1946 kam es zur Verhaftung von Jugendlichen, die Plakate klebten, von Rednern, die Mitglieder warben, und von Kommunalpolitikern, die in der Bevölkerung besonders populär waren. 1947 folgten mehrere Verhaftungswellen unter jungen Christdemokraten, bei denen es sich überwiegend um Studenten aus Berlin und Leipzig handelte. Im Dezember setzte die sowjetische Militäradministration dann die CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer ab und inhaftierte in der Folgezeit zahlreiche Mitglieder und Funktionäre, die sich auf deren Seite stellten. Ab Anfang der fünfziger Jahre übernahmen schliesslich mehr und mehr DDR-Gerichte die Aburteilung von christdemokratischen Politikern. Selbst prominente Regierungsmitglieder wie der erste Aussenminister der DDR, Georg Dertinger, verschwanden für Jahre im Gefängnis, obwohl sie längst ihren Frieden mit der SED gemacht hatten. Insgesamt wurden zwischen 1946 und 1961 über 1'500 Christdemokraten verurteilt.

Eines der ersten Opfer dieser Politik war der Mitbegründer der CDU und Vizepräsident der Landesverwaltung von Thüringen, Max Kolter. Weil er die von der Besatzungsmacht gewünschte Bodenreform ablehnte, wurde er im November 1945 durch die thüringische Militäradministration entlassen. Kurz darauf stellte man ihn unter sowjetische Bewachung. Kolter kam ins Krankenhaus, wo er weiterhin unter Beobachtung stand und am 27. Dezember 1945 verstarb. Ein anderes Beispiel aus dieser Zeit ist der populäre Landrat des Kreises Eichsfeld, Aloys Schaefer. Wegen angeblicher Nichtbefolgung von Anordnungen der Besatzungsmacht sowie Veruntreuung von Geldern wurde er im September 1946 – ex-

akt zwei Tage vor den Kommunalwahlen – verhaftet. Im Februar 1947 verurteilte ihn das Militärtribunal in Weimar wegen «Sabotage» zu zehn Jahren Arbeitslager.

Einen Monat später inhaftierte die sowjetische Geheimpolizei etwa zwanzig junge Christdemokraten, überwiegend Studenten der Berliner Humboldt-Universität. Damit reagierte die Besatzungsmacht auf das gute Abschneiden der nichtkommunistischen Gruppierungen bei den Studentenratswahlen im Februar. Zugleich ging es darum, das Verbot der Jungen Union in Ostdeutschland durchzusetzen. Einer der Festgenommenen war der Medizinstudent Georg Wrazidlo – ein furchtloser Demokrat, der schon unter den Nationalsozialisten inhaftiert worden war. Wrazidlo hatte sich während des Krieges der Widerstandsgruppe um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack angeschlossen und war 1944 wegen «Wehrkraftzersetzung» ins Konzentrationslager Buchenwald gekommen. Nach Kriegsende trat er der CDU bei. Als «Opfer des Faschismus» wurde er kommissarischer Vorsitzender der Studentenvertretung an der Humboldt-Universität, musste diese Funktion jedoch bereits 1946 wieder räumen. Da er aber weiterhin im Zentrum des studentischen Widerstandes an der Universität stand, zerrte man ihn am 13. März 1947 bei einem fingierten Treffen im Westberliner Café Kranzier in ein Auto und verschleppte ihn in den Ostteil der Stadt. Dort verurteilte ihn das Militärtribunal Berlin-Lichtenberg im Dezember 1947 zu fünfundzwanzig Jahren Arbeitslager.

Ein ähnliches Schicksal erlitt der Berliner Germanistikstudent Manfred Klein, der ebenfalls bereits von den Nationalsozialisten verfolgt worden war. Aufgrund seiner eigenständigen katholischen Jugendarbeit hatte ihn 1942 die Gestapo verhaftet. Nach dem Ende des Krieges trat er der Jungen Union bei und wurde deren Pressereferent. Zugleich betätigte er sich als Kulturreferent der FDJ, in deren Führung er die katholische Jugend vertrat. Klein, der auch Mitglied des Studentenrates der Humboldt-Universität und der CDU war, wurde im März 1947 verhaftet und im Dezember

1948, zusammen mit Wrazidlo und fünf weiteren Angeklagten, wegen angeblicher Spionage abgeurteilt.

Zu den damals schuldig Gesprochenen gehörte auch der junge CDU-Abgeordnete Ewald Ernst aus Halle. Ernst war der Partei im Oktober 1945 beigetreten und hatte für sie als hauptamtlicher Jugendreferent gearbeitet. 1946 zog er über die Landesliste in den Landtag der Provinz Sachsen-Anhalt ein, wo er Fraktionsgeschäftsführer wurde. Im erweiterten Zonenvorstand der CDU vertrat er die Junge Union der SBZ; wiederholt nahm er auch an Treffen der CDU-Jugendvertreter in Berlin teil – Aktivitäten, die der Besatzungsmacht ein Dorn im Auge waren.

Über seine Verhaftung und die anschliessende Zeit in ostdeutschen Lagern und Gefängnissen hat Ernst später ausführlich berichtet. Mitte März 1947 hatte er demnach an einer Tagung der deutschlandweiten Arbeitsgemeinschaft von CDU und CSU in Berlin teilgenommen. Die SMAD gab in Karlshorst eigens einen Empfang, der die westdeutschen Politiker sehr beeindruckte. Kurz darauf wurde Ernst, trotz parlamentarischer Immunität, vor seiner Haustür verhaftet. «Nach Halle am späten Sonntag – 16. März 1947 – zurückgekehrt, zerrten mich Männer in ein Auto und brachten mich in eine Kellerzelle der Kommandantur», schilderte er den Beginn seiner fast siebenjährigen Haftzeit.<sup>80</sup> Wenig später wurde er in die zentrale Untersuchungshaftanstalt der sowjetischen Geheimpolizei in Berlin-Hohenschönhausen gebracht. «Am Ziel angekommen, die Hände gefesselt, eine Kapuze über den Kopf gestülpt, stiess man mich eine Treppe hinunter», berichtete er über seine Einlieferung in das Kellergefängnis. «Nach der Entfernung von Kapuze und Fessel vermittelte eine Signalanlage an der Kellerdecke den ersten schlimmen Eindruck. Die Ampelschaltung auf Rot und Grün sollte verhindern, dass Häftlinge sich begegneten.»<sup>81</sup>

Über anderthalb Jahre lang sass der Landtagsabgeordnete in einer sechs Quadratmeter grossen Zelle in völliger Isolation – ohne Fenster, ohne Tageslicht, ohne Frischluft. Eine Holzpritsche und

ein Kübel für die Notdurft bildeten die einzige Ausstattung des Verlieses, als Zudecke musste er seinen Mantel nehmen. Eine Glühbirne über der Tür spendete Tag und Nacht ein spärliches Licht. «Wie soll man die Einsamkeit und die scheinbare Loslösung von der Zeit beschreiben?», heisst es in seinem Bericht. «Tausende Kreise gehen auf engstem Raum, nur nicht verblöden. Nach Bewegung ausserhalb der Zelle lauschen, immer Gefahr witternd. Die schier endlose Stille und das Fehlen von Tageslicht ertragen. Selbstdisziplin üben. Keine Verbitterung aufkommen lassen. Hilfe durch Gebet.»<sup>82</sup> Im Dezember 1948 verurteilte ihn ein Sowjetisches Militärtribunal wegen «Spionage» zu fünfundzwanzig Jahren Arbeitslager. Erst 1954 wurde er aufgrund einer Amnestie entlassen. Für achtzehn Monate politisches Engagement, so rechnete Ewald Ernst später vor, bezahlte er mit zweiundachtzig Monaten Haft.

Anfang 1948 kamen die so genannten Kaiser-Anhänger an die Reihe. In Sachsen-Anhalt wurden der Landessekretär der CDU, Wolfgang Meinke, und der Landesgeschäftsführer Werner Müller festgenommen. Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Landesverband, Hans Perschmann, der sich mehrfach gegen die politisch motivierten Enteignungen ausgesprochen hatte, kam ebenfalls in Haft. Das Militärtribunal in Halle verurteilte Meinke später wegen angeblicher antisowjetischer Hetze und Spionage zu fünfundzwanzig Jahren Arbeitslager. Müller und Perschmann erhielten, zusammen mit zwanzig weiteren Angeklagten, wegen Spionage und illegaler Gruppenbildung dasselbe Strafmass. In Brandenburg wurde unter anderem der CDU-Vorsitzende in Potsdam, Hans Egidi, verhaftet. Weitere Festnahmen, insbesondere im brandenburgischen Landesverband, folgten nach der Gründung der DDR im Oktober 1949.

Insgesamt verurteilten Sowjetische Militärtribunale mehr als 400 Christdemokraten. Fünfundvierzig erhielten die Todesstrafe, darunter der Potsdamer Bürgermeister Erwin Köhler, der, ebenso wie seine Frau Charlotte, wegen angeblicher Spionage Anfang

1951 in der Sowjetunion hingerichtet wurde. Weitere CDU-Mitglieder kamen bereits bei der Festnahme oder in der Haft ums Leben. So erschossen Geheimpolizisten im September 1948 den Zweiten Vorsitzenden des Kreisverbandes Delitzsch, Hans-Georg Löser, bei seiner Verhaftung. Im Dezember 1948 starb der Bürgermeister von Falkensee, Hermann Neumann, in der Untersuchungshaft. Im April 1950 erlitt der Landtagsabgeordnete und Fraktionschef in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, Frank Schleusener, dasselbe Schicksal. Viele andere Inhaftierte, darunter der sachsen-anhaltinische Landessekretär Meinke, überlebten die Lagerzeit nicht.

Das brutale Vorgehen blieb nicht ohne Wirkungen. Das Motto des chinesischen Kommunistenführers Mao Tse-tung «Einen töten – hundert lernen» erwies sich bereits damals als zutreffend. Die Angst vor einer Verhaftung bewegte viele dazu, sich anzupassen oder aus der politischen Arbeit zurückzuziehen. Zahlreiche andere Christdemokraten, darunter die abgesetzten Parteivorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, gingen in den Westen. Allein aus Brandenburg flohen im Frühjahr 1950 128 CDU-Funktionäre. Selbst hochrangige Regierungsmitglieder wie der thüringische Handelsminister Georg Grosse, der mecklenburgische Wirtschaftsminister Siegfried Witte oder der sächsische Handelsminister Georg Knabe setzten sich in die Bundesrepublik ab, um einer drohenden Festnahme zu entgehen.

Mit ähnlichen Methoden ging die sowjetische Besatzungsmacht gegen die Liberaldemokratische Partei vor. Die Liberalen engagierten sich nach dem Krieg in besonderer Weise für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. In Ostdeutschland brachte ihnen das grossen Zuspruch ein. Trotz zahlloser Erschwernisse wurde die LDP bei den Landtagswahlen im Oktober 1946 mit 24,6 Prozent zweitstärkste Partei – Zahlen, von denen die FDP heute nur träumen kann. Auch die Mitgliederzahl stieg von 113'000 im Frühjahr 1946 auf 183'000 im Juni 1948.

Nach dem Tod ihres Vorsitzenden Wilhelm Kütz im April 1948 wehrte sich die LDP gegen die zunehmende Majorisierung durch die SED im «Demokratischen Block». Die Besatzungsmacht reagierte auf diesen Widerstand mit zahlreichen Festnahmen, die auch vor Abgeordneten und hohen Parteifunktionären nicht Halt machten. So verhaftete die sowjetische Geheimpolizei unter anderem den populären Fraktionsvorsitzenden im thüringischen Landtag, Hermann Becker, sowie den brandenburgischen Landesvorsitzenden Wilhelm Falk. In Görlitz wurden der LDP-Fraktionschef und ein Stadtrat festgenommen. Im Kreis Auerbach traf es den siebzehnjährigen Vorsitzenden einer von der Besatzungsmacht aufgelösten Betriebsgruppe der Partei. Insgesamt verurteilten sowjetische Militärgerichte mindestens 300 Liberale. Viele Mitglieder und Mandatsträger, darunter die späteren FDP-Politiker Hans-Dietrich Genscher und Wolfgang Mischnick, flohen in den Westen. Weitere LDP-Funktionäre wie der Handelsminister der DDR, Karl Hamann, fielen später dem Ministerium für Staatssicherheit zum Opfer.

Der Fall Hermann Becker zeigt exemplarisch, wie die Verhaftungen die Gleichschaltung vorantrieben. Der gelernte Bankkaufmann gehörte nach Ende des Krieges dem Arbeitsausschuss des Antifaschistischen Komitees von Erfurt an. Im Juli 1945 zählte er dann zu den Gründungsmitgliedern der LDP in Thüringen. Nach den Wahlen im Oktober 1946 zog er für die Partei in den Landtag ein, wo er als Fraktionschef dem Machtanspruch der SED entschlossen entgegentrat. Als die sowjetische Militäradministration 1948 immer stärker in die Personalpolitik der LDP eingriff, sollte sich Becker aus dem Landesvorstand zurückziehen. Der Landesverband wählte ihn jedoch im Juli zum Zweiten Vorsitzenden. Kurze Zeit später verhaftete man ihn unter Missachtung seiner parlamentarischen Immunität in der Mittagspause einer Landtagssitzung und brachte ihn in die Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen. Vergebens beantragte die LDP-Fraktion eine Unterbrechung der Sitzung. Per Fernurteil wurde Becker später

wegen angeblicher Spionage und antisowjetischer Propaganda zu fünfundzwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Auf die Landtagsfraktion verfehlte die Verhaftung nicht die beabsichtigte einschüchternde Wirkung.

Ein ähnlicher Vorgang wiederholte sich im Fall des Generalsekretärs der LDP, Günter Stempel. Im August 1950 hatte sich der Volkskammerabgeordnete gegen das geplante neue Wahlgesetz ausgesprochen, nach dem in der gerade gegründeten DDR hinfort gewählt werden sollte. Dem Entwurf zufolge stand die Sitzverteilung im Parlament immer schon vor dem Urnengang fest, da die Wähler sich nicht zwischen verschiedenen Parteien entscheiden, sondern lediglich über eine so genannte Einheitsliste abstimmen durften. Selbst diese konnte man nur gutheissen, da es auf dem Stimmzettel kein Feld für ein ablehnendes Votum gab. Wie Stempel später berichtete, hatte der Staatspräsident der DDR, Wilhelm Pieck, die Spitzen der Blockparteien Anfang August über die Vorlage informiert. «Uns wurde ein hektografierter Gesetzentwurf ausgehändigt, und zu meinem Erstaunen merkte ich sehr bald, dass darin unter anderen Mängeln weder von Wahlkabinen noch von Stimmzettelumschlägen etwas erwähnt worden war, dass also der geheime Charakter der Wahlen nicht mehr gewährleistet war.»<sup>83</sup> Stempel und weitere LDP-Politiker waren sich darüber einig, dass sie dem Wahlgesetz in dieser Form nicht zustimmen konnten.

Einen Tag vor der geplanten Verabschiedung in der Provisorischen Volkskammer sollten der Zentralvorstand und die Volkskammerfraktion der LDP in getrennten Sitzungen über das Gesetz beraten. Unter Verletzung seiner parlamentarischen Immunität wurde Stempel auf dem Weg dorthin vor der Parteizentrale in der Berliner Taubenstrasse in seinem Dienstwagen verhaftet. Auch sein Chauffeur, seine Sekretärin und seine Ehefrau wurden vorübergehend festgenommen. «Meine Verhaftung löste in beiden Sitzungen eine solche Panikstimmung aus, dass der Gesetzentwurf ohne Diskussion in kürzester Zeit widerspruchslos angenommen



wurde», so Stempel weiter.<sup>84</sup> Vier Wochen später schloss die Führung der LDP ihren Generalsekretär sogar aus der Partei aus und erklärte sein Volkskammermandat für «erloschen».

Nach ersten Verhören in einer Untersuchungshaftanstalt des DDR-Staatssicherheitsdienstes kam der Politiker im September 1950 in das zentrale sowjetische Untersuchungsgefängnis in Berlin-Hohenschönhausen. «Hier wurde mein Fall zunächst von dem Chef der Untersuchung, Oberst Danielow, und einem Major Philippow bearbeitet», schilderte Stempel den Fortgang des Verfahrens. «Es begann eine Serie von Verhören. Man versuchte immer wieder, mich zu einem Geständnis zu bewegen – aber ich konnte und wollte nichts aussagen, ohne zu wissen, was man von mir wollte.»<sup>85</sup> Wenn Stempel bei den wochenlangen Vernehmungen einwandte, dass er nicht wisse, was er getan habe, sagte man ihm, er brauche nur die «Wahrheit» zu sagen. Die perverse Logik des Untersuchungsführers gab Stempel später so wieder: «Niemand werde von den sowjetischen Sicherheitsorganen ohne Grund verhaftet. Wer verhaftet wird, ist auf jeden Fall schuldig. Also sei auch ich ‚schuldig‘, doch läge es bei mir, den Grad meiner Anständigkeit zu zeigen und zu demonstrieren, wie weit ich mich durch die Untersuchungshaft schon ‚gebessert‘ hätte, und zwar dadurch, dass ich die ‚Wahrheit‘ sagte. Ein ‚Geständnis‘ sei der erste Schritt, dass ich wieder ein Mensch würde, bislang aber sei ich nichts als ein ‚Schwein‘ und ein ‚Topf, gefüllt mit Scheisse ...‘»<sup>86</sup>

Dem Bericht des Politikers zufolge versuchte man, ihn in Tag- und Nachtverhören weich zu kochen. Mehrfach bekam er Schläge mit einem Lineal verabreicht, oder der Vernehmer warf mit schweren Gegenständen nach ihm. Das ging zwei Monate lang so, dann hatte sein Fall ein Stadium erreicht, in dem härtere Mittel, vor allem Karzer, zu befürchten waren. Stempel hatte Angst, dass man ihn durch Folterungen zu Aussagen zwingen würde, die er nicht mehr kontrollieren könnte. Er entschloss sich deshalb, wie verlangt ein Geständnis abzulegen. Dabei räumte er allerdings nur

ein, «ein Gegner des Marxismus-Leninismus» zu sein, und berichtete von einigen seiner Westkontakte. «Das Verfahren lief damit regelrecht an», schilderte er die Folgen seines Einlenkens, «es wurden endlos lange Protokolle meiner Aussagen in über zweihundert Tag- und Nachtvernehmungen gefertigt, lauter sorgfältig gemischte ‚Geständnisse‘ aus Dichtung und Wahrheit. An meiner Gegnerschaft zur Sowjetunion, meiner Spionage und Sabotage war danach ‚kein Zweifel mehr, ohne dass es noch irgendwelcher Beweise dafür bedurfte.«<sup>87</sup> Nach über einjähriger Untersuchungshaft, die er teilweise im neuen sowjetischen Untersuchungsgefängnis in Berlin-Karlshorst zubrachte, verurteilte ihn ein Militärtribunal im Januar 1952 zu fünfundzwanzig Jahren Arbeitslager.

Sowjetische Militärtribunale fällten auch über LDP-Politiker Todesurteile. Ein besonders schockierender Fall ist der des Rostocker Jura-Studenten Arno Esch, eines hoch begabten jungen Mannes, der bereits durch zahlreiche Artikel und inoffizielle Publikationen hervorgetreten war. Bei öffentlichen Auftritten hatte er wiederholt gegen die Vorherrschaft der SED Stellung bezogen. Schon mit Anfang zwanzig gehörte Esch dem geschäftsführenden Zentralvorstand und der Programmkommission seiner Partei an. Darüber hinaus war er am Aufbau einer Jugendorganisation der LDP in Mecklenburg-Vorpommern beteiligt, die von der Besatzungsmacht jedoch – wie alle Jugendverbände ausser der FDJ – als illegal betrachtet wurde. Innerhalb der LDP hatte er sich um die Gründung einer «Radikal-Sozialen Freiheitspartei» bemüht; mit ihr, so hoffte er, würde er seine politischen Vorstellungen besser verwirklichen können.

Als der Zentralvorstand der LDP im Herbst 1949 der Gründung der DDR zustimmte, verliess Arno Esch aus Protest die Sitzung. Wenig später, in der Nacht vom 18. zum 19. Oktober 1949, wurde er von der sowjetischen Geheimpolizei verhaftet. Das Militärgericht Schwerin verurteilte ihn im Juli 1950 wegen angeblicher Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes, zusammen mit sieben weiteren Angeklagten, zum Tode.

Obwohl die Todesstrafe zur «Tatzeit» gar nicht in Kraft war, bestätigte das Militärtribunal des Wehrkreises Moskau in einem zweiten Prozess das Strafmaß. Am 24. Juli 1951 – an seinem zweiundzwanzigsten Geburtstag – wurde Arno Esch in Moskau erschossen. Vier Jahrzehnte später, im Mai 1990, hob das Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR das Urteil auf und erklärte das Verfahren mangels Tatbestand eines Verbrechens für eingestellt.

Die Massnahmen der Besatzungsmacht richteten sich nicht nur gegen die bürgerlichen Parteien. Noch schärfer als gegen LDP und CDU ging die sowjetische Justiz gegen die ostdeutschen Arbeiterparteien vor. Bisher sind über 2'500 Fälle bekannt geworden, in denen Militärgerichte Mitglieder von SPD, KPD und SED zu drakonischen Strafen verurteilten. Aufrechte Sozialdemokraten wurden ebenso unnachgiebig verfolgt wie kommunistische Abweichler. Die sozialistische Justiz kannte gerade bei linken Politikern kein Pardon. Am Ende gerieten sogar führende SED-Politiker in den Sog der Säuberungen.

Zu den Verfolgten gehörten vor allem Sozialdemokraten, die in den mitteldeutschen Industriegebieten traditionell ihre Hochburg hatten. Sie wurden unter der Ägide der sowjetischen Besatzungsmacht zu Hunderten verhaftet, vor Gericht gestellt und anschließend in Lager gesperrt. Ihren Höhepunkt erreichte diese Terrorjustiz in den späten vierziger Jahren, als die SED zu einer kommunistischen Kaderorganisation umgeformt und personell gesäubert wurde. Nachdem man die meisten der Funktionäre, die aus der SPD stammten, abgesetzt hatte, kam es zu immer mehr Festnahmen. Vor allem im Süden der SBZ verhaftete man reihenweise ehemalige SPD-Mitglieder. Allein 1949 wurden annähernd 200 frühere Sozialdemokraten verurteilt. Hatten die Betroffenen Kontakte zur westdeutschen SPD, insbesondere zu deren Ostbüros in Berlin und Hannover, erhielten sie fast immer die Höchststrafe. Im Jargon der SED galten sie als «Schumacher-Agenten» oder «Agenten des Ostbüros der SPD». Meist warf man ihnen eine Kombination aus «Spionage», «antisowjetischer Agitation» und

«illegaler Gruppenbildung» vor. Nur weil die Todesstrafe in den späten vierziger Jahren aufgehoben war, kamen viele mit fünfundzwanzig Jahren Arbeitslager davon.

Einer von ihnen war der Sozialdemokrat Dieter Rieke, der im Nachrichtenamt der Kreisverwaltung Gardelegen arbeitete und später über seinen Fall berichtete. Weil er Verbindungen zum Ostbüro der SPD hatte, wurde er im Mai 1948 vom sowjetischen Staatssicherheitsdienst festgenommen. «Nun haben wir dich endlich, du Schumacher-Schwein!», war der erste Satz seines Vernehmers, eines glatzköpfigen, mit Orden behängten Offiziers. Es folgte eine minutenlange Schimpfkanonade, bei welcher der Oberst bedrohlich um Riekes Stuhl kreiste – dann ein Schlag mit der Handkante ins Genick: «Du Verräter, dich werden wir klein und kaputt machen! Aber vorher erzählst du uns alles!»<sup>88</sup> Fast ein Jahr lang wurde der Zweiundzwanzigjährige in der Untersuchungshaft gequält. Sämtliche Mittel der Geständniszerpressung kamen bei ihm zum Einsatz: Beschimpfungen, Drohungen, Schläge, Isolationshaft, Zellenspitzel und die berüchtigte Wasserzelle.

Das erste Protokoll unterschrieb Dieter Rieke, nachdem man ihn in Halle im «Roten Ochsen» in einen Karzer gesperrt hatte. Dabei handelte es sich um einen kleinen Käfig, in den er, nur mit einer Unterhose bekleidet, tagelang eingeschlossen wurde. Über dieses Erlebnis schrieb Rieke später: «Man hält diesen Zustand im Karzer körperlich wohl zwei oder drei Wochen aus. Aber der Kopf beginnt zu phantasieren. [...] Man verliert das Gefühl für die Gegenwart, die Sprache bleibt weg, man hört das eigene Krächzen nicht mehr. Und dann tauchen die grünen Männchen auf. Sie sitzen auf dem grün gestrichenen Gitter und hocken auf den Kanten des Bettgestells. Greift man zu, sind sie wieder weg. Von draussen dringt kein Laut herein, und man schleicht umher, um irgendein Geräusch zu vernehmen. Nichts geschieht, man ist mit sich allein und kann noch nicht einmal begreifen, dass man ein Mensch ist.»<sup>89</sup>

Am 14. April 1949 verurteilte ihn das Militärtribunal in Berlin-Lichtenberg, zusammen mit fünf anderen Sozialdemokraten, zu

fünfundzwanzig Jahren Zwangsarbeit. Wie Rieke berichtete, war von der kleinen Gruppe nicht mehr übrig geblieben als ein Haufen von Jammergestalten: abgemagert, mit bleichen, hohlwangigen Gesichtern und Stoppelbart, mit dreckiger, zerlumpter Kleidung und zerschlissenen Schuhen, mit einem Gestank am Leibe, dass sie Ekel vor sich selbst empfanden.

Rieke und die meisten anderen verurteilten Sozialdemokraten sind in Deutschland bald in Vergessenheit geraten. Einige, wie der ehemalige Ministerialdirektor im innerdeutschen Ministerium Hermann Kreuzer, haben die SPD in den achtziger Jahren verlassen, weil sie deren anpassungsbereite Ostpolitik nicht mehr mittragen wollten. Auch heute tut die Partei wenig, um die Erinnerung an die damals Verfolgten wach zu halten. Dabei hatten sie teilweise hohe Parteifunktionen inne – zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern: Einer der ersten prominenten Sozialdemokraten, die hier in die Mühlen stalinistischer Unterdrückung gerieten, war Willy Jesse, der bis zur Gründung der SED als stellvertretender Landesvorsitzender der SPD fungiert hatte. Er wurde im Juli 1946 verhaftet und ins Speziallager Sachsenhausen eingewiesen. Nach vierjähriger Lagerhaft verurteilte man ihn per Fernurteil zu zehn Jahren Zwangsarbeit.

1947 traf es den angesehenen Rostocker Oberbürgermeister Albert Schulz. Ein sowjetisches Militärgericht verurteilte ihn zu zehn Jahren Haft wegen angeblicher Sabotage. Nur aufgrund massiver Proteste in der Rostocker SED wurde er – eine seltene Ausnahme – wieder freigelassen und erneut in sein Amt eingesetzt. Zwei Jahre später musste er jedoch in den Westen flüchten, weil ihm eine weitere Inhaftierung drohte. Seine engsten Mitstreiter erhielten damals eine Strafe von fünfundzwanzig Jahren Arbeitslager. Auch Max Frank, Mitbegründer der Nord-SPD und Mitglied des Parteivorstandes der SED, wurde in dieser Zeit festgenommen. Das Militärtribunal in Schwerin verurteilte ihn im Oktober 1949 wegen «Spionage» zu fünfundzwanzig Jahren Freiheitsentzug.

Eine besonders angespannte Lage herrschte damals in Berlin. In der von den vier alliierten Mächten gemeinsam verwalteten Stadt hatten die Sozialdemokraten 1946 eine Urabstimmung über die Fusion mit der KPD durchgesetzt. Dabei sprach sich die Mehrheit gegen ein Zusammengehen mit den Kommunisten aus. Die Partei musste deshalb im Ostteil der Stadt wieder zugelassen werden, wo sie freilich nur ein Schattendasein führen konnte und massiv verfolgt wurde. Die sowjetische Geheimpolizei verhaftete damals zahlreiche Sozialdemokraten, für deren Freilassung sich auch der spätere SPD-Vorsitzende Willy Brandt einsetzte. Auf einer Pressekonzferenz prangerte er im September 1948 die Verfolgungen mit scharfen Worten an: «Sie werden in GPU-Keller und in Konzentrationslager verschleppt, in Missachtung der elementarsten Humanitätsbegriffe schonungslos der Kälte, dem Schmutz und dem Hunger ausgeliefert, [...] mit mittelalterlichen Methoden gefoltert, und dadurch, dass sie ihren Angehörigen nicht schreiben dürfen, [...] seelisch zermürbt.» Auch der grosse Respekt vor den Opfern des Nazi-Terrors, so Brandt, dürfe niemanden gegenüber den neuen terroristischen Massnahmen taub werden lassen. «Wir würden uns mitschuldig machen, wenn wir länger zu dem kommunistischen Terror in Berlin und in der Ostzone schweigen würden.»<sup>90</sup>

Einer der damals Verhafteten war der sozialdemokratische Abgeordnete Werner Rüdiger, der wegen seiner Tätigkeit im Widerstand 1934 bereits von der Gestapo festgenommen worden war. Im Juni 1945 übernahm er die Leitung der SPD im Stadtbezirk Prenzlauer Berg und wurde Zweiter Vorsitzender der Partei in Berlin. Aufgrund der einsetzenden Verhaftungen stand er der geplanten Fusion von SPD und KPD skeptisch gegenüber. Kurz vor dem Vereinigungsparteitag im April 1946 nahm ihn die sowjetische Geheimpolizei in Gewahrsam und verhörte ihn drei Tage lang – was offenbar als Warnschuss gedacht war. Obwohl er nach seiner Freilassung zum Zweiten Landesvorsitzenden der SED gewählt wurde, schloss er sich nach der Wiedezulassung der SPD in Ost-

Berlin den Sozialdemokraten an und zog für diese im Oktober 1946 in die Stadtverordnetenversammlung ein. Trotz seines Mandats im nach West-Berlin umgesiedelten Abgeordnetenhaus wurde er im Oktober 1949 erneut verhaftet und von einem Militärtribunal mit fünfundzwanzig Jahren Arbeitslager belegt.

Insgesamt wurden in der sowjetischen Zone nachweislich über 450 Sozialdemokraten abgeurteilt. Viele überlebten die Haft nicht. Einer der damals ums Leben gekommenen war Julius Scherff, Mitglied des Berliner SPD-Parteivorstandes. Vor 1933 war der Metallarbeiter hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär gewesen. Bis zum Ende des NS-Regimes hatte er sich am sozialdemokratischen Widerstand in Berlin beteiligt und war dafür 1933 und 1934 zweimal für mehrere Wochen in Haft gekommen. Als aktiver Gegner der Zwangsvereinigung mit der KPD wurde er im Juni 1946 auf die Berliner Kommandantur der sowjetischen Besatzungsmacht bestellt und verhaftet. Im September verurteilte ihn das Militärgericht unter dem Vorwurf des «bewaffneten Aufstands» zu zehn Jahren Besserungsarbeitslager. Anschliessend wurde der Sechzigjährige ins Lager Sachsenhausen eingeliefert, wo er am 2. Mai 1947 umkam.

Ein ähnliches Schicksal erlitt auch Erich Nehlhans, der erste Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde von Berlin nach dem Krieg. Im Gegensatz zu vielen vom Nationalsozialismus verfolgten Juden ist sein Name in Deutschland kaum bekannt. Nehlhans war während der NS-Zeit in der Reichshauptstadt untergetaucht und hatte im Mai 1945 die Jüdische Gemeinde mitbegründet. In seiner Funktion als Vorsitzender verhalf er damals vielen osteuropäischen Juden zur Flucht nach Palästina und in die USA, darunter auch jüdischen Soldaten der Roten Armee. Im März 1948 verhaftete ihn deshalb der sowjetische Geheimdienst, im August wurde er wegen angeblicher Spionage zu fünfundzwanzig Jahren Arbeitslager und fünf Jahren Verbannung verurteilt. Nehlhans kam in das ehemalige KZ Sachsenhausen und wurde später in die So-

wjetunion deportiert, wo er vermutlich 1953 starb. 1997 wurde er von der russischen Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert.

Die sowjetische Geheimpolizei ging aber auch gegen überzeugte Kommunisten vor – gegen so genannte Abweichler an der Basis ebenso wie gegen Funktionäre an der Spitze. Insbesondere nach dem Zerwürfnis zwischen Tito und Stalin 1948 begannen im gesamten Ostblock gnadenlose Verfolgungen. Bereits im Juli fasste der Parteivorstand der SED auf Veranlassung der Sowjets einen Beschluss über die «Säuberung der Partei von feindlichen und entarteten Elementen». 1949 und 1950 kam es dann in Budapest und Prag zu gespenstischen Schauprozessen. Führende Kommunisten wie László Rajk und Rudolf Slánsky wurden dort zum Tode verurteilt, wobei man Letzterem unter anderem seine jüdische Herkunft vorhielt. In der Folge wurden auch in der DDR sämtliche Mitglieder und Kandidaten der SED überprüft und vernommen. Über 150'000 schloss man aus der Partei aus, was meist mit weiteren Benachteiligungen oder Verfolgungen verbunden war. Gleichzeitig verhaftete man eine Reihe hoher Parteifunktionäre, um ihnen öffentlich den Prozess zu machen. Obwohl die DDR zu diesem Zeitpunkt bereits gegründet war und über ein eigenes Ministerium für Staatssicherheit (MfS) verfügte, hielt der sowjetische Sicherheitsdienst bei all diesen Machenschaften die Fäden in der Hand.

Zu den Opfern zählte unter anderem der Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der westdeutschen KPD, Kurt Müller. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten hatte er die illegale Arbeit der KPD in Südwestdeutschland geleitet, war jedoch nach kurzer Zeit von der Gestapo festgenommen worden. Elf Jahre lang sass er danach in Haft, die letzten fünf im Konzentrationslager Sachsenhausen. In einem kommunistischen Gefängnis sollte er bald noch Schlimmeres durchmachen, wie er später in einem Brief an den DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl schilderte.

Im März 1950 beorderte die SED den Politiker nach Ost-Berlin, wo ihn das MfS überraschend festnahm. Man brachte ihn ins so-



wjetische Untersuchungsgefängnis nach Berlin-Hohenschönhausen, wo er monatelang gequält wurde. Die Verhöre fanden, so Müller, unter Anleitung von Bogdan Kobulow statt, lange Zeit stellvertretender Chef der Sowjetischen Kontrollkommission. Als Vernehmer betätigte sich – neben einem Mann namens Boris und dem Leiter der sowjetischen Ermittlungsgruppe in Hohenschönhausen – in erster Linie der spätere Staatssicherheitsminister Erich Mielke. «Schon bei einer der ersten ‚Vernehmungen‘, die Mielke persönlich gegen mich durchführte, erklärte er mir, dass er in höherem Moskauer Auftrage und mit Billigung der SED-Führung handele», berichtete Müller in seinem Brief. «Er brüstete sich, dass er ein alter Tschekist und Schüler Berijas sei, früher in der Lubjanka gearbeitet habe und ich nicht der Erste sei, den er fertig machen würde. Ja, er sprach sogar in seiner sadistischen Art davon, dass er schon mehrere liquidiert habe und dabei gewesen sei, wie Knorin, Béla Kun, Piatnitzki u.a. erledigt wurden. Mielke ergötzte sich daran, bei seinen ‚Verhören‘ mir alle möglichen verabscheuungswürdigen Methoden der Liquidierung von Menschen zu erläutern, um mich dadurch gefügig zu machen.»<sup>91</sup>

Und es blieb nicht bei den Drohungen. Der Bundestagsabgeordnete wurde während seiner dreijährigen Haft von den eigenen Genossen schwer gefoltert. Wie er Grotewohl schrieb, wurde er zwischen März und August 1950 jede Nacht von 22 Uhr bis zum frühen Morgen im Stehen verhört, während er tagsüber nicht schlafen durfte. Mehrfach gab es Perioden, in denen man ihn acht bis zehn Tage lang hintereinander zusätzlich auch am Tage vernahm. «Fünf Monate lang wurde ich im Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen in einer Wasserzelle gehalten», schilderte er seine weitere Behandlung. «Das war eine Zelle ohne Fenster und ohne jedes Möbel, auf deren Fussboden immer etwa 2 Zentimeter Wasser stand. Dann war ich in einer Zelle, etwas grösser als eine Telefonzelle, eingesperrt. Ein anderes Sinnbild des humanen Strafvollzuges, von dem Mielke mit Hinweis auf die Verfassung ironisch sprach, war eine Zelle in der Grösse von 1,80:1,80 m, ohne Fenster, mit je einer

Pritsche rechts und links von 80 cm Breite, so dass in der Mitte ein schmales Handtuch als ‚Gang‘ blieb. An der Decke dieser Zelle war ein überstark saugender Ventilator angebracht, der Tag und Nacht ununterbrochen lief. Dieses Inquisitionsverlies des zwanzigsten Jahrhunderts ist die Zelle Nr. 60 in Berlin-Hohenschönhausen, in der ich längere Zeit gehalten wurde, und die auch nach der Übergabe dieses Gefängnisses an die deutsche Staatssicherheit bestehen blieb.»<sup>92</sup>

Man hatte Müller verhaftet, um ihn in einem Schauprozess öffentlich abzuurteilen. Gemeinsam versuchten deshalb der sowjetische und der ostdeutsche Staatssicherheitsdienst, ihn zu den abstrusesten Aussagen zu zwingen. So sollte er zugeben, Agent der Gestapo gewesen zu sein und im Auftrag Trotzki Terrorakte gegen Stalin und andere sowjetische Parteiführer vorbereitet zu haben. Ausserdem sollte er erklären, Spionageaufträge Titos sowie des englischen und amerikanischen Geheimdienstes ausgeführt zu haben. Wiederholt änderte man das Drehbuch. Zeitweise verlangte man auch, dass er das SED-Politbüromitglied Franz Dahlem belasten sollte. «Sie sind doch ein politischer Mensch und müssen begreifen, dass wir in Deutschland einen grossen Prozess zur Erziehung der Partei und der Massen brauchen», erläuterte Mielke das Vorgehen. «In diesem Prozess werden Sie der Hauptangeklagte sein.»<sup>93</sup> Da der Plan vor allem wegen Müllers Standhaftigkeit nicht umgesetzt werden konnte, wurde er schliesslich «nur» per Fernurteil zu fünfundzwanzig Jahren Freiheitsentzug verurteilt.

Manche Kommunisten fanden sich unter diesen Bedingungen sogar im selben Lager wieder, in dem sie schon unter den Nationalsozialisten gesessen hatten. Zu ihnen gehörte der ehemalige Redakteur der *Roten Fahne*, Georg Krauss, der unter beiden Regimen im KZ Buchenwald inhaftiert war. Erst nachdem er es geschafft hatte, eine Nachricht an Wilhelm Pieck zu schmuggeln, wurde er 1948 freigelassen und avancierte schliesslich noch zum Vorsitzenden des DDR-Journalistenverbandes. Zweimal in diesem Lager sass auch der Mitbegründer der KPD im thüringischen Aschersleben, Otto Gehler, der mit dem entsetzten Ausruf zitiert wird: «Was

haben die aus unserem Buchenwald gemacht!»<sup>94</sup> Gehler war während der amerikanischen Besetzung zunächst Polizeichef und dann Oberbürgermeister seines Ortes gewesen, bevor ihn das NKWD als angeblichen Gestapo-Agenten festnahm. Erst 1952 wurde er entlassen und 1956 vom Generalstaatsanwalt der DDR rehabilitiert.

Ein dritter Fall ist der von Max Emendörfer, der 1936/37 im Konzentrationslager Sachsenhausen inhaftiert gewesen war. Als Wehrmachtssoldat lief er 1942 zur Roten Armee über und schloss sich in der Sowjetunion dem Nationalkomitee Freies Deutschland an. Im August 1945 wurde er in Berlin als angeblicher Gestapo-Spitzel verhaftet und erneut ins Lager Sachsenhausen gebracht. Im Februar 1947 deportierte man ihn schliesslich in die Sowjetunion, wo ihn ein Sondertribunal des sowjetischen Innenministeriums zu zehn Jahren Verbannung verurteilte. Erst 1956 konnte er in die DDR zurückkehren, wo er – so viel war also von den Vorwürfen zu halten – mehrere Orden erhielt und seine geglätteten Erinnerungen veröffentlichen durfte.

Massiv ging die sowjetische Militärjustiz auch gegen kritische junge Leute vor. Nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus wehrten sich vor allem Oberschüler und Studenten gegen die erneute Gleichschaltung des politischen Lebens. Der Schock über die Verbrechen des NS-Regimes hatte bei vielen dazu geführt, dass sie sich nach dem Ende des Krieges mit grossem Enthusiasmus für ein freiheitliches und demokratisches System einsetzten. Sie engagierten sich in der Kirche, in Hochschulgruppen, in der FDJ oder in einer der zugelassenen Parteien. Die politischen Spielräume wurden jedoch immer enger, so dass sich viele enttäuscht wieder abwandten. Wer offen Kritik übte oder sich der SED bewusst entgegenstellte, wurde häufig verhaftet und vor ein Militärtribunal gestellt.

Einer von ihnen war der Theologiestudent Werner Ihmels aus Leipzig. Als Verbindungsmann der evangelischen Kirche in Sachsen zur Landesleitung der FDJ hatte er sich wiederholt gegen die

Einschränkung der eigenständigen kirchlichen Jugendarbeit gewehrt. Nach einer heftigen Auseinandersetzung mit dem damaligen FDJ-Chef Erich Honecker im Mai 1947 sah er keine Möglichkeit mehr für eine sinnvolle Mitarbeit von Christen in der offiziellen Jugendorganisation. Als die Geheimpolizei herausfand, dass er sich mit seiner Kritik an die geplante Aussenministerkonferenz der Siegermächte in London wenden wollte, verhaftete man ihn im September 1947 auf offener Strasse und brachte ihn in das Untersuchungsgefängnis am Münchner Platz in Dresden. Drei Monate später wurde er, zusammen mit zwei Mitangeklagten, nach Artikel 58 des russischen Strafgesetzbuches zu fünfundzwanzig Jahren Arbeits- und Besserungslager verurteilt.

Auch der sechzehnjährige Schüler Horst Krüger, ein Freund von Ihmels, erhielt fünfundzwanzig Jahre, der Jura-Student Wolfgang Weinholdt kam mit fünfzehn Jahren davon. Alle drei wurden in das Speziallager Bautzen eingeliefert, wo Ihmels am 25. Juni 1949 im Alter von dreiundzwanzig Jahren starb. Eine offizielle Mitteilung über seinen Tod erhielt die Familie erst sechsundvierzig Jahre später, nachdem sie in Moskau einen Antrag auf Rehabilitation gestellt hatte. Die russische Hauptmilitärstaatsanwaltschaft bestätigte, dass Ihmels «ungerechtfertigt aus politischen Motiven durch den Leiter der operativen Abteilung des NKWD der UdSSR in der Stadt Leipzig verhaftet und am 2. Dezember 1947 verurteilt wurde durch das Militärtribunal der sowjetischen Militäradministration des Landes Sachsen».<sup>95</sup>

Auch bei der Gleichschaltung der Universitäten spielten die Militärtribunale eine bedeutende Rolle. Die SED bemühte sich, die Hochschulen Schritt für Schritt zu kommunistischen Kaderschmieden umzubauen. Sowohl bei Studenten als auch bei Professoren stiess diese Sowjetisierung auf heftigen Widerstand. Das schlug sich, wie erwähnt, auch in den Ergebnissen der Studentenratswahlen nieder, bei denen liberale und christdemokratische Kandidaten meist deutlich besser abschnitten als die von der SED protegierten Funktionäre. In dieser Situation ging die sowjetische

Geheimpolizei dazu über, die profiliertesten Vertreter nicht-kommunistischer Parteien kurzerhand in Haft zu nehmen. Neben Georg Wrazidlo und Manfred Klein aus Berlin traf dies unter anderem Wolfgang Natonek, der an der Universität Leipzig Philosophie studierte und für die LDP im Studentenrat sass. Er beteiligte sich an Plakataktionen und anderen Unternehmungen gegen die Repressalien an den Hochschulen. Nach der Ausschaltung der demokratisch gewählten Studentenvertretung wurde Natonek vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet. Im März 1949 verurteilte ihn das Militärtribunal in Dresden wegen angeblicher Widerstandstätigkeit zu fünfundzwanzig Jahren Arbeitslager.

Da öffentliches politisches Engagement immer schwieriger und riskanter wurde, schlossen sich seit Ende der vierziger Jahre Studenten an verschiedenen Universitäten zu illegalen Gruppen zusammen. Sie diskutierten die politische Lage, gaben verbotene Literatur weiter und führten teilweise sogar Flugblattaktionen durch. Die Beteiligten nahmen sich dabei oft den studentischen Widerstand der «Weissen Rose» um die Geschwister Hans und Sophie Scholl in München zum Vorbild – ohne dabei zu ahnen, dass sie selbst womöglich ein ähnliches Ende finden könnten.

Einer solchen Widerstandsgruppe gehörten beispielsweise die Medizinstudenten Horst Hennig und Werner Eggers an der Martin-Luther-Universität in Halle an. Im Februar 1950 protestierten sie dagegen, dass bei den Studentenratswahlen nur noch eine Liste mit vorher ausgesuchten Funktionären zur Abstimmung stand. Kurz darauf wurden sie verhaftet und nach quälenden Verhören wegen angeblicher Spionage, illegaler Gruppenbildung und anti-sowjetischer Propaganda zu fünfundzwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Beide kamen nach Workuta in ein Besserungsarbeitslager.

Eine ähnliche Gruppe gab es an der Universität Leipzig. Ihr Initiator war der einundzwanzigjährige Herbert Belter, der Gesellschaftswissenschaften studierte. Im Sommer 1950 nahm er Kontakt zu SED-kritischen Einrichtungen in West-Berlin wie dem

amerikanischen Rundfunksender RIAS auf und besorgte sich dort politisches Informationsmaterial. Um gegen das undemokratische Wahlsystem bei den bevorstehenden Volkskammerwahlen zu protestieren, verteilte er in der Leipziger Innenstadt am 5. Oktober Flugblätter. Auf dem Rückweg nach Hause geriet er in eine Routinekontrolle der Polizei, anschliessend fand eine Wohnungsdurchsuchung statt. Der DDR-Staatssicherheitsdienst fand dabei verbotene Schriften und verhaftete den kompletten Freundeskreis, zu dem auch Siegfried Jenkner und Werner Gümpel gehörten. Wenig später übergab das MfS die elf Festgenommenen der sowjetischen Geheimpolizei.

Im Verhör gab Belter zu, aus Berlin sechzig Broschüren und etwa 1'000 Flugblätter bekommen zu haben, insgesamt nicht mehr als ein kleines Päckchen ungenehmigter Schriften. «Jenkner gab ich von den Flugblättern 100 und von den Broschüren jeweils eine», erklärte Belter im Verhör. «Zwischen uns gab es eine Abmachung, dass jeder, der Literatur erhielt, mit ihr so verfahren sollte, wie er es für notwendig erachtet.»<sup>96</sup> Die Staatsanwaltschaft beschuldigte Belter daraufhin, in West-Berlin den Auftrag erhalten zu haben, «Spionageinformationen zu sammeln und eine Gruppe zur Verbreitung antisowjetischer und antidemokratischer Literatur sowie von Flugblättern in der Ostzone Deutschlands zu gründen. [...] Als Leiter der von ihm organisierten konterrevolutionären Gruppe sammelte er über seine Mitglieder der Gruppe Spionageinformationen und übermittelte diese dem RIAS.»<sup>97</sup>

Das Ende von Herbert Belter ähnelte in der Tat dem der Geschwister Scholl. Am 20. Januar 1951 verurteilte ihn das sowjetische Militärgericht in Dresden zum Tode, die anderen erhielten zumeist fünfundzwanzig Jahre Arbeitslager. Herbert Belter wurde am 28. April 1951 in der Sowjetunion erschossen. Anders als bei den Mitgliedern der «Weissen Rose» erinnert in Deutschland heute weder ein Film noch eine Strasse noch ein Schulgebäude an sein Schicksal – obwohl die Moskauer Militärstaatsanwaltschaft 1994

sämtliche Gruppenmitglieder rehabilitierte und erklärte, dass diese allein «aus politischen Motiven verfolgt wurden».<sup>98</sup>

Die genannten Fälle waren keine Ausnahmen. Immer wieder verschwanden Hochschulangehörige in der SBZ, weil der sowjetische Staatssicherheitsdienst sie von einem Tag zum anderen verhaftete. Nach einer Dokumentation des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) aus dem Jahr 1962 wurden allein zwischen 1948 und 1952 über 500 Studenten und Professoren verhaftet, abgeurteilt und in die Sowjetunion deportiert. Auch Schüler und andere junge Leute stellte man, wie erwähnt, reihenweise vor ein Militärgericht.

Auf diese Weise erstickte die sowjetische Besatzungsmacht nach der Zerschlagung des NS-Regimes in ihrer Zone alle Ansätze von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Auf den Terror der Gestapo folgte bruchlos jener der sowjetischen Geheimpolizei, auf die Diktatur der Nationalsozialisten die der moskautreuen Kommunisten. Gerade diejenigen, die die Lehren aus der Geschichte gezogen hatten und sich für ein besseres Deutschland einsetzten, wurden mit unnachgiebiger Härte verfolgt. Dass ihr Widerstand auch im Westen Deutschlands bald in Vergessenheit geriet und sie selbst, wenn sie öffentlich daran erinnerten, meist als Kalte Krieger hingestellt wurden, war für manche noch schmerzhafter als ihre lange Zeit in Lagern und Gefängnissen.

### *Deutsche im Archipel GULag*

Viele der damals von Sowjetischen Militärtribunalen Verurteilten wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR deportiert. In Eisenbahnwaggons verfrachtete man sie nach Moskau und von dort zumeist in eines der so genannten Besserungsarbeitslager (russisch abgekürzt: ITL). Insgesamt gelangten auf diese Weise etwa 7'000 Deutsche in die Sowjetunion. Hinzu kamen rund 5'000 Zivilisten,

die ohne Urteil abtransportiert wurden. Alles in allem verschleppte die Besatzungsmacht – ohne Kriegsgefangene – etwa 12'000 Menschen aus dem Gebiet der späteren DDR.

«Am Morgen des 25.12. stellte ich fest, dass mein rechter Schlafnachbar [...] tot war», erinnerte sich ein Gefangener aus dem Speziallager Mühlberg, als Ende 1946 nach Kandidaten für den Abtransport in die UdSSR gesucht wurde. «Ich sah nur eine Möglichkeit, lebend aus dem Lager herauszukommen, indem ich mich für den Transport meldete. Weihnachten 1947, 1948, 1949 habe ich dann in Sibirien verbracht.»<sup>99</sup> Sowjetische Ärzte durchkämmten damals die Haftorte in Deutschland und suchten nach brauchbaren Arbeitskräften. Da die Brotationen gerade halbiert worden waren, sah mancher Häftling in einem Arbeitseinsatz in Russland die einzige Möglichkeit, dem Hunger zu entkommen. Viele waren der festen Überzeugung, dass sie dort besser ernährt werden würden als in Deutschland.

Die Moskauer Regierung hatte zuvor den bereits erwähnten Beschluss gefasst, in den Speziallagern 27'500 Gefangene zu rekrutieren, um kranke und arbeitsunfähige Zwangsarbeiter in der Sowjetunion zu ersetzen. Eine Kommission erhielt den Auftrag, binnen acht Wochen unter den «physisch gesunden Deutschen» eine entsprechende Anzahl Männer auszuwählen, die zu Arbeiten unter Tage in der Lage waren. Wegen des schlechten Gesundheitszustands der Lagerinsassen konnte man allerdings nur 4'579 Personen finden, die dafür in Frage kamen. Warum sie in Haft gekommen waren, ob sie für oder gegen das NS-Regime gewesen waren oder was sie sonst getan hatten, spielte bei ihrer Auswahl keine Rolle – ausschlaggebend war allein ihre körperliche Verfassung.

Die selektierten Gefangenen wurden Anfang Februar 1947 in den sibirischen Kusbass deportiert. Wie bei früheren Transporten stopfte man sie in Viehwaggons, die sie in wochenlanger Fahrt bei kärglicher Verpflegung über Frankfurt an der Oder und Brest bis nach Anshero-Sudshensk brachten. «Die Lebensbedingungen wa-



ren hart», berichtete einer der Verschleppten über seinen Arbeitseinsatz in der russischen Bergbauregion. Mit sechzehn war er in Dresden als «Werwolf» festgenommen worden und kam nun, zusammen mit anderen Jugendlichen, in die Sowjetunion. «Wir bauten vorwiegend Kohle ab. Sicherheitsvorschriften waren kein Thema und (tödliche) Unfälle keine Seltenheit», heisst es in seinen Aufzeichnungen weiter. Demnach machte den Deportierten vor allem die Kälte zu schaffen, denn sie mussten bei Temperaturen von bis zu minus fünfunddreissig Grad im Freien arbeiten. «Mitte Mai 1948 erhielt ich erstmals die Erlaubnis, über das Rote Kreuz an meine Mutter zu schreiben (nach drei Jahren das erste Lebenszeichen).»<sup>100</sup>

Diese deportierten Häftlinge landeten in der Regel in Arbeitslagern für Kriegsgefangene und Internierte. Dagegen kamen diejenigen, die vor einem Militärtribunal gestanden hatten, in den Archipel GULag, den anderen Zweig des sowjetischen Lagersystems, der das Millionenheer der Sträflinge verwaltete. Der Status dieser Verschleppten war noch schlechter als der der anderen, weil man sie nach sowjetischer Auffassung rechtskräftig verurteilt hatte – zu zehn, fünfzehn oder fünfundzwanzig Jahren Zwangsarbeit.

«Im November 1950 wurden wir, auf der Ladefläche eines geschlossenen LKW sitzend, die Arme über Kreuz, mit Handschellen an den Nachbarn gefesselt, nach Berlin-Lichtenberg in ein Gefängnis verbracht», beschrieb Horst Hennig, der Medizinstudent aus Halle, seinen Abtransport in die Sowjetunion. «Nach wahllosen Schlägen und sonstigen Torturen durch das russische Wachpersonal erfolgte um den 7. Dezember ‚die Einpferchung‘ in einen Eisenbahnwaggon, der als Postwagen getarnt war! Dieser Waggon war regulären Zügen angehängt. So erreichten wir – mit Wasser und Salzfish als Verpflegung – schliesslich Brest-Litowsk, Kiew, die Lubjanka in Moskau und Ende Dezember das Durchgangslager in Workuta, nördlich des Polarkreises.»<sup>101</sup>

Nach Workuta kamen die meisten SMT-Verurteilten. Hier

mussten sie vielfach bis Mitte der fünfziger Jahre Zwangsarbeit leisten. In der berühmten Straflagerregion, die über reiche Kohlevorräte verfügte, lebten 1953 annähernd 130'000 Häftlinge. Die Deutschen bildeten lediglich eine Minderheit unter ihnen, denn auch Russen, Ukrainer, Letten, Litauer oder Polen waren hier in grosser Zahl inhaftiert: Zwangsarbeiter aus Deutschland, die von der sowjetischen Geheimpolizei erneut festgesetzt worden waren; Partisanen, die für die Unabhängigkeit der Ukraine gekämpft hatten; Zeugen Jehovas, deren Glauben in der UdSSR verboten war; «Spione», «Volksfeinde», «Verräter» oder als was auch immer man die Menschen abgeurteilt hatte. Workuta, heute eine Stadt von annähernd 200'000 Einwohnern, wurde praktisch vollständig von Strafgefangenen erbaut. Ein kleines Museum erinnert dort inzwischen an diese Schreckenszeit.

Die Gegend um Workuta gehört zu den unwirtlichsten Regionen der Erde. Die Jahresdurchschnittstemperatur beträgt minus sieben Grad, im Winter kann die Kälte sogar minus sechzig Grad erreichen. Wenn die «Purga», ein eisiger Schneesturm, über die Tundra fegt, muss man sein Gesicht schützen, damit es nicht zu Erfrierungen kommt. Der Winter dauert in Workuta ein Dreivierteljahr. Die übrige Zeit herrscht ein kurzer Sommer, mit viel Regen, aufgeweichter, schlammiger Erde und Millionen von Insekten. Während es in den Wintermonaten auch am Tage dunkel ist, sinkt die Sonne im Juni nur bis zum Horizont.

Die Häftlinge in Workuta waren auf etwa vierzig Lager verteilt, die jeweils zu einem Kohleschacht gehörten. Je nach Grösse brachte man darin mehrere Hundert, oft sogar mehrere Tausend Menschen unter. Die Lager umgab ein meterhoher Stacheldrahtzaun, der mit Wachtürmen, Scheinwerfern und Hunden gesichert war. Gefangene, die sich dem Zaun weiter als sechs Meter näherten, konnten ohne Vorwarnung erschossen werden.

Die Unterkünfte bestanden aus Baracken, in denen jeweils über hundert Personen zusammengepfercht waren. Durchgehende

Holzpritschen erstreckten sich in zwei Etagen entlang der Wände. Offiziell hatte jeder Häftling Anspruch auf achtzig Zentimeter Liegefläche. In der Enge kam es oft zu Streit und Schlägereien um kleine Vergünstigungen – der typische schreckliche Lageralltag, der sich einstellt, wenn viele Menschen unter grossen Entbehrungen zusammen eingesperrt sind.

Die Gefangenen mussten unter primitivsten Bedingungen in Kohlebergwerken oder im Eisenbahn- und Häuserbau arbeiten. In den schlecht gesicherten Stollen kam es häufig zu schweren Unglücksfällen. Die tägliche Arbeitszeit im Drei-Schicht-System betrug acht Stunden, zuzüglich der oft langen Anmarschzeit. Alle sieben Tage gab es eine freie Schicht. Wie in sowjetischen Lagern üblich, hing die Verpflegung vom Grad der Normerfüllung ab. Während es in der untersten Gruppe lediglich Brot und Wassersuppe gab, erhielten die Häftlinge in der obersten Kategorie auch Kascha, die mit ausreichend Fett versehen war. Erst 1952 wurde die Ernährung von der Arbeitsleistung abgekoppelt. Viele Gefangene erkrankten unter diesen Bedingungen, doch nur ein kleiner Teil von ihnen wurde in die Lazarettstationen aufgenommen. Vor allem in den ersten Nachkriegsjahren war deshalb die Sterblichkeit in Workuta ausserordentlich hoch.

Hans-Dieter Scharf, ein Leipziger Chemiestudent, der im Januar 1951 zu zehn Jahren Besserungsarbeitslager verurteilt wurde und anschliessend nach Workuta kam, hat nach seiner Freilassung die Lebens- und Arbeitsbedingungen als Häftling am Eismeer beschrieben: die erbarmungslose Kälte und die unzureichende Watterkleidung mit der aufgenähten Häftlingsnummer; die miserable Unterbringung und die mangelhafte Verpflegung; die abgemagerten Gefangenen in der Krankenbaracke und die schnöde Bestattung der Toten in der Tundra; die ermüdenden Zählappelle und die Bestrafung kleinster Delikte durch Essensentzug und Karzer; die Privilegien der Funktionshäftlinge und die Reduktion aller menschlichen Bedürfnisse auf Essen und Schlafen – eine grausame, abgeschlossene Welt, die man sich heute kaum mehr vorstellen kann.

In den ersten Wochen musste Scharf in dem gefrorenen Tundraboden über zwei Meter tiefe Fundamentlöcher ausheben; lediglich Spitzhacke, Schaufel und Holzkarre standen dafür zur Verfügung. Die Kolonne arbeitete acht Stunden vor Ort, ohne Pause, ohne Verpflegung, ohne etwas Warmes zu trinken. Die Baustelle wurde nur durch einige Feuer erhellt. Später kam er in einen Kohleschacht, in den eine über vierhundert Meter lange, halb verfallene Wendeltreppe führte. «Die Flözhöhe betrug in den meisten Fällen kaum 60 cm», beschrieb er die Arbeitsbedingungen unter der Erde. «Man konnte nur kniend mit gesenktem Kopf die Kohle auf Blechrutschen schippen. [...] Eine gnadenlose Schinderei, denn zu allem Überfluss floss Wasser durch das Flöz und tropfte reichlich von der Decke. [...] Wir sahen aus wie Schweine, die sich gesuhlt hatten, waren völlig durchnässt und mit Kohlenstaub verklebt.»<sup>102</sup> Da der frühere Student der schwächste Arbeiter seiner Brigade war, prügelte ihn der russische Natschalnik unter Tage beinahe zu Tode. Nur weil er in einen anderen Schacht verlegt wurde, überlebte er diese Zeit. Als er sein neues Lager betrat, begrüßte ihn über dem Eingang der zynische Spruch: «Schachtarbeiter, Du kannst Deine Ehre durch fleissige Arbeit für den Sozialismus wiedererlangen.»<sup>103</sup>

Nicht nur verurteilte Männer kamen nach Workuta. In der Region gab es auch drei Frauenlager, in denen fast 5'000 weibliche Gefangene untergebracht waren. Die Inhaftierten mussten überwiegend Ziegel herstellen. Dazu hatten sie Lehm in grossen Gruben zu stechen, anschliessend zu formen und in überdimensionalen Öfen zu brennen. «Es ist schwer, in der Geschichte der Sklaverei Erschütternderes zu finden als diese schweisstriefenden und verrussten Frauen in den Ziegeleien von Workuta», schrieb die Journalistin Ursula Rumin, die 1952 vom Militärtribunal Berlin-Lichtenberg zu fünfzehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt und danach in die Polarregion deportiert worden war. «Die Brennöfen sind schlimmer als die Kohlenschächte der Männer. Wenn nach dem Brand die Öfen entleert werden, beträgt die Hitze darin 60 bis 70 Grad Celsius.

Wer hier längere Zeit verbringen muss, ist mit seiner Gesundheit bald am Ende.»<sup>104</sup>

Als Stalin starb und Berija verhaftet wurde, hofften viele Sträflinge in Workuta, dass ihr Leiden nun ein Ende finden würde. In mehreren Gruben legten sie Ende Juli 1953 die Arbeit nieder und forderten, dass ihre Urteile überprüft würden. Sie verlangten nach einer hochrangigen Kommission aus Moskau, der sie ihre Wünsche vortragen wollten. Das verunsicherte Innenministerium schickte tatsächlich eine Delegation, welche die Häftlinge dazu bewegen sollte, die Arbeit wiederaufzunehmen. Zu den Angereisten gehörte unter anderem der sowjetische Generalstaatsanwalt Roman Rudenko, einst Hauptankläger bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, bei denen es nicht zuletzt um die menschenunwürdige Ausbeutung von Zwangsarbeitern gegangen war. Rudenko und die anderen Moskauer Funktionäre lehnten es jedoch ab, die Gefangenen freizulassen. Auf dem Appellplatz im Lager des 29. Schachts kam es deshalb zunächst zu einem verbalen Schlagabtausch. Wenig später wurde die Revolte blutig niedergeschlagen.

Am Morgen des 1. August 1953 versammelten sich die Häftlinge im Inneren der Sträflingskolonie. Während die Masse langsam auf das Tor zurückte und «Freiheit, Freiheit» rief, nahmen Soldaten mit Gewehren und Maschinenpistolen Aufstellung. Ein Oberst trat den Streikenden mit gezückter Pistole entgegen und schoss auf einen unbewaffneten Gefangenen. In diesem Moment befahl der Chef der Lagerverwaltung den Soldaten, das Feuer zu eröffnen. «Jaulend sausten die Bleimantelgeschosse durch die Luft, rissen Köpfe und Leiber auf, Menschen schrien und stöhnten, Blut, überall Blut», beschrieb Horst Schüler, ein deutscher Augenzeuge des Aufstands, das weitere Geschehen.<sup>105</sup> Vierundsechzig Menschen starben, darunter auch zwei deutsche Häftlinge. Ein Drittel der Zwangsarbeiter wurde anschliessend verhaftet und in ein Straflager mit verschärftem Regime überführt.

Die meisten Deutschen, die von Militärtribunalen verurteilt und

nach Workuta deportiert worden waren, kamen erst 1955 frei. In der Bundesrepublik löste die Ankunft der Heimkehrer eine Welle der Hilfsbereitschaft aus. Die Bilder der ausgezehnten Menschen gingen damals durch alle Medien. Diejenigen, die nach Ostdeutschland zurückkehrten, blieben mit ihren traumatischen Erfahrungen indes allein. Sie erhielten fünfzig Mark und mussten hinfort über ihre Lagerzeit in der Sowjetunion Schweigen bewahren.

### *Schweigelager in Deutschland*

Die Mehrheit der von Militärtribunalen Verurteilten blieb allerdings in Deutschland. Die sowjetische Besatzungsmacht verfügte über genügend Gefängnisse und Lager, um die meisten Häftlinge vor Ort unterbringen zu können. Bis zur Gründung der DDR kamen sie in das Archipel der Berliner Abteilung Speziallager, das in den ersten Nachkriegsjahren Platz für mindestens 100'000 Gefangene bot.

«Wir wurden in einen Hof getrieben, den wir nie gesehen hatten», erinnerte sich Horst Wiener an seinen Abtransport aus Weimar, nachdem ihn das Militärtribunal von Thüringen im Mai 1946 zu fünfundzwanzig Jahren Arbeitslager verurteilt hatte. Auf dem Gefängnishof standen Pritschenwagen für die Häftlinge bereit. «Wir sprangen, wir rannten, von Peitschen getrieben. Hunde waren da. [...] Posten rannten, wiesen uns in Richtungen, kommandierten uns wieder zurück, bis sie uns endlich auf die LKWs gedrückt und geschoben hatten.»<sup>106</sup> Die Gefangenen wurden zum Bahnhof gebracht und dort in Güterwagen gesteckt. Ohne Essen und Trinken ging es weiter in das frühere Militärgefängnis Fort Zinna in Torgau.

Unter ähnlichen Umständen gelangte auch Benno Priess, der im August 1946 abgeurteilt worden war, in die Elbestadt. Zusammen mit anderen Häftlingen musste er sich auf die Ladefläche eines

Lasters legen, wie er später berichtete. «Russen mit grünen Mützen (NKWD), wir nannten sie ‚Stalinschüler‘, stiegen mit auf, das Gewehr im Anschlag, und so ging die Fahrt zum Güstrower Bahnhof.»<sup>107</sup> Dort scheuchten die Soldaten die Fahrgäste aus mehreren Zugabteilen heraus und brachten die Gefangenen darin nach Torgau. Per Fussmarsch erreichten diese dann die alte Militärfestung, die jetzt als Speziallager Nr. 10 fungierte.

In den Lagern der sowjetischen Besatzungsmacht gab es auf diese Weise bald eine zweite Kategorie von Häftlingen: die von den Sowjetischen Militärtribunalen Verurteilten. Während der ersten Nachkriegsmonate hatte man sie zunächst in den diversen NKWD-Gefängnissen gesammelt. Dann kamen sie in das Zuchthaus von Alt-Strelitz, und als dieses voll war, in die Festung Torgau. Schliesslich, ab September 1946, wurden die Häftlinge auf die Speziallager in Bautzen und Sachsenhausen verteilt. Diejenigen, die zu mehr als fünfzehn Jahren Haft verurteilt worden waren, steckte man ins «Gelbe Elend», die anderen in das ehemalige Konzentrationslager, wo eigens eine so genannte Zone 2 bereitgestellt wurde.

Im Sommer 1946 stellten die SMT-Verurteilten in Bautzen bereits die Hälfte aller Neuzugänge. Auf alle Lager bezogen, stieg ihr Anteil bis Oktober 1947 auf beinahe zwanzig Prozent. Nach einer grösseren Entlassungsaktion im Sommer 1948 gehörte bereits jeder zweite Lagerinsasse zu denen, die ein Militärgericht abgeurteilt hatte. Auch in absoluten Zahlen war der Zustrom beachtlich: Während man Anfang 1946 erst 1'500 schuldig Gesprochene zählte, waren es im Oktober schon mehr als 7'000; bis Dezember 1949 erreichte ihre Zahl annähernd 16'000. Da viele Gefangene in der Haft ums Leben kamen, dürften insgesamt mehr als 23'000 Verurteilte in ostdeutsche Lager eingeliefert worden sein. Schritt für Schritt wurden die einst zur «Säuberung des Hinterlandes» geschaffenen Speziallager zu sowjetischen Strafvollzugsanstalten auf deutschem Boden.

Zwischen dem 15. Mai 1945 und dem 1. März 1950 landeten in

der SBZ nach dem Schlussbericht der Abteilung Speziallager knapp 123'000 Deutsche hinter Stacheldraht. Nachforschungen in russischen Archiven haben inzwischen ergeben, dass die Zahl der Betroffenen in Wirklichkeit noch höher war. Heute geht man davon aus, dass etwa 176'000 Menschen die Sonderlager durchliefen, darunter 28'000 Sowjetbürger. Hinzu kamen rund 236'000 Deutsche, die in den Ostgebieten verhaftet wurden, so dass sich eine Gesamtzahl von 384'000 deutschen Lagerhäftlingen ergibt. Zählt man die etwa 112'000 Volksdeutschen hinzu, die beim Vormarsch der Roten Armee aus Südosteuropa in die Sowjetunion verschleppt wurden, kommt man sogar auf annähernd eine halbe Million Insassen.<sup>108</sup>

Die Sonderlager in Deutschland wurden später oft als «Schweigelager» bezeichnet. Wer hier hineinkam, war wie vom Erdboden verschluckt – vergleichbar einem Verschollenen oder einem im Krieg vermissten Soldaten. Irgendeine Möglichkeit der Kontaktaufnahme zwischen Inhaftierten und Angehörigen gab es nicht. Mütter warteten oft lahm auf ein Lebenszeichen ihres verschwundenen Sohnes, Frauen fragten sich verzweifelt, was aus ihren verhafteten Männern geworden war. Lange Zeit wurden nicht einmal Zeitungen oder Bücher in die Lager hineingelassen, geschweige denn Briefe oder Pakete.

Die Schweigelager waren von ihrem Aufbau her eine Abart des Gulag. Unterbringung und Bewachung der Gefangenen entsprachen exakt dem in der Sowjetunion entwickelten Haftregime. «Alle Gebäude des Lagers mit Ausnahme der Diensträume müssen sich hinter einer festen Umzäunung oder einem Stacheldrahtverhau von mindestens 3 Meter Höhe befinden», hiess es in der erwähnten Anordnung vom Juli 1945, die den Aufbau der Haftstätten in Deutschland regelte. «Die Umzäunung des Lagers ist so anzulegen, dass von jeder Ecke der Umzäunung aus in beide Richtungen eine gute Einsicht in die inneren und äusseren Seiten der Lagerzone besteht, d.h. als Quadrat oder Rechteck.»<sup>109</sup>

Auch die übrigen Bestimmungen folgten dem sowjetischen La-



gerstandard: Vor und hinter der Umzäunung war jeweils eine «verbotene Zone» einzurichten, die durch zusätzliche Stacheldrahtreihen begrenzt wurde. Auf der Aussenseite hatten sich an den Ecken Wachtürme zu befinden, die nicht mehr als 80 bis 100 Meter voneinander entfernt sein durften. Per Telefon oder Klingelanlage mussten sie mit dem Wachraum des zuständigen Diensthabenden verbunden sein. «Auf den Wachtürmen werden schwenkbare Scheinwerfer installiert, deren Reflektoren mit elektrischen Lampen in der Stärke von 500 bis 1'000 Kerzen ausgestattet sind», legte die Anleitung zum Lagerbau weiter fest.<sup>110</sup>

Auf diese Weise entstanden in der Besatzungszone ein Dutzend unterschiedlicher Lagerstandorte. Oft waren die Absperrungen sogar massiver als vorgeschrieben. In Ketschendorf zum Beispiel bestanden sie gleich aus einer ganzen Abfolge von Umzäunungen: Aussen stand ein drei Meter hoher Bretterzaun, der das Lager wie ein Sichtschutz umgab und auf den ein elektrisch geladener Stacheldraht montiert war. Dahinter befand sich der äussere Kontrollstreifen, der jede Woche geharkt wurde, damit man jeden Fussabdruck sofort bemerkte. Dann folgten ein drei Meter hoher Stacheldrahtzaun, eine am Boden liegende Stacheldrahtrolle sowie ein weiterer drei Meter hoher Stacheldrahtzaun, schliesslich die zweite drei Meter breite Warnzone – hier gab es kein Herauskommen mehr.

«Eine Flucht scheint unmöglich», war der erste Gedanke Alfred Janks, als er im August 1945 nach schweren Folterungen nach Ketschendorf eingewiesen wurde. «Das Lager ist umgeben von hohen Wachtürmen, die rund um die Uhr von Posten besetzt sind.» Gleich bei seiner Einlieferung schärfte der deutsche Hauskommandant dem sechzehnjährigen Häftling ein, dass jeder Versuch zu fliehen zwecklos sei. «Wer sich der Absperrzone nähert, wird von den Wachen ohne Anruf erschossen», lautete die unmissverständliche Warnung.<sup>111</sup> In anderen Lagern waren die Vorkehrungen ähnlich umfangreich, so dass kaum jemand einen Ausbruchversuch wagte. Zwischen 1945 und 1950 gelang nur 112 Gefange-

nen die Flucht – in der Regel bei Arbeitseinsätzen ausserhalb des Lagers.<sup>112</sup>

Innerhalb der Umzäunungen herrschte ein strenges Lagerregime. In unscheinbaren Formulierungen verfügte die Anordnung die vollständige Entrechtung der Inhaftierten. Sie waren verpflichtet, «die Forderungen der Verwaltung und der Wache des Lagers zu befolgen, höflich zu sein, genau den aufgestellten Tagesablauf einzuhalten, die Unterkünfte aufzuräumen, die Fussböden zu wischen, absolute Sauberkeit in den Wohnunterkünften und auf dem Lagergelände zu halten».<sup>113</sup> Ausser einem Löffel, einer Schüssel und einem Becher durften sie keine persönlichen Dinge besitzen. Ausdrücklich untersagt waren scharfe und spitze Metallgegenstände sowie Karten- und Glücksspiele. Regelmässig fanden Razzien statt, bei denen die Unterkünfte auf verbotene Objekte gefilzt wurden. Den Häftlingen war es auch nicht gestattet, zu singen, zu lärmern oder in andere Räume zu gehen. Als einziger Zeitvertreib war Schachspielen erlaubt.

Vor allem waren die Lagerinsassen vollkommen von ihrer Umwelt isoliert. Die Anordnung schrieb vor, dass sie weder Briefwechsel führen noch Besuche empfangen durften. Wie Ernst-Emil Klotz berichtet, blickten sie in Buchenwald deshalb neidvoll auf herumliegende Vordrucke aus der Zeit des Nationalsozialismus, auf denen die Insassen ihren Angehörigen noch hatten schreiben dürfen. Auch grössere Gesprächsrunden oder improvisierte Vorträge unter Gefangenen wurden streng bestraft. Staunend las Klotz später bei dem Politikwissenschaftler und ehemaligen Buchenwald-Häftling Eugen Kogon, dass es in dem Lager zur NS-Zeit Tageszeitungen und eine Bibliothek gegeben hatte; dass damals Vorlesungen und antifaschistische Feiern abgehalten wurden; dass man geheime Nachrichtenverbindungen nach draussen aufbaute und dass sogar eine illegale Lagerleitung sowie ein geheimer Häftlings-Selbstschutz existierten.

Tatsächlich war das Kontrollsystem unter der kommunistischen Lagerführung weit weniger durchlässig als in der nationalsoziali-

stischen Phase. Erst ab 1947 durften die Häftlinge sowjetisch lizenzierte Zeitungen lesen. Im Unterschied zu den NS-Lagern waren aber bewusste Schikanen, sadistische Quälereien oder willkürliche Erschiessungen nach dem Krieg die Ausnahme. «Das Verhältnis der Mitarbeiter des Lagers zu den im Lager Inhaftierten muss höflich, aber fordernd sein», hiess es dazu in der Anordnung vom Juli 1945.<sup>114</sup>

Die strengen Regularien waren für alle sowjetischen Lager in Deutschland verbindlich. Meist liessen die Kommandanten eine Kurzfassung davon in alle Baracken heften. In Mühlberg etwa hingen getippte Aushänge, auf denen in Deutsch und Russisch folgende Lagerregeln zu lesen waren: «Jede Verbindung mit der Aussenwelt ist verboten. Der Besitz von Bleistiften, Papier, Messern, Scheren, scharfen Gegenständen, Schriftstücken und Geld ist verboten. Das Sprechen mit Frauen im Lager ist verboten. Sowjetische Offiziere und Soldaten sind militärisch zu grüssen.»<sup>115</sup>

Die Durchsetzung dieser und weiterer Vorschriften oblag der sogenannten Lagerverwaltung. An ihrer Spitze stand der jeweilige sowjetische Kommandant; Soldaten des Moskauer Innenministeriums waren für die Bewachung zuständig. Hunderte arbeitsfähige Russen wurden für die Organisation der Lager nach Deutschland abkommandiert. Allein in Buchenwald, Sachsenhausen und Bautzen waren im August 1948 annähernd 500 Mann als Aufseher und Dienstpersonal eingesetzt; 345 von ihnen waren junge Wehrpflichtige.

Das sowjetische Lagerpersonal unterschied sich auch mental von dem der Nationalsozialisten. Schiebereien, Schwarzhandel und Alkoholexzesse waren an der Tagesordnung. Selbst die GULag-Verantwortlichen in Moskau hielten die Beschäftigten vielfach für ungeeignet. So heisst es in einem internen Bericht vom November 1948: «Unter den Eingesetzten gibt es eine beträchtliche Anzahl undisziplinierter Mitarbeiter, die amoralische Erscheinungen dulden und über die kompromittierendes Material vorliegt. Aus diesen Gründen müssen 42 Personen [von 131, H. K.] ersetzt

werden, nicht gerechnet die Wehrpflichtigen. [...] In den 8 Monaten des laufenden Jahres gab es 282 Disziplinverstösse oder 43,4% bezogen auf die Gesamtzahl der Mitarbeiter.»<sup>116</sup>

Einen Monat später wurde der Leiter der Abteilung Speziallager in ähnlicher Weise in Moskau vorstellig: «Das Fehlen von Politarbeitern verhindert, dass die politische Erziehung des Personals auf dem erforderlichen Niveau erfolgt, weshalb es in den Speziallagern zahlreiche unmoralische Erscheinungen, Dienstverstösse, Amtsvergehen und einige Fälle von Landesverrat gibt.» Sein Schreiben an den obersten GULag-Chef in Moskau, Georgi Dobrynin, endete mit dem dramatischen Satz: «Es ist unmöglich, diesen Zustand noch länger zu ertragen, und ich bitte Sie, die Entscheidung der aufgeworfenen Fragen zu beschleunigen.»<sup>117</sup>

Das Verhalten des Lagerpersonals gegenüber den Häftlingen zeichnete sich durch eine Mischung aus Brutalität und Gleichgültigkeit aus. Verstösse gegen die Lagerordnung wurden meist gnadenlos verfolgt, ohne dabei auf Leben und Gesundheit der Gefangenen Rücksicht zu nehmen. Schlampereien und Korruption verstärkten die katastrophalen Versorgungsmängel. Wie im GULag beschränkte sich das sowjetische Personal darauf, Ausbruchversuche zu verhindern und die Häftlingsmassen ansonsten mit möglichst geringem Arbeitsaufwand zu verwalten. Die Lagerleitung stützte sich deshalb auf Funktionshäftlinge, die de facto das Alltagsleben organisierten. «Zur Unterstützung des Lagerkommandanten werden in jeder Baracke, in jedem Zimmer und in jeder Kammer Älteste aus dem Kontingent ausgewählt, die alle Weisungen des Lagerkommandanten erfüllen», hiess es dazu in der 1946 überarbeiteten Lagerordnung.<sup>118</sup>

In Wirklichkeit überliessen die Kommandanten fast alle Aufgaben den Gefangenen. Zu diesem Zweck setzten sie einen deutschen Lagerleiter ein, der wiederum auf ein komplexes System von Unterbenen zurückgreifen konnte: Barackenälteste, Barackensaniitäter, Kommandoleiter, Spiess, Melder oder Lagerpolizisten. Die deutsche Lagerleitung kümmerte sich nicht nur um die Verpfle-

gung und die Krankenbehandlung, sondern stellte auch Arbeitskommandos zusammen und sorgte für die Durchsetzung der Lagerordnung.

Dass die Lagerorganisation auf deutsche Häftlinge übertragen wurde, erwies sich für die Gefangenen als zweischneidiges Schwert. Einerseits konnten auf diese Weise viele praktische Dinge einfacher und effektiver ausgeführt werden, als wenn das sowjetische Personal dafür verantwortlich gewesen wäre. «Es bedurfte einer gut laufenden Organisation, um 12'000 Menschen von einer Stelle aus mit Essen und Trinken zu versorgen, wenn nicht unnütze Zeit vertan und durch Warten und Herumstehen die geringen Kräfte verbraucht werden sollten», heisst es zum Beispiel in einem Häftlingsbericht über Buchenwald. «Es genügte aber ein wenig Morgennebel, der auf dem Ettersberg sehr häufig ist, um durch Eingriff der Russen das ganze künstliche System zu stören.»<sup>119</sup>

Auf der anderen Seite bildete sich in den kommunistischen Lagern paradoxerweise eine Klassengesellschaft heraus, in der eine schmale Führungsschicht über die übrigen Gefangenen erhebliche Macht besass. Diese Hierarchie kam vor allem solchen Charakteren zugute, die sich gegenüber den Sowjets durch besondere Willfährigkeit auszeichneten. Da die Funktionshäftlinge besser gepflegt wurden und vielfach auch besondere Unterkünfte hatten, waren sie bestrebt, ihren Posten möglichst lange zu behalten. Wie in den meisten sowjetischen Lagern entstand aus diesem Grunde eine Kaste privilegierter Gefangener, die für ihr eigenes Überleben sogar das ihrer Mithäftlinge aufs Spiel setzten.

In Mühlberg war insbesondere der Lagerleiter Walther Haller für seine Grausamkeit berüchtigt. Er bezeichnete sich selbst als «Hauptlagerführer» und trug eine rote Armbinde mit drei schwarzen Sowjetsternen. Um sich bei den Bewachern einzuschmeicheln, beschimpfte er andere Gefangene vor versammelter Mannschaft als «Nazi-Schweine» oder Ähnliches. Aus den Gebissen der Toten – und manchmal auch der Lebenden – liess er sich von seinen Untergebenen das Zahngold herausbrechen, um es anschliessend an

die Sowjets zu verschieben. Vor allem die früheren Richter des Leipziger Reichsgerichtes wurden von ihm regelmässig gequält, unabhängig davon, ob sie der NSDAP angehört hatten oder nicht. So teilte er sie bewusst für das so genannte Jauchekommando ein, das die Fäkalien mit einem Schöpfer aus der Latrinengrube in Eimer füllen und mit einem Handwagen abtransportieren musste; wegen der damit verbundenen körperlichen Anstrengungen und Infektionen überlebten die meisten diesen Einsatz auf Dauer nicht. Auch der Bruder des Kölner Kardinals Joseph Frings kam auf diese Weise ums Leben.

Zwischen Strenge und Sadismus gab es einen fließenden Übergang. Wie Ernst-Emil Klotz beobachtete, verschlimmerten deutscher Drill und Perfektionismus oftmals unnötig die Lage der Häftlinge: «Wenn aber das russische System der weitestgetriebenen Reglementierung von subalternen und feigen Deutschen peinlich genau durchgeführt wurde, dann entstanden einfach unerträgliche Verhältnisse.»<sup>120</sup> Auch ein Gefangener aus Mühlberg erzählte, wie Barackenälteste ihre Macht missbrauchten: «Schlimm war es, wenn es regnete, denn nur wenn der Spiess es erlaubte, durften wir tagsüber in die Baracke.»<sup>121</sup> Ein anderer berichtete über die deutschen Ordnungskräfte in Ketschendorf: «Unser Lagerpolizeikommandant Schröder war Oberst der Feldgendarmarie, Hauskommandant Knoke hat es zum Feldwebel der Feldgendarmarie gebracht. [...] Von den Gefangenen wird die Lagerpolizei wegen ihrer Strenge gefürchtet.»<sup>122</sup> Dass der Kommandant im Lager weiter mit Offiziersstiefeln und Wehrmachtsuniform herumließ, störte die sowjetische Leitung offenbar nicht.

Verstöße gegen die Lagerordnung wurden, oft genug auf Veranlassung der deutschen Hilfskräfte, streng geahndet. «Wir haben im Lager oft den Kopf geschüttelt, wie es nur möglich sei, bis zu 17'000 Männer mit etwa 80 Wachmannschaften festzuhalten, alle Quälereien auszuüben und schliesslich so viele davon zu vernichten», rätselte Klotz in seinem Bericht aus Buchenwald, um sodann die simplen Herrschaftsmechanismen der Bewacher zu sezieren.

Wichtigstes Instrument war demnach die Angst vor Bestrafung, vor allem durch Arrest im so genannten Bunker, dessen Schrecken sich in der Vorstellung der Häftlinge durch die im Lager kursierenden Gerüchte noch vergrösserte. «Ich erinnere mich noch genau der geflüsterten, vorsichtigen Worte, mit denen der damalige Polizeichef uns gleich bei der Einlieferung darauf hinwies. ‚Bunker‘, sagte er, ‚das ist der Tod.‘»<sup>123</sup>

In Buchenwald bestand der Bunker aus einem unbeheizten Steinbau, der vor allem im Winter lebensgefährlich war. Bei Minustemperaturen blieb den Häftlingen nichts anderes übrig, als immerzu im Kreis herumzulaufen, um nicht zu erfrieren. Ausgestattet war der Raum nur mit einer Pritsche, die tagsüber herausgenommen wurde; zu essen gab es bloss die halbe Ration. «Jeder konnte zu jeder Stunde aus jedem Anlass zu beliebig langer und schwerer Bunkerstrafe verurteilt werden, auch Frauen, daher die masslose Angst vor dem Bunker», so Klotz, der selber zweimal dort eingesperrt war.<sup>124</sup> Anschliessend kam er in ein so genanntes Isolierbataillon, in dem die Häftlinge vom übrigen Lager streng abgeschirmt waren.

Wie in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten fanden morgens und abends so genannte Zählappelle statt. Viele Betroffene haben später berichtet, wie quälend sich diese bei Wind und Wetter durchgeführten Kontrollprozeduren für die Häftlinge gestalteten. Da sie oft unzureichend gekleidet waren, wurden viele krank. «Am schlimmsten ist immer das Stehen beim Appell», heisst es in einem aus dem Lager Sachsenhausen geschmuggelten Kassiber. «Das dauert mindestens 1 Stunde, manchmal auch 1<sup>^</sup>-2 &»<sup>125</sup> Und ein ehemaliger Buchenwald-Häftling erzählte später: «In einer Baracke war ein Zimmer für einen Soldaten, er war für das Bataillon verantwortlich und hatte jeden Abend einen Appell durchzuführen. Zu diesem Zweck mussten wir, egal was für Wetter draussen war, in Dreierreihen antreten, und er zählte durch. Dieser Akt dauerte aber leider manchmal sehr, sehr lange, weil der Posten oft acht, zuweilen mehr als zehn Mal zählte, bevor er sich

seiner Sache ganz sicher war, dass ja keiner fehlte.»<sup>126</sup> Selbst in Bautzen, wo die Appelle im Gebäudeinneren stattfanden, waren sie für die geschwächten Gefangenen ausgesprochen anstrengend. «Bei den oft langen Zählappellen im Mittelgang des Saales war ich schon zweimal umgekippt», berichtete ein Betroffener später. «Man wurde dann in die Koje hinter seiner Reihe gelegt, um mitgezählt zu werden.»<sup>127</sup>

In den meisten Lagern waren die Gefangenen in Stein- oder Holzbaracken untergebracht. Auch hier war alles bis ins kleinste Detail geregelt. Die Unterkünfte mussten nummeriert und mit Liegen, Doppelstockpritschen oder Pritschen wie in Eisenbahnwagons ausgestattet werden. Ausserdem sollten sie Tische, Bänke und Regale für Geschirr und Toilettenutensilien enthalten. Tatsächlich bestimmte vor allem qualvolle Enge die Unterbringung. «Der von Betten freie Raum in der Mitte des Zimmers war von Tischen, Bänken und Schemeln so angefüllt, dass nur Platz für zwei schmale Gänge blieb», schrieb Ernst-Emil Klotz über die Baracken in Buchenwald. «Man konnte nie heraus- und hineingehen, ohne sich aneinander vorbeizuzwängen.»<sup>128</sup> Besonders wenn sich bei Regen und Kälte alles in den Stuben aufhielt, sei dies kaum zu ertragen gewesen, denn es war streng verboten, sich tagsüber auf die Pritschen zu legen oder zu setzen.

Gleichwohl waren die Massenunterkünfte immer noch besser als die Zellen, in denen man die Gefangenen in Torgau und in Bautzen teilweise unterbrachte. «In der Zelle war man ständig zusammen», heisst es in einem Bericht über das «Gelbe Elend» in Bautzen. Häufig gab es Reibereien. «Man zankte sich, und das war auf so einer Zelle unerträglich.»<sup>129</sup> Die Bautzen-Häftlinge empfanden es daher geradezu als Erleichterung, wenn sie in einen der grossen Säle verlegt wurden, in denen jeweils etwa vierhundert Mann zusammengesperrt waren. Hier hatten sie mehr Bewegungs- und Kommunikationsmöglichkeiten, und es bildeten sich verschiedene Interessengemeinschaften. Gleichwohl herrschte auch hier eine bedrückende Enge, vor allem in der Nacht, wenn die Gefangenen



auf langen Doppelstockpritschen schliefen. «Wir liegen wie die Heringe, nur auf dem blanken Holz, eventuell eine Decke oder einen Mantel untergelegt», schilderte ein Häftling die Zustände in Bautzen. «Zeitweise ist es so eng, dass wir uns auf Kommando drehen. Die Hüftknochen haben hornhautähnliche braune Flecken.»<sup>130</sup>

Ein gravierender Unterschied zu den Lagern in der UdSSR bestand darin, dass die Häftlinge in Deutschland zum grössten Teil nicht arbeiteten. Was auf den ersten Blick wie ein Privileg wirkt, war auf die Dauer allerdings eine schwere Belastung. Da Arbeitsinsätze ausserhalb der Umzäunung eine Ausnahme blieben, bestanden so gut wie keine Fluchtmöglichkeiten. Zudem konnten die Häftlinge keine Nachrichten herausschmuggeln oder Nahrungsmittel mit hineinbringen. Am schlimmsten waren jedoch die seelischen Folgen, da die Gefangenen durch die erzwungene Beschäftigungslosigkeit allmählich ihren Überlebenswillen verloren.

«Für die grosse Masse begann nach dem Morgenappell der harte, psychisch zermürbende Alltag des ‚Nichts-tun-Dürfens‘, des Herumlungerns, des Parolen-Nachhängens, und oft doch nur aus Verzweiflung wurde die x-hundertste Runde am Stacheldraht gedreht», heisst es in einem Zeitzeugenbericht aus Mühlberg. «Besonders schlimm war es bei schlechtem Wetter, dann hockten alle nur in der Baracke herum.»<sup>131</sup> Nicht anders waren die Verhältnisse in Buchenwald: «Es ist nicht leicht zu ermessen, wie furchtbar es ist, wenn jahrelang das ‚Bauen‘ des eigenen Bettes die einzige Tagesleistung darstellt. Der elementare Trieb, sich eine Beschäftigung zu suchen, der dann überstark wird, führte zu einer Unsumme von zumeist spielerischen Tätigkeiten, die fast alle verboten waren, also zu Übertretungen der Lagerordnung. Das wieder brachte Strafen und eine schwere Gefährdung des Gemeinschaftslebens mit sich, zu der der innere Wert der Tätigkeit in keinem Verhältnis stand.»<sup>132</sup>

Der Grund für dieses besondere Lagerregime waren sowjetische Sicherheitserwägungen. In der Anfangszeit hatte man die Häftlinge durchaus zur Zwangsarbeit herangezogen: Sie bauten Sperranlagen, reparierten Baracken und waren auch ausserhalb des La-

gers bei Ernte- oder Verladearbeiten tätig. Dann wurden diese Einsätze fast völlig abgeschafft. Nur innerhalb des Lagers gab es noch vereinzelt Arbeitsmöglichkeiten: in der Küche, im Lazarett, in der Wäscherei oder in der so genannten Handwerkerzone. Diese Stellen, die oft mit materiellen Vorteilen verbunden waren, reichten jedoch für maximal zehn Prozent der Häftlinge.

Nach den Vorschriften zum Lageraufbau sollten die Haftorte in völliger Isolation von der Zivilbevölkerung angelegt werden. Die Besatzer merkten allerdings bald, dass dies im dicht besiedelten Deutschland nicht so einfach war. Die Standorte der Lager sprachen sich schnell herum, und vor den Toren postierten sich Angehörige, die auf ein Lebenszeichen warteten oder Kleidung und Nahrungsmittel übergeben wollten. Was an Informationen über die Zustände in den Lagern nach aussen drang, beunruhigte nicht nur die Bevölkerung, sondern führte auch zu Eingaben von Politikern und darüber hinaus zu wachsender Kritik im Westen. Mit der Abschaffung der Arbeitseinsätze wurden die Haftorte immer mehr zu tödlichen Fallen: Im Innern fehlte es den Gefangenen an den grundlegenden Voraussetzungen zum Überleben, und von der Aussenwelt waren sie vollkommen abgeschnitten.

### *Das grosse Sterben*

Es war am 4. November 1945, als der NKWD-Bevollmächtigte Serow dem sowjetischen Volkskommissar Berija erstmals über die in Deutschland eingerichteten Lager berichtete: «Alle Speziallager haben gut ausgestattete Unterkünfte, gut ausgerüstete Küchen, Bäckereien, Waschanlagen, Desinfektionskammern, Hospitäler, Stromversorgung, Wasserleitung und sonstige Voraussetzungen für die Unterbringung des Spezkontingents», meldete Serow seinem Chef nach Moskau. Die Hospitäler seien ausreichend mit Me-

dikamenten und Verbandsmaterial versorgt, und auch der sanitäre Zustand der Lager sei vollkommen zufrieden stellend. Läuse und epidemische Krankheiten gebe es nicht. «Die Sterblichkeit übersteigt nicht 1 Prozent und ist auf in die Lager kommende Alte und Kranke zurückzuführen. «<sup>133</sup>

Der Report war eine dreiste Lüge. In den acht Monaten seit Kriegsende waren in den Lagern bereits Tausende gestorben. Bis zum Jahresende 1945 stieg die Zahl der Toten auf über 6'500, was einer Sterblichkeit von beinahe zehn Prozent entspricht. Meist waren die Gefangenen von der Geheimpolizei schon in angeschlagenem Zustand eingeliefert worden. Nach den Verhören in der Untersuchungshaft waren sie häufig halb verhungert, zusätzlich hatten sie die langen Transporte geschwächt. Bereits im September 1945 beschwerte sich Serow, wie erwähnt, bei den Chefs der Operativsektoren über eine «stark ausgeprägte Abmagerung» der übergebenen Häftlinge. Ausserdem monierte er «akute Magenverstimungen» und andere Erkrankungen, die auf Vitaminmangel und unzureichende Ernährung zurückzuführen seien.<sup>134</sup> Trotz ihres Zustandes mussten im Sommer 1945 Tausende Gefangene von Berlin-Hohenschönhausen nach Weesow und später auch nach Sachsenhausen, Ketschendorf und Fünfeichen marschieren; von Sachsenhausen wiederum gingen ähnliche Gewaltmärsche nach Frankfurt an der Oder ab.

Die aus dem Boden gestampften Lager waren in keiner Weise auf die hohe Zahl von Gefangenen eingestellt. Es fehlte an Lebensmitteln, Kleidung, Medikamenten und warmen Unterkünften. Ein grosser Teil der Insassen war in den Sommermonaten festgenommen worden und hatte lediglich leichte Kleidung und dünnes Schuhwerk an. Andere bekamen bei der Einlieferung von den Funktionshäftlingen Mäntel, Stiefel und Anzüge abgenommen und erhielten dafür Lumpen ausgehändigt. Je weiter die Temperaturen im Jahresverlauf sanken, desto mehr nahmen Erkrankungen wie Bronchitis, Angina oder Lungenentzündung zu.

Von Anfang an litten die Häftlinge unter grossem Hunger. Offiziell sollten sie dieselben Rationen wie Kriegsgefangene erhalten. Das waren 600 Gramm stark wasserhaltiges Brot pro Tag, dazu ein Schlag Suppe mit Kartoffeln, Gemüse, Fisch, Fleisch und Fett, schliesslich noch etwas Zucker. In der Praxis wurde diese Verpflegungsnorm jedoch nie eingehalten. «Die Tageszuteilung besteht aus 300 Gramm klitschigem Brot, einem gestrichenen Esslöffel braunem Zucker und einem halben Liter Blümchenkaffee zum Frühstück», berichtete zum Beispiel Alfred Jank über die Ernährung im Lager Ketschendorf. Dazu habe es mittags und abends einen dreiviertel Liter Graupensuppe gegeben, in der sich allerdings nur jeweils vier bis fünf Esslöffel Graupen befunden hätten. «Diese Rationen sorgen dafür, dass uns der ewige Hunger auch in Zukunft nicht verlässt.»<sup>135</sup>

Während sich die sowjetische Besatzungsmacht den Unterhalt des Lagerpersonals 1946 mehr als 6,3 Millionen Rubel kosten liess, betrugen die Ausgaben für die ungleich zahlreicheren Insassen gerade einmal 725'000 Rubel. Und selbst diese Mittel erreichten die Häftlinge nur zum Teil, da Plan und Realität, wie so oft im Sowjetsystem, weit auseinanderklafften. Die Gefangenen erhielten die bescheidenen Rationen nämlich nicht individuell ausgehändigt, sondern diese galten nur rein rechnerisch für die gesamte Belegung.

Engpässe traten bereits bei der Belieferung der Lager ein. Die Rote Armee, die für den Lebensmittelnachschub verantwortlich war, kam ihren Verpflichtungen nur unzureichend nach. Oft scheiterte die pünktliche Versorgung schon an Treibstoffmangel oder defekten LKWs. Zudem blieb vielfach unberücksichtigt, wenn sich die Belegschaft durch die Einlieferung Tausender neuer Gefangener plötzlich erheblich vergrösserte.

Im Lager selbst kam es zu weiteren Verlusten. Zum einen bediente sich das sowjetische Personal an den Lebensmitteln, um sie als Tauschobjekte auf dem Schwarzmarkt einzusetzen. In der Küche wiederum zweigten die hier beschäftigten Häftlinge manches ab; anderes mussten sie wegwerfen, weil es inzwischen verdorben

war. Schliesslich kam es bei der Zuweisung des Essens zu Umverteilungen: Gefangene, die für einen Arbeitseinsatz verpflichtet wurden, bekamen eine grössere Portion, was in der Regel zu Lasten der Übrigen ging.

Darüber hinaus sorgten die Funktionshäftlinge dafür, dass sich ihre Rationen auf Kosten der Mitgefangenen erhöhten. «Eine Kette von Betrügern profitierte von den Manipulationen an unserer Versorgung», berichtete etwa Horst Wiener aus Bautzen, «die Bäcker, das Küchenpersonal, die Essenträger, die Leichenkommandos, alle irgendwie gearteten Kalfaktoren, das ‚medizinische Personal [...] und dann der Saalkommandant mit seinem ganzen Hofstaat von Denunzianten und Kriechern.»<sup>136</sup> Und in einer anderen Schilderung aus diesem Gefängnis heisst es: «Obwohl bei der Essensausgabe stets ein Häftlingsarzt anwesend war, konnte auch er nicht verhindern, dass zunächst die Funktionsträger ihr Essen fassten, und dies gleich mit mehreren Nachschlägen, wobei sie stets das Dicke schöpften und die nährwertlose Brühe der Masse überliessen. Als sichtbares Zeichen waren diese Personen alle wohlgenährt und trugen auch keine Glatze.»<sup>137</sup>

Ab September 1945 bekamen die Häftlinge noch weniger zu essen. Auf Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees in Moskau wurden die Fleisch-, Fisch- und Fettrationen in den Lagern halbiert, während die Belegungszahlen weiter anstiegen. Selbst Serow sah sich in seinem Bericht an Berija zu der Feststellung veranlasst, dass sich «in Zusammenhang mit der Herabsetzung der Fleischnorm und der Unmöglichkeit, die Lager unter den deutschen Bedingungen mit Fisch zu versorgen, die Ernährung in den vergangenen zwei Monaten erheblich verschlechtert» habe.<sup>138</sup>

Unterernährung, hygienische Mängel und die einsetzende Kälte führten dazu, dass um die Jahreswende 1945/46 Tausende Häftlinge den Tod fanden. «Die schlechten Lebensverhältnisse und der Winter fordern ihren Tribut», notierte beispielsweise Alfred Jank über die Situation im Lager Ketschendorf. «Die Zahl der Toten soll auf täglich bis zu 80 angestiegen sein.»<sup>139</sup> Nach den sowjeti-

schen Sanitätsberichten starben in der SBZ allein zwischen November 1945 und März 1946 fast 8'000 Lagerinsassen. Sie fielen vor allem Infektionskrankheiten wie Diphtherie, Ruhr, Typhus oder Gesichtsröse zum Opfer. Oder sie starben an einer der häufigen Herzerkrankungen, die eine Folge der unzureichenden Versorgung mit Kalorien, Eiweiss und Vitaminen waren. Als Todesursache schrieben die Lagerverwalter häufig kurzerhand «Abmagerung» auf die Totenscheine.

Eine weitere massive Verschlechterung der Ernährungslage trat im November 1946 ein, als die Brotrationen halbiert wurden. Auch die Normen für Kartoffeln und Fleisch beziehungsweise Fisch senkte man weiter ab. In Buchenwald stiegen daraufhin die Krankenzahlen sprunghaft an. Zahlreiche Betroffene berichteten von den fatalen Auswirkungen der Normenänderung: «Morgens gab es nur  $\frac{1}{2}$  Liter Suppe und mittags eine dünne Brühe und schliesslich erst am späten Abend 300 g Brot, die Hälfte von dem, was wir sonst bekamen», hiess es in einem Kassiber vom 4. November 1946 aus dem Lager Sachsenhausen. Und am nächsten Tag in einem weiteren Brief: «Wir erhalten morgens  $\frac{3}{4}$  u. mittags  $\frac{3}{4}$  Liter und 300 gr. Brot. Keine zusätzlichen Gaben mehr. Hunger, Hunger.»<sup>140</sup> In ähnlicher Weise schilderte Ernst-Emil Klotz die Lage in Buchenwald: «Am 7. November 1946 [...] wurden unsere so knappen Rationen um fast die Hälfte gekürzt. Die viel gescholtene Graupe verabschiedete sich, und der Kartoffelrieb [ein nährwertloser Rückstand aus der Kartoffelverarbeitung, H. K.] hielt seinen Einzug, eine wahrhaft teuflische Erfindung, die Nahrung vortäuschte, wo keine war.»<sup>141</sup>

Die Anordnung der Normensenkung, die der Leiter der Abteilung Speziallager, Oberst Swiridow, unterzeichnet hatte, bedeutete für Tausende Gefangene den Tod. In dem ungewöhnlich kalten Winter 1946/47 kam es zu einem regelrechten Massensterben. «An manchen Tagen reicht das Leichenhaus zur Aufnahme der Verstorbenen kaum aus», heisst es in einem Augenzeugenbericht über die Zustände im Lager Mühlberg.

«Bei starkem Frost werden grössere Gruben ausgehoben, die an mehreren Tagen nach und nach als Massengrab gefüllt werden.»<sup>142</sup> Allein am Heiligabend 1946 wurden hier achtundvierzig Tote beigesetzt, von Mitte Dezember bis Mitte April starben fast 2'000 Menschen. Auch in Buchenwald beobachteten die Häftlinge, wie sich die Zahl der Toten plötzlich verdoppelte – und wie die Lagerverwaltung die Todesziffern auf einmal vor den Gefangenen zu vertuschen suchte. «Ich weiss genau, dass bis in den Sommer 1946 hinein im Lazarett eine Liste der Verstorbenen geführt worden ist», erinnerte sich Klotz. «Sie wurde um die Zeit des hier beschriebenen Kurswechsels von den Russen eingefordert und von deutschen Händen, also innerhalb des Lagers, nicht weitergeführt.»<sup>143</sup>

Die Kommandanten notierten die Todesfälle jetzt nur noch im Verborgenen und meldeten anschliessend die Zahlen nach Berlin. Wie eine Fieberkurve zeigen die damals erstellten Lagerstatistiken die Folgen der Normensenkung: Kamen im November 1946 in den Lagern 329 Menschen ums Leben, waren es im Dezember bereits 1'129. Im Januar 1947 stieg die Zahl der Toten auf 2'434, im Februar sogar auf 4'280. Von November bis März starben insgesamt mehr als 10'000 Häftlinge. Auch die leichte Anhebung der Rationen im Januar 1947 – statt 300 gab es nun 400 Gramm Brot täglich – konnte diese Entwicklung nur dämpfen. Selbst in den warmen Monaten Juli und August starben immer noch jeweils über 700 Menschen. Nach einem Bericht der Abteilung Speziallager kamen von 1945 bis 1947 annähernd 36'000 Lagerinsassen ums Leben. Die Sterblichkeitsrate stieg von 9,2 Prozent (1945) auf 14,2 Prozent (1946) und schliesslich sogar auf 21,1 Prozent (1947).

Die dauerhafte Unterernährung führte dazu, dass die Gefangenen Stück für Stück verhungerten. Sie magerten immer mehr ab und waren am Ende so kraftlos, dass sie sich nur noch schleichend vorwärts bewegen konnten. «Eine schuppige, trockene Haut spannte sich über die Knochen», beschrieb Ernst-Emil Klotz den Anblick der entkleideten Männer in Buchenwald, wenn diese alle vierzehn Tage zum Duschen geführt wurden. «Die ehemals Be-

leibten hatten ein Netzwerk von Falten um sich hängen. Da gab es Hodenbrüche von unglaublicher Grösse, geschwollene Füsse und Beine, Wasseransammlung im Leib, in der Brust, im Gesicht, Furunkel.»<sup>144</sup> Den sowjetischen Statistiken zufolge waren am 1. August 1947 von den damals gut 60'000 Lagerinsassen über 23'000 – mehr als ein Drittel – an Dystrophie erkrankt.

Zugleich wurden die geschwächten Häftlinge immer anfälliger für Infektionskrankheiten. Nachdem man die Typhusepidemien in den Lagern durch Impfungen einigermassen zurückgedrängt hatte, verbreitete sich zunehmend Tuberkulose, die wegen fehlender Behandlungsmöglichkeiten meist zum Tod der Häftlinge führte. Am 1. August 1947 litten in den Lagern über 1'600 Gefangene an offener Tuberkulose. Der Anteil der daran Gestorbenen erhöhte sich in Bautzen zwischen Januar und Juli 1947 von neunzehn auf vierundsechzig Prozent, in Sachsenhausen von neun auf fünfundsechzig Prozent. In Mühlberg führte man sogar achtzig Prozent der Todesfälle auf die Krankheit zurück.

Auch die bereits weiter oben geschilderten psycho-sozialen Auswirkungen des Hungers stellten sich in den Schweigelagern ein: Die Nahrungsaufnahme gewann eine alles überragende Bedeutung. Mit umständlichen Ritualen versuchte man, eine hundertprozentig gerechte Verteilung der Lebensmittel zu erreichen. Essensphantasien bestimmten das gesamte Denken, und der Diebstahl einer Scheibe Brot – im Häftlingsjargon «Kuhle» genannt – wurde zum schlimmsten Lagerdelikt. Zahlreiche Betroffene haben später beschrieben, wie der Hunger nach und nach ihr gesamtes Verhalten bestimmte. «Besonders bei den alten, oder sagen wir besser älteren Häftlingen wurde das Problem Nahrung zur Dauerbeschäftigung», berichtete etwa Horst Wiener über das Leben in Bautzen. «Sie hingen während des ganzen Tages an der Leine der Erwartung des Essens, dann Empfang des Essens, Aufnahme des Essens, Verdauung des Essens, Ökonomisierung der Verdauung (Ruhephasen, Lagewechsel während des Sitzens, Hockens oder Liegens, Stuhl-



gang) und wieder Erwartung des Essens. Ihre Unterhaltung war fast ausschliesslich ein Austausch von Erfahrungen im Bereich des Essensproblems: Soll man öfter kleine Bissen machen oder in grösseren Abständen grössere Bissen? Es gab Häftlinge, die ihre Kuhle über den ganzen Tag verteilten und in fast esoterischer Versunkenheit Krümel um Krümel über die nun schon reichlich trockene Zunge gleiten liessen.»<sup>145</sup>

Erschwerend kamen die häufigen Umverlegungen der geschwächten Gefangenen hinzu. Schickte man anfangs ganze Kontingente aus der SBZ in die weiter östlich gelegenen Lager, fanden die Transporte wenig später in umgekehrter Richtung statt. Auch danach wurden immer wieder Lager ganz oder teilweise verlegt, von Berlin nach Sachsenhausen, von Torgau nach Bautzen, von Ketschendorf nach Mühlberg – wie Spielfiguren schob die Abteilung Speziallager die Häftlingsmassen hin und her. Über die Ankunft eines derartigen Transportes aus dem Lager Ketschendorf, das Anfang 1947 aufgelöst wurde, heisst es in einem Zeitzeugenbericht: «Dann zieht durchs Lagertor ein Zug elender Gestalten in das Lager Mühlberg ein. Im Schneegestöber bewegt er sich langsam bis in die Zone 4 und bietet dabei ein Bild des Jammers. Manche Gefangene sind so entkräftet, dass sie sich kaum auf den Beinen halten können oder zusammenbrechen. Wie sich später herausstellt, sind viele Gefangene dieses Transports schon auf dem Weg von der Bahn zum Lager hilflos lieengeblieben, so dass man sie einsammeln und ins Lager tragen muss.»<sup>146</sup> Neun Häftlinge hatten diesen Transport nicht überlebt, fast sechzig Prozent waren Dystrophiker.

Wie Serow in seinem Bericht an Berija erwähnte, gab es in allen Lagern so genannte Lazarettstationen, die sich eigentlich der zahlreichen Kranken hätten annehmen müssen. Unter Aufsicht der sowjetischen Verwaltung oder russischer Ärzte arbeiteten hier inhaftierte deutsche Mediziner, darunter auch viele Chefärzte und Professoren. Doch ausser der Verabreichung einer grösseren Essensration konnten sie wenig für die geschwächten oder infizierten

Häftlinge tun. Anders als Serow nach Moskau übermittelte, standen ihnen nämlich kaum Medikamente oder medizinische Geräte zur Verfügung.

Die Krankenstation war deshalb in vielen Fällen nur die letzte Etappe auf dem Weg zum Tod. Hierher kamen die besonders geschwächten Gefangenen, die häufig an schweren, kaum noch heilbaren Krankheiten litten. «Unten liegen die ganz armen Teufel, die dem Tod am nächsten sind», berichtete ein Häftling aus der Krankenstation in Bautzen. «Hohes Fieber, spucken Blut, essen trotz aller Bemühungen kaum noch etwas, haben immer Durst, und der Kaffee ist knapp.»<sup>147</sup> Und eine Frau, die wegen Kopfrosee ins Lazarett gekommen war, erinnerte sich: «Der Anblick dieser blassen, bis zum Skelett abgemagerten, in Unterzeug ohne Strümpfe mit zerlumpten Decken herumlaufenden Gestalten war mit das erschütterndste Bild meiner Haftzeit, zumal dem grössten Teil dieser Unglücklichen am Gesicht abzulesen war, dass sie vom Tode gezeichnet waren. Ihre Gesichter waren gedunsen, die Augen fast nicht mehr zu erkennen.»<sup>148</sup>

Vor diesem Hintergrund mutet es reichlich zynisch an, dass das sowjetische Innenministerium 1990 behauptete, die Lagerinsassen seien den Umständen entsprechend gut behandelt worden. «Die verfügbaren Dokumente belegen, dass in den Lagern der Sowjetischen Besatzungszone für jene Zeit erträgliche Haftbedingungen geschaffen wurden und die Behandlung der Häftlinge auf der Grundlage des Gesetzes erfolgte», versicherte die damalige Moskauer Führung der letzten DDR-Regierung.<sup>149</sup> Demgegenüber hatte sich Anfang 1948 selbst eine Kommission der GULag-Verwaltung unzufrieden mit dem Gesundheitszustand der Gefangenen gezeigt. Obwohl die Lagerkommandanten versuchten, das Ausmass der humanitären Katastrophe vor der Kommission zu verbergen, konstatierte diese verheerende Zustände: Die Verpflegung sei eintönig und insbesondere für kranke Häftlinge unzureichend, hinzu kämen die Auswirkungen der erzwungenen Untätigkeit. «Die Nichtstuerei, die seit drei Jahren fehlende Verbindung mit den Angehörigen sorgen für eine gedrückte Stimmung», hiess es

in dem anschliessend gefertigten Bericht. Die Verpflegungssätze für Kranke wurden daraufhin zwar angehoben, doch an der Lage der anderen Häftlinge änderte sich nichts. Auch sie, so erklärte etwa der Chef der Sanitätsgruppe im Lager Mühlberg, befänden sich «zu 90 % in einem unterernährten oder extrem unterernährten Zustand»; ohne eine Erhöhung der Rationen werde es nicht möglich sein, den normalen körperlichen Zustand der Gefangenen wiederherzustellen.<sup>150</sup> Die Verantwortlichen für das Massensterben versuchten schon damals, jede Schuld von sich abzuwälzen. So führte der damalige Leiter der Abteilung Speziallager, Oberst Zikljajew, die hohen Totenziffern im Mai 1948 darauf zurück, dass sich unter den eingelieferten Häftlingen viele an Tuberkulose und Dystrophie Leidende sowie ältere Menschen befunden hätten. «Die grosse Zahl der Tbc-Kranken erklären die Ärzte damit, dass diese Krankheit in Deutschland sehr verbreitet ist. Ausserdem ist der Organismus der Deutschen sehr anfällig gegenüber Krankheiten, weil die Versorgung unter dem Hitlerregime sehr schlecht war.»<sup>151</sup>

Diese dreiste Irreführung seiner Vorgesetzten hinderte Zikljajew nicht daran, drei Monate später etwas ganz anderes zu Papier zu bringen: «Eine solch hohe Sterblichkeit ist dadurch bedingt, dass die Kranken bis zum 1. März 1948 keine Krankenverpflegung erhielten und nach der Norm für Nichtarbeitende verpflegt wurden. Der raue Winter 1946/47, die schlechten Baracken einiger Speziallager und die mangelnde Versorgung mit Brennstoffen in jenem Jahr verursachten das sprunghafte Ansteigen der Sterblichkeit und die Schwächung des Kontingents, ausserdem hatte die von November 1946 bis 15. März 1947 verringerte Versorgungsnorm Auswirkungen auf den körperlichen Zustand.»<sup>152</sup> Erst ab Sommer 1949, als zumindest die SMT-Verurteilten zum ersten Mal Briefe von Angehörigen empfangen durften, besserten sich die Lebensverhältnisse in den Lagern.

Nach dem Abschlussbericht von Oberst Wladimir Sokolow, dem letzten Leiter der Abteilung Speziallager, starben in den La-

gern exakt 42'889 von 122'671 Deutschen; die Todesrate betrug demnach über fünfunddreissig Prozent. Wahrscheinlich lagen die Totenziffern sogar noch höher, da keineswegs alle Verstorbenen registriert wurden. Schon bei den Vernehmungen in den GPU-Kellern und Bezirksgefängnissen war eine unbekannte Zahl von Häftlingen ums Leben gekommen. Auch bei den erwähnten Fussmärschen starben immer wieder Menschen an Erschöpfung. Schliesslich war die Buchführung in den Lagern durchaus nicht so präzise, wie sie immer den Anschein zu erwecken suchte: Erst ab Dezember 1945 mussten die Lagerverwaltungen für die Akten überhaupt Todesbescheinigungen ausfertigen. Zudem verloren die Registraturen durch die Umverlegungen und das Massensterben zeitweise den Überblick, so dass die Abteilung Speziallager im Sommer 1946 Fehler in den zweiwöchentlichen Meldungen beanstanden musste. Überhaupt keine Zahlenangaben gibt es über die Menschen, die bereits beim Vormarsch der Roten Armee in den Frontlagern verstarben. Ältere deutsche Schätzungen gehen deshalb von 65'000 bis 130'000 Toten aus.

Nicht nur in Buchenwald versuchten die sowjetischen Verantwortlichen, das grosse Sterben zu verschleiern. In Ketschendorf, berichtet Alfred Jank, wurden Anfang 1947 auf den Massengräbern Bäume gepflanzt, um die Spuren der Toten zu verwischen. Die Mitglieder des Beerdigungskommandos habe man zum Schweigen verpflichtet, später hätten sie kaum Hoffnung auf Entlassung gehabt – «denn Mitwisser vom Totenkommando sind in der Freiheit nicht erwünscht».<sup>153</sup> Tatsächlich belegen sowjetische Unterlagen, dass Gefangene, die aus erster Hand Kenntnis über die hohen Todeszahlen hatten, nicht entlassen werden sollten. So mussten 1948 fünfzehn Häftlinge im Lager Bautzen bleiben, weil sie «vollständig informiert waren über die Sterblichkeit im Speziallager».<sup>154</sup> In der DDR wurde diese Vertuschungspolitik fortgesetzt, indem die Massengräber weiterhin geheim gehalten und teilweise überbaut wurden. Von Ketschendorf überführte man 1952 sogar mehr als 3'000 Leichen auf den Soldatenfriedhof Halbe und

bezeichnete die Toten mit der falschen Inschrift «Unbekannt, † April 1945».<sup>155</sup>

Über die Bedeutung des Massensterbens ist es in Deutschland zu kontroversen Debatten gekommen. Viele Häftlinge haben später geltend gemacht, dass die sowjetischen Besatzer sie gezielt der Vernichtung preisgegeben hätten. Vor allem nach Absenkung der Verpflegungsnormen im November 1946 verdichtete sich in den Lagern der Eindruck, dass die Insassen nun dem Tod überantwortet werden sollten. In Buchenwald, so Klotz, sei damals unter den Gefangenen der Begriff «Vernichtungslager» aufgekommen. Das negative Ergebnis der kurz danach erfolgten Gesundheitsüberprüfungen – als man Arbeitskräfte für die Sowjetunion suchte – habe verhängnisvolle Auswirkungen gehabt. «Die Unterernährung und der hohe Altersdurchschnitt erwiesen uns als unbrauchbar selbst als Arbeitsklaven. [...] Damit fiel die letzte Notwendigkeit, irgendwelche Rücksicht auf uns zu nehmen, fort. [...] So wurden denn zu dem Vernichtungsurteil, das vor allen Dingen in der Hungerration seinen Ausdruck fand, eine Reihe schikanierender und seelisch belastender Massnahmen gefügt. So entstand der für Buchenwald so charakteristische Ton bewusster und beherrschter Grausamkeit, der aus äusseren Rücksichten plumpe Scheusslichkeiten, wie sie in den nationalsozialistischen Lagern an der Tagesordnung waren, vermied und am Ende doch die gleiche Wirkung hatte.»<sup>156</sup>

Andere Häftlinge kamen zu ähnlichen Schlussfolgerungen. Horst Wiener zum Beispiel berichtete, dass die Gefangenen in Bautzen anfangs noch nicht ernsthaft geglaubt hätten, zu einer langsamen Vernichtung verurteilt zu sein. Vielmehr hätten sie sich an die Hoffnung geklammert, dass auch die Sowjets durch Konventionen gebunden seien und internationalen Beobachtungen unterliegen würden. Erst später habe man erkannt, dass die Verantwortlichen darauf keinerlei Rücksicht nahmen. «Konventionen. Beobachtungen. Was kümmerte das schon die Russen?»<sup>157</sup> Und Benno Priess, der später ebenfalls nach Bautzen gekommen war, meinte, die von den Kommunisten zu Feinden gestempelten Men-

schen seien zur physischen Vernichtung vorgesehen gewesen, um alle ideologischen Gegner in der Sowjetzone abzuschrecken. «Sie wurden weder zu Aufbauarbeiten herangezogen, noch bedienten sich die Kommunisten ihrer zum eigenen Nutzen. Nach einem teuflischen Plan sollten sie allmählich verhungern und erfrieren.»<sup>158</sup>

Deutsche Historiker haben demgegenüber zum Ausdruck gebracht, dass es in den sowjetischen Sonderlagern keine Vernichtungs*absicht* gegeben habe, sondern die hohe Zahl der Toten auf Desorganisation, Verantwortungslosigkeit und allgemeine Versorgungsprobleme zurückzuführen sei. Insbesondere Publikationen aus Gedenkstätten mit einer «doppelten» Vergangenheit wie Buchenwald und Sachsenhausen sind darum bemüht, das Grauen der nationalsozialistischen Lagerphase nicht durch das der sowjetischen zu überdecken. Alexander von Plato, Herausgeber einer umfangreichen Studie über die Lager, kommt ebenfalls zu dem Schluss, «dass die Zustände und Konsequenzen in den sowjetischen Speziallagern auf deutschem Boden keine Gleichsetzung mit den nationalsozialistischen Vernichtungs-KZs zulassen».<sup>159</sup> Auch bei der drastischen Kalorienabsenkung könne keine Vernichtungs*absicht* nachgewiesen werden, wohl aber ein Wust von bürokratischen Parallel- und Fehlentscheidungen. Ähnlich argumentiert in derselben Studie eine Mitarbeiterin des Projekts: «Die besonders schwerwiegende Bilanz der Geschichte des Speziallagersystems in der SBZ – über 40'000 Tote – lässt sich nicht als Folge einer einkalkulierten und kaltblütig betriebenen Vernichtungsstrategie erklären.»<sup>160</sup>

Auf die Überlebenden wirken derartige Unterscheidungen oftmals wie ein Versuch, die Unmenschlichkeit der sowjetischen Nachkriegspolitik auf feinsinnige Weise zu relativieren. Wenn die Vernichtung keine Absicht war, dann kann sie nur unbeabsichtigt, also aus Versehen erfolgt sein, so dass niemandem ein politischer Vorwurf zu machen ist. Dass man Zehntausende in Lagern sterben liess, war demnach kein Mord, sondern bestenfalls fahrlässige Tötung.

Natürlich macht es einen Unterschied, ob ein Regime Menschen gezielt vernichten lässt oder ob es lediglich ihre Lebensbedingungen so gestaltet, dass sich ihre Überlebenschancen stark verringern. Doch beim Vergleich zwischen den Lagern des zwanzigsten Jahrhunderts besteht nicht nur die Gefahr, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren, sondern auch jene, die Untaten des Sowjetkommunismus zu verharmlosen. Viele Opfer teilen jedenfalls die Sichtweise Alexander Solschenizyns, der einmal bitter von den «kalten Auschwitzern des Nordens» sprach. Das GULag-Regime, so stellte der Politologe Egbert Jahn in einer Analyse von Massenvernichtungsformen fest, hatte den Vorteil, dass die Verantwortung für den Tod anonymisiert wurde und Hunger, Durst und Kälte den Tätern die Arbeit abnahmen.<sup>161</sup> Abgesehen davon, dass es für die Betroffenen keinen Unterschied machte, ob man sie mit oder ohne Absicht umbrachte, steht ausser Zweifel, dass in den sowjetischen Lagern der Tod der Gefangenen von der politischen Führung stets billigend in Kauf genommen wurde.

### *Freilassung auf Raten*

Für aufmerksame Leser des *Neuen Deutschland* war es eine Sensation: Am 8. April 1948 vermeldete das Zentralorgan der SED, dass die Fälle der in sowjetischen Lagern verharrenden Gefangenen endlich überprüft würden. Die Behörden trafen Vorbereitungen, dass in allernächster Zeit die «verhafteten deutschen Personen die Möglichkeit haben werden, sich vor eigens dazu eingesetzten Kommissionen der Besatzungsmacht zu verantworten».<sup>162</sup> Alle Jugendlichen und wegen leichterer Vergehen Festgenommene würden auf freien Fuss gesetzt, schwere Fälle künftig nur noch in öffentlichen Prozessen abgeurteilt. Erstmals dürften die Gefangenen auch die nächsten Angehörigen über ihren Verbleib benach-

richtigen. War in der Sowjetischen Besatzungszone über Nacht der Rechtsstaat ausgebrochen?

Über die Gründe für den plötzlichen Sinneswandel kann man nur Vermutungen anstellen. Die skandalöse Behandlung der Gefangenen hatte zu zahlreichen Petitionen und zu heftiger Kritik im Westen geführt. Die zuständigen sowjetischen Instanzen in Ostdeutschland hatten immer wieder darauf gedrängt, die Inhaftierten zu überprüfen. Im Februar 1948 war von der SMAD, wie erwähnt, der Abschluss der Entnazifizierung in Deutschland verkündet worden. Der Ministerrat der UdSSR beauftragte dann am 8. März 1948 eine Kommission, «innerhalb von zwei Monaten die Fälle aller deutschen Bürger zu prüfen, die sich in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands in Speziallagern in Haft befinden, mit Ausnahme der rechtskräftig verurteilten Personen».<sup>163</sup>

Überprüfen bedeutete aber nicht freilassen. Die Inhaftierungskategorien aus Berijas Säuberungsbefehl blieben dem Regierungsbeschluss zufolge grösstenteils in Kraft. So sollten «Spione» und «Diversanten» ebenso im Lager behalten werden wie Personen, die man wegen «subversiver Tätigkeit im Hinterland» verhaftet hatte. Dasselbe galt für diejenigen, die angeblich Sender betrieben, Waffenlager unterhalten oder Untergrunddruckereien eingerichtet hatten. Auch «operative Mitarbeiter» von Gestapo, Sicherheitsdienst (SD) und anderen nationalsozialistischen Straforganen waren von der Freilassung ausgenommen. Von den ehemaligen Funktionären der NSDAP und HJ sollten das Führungspersonal von Reichs-, Gebiets- und Grossstadtorganisationen sowie die Chefs der Stadt- und Kreisorganisationen weiter in Haft bleiben. Frühere Leiter «faschistischer Verwaltungsorgane» sowie «faschistische Journalisten» hatten ebenfalls keine Gnade zu erwarten. Nur die «führenden aktiven Mitglieder» der NSDAP sowie alle Personen, «bei denen die Untersuchung nicht genügend Material erbracht hat, um sie vor Gericht zu stellen», sollten unabhängig vom Charakter der gegen sie erhobenen Beschuldigung auf freien Fuss gesetzt werden.<sup>164</sup>



Der Entlassungsbeschluss der Moskauer Regierung war ebenso halbherzig wie paradox. Ausgerechnet die einst als «führende NS-DAP-Aktivisten» Verhafteten wollte man ohne weitere Prüfung freilassen. Christdemokraten, Liberale, Sozialdemokraten oder aufmüpfige Studenten hingegen sollten allesamt in Haft bleiben, ebenso Jugendliche, die angeblich als «Werwölfe» Zersetzungsbearbeitung im Hinterland der Sowjetarmee geleistet hatten. Selbst Kommunisten, die von der sowjetischen Geheimpolizei unter dem Vorwurf der Spionage ins Lager geworfen worden waren, blieben von dem Beschluss ausgenommen.

Die SED-Führung setzte sich deshalb wenig später während eines Besuches in Moskau bei Stalin für Nachbesserungen in eigener Sache ein. Unter seinem Vorsitz beschloss der sowjetische Ministerrat Ende März 1948 daraufhin die Entlassung von «internierten SED-Mitgliedern, sozialistisch eingestellten Jugendlichen und Verhafteten, die von Faschisten grundlos denunziert worden sind». Darüber hinaus sollte den Häftlingen – eine alte, in Deutschland immer wieder erhobene Forderung – erstmals der Briefwechsel mit Verwandten gestattet werden. Schliesslich forderte man den sowjetischen Staatssicherheitsdienst und die SMAD auf, in Zukunft bei bedeutenden Verhaftungen die beiden SED-Vorsitzenden Pieck und Grotewohl zu informieren sowie «von Zeit zu Zeit» auch öffentliche Gerichtsprozesse gegen inhaftierte Deutsche durchzuführen.<sup>165</sup>

Die von Stalin eingesetzte Kommission hatte nicht viel Zeit für die Überprüfungen. Innerhalb weniger Wochen sollte sie über das Schicksal Zehntausender entscheiden. Grundlage war die schmale Registrierkontrollakte der Geheimpolizei, die den jeweiligen Häftling seinerzeit eingeliefert hatte. Eigene Ermittlungen fanden nicht statt. Gleichwohl schlug die Kommission vor, von den 44'000 Gefangenen nur noch 16'000 in Haft zu behalten – die übrigen 28'000 sollten entlassen werden.

Der Sinneswandel war beachtlich. Fast zwei Drittel der Gefangenen hielt man nun auf einmal für unschuldig, so dass ihnen auch kein Prozess gemacht zu werden brauchte. Ein Grossteil von ihnen

– mehr als 22'000 Personen oder die Hälfte aller Lagerinsassen – waren der Kommission zufolge kleine Funktionäre der NSDAP oder ihrer Jugendorganisationen unterhalb der Kreisebene gewesen. Knapp 2'000 zu Entlassende hätten nur dem Volkssturm oder anderen paramilitärischen Organisationen angehört, über 800 seien lediglich Sekretärinnen oder Ähnliches gewesen.<sup>166</sup> Nach einer Auflistung der Parteizugehörigkeit sollten mehr als 26'000 ehemalige Nationalsozialisten entlassen werden – nicht aber die 349 Mitglieder der von den Sowjets lizenzierten Parteien. Für einen grossen Teil der Häftlinge kam der Entlassungsplan allerdings ohnehin zu spät: Bis dato waren fast 39'000 Gefangene im Lager gestorben.

Aus eigenem Ermessen nahm die Kommission noch weitere Personen von der Freilassung aus. Zwei Drittel der mehr als 3'000 jugendlichen Lagerinsassen sollten in Haft bleiben, da es «angesichts ihrer praktischen feindlichen Tätigkeit im Moment unzweckmässig» sei, sie zu entlassen.<sup>167</sup> Sogar 352 Jugendliche unter sechzehn Jahren behielt man aus diesem Grund im Lager. Gleiches galt für diejenigen, die an Beerdigungen beteiligt oder die über die hohe Sterblichkeit informiert waren.

Am 30. Juni 1948 bestätigte der sowjetische Ministerrat die Vorschläge der Kommission. Jetzt sollte es plötzlich ganz schnell gehen. Ein von Stalin unterschriebener Beschluss legte fest, dass die ausgewählten Gefangenen innerhalb von zwei Monaten auf freien Fuss gesetzt werden sollten. Die Tatsache, dass man ihnen keinen Prozess gemacht hatte, sie also offensichtlich grundlos in Lagerhaft gekommen waren, hatte allerdings nicht zur Folge, dass sie in irgendeiner Weise rehabilitiert wurden oder eine Entschädigung erhielten. «Am 14. Juli 1948, dem zweiten Tag der Entlassungen, war ich an der Reihe», berichtete ein Häftling aus Mühlberg. «Wie wir gekommen waren, ging es wieder heimwärts, also mit allen noch Lebenden aus meinem Heimatort. Am Tor hielt uns ein sowjetischer Offizier eine kurze Rede. Wir könnten annehmen jede Stellung in Ökonomie und Verwaltung, sollten uns fern halten der

Politik des Schumachers (SPD-West!) und gut Freund werden der Sowjetunion. War das nicht ein bisschen viel verlangt?»<sup>168</sup>

Mit plumpen Methoden versuchten die Verantwortlichen in letzter Minute, die menschenunwürdigen Zustände in den Lagern zu kaschieren. Am Tag der Entlassung erhielten die Gefangenen neue Kleidung, die in den Lagerwerkstätten angefertigt worden war. «Alle bekamen einen von den im Lager nicht unbedingt fachgerecht geschneiderten grauen Anzügen aus billigem Stoff mit Fischgrätenmuster, ein bläuliches Stoffhemd, eine Mütze, Socken, Segeltuchschuhe und ein Handtuch», schilderte ein früherer Buchenwald-Häftling die Prozedur. «Von der Rückgabe persönlichen Eigentums, etwa Wertsachen, die den älteren Häftlingen nach ihrer Verhaftung abgenommen wurden, konnte keine Rede sein.»<sup>169</sup> Ausserdem durchsuchte man jeden genau, damit keine Aufzeichnungen hinausgeschmuggelt werden konnten. Schliesslich bekamen die Gefangenen einen Entlassungsschein, der vom Chef der jeweiligen Landespolizei unterzeichnet war – als hätten sie nie in einem sowjetischen Lager gesessen. Zu den Vertuschungsbemühungen gehörte nicht zuletzt, dass die Hinterbliebenen der Toten keinerlei Nachricht erhielten und dadurch weiterhin im Ungewissen blieben. Selbst den ostdeutschen Behörden teilte man die Namen der Verstorbenen nicht mit, so dass die Betroffenen nur als vermisst gelten konnten.

Für diejenigen, die im Lager bleiben mussten, war die Entlassungsaktion ein unendlich trauriger Vorgang. «Einer meiner zurückbleibenden gleichaltrigen Kameraden, Günter Richter aus der Nähe von Luckau, stand mit tränenden Augen, die Hände am Stacheldraht, und blickte mir nach», berichtete der oben erwähnte Kurt Noack, der im Juli 1945 als Fünfzehnjähriger in der Lausitz verhaftet worden war.<sup>170</sup> Und Hermann Pfennigwerth, von 1923 bis zu seiner Einberufung 1943 Lokalredakteur der *Oberlausitzer Tageszeitung*, erzählte aus Bautzen: «Bei den Entlassungen 1948 war ich nicht dabei. Gründe dafür wurden natürlich nicht angege-

ben. Wir wurden in die Aussenbaracken des Lagers verlegt, da man die Anstalt selbst wahrscheinlich für Kriminelle benötigte. Damit hatte für mich auch das Arbeitskommando ein Ende, und die Tage vergingen nun noch langsamer. Auch die Themen für die Gespräche waren längst erschöpft. Es setzte eine zunehmende Lethargie ein.»<sup>171</sup>

In politischer Hinsicht verschlechterte sich die Lage für die Zurückgebliebenen sogar. Wenn die Überprüfungscommission es abgelehnt hatte, sie freizulassen, dann musste man annehmen, dass es dafür auch Gründe gab. Durch die Aktion waren sie gleichsam auf kaltem Wege abgeurteilt worden. Ihr Status ähnelte jetzt eher dem von Strafgefangenen als dem von vorübergehend Festgesetzten – ohne dass sie je die Chance bekommen hatten, ihren Fall von einer unabhängigen Instanz prüfen zu lassen. Sie wurden weder einem Gericht vorgeführt noch wussten sie, wie lange sie in Haft bleiben sollten.

Die sowjetischen Sicherheitsbehörden schienen die verbliebenen 30'000 Lagerinsassen in der SBZ nun tatsächlich eher als Sträflinge denn als Internierte zu betrachten. Im August 1948 wurden die Sonderlager jedenfalls der Moskauer GULag-Verwaltung unterstellt und damit Teil des sowjetischen Straflagersystems. Auf diese Weise verlor die Abteilung Speziallager in Berlin-Hohenschönhausen ihre Selbstständigkeit. Die neuen Verantwortlichen schickten alsbald eine Kommission nach Deutschland, um sich ein Bild von der Situation vor Ort zu verschaffen. In einem fünfundvierzigseitigen «Übernahmeprotokoll» vom November 1948 schilderte die Delegation die Lage und gab zahlreiche Empfehlungen ab.

Dem Bericht zufolge hatte man es am 1. Oktober 1948 noch mit 28'000 Lagerinsassen zu tun, von denen die Hälfte verurteilt worden war. 4'400 Häftlinge befanden sich in Lazarettstationen, 5'000 waren in den zurückliegenden neun Monaten gestorben. Diese erschreckenden Fakten hinderten den Leiter der GULag-Verwaltung, Georgi Dobrynin, jedoch nicht daran zu resümieren: «Die Wohn- und Lebensbedingungen der Gefangenen und des Spezkontingents, der sanitäre Zustand der Gebäude und der Gelände sind

zufriedenstellend. [...] Das gesamte Kontingent ist mit individuellen Schlafplätzen und Bettzeug versorgt. Die Speziallager haben mechanisierte Küchen, Bäckereien, Wäschereien und Hilfsbetriebe mit allen Dienstleistungen. [...] Lebensmittel erhalten sie rechtzeitig und in guter Qualität.»<sup>172</sup>

Noch vor der Fertigstellung des Berichts schlossen die GULag-Verantwortlichen die Lager Fünfeichen und Mühlberg. Durch die Entlassungen war der Bedarf an Haftorten stark zurückgegangen; nach den sowjetischen Normen hatte man sogar noch Kapazitäten für über 13'000 Gefangene frei. Von den ursprünglich zehn Lagern blieben jetzt nur noch drei übrig, die jeweils unterschiedliche Häftlingsgruppen verwahrten. Entsprechend den früheren Festlegungen befanden sich die «Langstrafer» nunmehr in Bautzen, wo – wie es der GULag-Chef nannte – «Gefängnisregime» herrschte.<sup>173</sup> Die «Kurzstrafer» sassen dagegen in Sachsenhausen, und die ohne Urteil Internierten waren mehrheitlich in Buchenwald.

Nach diesen ersten Massnahmen kümmerte sich aber offensichtlich auch die GULag-Verwaltung im sowjetischen Ministerium für Innere Angelegenheiten (MWD) nicht mehr um die Gefangenen im fernen Deutschland. Auch Serow war inzwischen nach Moskau zurückgekehrt, das Innenministerium hatte daher keinen Bevollmächtigten mehr vor Ort. Im Dezember 1948 bat der Leiter der Abteilung Speziallager in Deutschland, Zikljajew, in Moskau jedenfalls dringend um Hilfe und klagte über einen Mangel an Unterstützung. «Obwohl vier Monate vergangen sind, erfolgt keinerlei Führung und Hilfe seitens der GULag, und die Speziallager arbeiten wie bisher ohne Anleitung», hiess es in seinem Brief an den obersten GULag-Chef Dobrynin. «Die komplizierten Arbeitsbedingungen in Deutschland bei der Verwahrung der Gefangenen schaffen grosse Schwierigkeiten, und das Fehlen einer realen, systematischen Hilfe durch das MWD der UdSSR lässt es nicht zu, die Arbeit der Speziallager in Ordnung zu bringen.» Der Angeschriebene bat seine Untergebenen daraufhin um einen Bericht

und notierte unter dem Brief: «Es wurde ein Plan gemacht, doch offensichtlich nichts getan.»<sup>174</sup>

Mit der Entlassung von 28'000 Häftlingen im Sommer 1948 war das Problem der Lager zwar entschärft, aber nicht gelöst worden. Was mit den übrigen Insassen geschehen sollte, hatte der Regierungsbeschluss offengelassen. An der Lage der verbliebenen Gefangenen änderte sich in den nächsten anderthalb Jahren nichts. Schon nach kurzer Zeit kamen deshalb erneut bohrende Fragen aus Deutschland – auf die man in Moskau wiederum nicht reagierte.

Im November 1948 warf der Leiter der Gulag-Verwaltung, Dobrynin, bereits bei der Übernahme der Lager die Frage auf, wie mit der weiteren Haft und der Überprüfung des «Spezkontingents» zu verfahren sei. Der stellvertretende Innenminister Serow blockte das Thema jedoch ab und vermerkte handschriftlich: «Entscheidet nichts selbst. Das ist Sache der Instanz.»<sup>175</sup> Mit «Instanz» pflegte man intern das Politbüro zu bezeichnen.

Im selben Monat wandte sich auch der Chef der Sowjetischen Militäradministration (SMA) in Thüringen, Iwan Kolesnitschenko, an das Moskauer Zentralkomitee. Schon einmal hatte er, wie erwähnt, mit drastischen Worten darauf hingewiesen, wie schädlich es sei, dass die sowjetische Geheimpolizei in der SBZ Menschen einfach verschwinden lasse – ohne die Verwandten zu informieren oder ihnen Besuche zu ermöglichen. Jetzt erneuerte er seine Kritik und erklärte, dass sich an der Vorgehensweise im Grunde nichts geändert habe. In einem ausführlichen Memorandum wies er diesmal darauf hin, dass sogar unter dem NS-Regime die Angehörigen eines Verhafteten in der Regel benachrichtigt worden seien. «Unsere sowjetischen Sicherheitsorgane hingegen führen den Kampf gegen politische Verbrecher mit völlig anderen Methoden. Ich spreche gar nicht über 1945, wo wir eine derartige Willkür zuließen, dass man unter einige Fälle auch heute noch keinen Schlussstrich ziehen kann; doch auch jetzt ruft bei der deutschen Bevölkerung das ‚Verschwinden‘ von Menschen aufgrund der Tätigkeit

unserer Operativen Sektoren grösste Unzufriedenheit hervor und liefert allen feindlichen Elementen Munition für antisowjetische Propaganda.»<sup>176</sup>

Bei einem weiteren Vorstoss im Dezember 1948 machte Zikljajew, Leiter der Abteilung Speziallager in Deutschland, verschiedene Vorschläge, was mit den Häftlingen geschehen sollte – ohne freilich Gehör zu finden. In seinem Antwortschreiben lehnte es Serow im Januar 1949 als «unzweckmässig und unnötig» ab, die verurteilten Deutschen in die UdSSR zu transportieren, da diese wenig arbeitsfähig seien und ihre Unterbringung in sowjetischen Lagern die Gulag nur belasten würde. Auch eine zweite Überprüfung der ohne Urteil Festgehaltenen erschien ihm «verfrüht», solange der weitere Verbleib bestimmter Gruppen von Kriegsgefangenen in der UdSSR nicht geklärt sei. Als «nicht zweckmässig» wurde von ihm zudem die Frage verworfen, ob die Lager nicht lieber an das Ministerium für Staatssicherheit übergeben werden sollten.<sup>177</sup>

Die zahlreichen Verurteilungen durch Sowjetische Militärtribunale führten dazu, dass sich die Lager in dieser Zeit sogar wieder mit neuen Häftlingen füllten. Insbesondere das Gefängnis Bautzen war bald restlos vollgepfropft. Im Juni 1949 fragte der neue Leiter der Abteilung Speziallager, Wladimir Sokolow, in Moskau nach, ob man die arbeitsauglichen Gefangenen, die zu mehr als fünfzehn Jahren Haft verurteilt worden waren, nicht in die Sowjetunion überführen könne. Zwei Wochen später wollte er wissen, ob sich die zu kürzeren Strafen Verurteilten nicht an deutsche Gefängnisse überstellen liessen. Ende Juli 1949 schlug er schliesslich vor, erneut eine Kommission zu bilden, die sich mit den ohne Urteil Eingewiesenen beschäftigen sollte. Seiner Meinung nach waren diese entweder zu verurteilen oder zu entlassen. Die Antwort aus Moskau fiel wenig freundlich aus. Harsch vermerkte Serow auf dem Schreiben: «Er soll sich um seine eigenen Angelegenheiten kümmern.»<sup>178</sup>

Im Vorfeld der DDR-Gründung wandte sich schliesslich auch die SED-Führung an Stalin, um die schwere Hypothek der Lager

loszuwerden. Vor allem in der westlichen Öffentlichkeit gerieten die sowjetischen Haftanlagen immer stärker in die Kritik. Die «roten KZs», wie sie in den Medien häufig genannt wurden, erleichterten es, die kommunistische Diktatur in eine Reihe mit dem NS-Regime zu stellen. Vor allem aber belegten sie, dass die Macht im Osten immer noch bei den Sowjets lag. In einem Brief vom September 1949 schlugen Pieck, Grotewohl und Ulbricht vor: «Wir halten es für zweckmässig, die bestehenden Straflager in der Ostzone aufzulösen, die von den Sowjetorganen abgeurteilten Verbrecher nach der Sowjetunion zu transportieren und die übrigen den deutschen Organen zu übergeben.»<sup>179</sup> Offensichtlich hatten sie nichts dagegen, dass die Verurteilten deportiert würden, wenn man dafür die Schliessung der Lager in Deutschland verkünden könnte.

Im Oktober 1949 beschloss das sowjetische Politbüro daraufhin tatsächlich, erneut eine Kommission zu bilden, welche die Lagerinsassen überprüfen sollte. Diejenigen, «die wegen geringfügiger Verbrechen inhaftiert sind und für die demokratische Ordnung in Deutschland gegenwärtig keine Gefahr darstellen», sollten dem Beschluss zufolge entlassen werden.<sup>180</sup> Für die Übrigen war vorgesehen, sie den deutschen Behörden zu übergeben, damit sie vor Gericht gestellt beziehungsweise ihre restliche Strafe in deutschen Gefängnissen verbüssen würden.

Nach einem weiteren Beschluss des Politbüros von Ende Dezember 1949 befahl das Moskauer Innenministerium im Januar 1950, die Speziallager in Deutschland aufzulösen. Zu dieser Zeit befanden sich immerhin noch knapp 30'000 Menschen in den drei Sonderlagern Buchenwald, Sachsenhausen und Bautzen. Mehr als die Hälfte von ihnen – rund 16'000 – hatte ein Sowjetisches Militärtribunal verurteilt. Um die Entscheidung öffentlichkeitswirksam auszuschlachten, schrieb der Vorsitzende der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland, Wassili Tschuikow, feierlich an SED-Chef Ulbricht: «Ich habe die Ehre, Ihnen mitzutei-



len, dass laut Beschluss der Regierung der UdSSR alle Internierungslager, die unter Kontrolle der sowjetischen Behörden in Deutschland standen – Buchenwald, Sachsenhausen und Bautzen –, liquidiert werden.»<sup>181</sup>

Die DDR-Presse startete nach dieser Ankündigung eine Propagandakampagne, die nicht nur die vermeintliche Grossherzigkeit der sowjetischen Besatzungsmacht rühmte, sondern auch noch ein völlig verlogenes Bild des Lagerlebens zeichnete. Eine Zeitschrift veröffentlichte eine Reportage über Sachsenhausen, in der behauptet wurde, die Insassen hätten sich von ihrem sowjetischen Wachpersonal – «in vielen Fällen Freunde» – mit Tränen verabschiedet. «Ein Tagesablauf im Internierungslager entsprach durchaus dem Tagesablauf eines werktätigen Menschen. Ausser dem Freiheitsentzug gab es keine besonderen Härten.» Und in der *Neuen Berliner Illustrierten* konnte man lesen: «Ausreichend ernährt und gekleidet sind alle Insassen des Lagers. [...] Die Rationen entsprechen der an die arbeitende Bevölkerung bis Dezember '49 ausgegebenen Karte 2.»<sup>182</sup>

Dem Schlussbericht der Abteilung Speziallager in Deutschland zufolge wurde das «Spezialkontingent» am 16. Februar 1950 aufgelöst. Von den Lagerinsassen wurde allerdings nur etwa die Hälfte – rund 15'000 Personen, davon etwas mehr als 5'000 SMT-Verurteilte – wirklich freigelassen. Zwei Drittel der Verurteilten – knapp 11'000 Personen – sollten ihre Strafe in DDR-Gefängnissen weiter absitzen, 649 Deutsche, die angeblich einen «besonders aktiven Kampf gegen die Sowjetunion geführt» hatten, wurden dem sowjetischen Staatssicherheitsdienst übergeben, 58 Ausländer deportierte man in ein Straflager in der UdSSR.<sup>183</sup> Exakt 3'432 Lagerinsassen sollten, gewissermassen nachträglich, vor ein DDR-Gericht gestellt werden. Während die früheren nationalsozialistischen Konzentrationslager der Roten Armee zur weiteren Nutzung übergeben wurden, gelangte das «Gelbe Elend» von Bautzen in die Obhut des DDR-Innenministeriums.

Die Nachricht über die Auflösung der Lager löste in Deutsch-

land die Hoffnung aus, dass eines der dunkelsten Kapitel der Nachkriegszeit abgeschlossen werden könnte. Vor allem die Inhaftierten selbst erwarteten, von den nunmehr verantwortlichen deutschen Stellen gerechter behandelt zu werden und nach Jahren der Haft endlich die Chance zu bekommen, die gegen sie erhobenen Vorwürfe zu entkräften. Doch diese Hoffnungen wurden bitter enttäuscht; für viele Gefangene verschlechterte sich die Situation sogar noch.

Die über 10'000 SMT-Verurteilten wurden in verschiedene Haftanstalten der DDR gebracht. Dort behandelte man sie wie Schwerstkriminelle – obwohl eine interne Durchsicht ergeben hatte, dass darunter Fälle waren, «in denen Verhaftungen und vielleicht auch Verurteilungen durchgeführt wurden, ohne dass ein Verschulden des Inhaftierten vorgelegen habe».<sup>184</sup> Anny Förster, die 1946, nachdem ihr Bruder in einem früheren NS-Wehrertüchtigungslager alte Waffen entdeckt hatte, als angeblicher Werwolf verurteilt worden war, berichtete über ihren Abtransport aus Sachsenhausen: «Als dort das Lager geräumt wurde, hofften wir alle auf Entlassung, aber unsere Bündel durften wir nur für einen Transport nach Stollberg-Hoheneck packen. Vor Enttäuschung und Verzweiflung wurden viele krank, zumal uns das Polizeifrauenkommando dort als Schwerverbrecher in Empfang nahm. ‚Vergast müsstet Ihr alle werden!‘ war die Begrüssung.»<sup>185</sup>

In Anlehnung an das sowjetische Strafsystem hatte die Moskauer Regierung bestimmt, dass die Häftlinge dem DDR-Innenministerium übergeben werden sollten. Doch dieses verfügte über gar keine Gefängnisse. Das Justizministerium der DDR musste deshalb über Nacht die Haftanstalten in Torgau, Luckau, Untermassfeld und Hoheneck abgeben, damit die zahlreichen Gefangenen untergebracht werden konnten. Ein Teil der Häftlinge kam in das bisherige Speziallager Bautzen, in dem sich die ohnehin angespannte Lage dramatisch zuspitzte. In den einst für 1'200 Häftlinge ausgelegten Sälen drängten sich nun rund 6'000 Gefangene, von denen viele bereits völlig ausgemergelt oder an Tuberkulose erkrankt waren.

Während sich die Zahl der Inhaftierten sprunghaft erhöhte, wurden gleichzeitig die Lebensmittelrationen gekürzt. Die verzweifelten Häftlinge protestierten im März 1950 gegen diese Zustände, indem sie sich weigerten, die Wassersuppe zu sich zu nehmen. Sie hängten sich an die vergitterten Fenster und riefen lautstark «Freiheit!» und «Wir haben Hunger!». Volkspolizisten stürmten daraufhin das Gefängnis und knüppelten die geschwächten Menschen nieder. In einem wenig später herausgeschmuggelten Brief, den der SPD-Politiker Herbert Wehner im Deutschen Bundestag verlas, berichteten die Gefangenen über ihren Protest und baten die Weltöffentlichkeit um Hilfe. «Zum erneuten Male», so schrieben sie verzweifelt, «wurden die Menschen in einen Zustand getrieben, der ihnen den Genickschuss oder die Gaskammer als humanitäre, weil schnellere und schmerzlosere Methoden erscheinen liess!»<sup>186</sup>

Kaum besser erging es jenen annähernd 3'500 Lagerinsassen, die «zur Untersuchung ihrer verbrecherischen Tätigkeit und Aburteilung durch Gerichte der DDR» in die Strafanstalt Waldheim überführt wurden. «In verdrahteten Viehwagen unter schärfster Bewachung der Vopo [Volkspolizei, H. K.], die mit Hunden, Pistolen, Karabinern, Maschinenpistolen und Scheinwerfern den Transportzug sicherte, trafen wir am 15. Februar 1950 nachts im Zuchthaus Waldheim ein», berichtete einer der damaligen Häftlinge später. «Als wir durch das Tor schritten, stürzten sich aus dunklen Ecken und Mauernischen Vopos auf uns, schlugen uns die Kopfbedeckungen herunter, entrissen uns Koffer und Aktentaschen und trieben uns mit Schlägen und Fusstritten in die Zellen.»<sup>187</sup>

Die nachträgliche Aburteilung der Lagerhäftlinge gilt als einer der grössten Justizskandale der deutschen Rechtsgeschichte. Von Anfang an stand fest, dass kein Einziger von ihnen freigesprochen werden sollte. Wie ein Befehlsempfänger führte die junge DDR-Justiz aus, was die Besatzungsmacht von ihr verlangte. Da die sowjetische Überprüfungscommission bereits entschieden hatte, wer zu entlassen war und wer nicht, beschränkte sich die Rolle der

Richter darauf, über die Höhe des Strafmasses zu befinden – doch selbst dafür bekamen sie genaue Anweisungen. Der Leiter der Abteilung für Sicherheitsfragen im Zentralkomitee der SED, Gustav Röbbelen, wies sie unumwunden an: «Es gilt die Menschen, die von unseren Freunden bisher festgehalten wurden, auch weiterhin in Haft zu behalten, da sie unbedingte Feinde unseres Aufbaus sind. Würden die noch in Haft befindlichen, den deutschen Behörden übergebenen Menschen von unseren Freunden nicht als Feinde angesehen, wären sie mit entlassen worden. Es gilt also, sie unter allen Umständen hoch zu verurteilen.»<sup>188</sup>

Um dies zu gewährleisten, wurde ein so genanntes Organisationskomitee gebildet, das die Aburteilung der Lagerinsassen vorbereiten sollte. Die Durchführung der Prozesse übertrug man keinem üblichen Gericht, sondern eigens gebildeten Strafkammern aus handverlesenen Richtern und Staatsanwälten, die ausnahmslos der SED angehörten. Eine selbstständige Überprüfung der Vorwürfe, die zur Einweisung ins Lager geführt hatten, erfolgte nicht. Stattdessen stützte man sich ausschliesslich auf die in den Registrierkontrollakten festgehaltenen Beschuldigungen der sowjetischen Sicherheitsorgane und fertigte daraus entsprechende Anklageschriften.

Die Sondergerichte – die laut DDR-Verfassung gar nicht zugelassen waren – traten vom 26. April bis zum 14. Juni 1950 im Häftlingskrankenhaus der Waldheimer Strafanstalt zusammen. Da das sowjetische Material für eine Verurteilung kaum ausreichte und viele Gefangene zudem erklärten, dass sie zu ihren Aussagen gezwungen worden seien, fanden die Prozesse sicherheitshalber hinter verschlossenen Türen statt. Dreiundvierzig Personen waren bereits in der Untersuchungshaft gestorben, die übrigen, häufig schwer kranken Angeklagten wurden dem Gericht mit kahl geschorenen Schädeln und in Handschellen vorgeführt. Sie durften weder Entlastungszeugen benennen noch einen Strafverteidiger hinzuziehen, und selbst die Anklageschrift bekamen sie erst einen Tag vor Prozessbeginn zur Kenntnis. Nur den Kandidaten für die

Todesstrafe wies man jeweils einen Staatsanwalt als Pflichtverteidiger zu, was freilich nicht verhinderte, dass vierundzwanzig von ihnen Anfang November hingerichtet wurden. Da der Schuldspruch bereits vorher beschlossene Sache war, fanden entlastende Erklärungen der Angeklagten, und waren sie noch so überzeugend, keine Berücksichtigung.

Wie am Fließband fertigten die Richter «im Namen des Volkes» ihre meist völlig überhöhten Urteile aus – durchschnittlich siebzig pro Tag. Fast 2'000 Gefangene erhielten Haftstrafen zwischen fünfzehn und fünfundzwanzig Jahren, wobei die vorangegangene Lagerzeit nicht angerechnet wurde. Insgesamt verhängten die Sondergerichte rund 56'000 Jahre Zuchthaus. Erst nach Abschluss dieser Schnellverfahren berichtete die DDR-Presse über sieben eigens inszenierte Schauprozesse. Unter anderem präsentierte man der Öffentlichkeit den früheren Kommandanten des nationalsozialistischen Konzentrationslagers Hohenstein, um den Eindruck zu erwecken, die Speziallagerhäftlinge seien von den sowjetischen Sicherheitsorganen allesamt zu Recht inhaftiert und nun von deutschen Gerichten ihrer gerechten Strafe zugeführt worden.

Die skandalösen Rechtsverstöße bei den Waldheimer Prozessen stiessen schon bei den Zeitgenossen auf Kritik. So wandte sich Thomas Mann, der in dieser Zeit der SED sonst eher mit Verständnis gegenübertrat, in einem Brief an den stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, Walter Ulbricht. Entsetzt fragte ihn der Schriftsteller, welchen Sinn es ergebe, «diese armen Kreaturen [...] ganz im Stil des Nazismus und seiner ‚Volksgerichte‘, ganz im Stil jenes zur Hölle gefahrenen Roland Freisler, der genauso seine Zuchthaus- und Todessprüche verhängte, aburteilen zu lassen».<sup>189</sup> Selbst der Staatssekretär im DDR-Justizministerium, Helmut Brandt, von der gleichgeschalteten CDU, der an einigen der Verfahren teilnehmen konnte, zeigte sich schockiert. Er forderte seinen Parteichef, den stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke, auf, in der Regierung zu intervenieren.

Im August 1950 schrieb Nuschke daher an Justizminister Max

Fechner (SED) und wies auf die Verletzungen grundlegender Rechtsprinzipien hin, die ihm auch von Angehörigen geschildert worden waren. Die Urteile seien uniform und stünden in keinem Verhältnis zu gleich gelagerten Fällen, die von anderen DDR-Gerichten abgeurteilt worden seien. «Ich schlage deshalb vor, dass der Ministerrat einen Prüfungsausschuss einsetzt, der die ergangenen Urteile nachprüft, die beteiligten Staatsanwälte, Richter und sonstigen Personen vernimmt und bestimmte Richtlinien erarbeitet, die geeignet sind, die erregte Öffentlichkeit zu beruhigen.»<sup>190</sup>

Doch weder die SED noch die Sowjets liessen zu, dass die Rechtmässigkeit der Waldheimer Prozesse, die als eine Art «Nürnberg der DDR» in die Geschichte eingehen sollten, in Frage gestellt würde. Statt die Urteile zu überprüfen, verhaftete man Justizstaatssekretär Brandt Anfang September 1950 und schloss ihn wenig später aus der DDR-CDU aus. Für nahezu vier Jahre verschwand er im Kellergefängnis von Berlin-Hohenschönhausen in so genannter Untersuchungshaft. Obwohl eine staatliche Überprüfungskommission 1952 dann doch knapp 1'000 Häftlinge auf freien Fuss setzte und bei etwa noch einmal so vielen das Strafmass reduzierte, wurde Brandt zwei Jahre später wegen «schweren Verrats» zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Waldheimer Prozesse, die die unnachgiebige Bestrafung von NS-Tätern im Osten Deutschlands unter Beweis stellen sollten, belegten nicht nur auf grausame Weise, dass die DDR ein Unrechtsstaat war, sondern führten auch dazu, dass die tatsächlich Schuldigen unter den Verurteilten juristisch unbestraft blieben: Wegen der gravierenden Verfahrensmängel erklärte das Westberliner Kammergericht schon 1954 die Urteile allesamt für nichtig. Nach dem Ende der SED-Diktatur schloss sich 1991 auch das Bezirksgericht Dresden dieser Auffassung an. Die sowjetische Besatzungsmacht und die von ihr gelenkte SED haben damit nicht nur viele Unschuldige für Jahre ins Gefängnis gebracht und ihnen schweren Schaden an Leib und Seele zugefügt. Sie tragen zugleich

die Verantwortung dafür, dass tatsächlich begangene Verbrechen niemals überzeugend aufgeklärt wurden und keine rechtskräftigen Verurteilungen nach sich zogen.

Die Freilassung aller einstigen Lagerinsassen liess noch lange auf sich warten. Trotz zahlloser Wiederaufnahmegesuche von Angehörigen kamen die letzten Waldheim-Verurteilten erst Ende der fünfziger Jahre frei. Ähnlich erging es den von Sowjetischen Militärtribunalen Bestraften, von denen bis zu Stalins Tod im März 1953 nur einige Hundert, überwiegend Schwerkranke und Alte, amnestiert wurden. Die Militärtribunale fällten in der DDR sogar noch neue Urteile, so dass sich im August 1953 knapp 12'000 SMT-Verurteilte in deutschen Zuchthäusern befanden. Anders als früher kamen die Betroffenen nun nicht mehr in Lager, sondern in den ostdeutschen Strafvollzug, aus dem sie aber nicht ohne Zustimmung der Sowjetunion entlassen werden durften. Einzelne Gefangene wurden nach wie vor in die UdSSR deportiert.

Erst unter dem Eindruck des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 beschloss die sowjetische Parteiführung im November des Jahres, eine grössere Zahl von Häftlingen freizulassen: Gut 6'000 SMT-Verurteilte, die sich in Gefängnissen der DDR befanden, sowie knapp 5'000 Deutsche, die in sowjetischen Lagern sassen, sollten auf freien Fuss gesetzt werden. Die übrigen mehr als 5'000 Verurteilten erlangten 1956/57 und teilweise erst in den sechziger Jahren die Freiheit. Anfang 1956 kamen die letzten in die Sowjetunion deportierten Lagerinsassen aufgrund einer Vereinbarung zwischen Bundeskanzler Konrad Adenauer und der Moskauer Regierung frei. Die meisten der Verurteilten, die in den neunziger Jahren einen Antrag auf Rehabilitierung stellten, wurden von der russischen Militärstaatsanwaltschaft inzwischen für unschuldig erklärt.

### *Eine Form der Entnazifizierung?*

Nach der Auflösung der Lager versuchte die SED den Eindruck zu erwecken, es habe sich bei den Inhaftierungen um eine Massnahme zur Entnazifizierung gehandelt – so wie sie von den Alliierten gemeinsam beschlossen worden und auch im Westen üblich gewesen sei. Die UdSSR hat ebenfalls bis zuletzt an dieser Darstellung festgehalten. So erklärte das sowjetische Innenministerium in einer Denkschrift vom Juli 1990: «Die Einrichtung von Lagern war eines der Glieder in dem System der radikalen Massnahmen, die für die Ausrottung des Faschismus und Militarismus notwendig waren, damit Deutschland, wie es im Potsdamer Abkommen heisst, niemals wieder seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann’.»<sup>191</sup>

Auch in wissenschaftlichen Publikationen werden die Massenverhaftungen der östlichen Besatzungsmacht teilweise unbedacht in den Kontext der Entnazifizierung gestellt. Die Sonderlager der sowjetischen Geheimpolizei firmieren vielfach als Internierungslager, die es auch bei den westlichen Alliierten gab und die dort dazu dienten, NS-verdächtige Deutsche festzuhalten, bis ihre Fälle geklärt waren. Immer wieder wird in diesem Zusammenhang auch auf die Potsdamer Konferenz verwiesen, auf der die Alliierten im August 1945 beschlossen, führende nationalsozialistische Funktionäre und andere gefährliche Personen zu arretieren. So heisst es in der Einleitung zu einer ansonsten verdienstvollen Quellenedition zum Thema Speziallager: «Aus diesem Grunde konnten sich die Alliierten in Potsdam auch schnell auf eine gemeinsame Festlegung in der Frage der Internierungen einigen, als deren Ausführungsbestimmung für die SBZ der Befehl Nr. 00315 gelten konnte.»<sup>192</sup>

In Wirklichkeit hatten die Massenverhaftungen mit einer rechtsstaatlichen Entnazifizierung nicht das Geringste zu tun. Sie waren vielmehr Ausdruck des «gewöhnlichen» Stalinistischen Terrors,



wie er auch in anderen von der Sowjetunion eroberten Staaten angewandt wurde – einschliesslich solcher, die zuvor selber Opfer des Nationalsozialismus geworden waren. Schon die ersten Massenverhaftungen deutscher Zivilisten in Südosteuropa dienten ausschliesslich der Rekrutierung von Arbeitskräften, die im sowjetischen Zwangsarbeitersystem eingesetzt werden sollten. Auch die zweite Welle der Deportationen, die zu Beginn des letzten Kriegsjahres die deutschen Ostgebiete traf, verfolgte dieses Ziel. Selbst die Säuberungsbefehle von Januar und April 1945 zielten nicht auf eine Entnazifizierung im eigentlichen Sinne. Die Anordnungen standen vielmehr im Kontext militärischer Massnahmen und schrieben lediglich das fort, was zuvor auch in den anderen eroberten Staaten erfolgt war. Nicht umsonst begann Berijas Säuberungsbefehl vom April mit den Worten: «Von den Frontbevollmächtigten des NKWD der UdSSR sind künftig beim Vorrücken der Truppen der Roten Armee auf das vom Feind befreite Territorium bei der Durchführung tschekistischer Massnahmen zur Säuberung des Hinterlandes der kämpfenden Truppen der Roten Armee von feindlichen Elementen zu verhaften» – von einer Bestrafung der Verantwortlichen für das NS-Regime oder gar einer politischen Erneuerung in Staat und Gesellschaft war keine Rede.<sup>193</sup>

Auf sowjetischer Seite gab es, wie sich bei entsprechenden Konsultationen der Alliierten herausstellte, mindestens bis März 1945 keinerlei Planungen für eine Entnazifizierungspolitik in Deutschland. Zum ersten Mal damit konfrontiert wurde Moskau, als die Amerikaner in der interalliierten European Advisory Commission (EAC) den Entwurf einer Direktive vorlegten, der zufolge Kriegsverbrecher und alle, die an der Planung und Durchführung von Kriegsverbrechen und Gräueltaten mitgewirkt hatten, vor Gericht gestellt und bestraft werden sollten. «Nazi-Führer und einflussreiche Unterstützer der Nazis und alle anderen Personen, die der Besatzung oder ihren Zielen gefährlich werden können, werden verhaftet und interniert», hiess es in dem Entwurf der USA.<sup>194</sup>

Obwohl die Sowjetunion noch im März 1945 die detaillierten amerikanischen Planungen zur Entnazifizierung erhielt, zeigte sie auch in der Folgezeit keine Bemühungen, die Verantwortlichen für das nationalsozialistische Terrorregime individuell zur Rechenschaft zu ziehen. Laut Berijas Säuberungsbefehl vom April waren sogar, wie beschrieben, ausgerechnet die am stärksten belasteten Träger des NS-Staates – Angehörige der SS und das Personal von Gestapo, SD, Gefängnissen und Konzentrationslagern – wie normale Wehrmachtssoldaten zu behandeln. Statt sie vor Gericht zu stellen, wurden sie als «Kriegsgefangene» in die Sowjetunion gebracht. Auch diejenigen, die Berija verhaften und in Sonderlager einweisen liess, darunter alle «aktiven Mitglieder der nationalsozialistischen Partei», sollten keineswegs einem gerichtlichen Verfahren unterzogen, sondern nur «von der Gesellschaft isoliert» werden. «Sie werden nicht angeklagt, und über sie werden keine Gerichtsakten, wie in der Strafprozessordnung vorgesehen, angelegt», hiess es in der Anlage zum BefehlNr. 00461, mit dem am 10. Mai 1945 die Errichtung der Lager angeordnet wurde.<sup>195</sup>

Erst im August 1945 beschlossen die Siegermächte in Potsdam auf Initiative der USA, aktive Nationalsozialisten zu internieren, um deren Verhalten während der NS-Zeit zu prüfen und sie gegebenenfalls zur Verantwortung zu ziehen. Im Abschlusskommuniqué der Konferenz – das kein völkerrechtlich bindender Vertrag gewesen war, wie die Sowjetunion später oft behauptete – hiess es fast wortgleich wie in dem erwähnten US-Entwurf vom März: «Nazi-Führer, einflussreiche Nazi-Anhänger und hohe Amtsträger der Nazi-Organisationen bzw. –Einrichtungen sowie alle anderen für die Besatzung oder ihre Ziele gefährlichen Personen werden festgenommen und interniert.»<sup>196</sup>

Zu diesem Zeitpunkt existierten auf dem Gebiet der SBZ jedoch bereits mehr als die Hälfte aller Lager. In Bautzen, Berlin-Hohenschönhausen, Frankfurt an der Oder, Fünfeichen, Ketschendorf und Werneuchen waren Zehntausende in Haft und noch mehr in den deutschen Ostgebieten. Weitere Lager wurden kurz darauf in

Betrieb genommen, weil das NKWD Platz für seine zahlreichen Gefangenen brauchte, die bereits in den Untersuchungshaftanstalten warteten. Allein in der SBZ hatte man bis zum 1. September 1945 70'000 Menschen in Lagern festgesetzt, darunter – entgegen den Potsdamer Vereinbarungen – Zehntausende niederer NSDAP- und HJ-Funktionäre. Schon Anfang Juli hatte Berija dem NKWD-Bevollmächtigten in der SBZ überdies befohlen, auch neu entstandene Organisationen und Gruppierungen, die der Sowjetunion feindlich gegenüberstünden, zu enttarnen und zu liquidieren. Damit gerieten erstmals Personen ins Visier, die nicht wegen ihrer Rolle im NS-Regime verhaftet werden sollten. Erst im Nachhinein berief sich die UdSSR auf das Potsdamer Abkommen, um ihre Lagerpolitik in Deutschland zu rechtfertigen.

Zu den Ursachen für die Fehlinterpretation der sowjetischen Säuberungen in Deutschland gehört es, dass die überlieferten Dokumente häufig dieselben Begriffe benutzen, die in westlichen Quellen anzutreffen sind – obwohl sich in Wirklichkeit etwas völlig anderes dahinter verbirgt. Im stalinistischen System degenerierten die meisten politischen Vokabeln zu propagandistischen Floskeln, die mit dem ursprünglichen Inhalt nichts mehr zu tun hatten. Wenn in einem sowjetischen Schriftstück von einem «Faschisten» oder gar einem «aktiven NSDAP-Mitglied» die Rede war, so sagte dies nur selten etwas über die tatsächliche Rolle dieser Person aus. Auch «Kriegsverbrecher» oder «Hauptkriegsverbrecher» hatten schon deshalb keineswegs zwangsläufig etwas mit entsprechenden Straftaten zu tun, weil man so fälschlicherweise, wie erwähnt, die vom Alliierten Kontrollrat beschlossenen Kategorien «Belastete» und «Hauptschuldige» übersetzte. Und wenn von «befreitem Territorium» die Rede war, bedeutete dies im stalinistischen Jargon nichts anderes als ein Gebiet, das dem sowjetischen Einflussbereich einverleibt worden war. Wie die kommunistische Politsprache den Sinn der Worte oft geradezu ins Gegenteil verkehrte, zeigt am deutlichsten das Beispiel der Berliner Mauer, die bekanntlich als «antifaschistischer Schutzwall» bezeichnet

wurde. Trotzdem nehmen manche Autoren die Begriffe aus den Dokumenten der Besatzungsmacht heute wörtlich – und kommen dadurch zu falschen Schlussfolgerungen.

Irreführend sind auch die Formulierungen, mit denen der sowjetische Geheimdienst die Lagereinweisungen begründete. Für die meisten Lager sind inzwischen Listen zugänglich, die den Namen des jeweiligen Häftlings, das Datum seiner Festnahme und den Grund der Inhaftierung nennen – wobei dafür meist nur ein kurzes Stichwort notiert ist. Am häufigsten wurde demnach den Inhaftierten eine «aktive Mitgliedschaft» in der NSDAP oder eine leitende Funktion in einer NS-Organisation vorgeworfen. So verzeichnete die Registraturabteilung von Buchenwald in den ersten Monaten ihres Bestehens bei mehr als fünfundachtzig Prozent der Lagerinsassen, sie hätten der Partei, der NS-Frauenschaft oder der Hitler-Jugend angehört. Im Lager Mühlberg sollen von den fast 10'000 Häftlingen, die bis Jahresende dort eingeliefert worden waren, zweiundvierzig Prozent «aktive» NSDAP-Mitglieder gewesen sein. Am 1. August 1947 berichtete der Leiter der SMAD-Verwaltung für Inneres, Pawel Malkow, nach Moskau, dass von den 49'000 in Lager eingewiesenen Deutschen mehr als 24'000 «aktive» Mitglieder der NSDAP gewesen seien.

Von ehemaligen Lagerinsassen ist zu Recht dagegen protestiert worden, dass deutsche Wissenschaftler diese Angaben aus sowjetischen Statistiken zum Teil ungeprüft übernommen und dadurch den Eindruck erweckt haben, die Häftlinge hätten quasi zu Recht gesessen. Die in den Lagerjournals angegebenen Haftgründe können jedoch angesichts der beschriebenen Untersuchungsmethoden der Geheimpolizei nicht für bare Münze genommen werden. Auch wenn sich die behauptete NSDAP-Mitgliedschaft in einer Stichprobe zum Lager Buchenwald in vierzig Prozent der Fälle erhärten liess, so sagt dies nichts über das individuelle Verhalten der Betroffenen aus. Verlässliche Aussagen könnten nur dann gemacht werden, wenn man jeden Einzelfall genau untersuchen würde.

Den Massenverhaftungen in der SBZ fielen dabei auch solche Personen zum Opfer, die nach dem Berija-Befehl von April 1945 eigentlich nicht (mehr) hätten festgenommen werden sollen. So beschwerte sich der Chef der Abteilung Speziallager, Swiridow, Anfang August 1945 darüber, dass Fabrikbesitzer, Techniker, Ingenieure, Verwaltungsangestellte, Kassierer von NSDAP-Grundorganisationen und sogar Putzfrauen oder Sekretärinnen unzulässigerweise ins Lager eingewiesen worden seien. In der zweiten Jahreshälfte begann dann die Inhaftierung Tausender Jugendlicher, denen man vorwarf, dem «Werwolf» anzugehören – eine Welle völlig ungerechtfertigter Festnahmen, die 1946 ihren Höhepunkt erreichte. Im Oktober 1947 wurde diese Praxis noch «legalisiert», indem man die Mitgliedschaft in NS-Massenorganisationen wie dem Bund Deutscher Mädel, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt oder dem Reichsarbeitsdienst wieder zum Haftgrund erklärte und als «Diversionsarbeit» im Hinterland der Roten Armee klassifizierte.

Die Unterlagen verbrämen darüber hinaus, dass immer mehr Menschen nicht wegen ihrer Rolle in der NS-Zeit verhaftet wurden, sondern weil sie sich der Gleichschaltungspolitik in der SBZ widersetzten. Anhänger demokratischer Parteien oder unbotmäßige Kommunisten registrierte man nach ihrer Festnahme ebenfalls unter den Kategorien des Berija-Befehls, ohne dass der wahre Anlass ihrer Verhaftung zu erkennen war. Der Landrat des Kreises Beeskow – ein alter Sozialdemokrat, den das NS-Regime mit Berufsverbot belegt hatte – wurde im Februar 1946 als «Propagandist» verhaftet, weil er sich gegen die sowjetische Bodenreform stellte. Auch Helmut Kind, Geschäftsführer der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) in Halle, wurde im November 1945 zu Unrecht nach dem Berija-Befehl festgenommen und im Mai 1946 ins Haftarbeitslager Hohenschönhausen eingewiesen. Im Februar 1947 kam er nach Sachsenhausen, wo er erst drei Jahre später wieder entlassen wurde. In der Regel kam es der sowjetischen Geheimdienstbürokratie nur darauf an, eine der vorgegebenen Inhaf-

tierungskategorien zu nennen, um die beabsichtigte Einweisung gegenüber der Lagerleitung zu begründen.

Dass es sich bei der überwiegenden Mehrheit der Lagerinsassen nicht um NS-Verbrecher handelte, kann man allerdings auch vielen sowjetischen Unterlagen entnehmen. Wie oben dargelegt, informierte Berija Stalin schon im April 1945 darüber, dass von 138'200 Inhaftierten 123'666 lediglich nationalsozialistischen Massenorganisationen wie der Deutschen Arbeitsfront angehörten – was im Westen nicht einmal zur Einstufung als Mitläufer führte. Auch nach der Einschränkung der Verhaftungen auf «aktive» NSDAP-Mitglieder kamen weiterhin Zehntausende ins Lager, die, wenn überhaupt, nur niedrigste Funktionen bekleidet hatten. Selbst der Beauftragte des sowjetischen Innenministeriums, Serow, und SMAD-Chef Sokolowski meinten deshalb Ende 1946, dass von den damals etwa 80'000 Inhaftierten in der SBZ 35'000 entlassen werden sollten, weil gegen sie kein Belastungsmaterial ermittelt werden konnte.

Während die westlichen Alliierten die Internierung von Verantwortlichen des NS-Regimes mit der Perspektive betrieben, diese in rechtsförmigen Entnazifizierungsverfahren oder Gerichtsverhandlungen zu bestrafen, gab es eine solche Absicht bei der sowjetischen Führung nicht. Ein gewisser Umschwung setzte erst Ende 1946 ein, nachdem der Alliierte Kontrollrat die Direktive Nr. 38 erlassen hatte, die festlegte, wie in Deutschland mit NS-Verdächtigen verfahren werden sollte. Die Sowjetunion bemühte sich jetzt, zumindest nach aussen hin nicht hinter den Aktivitäten der Westmächte zurückzubleiben, ohne jedoch im Kern etwas an ihrer Lagerpolitik zu ändern. So begann man im Dezember, unter den in die UdSSR deportierten Deutschen nach Kriegsverbrechern zu suchen, und bediente sich dabei auch einer detaillierten Liste von Belasteten, die der Direktive Nr. 38 beilag. Ausdrücklich wurde jedoch betont, dass die bisherigen Befehle von dem Verzeichnis unberührt blieben: «Es orientiert lediglich auf bestimmte Kategorien von Kriegsgefangenen und Internierten, die einer zuzusätzlichen Er-

mittlung und Überprüfung unterliegen [...]. Das bedeutet auch nicht, dass Personen, die unter die Kontrollratsdirektive fallen, nach der Kontrollratsdirektive verurteilt werden, wenn sie in Lagern o.ä. ermittelt worden sind.»<sup>197</sup> Auf die Lagerinsassen in Deutschland fand die Direktive überhaupt keine Anwendung. In den Moskauer Anweisungen zu ihrer Umsetzung wurden die Internierten nicht einmal erwähnt. Das sowjetische Innenministerium behauptete 1990 zwar, dass zu allen eingewiesenen Personen «sorgfältige Untersuchungen» durchgeführt worden seien, in deren Folge viele wieder die Freiheit erlangt hätten.<sup>198</sup> In Wirklichkeit war der Fall eines Inhaftierten für den sowjetischen Geheimdienst nach der Einlieferung ins Lager jedoch abgeschlossen, und weitere Ermittlungen fanden nicht statt. Auch die Entlassungsaktionen von 1948 und 1950 hatten, wie dargestellt, mit einem geregelten Entnazifizierungsverfahren, wie es die Alliierten beschlossen hatten, nichts zu tun.

Bis zur Schliessung der Lager im Januar 1950 unternahm die Sowjetunion so gut wie keine Anstrengungen, um eventuelle NS-Verbrecher unter den Inhaftierten herauszufiltern. Im Unterschied zu den Kriegsgefangenenlagern gab es auch keine Versuche zur Umerziehung der Insassen. Ebenso wenig wurden sie zu Arbeiten für eine Wiedergutmachung herangezogen. Am Ende stellte man schliesslich, wie um das Gesicht zu wahren, von den über hunderttausend Lagerhäftlingen bei den Waldheimer Prozessen genau 3'432 vor Gericht. Sogar aus Sicht der SED-Justiz hatten sich damit nur rund drei Prozent der Internierten etwas zuschulden kommen lassen. Bis Ende der fünfziger Jahre liess man auch die zu Haftstrafen Verurteilten fast ausnahmslos wieder frei – selbst ihnen konnte offenbar wenig vorgeworfen werden, denn in der DDR wurden überführte NS-Verbrecher schon aus propagandistischen Gründen nicht einfach auf freien Fuss gesetzt.

In vielen Veröffentlichungen über die Nachkriegszeit in Ostdeutschland werden die Internierungslager der Westalliierten, oft in irreführender Weise, zum Vergleich herangezogen. Auch hier

hatte man über 200'000 Beschuldigte inhaftiert, allerdings vorwiegend höhere NS-Funktionäre ab der Ebene der Ortsgruppenleiter sowie Angehörige des nationalsozialistischen Terrorapparats aus Gestapo, SD, SA, SS und Waffen-SS. In den Lagern, die bereits seit Juli 1946 unter deutscher Leitung standen, herrschten jedoch vollkommen andere Lebensbedingungen als in den sowjetischen Haftanlagen. Die Sterblichkeit entsprach jener der Gesamtbevölkerung oder lag wegen der besseren Versorgung sogar darunter. Und im Unterschied zur SBZ setzten bereits im Sommer 1945 die Überprüfungen ein, so dass bis Ende 1946 rund die Hälfte aller Internierten wieder entlassen war. Im Frühjahr 1948 wurden die Lager schliesslich vollständig aufgelöst.

Mit einer solchen Entnazifizierung hatten die sowjetischen Lager nichts gemein. In Wirklichkeit sammelte man hier die im Zuge der prophylaktischen Säuberungen Verhafteten und liess sie dann regelrecht verschmoren. Wie ein roter Faden zieht sich diese bedrückende Tatsache auch durch zahlreiche sowjetische Dokumente. So meldete der Leiter der Abteilung Speziallager in Deutschland, Swiridow, noch im Juni 1947 nach Moskau, dass sich in den Lagern «ein Spezialkontingent im Umfang von 61'000 Personen befindet, das grösstenteils 1945 verhaftet und in operativer Hinsicht wenig bearbeitet worden ist».<sup>199</sup> Und der Leiter der SMAD-Verwaltung für Inneres berichtete im August 1947 an seinen Vorgesetzten: «Die operativen Sektoren haben für das Spezkontingent keine Untersuchungs- oder Überprüfungstätigkeit geleistet und leisten sie gegenwärtig nicht. Der vorhandene Operativapparat in den Speziallagern mit je 2 Mitarbeitern ist ausserstande, diese Arbeit zu erledigen.»<sup>200</sup> Zu diesem Zeitpunkt sassen die meisten Inhaftierten bereits zwei Jahre hinter Stacheldraht.

Die sowjetische Verhaftungspraxis war damit nicht, wie man vielleicht meinen könnte, eine besonders strenge Form der Entnazifizierung. Sie bewirkte vielmehr im Gegenteil, dass eine strafrechtliche Aufarbeitung jahrelang unterblieb. Selbst der Leiter der sowjetischen Militäradministration in Sachsen Anhalt, Schljach-



tenko, wies in einem Schreiben an SMAD-Chef Sokolowski im Juli 1947 eindringlich daraufhin, dass Kriegs- und andere Verbrecher unter den Lagerinsassen unbestraft blieben, wenn sie nicht vor ein Gericht gestellt würden. «Sie sind aus dem Blickfeld der demokratischen Öffentlichkeit verschwunden, die Zeit vergeht, Fakten werden vergessen, Zeugen werden weniger, das Sammeln von Beweisen wird schwieriger.»<sup>201</sup>

Die Urteile der Sowjetischen Militärtribunale können erst recht nicht als eine Form der Entnazifizierung angesehen werden. Zuweilen wird in der kommunistischen Literatur der Eindruck vermittelt, dass die Tribunale vor allem Kriegs- und NS-Verbrechen abgeurteilt und demnach mit einer gewissen moralischen Legitimation gehandelt hätten. Der frühere Propagandachef der SMAD, Sergej Tulpanow, behauptete zum Beispiel, dass in der Sowjetischen Besatzungszone bis Ende 1946 mehr als 17'000 SS-, Gestapo-, und SD-Angehörige und andere hohe NS-Funktionäre verurteilt worden seien. Abgesehen davon, dass in Deutschland zu diesem Zeitpunkt nicht mehr als rund 7'000 Verurteilte in Haft sassen, hat die weiter oben erwähnte Untersuchung des Hannah-Arendt-Instituts ganz andere Ergebnisse zu Tage gebracht: Über siebzig Prozent aller Urteile erfolgten nach Artikel 58 des Russischen Strafgesetzbuches, bei dem es in der Regel um Straftaten gegen die Besatzungsmacht ging. In achtundzwanzig Prozent aller Fälle wurde den Betroffenen Spionage vorgeworfen, in sechzehn Prozent Sabotage und in jeweils zwölf Prozent antisowjetische Propaganda oder Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation. Die Verfolgung von Kriegsverbrechen spielte dagegen eine weitgehend untergeordnete Rolle. Nur etwa tausend Verurteilungen ergingen gemäss dem Ukas 43, der Gewalttaten gegen Sowjetbürger unter Strafe stellte.

Das gleiche Bild vermittelt eine interne Statistik der Abteilung Speziallager von November 1949. Demnach waren mehr als 11'000 der knapp 16'000 Verurteilten nach Artikel 58 schuldig gesprochen worden. Neunundzwanzig Prozent befanden sich we-

gen antisowjetischer Propaganda, Spionage und Zugehörigkeit zu Untergrundorganisationen im Lager, zweiundzwanzig Prozent als «Terroristen und Diversanten» oder wegen unerlaubten Waffenbesitzes. Bei weiteren vierundzwanzig Prozent waren Delikte wie unerlaubtes Überschreiten der Grenze oder Diebstahl ausschlaggebend. Lediglich 658 Personen hatte man nach dem Ukas 43 bestraft.

Auch wenn man davon ausgehen muss, dass der Anteil der wegen Kriegs- und NS-Verbrechen Verurteilten höher lag, weil diese nicht nur nach dem Ukas 43 bestraft wurden, so steht unzweifelhaft fest, dass der überwiegende Teil der Verfahren aufgrund von Nachkriegsdelikten stattfand. Unter den wegen NS-Taten Angeklagten befanden sich zudem viele Jüngere, insbesondere angebliche «Werwölfe», die im Nationalsozialismus schon aufgrund ihres Alters keine besondere Rolle gespielt haben konnten. Selbst nach den Listen mit den offiziellen Haftgründen, welche die DDR im April 1953 erstellte, waren über zwei Drittel der Verurteilungen nicht wegen NS-Belastungen oder Kriegsverbrechen erfolgt. Unter den weiblichen SMT-Verurteilten im Zuchthaus Brandenburg galten sogar nur elf Prozent als – überwiegend geringfügig – belastet.

Dieser niedrige Anteil wird auch dadurch erklärt, dass die sowjetische Militäradministration die Bestrafung von Kriegsverbrechern und ehemaligen Nationalsozialisten im August 1947 abgab. Mit dem Befehl 201 übertrug sie diese Aufgabe nämlich an deutsche Gerichte. Mehr als die Hälfte aller SMT-Verurteilungen wurde jedoch erst in den Jahren danach ausgesprochen. Bei Verbrechen gegen Sowjetbürger behielt sich die Besatzungsmacht die Bestrafung zwar weiterhin vor, doch in der Praxis bemühte man sich kaum, die Täter durch systematische Ermittlungen zur Verantwortung zu ziehen.

In vielen Fällen griffen die Militärtribunale – ebenso wie bei den Internierungen – auch dann auf die NS-Vergangenheit zurück, wenn es eigentlich um andere Tatbestände ging. Dabei schreckten sie nicht einmal davor zurück, Verfolgte des Hitler-Regimes zu beschuldigen, mit den Nationalsozialisten kollaboriert zu haben. Ein

Beispiel dafür ist die Verhaftung von Karl Heinrich, dessen Fall auch den Alliierten Kontrollrat beschäftigte. Der Berliner Sozialdemokrat war 1932 nach dem «Papen-Streich» gegen die preussische Regierung aus dem Polizeidienst entlassen worden und ab 1933 im Widerstand gegen den Nationalsozialismus aktiv. 1937 verurteilte man ihn zu sieben Jahren Zuchthaus. Während des Krieges richtete er vergeblich ein Gnadengesuch an Hermann Göring, in dem er darum bat, zum Wehrdienst einberufen zu werden. Auf Empfehlung mehrerer Kommunisten, die ihn aus Zuchthäusern und Konzentrationslagern kannten, machte ihn die sowjetische Besatzungsmacht 1945 zum Kommandanten der Berliner Schutzpolizei.

Hier geriet er jedoch bald in Konflikt mit der KPD, die die Kontrolle über den Sicherheitsapparat beanspruchte. Ausserdem war ihm bekannt, dass der kommunistische Polizeipräsident Paul Markgraf in die Verschiebung von Treibstoff verwickelt war. Am 2. August 1945 wurde Heinrich in Markgrafs Dienstzimmer verhaftet. Als die Amerikaner den Fall im Kontrollrat ansprachen, erklärte der neue sowjetische Stadtkommandant, General Alexander Gorbatow, Heinrich stehe unter dem Verdacht, Agent der Gestapo gewesen zu sein. Im September wurde er schliesslich vor dem Berliner Militärtribunal wegen «Spionage» angeklagt. Der durch seine lange NS-Haft bereits gezeichnete Mann überlebte die neuerliche Festnahme nicht: Schwer krank kam Heinrich noch vor seiner Verurteilung ins Haftkrankenhaus des Lagers Berlin-Hohenschönhausen. Am 4. November 1945 starb der Fünfundfünfzigjährige dort nach einer Lungenentzündung an Herzschwäche; sein Leichnam wurde in einem Massengrab verscharrt.

Selbst wenn es zu einem Prozess wegen Kriegsverbrechen kam, erbrachten die Militärtribunale selten den Nachweis individueller Schuld. Nur in Ausnahmefällen beruhten die Anklagen auf der Auswertung von Akten oder eigenen kriminalistischen Untersuchungen. Meist basierten sie auf Denunziationen, Spitzelberichten oder erzwungenen Aussagen der Inhaftierten, die sich mit geringe-

rem Aufwand als andere Beweismittel beschaffen liessen. In Übereinstimmung mit der Verfolgungspraxis in der Sowjetunion war nicht entscheidend, ob die Angeklagten zu Recht verurteilt wurden, sondern dass für die in der UdSSR begangenen Verbrechen eine angemessene Zahl von Tätern präsentiert werden konnte.

Da die Ereignisse inzwischen mehr als sechzig Jahre zurückliegen, ist es heute kaum mehr möglich festzustellen, ob die Urteile im Einzelfall begründet waren. Das legitime Anliegen, Kriegsverbrecher auf überzeugende Weise zur Rechenschaft zu ziehen, war mit den Mitteln der stalinistischen Justiz jedenfalls nicht umzusetzen. Zweifellos hatte die Sowjetunion 1945 das moralische und juristische Recht, die von Hitler angeordneten Verbrechen in der Sowjetunion aufzuklären und zu bestrafen. Der damit verbundenen Aufgabe ist sie jedoch nicht nachgekommen, weil die dafür zuständige Geheimpolizei weder ein besonderes Interesse an einer solchen Aufarbeitung hatte noch über die notwendigen Instrumente dafür verfügte. Das Rechtssystem der UdSSR war nicht einmal in der Lage, Schuldige und Verdächtige auseinander zu halten.

In Wirklichkeit ging es Stalin überhaupt nicht um eine Entnazifizierung. Diese bildete später bestenfalls einen nützlichen Vorwand für seine Politik der Säuberung. Ziel der Massnahmen war es, wie in allen von der Roten Armee besetzten Staaten, die bislang führenden Schichten auszuschalten, potentielle Feinde vorbeugend in Gewahrsam zu nehmen und durch Terror den Widerstand der Bevölkerung zu brechen. Die Angst davor, in einem sowjetischen Lager zu landen, war das wichtigste Instrument, um die Menschen auf dem Weg in die SED-Diktatur gefügig zu machen. Wie seelenverwandt die beiden Diktatoren waren, zeigte Stalins letzte grosse Säuberung: Während er in Deutschland 1948 das Ende der Entnazifizierung verkündete, begann er in der UdSSR die Juden aus dem öffentlichen Leben zu eliminieren und Tausende als «Spione» und «Nationalisten» einkerkern und ermorden zu lassen.

## NACHWORT

Dem gemeinsamen Sieg der Alliierten im Mai 1945 war es zu verdanken, dass das nationalsozialistische Terrorregime in Deutschland zerschlagen wurde. Der Krieg und die Diktatur Hitlers fanden ein Ende.

Für den Osten des Landes bedeutete das Kriegsende gleichwohl keine Befreiung. Durch den Vormarsch der Roten Armee kamen etwa 3,5 Millionen Deutsche in sowjetische Lagerhaft. Flucht, Vertreibung oder Verschleppung kosteten in den eroberten Gebieten etwa 2,5 Millionen Zivilisten das Leben. Wie in allen anderen von der Roten Armee okkupierten Teilen Europas installierte Stalin in der Sowjetischen Besatzungszone eine brutale kommunistische Diktatur. Zur Bilanz der vierzigjährigen SED-Herrschaft gehören über zwei Millionen Flüchtlinge, mindestens 200'000 politische Gefangene und etwa tausend an den Grenzen zu Tode gekommene Menschen. Sechzig Jahre nach dem Ende des Krieges an die Ursprünge dieses Regimes zu erinnern war Anliegen des vorliegenden Buches.

Während der Arbeit an dieser Darstellung ging eine Meldung durch die Medien, dass die NPD plane, am 8. Mai 2005 gegen die «Befreiungslüge» in Deutschland zu demonstrieren. Der Autor hat sich damals gefragt, ob er das Buchprojekt unter diesen Umständen nicht lieber ad acta legen sollte. Er hat diesen Gedanken je-

doch wieder verworfen – und zwar aus mehreren Gründen: Zum einen werden historische Sachverhalte nicht dadurch unrichtig, dass sie von unerwünschter Seite ebenfalls ins Feld geführt werden. Eine um Wahrheit bemühte Geschichtsschreibung kann sich nicht davon abhängig machen, ob andere die dargelegten Fakten möglicherweise für ihre, den Intentionen des Historikers zuwiderlaufenden Interessen benutzen. So wie man die Verbrechen der Nationalsozialisten nicht deshalb verschweigen durfte, weil die SED sie im schrillen Propagandaton beständig, wenn auch einseitig anklagte, so kann man auch die kommunistischen Untaten nicht ignorieren, nur weil rechtsradikale Parteien sie an den Pranger stellen. Es wäre fatal, wenn ausgerechnet die NPD bewirken würde, dass sich die Bundesrepublik Deutschland das verlogene Geschichtsbild der SED zu eigen machte.

Zum anderen birgt gerade die Verdrängung schwieriger Themen die Gefahr in sich, dass sie extremistischen Parteien unverdienten Zulauf beschert. Wer die historischen Erfahrungen von Millionen Menschen tabuisiert, trägt dazu bei, dass diese nach anderen, für sie überzeugenderen Orientierungen suchen. Gerade wenn man die Rechtsextremisten zurückdrängen will, denen es immer auch um die Diskreditierung des demokratischen Neubeginns in Westdeutschland geht, darf man es ihnen nicht überlassen, die schrecklichen Seiten des Kriegsendes in Ostdeutschland anzusprechen. Die Neigung von Politik und Öffentlichkeit, gerade bei diesem Thema Information und Aufklärung durch vordergründige moralische Empörung zu ersetzen, wirkt vielfach kontraproduktiv und führt eher zu Trotzreaktionen. Dabei sprechen die Fakten doch für sich: Keine andere Politik hat Deutschland so schweren Schaden zugefügt als die der Nationalsozialisten.

Das wirksamste Mittel gegen antidemokratische Strömungen in der Gesellschaft ist die kritische Auseinandersetzung mit den Diktaturen des vergangenen Jahrhunderts. Dabei kommt es vor allem darauf an, die Logik der Extremisten zu durchbrechen, die aus den Untaten der einen Seite die der anderen rechtfertigen. Ebenso we-

nig wie die bolschewistische Diktatur in der Sowjetunion die von Deutschen dort begangenen Verbrechen legitimieren konnte, findet auch der stalinistische Terror in Deutschland keine Rechtfertigung in der vorangegangenen Politik des NS-Regimes. Die Tatsache, dass Stalin nach dem Ende des deutsch-sowjetischen Freundschaftspaktes zu einem der erbittertesten Gegner Hitlers wurde, ändert nichts am menschenverachtenden Charakter seiner Herrschaft.

Auch bei der Trauer um die Opfer beider Diktaturen sollte man davon wegkommen, sie beständig gegeneinander aufzurechnen. Der Tod von Millionen Sowjetbürgern nach dem Einmarsch der Wehrmacht wird dadurch nicht ungeschehen gemacht, dass durch Stalins Politik anschliessend auch zahllose Deutsche ums Leben kamen. Und die Leiden der Bevölkerung in der Sowjetischen Besatzungszone werden nicht deshalb geringer, weil die deutschen Okkupanten in der UdSSR noch schrecklicher wüteten. Tote und Gefangene lassen sich nun einmal nicht miteinander verrechnen, sondern lediglich zusammenzählen.

So profan es klingt – in Deutschland muss man es immer wieder hervorheben: Die wichtigste Trennlinie des vergangenen Jahrhunderts verlief nicht zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus, sondern zwischen Demokratie und Diktatur. Nur durch die westlichen Alliierten gewann die Freiheit in Deutschland die Oberhand – zunächst im Westen und, nach dem Sieg der friedlichen Revolution, auch im Osten. Erst der Sturz der SED-Diktatur im Herbst 1989 brachte Ostdeutschland die Befreiung.

## DANKSAGUNG

Dieses Buch ist den Opfern der sowjetischen Gewaltherrschaft gewidmet. Ohne die zahlreichen Berichte von Betroffenen und Überlebenden dieser Zeit hätte es nicht entstehen können. Ich danke allen Zeitzeugen, die die Kraft gefunden haben, das von ihnen erlittene Unrecht aufzuzeichnen oder auf andere Weise festzuhalten. Zugleich danke ich all jenen, die sich um die Erforschung dieser Periode verdient gemacht haben. Bedanken möchte ich mich darüber hinaus bei Christian Seeger vom Propyläen Verlag für die stets unkomplizierte und freundschaftliche Zusammenarbeit sowie bei Hubert Leber für das hervorragende, geduldige Lektorat. Am meisten bin ich jedoch meiner Frau Annette zu Dank verpflichtet, die nicht nur das Familienleben über lange Zeit weitgehend allein gemanagt hat, sondern mir auch in der Sache immer eine kluge und hilfreiche Ratgeberin war.



## ANMERKUNGEN

### **Vorwort**

- 1 Ansprache des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 im Deutschen Bundestag, dokumentiert in: Burkert/Matussek/Obschernitzki, *Zerstört*, S. V-XIII, hier S. VI.

### **Zerstört, besiegt – befreit?**

- 2 Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, S. 6.
- 3 Biermann, *Deutschland*, S. 23.
- 4 Krug, *Abgehauen*, S. 98.
- 5 Freie Deutsche Jugend: Presseerklärung vom 8. Mai 2001; [www.fdj.de](http://www.fdj.de)
- 6 Kaiser, *Katyn*, S. 29.
- 7 Chruschtschows «Geheimrede» vom 25. Februar 1956, dokumentiert in: Crusius/Wilke, *Entstalinisierung*, S. 487-537, hier S. 515.
- 8 Ebd., S.517.
- 9 Lemberg/Franzen, *Die Vertriebenen*.
- 10 Fisch, *Nemmersdorf*, S. 186 f.
- 11 Ansprache des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 im Deutschen Bundestag, dokumentiert in: Burkert/Matussek/Obschernitzki, *Zerstört*, S. V-XIII, hier S. IX.
- 12 Kiessmann, *Staatsgründung*, S. 353.

## Die Schrecken der Eroberung

- 1 Bundesministerium, Vertreibung, Bd. 1/1, S. 4 f.
- 2 Grenz, Gumbinnen, S. 634 f.
- 3 Zayas, Anmerkungen, S. 64 f.
- 4 Grenz, Gumbinnen, S. 635.
- 5 Fisch, Nemmersdorf, S. 165.
- 6 Bundesministerium, Vertreibung, Bd. 1/1, S. 28.
- 7 Benz, Vertreibung, S. 94 f.
- 8 Lehndorff, Tagebuch, S. 66.
- 9 Ebd., S. 73.
- 10 Ebd., S. 82.
- 11 Bundesministerium, Vertreibung, Bd. 1/1, S. 395.
- 12 Ebd., S. 303.
- 13 Ebd., S. 211.
- 14 Ebd., S. 451.
- 15 Ebd., S. 461.
- 16 Scott-Clark/Levy, Amber Room.
- 17 Bundesministerium, Vertreibung, Bd. 1/1, S. 298.
- 18 Ebd.
- 19 Ebd., S. 274.
- 20 Ebd., S. 277.
- 21 Ebd., S. 196.
- 22 Rauschenbach, Mosaik, S. 23.
- 23 Bundesministerium, Vertreibung, Bd. 1/1, S. 266.
- 24 Polian, Deportiert, S. 70.
- 25 Ebd., S. 71.
- 26 Bundesministerium, Vertreibung, Bd. 1/1, S. 194.
- 27 Ebd., S. 268.
- 28 Ebd., S. 364.
- 29 Ebd., S. 350.
- 30 Ebd., S. Iff.
- 31 Solschenizyn, Nächte, S. 35.
- 32 Kopelew, Aufbewahren, S. 97.
- 33 Ebd., S. 99.
- 34 Ebd., S. 102.
- 35 Zayas, Anglo-Amerikaner, S. 85.
- 36 Ebd.
- 37 Naimark, Russen, S. 89 f.
- 38 Ebd., S. 90.
- 39 Zayas, Zeugnisse, S. 64 ff.
- 40 Werth, Russland, S. 644.
- 41 Naimark, Russen, S. 92.
- 42 Ebd., S. 95.

- 43 Bundesministerium, Vertreibung, Bd. 1/1, S. 338.
- 44 Ebd., S. 200.
- 45 Sander/Johr, BeFreier, S. 128 f.
- 46 Stalin, Vaterländischer Krieg, S. 195.
- 47 Bundesministerium, Vertreibung, Bd. 1/1, S. 266.
- 48 Ebd., S. 475.
- 49 Kopelew, Aufbewahren, S. 168.
- 50 Zayas, Anglo-Amerikaner, S.83.
- 51 Klier, Verschleppt, S. 35.
- 52 Werth, Russland, S. 658.
- 53 Djilas, Gespräche, S. 115.
- 54 Leonhard, Revolution, S. 582.
- 55 Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 1, S. 25.
- 56 Kilian, Mühlberg, S. 214.
- 57 Bundesministerium, Vertreibung, Bd. 1/1, S. 352.
- 58 Kopelew, Aufbewahren, S. 143.
- 59 Ebd., S. 171.
- 60 Stalin, Vaterländischer Krieg, S. 42 f.
- 61 Bundesministerium, Vertreibung, Bd. 1/1, S. 69E. Ähnlich Naimark, Russen, S. 95.
- 62 Naimark, Russen, S. 94.
- 63 Ebd., S. 95.
- 64 Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 52.
- 65 Boveri, Tage, S. 104 ff.
- 66 Anonyma, Frau in Berlin, S. 64.
- 67 Sander/Johr, BeFreier, S. 148.
- 68 Burkert/Matussek/Obschernitzki, Zerstört, S. 237.
- 69 Naimark, Russen, S. 99.
- 70 Ebd., S. 98.
- 71 Ebd., S. 101.
- 72 Ebd., S. 98.
- 73 Ebd., S. 100.
- 74 Ebd.
- 75 Ebd., S. 104.
- 76 BStU, ZA, AS 400/66, Bl. 25 und 22.
- 77 BStU, ZA, 400/66, Bl. 239.
- 78 Naimark, Russen, S. 92.
- 79 Lehndorff, Tagebuch, S. 232.
- 80 Bericht des NKWD-Bevollmächtigten bei der 1. Weissrussischen Front an Berija über die Lage in den besetzten deutschen Ortschaften, weitergeleitet an Stalin, Molotow und Malenkow, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 160 ff.
- 81 BStU, ZA, AS 238/66, Bl. 443.
- 82 Brecht, Arbeitsjournal, Bd. 2, S. 850.

- 83 Bruyn, Zwischenbilanz, S. 300.
- 84 Kuby, Russen, S. 313.
- 85 Sander/Johr, BeFreier, S. 29.
- 86 Kowalczuk/Wolle, Roter Stern, S. 36.
- 87 Overmans, Soldaten, S. 148.
- 88 Reitlinger, Ein Haus, S. 117.
- 89 Karner, Archipel, S. 11.
- 90 Stalin, Vaterländischer Krieg, S. 51.
- 91 Peter, Workuta, S. 14.
- 92 Carell/Böddecker, Die Gefangenen, S. 322 f.
- 93 Maschke, Kriegsgefangene, Bd. III, S. 176 f.
- 94 Ebd., S. 255.
- 95 Befehl des Volkskommissars für die Verteidigung vom 2. Januar 1945, dokumentiert in: Overmans, Soldaten, S. 152 f.
- 96 Fischer, Teheran, S. 322.
- 97 Maschke, Kriegsgefangene, Bd. III, S. 369.
- 98 Grams, Panzer-Division, S. 109.
- 99 Peter, Jugend, S. 160.
- 100 Maschke, Kriegsgefangene, Bd. IV, S. 60.
- 101 Maschke, Kriegsgefangene, Bd. III, S. 63.
- 102 Ebd., S. 62.
- 103 Ebd., S. 39.
- 104 Direktive des Innenministers Nr. 285 «Zur Ermittlung von Kriegsverbrechern unter den kriegsgefangenen und internierten Deutschen», dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 249-264.
- 105 Ebd., S. 253.
- 106 Peter, Workuta, S. 83.
- 107 Ebd., S. 84.
- 108 Hilger/Schmeitzner/Schmidt, Militärtribunale, Bd. 2, S. 84.
- 109 Hilger/Schmidt/Wagenlehner, Militärtribunale, Bd. 1, S. 20.
- 110 Hilger, Kriegsgefangene, S. 319.
- 111 Badstübner/Loth, Pieck, S. 297.
- 112 Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 95.
- 113 Karner, Archipel, S. 74.
- 114 Tolstoy, Jalta, S. 13.
- 115 Kilian, Mühlberg, S. 206.
- 116 Polian, Deportiert, S. 169.
- 117 Overmans, Soldaten, S. 148.
- 118 Polian, Deportiert, S. 168, Anm. 576.
- 119 Ebd., S. 174.

## Die Säuberung der Ostgebiete

- 1 Franziska Nowacki, Stellungnahme zur Anhörung im Innenausschuss des Deutschen Bundestages am 25. Juni 2003, Deutscher Bundestag, Anlage zum Protokoll der 16. Sitzung des Innenausschusses am 25. Juni 2003 (Manuskript), S. 115.
- 2 Ebd.
- 3 Bundesministerium, Vertreibung, Bd. II, S. 45 f.
- 4 Weber, Deportation, Bd. 3, S. 168.
- 5 Andrej Gromyko, Unser Himmler, in: Nekrassow, Berija, S. 274 .
- 6 Befehl des Volkskommissars für Inneres Nr. 0016 »Über Maßnahmen zur Säuberung des Hinterlandes der Roten Armee von feindlichen Elementen« vom 11. Januar 1945, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 142–146.
- 7 Ebd.
- 8 Ebd.
- 9 Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees Nr. 7467ss zur Unterbindung terroristischer Anschläge und zur Ausweitung der Mobilisierung von Deutschen, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 146 ff.
- 10 Befehl des Volkskommissars für Inneres Nr. 0061 »Zu Maßnahmen für die Umsetzung des GOKO-Beschlusses Nr. 7467ss vom 3. Februar 1945«, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 149 ff., hier S. 149.
- 11 Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees Nr. 7467ss zur Unterbindung terroristischer Anschläge und zur Ausweitung der Mobilisierung von Deutschen, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 146 ff.
- 12 Ebd.
- 13 Ebd.
- 14 Befehl des Volkskommissars für Inneres Nr. 0061 »Zu Maßnahmen für die Umsetzung des GOKO-Beschlusses Nr. 7467ss vom 3. Februar 1945«, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 149 ff., hier S. 150.
- 15 Ebd.
- 16 Bundesministerium, Vertreibung, Bd. I/2, S. 3.
- 17 Ebd., S. 11.
- 18 Ebd., S. 35.
- 19 Bericht des NKWD-Bevollmächtigten bei der 3. Weißrussischen Front an Berija über die Lage in Königsberg, weitergeleitet an Stalin, Molotow, Malenkow und Antonow, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 170–173.
- 20 Bundesministerium, Vertreibung, Bd. I/2, S. 18.
- 21 Ebd., S. 70.

- 22 Bundesministerium, Vertreibung, Bd. 1/1, S. 300 f.
- 23 Bundesministerium, Vertreibung, Bd. 1/2, S. 81.
- 24 Ebd., S.39f.
- 25 Hirsch, Rache der Opfer, S. 194.
- 26 Bundesministerium, Vertreibung, Bd. 1/2, S. 87.
- 27 Ebd., S. 71.
- 28 Ebd., S. 65.
- 29 Ebd., S.93.
- 30 Schreiben des Volkskommissars für Inneres Berija an Stalin mit Vorschlägen zur Abänderung des NKWD-Befehls Nr. 0016 vom 11. Januar 1945, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 175 ff.
- 31 Bundesministerium, Vertreibung, Bd. 1/2, S. 23 f.
- 32 Ebd., S. 82.
- 33 Ebd., S. 30.
- 34 Ebd., S. 62.
- 35 Ebd., S. 74 f.
- 36 Ebd., S. 58.
- 37 Ebd., S. 16.
- 38 Ebd., S. 12.
- 39 Ebd., S. 12.
- 40 Ebd., S. 14.
- 41 Ebd., S. 87.
- 42 Ebd., S. 94.
- 43 Ebd., S. 95.
- 44 Ebd., S. 41.
- 45 Ebd., S. 95.
- 46 Ebd., S. 32.
- 47 Ebd., S. 17.
- 48 Ebd., S. 68.
- 49 Ebd., S. 4.
- 50 Ebd., S. 95.
- 51 Schreiben des Innenministers Kruglow an Stalin mit der Bitte, 20'000 arbeitsunfähige Deutsche entlassen zu dürfen, dokumentiert in: Mironenko / Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 226 f.
- 52 Bundesministerium, Vertreibung, Bd. 1/2, S. 7 f.
- 53 Ebd., S. 100.
- 54 Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 1, S. 26.
- 55 Ebd.
- 56 Schreiben des Volkskommissars für Inneres Berija an Stalin mit Vorschlägen zur Abänderung des NKWD-Befehls Nr. 0016 vom 11. Januar 1945, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 175 ff.
- 57 Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 1, S. 26.

- 58 Befehl des Volkskommissars für Inneres Nr. 00315 «Zur teilweisen Abänderung des Befehls des NKWD der UdSSR Nr. 0016 vom 11. Januar 1945», dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 178 f.
- 59 Ebd.
- 60 Bundesministerium, Vertreibung, Bd. 1/1, S. 89E.
- 61 Klier, Verschleppt, S. 12.
- 62 Deutscher Bundestag, Protokoll der 16. Sitzung des Innenausschusses am 25. Juni 2003 (Manuskript), S. 18.
- 63 Kilian, Mühlberg, S. 218.
- 64 Bundesministerium, Vertreibung, Bd. 1/2, S. 471.
- 65 Ebd., S. 520.
- 66 Ebd., S. 324.
- 67 Ebd., S. 545.
- 68 Hirsch, Rache der Opfer, S. 102 f.
- 69 Ebd., S. 106.

## **Der Weg in die SED-Diktatur**

- 1 Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 54.
- 2 Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11.6.1945, dokumentiert in: Erler/Laude/Wilke, Hitler, S. 390-397, hier S. 394.
- 3 Leonhard, Revolution, S. 440.
- 4 Burkert/Matussek/Obschernitzki, Zerstört, S. 206.
- 5 Priess, Todeslager, S. 10.
- 6 Bericht des NKWD-Bevollmächtigten in Deutschland an Berija über Werwolf-Aktivitäten, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer / von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 197 ff.
- 7 Bautzen-Komitee, Das Gelbe Elend, S. 147.
- 8 Kilian, Mühlberg, S. 248.
- 9 Bautzen-Komitee, Das Gelbe Elend, S. 263 f.
- 10 Wiener, Werwolf, S. 19.
- 11 Flocken/Klonovsky, Stalins Lager, S. 54.
- 12 Schreiben von Ria Brass an den Rechtspolitischen Ausschuss im Zentralausschuss der SPD vom 15.2.1946, dokumentiert in: Franz-Neumann-Archiv, Quellen, S. 99.
- 13 Flocken/Klonovsky, Stalins Lager, S. 54 f.
- 14 Ebd.
- 15 Kilian, Mühlberg, S. 248.
- 16 Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 217.
- 17 Bericht Berijas an Stalin, Molotow und Malenkow über die bisherige Tätigkeit der NKWD-Operativgruppen in Deutschland, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 205-208.

- 18 Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees Nr. 8377ss zur Einrichtung der Funktion eines Stellvertreters des Frontoberbefehlshabers für zivile Angelegenheiten, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 185 f.
- 19 Befehl des Volkskommissars für Inneres Nr. 00453 »Über Maßnahmen zur Säuberung des Territoriums von feindlichen Elementen«, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 187 ff.
- 20 Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 1, S. 145.
- 21 Hilger/Schmeitzner/Schmidt, Militärtribunale, Bd. 2, S. 80.
- 22 Prieß, Erschossen, S. 122.
- 23 Flocken/Klonovsky, Stalins Lager, S. 101 f.
- 24 Meldung des NKWD-Bevollmächtigten in Deutschland Serow an Berija über die Ergebnisse einer Überprüfung der Speziallager und Gefängnisse des NKWD in Deutschland, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 214 f.
- 25 Weber, DDR, S. 32.
- 26 Klotz, Heimat, S. 21.
- 27 Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 1, S. 195.
- 28 Vorläufige Anordnung über die Speziallager des NKWD auf dem besetzten Territorium Deutschlands vom 27. Juli 1945, dokumentiert in: Agde, Sachsenhausen, S. 56–62, hier S. 58 f. Seit Oktober 1946 waren zusätzlich noch ein Dokumentenverzeichnis, ein Personalebogen und eine Bestätigung der Einweisung durch den Staatsanwalt erforderlich. Vgl. Provisorische Ordnung der Speziallager auf dem Territorium Deutschlands vom 20. Oktober 1946, dokumentiert in: Kilian, Einzuweisen, S. 226–231, hier S. 228.
- 29 Schreiben des Leiters der Abteilung Speziallager an den stellvertretenden Innenminister Serow mit einer Aufstellung über die Haftgründe und dem Vorschlag, in den Lagern Entnazifizierungsgerichte einzusetzen, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 290 ff.
- 30 Provisorische Ordnung der Speziallager auf dem Territorium Deutschlands vom 20. 10. 1946, dokumentiert in: Kilian, Einzuweisen, S. 226 bis 231, hier S. 229 f.
- 31 Klotz, Heimat, S. 46 f.
- 32 Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 85.
- 33 Klotz, Heimat, S. 44.
- 34 Ebd., S. 54.
- 35 Meldung des NKWD-Bevollmächtigten in Deutschland Serow an Kruglow über den Stand der Verhaftungen in der Sowjetischen Besatzungszone, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 224 f.
- 36 Information des Leiters der Abteilung Speziallager »Über das vor-



- handene Spezkontingent in den MWD-Speziallagern auf dem Territorium Deutschlands«, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 247 f.
- 37 Erklärung zu Heinrich George, ohne Datum (Mai 1945), NKWD-Untersuchungsvorgang Nr. 13 328; Archiv Jan George.
  - 38 Vernehmungsprotokoll Heinrich George vom 10. 7. 1945, NKWD-Untersuchungsvorgang Nr. 13 328; Archiv Jan George.
  - 39 Erklärung von Ernst Stahl-Nachbaur, ohne Datum (Mai 1945), NKWD-Untersuchungsvorgang Nr. 13 328; Archiv Jan George.
  - 40 Heinrich George: Brief an Berta Drews vom 19. August 1945; Archiv Jan George.
  - 41 Einweisungsbeschluss vom 27. Juli 1945, NKWD-Untersuchungsvorgang Nr. 13 328; Archiv Jan George.
  - 42 Heinrich George: Brief an Berta Drews vom 6. August 1945; Archiv Jan George.
  - 43 Heinrich George: Brief an Berta Drews, ohne Datum (Ende Juli 1945); Archiv Jan George.
  - 44 Heinrich George: Brief an Berta Drews vom 19. August 45; Archiv Jan George.
  - 45 Ebd.
  - 46 Heinrich George: Briefe an Berta Drews vom 6. und 19. August 1945; Archiv Jan George.
  - 47 Drews, Erinnerungen, S. 246.
  - 48 Ebd., S. 249.
  - 49 Heinrich George: Brief an Berta Drews vom 24. Februar 1946; Archiv Jan George.
  - 50 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Zeitzeugen, S. 4–8.
  - 51 Direktive Nr. 38: Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen, dokumentiert in: Agde, Sachsenhausen, S. 30–44, hier S. 30.
  - 52 Provisorische Ordnung der Speziallager auf dem Territorium Deutschlands, dokumentiert in: Kilian, Einzuweisen, S. 226–231, hier S. 228.
  - 53 Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 80.
  - 54 Schreiben des Ministers für Staatssicherheit Abakumow an Innenminister Kruglow mit der Bitte, Verhaftete weiterhin ohne Sanktion durch einen Staatsanwalt in die Speziallager und Gefängnisse des MWD aufzunehmen, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 277 f.
  - 55 Bericht des Alliierten Kontrollrates in Deutschland an den Rat der Außenminister (20.–25. Februar 1947), in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, S. 388.
  - 56 Schreiben des SMAD-Chefs Sokolowski und des MWD-Bevollmächtigten Serow an Stalin und Berija mit Vorschlägen zur Entlassung von

- 35'000 Personen aus den Speziallagern, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 264 ff.
- 57 Schreiben des stellvertretenden Innenministers Serow an Innenminister Kruglow mit Vorschlägen zur Überprüfung des Spezkontingents (mit Anlagen), dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 286 f.
- 58 Schreiben des Chefs der SMA-Verwaltung Sachsen-Anhalt Schljachtenko an SMAD-Chef Sokolowski mit Vorschlägen zur Verbesserung der Situation in den Speziallagern, dokumentiert in: Mironenko / Niethammer / von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 301 ff.
- 59 Bericht des Leiters der SMAD-Verwaltung für Inneres «Über den Zustand der Speziallager und Gefängnisse des MWD in Deutschland zum 1. August 1947», dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 303-308.
- 60 Bonwetsch/Bordjugov/Naimark, Sowjetische Politik, S. 196.
- 61 Schreiben des Ministers für Staatssicherheit an Stalin und Kusnezow mit der Bitte um Weisungen zur Überprüfung der in den Speziallagern Inhaftierten, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 313 f.
- 62 Schreiben des Generalstaatsanwalts Gorschenin an den stellvertretenden Ministerratsvorsitzenden Molotow über die in den Speziallagern in Deutschland inhaftierten nicht verurteilten Deutschen, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 314 f.
- 63 Ebd.
- 64 Schreiben des stellvertretenden Aussenministers Wyschinski an SMAD-Chef Sokolowski zur Anwendung der Kontrollratsdirektive Nr. 38, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd.2, S. 298-301.
- 65 Eppelmann/Möller/Nooke/Wilms, Lexikon, S. 482.
- 66 Wiener, Werwolf, S. 38 f.
- 67 Ebd., S. 39.
- 68 Bienek, Zelle, S. 50.
- 69 Wiener, Werwolf, S. 49.
- 70 Priess, Todeslager, S. 15 f.
- 71 Ebd., S. 20.
- 72 Matz-Donath, Sphinx, S. 303 f.
- 73 Wiener, Werwolf, S. 57.
- 74 Priess, Todeslager, S. 23.
- 75 Fricke, Politik und Justiz, S. 106-109.
- 76 Riemann, Schleife, S. 45.
- 77 Fein/Leonhard, Potsdam, S. 122.
- 78 Hilger/Schmeitzner/Schmidt, Militärtribunale, Bd. 2, S. 85.
- 79 Entwurf eines Ministerratsbeschlusses zur Verbesserung der Arbeit

- der Sowjetischen Militärtribunale in Deutschland, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 373–376.
- 80 Kaff, Gegner, S. 207.
- 81 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Zeitzeugen, S. 11.
- 82 Ebd., S. 12.
- 83 Günter Stempel: Bericht über seine Inhaftierung, ohne Datum, S. 4; Archiv Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.
- 84 Ebd., S. 5.
- 85 Ebd., S. 6.
- 86 Ebd., S. 7.
- 87 Ebd., S. 8.
- 88 Rieke, Geliebtes Leben, S. 125 f.
- 89 Ebd., S. 132.
- 90 Hilger/Schmeitzner/Schmidt, Militärtribunale, Bd. 2, S. 334 f.
- 91 Müller, Dokument, S. 18.
- 92 Müller, Ebd., S. 28.
- 93 Müller, Ebd., S. 19.
- 94 Kilian, Mühlberg, S. 324.
- 95 Im Räderwerk zweier Diktaturen, S. 65.
- 96 Scharf, Von Leipzig nach Workuta, S. 8 f.
- 97 Ebd., S. 8.
- 98 Ebd., S. 9.
- 99 Kilian, Mühlberg, S. 284.
- 100 Ebd., S. 285 f.
- 101 Foitzik/Hennig, Begegnungen in Workuta, S. 17 f.
- 102 Scharf, Von Leipzig nach Workuta, S. 90.
- 103 Ebd., S. 92.
- 104 Rumin, Frauen-GULag, S. 156.
- 105 Schüler, Workuta, S. 69.
- 106 Wiener, Werwolf, S. 70.
- 107 Prieß, Todeslager, S. 28.
- 108 Schmidt/Zeidler, Gefangene, S. 42.
- 109 Vorläufige Anordnung über die Spezlager des NKWD auf dem besetzten Territorium Deutschlands vom 27. Juli 1945, dokumentiert in: Agde, Sachsenhausen, S. 56–62, hier S. 57.
- 110 Ebd.
- 111 Jank, Die längsten Jahre, S. 29.
- 112 Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 1, S. 44.
- 113 Vorläufige Anordnung über die Spezlager des NKWD auf dem besetzten Territorium Deutschlands vom 27. Juli 1945, dokumentiert in: Agde, Sachsenhausen, S. 56–62, hier S. 61.
- 114 Vorläufige Anordnung über die Spezlager des NKWD auf dem besetzten Territorium Deutschlands vom 27. Juli 1945, dokumentiert in: Agde, Sachsenhausen, S. 56–62, hier S. 61.

- 115 Kilian, Einzuweisen, S. 82.
- 116 Schreiben des Leiters GULag an den stellvertretenden Innenminister Serow zu den Verhältnissen in den Speziallagern bei ihrer Übernahme durch die GULag, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 335-342.
- 117 Schreiben des Leiters der Abteilung Speziallager an den Leiter GULag mit der Bitte, die Führung der Speziallager durch Moskau zu verbessern, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 342 f.
- 118 Provisorische Ordnung der Speziallager auf dem Territorium Deutschlands vom 20. Oktober 1946, dokumentiert in: Kilian, Einzuweisen, S. 226-231, hier S. 230.
- 119 Klotz, Heimat, S. 80.
- 120 Ebd., S. 85.
- 121 Kilian, Einzuweisen, S. 87 f.
- 122 Jank, Die längsten Jahre, S. 28.
- 123 Klotz, Heimat, S. 86.
- 124 Ebd., S. 88.
- 125 Agde, Sachsenhausen, S. 111.
- 126 Wolf, Unschuldig, S. 83 f.
- 127 Bautzen-Komitee, Das Gelbe Elend, S. 25.
- 128 Klotz, Heimat, S. 61.
- 129 Liebold/Pampel, Hunger – Kälte – Isolation, S. 14.
- 130 Bautzen-Komitee, Das Gelbe Elend, S. 24.
- 131 Kilian, Einzuweisen, S. 103.
- 132 Klotz, Heimat, S. 78.
- 133 Meldung des NKWD-Bevollmächtigten in Deutschland Serow an Berija über die Ergebnisse einer Überprüfung der Speziallager und Gefängnisse des NKWD in Deutschland, dokumentiert in: Mironenko / Niethammer / von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 214 f.
- 134 Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 1, S. 195.
- 135 Jank, Die längsten Jahre, S. 29.
- 136 Wiener, Werwolf, S. 102.
- 137 Bautzen-Komitee, Das Gelbe Elend, S. 243.
- 138 Meldung des NKWD-Bevollmächtigten in Deutschland Serow an Berija über die Ergebnisse einer Überprüfung der Speziallager und Gefängnisse des NKWD in Deutschland, dokumentiert in: Mironenko / Niethammer / von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 214 f.
- 139 Jank, Die längsten Jahre, S. 42.
- 140 Agde, Sachsenhausen, S. 112 f.
- 141 Klotz, Heimat, S. 121.
- 142 Kilian, Mühlberg, S. 289 f.
- 143 Klotz, Heimat, S. 123.
- 144 Ebd., S. 122.

- 145 Wiener, Werwolf, S. 101 f.
- 146 Kilian, Einzuweisen, S. 132.
- 147 Bautzen-Komitee, Das Gelbe Elend, S. 25.
- 148 Ebd., S. 42.
- 149 Flocken/Klonovsky, Stalins Lager, S. 19.
- 150 Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 1, S. 220.
- 151 Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 86.
- 152 Ebd.
- 153 Jank, Die längsten Jahre, S. 58.
- 154 Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 1, S. 234.
- 155 Flocken/Klonovsky, Stalins Lager, S. 8.
- 156 Klotz, Heimat, S. 132.
- 157 Wiener, Werwolf, S. 97.
- 158 Prieß, Todeslager, Vorwort (unpaginiert).
- 159 Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 1, S. 56.
- 160 Ebd., S. 223.
- 161 Dahlmann/Hirschfeld, Lager, S. 40 f.
- 162 Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 83.
- 163 Beschluss des Ministerrates Nr. 702–223ss »Zur Überprüfung der Akten der in den Speziallagern in der Sowjetischen Besatzungszone festgehaltenen deutschen Bürger«, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 319 f.
- 164 Ebd.
- 165 Auszug aus dem Beschluss des Ministerrates Nr. 1029–355ss »Deutschland betreffende Fragen«, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 321 f.
- 166 Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 1, S. 150.
- 167 Ebd., S. 151.
- 168 Flocken/Klonovsky, Stalins Lager, S. 134 f.
- 169 Ebd., S. 181.
- 170 Ebd.
- 171 Ebd., S. 189.
- 172 Schreiben des Leiters GULag an den stellvertretenden Innenminister Serow zu den Verhältnissen in den Speziallagern bei ihrer Übernahme durch die GULag, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 335–341.
- 173 Ebd.
- 174 Schreiben des Leiters der Abt. Speziallager an den Leiter GULag mit der Bitte, die Führung der Speziallager durch Moskau zu verbessern, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 342 f.
- 175 Schreiben des Leiters GULag an den stellvertretenden Innenminister Serow zu den Verhältnissen in den Speziallagern, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 335–341.

- 176 Bonwetsch/Bordjugov/Naimark, Sowjetische Politik, S. 194.
- 177 Schreiben des stellvertretenden Innenministers Serow an den Leiter der Abteilung Speziallager des MWD in Deutschland, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 344 f.
- 178 Schreiben des Leiters der Abteilung Speziallager an den stellvertretenden Innenminister Serow mit der Bitte um Überprüfung der in den Lagern inhaftierten Personen, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 353 f.
- 179 Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 297.
- 180 Beschluss des Politbüros des ZK der VKP(b) zur Überprüfung der Fälle der in sowjetischen Speziallagern und Gefängnissen in Deutschland inhaftierten Personen, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 357 f.
- 181 Flocken/Klonovsky, Stalins Lager, S. 195.
- 182 Ebd., S. 194.
- 183 Beschluss des Politbüros des ZK der VKP(b) zur Liquidierung der Speziallager in Deutschland, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 365 f.
- 184 Buddrus, Dokumente, S. 24.
- 185 Bautzen-Komitee, Das Gelbe Elend, S. 149.
- 186 Flocken/Klonovsky, Stalins Lager, S. 206.
- 187 Ebd., S. 211.
- 188 Eisert, Waldheimer Prozesse, S. 65.
- 189 Flocken/Klonovsky, Stalins Lager, S. 228.
- 190 Wendel, Ulbricht, S. 63.
- 191 Denkschrift des UdSSR-Innenministeriums, in: Deutschland Archiv 22 (1990) 11, S. 1804 ff.
- 192 Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 1, S. 54.
- 193 Befehl des Volkskommissars für Inneres Nr. 00315 »Zur teilweisen Abänderung des Befehls des NKWD der UdSSR Nr. 0016 vom 11. Januar 1945«, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 178 f.
- 194 Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 1, S. 101.
- 195 Ebd., S. 29.
- 196 Ebd., S. 30.
- 197 Direktive des Innenministers Nr. 285 »Zur Ermittlung von Kriegsverbrechern unter den kriegsgefangenen und internierten Deutschen«, dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 249–264.
- 198 Denkschrift des UdSSR-Innenministeriums, in: Deutschland Archiv 22 (1990) 11, S. 1804 ff.
- 199 Kilian, Mühlberg, S. 232.
- 200 Bericht des Leiters der SMAD-Verwaltung für Inneres »Über den Zustand der Speziallager und Gefängnisse des MWD in Deutschland

zum 1. August 1947», dokumentiert in: Mironenko / Niethammer / von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 303-308.

- 201 Schreiben des Chefs der SMA-Verwaltung Sachsen-Anhalt Schljachtenko an SMAD-Chef Sokolowski mit Vorschlägen zur Verbesserung der Situation in den Speziallagern, dokumentiert in: Mironenko / Niethammer / von Plato, Speziallager, Bd. 2, S. 301 ff.

## BIBLIOGRAPHIE

- Agde, Günter: Die Greussener Jungs. Hitlers Werwölfe, Stalins Geheimpolizisten und ein Prozess in Thüringen. Eine Dokumentation, Berlin 1995.
- Agde, Günter: Sachsenhausen bei Berlin: Speziallager Nr. 7 1945-1950. Kassiber, Dokumente und Studien, Berlin 1994.
- Ahrens, Wilfried: Verbrechen an Deutschen. Die Wahrheit, die Bonn verschweigt, Huglfing/Obb. 1979.
- Anonyma: Eine Frau in Berlin. Tagebuch-Aufzeichnungen vom 20. April bis 22. Juni 1945, Frankfurt am Main 2003.
- Armanski, Gerhard: Maschinen des Terrors. Das Lager (KZ und GULAG) in der Moderne, Münster 1993.
- Baar, Lothar/Karlsch, Rainer/Matschke, Werner: Kriegsfolgen und Kriegslasten Deutschlands, Berlin 1993.
- Badstübner, Rolf/Loth, Wilfried (Hg.): Wilhelm Pieck. Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1955, Berlin 1994.
- Bärwald, Helmut: Das Ostbüro der SPD. 1946-1971. Kampf und Niedergang, Krefeld 1991.
- Bautzen-Komitee (Hg.): Das Gelbe Elend. Bautzen-Häftlinge berichten. 1945-1956, München/Berlin 1997.
- Bechler, Margret/Stalman, Mine: Warten auf Gerechtigkeit. Ein deutsches Schicksal, München 1981.
- Becker, Eberhard: Das Rätsel des Ukas 43 und eine Erkundung des Archipel GULAG, Hamburg 1991.
- Bevor, Antony: Berlin 1945. Das Ende, München 2002.
- Beleites, Johannes: Schwerin, Demmlerplatz. Die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit in Schwerin, Schwerin 2001.
- Benz, Wolfgang (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt am Main 1985.



- Bernstein, Rolf: Dreizehn Monate Gefangenschaft. Meine Odyssee durch britische und sowjetische Lager, Berlin 1996.
- Berthold, Eva: Kriegsgefangene im Osten. Bilder, Briefe, Berichte, Königstein im Taunus 1981.
- Bienek, Horst: Die Zelle. Roman, München 1968.
- Biermann, Wolf: Deutschland. Ein Wintermärchen, Berlin 1972.
- Bonwetsch, Bernd/Bordjugov, Gennadij/Naimark, Norman M. (Hg.): Sowjetische Politik in der SBZ 1945-1949, Bonn 1998.
- Bordihn, Peter: Bittere Jahre am Polarkreis. Als Sozialdemokrat in Stalins Lagern, Berlin 1990.
- Boveri, Margret: Tage des Überlebens. Berlin 1945, Frankfurt am Main 1996.
- Brecht, Bertolt: Arbeitsjournal 1941-1955, Frankfurt am Main 1973.
- Broszat, Martin/Weber, Hermann (Hg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltung, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, München 1990.
- Bruyn, Günter de: Zwischenbilanz. Eine Jugend in Berlin, Frankfurt am Main 1992.
- Buddrus, Michael: «... im Allgemeinen ohne besondere Vorkommnisse». Dokumente zur Situation des Strafvollzugs der DDR nach der Auflösung der sowjetischen Internierungslager 1949-1951, in: Deutschland Archiv 29 (1996) 1, S. 10-33.
- Bundesministerium der Justiz (Hg.): Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der SED, 3 Bde., Leipzig 1996.
- Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): Unrecht als System. Dokumente über planmäßige Rechtsverletzungen im sowjetischen Besatzungsgebiet, Bonn 1952.
- Bundesministerium für Vertriebene (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. I-V, München 1984 (Reprint der Ausgabe von 1954).
- Burkert, Hans-Norbert/Matussek, Klaus/Obschernitzki, Doris: Zerstört, besiegt, befreit. Der Kampf um Berlin bis zur Kapitulation 1945 (Stätten der Geschichte Berlins, Bd. 7), Berlin<sup>2</sup>1985.
- Buschfort, Wolfgang: Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise, München 1991.
- Carell, Paul/Bödecker, Günter: Die Gefangenen. Leben und Überleben deutscher Soldaten hinter Stacheldraht, Berlin/Frankfurt am Main 1994.
- Creuzberger, Stefan: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Weimar 1996.
- Creuzberger, Stefan: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949, Melle 1991.
- Crusius, Reinhard/Wilke, Manfred (Hg.): Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen, Frankfurt am Main 1977.

- Dahlmann, Dittmar/Hirschfeld, Gerhard (Hg.): Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945, Essen 1999.
- Delander, Arnold: Verlorene Jahre 1945-1950, Leverkusen 1995.
- Djilas, Milovan: Gespräche mit Stalin, Frankfurt am Main 1962.
- Dommain, Helmuth: Mit einem Bein im Massengrab. In den sowjetischen Schweigelagern Jamlitz und Buchenwald, Lübben 1994.
- Drescher, Anne: Haft am Demmlerplatz. Gespräche mit Betroffenen. Sowjetische Militärtribunale Schwerin 1945 bis 1953, Schwerin 2001.
- Drews, Berta: Wohin des Wegs. Erinnerungen. München 1987.
- Eichler, Wolfgang: Ein Wort ging um in Buchenwald. Erlebnisbericht aus den Jahren 1945 bis 1950, Jena 1992.
- Eisert, Wolfgang: Die Waldheimer Prozesse. Der stalinistische Terror 1950, Esslingen/München 1993.
- Eppelmann, Rainer/Möller, Horst/Nooke, Günter/Wilms, Dorothee (Hg.): Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Paderborn 1996.
- Erler, Peter/Friedrich, Thomas (Hg.): Das sowjetische Speziallager Nr. 3 Berlin-Hohenschönhausen (Mai 1945 bis Oktober 1946), Berlin 1995.
- Erler, Peter/Friedrich, Thomas: Genslerstr. 66. Speziallager 3, Berlin 1995.
- Erler, Peter/Laude, Horst/Wilke, Manfred (Hg.): Nach Hitler kommen wir, Berlin 1994.
- Erler, Peter: Sowjetische Geheimdienststrukturen im Industriegebiet Berlin-Hohenschönhausen (Mai 1945 bis Frühjahr 1951), hrsg. von der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Berlin 2004.
- Fein, Elke/Leonhard, Nina u.a.: Von Potsdam nach Workuta. Das NKGB/KGB-Gefängnis Potsdam-Neuer Garten im Spiegel der Erinnerung deutscher und russischer Häftlinge, Potsdam 1999.
- Fiedler, Jürgen/Knechtel, Rüdiger: Stalins DDR. Berichte politisch Verfolgter, Leipzig 1992.
- Finn, Gerhard/Krüger, Dieter: Mecklenburg-Vorpommern 1945 bis 1948 und das Lager Fünfeichen, Berlin 1992.
- Finn, Gerhard: Buchenwald 1936-1950. Geschichte eines Lagers, Bad Münstereifel 1991.
- Finn, Gerhard: Die politischen Häftlinge der Sowjetzone 1945-1959, Köln 1989.
- Finn, Gerhard: Die Speziallager der sowjetischen Besatzungsmacht 1945 bis 1990, in: Materialien der Enquete-Kommission «Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland», Bd. IV, Baden-Baden 1995, S. 337-397.
- Finn, Gerhard: Sachsenhausen 1936-1950. Geschichte eines Lagers, Bad Münstereifel 1988.

- Fisch, Bernhard: Nemmersdorf, Oktober 1944. Was in Ostpreussen wirklich geschah, Berlin 1997.
- Fischer, Alexander (Hg.): Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der «Grossen Drei», Köln<sup>3</sup>1985.
- Fischer, Ursula: Zum Schweigen verurteilt. Denunziert, verhaftet, interniert (1945-1948), Berlin 1992.
- Fleck, Annelise: Workuta überlebt! Eine Frau in Stalins Straflager, Herford 1994.
- Flocken, Jan von/Klonovsky, Michael: Stalins Lager in Deutschland 1945-1950. Dokumentation – Zeugenberichte, Berlin/Frankfurt am Main 1991.
- Foitzik, Jan/Hennig, Horst (Hg.): Begegnungen in Workuta. Erinnerungen, Zeugnisse, Dokumente, Leipzig 2003.
- Foitzik, Jan: Der sowjetische Terrorapparat in Deutschland. Wirkung und Wirklichkeit, in: Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Bd. 7, Berlin 1998, S. 4-28.
- Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Struktur und Funktion, München 1998.
- Fraedrich, Käthe: Im Gulag der Frauen, München 1997.
- Franz-Neumann-Archiv e. V. Berlin: Quellen zu Opposition und Widerstand Ostberliner Sozialdemokraten 1945-1961. Eine Handreichung, Berlin o. J. (2004).
- Freisieben, Hannelore: Gemartert – gemassregelt – gehenkt. Ein Leben zwischen Krieg, Gefangenschaft und Internierungslager, Frankfurt am Main 1993.
- Fresenius, Ulrich von: «Wie ein Tier im Käfig». Erinnerungen des früheren Wernigeröder Bürgermeisters an fünf Jahre in stalinistischen Lagern zwischen Torgau und Buchenwald, o. 0.1996.
- Fricke, Karl Wilhelm/Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes: Opposition und Widerstand in der DDR. Politische Lebensbilder, München 2002.
- Fricke, Karl Wilhelm: Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945-1968. Bericht und Dokumentation, Köln 1979.
- Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen: Zeitzeugen – Inhaftiert in Berlin-Hohenschönhausen. Erinnerungen, Protokolle und Fotos zur ehemaligen Lager- und Haftanstalt, Berlin 1999.
- Gemeindeverwaltung Jamlitz (Hg.): Wege ins Ungewisse. Stätte des Leidens, Internierungslager Jamlitz, Jamlitz 1991.
- Glotz, Peter: Die Vertreibung. Böhmen als Lehrstück, München 2003.
- Grams, Rolf: Die 14. Panzer-Division, 1940-1945, Bad Nauheim 1957.
- Gratz, Erich: Mein Aufenthalt im Konzentrationslager Buchenwald von 1945-48, Rotterode 1990.
- Grenz, Rudolf: Stadt und Kreis Gumbinnen. Eine ostpreussische Dokumentation, Marburg an der Lahn 1971.

- Greve, Uwe: Lager des Grauens. Sowjetische KZs in der DDR nach 1945, Kiel 1990.
- Haase, Norbert/Oleschinski, Brigitte (Hg.): Das Torgau-Tabu: Wehrmachtstrafsystem. NKWD-Speziallager. DDR-Strafvollzug, Leipzig 1998.
- Haase, Norbert/Sack, Birgit (Hg.): Münchner Platz, Dresden. Die Strafjustiz der Diktaturen und der historische Ort, Leipzig 2001.
- Henke, Klaus-Dietmar/Woller, Hans (Hg.): Politische Säuberung in Europa, München 1991.
- Hilger, Andreas/Schmidt, Ute/Wagenlehner, Günther (Hg.): Sowjetische Militärtribunale, Bd. 1: Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941-1953, Köln/Weimar/Wien 2001.
- Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Schmidt, Ute (Hg.): Sowjetische Militärtribunale, Bd. 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945-1955, Köln / Weimar / Wien 2003.
- Hilger, Andreas: Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion. 1941 bis 1956. Kriegsgefangenenpolitik, Lageralltag und Erinnerungen (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte – Neue Folge, Bd. 11), Essen 2000.
- Hirsch, Helga: Die Rache der Opfer. Deutsche in polnischen Lagern 1944 bis 1950, Reinbek 1998.
- Hirsch, Helga: Ich habe keine Schuhe nicht. Geschichten von Menschen zwischen Oder und Weichsel, Hamburg 2002.
- Hirschfeld, Gerhard/Renz, Irina: Besiegt und befreit. Stimmen vom Kriegsende 1945, Gerlingen 1995.
- Im Räderwerk zweier Diktaturen. Werner Ihmels 1926-1949, Leipzig 1996.
- Jank, Alfred: Die längsten Jahre. Zwei Brüder in sowjetischen Speziallagern, Huglfing 1998 (Selbstverlag).
- Jenkner, Siegfried: Erinnerungen politischer Häftlinge an den GULAG. Eine kommentierte Bibliographie, Dresden 2003.
- Just, Hermann: Die sowjetischen Konzentrationslager auf deutschem Boden 1945-1950, Berlin 1952.
- Kaff, Brigitte (Hg.): «Gefährliche politische Gegner». Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR, Düsseldorf 1995.
- Kaiser, Gerd: Katyn. Das Staatsverbrechen – das Staatsgeheimnis, Berlin 2002.
- Karner, Stefan: Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941-1956, Wien 1995.
- Kathke, Alfred: Bestrafte Jugend. Angstvolle Jahre in sowjetischen «Schweige- und Vernichtungslagern», Berlin 1996.
- Kaufmann, Charlotte: Mit 16 Jahren in ein russisches NKWD-Lager, Gustavsburg o. J.
- Kilian, Achim: Einzuweisen zur völligen Isolierung. NKWD-Speziallager Mühlberg/Elbe 1945-48, Leipzig 1992.

- Kilian, Achim: Mühlberg 1939-1948. Ein Gefangenenlager mitten in Deutschland, Köln/Weimar/Wien 2001.
- Klein, Manfred: Jugend zwischen den Diktaturen. 1945-1956, Mainz 1968.
- Kiessmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1982.
- Klier, Freya: Verschleppt ans Ende der Welt. Schicksale deutscher Frauen in sowjetischen Arbeitslagern, Berlin 1998.
- Klotz, Ernst-E.: So nah der Heimat. Gefangen in Buchenwald 1945-1948, Bonn 1992.
- Knigge-Tesche, Renate/Reif-Spirek, Peter/Ritscher, Bodo (Hg.): Internierungspraxis in Ost- und Westdeutschland nach 1945, Erfurt 1993.
- Kogon, Eugen: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, Frankfurt am Main 1949.
- Kopelew, Lew: Aufbewahren für alle Zeit!, Göttingen 1996.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha/Wolle, Stefan: Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR, Berlin 2001.
- Krug, Manfred: Abgehauen, Düsseldorf 1996.
- Kuby, Erich: Die Russen in Berlin 1945, München/Bern/Wien 1965.
- Kühle, Barbara/Titz, Wolfgang: Speziallager Nr. 7 Sachsenhausen. 1945 bis 1950, Berlin 1990.
- Lang, Martin: Stalins Strafjustiz gegen deutsche Soldaten. Die Massenprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in den Jahren 1949 und 1950 in historischer Sicht, Herford 1981.
- Lange, Herbert: Engel von Bautzen. Bericht über eine Haft, Berlin 1994.
- Laregh, Peter: Heinrich George. Komödiant seiner Zeit, München 1992.
- Latotzky, Alexander: Kindheit hinter Stacheldraht. Mütter mit Kindern in sowjetischen Speziallagern, Leipzig 2002.
- Leh, Almut/Plato, Alexander von: «Ein unglaublicher Frühling». Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945-1948, Bonn 1997.
- Lehmann, Albrecht: Gefangenschaft und Heimkehr. Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, München 1986.
- Lehndorff, Hans Graf von: Ostpreussisches Tagebuch. Aufzeichnungen eines Arztes aus den Jahren 1945-1947, München <sup>26</sup>2001.
- Lemberg, Hans/Franzen, K. Erik: Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer, Berlin / München 2001.
- Lenzer, Gudrun: Frauen im Speziallager Buchenwald 1945-1950. Internierung und lebensgeschichtliche Einordnung, Münster 1996.
- Leo, Annette: Erich Nehlhans (1899 – vermutlich 1953). Annäherung an eine vergessene Lebensgeschichte. Hg. vom Kulturamt/Prenzlauer Berg Museum / Aktives Museum, Berlin 2001.
- Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entlässt ihre Kinder, Köln 2001.
- Liebold, Cornelia/Pampel, Bert: Hunger – Kälte – Isolation. Erlebnisberichte und Forschungsergebnisse zum sowjetischen Speziallager Bautzen 1945-1950, Dresden 1997.

- Lipinsky, Renate und Jan: Die Strasse, die in den Tod führte. Zur Geschichte des Speziallagers Nr. 5 Ketschendorf/Fürstenwalde, Leverkusen 1998.
- Literaturzentrum Neubrandenburg (Hg.): Fünfeichen 1945-1948. Briefe Betroffener und Hinterbliebener, Neubrandenburg 1990.
- Lucas-Busemann, Erhard: So fielen Königsberg und Breslau, Berlin 1994.
- Maschke, Erich (Hg.): Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, 22 Bde. Bielefeld, später München 1962-1974.
- Maser, Werner: Der Wortbruch. Hitler, Stalin und der Zweite Weltkrieg, München 1994.
- Matz-Donath, Annerose: Die Spur der roten Sphinx. Deutsche Frauen vor sowjetischen Militärtribunalen, Schnellbach 2000.
- Maurach, Reinhart: Die Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, Hamburg 1950.
- Michalka, Wolfgang (Hg.): Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, München/Zürich 1989.
- Mironenko, Sergej/Niethammer, Lutz/Plato, Alexander von: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950. Bd. 1: Studien und Berichte, Bd. 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, Berlin 1998.
- Mitzka, Herbert: Meine Brüder hast du ferne von mir getan. Beitrag zur Geschichte der ostdeutschen Reparationsdeportierten von 1945 in der Sowjetunion, Einhausen 1989.
- Morré, Jörg: Speziallager des NKWD. Sowjetische Internierungslager in Brandenburg 1945-1950, Potsdam 1997.
- Müller, Hanno: Recht oder Rache? Buchenwald 1945-1950. Betroffene erinnern sich, Frankfurt am Main 1991.
- Müller, Klaus-Dieter/Stephan, Annegret (Hg.): Die Vergangenheit lässt uns nicht los. Haftbedingungen politischer Gefangener in der SBZ/DDR und deren gesundheitliche Folgen, Berlin 1998.
- Müller, Klaus-Dieter: Bürokratischer Terror. Justitielle und ausserjustitielle Verfolgungsmassnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht 1945-1956, in: Roger Engelmann/Clemens Vollnhals (Hg.), Justiz im Dienste der Partei-herrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR, Berlin 1999, S. 59-92.
- Müller, Klaus-Dieter: In den Händen des NKWD. Eine studentische Widerstandsgruppe im Spiegel persönlicher Erinnerungen und sowjetischer SMT-Archivalien, in: Deutschland Archiv 28 (1995) 2, S. 179-189.
- Müller, Klaus-Dieter: Nazis – Kriegsverbrecher – Spione – Diversanten? Annäherungen an die sowjetische Haft- und Urteilspraxis in der SBZ und DDR mithilfe sowjetischer Archivalien, in: Deutschland Archiv 33 (2000) 3, S. 372-391.
- Müller, Klaus-Dieter: Sowjetische Gerichtsbarkeit in Dresden 1945-1953, in: Streifzüge durch die Dresdner Justiz (Dresdner Hefte Nr. 60), Dresden 1999, S. 62-71.

- Müller, Kurt: Ein historisches Dokument aus dem Jahre 1956. Brief an den DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 11/90, 9. März 1990, S. 16-29.
- Müller, Rolf-Dieter/Überschär, Gerd R.: Kriegsende 1945. Die Zerstörung des Deutschen Reiches, Frankfurt am Main 1994.
- Musial, Bogdan: «Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschossen». Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges im Sommer 1941, Berlin/München 2000.
- Naimark, Norman M.: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997.
- Nawratil, Heinz: Schwarzbuch der Vertreibung 1945 bis 1948. Das letzte Kapitel unbewältigter Vergangenheit, München 2001.
- Nekrassow, Vladimir F. (Hg.): Berija. Henker in Stalins Diensten. Ende einer Karriere, Augsburg 1997.
- Neubert, Ehrhart: Politische Verbrechen in der DDR, in: Stéphane Courtois / Nicolas Werth u.a., Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München/Zürich 1998, S. 829-884.
- Noeble, John: Wie es wirklich war. 7 Jahre politischer Gefangener des N. K. W. D. in Ostdeutschland und Sibirien, Berlin 1959.
- Oleschinski, Brigitte/Pampel, Bert: «Feindliche Elemente sind in Gewahrsam zu halten». Die sowjetischen Speziallager Nr. 8 und Nr. 10 in Torgau 1945-1948 (Schriftenreihe Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft Bd. 3), Leipzig 1997.
- Overmans, Rüdiger: Soldaten hinter Stacheldraht. Deutsche Kriegsgefangene des Zweiten Weltkriegs, München 2002.
- Partei Vorstand der SPD (Hg.): Terror in der Ostzone: Tatsachen klagen an!, Hannover 1948.
- Peter, Erwin (Hg.): Von Workuta bis Astrachan. Kriegsgefangene aus sowjetischen Lagern berichten, Graz/Stuttgart 1998.
- Peter, Erwin: Jugend hinter Stacheldraht. Als Kriegsgefangener in Stalingrad 1945-1950, Wien 1993.
- Pfeiffer, Werner: Mit 15 in die Hölle. Ein Tatsachenbericht, Bonn 1994.
- Podolski, Elisabeth: Verlorene Jahre, Kiel 1983.
- Polian, Pavel: Against Their will. The History and Geography of Forced Migrations in the USSR, Budapest 2004.
- Polian, Pavel: Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im «Dritten Reich» und ihre Repatriierung, Wien/München 2001.
- Priess, Benno: Erschossen im Morgengrauen. Verhaftet. Gefoltert. Verurteilt. Erschossen. «Werwolf»-Schicksale mitteldeutscher Jugendlicher, Calw 2002.
- Priess, Benno: Unschuld in den Todeslagern des NKWD 1946-1954. Torgau – Bautzen – Sachsenhausen – Waldheim, Calw 2002.

- Pritzkow, Walter: NKWD-Sonderlager Nr. 7 – Sachsenhausen. Tatsachenbericht eines Überlebenden aus GPU-Kellern und Sowjet-KZ vom 25. Juli 1945 bis 6. August 1948, Jever 1994.
- Range, Hans-Peter: Das Konzentrationslager Fünfeichen 1945-1948, Ratzeburg 1989.
- Rauschenbach, Hildegard: Ostpreussisches Mosaik. Von Pillkallen nach Schadrinsk, Würzburg 2004.
- Reif-Spirek, Peter/Ritscher, Bodo (Hg.): Speziallager in der SBZ. Gedenkstätten mit «doppelter Vergangenheit», Berlin 1999.
- Reitlinger, Gerald: Ein Haus auf Sand gebaut. Hitlers Gewaltpolitik in Russland 1941-1944, Hamburg 1962.
- Rieke, Dieter: Geliebtes Leben. Erlebtes und Ertragenes zwischen den Mahlstainen jüngster deutscher Geschichte, Berlin 1999.
- Riemann, Erika: Die Schleife an Stalins Bart. Ein Mädchenstreich, acht Jahre Haft und die Zeit danach, Hamburg 2002.
- Ritscher, Bodo/Hofmann, Rosemarie/Hammermann, Gabriele u.a. (Hg.): Die sowjetischen Speziallager in Deutschland 1945-1950. Eine Bibliographie, Göttingen 1996.
- Ritscher, Bodo/Lüttgenau, Rikola-Gunnar/Hammermann, Gabriele u.a. (Hg.): Das sowjetische Speziallager Nr. 2 1945-1950. Katalog zur ständigen historischen Ausstellung, Göttingen 1999.
- Ritscher, Bodo: Spezlager Nr. 2 Buchenwald. Zur Geschichte des Lagers Buchenwald 1945 bis 1950, Weimar/Buchenwald 1993.
- Rössler, Ruth-Kristin (Hg.): Die Entnazifizierungspolitik der KDP/SED 1945-1948. Dokumente und Materialien, Goldbach 1994.
- Rumin, Ursula: Im Frauen-GULag am Eismeer, München 2005.
- Sander, Helke/Johr, Barbara: BeFreier und Befreite, München 1992.
- Scharf, Hans-Dieter: Von Leipzig nach Workuta und zurück. Ein Schicksalsbericht aus den frühen Jahren des ersten Arbeiter- und Bauernstaates 1950-1954 (Lebenszeugnisse – Leidenswege, Heft 2), Dresden 1996.
- Schmidt, Ute/Zeidler, Manfred (Hg.): Gefangene in deutschem und sowjetischem Gewahrsam. Dimensionen und Definitionen. Hg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Dresden 1999.
- Schmidt, Volker: Fünfeichen. Das sowjetische Internierungslager bei Neubrandenburg, Mirow/Mecklenburg 1990.
- Scholz, Günther (Hg.): Verfolgt – verhaftet – verurteilt, Berlin/Bonn 1990.
- Schüler, Horst: Workuta. Erinnerung ohne Angst, München 1993.
- Scott-Clark, Catherine/Levy, Adrian: The Amber Room, London 2004.
- Semjonow, Wladimir S.: Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission. 1939-1991, Berlin 1995.
- Smith, Arthur L.: Die «vermisste Million». Zum Schicksal deutscher Kriegsgefangener nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1992.
- Solschenizyn, Alexander: Der Archipel GULAG, Reinbek 1994.



- Solschenizyn, Alexander: Ostpreussische Nächte. Eine Dichtung in Versen, Darmstadt-Neuwied 1976.
- Sonnet, André: Bolschewismus nackt. Ein Kommunist erlebt sowjetisches KZ, Offenbach 1951.
- Stalin, Josef: Über den Grossen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Moskau 1946.
- Steinert, Marlise: Zelle – Baracke – Erdloch. Aufzeichnungen von 1954 über ihre Verhaftung in Potsdam 1947, die Verurteilung und Lagerhaft in der Sowjetunion sowie ihre Rückkehr am 31.12.1953, Berlin 2000 (Selbstverlag).
- Stern, Joachim R.: Und der Westen schweigt. Erlebnisse, Berichte, Dokumente über Mitteldeutschland, Pr. Oldendorf 1976.
- Sternberg, Renate: Russische Skizzen. Erzählungen aus der Gefangenschaft 1945-1950, Kiel 1987.
- Stettner, Ralf: «Archipel GULag». Stalins Zwangsarbeitslager. Terrorinstrument und Wirtschaftsgigant, Paderborn 1996.
- Strech, Ulrich: In der Hölle von Bautzen oder Der gefangene Eros, Frankfurt am Main 1991.
- Streit, Christian: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1914-1945, Bonn 1991.
- Thiele, Manfred: Vae Victis. Mühlhausen unter sowjetischer Besatzungsdiktatur, Mühlhausen 2004 (Selbstverlag).
- Thien, Ilse: Ölsnitz, Mühlberg, Buchenwald, Waldheim, Rottach-Egern o. J. Tjulpanov, Sergej: Deutschland nach dem Kriege (1945-1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee, Berlin 1986.
- Tolstoy, Nikolai: Die Verratenen von Jalta. Englands Schuld vor der Geschichte, München/Wien 1977.
- Tolstoy, Nikolai: Stalin's Secret War, New York 1981.
- Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949, Berlin 1968.
- Velten, W. H.: Dawai, Dawai Kamerad! Russisches Speziallager Nr. 7. Sachsenhausen 1945-1948, Köln 1995.
- Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (Hg.): Zwischen Waldheim und Workuta. Erlebnisse politischer Häftlinge 1945-1965, Berlin 1994 (Reprint der Ausgabe von 1967).
- Vbelkner, Hans und Rosemarie (Hg.): Unschuld in Stalins Hand. Briefe, Berichte, Notizen, Berlin 1990.
- Vollnhals, Clemens: Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitation in den vier Besatzungszonen 1945-1949, München 1991.
- Wagenlehner, Günther (Hg.): Stalins Willkürjustiz gegen die deutschen Kriegsgefangenen, Bonn 1993.
- Wagenlehner, Günther: Die russischen Bemühungen um die Rehabilitation der 1941-1956 verfolgten deutschen Staatsbürger. Dokumentation und Wegweiser, Bonn 1999.

- Wagner, Hans: Melder am Tor, Altenburg 1996.
- Weber, Georg: Die Deportation der Siebenbürger Sachsen in die Sowjetunion 1945-1949, Bd. 1-3, Köln/Weimar/Wien 1995.
- Weber, Herrmann/Mählert, Ulrich (Hg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936-1953, Paderborn/München/Wien/Zürich 1998.
- Weber, Hermann: «Weisse Flecken in der Geschichte». Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung, Frankfurt am Main 1989.
- Weigelt, Andreas: «Umschulungslager existieren nicht». Zur Geschichte des sowjetischen Speziallagers Nr. 6 in Jamlitz 1945-1947, Potsdam 2001.
- Welsh, Helga A.: Revolutionärer Wandel auf Befehl? Entnazifizierungs- und Personalpolitik in Thüringen und Sachsen (1945-1948), München 1989.
- Wendel, Eberhard: Ulbricht als Richter und Henker. Stalinistische Justiz im Parteauftrag, Berlin 1996.
- Wentker, Hermann: Justiz in der SBZ/DDR 1945-1953. Transformation und Rolle ihrer zentralen Institutionen, München 2001.
- Werth, Alexander: Russland im Krieg, München/Zürich 1965.
- Wiener, Horst: Anklage Werwolf. Gewalt der frühen Jahre oder Wie ich Stalins Lager überlebte, Reinbek 1991.
- Wille, Manfred: Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-48, Magdeburg 1993.
- Wolf, I. E.: Unschuldig in den Speziallagern des NKWD überlebt, o. O. 2004.
- Zayas, Alfred M. de: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, München 1977.
- Zayas, Alfred M. de: Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Stuttgart 1986.
- Zayas, Alfred M. de: Zeugnisse der Vertreibung, Krefeld 1983.

## ABKÜRZUNGEN

BDM	Bund Deutscher Mädel
BStU	Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DP	Displaced Person
EAC	European Advisory Commission
EVZ	Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FSB	Federalnaja Sluschba Besopasnosti (Föderaler Sicherheitsdienst; Geheimdienst der Russischen Föderation und Nachfolgeorganisation des KGB)
GARF	Gossudarstwennyi Archiv Rossiskoi Federazii (Staatsarchiv der Russischen Föderation)
GPU	Gossudarstwenoje Polititscheskoje Uprawlenije (Staatliche Politische Verwaltung)
GULag	Glawnoje Uprawlenije Lagerej (Hauptverwaltung der Lager)
GUPWI	Glawnoje Uprawlenije po Delam Wojennoplennyh i Internirowannyh (Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte)
HJ	Hitlerjugend
IRK	Internationales Rotes Kreuz
ITL	Isprawitelno-Trudowoi Lager (Besserungsarbeitslager)

JCS	Joint Chief of Staff
KONR	Komitet Oswoboschdenija Narodow Rossii (Komitee für die Befreiung der russischen Völker)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPS	Kamera Predwaritel'nogo Sakljutschenija (Untersuchungshaftzelle)
LDP	Liberal-Demokratische Partei
MfS	Ministerium für Staatssicherheit der DDR
MGB	Ministerstwo Gossudarstwennoi Besopasnosti (Ministerium für Staatssicherheit)
MWD	Ministerstwo Wnutrennich Del SSR (Innenministerium der UdSSR)
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NKGB	Narodnyj Komissariat Gossudarstwennoi Besopasnosti (Volkskommissariat für Staatssicherheit)
NKWD	Narodnyj Komissariat Wnutrennich Del SSR (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der UdSSR)
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
ORB	Otdelny rabotschi batalon (Arbeitssonderbataillon) Ossoboje
OSO	Soweschtschanije (Sonderkommission) Reichsarbeitsdienst
RAD RIAS	Rundfunk im Amerikanischen Sektor
SBZ	Sowjetische Besatzungszone in Deutschland
SD	Sicherheitsdienst der SS
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SMERSCH	Smert Schpionam («Tod den Spionen», militärischer Abwehrdienst der UdSSR)
SMT	Sowjetisches Militärtribunal
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stalag	Stammlager
UB	Urząd Bezpieczeństwa Publicznego (Staatlicher Sicherheitsdienst in Polen)
UPWI	Uprawnienie po Delam Wojennoplennych i Wannych (Verwaltung für die Angelegenheiten von Kriegsgefangenen und Internierten)
VDS	Verband Deutscher Studentenschaften
VKP(b)	Vsesojusnaja Kommunistitscheskaja Partija (bolschewiko), (Allunions-KP [Bolschewiki])

## PERSONENREGISTER

- Abakumow, Viktor 142, 158, 214,  
243 f., 248 f.
- Adenauer, Konrad 127, 336
- Albrecht von Hohenzollern, Prinz  
118
- Alexandrow, Georgi 77
- Apollonow, Arkadi 211
- Becher, Johannes R. 233
- Becker, Hermann 272
- Belter, Herbert 286 f.
- Berija, Lawrenti 90, 103 ff., 142, 151  
f., 154, 157 ff., 162, 165, 169 f.,  
175, 181-185, 201 f., 211 f., 222,  
226, 230, 235, 241 f., 245, 282,  
294, 307, 310, 314, 321, 338 ff.,  
342 f.
- Bersarin, Nikolai 201, 232
- Bibier, Oberleutnant 234
- Bienek, Horst 255
- Biermann, Wolf 21
- Bormann, Martin 203
- Boveri, Margret 79
- Brandt, Helmut 334 f.
- Brandt, Willy 279
- Brass, Arthur 207 f.
- Brecht, Bertolt 92, 233
- Bruyn, Günter de 93
- Buber-Neumann, Margarete 25
- Bulganin, Nikolai 127
- Cederbaum, Isidor 195
- Chruschtschow, Nikita 26 ff.
- Churchill, Winston 105, 156
- Dahlem, Franz 283
- Dertinger, Georg 267
- Deutschkron, Inge 80 f.
- Djilas, Milovan 73
- Dobrynin, Georgi 301, 325 ff.
- Dönitz, Karl 204
- Drews, Berta 236, 238 f.
- Eden, Anthony 156
- Eggers, Werner 286
- Egidi, Hans 270
- Ehrenburg, Ilja 64 f., 77
- Emendörfer, Max 284
- Enzensberger, Hans Magnus 80
- Ernst, Ewald 269 f.
- Esch, Arno 275 f.
- Falk, Wilhelm 272
- Fechner, Max 335
- Felsenstein, Walter 239
- Fleischhacker, Hedwig 114

Förster, Anny 205, 331  
 Frank, Max 278  
 Freisler, Roland 334  
 Friedeburg, Hans-Georg von 16  
 Friedrich Wilhelm I. 51  
 Frings, Joseph 303  
  
 Geborski, Czeslaw 194  
 Gehler, Otto 283 f.  
 Gehrman, Robert 101  
 Genscher, Hans-Dietrich 272  
 George, Götz 230, 236, 239  
 George, Heinrich 230-235, 237-240  
 George, Jan 236  
 Gerhardt, Erich 180  
 Giordano, Ralph 28, 30  
 Goebbels, Joseph 203, 231 f., 235  
 Goethe, Johann Wolfgang von 236  
 Göhrum, Kurt 203  
 Gorbatow, Alexander 348  
 Gorbatschow, Michail 26  
 Göring, Hermann 240, 348  
 Gorschenin, Konstantin 249  
 Gromyko, Andrej 157  
 Grosse, Georg 271  
 Grotewohl, Otto 126, 281 f., 322, 329, 334  
 Gründgens, Gustaf 231, 240  
 Guderian, Heinz 25  
 Gumpel, Werner 287  
  
 Haller, Walther 302  
 Halt, Karl Ritter von 226  
 Hamann, Karl 272  
 Harnack, Arvid 268  
 Heinrich, Karl 348  
 Hennig, Horst 286, 290  
 Hildebrandt, Käthe 177  
 Himmler, Heinrich 157  
 Hitler, Adolf 10-13, 19 f., 24 f., 28f., 33f., 77, 97 f., 119, 128, 130, 132 f., 137, 140, 142, 153, 197, 211, 231, 233 f., 264, 316, 347, 349 f., 352  
 Honecker, Erich 285  
  
 Ihmels, Werner 284 f.  
  
 Jahn, Egbert 320  
 Jank, Alfred 298, 309, 311, 316  
 Jenkner, Siegfried 287  
 Jesse, Willy 278  
 Jodl, Alfred 15  
  
 Kafka, Franz 255  
 Kaiser, Jakob 267, 270 f.  
 Kalniete, Sandra 24  
 Keitel, Wilhelm 16  
 Killian, Walter 81  
 Kind, Helmut 342  
 Klein, Manfred 268, 286  
 Klier, Freya 188  
 Klotz, Ernst-Emil 222, 225-229, 299, 303 ff., 311 f., 318  
 Knabe, Georg 271  
 Knef, Hildegard 82  
 Knoke, Hauskommandant 303  
 Knopp, Guido 39  
 Knorin, Wilhelm 282  
 Kobulow, Bogdan 282  
 Koch, Erich 41  
 Kogon, Eugen 299  
 Köhler, Charlotte 270  
 Köhler, Erwin 270  
 Kolesnitschenko, Iwan 248, 327  
 Kolter, Max 267  
 Kopelew, Lew 7, 61 f., 71, 75 f.  
 Krauss, Georg 283  
 Kreutzer, Hermann 278  
 Kriwoschein, Semjon 25  
 Krug, Manfred 21  
 Krüger, Horst 285  
 Kruglow, Sergej 179, 243 f., 246  
 Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 118  
 Kuby, Erich 93

Külz, Wilhelm 272  
 Kun, Béla 282  
 Kurotschkin, Pawel 242

Lamberz, Werner 21  
 Lau, Ilse 178  
 Laubsch, Hans 94 f., 142  
 Lehndorff, Hans Graf von 46 ff., 89  
 Lemmer, Ernst 267, 271  
 Lenin, Wladimir 71, 255  
 Leonhard, Wolfgang 73, 198  
 Levy, Adrian 51  
 Liss, Konrad 168  
 Löser, Hans-Georg 271

Malkow, Pawel 248, 341  
 Mann, Klaus 240  
 Mann, Thomas 334  
 MaoTse-tung 271  
 Markgraf, Paul 348  
 Matz-Donath, Annerose 259  
 Matzkowski, Hermann 89  
 Meinke, Wolfgang 270 f.  
 Mielke, Erich 282 f.  
 Mischnick, Wolfgang 272  
 Molotow, Wjatscheslaw 25, 125, 249  
 Morel, Solomon 194  
 Müller, Heiner 21  
 Müller, Kurt 281, 283  
 Müller, Robert 239  
 Müller, Werner 270  
 Murphy, Robert 82

Naimark, Norman M. 64  
 Natonek, Wolfgang 286  
 Nehlhans, Erich 280  
 Neumann, Hermann 271  
 Noack, Kurt 207 f., 324  
 Nowacki, Franziska 150, 188  
 Nuschke, Otto 334

Okorokow, General 75  
 Okulicki, Leopold 164  
 Orwell, George 20

Paetzold, Friedrich 49  
 Papen, Franz von 348  
 Perschmann, Hans 270  
 Peter der Grosse 51  
 Pfennigwerth, Hermann 324  
 Piatnitzki, Ossip 282  
 Pieck, Wilhelm 126, 198, 273, 283,  
 322, 329  
 Piscator, Erwin 231, 235  
 Plato, Alexander von 319  
 Polian, Pavel 137  
 Polus, Hubert 216  
 Priess, Benno 256 ff., 260, 264, 295,  
 318  
 Pyrin, Major 233

Rajk, László 281  
 Rauschenbach, Hildegard 54 f.  
 Reinhardt, Max 231  
 Richter, Georgi 263  
 Richter, Günter 324  
 Rieke, Dieter 277 f.  
 Riemann, Erika 258, 262  
 Röbbelen, Gustav 333  
 Röck, Marika 231  
 Rokossowski, Konstantin 76  
 Rudenko, Roman 294  
 Rüdiger, Werner 279  
 Rühmann, Heinz 231  
 Rumin, Ursula 293

Sabaschtanski, Milja 75  
 Sander, Helke 93  
 Sauckel, Fritz 157  
 Schaefer, Aloys 267  
 Scharf, Hans-Dieter 292 f.  
 Scherff, Julius 280  
 Schleiter, Josefine 41  
 Schlesinger, Klaus 21  
 Schleusener, Frank 271  
 Schliemann, Heinrich 51  
 Schljachtenko, Generalmajor 247,  
 346  
 Schmidtchen, Heinz-Joachim 241

- Schmyrajew, Gardehauptmann 236  
 Schnetzer, Max 82  
 Scholl, Hans 286 f.  
 Scholl, Sophie 286 f.  
 Schröder, Lagerpolizeikommandant 303  
 Schukow, Georgi 65, 198, 211, 277  
 Schüler, Horst 294  
 Schulz, Albert 278  
 Schulze-Boysen, Harro 268  
 Schumacher, Kurt 20, 276 f., 324  
 Schwartz, Anna 175  
 Seliwanowski, Nikolai 211  
 Serow, Iwan 104, 107, 158 f., 203 f., 211 ff., 219, 223 f., 229, 241, 243, 245 ff., 307 f., 311, 314, 326 ff., 343  
 Seyss-Inquart, Arthur 118  
 Sidnew, Alexej 214  
 Simonow, Konstantin 65  
 Slánsky, Rudolf 281  
 Sokolow, Wladimir 218, 316, 328  
 Sokolowski, Wassili 73, 245, 247, 249 f., 343, 346  
 Solschenizyn, Alexander 60, 75, 106, 132, 320  
 Stahl-Nachbaur, Ernst 234  
 Stalin, Josef 10-13, 15, 25-29, 34, 65, 68, 71, 73, 77, 97, 99, 104 f., 126, 129 ff., 132-140, 142, 146, 148 f., 151-161, 163, 169, 173, 175, 179, 182 f., 187, 189, 198 f., 201, 209, 211 f., 214, 217, 243, 245, 249, 251 f., 258, 260, 263, 265, 281, 283, 294, 322 f., 328, 336, 343, 349 f., 352  
 Steinrück, Albert 239  
 Stempel, Günter 273 f.  
 Stumpff, Hans-Jürgen 16  
 Swiridow, Michail 218, 224, 311, 342, 345  
 Thelen, Edmund 119 ff.  
 Timonin, Wladimir 143  
 Tito, Josip 281, 283  
 Toller, Ernst 233  
 Tolstoi, Alexej 65  
 Tolstoy, Nikolai 138  
 Trotzki, Lew 283  
 Truman, Harry S. 33  
 Tschernischow, Wassili 118  
 Tschernjakowski, Marschall 66  
 Tschuikow, Wassili 329  
 Ulbricht, Walter 83, 92, 126, 198, 329  
 Urban, Johannes 206  
 Vegesack, Lottka von 50  
 Wargnier, Régis 138  
 Weber, Hermann 217, 221  
 Wehner, Herbert 322  
 Weinholdt, Wolfgang 285  
 Weisenborn, Günther 239  
 Weizsäcker, Richard von 9, 18, 28, 30  
 Wiener, Horst 206, 254 ff., 258, 260 f., 295, 310, 313, 318  
 Witte, Siegfried 271  
 Wlassow, Andrej 132, 134, 140, 142 f.  
 Wolf, Christa 21  
 Wrazidlo, Georg 268, 286  
 Wyschinski, Andrej 250  
 Zikljajew, Nikolai 218, 316, 326, 328



## ORTSREGISTER

- Allenstein (Olsztyn) 62, 150, 188  
Alt-Strelitz 296  
Angerapp 38  
Anjerka 180  
Anshero-Sudshensk 289  
Armawir 103  
Arnstadt 229  
Aschersleben 283  
Auerbach 272  
Auschwitz 193  
  
Bautzen 205 f., 219, 222, 258, 285,  
296, 300, 304 ff., 310, 313 ff., 317  
f., 324, 326, 328-331, 339  
Beeskow 342  
Bel'cy 103  
Bergen-Belsen 98  
Berlin 10, 15, 21, 64, 66, 68, 76-84,  
87 f., 90, 118, 134 f., 182, 197,  
201-204, 211, 213 f., 218, 225,  
231 f., 235, 238, 240 f., 253, 267  
ff, 273, 276, 279 f., 284, 286 f.,  
312, 314, 340, 348  
Berlin-Charlottenburg 81  
Berlin-Dahlem 79  
Berlin-Friedrichshain 90, 241  
Berlin-Hohenschönhausen 216-219,  
231, 235, 237, 241, 269, 272, 274,  
282 f., 308, 325, 335, 339, 342,  
348  
Berlin-Karlshorst 15, 213, 216,  
269, 274  
Berlin-Lichtenberg 220, 268, 277,  
290, 293  
Berlin-Prenzlauer Berg 279  
Berlin-Reinickendorf 81  
Berlin-Spandau 81  
Berlin-Tegel 82  
Berlin-Weissensee 208  
Bezica 114  
Bitterfeld 84  
Brandenburg 139, 216, 347  
Brausen 89  
Bremen 51  
Breslau 50  
Brest 25,289 f.  
Brieselang 241  
Bromberg 191  
Buchenwald 10, 12, 185, 219, 222  
f., 226-229, 268, 283 f., 299 f.,  
302-306, 311 f., 317 ff, 324, 326,  
329 f., 341  
Budapest 69,281  
Bunzlau (Boleslawiec) 56  
Burgkampen 164  
Bützow 203, 256

Charkow 28  
 Chemnitz 89, 139, 213, 216  
 Christburg 180  
 Cottbus 213, 216  
  
 Danzig 40, 43, 49, 52 f., 55, 68,  
     166, 191  
 Delitzsch 271  
 Demmin 87  
 Den Haag 96 f., 122, 130  
 Dessau 216  
 Deutsch Eylau 169  
 Dortmund 194  
 Dresden 84, 87, 215, 253, 258, 261  
     f., 285 ff., 290, 335  
 Drossen 44  
  
 Eberswalde 216  
 Eichfier 58  
 Eisenach 206, 228  
 Elbing 165  
 Erfurt 213, 272  
  
 Falkenberg 195  
 Falkensee 271  
 Frankfurt an der Oder 89 f., 107, 118,  
     124, 213, 219 f., 289, 339  
 Freiberg 214  
 Fünfeichen 219, 308, 326, 339  
 Fürstenwalde 218  
  
 Gardelegen 277  
 Genf 96 ff., 134  
 Gera 213, 226  
 Gerdaunen 173, 177  
 Gorki 103  
 Görlitz 272  
 Gotha 204, 213, 216  
 Graudenz (Grudziądz) 168, 170 ff.,  
     175, 185, 193  
 Greifswald 216  
 Gross Damerkow 58  
 Gross-Kölzig 207  
  
 Gross-Koslau 61  
 Güstrow 87, 256, 260, 296  
  
 Halbe 317  
 Halle 87 f., 216, 253, 269 f., 277,  
     286, 290, 342  
 Hamburg 29, 152  
 Hannover 276  
 Heiligenbeil 44  
 Hindenburg 164, 168, 176  
 Hoheneck 258 siehe auch Stollberg-  
     Hoheneck Hohensalza 194, 196  
 Hohenstein 334  
 Insterburg (Tschernjachowsk) 72,  
     171, 173, 186  
  
 Jalta 136, 138, 156  
 Jamlitz 10, 219 f., 226, 240  
 Jaworzno 193  
 Jena 222, 226, 229  
 Judenburg 138  
  
 Kaltwasser 192, 196  
 Kaluga 102  
 Kattowitz 194  
 Katyii 123, 153  
 Kemerowo 144  
 Ketschendorf 218, 223, 298, 303,  
     308 ff., 314, 317, 339  
 Kiew 290  
 Kimpersay 175  
 Klein-Koslau 61  
 Kolberg 43  
 Köln 303  
 Königsberg 43, 46, 48, 51, 68, 89,  
     165, 226  
 Kozielsk 152  
 Krone 196  
 Kulm 163, 178  
 Kurzig 49  
 Kusnezsk 141

Lamsdorf 195 f.  
 Landsberg (Gorzów Wielkopolski) 170, 185, 193, 220, 226  
 Lauenburg 55  
 Leipzig 24, 89, 209, 213, 216, 267, 284-287, 292  
 Leningrad 51, 153, 158, 214  
 Lieberose 219  
 Lienz 138  
 Löbau 206  
 Łódź 173, 193  
 London 137, 153, 285  
 Lötzen 174  
 Lublin 189  
 Luckau 324,331  
 Luckenwalde 84  
 Luggewiese 58  
 Lwow (Lemberg) 152  
  
 Magdeburg 85,87,216  
 Mannheim 221  
 Meiningen 228  
 Meissen 197  
 Merseburg 88,216  
 Minsk 123  
 Molotowsk 143  
 Moskau 22, 24, 75 f., 87, 91, 100, 118, 125 ff., 137, 146, 148, 152, 154, 156, 168, 174, 178, 185, 198, 203, 210, 219, 225, 227, 229, 232, 243-251, 253, 255, 262, 264 f., 276, 285, 287-290, 294, 300 f., 307, 310, 315, 322, 326-329, 336, 338, 341, 344 f.  
 Mühlberg 85, 136, 139, 219 f., 226, 247, 289, 300, 302 f., 306, 311, 313 f., 316, 323, 326, 341  
 Mühlhausen 258  
 München 286  
  
 Neidenburg (Nidzica) 60 f.  
 Nemmersdorf 28, 38 ff.  
 Neubrandenburg 213, 219  
 Neukirch 205  
  
 New York 244  
 Norilsk 143  
 Nossdorf 207  
 Nürnberg 118, 156, 239, 241  
  
 Oberstruse 50  
 Obsendorf 50  
 Odessa 138,142  
 Öls (Oleńnica) 56  
 Ostaschkow 152  
  
 Pakoéc 194  
 Peggetz 138  
 Pillau 43  
 Pirna 206  
 Polzin 59  
 Posen 59,193, 220, 223  
 Potsdam 83, 213, 215 ff., 253, 263, 270 f., 337, 339 f.  
 Potulitz 193, 195 f.  
 Prag 24,133, 142, 281  
 Preussisch Eylau (Bagrationowsk) 170, 186  
 Preussisch Holland 41  
  
 Rackitt 44  
 Rastenburg 164  
 Rawitsch (Rawicz) 219  
 Reims 15  
 Rembertöw 220  
 Rheinwieslager 101  
 Riesa 219  
 Rochlitz 209  
 Rostock 84, 87, 89, 213, 216, 275, 278  
  
 Saalfeld 204  
 Sachsenhausen 10, 12, 107, 219 f., 240, 258, 278, 280 f., 284, 296, 300, 304, 308, 311, 313 f., 319, 326, 329 ff., 342  
 Sadrinsk 102  
 Saratow 104, 263  
 Schneidemühl (Pila) 170 ff., 220, 223

Schönberg 176, 180  
Schroda 59  
Schwerin 215, 253, 275, 278  
Schwiebus (Swiebodzin) 170, 172,  
220  
Schwientochlowitz 193 f., 196  
Sikawa 173, 193  
Stalingrad 99, 104  
Stalinogorsk 188  
Stargard (Stargard Szczeciriski) 171  
Starobielsk 152  
Stollberg-Hoheneck 331  
Stolp 48  
Stolpmünde 44  
Strelitz 220  
Stuhm 175  
Stutthof 143, 193  
Suhl 213  
  
Tapiau (Gwardejsk) 186  
Thorn 101  
Thorn-Rudak 196  
Tomsk 144  
Torgau 141, 197, 219 f., 295 f., 305,  
314, 331  
Tost 172  
  
Tranowitz 168  
Treptow 48  
Tscheljabinsk 165  
  
Uchta 143  
Untermassfeld 331  
  
Versailles 25  
  
Waldheim 332-336, 344  
Waren 216  
Warschau 154, 158, 189, 193,  
220  
Weesow 218 f., 308  
Weimar 86, 216, 222, 253 f.,  
295  
Werneuchen 218, 339  
Wien 87  
Wismar 89, 197  
Woldenburg 54  
Workuta 143, 286, 290-295  
  
Zandersfelde 178  
Zerbst 85  
Zgoda 194  
Zichenau 150

## **BILDNACHWEIS**

Bundesarchiv Koblenz 24  
Chronos Media GmbH 6,7  
dpa-Bildarchiv 3, 10, 11, 16, 17, 18, 23, 28  
Heimatismuseum Judenburg 19  
Herder Institut Marburg 20  
Köhler, Jürgen 35  
Priess, Benno 30, 31, 32, 33  
Russisches Staatliches Militärarchiv Moskau 13, 15  
Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten 25  
Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora 29  
ullstein bild 1, 2, 4, 5, 8, 9, 14, 21, 22, 26, 27  
Verband ehemaliger Rostocker Studenten 34  
Waxmann Verlag 12

# Hubertus Knabe (Hg.) Gefangen in Hohen- schönhausen

Stasi-Häftlinge berichten

Originalausgabe. [www.list-taschenbuch.de](http://www.list-taschenbuch.de)

ISBN 978-3-548-60741-2

Oft reichte ein kritisches Wort, ein »verdächtiger« Lebenslauf oder die Denunziation des Nachbarn: Immer wieder wurden in der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR missliebige Personen kurzerhand festgenommen und ohne rechtsstaatliches Verfahren inhaftiert. Viele kamen erst nach Jahren wieder frei, manche warteten vergeblich auf ihre Entlassung. Die Haftanstalt Berlin-Hohenschönhausen war das größte Stasi-Gefängnis der DDR. In diesem Buch schildern zahlreiche Gefangene die entwürdigenden Haftbedingungen, die Willkür der Behörden und den psychischen Druck, dem man als Häftling ausgeliefert war.

# Hubertus Knabe

## Die Täter sind unter uns

Über das Schönreden der SED-Diktatur

[www.list-taschenbuch.de](http://www.list-taschenbuch.de)

ISBN 978-3-548-60818-1

Im Unterschied zur schonungslosen Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur wird das Unrechtsregime der SED in Ostdeutschland vielfach verharmlost und schön geredet. In weiten Teilen der Bevölkerung herrscht eine erschreckende Unkenntnis über das Ausmaß politischer Verfolgung in der DDR. Hubertus Knabe zieht eine ernüchternde Bilanz unseres Umgangs mit der DDR-Vergangenheit. Er zeigt, wie die Täter davongekommen sind und die Opfer vergessen wurden. Und er macht deutlich, dass die kritische Auseinandersetzung mit der zweiten deutschen Diktatur für die politische Kultur unseres Landes unverzichtbar ist.

»Knabes Buch lässt keinen Zweifel an der unerträglichen Schiefelage bei der Aufarbeitung des Unrechts in der DDR.« *Berliner Zeitung*

»Knabes mit Zorn geschriebene Abrechnung ist eines der wichtigsten politischen Bücher des Jahres.«  
*Berliner Morgenpost*

# Dietrich Garstka

## Das schweigende Klassen- zimmer

Eine wahre Geschichte über Mut, Zusammenhalt  
und den Kalten Krieg. [www.list-taschenbuch.de](http://www.list-taschenbuch.de)  
ISBN 978-3-548-60769-6

DDR, November 1956: Eine Abiturklasse reagiert auf die Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes mit einer Schweigeminute. Die Rädelsführer werden von der Staatssicherheit gesucht, aber nicht gefunden. Gegen alle Drohungen und Erpressungen halten Schüler und Eltern zusammen. Schließlich fliehen die Gymnasialisten geschlossen nach West-Berlin ... Ein dramatischer Bericht über die Wirklichkeit der DDR-Diktatur.

»Ein spannendes Kapitel, über das nicht allzu viel bekannt ist – sehr zu empfehlen.« *Deutschlandfunk*

»Eine packende Geschichte« *ZDF*



Manfred Krug  
**Abgehauen**

ISBN 978-3-548-36593-0

[www.ullstein-buchverlage.de](http://www.ullstein-buchverlage.de)

Niemals ist das DDR-System transparenter beschrieben, niemals die Gefährlichkeit einer versuchten Symbiose von Macht und Kunst heller beleuchtet worden als in diesem Buch. Manfred Krugs Erinnerungen sind ein aufregendes, erschütterndes Zeitdokument, das jedem die Augen öffnet, auch wenn er einer anderen Generation angehört.

»Die 272 Seiten gehören zum Glaubhaftesten und Packendsten, was über den inneren Bruch zwischen Staatsführung und Kulturelite geschrieben worden ist.«

*Der Spiegel*

»Ein deutscher Glücksfall« *Frankfurter Rundschau*

US159

**ullstein** 